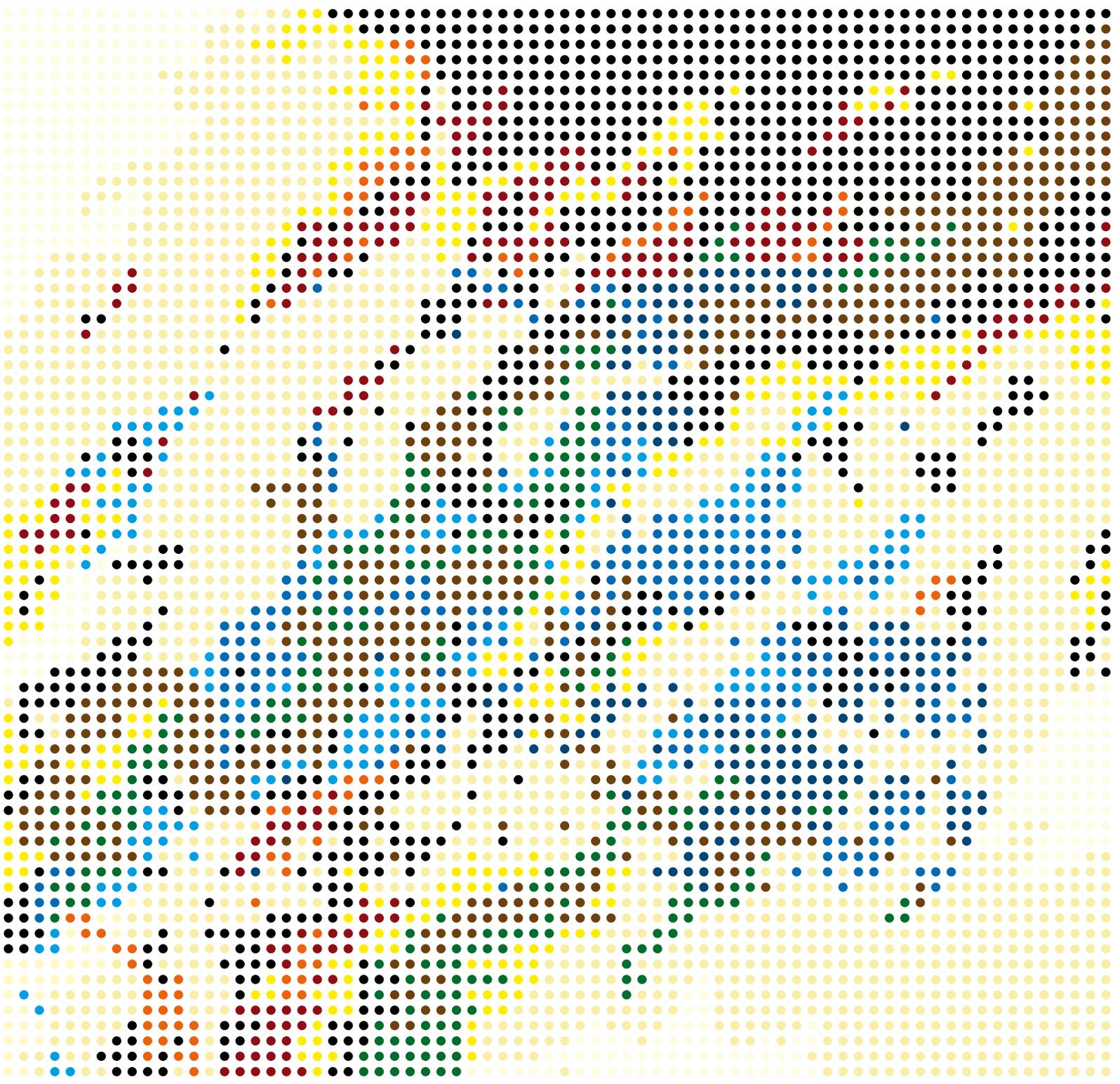


Bericht über die menschliche Entwicklung 2009

Barrieren überwinden:

Migration und menschliche Entwicklung



Das Titelbild soll veranschaulichen, wie Mobilität die menschliche Entwicklung fördern kann. Die Punkte stehen für Menschen und geben ihre wechselnden Aufenthaltsorte wider. Im größeren Maßstab zeigt dieses Muster die vielfachen Wege der Migration, aber auch die bestehenden Hindernisse.

Für viele Menschen rund um die Welt kann das Verlassen ihres Heimatorts die beste – und manchmal die einzige – Möglichkeit sein, ihre Lebenschancen zu verbessern. Dieser Schritt kann auf sehr effektive Weise das Einkommen der einzelnen Migrantinnen und Migranten und ihrer Familien erhöhen, ihre Bildung und Partizipation verbessern sowie ihren Kindern eine bessere Zukunft eröffnen. Und es geht um einen noch höheren Wert: Die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, wo man leben will, ist ein wesentliches Element menschlicher Freiheit. Dennoch erfolgt Migration nicht nur aus freien Stücken – häufig sind die Betroffenen in einer schweren Zwangslage und nehmen erhebliche Risiken und Unsicherheiten auf sich.

Es bedarf einer kühnen Vision, damit Migration die menschliche Entwicklung weiter voranbringt – einer Vision, die die zugrunde liegenden Risiken und Grenzen erkennt und möglichst wirksame Reformen in Gang setzt. Der Bericht *Barrieren überwinden* enthält klare Empfehlungen, wie diese Herausforderungen mit der notwendigen Ausgewogenheit zu bewältigen sind.



Bericht über die menschliche Entwicklung **2009**

Barrieren überwinden:

Migration und menschliche Entwicklung



Veröffentlicht für das
Entwicklungsprogramm
der Vereinten Nationen
(UNDP)



Deutsche Gesellschaft
für die Vereinten Nationen
(Deutsche Ausgabe)
Berlin 2009

Die diesjährige deutsche Ausgabe des Berichts über die menschliche Entwicklung war nur dank der finanziellen Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung möglich.

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN e. V.

Zimmerstraße 26/27
D-10969 Berlin
Telefon: (030) 259375-0
Telefax: (030) 259375-29
E-Mail: info@dgvn.de
Internet: www.dgvn.de
ISBN: 978-3-923904-65-5

Originaltitel: Human Development Report 2009
Overcoming barriers: Human mobility and development
Copyright © 2009 United Nations Development Programme (UNDP)
1 UN Plaza, New York, New York, 10017, USA

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ohne vorherige Genehmigung durch den Herausgeber dürfen keine Auszüge aus dieser Publikation angefertigt, reproduziert, archiviert oder übermittelt werden, auch nicht elektronisch, als Fotokopie, Aufnahme oder auf andere Weise.

Design und Layout: Zago

Der Umschlag ist gedruckt auf vom Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziertem Bilderdruckpapier, das zu jeweils 50 Prozent aus Primärfasern sowie aus Recyclingfasern besteht. Die Innenseiten sind aus umweltfreundlichem, chlorfreiem FSC-Mix-Papier, hergestellt aus mindestens 50 Prozent FSC-zertifiziertem Zellstoff und Rohstoffen aus kontrollierter Herkunft. Holz aus illegalen Quellen, Raubbau oder nicht nachweisbaren Quellen ist bei dieser Mischung ausgeschlossen. Klimaneutral gedruckt mit umweltgerechter Technologie und unter Verwendung mineralölfreier Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe. Zur Kompensation der ausgestoßenen Treibhausgase in Höhe von 5,1 Tonnen CO₂-Äquivalenten wurden zusätzlich zertifizierte Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen eines Waldschutzprojektes im Kongo gefördert.



Klimaneutral gedruckt 

DEUTSCHE AUSGABE

Übersetzung: Klaus Birker, Ahrweiler
Angela Großmann, Bonn
Christina Kamp, Bonn
Gabriele Lassen-Mock, Berlin
Petra Löffler, Niefern
Bernd Neidlein, Istanbul
Redaktion: Hans-Christoph Neidlein, Ulrich Keller
Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für die
Vereinten Nationen e.V. (DGVN), Berlin © 2009
Satz: EMS Eckert Medienservice, Rheinbach
Druck: Druckhaus Berlin-Mitte
Vertrieb und Verlag: UNO-Verlag
Vertriebs- und Verlags-GmbH
August-Bebel-Allee 6 · D-53175 Bonn
Telefon: (0228) 94902-0 · Telefax: (0228) 94902-22
E-Mail: info@uno-verlag.de
Internet: www.uno-verlag.de

Team für den Bericht über die menschliche Entwicklung 2009

Direktorin

Jeni Klugman

Recherche

Francisco R. Rodriguez (Leitung), Ginette Azcona, Matthew Cummins, Ricardo Fuentes Nieva, Mamaye Gebretsadik, Wei Ha, Marieke Kleemans, Emmanuel Letouzé, Roshni Menon, Daniel Ortega, Isabel Medalho Pereira, Mark Purser und Cecilia Ugaz (Stellvertretende Direktorin bis Oktober 2008).

Statistiken

Alison Kennedy (Leitung), Liliana Carvajal, Amie Gaye, Shreyasi Jha, Papa Seck und Andrew Thornton.

Nationale HDRs und Forschungsnetzwerk

Eva Jespersen (Stellvertretende Direktorin, HDRO), Mary Ann Mwangi, Paola Pagliani und Timothy Scott.

Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Marisol Sanjines (Leitung), Wynne Boelt, Jean-Yves Hamel, Melissa Hernandez, Pedro Manuel Moreno und Yolanda Polo.

Produktion, Übersetzung, Budget und operative Abwicklung, Verwaltung

Carlotta Aiello (Produktionskoordination), Sarantuya Mend (Leitung operative Abwicklung) sowie Fe Juarez-Shanahan und Oscar Bernal.

Vorwort

Migration hat nicht selten eine schlechte Presse. In Teilen der Medien und der öffentlichen Meinung wimmelt es von negativen Stereotypen. Migranten wird unter anderem vorgeworfen, sie würden „uns die Arbeitsplätze wegnehmen“ oder „dem Steuerzahler auf der Tasche liegen“, vor allem in Zeiten der Rezession. Manchmal beschwört das Wort „Migranten“ aber auch Bilder von völlig schutzlosen Menschen herauf. Der diesjährige Bericht über die menschliche Entwicklung mit dem Titel *Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung* stellt sich solchen Klischees entgegen. Er bemüht sich um ein breiteres und ausgewogeneres Verständnis von Migration, das einer wesentlich komplexeren und außerordentlich vielfältigen Realität Rechnung trägt.

Dieser Bericht betritt Neuland, indem er Migration unter dem Blickwinkel der menschlichen Entwicklung analysiert. Er untersucht, wer die Migranten sind, woher sie kommen, wohin sie gehen und welche Gründe sie zu ihrer Entscheidung veranlasst haben. Er behandelt die vielfachen Auswirkungen von Migration auf alle, die davon betroffen sind – nicht nur die Migranten selbst, sondern auch die Nicht-Migranten.

Dabei kommt der Bericht zu Ergebnissen, die einige der gängigen Vorurteile widerlegen. So macht beispielsweise die Migration aus Entwicklungsländern in entwickelte Länder nur einen Bruchteil aller Wanderungsbewegungen aus. Sehr viel häufiger ist die Migration zwischen Entwicklungsländern. Die meisten Migranten emigrieren nicht ins Ausland, sondern ziehen an andere Orte innerhalb des eigenen Landes.

Eine weitere Erkenntnis lautet, dass die Mehrheit der Migranten keineswegs Opfer, sondern an ihrem ursprünglichen wie an ihrem neuen Wohnort in der Regel recht erfolgreich sind. Bei allen Aspekten der menschlichen Entwicklung, nicht nur beim Einkommen, sondern auch bei Gesundheit und Bildung, sind die Ergebnisse überwiegend positiv. Zum Teil sind die Vorteile sogar immens und kommen den Menschen aus den ärmsten Gebieten am stärksten zugute.

Nach Durchsicht der umfangreichen Literatur zum Thema Migration kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass Befürchtungen, Migranten würden der ortsansässigen Bevölkerung Arbeitsplätze wegnehmen oder ihre Löhne drücken, die örtlichen Sozialeinrichtungen in unerwünschter Weise belasten oder den Steuerzahler Geld kosten, in der Regel übertrieben sind. Wenn die Qualifikationen von Migranten diejenigen der Bevölkerung vor Ort ergänzen, ist dies für beide Gruppen von Nutzen. Auch für die Gesellschaften insgesamt können die Beiträge von Migranten in vielen Bereichen positiv wirken – von der Anhebung des technischen Innovationsniveaus bis zu einer immer vielfältigeren Esskultur.

Der Bericht legt nahe, dass die Antworten der Politik auf Fragen der Migration unzureichend sein können. Viele Regierungen führen zunehmend repressive Zuwanderungsvorschriften ein, lassen Arbeitgeber Verstöße gegen Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften durchgehen oder versäumen es, von sich aus die Öffentlichkeit über die Vorteile der Zuwanderung aufzuklären.

Gestützt auf die Untersuchung politischer Handlungskonzepte, die zum Ziel haben, die Freiheiten der Menschen zu erweitern, anstatt ihre Bewegungsfreiheit zu kontrollieren oder einzuschränken, schlägt der Bericht eine Reihe mutiger Reformen vor. Er argumentiert,

dass diese Veränderungen, wenn sie genau auf den landesspezifischen Kontext zugeschnitten werden, die jetzt schon substanziellen Beiträge der Mobilität zur menschlichen Entwicklung noch weiter verstärken können.

Die wichtigsten Reformvorschläge gruppieren sich um sechs Bereiche, von denen jeder einzelne wichtige und komplementäre Beiträge zur menschlichen Entwicklung leisten kann: Stärkere Öffnung bestehender Zuwanderungskanäle, sodass mehr Arbeitnehmer emigrieren können; Gewährleistung der grundlegenden Rechte von Migranten; Senkung der Transaktionskosten von Migration; Suche nach Lösungen, die sowohl für die Kommunen, die Migranten aufnehmen, als auch für die Migranten selbst von Vorteil sind; Erleichterung von Migrationsbewegungen innerhalb von Ländern; und systematische Einbeziehung der Migration in die nationalen Entwicklungsstrategien.

Der Bericht vertritt den Standpunkt, dass zwar viele dieser Reformen leichter durchführbar sind, als es auf den ersten Blick erscheint, dass sie aber dennoch politischen Mut erfordern. Auch gibt er zu bedenken, dass die Fähigkeit von Regierungen, rasche politische Veränderungen vorzunehmen, an ihre Grenzen stoßen könnte, solange die Rezession weiter anhält.

Dies ist der erste Bericht über die menschliche Entwicklung, für den ich als Administratorin des UNDP das Vorwort schreibe. Wie alle anderen Berichte in dieser Reihe ist er eine unabhängige Studie, die zu Debatten und Diskussionen über ein wichtiges Thema anregen soll. Er stellt keine Aussage über die Politik der Vereinten Nationen oder des UNDP dar.

Gleichzeitig hegt das UNDP die Hoffnung, dass dieser Bericht, der Mobilität als wichtige Komponente der Agenda für menschliche Entwicklung herausstellt, wertvolle Beiträge zum aktuellen Diskurs über Migration leisten wird, die weltweit in die praktische Entwicklungsarbeit und in die Entscheidungen der Politik einfließen.



Helen Clark
Administratorin
Entwicklungsprogramm der
Vereinten Nationen

Die Analysen und politischen Empfehlungen dieses Berichts geben nicht unbedingt die Ansichten des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, seines Exekutivrats oder seiner Mitgliedstaaten wieder. Der Bericht ist eine unabhängige Publikation im Auftrag des UNDP. Er ist das Ergebnis einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen einem Team namhafter Berater und dem Team des *Berichts über die menschliche Entwicklung*. Sie wurde geleitet von Jeni Klugman, der Direktorin des Büros für den Bericht über die menschliche Entwicklung.

Danksagungen

Dieser Bericht hätte ohne die Mitwirkung, die Beiträge und die Unterstützung vieler Personen und Organisationen nicht erstellt werden können. Ich danke Kemal Derviş für die Chance, die anspruchsvolle Aufgabe als Direktorin des Berichts über die menschliche Entwicklung zu übernehmen. Auch der neuen Administratorin des UNDP, Helen Clark, möchte ich für ihren Rat und ihre Unterstützung danken. Die Rückkehr in das HDR-Büro, das auf eine 20-jährige Wachstums- und Erfolgsgeschichte zurückblicken kann, war für mich eine außerordentlich bereichernde Erfahrung, und ich möchte insbesondere meiner Familie, Ema, Josh und Billy, für ihre Geduld und ihre stete Unterstützung danken. Ohne die Einsatzbereitschaft und die harte Arbeit des gesamten HDR-Teams, das weiter vorne aufgeführt ist, wäre dieses Vorhaben nicht gelungen. Strategische Beratung und Anregungen, die für die Ausarbeitung des Berichts außerordentlich wichtig waren, lieferten Oliver Bakewell, Martin Bell, Stephen Castles, Joseph Chamie, Samuel Choritz, Michael Clemens, Simon Commander, Sakiko Fukuda-Parr, Heide Haas, Frank Laczko, Loren Landau, Manjula Luthria, Gregory Maniatis, Philip Martin, Douglas Massey, Saraswathi Menon, Frances Stewart, Michael Walton und Kevin Watkins.

Zu einem breiten Spektrum von Themen wurden Hintergrundstudien in Auftrag gegeben. Sie wurden im Rahmen der im April 2009 gestarteten Reihe 'Human Development Research Papers' online veröffentlicht und sind in der Bibliografie aufgeführt. Zwischen August 2008 und April 2009 fanden 27 Seminare statt, die wichtige Anregungen für Denkprozesse und Ideen lieferten. Wir möchten den Präsentatoren erneut dafür danken, dass sie uns an ihren Forschungsarbeiten und Erkenntnissen teilhaben ließen. Ebenfalls anerkennen möchten wir den Beitrag nationaler Sachverständiger, die an unseren Erhebungen zur Migrationspolitik mitwirkten.

Die Daten und Statistiken, die in diesem Bericht verwendet werden, stützen sich in erheblichem Umfang auf die Datenbanken anderer Organisationen, die uns in großzügiger Weise

den Zugang dazu ermöglichten. Dazu gehören die Andean Development Corporation, das Development Research Centre on Migration der Universität Sussex, die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, das International Migration Institute, Oxford, die Interparlamentarische Union, das Internal Displacement Monitoring Centre, die Hauptabteilung Statistik und das Internationale Migrationsprogramm der Internationalen Arbeitsorganisation, die Internationale Organisation für Migration, die Luxembourg Income Study, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, die UN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, die UN-Statistikabteilung und die Abteilung Bevölkerungsfragen, das Institut für Statistik der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur, das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, die Sektion Verträge des Bereichs Rechtsangelegenheiten im UN-Sekretariat, die Weltbank und die Weltgesundheitsorganisation.

Dem Bericht kamen die intellektuelle Hilfestellung und Beratung durch ein wissenschaftliches Beratungsgremium sehr zugute. Dieses Gremium umfasste Maruja Asis, Richard Black, Caroline Brettell, Stephen Castles, Simon Commander, Jeff Crisp, Priya Deshingkar, Cai Fang, Elizabeth Ferris, Bill Frelick, Sergei Guriev, Gordon Hanson, Ricardo Hausmann, Michele Klein-Solomon, Kishore Mahbubani, Andrew Norman Mold, Kathleen Newland, Yaw Nyarko, José Antonio Ocampo, Gustav Ranis, Bonaventure Rutinwa, Javier Santiso, Maurice Schiff, Frances Stewart, Elizabeth Thomas-Hope, Jeffrey Williamson, Ngaire Woods und Hania Zlotnik.

Begleitet wurde die Berichterstellung von Anfang an durch ein breites Spektrum partizipatorischer Konsultationen, die das Ziel hatten, den Sachverstand und das Fachwissen von Forschern, Vertretern der Zivilgesellschaft, Entwicklungspraktikern und Politikern aus der

ganzen Welt in den Prozess einzubeziehen. So wurden unter anderem zwischen August 2008 und April 2009 in Nairobi, New Delhi, Amman, Bratislava, Manila, Sydney, Dakar, Rio de Janeiro, Genf, Turin und Johannesburg elf informelle Konsultationen interessierter Gruppen abgehalten, an denen insgesamt fast 300 Experten und Praktiker teilnahmen. Die Länder- und Regionalbüros des UNDP und ihre lokalen Partner trugen durch ihre Unterstützung entscheidend dazu bei, dass diese Konsultationen stattfinden konnten. Verschiedene Veranstaltungen wurden durch wichtige Partnerorganisationen ausgerichtet, namentlich die IOM, die IAO und das Migration Policy Institute. Zusätzliche wissenschaftliche Konsultationen fanden in Washington D.C. und Princeton statt. HDRO-Mitarbeiter nahmen an verschiedenen anderen regionalen und globalen Foren teil, namentlich an dem Globalen Forum für Migration und Entwicklung in Manila, an Vorbereitungstreffen für die Tagung des Globalen Forums in Athen und an zahlreichen Konferenzen und Seminaren, die von anderen UN-Institutionen (z.B. ILO, UNDESA und UNITAR), von Universitäten, Denkfabriken und nichtstaatlichen Organisationen veranstaltet wurden. Die Teilnehmer an einer Diskussionsreihe im Rahmen des Netzwerks für menschliche Entwicklung lieferten wichtige Erkenntnisse und Beobachtungen zu den Verknüpfungen zwischen Migration und menschlicher Entwicklung. Ausführlichere Informationen zu diesem Prozess finden sich unter <http://hdr.undp.org/en/nhdr>.

Eine UNDP-Lesergruppe, die sich aus Vertretern aller Regional- und Grundsatzbüros zusammensetzte, lieferte zahlreiche nützliche Beiträge und Anregungen für den Vorentwurf und die Berichtsentwürfe, ebenso wie eine Reihe anderer Kollegen, die Rat und Beiträge einbrachten. Besonderer Dank gebührt Amat Alsoswa, Carolina Azevedo, Barbara Barungi, Tony Bislimi, Kim Bolduc, Winifred Byanyima, Ajay Chhibber, Samuel Choritz, Pedro Conceição, Awa Dabo, Georgina Fekete, Priya Gajraj, Enrique Ganuza, Tegegnetwork

Gettu, Rebeca Grynspan, Sultan Hajiyev, Mona Hammam, Mette Bloch Hansen, Mari Huseby, Selim Jahan, Bruce Jenks, Arun Kashyap, Olav Kjoren, Paul Ladd, Luis Felipe López-Calva, Tanni Mukhopadhyay, B. Murali, Theodore Murphy, Mihail Peleah, Amin Sharkawi, Kori Udovicki, Mourad Wahba und Caitlin Wiesen für ihre Kommentare.

Das Team für die Redaktionsarbeit bei Green Ink stand unter der Leitung von Simon Chate. Das Design wurde von Zago übernommen, Guoping Huang gestaltete einige der Karten. Wertvolle Hilfestellung und Unterstützung für die Produktion des Berichts, die Übersetzungen, den Vertrieb und die Werbung kamen vom UNDP-Kommunikationsbüro, insbesondere von Maureen Lynch. Die Übersetzungen wurden von Luc Gregoire, Madi Musa, Uladzimir Shcherbau und Oscar Yujnovsky überprüft. Margaret Chi und Solaiman Al-Rifai vom Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste leisteten wichtige administrative Unterstützung und Managementdienste.

Der Bericht profitierte auch von der engagierten Arbeit von Praktikanten, namentlich Shreya Basu, Vanessa Alicia Chee, Delphine De Quina, Rebecca Lee Funk, Chloe Yuk Ting Heung, Abid Raza Khan, Alastair Mackay, Grace Parker, Clare Potter, Limon B. Rodriguez, Nicolas Roy, Kristina Shapiro und David Stubbs.

Wir danken allen, die unserer Arbeit direkt oder indirekt Orientierung gegeben haben, und weisen darauf hin, dass wir für Irrtümer und Auslassungen die alleinige Verantwortung übernehmen.



Jeni Klugman
Direktorin
Bericht über die menschliche
Entwicklung 2009

Abkürzungsverzeichnis

CEDAW	United Nations Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau)
CMW	United Nations International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of their Families (Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen)
CRC	United Nations Convention on the Rights of the Child (Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes)
ECLAC	Economic Commission for Latin America and the Caribbean Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik
ECOWAS	Economic Community of West African States (Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten)
EIU	Economist Intelligence Unit (Economist Intelligence Unit - ein Londoner Wirtschaftsforschungsinstitut)
EU	European Union (Europäische Union)
GATS	General Agreement on Trade in Services (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen)
GDP	Gross domestic product (Bruttoinlandsprodukt – BIP)
GCC	Gulf Cooperation Council (Golf-Kooperationsrat)
HDI	Human Development Index (Index für menschliche Entwicklung)
HDR	Human Development Report (Bericht über die menschliche Entwicklung)
HDRO	Human Development Report Office (Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung)
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation – IAO)
IOM	International Organization for Migration (Internationale Organisation für Migration)
MERCOSUR	Mercado Común del Sur (Southern Common Market) (Mercado Común del Sur – Gemeinsamer Markt des Südens)
MIPEX	Migrant Integration Policy Index (Index Integration und Migration)
NGO	Non-governmental organization (Nichtstaatliche Organisation)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PRS	Poverty Reduction Strategy (Armutsbekämpfungsstrategie)
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper (Strategiepapier zur Armutsbekämpfung)
TMBs	Treaty Monitoring Bodies (Organe zur Überwachung der Vertragseinhaltung)
UNDESA	United Nations Department of Economic and Social Affairs (UN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten)
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur)
UNHCR	Office of the United Nations High Commissioner for Refugees (Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen)
UNICEF	United Nations Children's Fund (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen)
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime (Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung)
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten)
USSR	Union of Soviet Socialist Republics (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UDSSR))
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	v	KAPITEL 4	
Danksagungen	vii	Auswirkungen an Herkunfts- und Zielorten	89
Abkürzungsverzeichnis	ix	4.1 Auswirkungen an Herkunftsorten	90
ÜBERBLICK	1	4.1.1 Auswirkungen auf der Haushaltsebene	90
Migrationsursachen und -wege	2	4.1.2 Wirtschaftliche Auswirkungen auf Gemeinschaftsebene und nationaler Ebene	96
Migrationsbarrieren	2	4.1.3 Soziale und kulturelle Auswirkungen	99
Gute Gründe für Mobilität	3	4.1.4 Mobilität und nationale Entwicklungsstrategien	103
Unsere Empfehlung	4	4.2 Auswirkungen an Zielorten	105
Der künftige Weg	6	4.2.1 Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen	105
KAPITEL 1		4.2.2 Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt	107
Freiheit und Migration:		4.2.3 Rasche Urbanisierung	109
Förderung der menschlichen Entwicklung durch Mobilität	11	4.2.4 Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen	110
1.1 Mobilität spielt eine wichtige Rolle	11	4.2.5 Wahrnehmungen und Ängste in Bezug auf Migration	112
1.2 Entscheidungen im Kontext: Migrationsgründe verstehen	15	4.3 Schlussfolgerungen	116
1.3 Entwicklung, Freiheit und Mobilität	17	KAPITEL 5	
1.4 Was wir einbringen	20	Politische Maßnahmen, die bessere Resultate für die menschliche Entwicklung versprechen	119
KAPITEL 2		5.1 Das Basispaket	120
Menschen in Bewegung: Wer zieht wohin, wann und warum	27	5.1.1 Liberalisierung und Vereinfachung von regulären Kanälen	120
2.1 Migration heute	27	5.1.2 Gewährleistung der Grundrechte von Migranten	125
2.2 Ein Blick zurück	36	5.1.3 Verringerung der mit der Migration verbundenen Transaktionskosten	128
2.2.1 Die langfristige Sicht	36	5.1.4 Verbesserung der Ergebnisse sowohl für Migranten als auch für die aufnehmenden Gemeinwesen	131
2.2.2 Das 20. Jahrhundert	38	5.1.5 Nutzbringende Gestaltung der Binnenmobilität	134
2.3 Politische Handlungskonzepte und Migration	43	5.1.6 Mobilität als untrennbarer Bestandteil der einzelstaatlichen Entwicklungsstrategien	136
2.4 Ein Blick in die Zukunft: Während und nach der Krise	51	5.2 Die politische Machbarkeit von Reformen	137
2.4.1 Die Wirtschaftskrise und die Aussichten auf Erholung	51	5.3 Schlussfolgerungen	141
2.4.2 Demografische Trends	54	Endnoten	143
2.4.3 Umweltfaktoren	56	Bibliografie	151
2.5 Schlussfolgerungen	57	STATISTISCHER ANHANG	
KAPITEL 3		Übersicht Tabellen	174
Migranten als Gewinner und Verlierer	61	Tabellen	175
3.1 Einkommen und Lebensunterhalt	62	Anleitung für den Leser	235
3.1.1 Auswirkungen auf das Bruttoeinkommen	62	Technische Erläuterungen	242
3.1.2 Die finanziellen Kosten der Migration	66	Definitionen statistischer Begriffe und Indikatoren	243
3.2 Gesundheit	68	Klassifizierung der Länder	247
3.3 Bildung	71		
3.4 Empowerment, bürgerliche Rechte und Partizipation	74		
3.5 Ergebnisse aufgrund negativer Einflüsse besser verstehen	77		
3.5.1 Wenn Unsicherheit zur Migration führt	78		
3.5.2 Vertreibung durch Entwicklung	81		
3.5.3 Menschenhandel	82		
3.6 Die Gesamtauswirkungen	83		
3.7 Schlussfolgerungen	85		

KÄSTEN

1.1 Schätzung der Migrationsauswirkungen	14	2.8 Hochqualifizierte willkommen heißen, Geringqualifizierte rotieren lassen: Offenheit für legale Zuwanderung in entwickelten gegenüber Entwicklungsländern, 2009	46
1.2 Migration und die Messung von Fortschritten	18	2.9 Die Durchsetzungspraxis ist unterschiedlich: Maßnahmen und Vorgehensweisen bezüglich irregulärer Migranten, 2009	47
1.3 Grundlegende Begriffe, die in diesem Bericht verwendet werden	19	2.10 Länderübergreifende Ergebnisse stützen kaum die „Anzahl versus Rechte“-Hypothese: Korrelationen zwischen Zugang und Behandlung	48
1.4 Migration aus Sicht der Armen	21	2.11 In wichtigen Zielländern von Migranten nimmt die Arbeitslosigkeit zu: Arbeitslosenquoten in ausgewählten Zielländern, 2007-2010	52
2.1 Erfassung irregulärer Migranten	29	2.12 Migranten befinden sich an Orten, die von der Rezession am stärksten betroffen sind: Wohnorte der Zuwanderer und prognostizierte Wachstumsraten des BIP, 2009	53
2.2 Menschenhandel und durch Konflikte ausgelöste Migration	33	2.13 In Entwicklungsländer-Regionen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zunehmen: Prognosen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Regionen, 2010-2050	54
2.3 Migrationstrends in der früheren Sowjetunion	39	3.1 Migranten haben viel höhere Einkommen als Nicht-Migranten: Jahreseinkommen von Migranten in OECD-Aufnahmeländern	62
2.4 Globale Steuerung der Mobilität	49	3.2 Hohe Einkommensgewinne bei hochqualifizierten Migranten: Unterschiede zwischen den Durchschnittsgehältern bei Fachkräften in ausgewählten Länderpaaren im Zeitraum 2002-2006	62
3.1 Politische Maßnahmen und Ergebnisse in Zusammenhang mit Binnenmigration in China	64	3.3 Bedeutende Einkommenszuwächse vor allem bei schlechter qualifizierten Binnenmigranten in Bolivien: Verhältnis von Löhnen in der Zielregion zu Löhnen in der Herkunftsregion bei Binnenmigranten in Bolivien im Jahr 2000	63
3.2 Unbegleitete Kindermigranten	74	3.4 Migrantenkinder sind stärker von Armut betroffen, soziale Transferleistungen können jedoch helfen: Auswirkungen von Transferleistungen auf die Kinderarmut in ausgewählten Ländern in den Jahren 1999-2001	67
3.3 Die nächste Generation	75	3.5 Die Migrationskosten sind oft hoch: Kosten für Vermittler in ausgewählten Korridoren, bezogen auf das Pro-Kopf-Einkommen in den Jahren 2006-2008	68
3.4 Vollstreckungsmaßnahmen in Malaysia	77	3.6 Die Migrationskosten können das Vielfache des erwarteten Monatslohns betragen: Migrationskosten im Verhältnis zum erwarteten Lohn bei gering qualifizierten indonesischen Arbeitern in ausgewählten Zielregionen im Jahr 2008	68
4.1 Wie Mobiltelefone die Kosten von Geldtransfers von Migranten senken können: das Fallbeispiel Kenia	92	3.7 Kinder von Migranten haben wesentlich bessere Überlebenschancen: Kindersterblichkeit in den Herkunfts- im Vergleich zu den Zielländern gemäß HDI-Einstufung des Herkunftslandes anhand von Erhebungen aus dem Jahr 2000 oder aktuelleren Erhebungen	69
4.2 Die Krise von 2009 und Geldtransfers von Migranten	93	3.8 Migranten mit zeitlich befristetem Aufenthaltsstatus und irreguläre Migranten haben oft keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung: Zugang zur Gesundheitsversorgung in entwickelten Ländern und Entwicklungsländern im Jahr 2009 nach Migrantenstatus	71
4.3 Auswirkungen der Migration qualifizierter Personen auf die menschliche Entwicklung	97	3.9 Der Zugewinn an Schulbildung ist bei Migranten aus Ländern mit niedrigem HDI-Wert am größten: Gesamteinschulungsrate in den Herkunfts- im Vergleich zu den Zielländern gemäß HDI-Einstufung des Herkunftslandes anhand von Erhebungen aus dem Jahr 2000 oder aktuelleren Erhebungen	72
4.4 Mobilität und die Entwicklungsaussichten kleiner Staaten	100		
4.5 Mobilität und menschliche Entwicklung: einige Betrachtungsweisen von Entwicklungsländern	104		
5.1 Die Erschließung regulärer Kanäle am Beispiel von Schweden und Neuseeland	122		
5.2 Erfahrungen mit der Legalisierung von Zuwanderern	124		
5.3 Weniger Papierkrieg: eine große Aufgabe für Regierungen und ihre Partner	130		
5.4 Anerkennung von Qualifikationsnachweisen	133		
5.5 Einige politische Alternativen, mit der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte umzugehen	138		

GRAFIKEN

2.1 Sehr viel mehr Menschen migrieren innerhalb ihres Landes als über Grenzen hinweg	28		
2.2 Die Ärmsten haben durch die Migration am meisten zu gewinnen... Unterschiede beim HDI zwischen Herkunfts- und Zielländern, 2000-2002	31		
2.3 ... doch sie migrieren auch weniger Emigrationsquoten nach HDI und Einkommen	32		
2.4 Ein zunehmender Anteil der Migranten kommt aus Entwicklungsländern: Anteil der Zuwanderer aus Entwicklungsländern in ausgewählten entwickelten Ländern	40		
2.5 Quellen und Trends der Migration in Entwicklungsländer: Migrantenanteil an der Gesamtbevölkerung in ausgewählten Ländern, 1960–2000er Jahre	41		
2.6 Die Binnenmigrationsquoten sind nur leicht gestiegen: Trends der Intensität der lebenslangen Binnenmigration in ausgewählten Ländern, 1960-2000er Jahre	42		
2.7 Die globale Einkommenskluft ist gewachsen: Trends des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf, 1960-2007	43		

3.10 Migranten haben in entwickelten Ländern einen besseren Zugang zu Bildung: Zugang zu öffentlicher Schulbildung in entwickelten Ländern und Entwicklungsländern im Jahr 2009 nach Migrantenstatus	73
3.11 Das Wahlrecht ist in der Regel Staatsbürgern vorbehalten: Wahlrecht bei Kommunalwahlen in entwickelten Ländern und Entwicklungsländern im Jahr 2009 nach Migrantenstatus	76
3.12 In Entwicklungsländern sind die Einschulungsraten bei Flüchtlingen oft höher als bei der einheimischen Bevölkerung, Gesamteinschulungsraten an Grundschulen: Flüchtlinge, Bevölkerung im Aufnahmeland und Hauptherkunftsländer im Jahr 2007	80
3.13 Binnenmigranten erzielen hohe Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung: Geschätzter HDI bei Migranten im Vergleich zu Nicht-Migranten in ausgewählten Entwicklungsländern in den Jahren 1995-2005	84
3.14 Migranten sind in der Regel genauso glücklich wie die einheimische Bevölkerung: Aussagen von Migranten und Einheimischen weltweit über ihr Wohlbefinden in den Jahren 2005/2006	85
4.1 Die globale Rezession dürfte den Umfang der Geldtransfers von Migranten verringern: Prognostizierte Trends in Bezug auf Geldtransfers von Migranten in Entwicklungsländer, 2006-2011	93
4.2 Ähnlichkeit zwischen der internationalen Migration und der Binnenmigration qualifizierter Arbeitnehmer: Bevölkerung und Anteil qualifizierter Arbeitnehmer, die sich für Binnenmigration beziehungsweise die internationale Migration entscheiden	98
4.3 Unterstützung der Zuwanderung abhängig von der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen: Einstellungen zum Thema Zuwanderung und Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen, 2005/2006	114
4.4 Wenn die Stellenzahl begrenzt ist, wird Einheimischen Vorrang eingeräumt: Öffentliche Meinung in Bezug auf die Bevorzugung bei der Stellenvergabe nach HDI-Kategorie der Zielländer, 2005/2006	115
4.5 Viele Menschen sehen ethnische Vielfalt als Wert: Gängige Einstellungen zum Wert ethnischer Vielfalt nach HDI-Kategorien der Zielländer, 2005/2006	116
5.1 Nur wenige Staaten haben die Konvention über Migrantenrechte ratifiziert: Ratifizierung ausgewählter Abkommen nach HDI-Kategorie, Stand 2009	126
5.2 Grad der Befürwortung eines ständigen Aufenthalts: Eintreten für eine zeitlich befristete gegenüber einer dauerhaften Migration, 2008	139

KARTEN

1.1 Grenzen spielen eine wichtige Rolle: HDI in US-amerikanischen und mexikanischen Grenzorten, 2000	12
1.2 Migranten ziehen an Orte mit besseren Lebenschancen: Menschliche Entwicklung und Migrationsströme zwischen Provinzen in China, 1995-2000	13
2.1 Die meiste Migration findet innerhalb einzelner Regionen statt: Herkunfts- und Zielregionen internationaler Migranten, ca. 2000	30

3.1 Konflikte als Migrationsursache in Afrika: Konflikte, Krisenanfälligkeit und Bevölkerungsbewegungen in Afrika	79
4.1 Geldtransfers von Migranten fließen vorwiegend aus entwickelten Regionen in Entwicklungsregionen: Umfang internationaler Geldtransfers von Migranten, 2006-2007	91

TABELLEN

2.1 Fünf insgesamt stabile Jahrzehnte, mit regionalen Verschiebungen: Regionale Verteilung internationaler Migranten, 1960–2010	38
2.2 Politische Entscheidungsträger versuchen nach eigenen Angaben, bestehende Zuwanderungsniveaus beizubehalten: Meinungen und politische Handlungskonzepte bezüglich der Zuwanderung nach HDI-Kategorie, 2007	44
2.3 Mehr als ein Drittel aller Länder beschränken das Recht auf Freizügigkeit in erheblichem Maße: Einschränkungen der Binnenmigration und der Auswanderung nach HDI-Kategorie	50
2.4 In den entwickelten Ländern wird der Abhängigkeitsquotient voraussichtlich zunehmen und in Entwicklungsländern gleich bleiben: Prognostizierter Abhängigkeitsquotient in entwickelten Ländern gegenüber Entwicklungsländern, 2010–2050	55
4.1 PRS tragen den vielfältigen Auswirkungen von Migration Rechnung: Grundsatzpolitische Maßnahmen in Bezug auf die internationale Migration in PRS, 2000-2008	105

STATISTISCHER ANHANG – TABELLEN

A Migration: Momentaufnahmen und Trends	175
B Internationale Emigranten nach Wohnsitz	179
C Bildung und Beschäftigung internationaler Migranten in OECD-Ländern (15 Jahre und älter)	183
D Durch Konflikte und Unsicherheit bedingte Migration	187
E Internationale Finanzströme: Geldtransfers von Migranten, öffentliche Entwicklungshilfe und ausländische Direktinvestitionen	191
F Ausgewählte Übereinkommen zu Menschenrechten und Migration (nach Ratifikationsjahr)	195
G Trends des Indexes für menschliche Entwicklung	199
H Index für menschliche Entwicklung 2007 mit Einzelkomponenten	203
I ¹ Menschliche Armut und Einkommensarmut	208
I ² Menschliche Armut und Einkommensarmut: OECD-Länder	212
J Geschlechtsbezogener Entwicklungsindex mit Einzelkomponenten	213
K Maß für geschlechtsspezifische Ermächtigung mit Einzelkomponenten	218
L Demografische Trends	223
M Wirtschaft und Ungleichheit	227
N Gesundheit und Bildung	231

Überblick

Betrachten Sie Juan. Er wurde in eine arme Familie im ländlichen Mexiko hineingeboren, die Mühe hatte, seine Gesundheitsfürsorge und Bildung zu finanzieren. Mit zwölf Jahren verließ er die Schule, um zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Sechs Jahre später folgte Juan seinem Onkel auf der Suche nach höheren Löhnen und besseren Chancen nach Kanada.

In Kanada liegt die Lebenserwartung fünf Jahre über der in Mexiko, und das Einkommen ist dreimal so hoch. Juan erhielt dort eine vorübergehende Beschäftigung, erwarb sich das Aufenthaltsrecht, und schließlich wurde er zum Unternehmer, dessen Firma heute gebürtige Kanadier beschäftigt. Dies ist nur ein Beispiel von Millionen von Menschen, die jedes Jahr neue Chancen und Freiheiten durch Migration finden – sowohl zu ihrem eigenen, als auch zum Nutzen ihres Herkunftslandes und ihrer Wahlheimat.

Und betrachten Sie nun Bhagyawati. Sie gehört einer niederen Kaste an und lebt im ländlichen Andhra Pradesh in Indien. Jedes Jahr fährt sie mit ihren Kindern nach Bangalore-Stadt, um dort für sechs Monate auf Baustellen zu arbeiten, wo sie täglich 60 Rupien (1,20 US-Dollar) verdient. Solange sie von zu Hause weg sind, besuchen ihre Kinder keine Schule, weil diese zu weit von der Baustelle entfernt liegt, und weil sie die dortige Sprache nicht beherrschen. Bhagyawati hat weder Anspruch auf bezuschusste Lebensmittel noch auf Gesundheitsfürsorge, und sie geht auch nicht zu Wahlen, weil sie außerhalb ihres Meldebezirks lebt. Wie Millionen andere Binnenmigranten hat sie kaum eine andere Möglichkeit, ihre Lebensumstände zu verbessern, als auf der Suche nach besseren Chancen in eine andere Stadt zu ziehen.

Unsere Welt ist sehr ungleich. Seit seinem erstmaligen Erscheinen im Jahr 1990 sind die gewaltigen Unterschiede in der menschlichen Entwicklung innerhalb von und über Landesgrenzen hinweg immer wieder Gegenstand des Berichts über die menschliche Entwicklung (HDR). Im diesjährigen Bericht untersuchen wir erstmals das Thema Migration. Für viele Menschen in Entwicklungsländern besteht die

beste – und manchmal die einzige – Möglichkeit, ihre Lebenschancen zu verbessern darin, aus ihrer Heimatstadt oder Gemeinde wegzuziehen. Menschliche Mobilität kann ein äußerst effektives Mittel sein, um die Aussichten eines Menschen auf höheres Einkommen, bessere Gesundheitsfürsorge und Bildung zu erhöhen. Aber ihr eigentlicher Wert ist noch viel höher: Entscheiden zu können, wo man leben möchte, ist ein Schlüsselement menschlicher Freiheit.

Wenn sich Menschen zur Migration entschließen, begeben sie sich auf eine Reise voller Hoffnung und Unsicherheit, egal, ob sie im eigenen Land bleiben oder internationale Grenzen überschreiten. In den meisten Fällen sind sie auf der Suche nach neuen Lebenschancen. Sie hoffen, ihre Fähigkeiten anderswo möglichst gut einbringen zu können, zum Nutzen für sich selbst und ihre engste Familie, die sie häufig begleitet oder ihnen nachfolgt. Wenn ihnen dies gelingt, können sowohl die Zuhausegebliebenen, als auch ihre neue Heimat von ihrer Initiative und ihren Anstrengungen profitieren. Aber nicht alle sind erfolgreich. Migranten, die Freunde und Familie zurücklassen, können sich einsam oder unwillkommen unter Menschen fühlen, die Neuankömmlinge fürchten oder ablehnen. Sie können ihre Arbeit verlieren oder krank werden und somit nicht in der Lage sein, die Unterstützung zu bekommen, die sie für ihre persönliche Entwicklung benötigen.

Der Bericht über die menschliche Entwicklung 2009 befasst sich mit der Frage, wie eine bessere Migrationspolitik die menschliche Entwicklung stärken kann. Er plädiert dafür, dass Regierungen die Beschränkungen von Binnen- und grenzüberschreitender Wanderung abbauen, um so die Wahlmöglichkeiten und Freiheiten der Menschen zu erweitern. Er befürwortet

Die meisten Migranten, ob landesintern oder international, profitieren in Form von höheren Einkommen, besserem Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge und vorteilhafteren Lebensaussichten für ihre Kinder

praktische Maßnahmen, die die Bedingungen für ankommende Zuwanderer verbessern, zum Vorteil sowohl der sie aufnehmenden Kommunen als auch der Heimatorte.

Migrationsursachen und -wege

Ausgangspunkt von Diskussionen über Migration ist üblicherweise die Betrachtung von Migrationsströmen aus Entwicklungsländern in reiche entwickelte Länder Europas, Nordamerikas und Australasiens. Die meisten Wanderungsbewegungen weltweit finden jedoch nicht zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern statt, sie gehen nicht einmal über Landesgrenzen hinweg. Die überwiegende Mehrheit der Menschen wechselt den Wohnort innerhalb ihres Heimatlandes. Vorsichtigen Schätzungen zufolge sind circa 740 Millionen Menschen Binnenmigranten – das sind fast viermal so viele als solche, die ins Ausland abwandern. Von den Menschen, die nationale Grenzen überschritten haben, sind nur knapp über ein Drittel von einem Entwicklungsland in ein entwickeltes Land gezogen – weniger als 70 Millionen. Die meisten der weltweit 200 Millionen internationaler Migranten zogen von einem Entwicklungs- oder entwickelten Land in ein anderes.

Die meisten Migranten, ob landesintern oder international, profitieren in Form von höheren Einkommen, besserem Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge und vorteilhafteren Lebensaussichten für ihre Kinder. Befragungen von Migranten haben ergeben, dass die meisten trotz aller notwendigen Anpassungen und Hindernisse, die ein Wohnortwechsel üblicherweise mit sich bringt, in ihrer Wahlheimat glücklich sind. Wenn sie sich einmal niedergelassen haben, schließen sich Migranten häufiger als Einheimische Vereinigungen oder religiösen und anderen Gruppen an. Dennoch müssen Kompromisse gemacht werden und der Nutzen aus Mobilität ist ungleich verteilt.

Menschen, die aufgrund einer unsicheren Lage oder Konflikten aus ihrer Heimat vertrieben werden, stehen vor besonderen Herausforderungen. Schätzungsweise 14 Millionen Flüchtlinge leben außerhalb des Landes ihrer Staatszugehörigkeit, was in etwa sieben Prozent der Migranten weltweit entspricht. Die meisten bleiben in der Nähe des Landes, aus dem sie geflohen sind, und leben typischerweise in

Flüchtlingscamps, bis die Umstände in ihrer Heimat wieder eine Rückkehr erlauben, circa eine halbe Million pro Jahr begibt sich jedoch in ein entwickeltes Land und ersucht dort um Asyl. Eine weitaus höhere Zahl, etwa 26 Millionen, sind Binnenvertriebene. Sie haben zwar keine Landesgrenzen überschritten, sind aber trotzdem speziellen Schwierigkeiten in einem Land ausgesetzt, das von Konflikten zerrissen oder von Naturkatastrophen erschüttert wurde. Eine weitere schutzbedürftige Gruppe – meist junge Frauen – ist Menschenhandel ausgesetzt. Oft werden sie mit Versprechungen auf ein besseres Leben getäuscht und verlassen ihre Heimat nicht aus freiem Willen, sondern werden dazu genötigt, manchmal einhergehend mit Gewaltanwendung und sexuellem Missbrauch.

Im Allgemeinen jedoch wandern Menschen aus eigenem und freiem Willen in Regionen aus, wo die Lebensumstände besser sind. Über drei Viertel der internationalen Migranten ziehen in ein Land, das ein höheres menschliches Entwicklungsniveau als ihr Herkunftsland hat. Jedoch gibt es für sie erhebliche Einschränkungen, sowohl durch die Politik, die Migrationsbarrieren aufbaut, als auch durch die Mittel, die ihnen für die Auswanderung zur Verfügung stehen. Menschen in armen Ländern haben die geringste Mobilität: So wandert weniger als ein Prozent der Afrikaner nach Europa aus. Tatsächlich legen Geschichte und aktuelle Erkenntnisse nahe, dass Entwicklung und Migration Hand in Hand gehen: Die mittlere Migrationsquote eines Landes mit niedriger menschlicher Entwicklung liegt unter vier Prozent, verglichen mit über acht Prozent in Ländern mit einem hohen menschlichen Entwicklungsstand.

Migrationsbarrieren

Der Anteil von internationalen Migranten an der Weltbevölkerung ist in den vergangenen fünfzig Jahren bemerkenswert stabil bei circa drei Prozent geblieben, obwohl es Faktoren gab, die ein Ansteigen der Bewegungsströme hätte erwarten lassen. Demografische Trends – eine alternde Bevölkerung in den entwickelten Ländern und eine junge, weiter wachsende Bevölkerung in den Entwicklungsländern – sowie steigende Beschäftigungsangebote, in Verbindung mit günstigeren Kommunikations- und Transportmöglichkeiten, haben die „Nachfrage“

nach Migration ansteigen lassen. Jedoch stoßen Auswanderungswillige immer häufiger auf Barrieren, welche Regierungen gegen Migration aufbauen. Im vergangenen Jahrhundert hat sich die Anzahl an Nationalstaaten auf fast 200 vervierfacht und mehr Grenzen geschaffen, die zu überqueren sind. Gleichzeitig hat eine veränderte Politik die Größenordnung der Wanderungsbewegungen begrenzt, insbesondere nach Abbau von Handelsbarrieren.

Besonders hoch sind die Barrieren für Menschen mit geringer Qualifikation, obwohl es in vielen reichen Ländern einen Bedarf für ihre Arbeitskraft gibt. Die Politikstrategien zielen im Allgemeinen darauf ab, besser ausgebildete Menschen aufzunehmen, beispielsweise durch Gewähren eines Bleiberechts für Studenten nach ihrem Abschluss oder das Anwerben von Fachkräften mit ihren Familien. Aber Regierungen neigen dazu, bei gering qualifizierten Arbeitern, deren Status und Behandlung oft viel zu wünschen übrig lässt, ein anderes Maß anzulegen. In vielen Ländern gibt es viele Arbeitsplätze in den Bereichen Land- und Bauwirtschaft, Produktion und Dienstleistung, die mit diesen Migranten besetzt werden. Doch versuchen die Regierungen häufig, Menschen mit geringem Bildungsstand mal ins Land zu holen und dann wieder wegzuschicken. Sie behandeln Saisonarbeiter und irreguläre Arbeitnehmer manchmal gerade so wie Wasser, das man durch Auf- und Zudrehen des Wasserhahns beliebig fließen lassen kann. Heute leben und arbeiten schätzungsweise 50 Millionen Menschen irregulär im Ausland. Einige Länder, zum Beispiel Thailand und die Vereinigten Staaten, tolerieren eine hohe Zahl von Arbeitern mit irregulärem Status. Zwar haben diese Personen Zugang zu Jobs, die besser bezahlt sind als in ihrem Heimatland, machen die gleiche Arbeit und zahlen die gleichen Steuern wie die Einheimischen, haben aber nicht immer Zugang zur Grundversorgung und leben mit dem Risiko, ausgewiesen zu werden. Einige Regierungen wie die von Italien und Spanien haben erkannt, dass ungelernte Migranten einen Beitrag zu ihrer Gesellschaft leisten und den Status derjenigen, die Arbeit haben, geregelt. Andere Länder wie Kanada und Neuseeland haben gut durchdachte Programme für Saisonarbeiter, zum Beispiel in der Landwirtschaft.

Während es bei der Wertschätzung von qualifizierten Migranten in Zielländer einen

breiten Konsens gibt, ist die Einwanderung von gering qualifizierten Menschen stark umstritten. Die Ansicht, dass diese Migranten den Arbeitern vor Ort freie Arbeitsplätze wegnehmen und das Lohnniveau nach unten drücken, ist weit verbreitet. Andere Befürchtungen gehen dahin, dass der Zufluss von Migranten eine erhöhte Kriminalität mit sich bringt, die Versorgung vor Ort zusätzlich belastet, und dass der gesellschaftliche und kulturelle Zusammenhalt verloren geht. Diese Sorgen sind jedoch meist übertrieben. Untersuchungen haben zwar ergeben, dass Migration unter bestimmten Umständen für einheimische Arbeiter mit vergleichbaren Fertigkeiten negative Auswirkungen hat, die Gesamtheit der ermittelten Erkenntnisse lassen jedoch annehmen, dass diese Effekte im Allgemeinen gering und in manchem Kontext überhaupt nicht vorhanden sind.

Gute Gründe für Mobilität

In diesem Bericht wird argumentiert, dass Migranten die Wirtschaftsleistung steigern und dies nicht oder nur in geringem Maße auf Kosten der Einheimischen geht. Tatsächlich können die positiven Effekte überwiegen, zum Beispiel wenn Migranten Kinder betreuen und einheimischen Müttern ermöglichen, arbeiten zu gehen. In dem Maße, wie Migranten die Sprache und andere Fertigkeiten erlernen, durch die sie ihr Einkommen steigern können, fügen sich viele auf ganz natürliche Weise ein. Sie machen damit deutlich, dass die Angst vor nicht anpassungsfähigen Ausländern – wie sie beispielsweise im Amerika des frühen zwanzigsten Jahrhunderts im Hinblick auf die Iren geäußert wurde – bei den heutigen Neuankömmlingen gleichermaßen unberechtigt ist. Allerdings werden viele Einwanderer mit systematischer Benachteiligung konfrontiert, wodurch es für sie schwer oder unmöglich ist, lokale Dienstleistungen im gleichen Maße wie die Einheimischen in Anspruch nehmen zu können. Besonders groß ist dieses Problem bei Saison- und irregulären Arbeitern.

In den Herkunftsländern der Migranten sind die Auswirkungen in Form von höherem Einkommen und Konsum sowie besserer Bildung und Gesundheit und auch auf einem breiteren kulturellen und sozialen Niveau bemerkbar. Migration bringt im Allgemeinen Vorteile, am unmittelbarsten in Form von Geldtransfers an

Besonders hoch sind die Barrieren für Menschen mit geringer Qualifikation, obwohl es in vielen reichen Ländern einen Bedarf für ihre Arbeitskraft gibt

Es kann zu einem großen Gewinn für die menschliche Entwicklung werden, wenn Barrieren für Zu- und Abwanderung gesenkt und die Migranten besser behandelt werden

nahe Familienmitglieder. Jedoch wird der Nutzen auch breiter gestreut, wenn diese finanziellen Mittel ausgegeben werden – und somit Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden – und sich das Verhalten als Folge ideeller Einflüsse aus dem Ausland ändert. Insbesondere Frauen können so von einem traditionellen Rollenverständnis befreit werden.

Art und Ausmaß dieser Auswirkungen hängen davon ab, wer auswandert, wie es ihm im Ausland ergeht und ob er mit seinen heimischen Wurzeln über den Fluss von Geld, Wissen und Gedanken verbunden bleibt. Da Migranten dazu tendieren, in großer Zahl aus spezifischen Orten – zum Beispiel Kerala in Indien oder der Provinz Fujian aus China – auszuwandern, können die Auswirkungen auf kommunaler Ebene typischerweise größer sein als auf nationaler. Langfristig gesehen jedoch kann der Gedankenaustausch durch menschliche Migration weitreichende Auswirkungen auf gesellschaftliche Normen und Klassenstrukturen im ganzen Land haben. Die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften wird manchmal negativ gesehen, besonders in den Dienstleistungsbereichen Bildung und Gesundheit. Doch selbst wenn dies der Fall sein sollte, ist es am besten, die strukturellen Probleme wie niedrige Bezahlung, unzureichende Finanzierung und schwache Institutionen anzupacken, die diesem Prozess zugrunde liegen. Die Schuld am Verlust qualifizierter Arbeitskräfte bei diesen selbst zu suchen geht größtenteils am Thema vorbei, und ihre Mobilität zu beschränken kann sich leicht kontraproduktiv auswirken – ganz zu schweigen von der Tatsache, dass es das Grundrecht der Freizügigkeit verletzt.

Aber selbst eine gut gesteuerte internationale Migration ist kein Ersatz für eine nationale Strategie zur menschlichen Entwicklung. Abgesehen von wenigen Ausnahmen (hauptsächlich kleine Inselstaaten, wo mehr als 40 Prozent der Einwohner ins Ausland abwandern) ist es unwahrscheinlich, dass Emigration die Entwicklungsaussichten einer ganzen Nation formen kann. Migration ist bestenfalls ein Weg, der größere lokale und nationale Anstrengungen zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der menschlichen Entwicklung ergänzt. Diese Anstrengungen sind nach wie vor von wesentlicher Bedeutung.

Während wir diesen Bericht schreiben, durchlebt die Welt die schwerste Wirtschaftskrise seit mehr als einem halben Jahrhundert. Millionen von Arbeitern, darunter auch Migranten, sind von Entlassungen und schrumpfenden Volkswirtschaften betroffen. Wir glauben, dass die derzeitige Rezession als Chance genutzt werden sollte, um einen New Deal für Migranten zu schließen – einen, von dem Arbeiter im In- und Ausland profitieren und der protektionistischen Gegenreaktionen vorbeugt. Mit der Erholung der Wirtschaft werden die gleichen zugrundeliegenden Trends, welche im vergangenen halben Jahrhundert Migration angetrieben haben, wieder an die Oberfläche kommen und mehr Menschen in Bewegung setzen. Es ist sehr wichtig, dass die Regierungen sich darauf vorbereiten und die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Unsere Empfehlung

Es kann zu einem großen Gewinn für die menschliche Entwicklung werden, wenn Barrieren für Zu- und Abwanderung gesenkt und die Migranten besser behandelt werden. Es bedarf einer kühnen Vision, um dies zu realisieren. Der vorliegende Bericht spricht sich für ein umfangreiches Reformpaket aus, das Migranten, Gemeinden und Ländern erheblichen Nutzen bringen kann.

Unsere Empfehlung bezieht sich auf die zwei wichtigsten Bereiche der Migrationsagenda, die noch Raum für bessere Politikstrategien bieten: Einwanderungsbestimmungen und die Behandlung von Migranten. Die in unserem Basispaket beschriebenen Reformen zahlen sich mittel- bis langfristig aus. Sie sprechen nicht nur die Regierungen der Zielländer an, sondern auch die der Herkunftsländer und andere, die eine Schlüssel-funktion haben – insbesondere den Privatsektor, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen – und den einzelnen Migranten. Während sich politische Entscheidungsträger mit gemeinsamen Herausforderungen konfrontiert sehen, werden sie natürlich auch verschiedene Politikstrategien zur Migration entwickeln und in ihren jeweiligen Ländern umsetzen müssen, je nach nationalen und lokalen Umständen. Nichtsdestotrotz gibt es gewisse vorbildliche Praktiken, die sich abheben und auf breiterer Basis angewandt werden können.

Wir heben sechs wesentliche Wege der Reform hervor, die einzeln beschritten werden können, die jedoch als integrierter Ansatz besonders positiv zur menschlichen Entwicklung beitragen können: Stärkere Öffnung bestehender Zuwanderungskanäle, sodass mehr Arbeitnehmer emigrieren können; Gewährleistung der grundlegenden Rechte von Migranten; Senkung der Transaktionskosten von Migration; Suche nach Lösungen, die sowohl für Kommunen, die Migranten aufnehmen, als auch für die Migranten selbst von Vorteil sind; Erleichterung von Migrationsbewegungen innerhalb von Ländern; systematische Einbeziehung der Migration in die nationalen Entwicklungsstrategien. Sie alle leisten wichtige und ergänzende Beiträge zur menschlichen Entwicklung.

Das Basispaket an Reformvorschlägen hebt zwei Möglichkeiten hervor, wie reguläre bestehende Einwanderungskanäle geöffnet werden können:

- Wir empfehlen, Programme für echte Saisonarbeit in Bereichen wie Landwirtschaft und Tourismus zu erweitern. Derartige Programme haben sich in verschiedenen Ländern bereits bewährt. Vorbildliche Praktiken legen nahe, dass diese Intervention Gewerkschaften und Arbeitgeber sowie die Regierungen der Herkunfts- und Zielländer einbeziehen sollte, insbesondere, um Mindestlohngarantien, Gesundheits- und Sicherheitsstandards und Wiedereinreisemöglichkeiten, wie das beispielsweise in Neuseeland der Fall ist, auszuarbeiten und umzusetzen.
- Weiterhin schlagen wir vor, die Anzahl von Visen für gering qualifizierte Menschen in Abhängigkeit vom lokalen Bedarf zu erhöhen. Die Erfahrung vorbildlicher Praktiken zeigt, dass folgende Punkte hierbei wichtig sind: Sicherstellen, dass Einwanderer den Arbeitgeber wechseln können (bekannt als *Freiheit der Arbeitgeberwahl*), Einwanderern das Recht zu geben, einen Antrag auf Verlängerung ihres Aufenthaltsrechts zu stellen; Wege aufzuzeigen, wie sie ein dauerhaftes Bleiberecht erlangen können; Maßnahmen ergreifen, die Heimreisen während der Gültigkeit des Visums vereinfachen; die Übertragung erworbener Sozialversicherungsansprüche erlauben, analog der neuesten Reform Schwedens.

Zielländer sollten die gewünschte Anzahl an Einwanderern mit Hilfe politischer Prozesse, die öffentliche Diskussionen und Abwägung von Interessen ermöglichen, festlegen. Transparente Mechanismen zur Festlegung der Anzahl von Migranten sollten auf der Nachfrage der Arbeitgeber basieren und Quoten in Abhängigkeit von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beinhalten.

An ihrem Zielort werden Immigranten oft auf eine Art und Weise behandelt, die ihre Grundrechte verletzen. Selbst wenn Regierungen internationale Abkommen zum Schutz von migrierenden Arbeitern nicht ratifizieren, sollten sie dennoch deren volle Rechte am Arbeitsplatz sicherstellen, angefangen mit gleicher Bezahlung, menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und kollektiver Organisation. Möglicherweise muss schnell gehandelt werden, um Diskriminierung auszumerzen. Herkunfts- und Zielländer können bei der erleichterten Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen Hand in Hand arbeiten.

Die derzeitige Rezession hat Migranten besonders anfällig gemacht. Die Regierungen einiger Zielländer haben die Durchsetzung ihrer Einwanderungsgesetze derart verschärft, dass die Rechte der Migranten verletzt werden können. Wenn entlassenen Migranten die Möglichkeit eingeräumt wird, einen anderen Arbeitsplatz zu suchen (oder zumindest ihre Sachen vor der Abreise zusammenzupacken), wenn über Arbeitsmarktchancen öffentlich berichtet wird – auch über Rezessionen in den Herkunftsländern –, sind dies alles Maßnahmen, die dazu beitragen können, dass die jetzigen und zukünftigen Migranten keinen unverhältnismäßig hohen Anteil an den Kosten der Rezession tragen müssen.

Bei internationaler Migration sind die Kosten für die notwendigen Papiere und der Aufwand für die administrativen Anforderungen, um nationale Grenzen überschreiten zu können, oft hoch und regressiv (proportional höher für ungelernete Arbeiter und solche mit Kurzzeitverträgen) und haben möglicherweise den ungewollten Nebeneffekt der irregulären Flüchtlingsbewegung und Schmuggelei. In jedem zehnten Land sind die Kosten für einen Pass höher als zehn Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens; es überrascht daher nicht, dass Emigrationsrate und Kosten

An ihrem Zielort werden Immigranten oft auf eine Art und Weise behandelt, die ihre Grundrechte verletzen

Migration ist zwar kein Ersatz für größer angelegte Entwicklungsanstrengungen, kann aber eine wichtige Strategie für Haushalte und Familien sein, die ihre Existenzgrundlage auf eine breitere Basis stellen und verbessern wollen

umgekehrt proportional zueinander sind. Sowohl Herkunfts- als auch Zielländer können Verfahren vereinfachen und Kosten für Dokumente reduzieren und bei der Verbesserung und Regulierung der Vermittlungsdienste zusammenarbeiten.

Es ist unerlässlich, dass die einzelnen Migranten die Möglichkeit bekommen, sich gleich nach Ankunft gut einzuleben. Jedoch ist auch unerlässlich, dass sich die Gemeinden, die sie aufnehmen, nicht über Gebühr belastet fühlen durch den zusätzlichen Bedarf an zentralen Dienstleistungen, welche die Immigranten in Anspruch nehmen. Dort, wo dies für Kommunalbehörden zur Herausforderung wird, sind eventuell zusätzliche öffentliche Gelder vonnöten. Wenn dafür gesorgt wird, dass Migrantenkinder gleichen Zugang zu Bildung haben und, wo notwendig, Unterstützung bekommen, um Fehlendes nachzuholen und sich zu integrieren, kann dies ihre Lebenschancen verbessern und eine zukünftige Unterschicht vermeiden. Der Schlüssel dazu ist, die Sprache zu lernen. Dies gilt nicht nur für Schulkinder, sondern gleichermaßen für Erwachsene. Hier sind Angebote am Arbeitsplatz wichtig und spezielle Maßnahmen für Frauen, die zu Hause arbeiten. Manche Situationen werden mehr aktive Maßnahmen erfordern, um Diskriminierung und soziale Spannungen zu bekämpfen und, wo notwendig, Gewaltausbrüche gegen Immigranten zu verhindern. Die Zivilgesellschaft und die Regierungen verfügen über eine ganze Reihe an positiven Erfahrungen bei der Bekämpfung von Diskriminierung, zum Beispiel durch Aufklärungskampagnen.

Trotz des Niedergangs der meisten planwirtschaftlichen Systeme auf der Welt hält eine erstaunlich hohe Zahl von Regierungen – etwa ein Drittel – immer noch *de facto* Barrieren gegen Binnenmigration aufrecht. Typische Einschränkungen sind reduzierte Grundversorgung und Ansprüche jener, die im lokalen Bezirk nicht gemeldet sind, und diskriminiert somit Binnenmigranten – dies ist in China immer noch der Fall. Binnenmigranten die gleichen Grundversorgung zu ermöglichen, ist eine der Schlüsselpfehlungen des Berichts. Gleichbehandlung ist wichtig für Wander- und Saisonarbeiter und ihre Familien und für die Regionen, in denen sie arbeiten. Auch ist es wichtig, dass eine

angemessene Versorgung in ihrer Heimatregion sichergestellt wird, damit sie nicht gezwungen sind weiterzuziehen, um Zugang zu Schule sowie auch Gesundheitsvorsorge zu erhalten.

Migration ist zwar kein Ersatz für größer angelegte Entwicklungsanstrengungen, kann aber eine wichtige Strategie für Haushalte und Familien – besonders in Entwicklungsländern – sein, die ihre Existenzgrundlage auf eine breitere Basis stellen und verbessern wollen. Die Regierungen müssen dieses Potenzial erkennen und Migration in weitere Aspekte der nationalen Entwicklungspolitik integrieren. Ein weiterer entscheidender Punkt ist erfahrungsgemäß, dass nationale Wirtschaftsbedingungen und starke öffentliche Institutionen von großer Bedeutung sind, um den breiteren Nutzen von Mobilität ernten zu können.

Der künftige Weg

Zur Förderung dieser Agenda braucht man eine starke, vernünftige Führung, in Verbindung mit einer entschlosseneren Anstrengung, mit der Öffentlichkeit zusammenzuarbeiten und über die Fakten rund um das Thema Migration aufzuklären.

In den Herkunftsländern würde eine systematischere Betrachtung des Migrationsprofils und des Nutzens, der Kosten und der Risiken von Migration eine bessere Basis für die Integration von Wanderungsbewegungen in nationale Entwicklungsstrategien bieten. Emigration ist zwar keine Alternative zu verstärkten Entwicklungsanstrengungen im Heimatland, doch kann Mobilität den Zugang zu Ideen, Wissen und Ressourcen erleichtern, die den Fortschritt ergänzen und manchmal beschleunigen können.

In den Zielländern wird das „Wie“ und „Wann“ von Reformen von einer realistischen Betrachtung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen abhängig sein, wobei die öffentliche Meinung und politische Einschränkungen auf lokaler und nationaler Ebene in Betracht gezogen werden müssen.

Internationale Zusammenarbeit, insbesondere durch bilaterale oder regionale Vereinbarungen, kann zu einem besseren Migrationsmanagement, verbessertem Schutz von Migrantenrechten und einem verstärkten positiven Beitrag der Migranten sowohl für ihr Heimat-, als auch für ihr Zielland führen. Einige

Regionen schaffen Freizügigkeitszonen, um den Freihandel zu fördern und gleichzeitig die Vorteile der Migration zu erhöhen, zum Beispiel Westafrika und der Südkegel Lateinamerikas. Der erweiterte Arbeitsmarkt in diesen Regionen kann den Migranten, ihren Familien und Gemeinden beträchtlichen Nutzen beschern.

Es gibt Forderungen nach der Schaffung von neuen globalen Regelungen, um das Migrationsmanagement zu verbessern: Mehr als 150 Länder nehmen nun am Globalen Forum für Migration

und Entwicklung teil. Regierungen, die mit gleichen Herausforderungen konfrontiert sind, entwickeln gemeinsame Lösungen – ein Trend, der sich bereits abzeichnete, während wir diesen Bericht vorbereiteten.

Der Bericht *Barrieren überwinden* verankert die menschliche Entwicklung auf der Agenda politischer Entscheidungsträger, die angesichts der zunehmend komplexen Muster weltweiter Wanderungsbewegungen optimale Ergebnisse erreichen wollen.

Freiheit und Migration: Förderung der menschlichen Entwicklung durch Mobilität



Die Lebenschancen sind weltweit extrem ungleich verteilt. Diese Ungleichheit ist der wichtigste Antrieb für Migration, was den Schluss nahe legt, dass sie ein enormes Potenzial zur Verbesserung der menschlichen Entwicklung bietet. Dennoch treffen Menschen die Entscheidung, ihren Wohnort zu verlassen, nicht immer aus freien Stücken. Häufig sehen sie sich durch gravierende Probleme dazu gezwungen, während die Vorteile, die sie aus der Migration ziehen, äußerst ungleich verteilt sind. Aus unserer Sicht bedeutet Entwicklung die Förderung der Freiheit der Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, ein Konzept, das Mobilität als unverzichtbaren Bestandteil dieser Freiheit anerkennt. Allerdings sehen sich Migranten wie Nicht-Migranten Zielkonflikten ausgesetzt, deren Verständnis und Analyse eine wichtige Voraussetzung für die Formulierung geeigneter politischer Handlungskonzepte ist.

Freiheit und Migration: Förderung der menschlichen Entwicklung durch Mobilität

Jedes Jahr überqueren mehr als fünf Millionen Menschen internationale Grenzen, um sich in einem entwickelten Land niederzulassen.¹ Die Anzahl derjenigen, die in ein anderes Entwicklungsland oder innerhalb ihres eigenen Landes umziehen, ist wesentlich höher, allerdings gibt es dazu kaum genaue Schätzungen.² Noch höher ist die Anzahl der Menschen an den Ziel- wie an den Herkunftsorten, auf die sich der durch Migranten verursachte Fluss von Geld, Wissen und Ideen auswirkt.

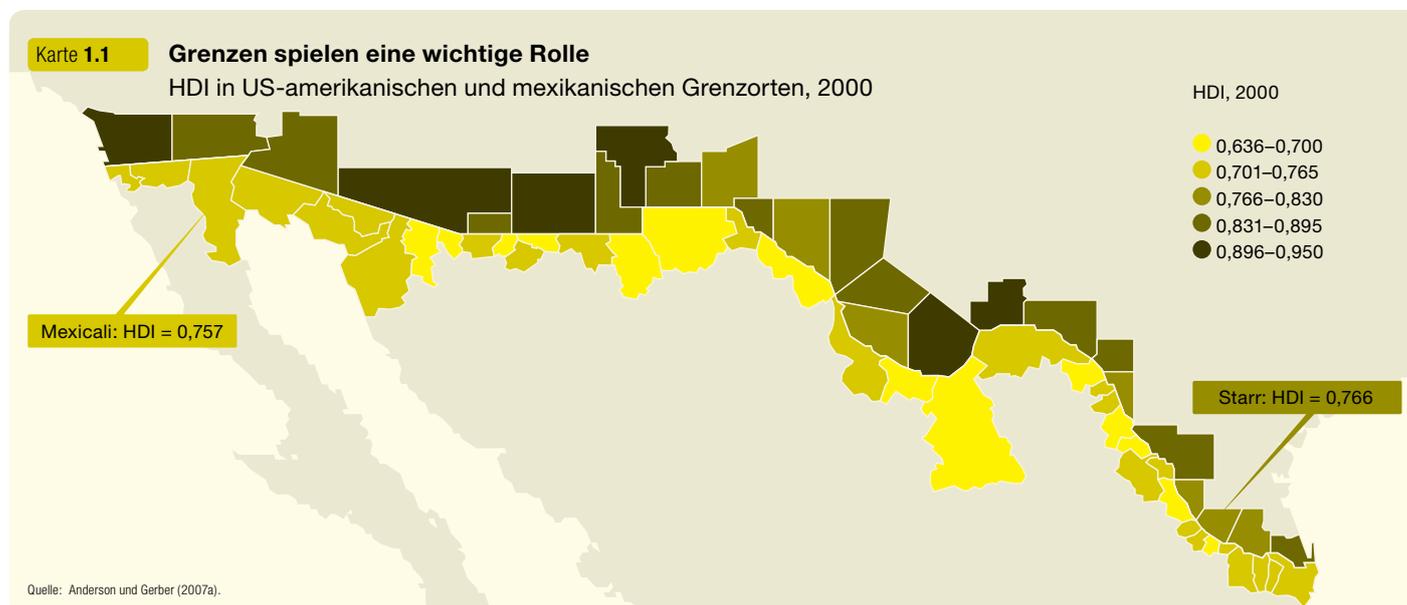
Die Entscheidung zur Migration ist für die Betroffenen fast immer mit Opfern und Unsicherheit verbunden. Die möglichen Belastungen reichen von den emotionalen Kosten der Trennung von Familie und Freunden bis zu hohen finanziellen Kosten. Zu den Risiken zählen körperliche Gefahren, die mit der Arbeit in gefährlichen Berufen verbunden sind. In manchen Fällen, etwa bei illegalem Grenzübertritt, riskieren die Migranten ihr Leben. Dennoch sind Millionen von Menschen bereit, diese Kosten oder Risiken auf sich zu nehmen, um ihren Lebensstandard und den ihrer Familie zu verbessern.

Die Chance, ein langes und gesundes Leben zu führen, Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und materiellen Gütern zu haben, politische Freiheit zu genießen und vor Gewalt geschützt zu sein, wird in hohem Maß davon beeinflusst, wo Menschen leben. Wer in Thailand geboren ist, kann damit rechnen, sieben Jahre länger zu leben, fast dreimal so viele Bildungsjahre zu genießen und achtmal so viel Geld auszugeben und zu sparen wie jemand, der im Nachbarland Myanmar geboren ist.³ Aus dieser Ungleichheit der Chancen entsteht ein immenser Migrationsdruck.

1.1 Mobilität spielt eine wichtige Rolle

Untersuchen wir beispielsweise, wie sich die Ergebnisse der menschlichen Entwicklung in der

Nähe von Ländergrenzen verteilen. Karte 1.1 vergleicht die menschliche Entwicklung auf beiden Seiten der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko, veranschaulicht durch den Index für menschliche Entwicklung (HDI). Dieser zusammengesetzte Maßstab für Entwicklung wird in diesem Bericht immer wieder herangezogen, um Länder zu vergleichen und auf einer Rangliste einzustufen. Das Muster, das sofort ins Auge fällt, ist die hohe Korrelation zwischen dem HDI eines Ortes und seiner Lage diesseits oder jenseits der Grenze. Der niedrigste HDI-Wert in einem Grenzdistrikt der USA (Starr County, Texas) liegt noch über dem höchsten HDI-Wert auf mexikanischer Seite (Stadtbezirk Mexicali, Baja California).⁴ Dieses Muster zeigt, dass das Überschreiten von Landesgrenzen die Möglichkeiten zur Anhebung des Lebensstandards enorm verbessern kann. Betrachten wir andererseits die Zielrichtung von Migrationsbewegungen, wenn Beschränkungen der Mobilität aufgehoben werden. Zwischen 1984 und 1995 liberalisierte die Volksrepublik China schrittweise die strikte Beschränkung ihrer internen Freizügigkeit und erlaubte den Menschen den Umzug in andere Regionen. Dies führte zu massiven Wanderungsströmen, hauptsächlich in die Regionen mit höherem Entwicklungsstand. Auch in diesem Fall ist aus den sich abzeichnenden Mustern zu schließen, dass die Aussicht auf Verbesserungen des Lebensstandards die entscheidende Antriebskraft waren (Karte 1.2).⁵



Diese räumlichen Beobachtungen werden durch die Ergebnisse gezielter Forschungsarbeiten gestützt, die die Auswirkungen von Wohnortveränderungen auf den Lebensstandard der Betroffenen untersuchten. Solche Vergleiche sind naturgemäß schwierig, weil Migranten und Nicht-Migranten in der Regel unterschiedliche Merkmale und Lebensumstände aufweisen (Kasten 1.1). Neuere wissenschaftliche Untersuchungen, die dieses komplexe Beziehungsgeflecht sorgfältig entwirrt haben, bestätigen jedoch, dass eine Wanderung über internationale Grenzen hinweg mit großen Vorteilen verbunden ist. So können etwa Menschen mit mittlerer formeller Bildung, die aus einem typischen Entwicklungsland in die Vereinigten Staaten ziehen, einen jährlichen Einkommensgewinn von rund 10.000 US-Dollar erzielen – ungefähr das Doppelte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in einem Entwicklungsland.⁶ Für diesen Bericht in Auftrag gegebene Forschungsarbeiten stellten fest, dass bei einer Familie, die von Nicaragua nach Costa Rica umzieht, die Wahrscheinlichkeit des Grundschulbesuchs ihrer Kinder um 22 Prozent steigt.⁷

Diese Disparitäten erklären nicht alle Wanderungsbewegungen. Zu einem erheblichen Teil sind auch bewaffnete Konflikte die Ursache. Manche Menschen wandern aus, um der politischen Unterdrückung durch autoritäre Staaten zu entgehen. Anderen bietet Migration

die Möglichkeit, sich der traditionellen Rolle zu entziehen, die in ihrer Herkunftsgesellschaft von ihnen erwartet wird. Junge Menschen gehen oft ins Ausland, um Bildung zu erwerben und ihren Horizont zu erweitern, jedoch mit der Absicht, später wieder in ihr Heimatland zurückzukehren. Wie in den folgenden Abschnitten noch ausführlicher erörtert wird, spielt bei der Migration eine Vielzahl von Antriebskräften und Zwängen eine Rolle. Daraus erklären sich die höchst unterschiedlichen Motivationen und Erfahrungen von Migranten. Chancen und Ambitionen sind jedoch häufig wiederkehrende Themen.

Migration führt nicht immer zu besseren Ergebnissen der menschlichen Entwicklung. Wir weisen in diesem Bericht immer wieder darauf hin, dass nicht nur die Freizügigkeit an sich, sondern auch die Verteilung der mit Migration verbundenen Vorteile durch enorme Ungleichheiten gekennzeichnet ist. Wenn die Ärmsten migrieren, dann geschieht dies häufig unter prekären Bedingungen, die ihre begrenzten Ressourcen und Wahlmöglichkeiten widerspiegeln. Vielfach verfügen sie nur über unzureichende oder irreführende Informationen. Missbrauch von Migrantinnen, die als Hausangestellte arbeiten, kommt in zahlreichen Städten und Ländern rund um die Welt vor, von Washington über London bis nach Singapur und den Staaten des Golf-Kooperationsrats. Jüngste Forschungen in den Arabischen Staaten ergaben,

dass die durch Missbrauch und Ausbeutung gekennzeichneten Arbeitsbedingungen, unter denen manche Hausangestellte tätig sind, sowie das Fehlen von Beschwerdemechanismen die Migrantinnen in einem Teufelskreis von Armut und HIV-Anfälligkeit gefangen halten können.⁸ Die gleiche Studie ergab, dass viele Länder Migranten auf HIV testen und diejenigen abschieben, bei denen der Virus festgestellt wurde; nur wenige Herkunftsländer verfügen über Wiedereingliederungsprogramme für Migranten, die auf Grund ihres HIV-Status' zur Rückkehr gezwungen wurden.⁹

Die grenzüberschreitende Migration ist nur ein Teilaspekt. Wesentlich umfangreicher ist die Binnenmigration, die ein enormes Potenzial zur Verbesserung der menschlichen Entwicklung

bietet. Dies hängt zum Teil damit zusammen, dass der Umzug in ein anderes Land mit hohen Kosten verbunden ist. Es geht dabei nicht nur um anfallende Gebühren und Reisekosten (die tendenziell regressiv wirken – siehe Kapitel 3), sondern ein solcher Umzug bedeutet auch, dass die Migranten in einer ganz anderen Kultur leben und ein Netz von Freunden und Verwandten zurücklassen müssen, also einer sehr hohen, wenn auch nicht zu quantifizierenden psychischen Belastung ausgesetzt sind. Die Aufhebung früherer strenger Beschränkungen der internen Freizügigkeit in einer Reihe von Ländern (namentlich in China, aber nicht nur dort) hat sich für viele der ärmsten Menschen der Welt positiv ausgewirkt. Dieser Einfluss auf die menschliche Entwicklung bliebe unberücksichtigt, wenn wir

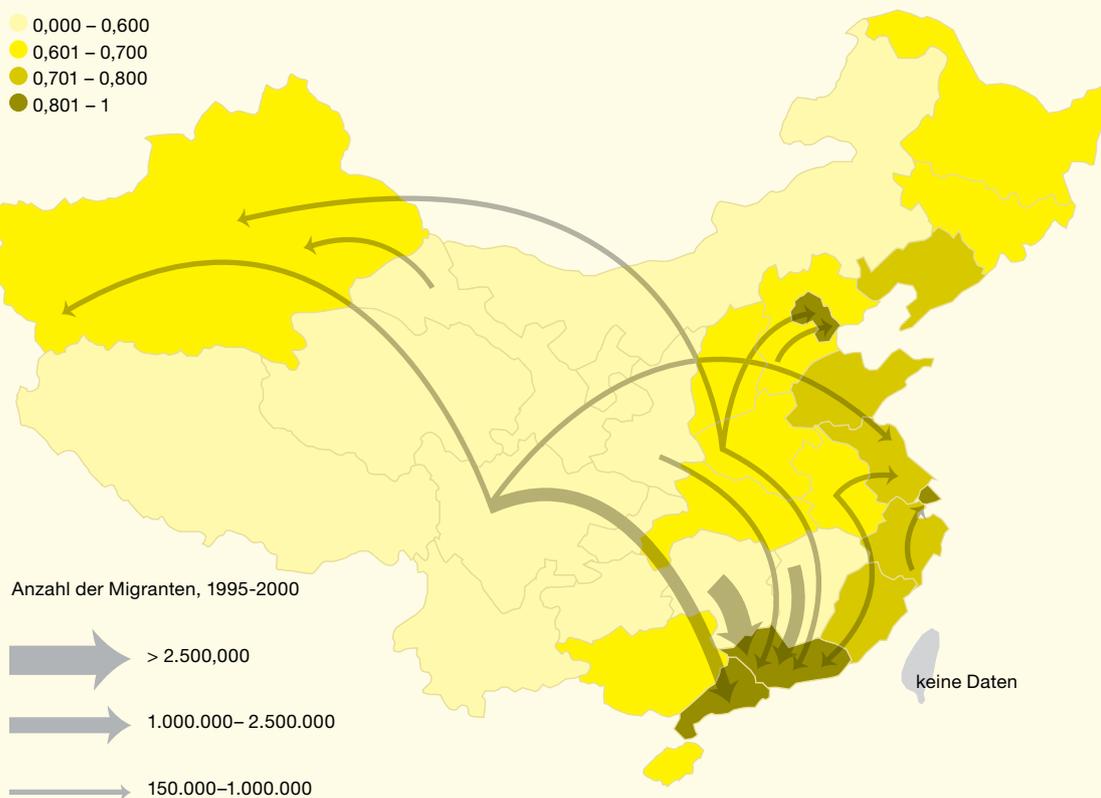
Karte 1.2

Migranten ziehen an Orte mit besseren Lebenschancen

Menschliche Entwicklung und Migrationsströme zwischen Provinzen in China, 1995-2000

HDI, 1995

- 0,000 – 0,600
- 0,601 – 0,700
- 0,701 – 0,800
- 0,801 – 1



Quelle: UNDP (2008a) und He (2004).

Kasten 1.1 Schätzung der Migrationsauswirkungen

Wichtige methodologische Überlegungen beeinflussen die Erfassung der Vorteile für den einzelnen Migranten und der Auswirkungen auf örtlicher Ebene, über die in der umfangreichen Literatur zum Thema Migration berichtet wird. Um ein präzises Messergebnis zu erhalten, müssen Vergleiche angestellt werden zwischen dem Lebensstandard von Migranten am Zielort und dem Lebensstandard, den sie erreicht hätten, wenn sie an ihrem Herkunftsort geblieben wären. Letzteres ist eine hypothetische Annahme, also eine unbekannte Größe, die durch den Nicht-Migranten-Status wohl nicht adäquat wiedergegeben wird. Wer sich für eine grenzüberschreitende Migration entscheidet, verfügt in der Regel über ein höheres Ausgangsniveau an Bildung und Einkommen, also ist es wahrscheinlich, dass er sich besser stellen wird als die Zurückbleibenden. Es lässt sich belegen, dass dieses Phänomen, das in der Fachsprache als Selektivität der Migration bezeichnet wird, auch bei der Binnenmigration auftritt (siehe Kapitel 2). Vergleiche von Gruppen, bei denen ähnliche Merkmale zu beobachten sind (Geschlecht, Bildung, Erfahrung usw.), können zwar genauere Ergebnisse liefern, jedoch werden auch hier potenziell wichtige Merkmale wie etwa Risikobereitschaft nicht erfasst.

Es gibt eine Vielzahl weiterer methodologischer Probleme. Da die Feststellung der Kausalität schwierig ist, sind die Auswirkungen der Geldtransfers von Migranten auf den Konsum der Haushalte schwer zu schätzen. Ebenso problematisch ist die Antwort auf die Frage, welchen Einfluss Migration auf die Arbeitsmärkte am Zielort hat. Die meisten Studien haben versucht, die Auswirkungen auf das Lohnniveau einzelner Regionen oder Facharbeitergruppen festzustellen. Diese

Quelle: Clemens, Montenegro und Pritchett (2008), McKenzie, Gibson und Stillman (2006).

können jedoch auch durch Selektionsverzerrungen bedingt sein, die mit der individuellen Ortswahl zusammenhängen. Ob die Qualifikationen von Migranten diejenigen der Bevölkerung vor Ort ersetzen oder ergänzen, ist eine Schlüsselfrage, die in Kapitel 4 erörtert wird. Um dies festzustellen, ist eine genaue Erfassung dieser Qualifikationen erforderlich.

Ein zunehmend beliebter Ansatz ist die Schätzung der Migrationswirkung mithilfe einer künstlich erzeugten Zufallsstichprobe. So verteilte beispielsweise die Einwanderungsbehörde Neuseelands an Bewerber aus dem Pazifischen Raum eine bestimmte Anzahl von Einwanderungsvisa im Rahmen einer Lotterie. Der Vergleich der Gewinner mit den Bewerbern, die kein Glück hatten, ermöglichte eine Bewertung der Auswirkungen von Migration.

Es gibt auch eine wichtige zeitliche Dimension. Migration ist mit hohen Anfangskosten verbunden, während ihre Gewinne möglicherweise erst später entstehen. So werden sich zum Beispiel die positiven Effekte auf dem Arbeitsmarkt im Laufe der Zeit erheblich verstärken, wenn landesspezifische Qualifikationen erworben und anerkannt werden. Die Entscheidung eines Migranten, in sein Heimatland zurückzukehren, stellt eine zusätzliche Komplikation dar, denn sie beeinflusst den Zeitraum, über den die Auswirkungen gemessen werden sollten.

Ein letzter Punkt ist der gravierende Datenmangel, der Migrationsanalysen erschwert. Dieses Problem wird im nächsten Kapitel eingehender erörtert. Selbst bei reichen Ländern sind Vergleiche häufig schwierig, und zwar aus ganz elementaren Gründen wie etwa unterschiedlichen Definitionen des Begriffs Migranten.

den Blick ausschließlich auf die internationale Migration richten würden.

Da sich also eine höhere nationale und internationale Mobilität positiv auf das menschliche Wohlergehen auswirken kann, wäre zu erwarten, dass sich Entwicklungspolitiker und Forscher gezielt mit diesem Thema beschäftigen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die wissenschaftliche Literatur zu den Auswirkungen von Migration steht im Schatten von Forschungen über die Folgen des internationalen Handels und makroökonomischer Politikkonzepte, um nur zwei Beispiele zu nennen.¹⁰ Während die internationale Gemeinschaft eine etablierte institutionelle Architektur für die Regelung der zwischenstaatlichen Handels- und Finanzbeziehungen vorweisen kann, wird die Steuerung von Migration zu Recht als nicht existent bezeichnet (mit der wichtigen Ausnahme der Regelung

der Flüchtlingsfrage).¹¹ Der vorliegende Bericht ist Teil der fortlaufenden Bemühungen um die Behebung dieses Ungleichgewichts. Gestützt auf neuere Arbeiten von Institutionen wie etwa der Internationalen Organisation für Migration (IOM), der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), der Weltbank und des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), sowie auf Erörterungen in Gremien wie z.B. dem Globalen Forum für Migration und Entwicklung, vertreten wir die Auffassung, dass das Thema Migration mehr Aufmerksamkeit von Seiten der Regierungen, der internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft verdient.¹² Dafür sprechen nicht nur die großen potenziellen Gewinne einer verstärkten Migration für die Welt insgesamt, sondern auch die erheblichen Risiken, denen zahlreiche Migranten ausgesetzt sind und die zumindest teilweise

durch bessere politische Handlungskonzepte aufgefangen werden könnten.

1.2 Entscheidungen im Kontext: Migrationsgründe verstehen

Die Umstände, die Menschen dazu bringen, ihre Heimat zu verlassen, sind außerordentlich vielfältig. In Myanmar sind in den letzten Jahren Angehörige der Volksgruppe der Chin zu Tausenden nach Malaysia emigriert, um der Verfolgung durch die Sicherheitskräfte Myanmars zu entgehen; sie leben jedoch in ständiger Furcht vor der Entdeckung durch zivile paramilitärische Gruppen.¹³ Schätzungen zufolge sind zwischen 1997 und 2005 mehr als 3.000 Menschen in der Meerenge von Gibraltar bei dem Versuch ertrunken, auf primitiven Booten illegal nach Europa zu gelangen.¹⁴ Auf der anderen Seite stehen Erfahrungen wie die von Hunderten armer Tonganer, die in einer Lotterie eine Niederlassungserlaubnis für Neuseeland gewannen, oder von Hunderttausenden von Polen, die nach der Einführung der Freizügigkeit in der Europäischen Union im Jahr 2004 auf der Suche nach besser bezahlten Arbeitsplätzen nach Großbritannien zogen.

Unser Bericht befasst sich mit verschiedenen Arten von Migration, namentlich Binnen- und grenzüberschreitender, temporärer und dauerhafter sowie konfliktbedingter Migration. Die Frage, ob es sinnvoll ist, ein so breites Netz zu spannen, ist berechtigt. Sprechen wir hier nicht über grundverschiedene Phänomene mit höchst unterschiedlichen Ursachen und naturgemäß völlig ungleichen Ergebnissen? Wäre es für unsere Zwecke nicht besser, uns auf einen bestimmten Migrationstyp zu konzentrieren und seine Ursachen, Folgen und Auswirkungen eingehender zu untersuchen?

Wir sind nicht dieser Meinung. Zwar weichen diese breit gefassten Migrationskategorien hinsichtlich ihrer Antriebskräfte und Ergebnisse erheblich voneinander ab, aber dies gilt auch für konkrete Fälle innerhalb der einzelnen Kategorien. Ein Beispiel ist die internationale Arbeitsmigration. Ihr Spektrum reicht von tadschikischen Arbeitern in der russischen Bauindustrie, die sich auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Bedingungen in einem Land, in dem die meisten Menschen mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen müssen, zur Auswanderung

gezwungen sehen, bis zu den viel umworbenen ostasiatischen Computeringenieuren, die von Konzernen wie Motorola oder Microsoft eingestellt werden.

Das Problem der herkömmlichen Migrationsansätze ist häufig ihre zu starke Aufgliederung. Migranten werden in der Regel danach unterschieden, ob die Migration erzwungen oder freiwillig erfolgte, ob es sich um Binnen- oder grenzüberschreitende, temporäre oder dauerhafte, wirtschaftlich oder nicht wirtschaftlich bedingte Migration handelt. Dies kann dazu führen, dass politische Konzepte und Denkprozesse von Kategorien dominiert werden, die ursprünglich für rechtliche Unterscheidungen bei der Steuerung der Einreise und Behandlung von Migranten bestimmt waren. In den letzten zehn Jahren begannen Wissenschaftler und Politiker, diese Unterscheidungen in Frage zu stellen. Zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch, dass ihre Vervielfachung die Prozesse, die einer Migrationsentscheidung zugrunde liegen, eher verdunkelt als erhellt und nachteilige Auswirkungen auf die Politikgestaltung haben kann.¹⁵

In fast allen Fällen von Migration lässt sich die Wechselwirkung zweier elementarer Kräfte beobachten, deren Einfluss unterschiedlich stark ist. Auf der einen Seite stehen Einzelpersonen, Familien und manchmal ganze Gemeinschaften, die sich aus freien Stücken zur Migration entschließen, um ihre Lebensumstände grundlegend zu verändern. In der Tat spielen selbst dann, wenn Menschen sich durch widrige Umstände zur Migration gezwungen sehen, die konkreten Entscheidungen, die sie treffen, fast immer eine wichtige Rolle. So haben Untersuchungen unter angolanischen Flüchtlingen, die sich in Nordwestsambia angesiedelt hatten, gezeigt, dass viele die gleichen Bestrebungen hatten wie jene Menschen, die üblicherweise als Wirtschaftsmigranten eingestuft werden.¹⁶ Ähnliches gilt für Afghanen, die auf der Flucht vor dem Konflikt in ihrem Land nach Pakistan oder Iran ziehen, auf den gleichen Routen und mithilfe der gleichen Handelsnetzwerke, die Jahrzehnte zuvor zum Zweck der saisonalen Arbeitsmigration entstanden sind.¹⁷

Andererseits werden Entscheidungen für oder gegen Migration selten oder nie ganz ohne Zwang getroffen. Bei der Flucht vor politischer Verfolgung oder wirtschaftlicher Not liegt dies

Die Umstände, die Menschen dazu bringen, ihre Heimat zu verlassen, sind außerordentlich vielfältig

Migrations-
entscheidungen
werden in der
Regel von Familien
getroffen, häufig
unter strategischen
Gesichtspunkten

auf der Hand, aber auch für das Verständnis von Entscheidungen in weniger offensichtlichen Zwangslagen spielt dieser Aspekt eine bedeutende Rolle. Wichtige mit der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur zusammenhängende Faktoren, die also kontextspezifisch sind, sich im Laufe der Zeit jedoch verändern können, bilden die Rahmenbedingungen für die Entscheidung, wegzuziehen oder zu bleiben. Diese dynamische Wechselwirkung zwischen individuellen Entscheidungen und ihrem sozioökonomischen Kontext – in der soziologischen Fachsprache manchmal als ‚Akteur-Struktur-Interaktion‘ bezeichnet – ist für das Verständnis der Einflüsse, die menschliches Verhalten bestimmen, von entscheidender Bedeutung. Mit der langfristigen Entwicklung der wichtigsten strukturellen Faktoren befasst sich Kapitel 2.

Betrachten wir den Fall der Zehntausenden von Indonesiern, die jedes Jahr nach Malaysia einwandern. Verursacht wird dieser Zustrom hauptsächlich durch die hohen Einkommensunterschiede zwischen den beiden Ländern. Während jedoch die Zuwanderung seit den 1980er Jahren stetig angestiegen ist, hat das Einkommensgefälle im gleichen Zeitraum abwechselnd zu- und abgenommen.¹⁸ Offensichtlich spielten also umfassendere sozioökonomische Prozesse eine Rolle. Die Industrialisierung Malaysias in den 1970er und 1980er Jahren bewirkte eine massive Abwanderung der Malayen vom Land in die Städte. Dadurch entstand ein akuter Arbeitskräftemangel im Agrarsektor, während zur gleichen Zeit in Indonesien die Kommerzialisierung der Landwirtschaft und ein rasches Bevölkerungswachstum einen Überschuss an landwirtschaftlichen Arbeitskräften produzierten. Die Tatsache, dass die meisten Indonesier einen ähnlichen ethnischen, sprachlichen und religiösen Hintergrund haben wie die Malayen, hat diese Wanderungsströme zweifellos erleichtert.¹⁹

Die Anerkennung der Rolle struktureller Faktoren bei der Entstehung von Wanderungsbewegungen hatte einen tiefgreifenden Einfluss auf die Migrationsforschung. Während sich die ersten Versuche, Migrationsströme konzeptionell zu erfassen, auf Unterschiede im Lebensstandard konzentrierten, wuchs in den letzten Jahren die Einsicht, dass diese Unterschiede die Bewegungsmuster nur zum Teil erklären.²⁰ Insbesondere wäre bei einer nur durch

Einkommensunterschiede begründeten Migration kaum nachvollziehbar, warum viele erfolgreiche Migranten nach mehreren Jahren im Ausland in ihre Heimat zurückkehren. Außerdem wären, wenn lediglich Lohnunterschiede den Ausschlag gäben, umfangreiche Migrationsbewegungen aus armen in reiche Länder zu erwarten, aber nur sehr geringe Bewegungen innerhalb der reichen Länder – beides stimmt jedoch nicht mit der Praxis überein (Kapitel 2).

Die beobachteten Muster führten zu verschiedenen Forschungsrichtungen. Einige Wissenschaftler erkannten, dass die Fokussierung auf das Individuum davon ablenkt, dass Migrationsentscheidungen in der Regel von Familien getroffen werden, häufig unter strategischen Gesichtspunkten (wenn z.B. einige Familienmitglieder wegziehen, während andere am Ort bleiben).²¹ Zunehmend zeichnete sich auch die Notwendigkeit ab, die Annahme vollkommener Wettbewerbsmärkte aufzugeben. Insbesondere die Kreditmärkte in Entwicklungsländern sind höchst unvollkommen, während die Existenzgrundlagen der Haushalte häufig von so volatilen Sektoren wie der Landwirtschaft abhängen. Die Entsendung eines Familienmitglieds an einen anderen Ort stellt eine Diversifizierung dar, mit der sich die Familie gegen das Risiko ungünstiger Ergebnisse an ihrem Wohnort absichern kann.²² Andere Forscher machten deutlich, wie strukturelle Merkmale und langfristige Trends an den Herkunfts- und Zielorten – häufig als ‚Push- und Pull-Faktoren‘ bezeichnet – den Kontext prägen, in dem Wanderungen stattfinden. Diese können beispielsweise das Ergebnis einer wachsenden Konzentration des Eigentums an Gütern wie etwa Grund und Boden sein, die es den Menschen erschwert, mit ihrer traditionellen Produktionsweise ihren Lebensunterhalt weiterhin zu sichern.²³ Es wurde auch anerkannt, dass die Chancen und Möglichkeiten, über die Migranten verfügen, durch Zuwanderungsbarrieren eingeschränkt werden, ein Thema, das in den Kapiteln 2 und 3 erörtert wird. Aber auch die Art und Weise, wie Arbeitsmärkte organisiert sind, führt zu Einschränkungen. Es gibt zunehmend Belege dafür, dass sowohl internationale als auch Binnenmigranten in Beschäftigungsbereiche mit niedrigerem Status und schlechterer Bezahlung abgedrängt werden.

Am wichtigsten ist jedoch, dass es den auf rein ökonomische Faktoren ausgerichteten Theorien nicht gelingt, den breiteren sozialen Rahmen, in dem Entscheidungen getroffen werden, zu erfassen. So suchen beispielsweise junge Männer, die der unteren Kaste der Kolas im zentralen Teil des indischen Bundesstaats Gujarat angehören, häufig Arbeitsplätze in Fabriken außerhalb ihres Dorfes, um sich aus ihrer untergeordneten Stellung innerhalb der Kastenbeziehungen zu befreien. Dabei sind die Fabrikgehälter keineswegs höher, ja manchmal sogar niedriger als ihre Verdienstmöglichkeiten als landwirtschaftliche Tagelöhner in ihrem Heimatort.²⁴ Das Ausbrechen aus traditionellen Hierarchien kann ein wichtiger Motivationsfaktor für Migration sein (Kapitel 3).

Hinzu kommt, dass das Verhältnis zwischen Migration und wirtschaftlichen Aspekten nicht nur in eine Richtung weist. Große Migrationsbewegungen können tiefgreifende wirtschaftliche Konsequenzen für Herkunfts- und Zielorte haben; dies wird in Kapitel 4 ausführlich erörtert. Migration hat sogar einen Einfluss auf unser Verständnis ökonomischer Grundkonzepte, wie sich an den Fragen im Zusammenhang mit der Messung des Pro-Kopf-Einkommens und des Wirtschaftswachstums zeigt (Kasten 1.2).

1.3 Entwicklung, Freiheit und Mobilität

Unser Versuch, die Folgen von Migration für die menschliche Entwicklung zu verstehen, beginnt mit einem Gedanken, der für den Ansatz dieses Berichts von zentraler Bedeutung ist. Es geht um das Konzept der menschlichen Entwicklung als Erweiterung der Freiheit von Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dieses Konzept, das durch die bahnbrechenden Arbeiten des Nobelpreisträgers Amartya Sen inspiriert wurde und bei dessen Weiterentwicklung Mahbub ul Haq eine führende Rolle spielte, wird auch als Ansatz der Befähigungen oder Verwirklichungschancen („capabilities approach“) bezeichnet, weil es großes Gewicht auf die Freiheit legt, wichtige Zustände und Handlungen („beings and doings“) zu verwirklichen. Seit dem ersten Bericht über die menschliche Entwicklung aus dem Jahr 1990 steht dieses Konzept im Mittelpunkt unseres Denkens und ist für die Ausgestaltung wirksamer politischer

Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Benachteiligung so relevant wie eh und je.²⁵ Der Ansatz der Befähigungen hat sich als wirkungsvolles Instrument für neue Denkansätze in so unterschiedlichen Themenbereichen wie Gender, menschliche Sicherheit und Klimawandel erwiesen.

Dieser Blickwinkel der Ausweitung menschlicher Freiheiten und Befähigungen hat großen Einfluss auf unser Verständnis von Migration. Denn noch bevor wir nach signifikanten Auswirkungen von Freizügigkeit beispielsweise auf Einkommen, Bildung oder Gesundheit fragen, müssen wir uns bewusst machen, dass ein Ortswechsel eine jener grundlegenden Entscheidungen ist, die einem Menschen zur Verwirklichung seiner Lebensplanung zur Verfügung stehen. Mit anderen Worten, die Möglichkeit zur Migration ist eine Dimension der Freiheit, die Teil der Entwicklung ist. Sie ist daher nicht nur ein Wert an sich, sondern kann sich auch als instrumenteller Wert erweisen.

Der Gedanke, dass die Fähigkeit zum Wohnortwechsel ein fundamentaler Bestandteil der menschlichen Freiheit ist, lässt sich auf die klassische Philosophie verschiedener intellektueller Traditionen zurückführen. Konfuzius schrieb, dass „gutes Regieren dann gegeben ist, wenn die in der Nähe lebenden Menschen glücklich gemacht und die in der Ferne lebenden angezogen werden“,²⁶ während Sokrates die Auffassung vertrat, dass „jeder, der uns und die Stadt nicht mag und der in eine Kolonie oder eine andere Stadt auswandern will, hingehen kann, wo er will und dabei sein Eigentum behalten kann.“²⁷ 1215 garantierte die Magna Charta in England die Freiheit, „unser Königreich zu verlassen und sicher wieder dorthin zurückzukehren, sei es zu Land oder zu Wasser.“ In neuerer Zeit beschrieb die amerikanische Philosophin Martha Nussbaum Mobilität als Teil einer Reihe funktionaler Grundbefähigungen, mit deren Hilfe die tatsächliche Freiheit des Einzelnen zur Verwirklichung seiner Lebensplanung bewertet werden kann.²⁸

Dennoch bietet die Weltgeschichte zahllose Beispiele für Gesellschaften, die die Erfahrung machen mussten, dass Begrenzungen der Mobilität die menschliche Entwicklung stark behinderten. Sowohl Feudalismus als auch Sklaverei basierten auf physischen Einschränkungen der

Den rein auf ökonomische Faktoren ausgerichteten Theorien gelingt es nicht, den breiteren sozialen Rahmen, in dem Migrationsentscheidungen getroffen werden, zu erfassen

Kasten 1.2 Migration und die Messung von Fortschritten

Versuche, den Entwicklungsstand eines Landes zu messen, stützen sich auf verschiedene Indikatoren zur Erfassung des durchschnittlichen Lebensstandards. Während traditionell das Pro-Kopf-Einkommen als stellvertretende Variable für wirtschaftliche Entwicklung herangezogen wird, propagiert dieser Bericht einen umfassenderen Maßstab: den Index für menschliche Entwicklung (HDI). Beiden Ansätzen liegt jedoch der Gedanke zugrunde, den Lebensstandard aller Bewohner eines bestimmten Territoriums zu bewerten.

Forscher des Center for Global Development an der Universität Harvard haben vor kurzem darauf hingewiesen, dass diese Ansätze zur Messung von Entwicklung sich vorrangig auf geografische Orte und nicht auf Menschen beziehen, wenn sie die Fortschritte einer Gesellschaft evaluieren. Wenn also ein Bewohner Fidschis nach Neuseeland auswandert und sein Lebensstandard daraufhin steigt, wird dies nach den traditionellen Messmethoden nicht als Entwicklungsfortschritt in Fidschi erfasst. Vielmehr wird der Lebensstandard des Betreffenden jetzt bei der Berechnung des neuseeländischen Indikators berücksichtigt.

Im Rahmen von Forschungsarbeiten, die als Hintergrund für diesen Bericht durchgeführt wurden, haben wir zur Lösung dieses Problems eine Alternative für die Messung der menschlichen Entwicklung vorgeschlagen. Wir bezeichnen sie als Maßstab für die *menschliche Entwicklung von Menschen* (im Gegensatz zur menschlichen Entwicklung von Ländern), denn es wird der Stand der menschlichen Entwicklung aller in einem bestimmten Land geborenen Menschen erfasst. Wir messen also z.B. nicht das Durchschnittsniveau der menschlichen Entwicklung der in den Philippinen lebenden Personen, sondern vielmehr dasjenige aller Personen, die in den Philippinen

geboren wurden, ungeachtet dessen, wo sie jetzt leben. Diese neue Messmethode hat erhebliche Auswirkungen auf unser Verständnis von menschlichem Wohlergehen. In 13 von 100 Staaten, für die wir diesen Messwert ermitteln konnten, ist der HDI ihrer Menschen mindestens um zehn Prozent höher als der Landes-HDI; bei weiteren neun Landesbevölkerungen liegt der Unterschied zwischen fünf und zehn Prozent. Bei elf der 90 Landesbevölkerungen, für die wir zeitliche Trends berechnen konnten, wichen die HDI-Veränderungen im Zeitraum 1990-2000 um mehr als fünf Prozentpunkte von der durchschnittlichen Veränderung des HDI des jeweiligen Landes ab. So erreichte beispielsweise der HDI der Ugander einen fast dreimal höheren Anstieg als der Landes-HDI Ugandas.

Um die analytische Arbeit und die Vergleichbarkeit mit der vorhandenen Literatur zu erleichtern, werden wir jedoch im übrigen Bericht weiterhin den konventionellen Ansatz anwenden. Wir sind auch der Auffassung, dass diese beiden Messwerte einander ergänzen und nicht etwa ersetzen sollen: der eine erfasst den Lebensstandard der Menschen, die an einem bestimmten Ort leben, der andere denjenigen der Menschen, die an einem bestimmten Ort geboren wurden. Wenn wir beispielsweise die menschliche Entwicklung als eine Ursache für Migration betrachten und analysieren, wie dies im größten Teil dieses Berichts geschieht, dann ist der auf das Land bezogene Messwert sinnvoller, weil er als Indikator für Unterschiede des Lebensstandards an verschiedenen Orten dient. Soll jedoch der Erfolg unterschiedlicher politischer Vorgehensweisen und Institutionen bei der Verbesserung des Lebensstandards einer Gesellschaft evaluiert werden, dann spricht vieles für die Anwendung der neuen Messmethode.

Quelle: Ortega (2009) und Clemens und Pritchett (2008).

Bewegungsfreiheit. Mehrere repressive Regime des 20. Jahrhunderts stützten sich auf die Kontrolle der Binnenwanderung; Beispiele sind die Passgesetze der südafrikanischen *apartheid* und das *propiska*-System interner Pässe in der Sowjetunion. Als diese Restriktionen schließlich wegfielen, kam die Bevölkerung dieser Länder in den Genuss drastisch erweiterter Freiheiten.

Unser Bericht ist bestrebt, die Gesamtheit der Bedingungen zu erfassen und zu untersuchen, die Einfluss darauf haben, ob Einzelpersonen, Familien oder Gemeinschaften sich für Wegzug oder Bleiben entscheiden. Zu diesen Bedingungen gehören Ressourcen und Ansprüche, aber auch verschiedene Zwänge, die z.B. mit Politik, Märkten, Sicherheit, Kultur und Werten zusammenhängen und sich darauf auswirken, ob Migration für die Betroffenen eine Option sein

kann. Wenn Menschen in der Lage sind, den Ort, der für sie Heimat bedeutet, selbst auszuwählen, ist dies eine Dimension der menschlichen Freiheit, die wir als *Mobilität* bezeichnen. Kasten 1.3 definiert diesen und andere grundlegende Begriffe, die in diesem Bericht verwendet werden.

Die Unterscheidung zwischen Freiheiten und Handlungen ist für den Ansatz der Befähigungen von zentraler Bedeutung. Wenn wir zwischen der Befähigung, darüber zu entscheiden, wo wir leben wollen, und der Handlung des Wohnortwechsels unterscheiden, erkennen wir an, wie wichtig die Bedingungen sind, die eine freie Wohnortwahl ermöglichen oder verhindern. Die herkömmlichen Migrationsanalysen konzentrieren sich im Wesentlichen darauf, die Auswirkungen von Migration auf

den Lebensstandard zu untersuchen. Uns geht es jedoch nicht nur um die Migration an sich, sondern auch um die Freiheit der Menschen, selbst zu entscheiden, ob sie an einen andern Ort ziehen wollen. Mobilität ist eine Freiheit - Migration ist die Ausübung dieser Freiheit.²⁹

Wir verstehen Mobilität als positive und nicht nur als negative Freiheit. Mit anderen Worten, das Fehlen formaler Beschränkungen von Wanderungen über Grenzen hinweg oder innerhalb des eigenen Landes gibt den Menschen noch nicht die Freiheit, sich für Migration zu entscheiden, wenn sie nicht über die wirtschaftlichen Ressourcen, die Sicherheit und die Netzwerke verfügen, die sie für ein menschenwürdiges Leben an ihrem neuen Wohnort benötigen, oder wenn informelle Zwänge wie etwa Diskriminierung die Aussichten auf eine erfolgreiche Migration erheblich einschränken.

Wir möchten die Konsequenzen dieses Ansatzes mit einigen Beispielen veranschaulichen. Im Fall des Menschenhandels geht der Ortswechsel mit brutalen und erniedrigenden Formen der Ausbeutung einher. Der Definition zufolge ist Menschenhandel ein Fall von Ortsveränderung, bei dem Freiheiten durch Gewalt, Täuschung und/oder Zwang eingeschränkt werden. In der Regel hat ein Opfer von Menschenhandel nicht die Freiheit, die Reise abzubrechen, sich nach Ankunft am Bestimmungsort eine andere Beschäftigung zu suchen oder nach Hause zurückzukehren. Eine solche Person begibt sich physisch an einen anderen Ort, aber als Ergebnis einer Einschränkung ihrer Fähigkeit, selbst darüber zu entscheiden, wo sie leben will. Unter der Befähigungsperspektive ist ihre Mobilität geringer und nicht größer.

Betrachten wir andererseits den Fall, dass jemand wegen der Bedrohung durch politische Verfolgung oder wegen sich verschlechternder Umweltbedingungen seinen bisherigen Wohnort verlassen muss. In solchen Fällen wird das Bleiben durch externe Umstände erschwert oder sogar unmöglich gemacht. Diese Umstände beschränken die Wahlmöglichkeiten des Betroffenen und reduzieren seine Freiheit, selbst zu entscheiden, wo er leben will. Der erzwungene Wegzug kann durchaus mit einer weiteren Verschlechterung seiner Lebensbedingungen einhergehen, aber dies bedeutet nicht, dass der Wegzug die Ursache für die Verschlechterung ist.

Tatsächlich wäre das Ergebnis wahrscheinlich viel schlimmer, wenn der Betreffende *nicht* in der Lage wäre, einen Ortswechsel vorzunehmen.

Man könnte versucht sein, die Unterscheidung zwischen Mobilität und Veränderung des Wohnorts für eher theoretisch zu halten, aber es sollte an dieser Stelle betont werden, dass sich bei den Forschungsarbeiten, die arme Menschen zur ihrer Ansicht über Migration

Kasten 1.3 Grundlegende Begriffe, die in diesem Bericht verwendet werden

Index für menschliche Entwicklung (HDI): Ein zusammengesetzter Index, der die durchschnittlichen Ergebnisse in drei grundlegenden Dimensionen der menschlichen Entwicklung misst: langes und gesundes Leben, Zugang zu Wissen und menschenwürdiger Lebensstandard.

Entwickelte Länder/Entwicklungsländer: Länder, die einen HDI-Wert von 0,9 oder höher erzielt haben, bezeichnen wir als entwickelte Länder, diejenigen, die diesen Wert nicht erreichen, als Entwicklungsländer.

Niedriger/mittlerer/hoher/sehr hoher HDI: Eine Klassifizierung der Länder, die auf den anhand der aktuellsten Daten ermittelten HDI-Werten basiert, mit folgenden Rangstufen: 0 0,499: niedriger HDI, 0,500 0,799: mittlerer HDI, 0,800 0,899: hoher HDI, höher als 0,900: sehr hoher HDI.

Binnenmigration: Wanderungen innerhalb der Grenzen eines Landes, in der Regel gemessen anhand der Überschreitung von Regions-, Distrikt- oder Gemeindegrenzen.

Internationale Migration: Wanderungen über internationale Grenzen hinweg, die zu einem Wechsel des Wohnsitzlandes führen.

Migrant: Eine Person, die ihren Wohnort gewechselt hat, entweder durch das Überschreiten einer internationalen Grenze oder durch einen Umzug innerhalb ihres Herkunftslandes in eine andere Region, einen anderen Distrikt oder eine andere Gemeinde. Emigrant/Auswanderer ist die Bezeichnung für einen Migranten aus der Perspektive des Herkunftslandes, Immigrant/Zuwanderer die Bezeichnung unter der Perspektive des Aufnahmelandes. Zwar wird der Begriff Migrant (in Abgrenzung zu „Immigrant“) manchmal nur für die zeitlich befristete Migration verwendet, aber diese Unterscheidung treffen wir in diesem Bericht nicht.

Mobilität: Die Fähigkeit von Einzelpersonen, Familien oder Gruppen, ihren Wohnort frei zu wählen.

Wanderung/Migration: Wechsel des Wohnorts.

Mobilität ist ein hoher Wert an sich, aber auch ihr instrumenteller Wert kann für die Förderung weiterer Dimensionen der menschlichen Entwicklung von enormer Bedeutung sein

befragten (Kasten 1.4), die Freiheit der Wohnortwahl als wichtiges Thema herauschälte. Letztendlich ist ihre Ansicht wichtiger als die von Experten, da sie es sind, die die schwierige Entscheidung treffen müssen, ob sie eine Migration wagen sollen oder nicht.

1.4 Was wir einbringen

Wenn man die Menschen und ihre Freiheit ins Zentrum der Entwicklung stellt, hat dies Konsequenzen für die Erforschung von Migrationsbewegungen. Zuerst müssen wir verstehen, was die Mobilität von Menschen erhöht oder verringert. Wir müssen uns also fragen, warum Menschen migrieren wollen und welche Zwänge sie dazu veranlassen bzw. davon abhalten, eine solche Entscheidung zu treffen. In Kapitel 2 setzen wir uns mit dieser Fragestellung auseinander und untersuchen die großen Muster der Migrationsbewegungen unter räumlichen und zeitlichen Aspekten. Wir stellen fest, dass diese Muster weitgehend mit dem Gedanken übereinstimmen, dass sich Menschen zur Migration entschließen, um ihre Chancen zu verbessern, dass sie dabei jedoch auf Grund politischer Maßnahmen – am Herkunfts- wie auch am Zielort – und der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen stark eingeschränkt sind. Da verschiedene Menschen verschiedenen Zwängen unterliegen, führt dies letztendlich zu einem Prozess, der durch erhebliche Ungleichheiten der Migrationschancen und -vorteile gekennzeichnet ist.

In Kapitel 3 untersuchen wir die Wechselwirkung zwischen diesen Ungleichheiten und den politischen Handlungskonzepten. Dass Mobilität ein hoher Wert an sich ist, haben wir in diesem einführenden Kapitel bereits hervorgehoben, aber auch ihr instrumenteller Wert kann für die Förderung weiterer Dimensionen der menschlichen Entwicklung von enormer Bedeutung sein. Zwar können Menschen durch Migration weitere Freiheiten hinzugewinnen, aber in welchem Ausmaß ihnen dies möglich ist, hängt weitgehend von den Bedingungen ab, unter denen diese Migration stattfindet. In Kapitel 3 betrachten wir die Ergebnisse von Migration in unterschiedlichen Dimensionen der menschlichen Entwicklung, namentlich Einkommen und Lebensunterhalt, Gesundheit, Bildung und Fähigkeit zu selbstbestimmtem Handeln. Wir setzen uns auch mit Fällen auseinander, in

denen Menschen durch eine Ortsveränderung – die beispielsweise durch Menschenhandel oder Konflikte erzwungen wird – eine Verschlechterung ihres Wohlergehens hinnehmen müssen. Dabei vertreten wir die Auffassung, dass diese Fälle häufig auf Einschränkungen der Freiheit des Einzelnen zurückzuführen sind, selbst darüber zu entscheiden, wo er leben will.

Ein entscheidender Punkt, der in Kapitel 3 deutlich wird, ist die Erkenntnis, dass Migration häufig mit Zielkonflikten verbunden ist. Während sie für manche Dimensionen der Freiheit ein Gewinn sein kann, sind bei anderen Dimensionen Verluste möglich. Millionen von Arbeitsmigranten aus Asien und dem Nahen Osten, die in den Staaten des Golf-Kooperationsrates tätig sind, akzeptieren gravierende Einschränkungen ihrer Rechte als Voraussetzung für den Erhalt einer Arbeitserlaubnis. Sie verdienen mehr als in ihrem Heimatland, können jedoch weder mit ihren Familien zusammensein noch eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erhalten oder den Arbeitgeber wechseln. Viele können das Land nicht verlassen, da ihnen ihre Pässe bei der Einreise abgenommen werden. Für viele Menschen überall auf der Welt bedeutet der Entschluss zur Migration, dass sie ihre Kinder zurücklassen müssen. In Indien sind Saisonarbeiter praktisch von der Teilnahme an Wahlen ausgeschlossen, wenn diese in den Spitzenzeiten der saisonalen Wanderungen stattfinden.³⁰ Zuwanderern, die mit irregulärem Status in einem Land leben oder arbeiten, werden häufig eine Vielzahl grundlegender Ansprüche und Dienstleistungen vorenthalten, sie leben in ständiger Furcht vor Verhaftung und Abschiebung. Um die Auswirkungen von Migration zu verstehen, müssen diese vielfältigen Dimensionen der menschlichen Entwicklung systematisch analysiert werden. Nur so lässt sich eine genauere Vorstellung von Art und Ausmaß der Zielkonflikte und den sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen gewinnen.

Noch komplexere Zielkonflikte treten auf, wenn Migration sich auf den Lebensstandard von Nicht-Migranten auswirkt. So löste die Annahme, Migration würde zu Verlusten für die Bevölkerung in den Zielländern führen, zahlreiche politische und akademische Debatten aus. Sie stehen im Mittelpunkt von Kapitel 4. Unsere Belege zeigen deutlich, dass Befürchtungen

Kasten 1.4 Migration aus Sicht der Armen

In den letzten Jahren wuchs das Interesse an der Anwendung qualitativer Methoden, die Erkenntnisse darüber liefern, wie die in Armut lebenden Menschen ihre Situation beurteilen. Ein Beispiel war die wegweisende Weltbank-Studie *Voices of the Poor*, die 2000 veröffentlicht wurde. Für den vorliegenden Bericht wurden Forschungsarbeiten in Auftrag gegeben, die relevante Ergebnisse der Partizipativen Armutserhebungen (‘Participatory Poverty Assessments’) analysierten. Bei diesen Erhebungen handelt es sich um umfangreiche Studien, die mit einer Kombination aus qualitativen und quantitativen Forschungsmethoden Armut aus Sicht der Betroffenen untersuchen. Es stellte sich heraus, dass Migration häufig von Armen einerseits als Notwendigkeit beschrieben wird – als Teil einer Bewältigungsstrategie von Familien, die sich in einer extremen Zwangslage befinden –, aber andererseits auch als Chance, nämlich als Mittel zur Erweiterung der Existenzgrundlagen eines Haushalts und seiner Fähigkeit, Güter zu akkumulieren.

In Niger gaben zwei Drittel der Befragten an, dass sie wegen des Mangels an Nahrungsmitteln, Bekleidung oder Einkommen ihr Zuhause aufgegeben und sich an einem anderen Ort eine Existenzgrundlage gesucht hätten. Manche Haushalte berichteten, einige ihrer Mitglieder seien auf der Suche nach einer bezahlten Arbeit weggezogen, vor allem um den Druck auf schwindende Nahrungsmittelvorräte in Zeiten der Knappheit zu verringern. In den Dörfern Ban Na Pieng und Ban Kew Pad in Thailand beschrieben die Befragten Migration als eine der Möglichkeiten zur Verbesserung des sozioökonomischen Status einer Familie. In diesen Dorfgemeinschaften versetzen die Geldtransfers aus dem Ausland die Zurückgebliebenen in die Lage, in die kommerzielle

Fischerei zu investieren und so das Ansehen und den Einfluss der Familie zu erhöhen.

In den Gruppendiskussionen mit Armen war die saisonale Binnenmigration die am häufigsten angesprochene Migrationsform. Zur internationalen Migration wurde die Ansicht vertreten, sie sei etwas für Bessergestellte. So sagten beispielsweise Teilnehmer an der Studie in Jamaika, die Wohlhabenderen verfügten im Gegensatz zu den Armen über einflussreiche Kontakte, die ihnen helfen würden, die für die Reise und die Arbeit im Ausland nötigen Visa zu erhalten. Studienteilnehmer auf der Karibikinsel Montserrat berichteten, dass nach dem Vulkanausbruch von 1995 die gebildeteren und finanziell bessergestellten Bewohner in der Lage gewesen seien, die Insel zu verlassen, während die weniger Begüterten trotz der Verwüstungen zurückblieben.

Anhand der Partizipatorischen Armutserhebungen können wir uns ein gutes Bild von der Einstellung armer Menschen zur Migration machen. Wir erfahren jedoch wenig darüber, wie es anderen gelungen ist, sich aus der Armut zu befreien, da sich diese Erhebungen mit Absicht auf diejenigen beschränken, die nach wie vor arm sind. Eine neuere Weltbankstudie untersuchte in 15 Ländern Wege aus der Armut. Dabei stellte sich heraus, dass die Möglichkeit des Ortswechsels in allen Gesprächen über Freiheit ein stets wiederkehrendes Thema ist. In Marokko äußerten junge Frauen ihre Frustration über traditionsbedingte Einschränkungen ihrer Möglichkeiten, ohne männliche Begleitung zu reisen oder eine Beschäftigung außer Haus anzunehmen. Männer beschrieben die Fähigkeit zur Migration als Freiheit, die mit Verantwortung gekoppelt ist, nämlich der Verpflichtung zu Geldtransfers in die Heimat.

Quelle: Azcona (2009), Narayan, Pritchett, und Kapoor (2009), World Bank (2000), World Bank (2003), und ActionAid International (2004).

hinsichtlich der negativen Auswirkungen auf Nicht-Migranten (in den Herkunfts- und den Zielorten) häufig übertrieben sind. In manchen Fällen sind solche Besorgnisse jedoch berechtigt, und dies hat wichtige Auswirkungen auf die Gestaltung von Politik.

Wenn Migration also durch politische Vorgaben und die Verfügbarkeit von Ressourcen eingeschränkt wird, eine erhöhte Mobilität jedoch den Lebensstandard von Migranten erheblich verbessern kann, während sie häufig auch positive Wirkungen auf die Nicht-Migranten ausübt – wie sollte dann eine migrationsfördernde Politik aussehen? In Kapitel 5 vertreten wir die Auffassung, dass sie sich erheblich von der heutigen unterscheiden sollte. Vor allem sollte sie so konzipiert werden, dass sie gering qualifizierten Arbeitnehmern mehr Migrationschancen

eröffnet und die Behandlung der Migranten an ihren Zielorten verbessert.

Wir befürworten keine generelle Liberalisierung der grenzüberschreitenden Mobilität. Denn wir erkennen an, dass die Menschen an den Zielorten ein Recht darauf haben, ihre Gesellschaft nach ihren Vorstellungen zu gestalten, und dass Grenzen eines der Instrumente sind, um den Geltungsbereich von Verpflichtungen abzustechen für diejenigen, die sie als Mitglieder ihrer jeweiligen Gemeinschaft betrachten. Aber wir sind auch der Ansicht, dass es unzählige Formen menschlicher Beziehungen gibt und dass die moralischen Verpflichtungen von Menschen auf unterschiedlichen Ebenen wirksam werden können. Dies liegt hauptsächlich daran, dass Individuen nicht nur einer einzigen Gesellschaft oder Gruppe angehören. Anstatt

Wir betrachten Mobilität als unverzichtbar für die menschliche Entwicklung und Migration als natürlichen Ausdruck des Wunsches von Menschen, selbst zu entscheiden, wie und wo sie leben wollen

allein und ausschließlich durch ihre Religion, Rasse, ethnische Zugehörigkeit oder ihr Geschlecht definiert zu sein, sehen sich die meisten Individuen im Spiegel mehrfacher Identitäten. Amartya Sen fand dazu eine eindrückliche Formulierung: „Ein Hutu-Arbeiter aus Kigali ist nicht nur ein Hutu, sondern auch ein Kigalier, ein Ruander, ein Afrikaner, ein Arbeiter und ein Mensch.“³¹

Die Verantwortlichkeiten auf dem Gebiet der Verteilungsgerechtigkeit überschneiden sich und reichen über nationale Grenzen hinaus. Insofern besteht kein Widerspruch zwischen dem Gedanken, dass Gesellschaften Institutionen mit dem vorrangigen Ziel schaffen, gerechte Ergebnisse zugunsten ihrer eigenen Mitglieder hervorzubringen, und dem anderen Gedanken, dass die Mitglieder der gleichen Gesellschaft gemeinsam dazu verpflichtet sind, mit und für ihre Mitmenschen außerhalb dieser Gesellschaft eine gerechte Welt zu schaffen. Es gibt viele Wege, um diesen Verpflichtungen nachzukommen. Die Gründung karitativer Organisationen und Stiftungen, die Leistung von Entwicklungshilfe, die Unterstützung des Aufbaus nationaler Institutionen und die Reform der internationalen Institutionen, damit sie den Bedürfnissen armer Länder besser gerecht werden, sind nur einige Beispiele. Unsere Analyse, die in die Empfehlungen in Kapitel 5 eingeflossen ist, zeigt jedoch, dass der Abbau von Zuwanderungsbeschränkungen durch wohlhabendere Entwicklungsländer und entwickelte Länder – vor allem für gering qualifizierte Arbeitnehmer und ihre Familien – eine relativ wirksame Möglichkeit zur Erfüllung dieser Verpflichtungen ist.

Die Politikempfehlungen unseres Berichts beruhen nicht nur darauf, wie die Welt aus unserer Sicht aussehen sollte. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Formulierung einer migrationsfördernden Politik zum Teil mit beachtlichen politischen Widerständen gegen eine stärkere Öffnung zu kämpfen hat. Nachdem wir Fragen der politischen Durchführbarkeit geprüft haben, sind wir jedoch der Auffassung, dass ein gut konzipiertes Liberalisierungsprogramm – das den Arbeitsmarktbedürfnissen an den Zielorten gerecht wird, während es gleichzeitig Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und der Nichtdiskriminierung berücksichtigt –, erheb-

liche Unterstützung durch Wähler und Interessengruppen finden könnte.

Unsere Analyse baut auf den Beiträgen auf, die seit der Einführung des Konzepts der menschlichen Entwicklung im HDR von 1990 zu diesem Denkprozess beigesteuert wurden. Ein ganzes Kapitel des damaligen Berichts war dem Thema Verstädterung und menschliche Entwicklung gewidmet. Der Bericht behandelte das Scheitern politischer Maßnahmen zur Verringerung der Binnenmigration und kam zu dem Schluss: „Solange Unterschiede zwischen Stadt und Land bestehen, werden Menschen abwandern, um zu versuchen, von besseren Schulen und Sozialdiensten, höheren Verdienstmöglichkeiten, kulturellen Einrichtungen, neuen Lebensweisen, technologischen Neuerungen und Verbindungen zur Welt zu profitieren.“³² Wie andere Berichte über die menschliche Entwicklung beginnt auch der vorliegende mit der Feststellung, dass die Lebenschancen in unserer Welt höchst ungleich verteilt sind. Wir legen dar, dass diese Tatsache erhebliche Konsequenzen für unser Verständnis von Migrationsgründen und für die Neugestaltung einer migrationsfördernden Politik hat. Unsere Kritik an den derzeitigen politischen Handlungskonzepten auf diesem Gebiet gilt der Art und Weise, in der sie die bestehenden Ungleichheiten verstärken. Im Bericht über die menschliche Entwicklung von 1997 wurde festgestellt, dass es gerade die selektive Anwendung der Grundsätze freier globaler Märkte ist, die dazu führt, dass der weltweite Markt für ungelernete Arbeitskräfte weniger frei ist als der Markt für Exporte oder Kapital aus entwickelten Ländern.³³ Wenn wir betonen, dass Migration durch den Transfer von Qualifikationen, Arbeit und Ideen die kulturelle Vielfalt erweitert und das Leben der Menschen bereichert, stützen wir uns auf die Analyse des Berichts über die menschliche Entwicklung von 2004, der sich mit der Rolle der kulturellen Freiheit in unserer Welt der Vielfalt befasste.³⁴

Gleichzeitig schreitet die Agenda der menschlichen Entwicklung voran, daher ist es nur natürlich, dass sich auch die Behandlung bestimmter Themen im Laufe der Zeit verändert. Dieser Bericht widerspricht nachdrücklich der von manchen politischen Entscheidungsträgern vertretenen und teilweise auch in unseren früheren Berichten aufgegriffenen Ansicht,

dass Migration als Problem zu betrachten sei, das Abhilfemaßnahmen erfordert.³⁵ Vielmehr betrachten wir Mobilität als unverzichtbar für die menschliche Entwicklung und Migration als natürlichen Ausdruck des Wunsches von Menschen, selbst zu entscheiden, wie und wo sie leben wollen.

Kernthema dieses Berichts ist die Bedeutung höherer Mobilität für eine Verbesserung des Wohlergehens von Millionen von Menschen. Dennoch muss von vornherein betont werden, dass eine verstärkte Mobilität nur eine der Komponenten einer Strategie zur Verbesserung der menschlichen Entwicklung ist. Wir treten weder dafür ein, dass sie die zentrale Komponente bildet, noch dafür, dass sie in der Rangfolge der Befähigungen auf die gleiche Stufe gestellt wird wie etwa ausreichende Ernährung

oder angemessene Unterkunft. Auch kann Mobilität unserer Meinung nach kein Ersatz für nationale Entwicklungsstrategien sein, die darauf gerichtet sind, in Menschen zu investieren und Bedingungen zu schaffen, damit sie sich in ihrer Heimat voll entfalten können. Tatsächlich sind die Möglichkeiten, das Wohlergehen benachteiligter Gruppen durch Mobilität zu verbessern, eher begrenzt, denn gerade bei diesen Gruppen ist die Wahrscheinlichkeit der Migration häufig am geringsten. So ist Mobilität zwar kein Patentrezept, aber aufgrund ihrer weitgehend positiven Effekte für Migranten und Nicht-Migranten bietet es sich an, sie zu einer wichtigen Komponente jeder Strategie zu machen, deren Ziel nachhaltige Verbesserungen der menschlichen Entwicklung überall auf der Welt sind.

Mobilität ist kein Patentrezept, aber eine wichtige Komponente jeder Strategie für eine nachhaltige Verbesserung der menschlichen Entwicklung

Menschen in Bewegung: Wer zieht wohin, wann und warum



In diesem Kapitel werden weltweite Migrationsbewegungen im Zeitablauf untersucht. Die Migrationsmuster stimmen mit der Vorstellung überein, dass Menschen migrieren, um ihre Chancen zu verbessern, aber auch, dass ihre Mobilität aufgrund von Barrieren stark eingeschränkt ist – insbesondere durch die Politik in den Heimat- und Zielländern und weil ihnen die Mittel fehlen. Insgesamt ist der Anteil der Menschen, die in die entwickelten Länder migrieren, in den vergangenen 50 Jahren deutlich gestiegen – ein Trend, der mit den immer ungleicher werdenden Chancen in Zusammenhang gebracht wird. Zwar werden diese Migrationsströme sich wahrscheinlich während der aktuellen Wirtschaftskrise zeitweise abschwächen, doch die ihnen zugrunde liegenden strukturellen Trends werden sich fortsetzen, wenn das Wachstum wieder anzieht. Sie werden in den kommenden Jahrzehnten wahrscheinlich zu einem zunehmenden Migrationsdruck führen.

Menschen in Bewegung: Wer zieht wohin, wann und warum

In diesem Kapitel geht es darum, Migrationsbewegungen im Allgemeinen zu charakterisieren und einen Überblick darüber zu geben, wer migriert, wie, warum, wohin und wann. Das Bild ist komplex und mit unseren breiten Pinselstrichen werden wir Besonderheiten zwangsläufig nicht erfassen können. Dennoch sind die sich herauskristallisierenden Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten überraschend und helfen zu verstehen, durch welche Einflüsse Migration gestaltet oder einschränkt wird.

Wir beginnen in Abschnitt 2.1 mit einer Untersuchung der wichtigsten Charakteristika von Migrationsbewegungen – ihrem Umfang, ihrer Zusammensetzung und Richtungen. In Abschnitt 2.2 betrachten wir, welche Ähnlichkeiten und Unterschiede Migration heute im Vergleich zu Migrationsbewegungen der Vergangenheit aufweist. Unsere Untersuchung deutet darauf hin, dass Migrationsbewegungen insbesondere durch politische Einschränkungen entscheidend beeinflusst werden. Dieses Thema werden wir ausführlich im dritten Abschnitt (2.3) behandeln. Im letzten Abschnitt (2.4) wenden wir uns der Zukunft zu und versuchen zu verstehen, wie Migrationsbewegungen sich mittel- bis langfristige entwickeln werden, wenn die Wirtschaftskrise, die 2008 begonnen hat, zu Ende ist.

2.1 Migration heute

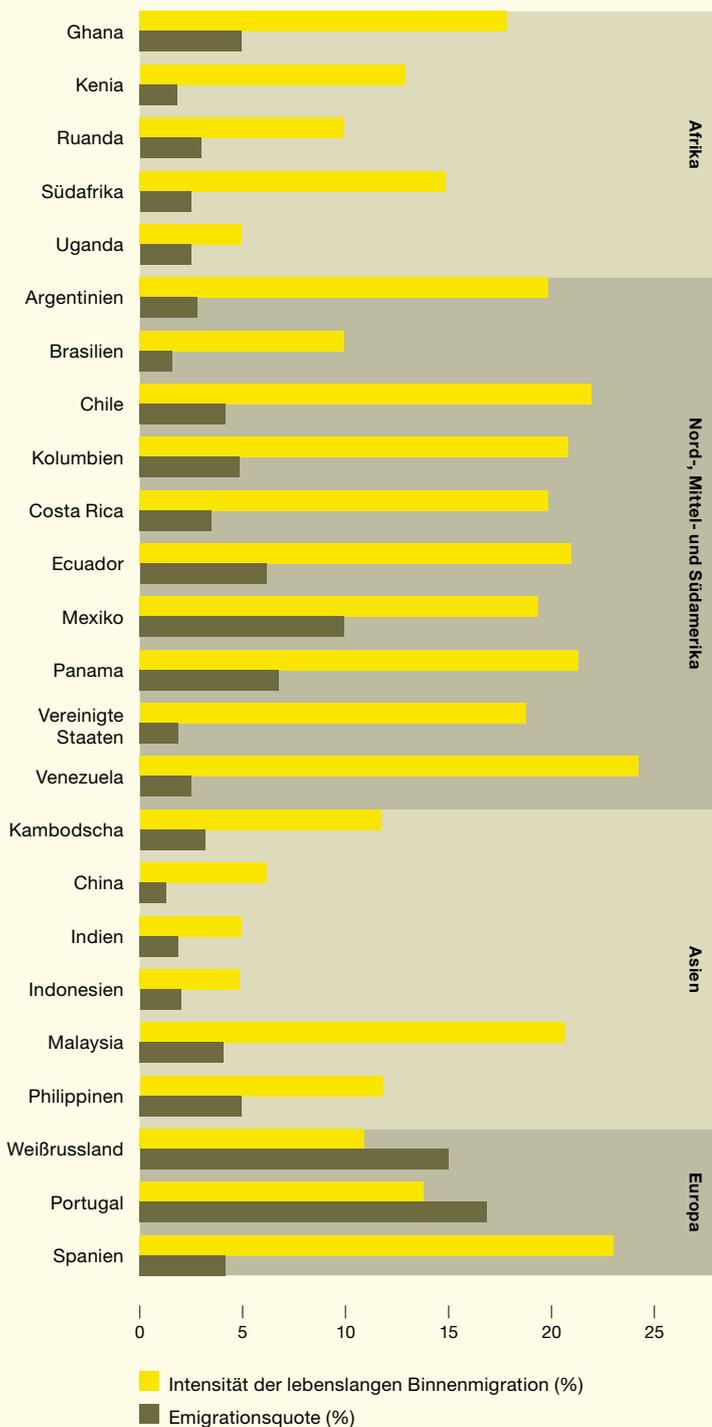
Diskussionen über Migration beginnen üblicherweise mit einer Beschreibung der Migrationsströme zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern, bzw. mit dem, was man etwas unpräzise – und nicht ganz korrekt – „Süd-Nord“-Migration nennt. Die meisten Migrationsbewegungen auf dieser Welt finden jedoch nicht zwischen Entwicklungs- und entwickelten Ländern statt, und in der Tat nicht einmal zwischen verschiedenen Ländern. Die überwältigende Mehrheit der Menschen die migrieren, tun dies innerhalb der Grenzen ihres Heimatlandes.

Einer der Gründe, warum diese grundlegende Realität der Migrationsbewegungen nicht

besser bekannt ist, sind die nur sehr beschränkt vorhandenen Daten. Mit für diesen Bericht durchgeführten Hintergrundrecherchen sollte diese Wissenslücke geschlossen werden. Um auf einheitlicher Grundlage die Anzahl der Binnenmigranten zu berechnen, wurden nationale Volkszählungsdaten aus 24 Ländern verwendet, die zusammen 57 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen (Grafik 2.1).¹ Selbst bei einer konservativen Definition der Binnenmigration, die nur die Migration zählt, bei der die Grenzen der größten Gebietsunterteilungen eines Landes überschritten werden, ist die Zahl der Binnenmigranten in unserer Stichprobe sechs mal größer als die Zahl der Menschen, die tatsächlich auswandern.² Unter Zugrundelegung der regionalen Migrationsmuster, die sich aus diesen Daten ergeben, schätzen wir, dass es weltweit rund 740 Millionen Binnenmigranten gibt – fast vier mal so viele wie internationale Migranten.

Die aktuelle Zahl der internationalen Migranten (214 Millionen bzw. 3,1 Prozent der Weltbevölkerung) erscheint vergleichsweise klein. Natürlich sind mit dieser globalen Schätzung eine Reihe methodologischer und Vergleichbarkeitsprobleme verbunden, aber es gibt gute Gründe davon auszugehen, dass die Größenordnung stimmt.³ In Kasten 2.1 geht es um einen der am häufigsten vorgebrachten Vorbehalte bezüglich den internationalen Migrationsdaten, nämlich den Umfang, in dem die offiziellen Daten irreguläre Migration erfassen. Dieser wird im Folgenden diskutiert.

Grafik 2.1 Sehr viel mehr Menschen migrieren innerhalb ihres Landes als über Grenzen hinweg
Binnenmigration und Emigrationsquoten, 2000-2002



Selbst wenn wir unsere Aufmerksamkeit nur auf die internationalen Migrationbewegungen lenken, findet der Großteil davon nicht zwischen Ländern mit äußerst unterschiedlichem Entwicklungsniveau statt. Nur 37 Prozent der weltweiten Migration führt von Entwicklungsländern in entwickelte Länder. Die größte Teil der Migration findet *innerhalb* von Ländern der gleichen Entwicklungskategorie statt: Rund 60 Prozent der Migranten gehen entweder von einem Entwicklungsland in ein anderes oder von einem entwickelten Land in ein anderes (Die verbleibenden drei Prozent ziehen aus entwickelten in Entwicklungsländer).⁴

Dieser Vergleich fußt zwangsläufig auf einer in gewisser Hinsicht willkürlichen Unterscheidung zwischen Ländern, die höhere Entwicklungsniveaus erreicht oder nicht erreicht haben. Wir stufen die Länder, die einen HDI-Wert von mindestens 0,9 (auf einer Skala von 0 bis 1) erreicht haben, als entwickelt ein und jene, die diesen Wert nicht erreicht haben, als *Entwicklungsländer* (siehe Kasten 1.3). Wir verwenden in diesem Bericht durchgängig diese Abgrenzung, ohne damit irgendeine Bewertung der Vorzüge irgendeines bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Systems zu beabsichtigen oder damit die komplexen Wechselwirkungen verschleiern zu wollen, die mit der Erhöhung und der Aufrechterhaltung menschlichen Wohlergehens verbunden sind. Die Länder und Gebiete, die auf diese Weise als entwickelt klassifiziert werden, umfassen viele der Länder, die auch normalerweise in einer solchen Liste enthalten wären (alle westeuropäischen Länder, Australien, Kanada, Japan, Neuseeland und die Vereinigten Staaten), aber auch mehrere Länder, die nicht so häufig als entwickelt bezeichnet werden (Hongkong (China), die Republik Korea und Singapur in Ostasien, Kuwait, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate in der Golfregion). Die meisten osteuropäischen Volkswirtschaften, mit Ausnahme der Tschechischen Republik und Sloweniens, befinden sich jedoch nicht in der HDI-Spitzengruppe (siehe Statistik-Tabelle H).

Ein offensichtlicher Grund, warum es nicht mehr Migration von Entwicklungsländern in entwickelte Länder gibt, besteht darin, dass Umzüge teuer sind, und Umzüge über weite Entfernungen noch teurer als kürzere Reisen. Die höheren Ausgaben bei der internationalen

Quelle: Bell und Muhidin (2009) und Schätzungen des HDR-Teams, basierend auf Migration DRC (2007).
Anmerkung: Alle Emigrationsdaten stammen aus der Migrationsdatenbank (2007) des Development Research Centre on Migration, Globalisation and Poverty (DRC) und decken den Zeitraum 2000–2002 ab. Die Binnenmigrationsquoten basieren auf Volkszählungsdaten aus den Jahren 2000 bis 2002, mit Ausnahme von Weißrussland (1999), Kambodscha (1998), Kolumbien (2005), Kenia (1999) und den Philippinen (1990).

Kasten 2.1 Erfassung irregulärer Migranten

Die einzigen umfassenden Schätzungen der weltweiten Anzahl der Menschen ausländischer Herkunft stammen von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UNDESA) und erfassen rund 150 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Diese Schätzungen basieren in erster Linie auf nationalen Volkszählungen, in denen versucht wird, die Anzahl der Menschen zu zählen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem bestimmten Land leben. Dabei wird ein Einwohner als eine Person definiert, die „einen Ort zum Leben hat, an dem er oder sie normalerweise die tägliche Ruhezeit verbringt“. Mit anderen Worten wird in nationalen Volkszählungen versucht, alle Einwohner zu erfassen, egal ob sie reguläre oder irreguläre Einwohner sind.

Es gibt jedoch gute Gründe für den Verdacht, dass Volkszählungen die Zahl irregulärer Migranten zu niedrig ansetzen. Denn bei Volkszählungen meiden irreguläre Migranten unter Umständen die Interviewer, aus Angst, dass diese die Informationen an andere Regierungsbehörden weiterleiten. Hauseigentümer verheimlichen unter Umständen die Tatsache, dass sie illegale Einheiten an irreguläre Migranten vermieten. Außerdem sind die Migranten wohl mobil und damit schwieriger zu zählen.

In Untersuchungen wurde eine Vielzahl an demografischen und statistischen Methoden verwendet, um abzuschätzen, inwieweit die Zahlen zu niedrig angesetzt sind. In den Vereinigten Staaten hat das Pew Hispanic Center, ein Projekt des Pew-Forschungszentrums, eine Reihe von Annahmen entwickelt. Sie stimmen mit auf Volkszählungen basierenden Studien und historischen demografischen Daten aus

Mexiko überein, nach denen geschätzt wird, dass die Zahlen um etwa zwölf Prozent zu niedrig liegen. Andere Forscher schätzten, dass die Volkszählungsdaten für Los Angeles im Jahr 2000 um zehn bis 15 Prozent zu niedrig lagen. Damit scheint es, dass die offiziellen Zählungen in den Vereinigten Staaten ein bis 1,5 Millionen irreguläre Migranten bzw. 0,5 Prozent der Bevölkerung des Landes gar nicht erfassen.

In Entwicklungsländern wurden nur wenige Studien über die unvollständige Erfassung von Migranten durchgeführt. Eine Ausnahme ist Argentinien, wo in einer aktuellen Studie festgestellt wurde, dass die Anzahl der Migranten im Land, die nur 1,3 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, zu niedrig geschätzt wurde. In anderen Entwicklungsländern könnte dieser Anteil noch sehr viel höher liegen. Schätzungen der Anzahl der irregulären Migranten in einer Reihe von Ländern – darunter in der Russischen Föderation, Südafrika und Thailand – reichen von 25 bis 55 Prozent der Bevölkerung. Es besteht jedoch extrem große Unsicherheit bezüglich der tatsächlichen Zahlen. Laut den vom HDR-Team befragten Migrationsexperten wird die irreguläre Migration auf durchschnittlich etwa ein Drittel aller Migranten in Entwicklungsländern geschätzt. Eine Obergrenze für die Anzahl der Migranten, die in den internationalen Statistiken nicht erfasst sind, kann man dadurch erhalten, dass man davon ausgeht, dass keiner dieser Migranten in den nationalen Volkszählungen erfasst wird (d.h. 100 Prozent werden nicht erfasst). In diesem Fall lägen die sich daraus ergebenden Schätzungen in den globalen Statistiken für Entwicklungsländer um rund 30 Millionen Migranten zu niedrig.

Quelle: UN (1998), Passel und Cohn (2008), Marcelli und Ong (2002), Comelatto, Lattes und Levit (2003). Siehe Andrienko und Guriev (2005) zur Russischen Föderation, Sabates-Wheeler (2009) zu Südafrika und Martin (2009b) zu Thailand.

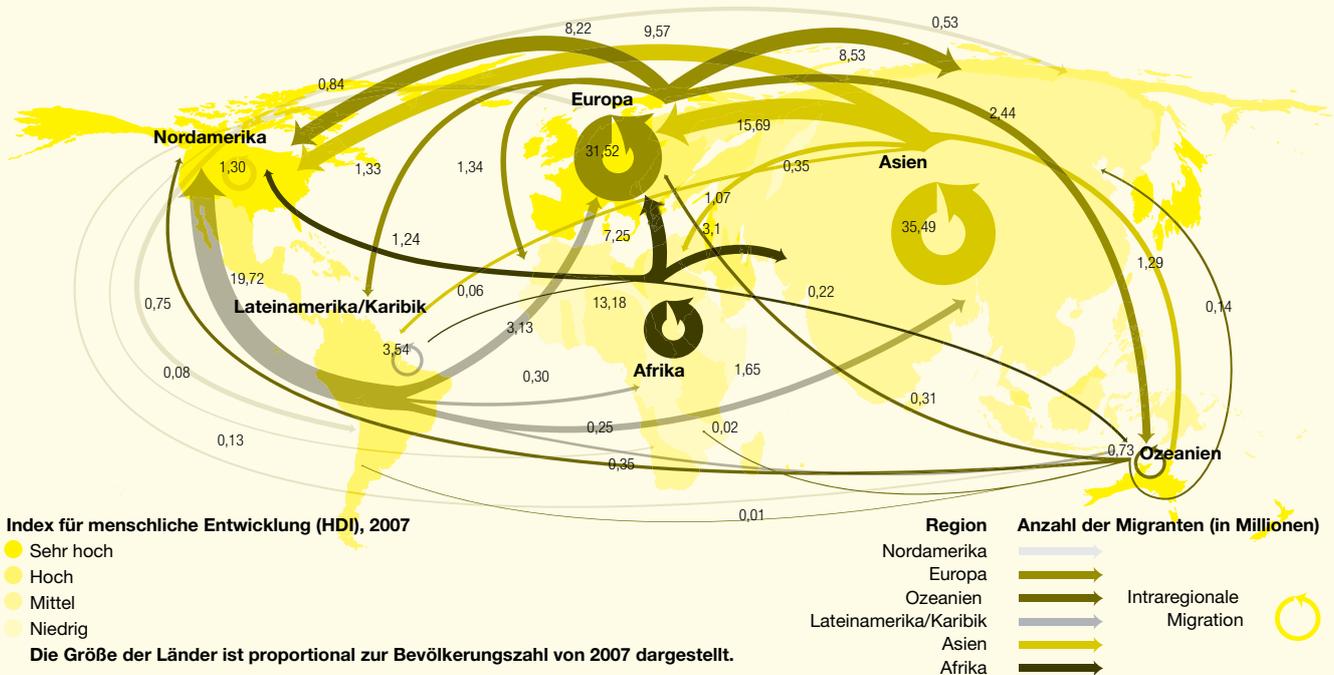
Migration entstehen nicht nur durch die höheren Transportkosten, sondern auch durch die politischen Restriktionen beim internationalen Grenzübergang, die nur von denjenigen überwunden werden können, die über ausreichend Mittel verfügen, oder über Fähigkeiten, die im neuen Aufnahmeland gefragt sind, oder die bereit sind, sehr hohe Risiken einzugehen. Fast die Hälfte aller internationalen Migranten bewegt sich innerhalb ihrer Herkunftsregion und etwa 40 Prozent ziehen in ein Nachbarland. Die Nähe zwischen Herkunfts- und Zielländern ist jedoch nicht nur eine geographische: Fast sechs von zehn Migranten gehen in ein Land, in dem die Hauptreligion die gleiche ist wie im Land ihrer Geburt, und vier von zehn gehen in ein Land in dem die wichtigste Sprache die gleiche ist.⁵

Die Strukturen dieser inter- und intraregionalen Migrationsbewegungen sind in Karte 2.1

dargestellt. Die absoluten Größenordnungen werden durch die Pfeilstärke illustriert, die Größe jeder Region wird im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung dargestellt und die Farbe der Länder zeigt ihre HDI-Kategorie. Die intraregionalen Migrationsströme dominieren. Um ein eindruckvolles Beispiel zu nennen: Die Migration innerhalb Asiens macht fast 20 Prozent der gesamten internationalen Migrationströme aus und übertrifft die Gesamtsumme der Migrationsströme aus allen anderen Regionen nach Europa.

Die Tatsache, dass die Migrationsströme aus Entwicklungsländern in entwickelte Länder nur den kleineren Teil der internationalen Migrationsbewegungen ausmachen, bedeutet nicht, dass die Unterschiede beim Lebensstandard nicht von Bedeutung wären. Ganz im Gegenteil: Drei Viertel der internationalen Migranten gehen in ein Land, dessen HDI-Wert höher ist

Karte 2.1 Die meiste Migration findet innerhalb einzelner Regionen statt
Herkunfts- und Zielregionen internationaler Migranten, ca. 2000



Quelle: Schätzungen des HDR Teams, basierend auf der Datenbank von Migration DRC (2007).

als der ihres Herkunftslandes. Unter den aus Entwicklungsländern stammenden Migranten liegt dieser Anteil bei über 80 Prozent. Ihre Zielländer sind jedoch oft nicht die entwickelten Länder, sondern vielmehr andere Entwicklungsländer mit höherem Lebensstandard bzw. mehr Beschäftigungsmöglichkeiten.

Der Unterschied zwischen der menschlichen Entwicklung im Herkunfts- und im Zielland kann beträchtlich sein. Grafik 2.2 veranschaulicht diesen Unterschied – einen Wert, den wir grob den Migrations-„Gewinn“ für die menschliche Entwicklung nennen können – gegenüber dem HDI-Wert des Herkunftslandes.⁶ Würden die Migranten im Durchschnitt in Länder gehen, die auf dem gleichen Niveau menschlicher Entwicklung sind wie ihre Herkunftsländer, so würde dieser Wert Null betragen. Dagegen besteht ein positiver und im Allgemeinen großer Unterschied bei allen Ländern, außer den am stärksten entwickelten. Die Tatsache, dass der durchschnittliche Gewinn umso geringer ausfällt, je mehr das Niveau menschlicher

Entwicklung steigt, zeigt, dass es die Menschen aus den ärmsten Ländern sind, die von der grenzüberschreitenden Migration im Durchschnitt am stärksten profitieren.

Dass Migranten aus Ländern mit niedrigem HDI-Wert am meisten zu gewinnen haben, wenn sie in ein anderes Land gehen, bestätigt sich durch systematischer angelegte Studien. In Hintergrundrecherchen, die für diesen Bericht in Auftrag gegeben wurden⁷, wurde der HDI von Migranten im Heimatland und im Zielland verglichen und es wurde herausgefunden, dass die Unterschiede – sowohl relativ als auch absolut gesehen – im umgekehrten Verhältnis zum HDI des Herkunftslandes stehen. Migranten aus Ländern mit niedrigem HDI-Wert hatten am meisten zu gewinnen – und tatsächlich ergab sich für sie im Durchschnitt ein 15facher Einkommensanstieg (auf 15.000 US-Dollar pro Jahr), bei der Bildung eine Verdopplung der Einschulungsquote (von 47 auf 95 Prozent) und eine 16fache Verringerung der Kindersterblichkeit (von 112 auf sieben Todesfälle pro 1.000

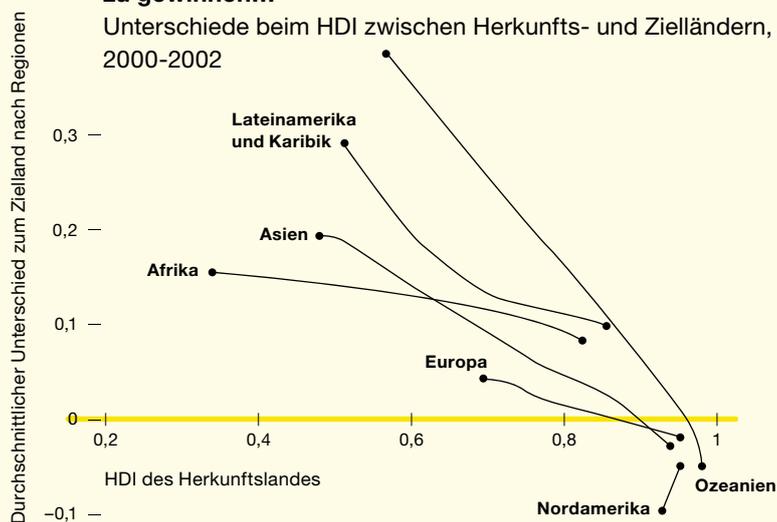
Lebendgeburt). Indem man vergleichbare Untersuchungen aus einer Reihe von Entwicklungsländern heranzog, stellte man in der Studie fest, dass Selbstselektion – die Tendenz von Migranten, ihren Wohlstand und ihr Bildungsniveau zu erhöhen – nur einen kleinen Teil dieser Gewinne ausmacht. In einer Analyse der bilateralen Migrationsströme verschiedener Länder, die als Hintergrundrecherche für diesen Bericht angefertigt wurde, hat sich auch bestätigt, dass alle Bereiche menschlicher Entwicklung im Zielland eine positive Wirkung auf die Emigration haben. Dabei wurde festgestellt, dass die Einkommensunterschiede den höchsten Erklärungswert hatten.⁸ Diese Muster werden im nächsten Kapitel ausführlich behandelt.

Obwohl die Menschen, die aus armen Ländern auswandern, von der Migration am meisten profitieren können, sind sie paradoxerweise am wenigsten mobil. Zwar wird der Migration von Afrika nach Europa viel Aufmerksamkeit gewidmet, doch es leben zum Beispiel nur drei Prozent der Afrikaner in einem anderen Land als dem, in dem sie geboren wurden, und weniger als ein Prozent der Afrikaner leben in Europa. Mehrere Wissenschaftler haben beobachtet, dass bei einer Korrelation der Emigrationsquote mit dem Entwicklungsniveau das Verhältnis einem Buckel ähnelt, wobei die Emigrationsquoten in armen und reichen Ländern niedriger sind als in Ländern mit mittlerem Entwicklungsniveau.⁹ Dies ist in Grafik 2.3 dargestellt, in der gezeigt wird, dass der Median der Emigrationsquote von Ländern mit niedrigem Niveau menschlicher Entwicklung nur rund ein Drittel der Emigrationsquote von Ländern mit hoher menschlicher Entwicklung beträgt.¹⁰ Beschränken wir den Vergleich auf die Emigration in entwickelte Länder, dann ist das Verhältnis noch ausgeprägter: Der Median der Emigrationsquote von Ländern mit niedriger menschlicher Entwicklung beträgt weniger als ein Prozent, verglichen mit fast fünf Prozent bei Ländern mit hoher menschlicher Entwicklung. Eine als Hintergrundrecherche für diesen Bericht erstellte Analyse der bilateralen Migrationsströme hat bestätigt, dass dieses Muster auch unabhängig von Merkmalen der Herkunfts- und Zielländer wie der Lebenserwartung, der Anzahl der Jahre des Schulbesuchs oder der Bevölkerungsstruktur zutrifft.¹¹

Grafik 2.2

Die Ärmsten haben durch die Migration am meisten zu gewinnen...

Unterschiede beim HDI zwischen Herkunfts- und Zielländern, 2000-2002



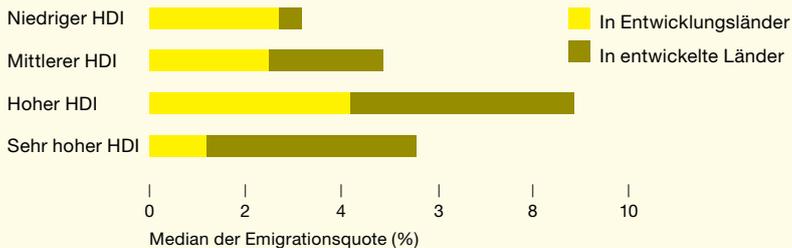
Quelle: Schätzungen des HDR-Teams, basierend auf Migration DRC (2007).
 Anmerkung: Durchschnittswerte geschätzt durch Kerndichte-Regression.

Beweise dafür, dass Armut ein Hemmnis bei der Emigration darstellt, wurden auch in Analysen auf Haushaltsebene gefunden: In einer Studie mexikanischer Haushalte wurde zum Beispiel herausgefunden, dass bei Haushalten mit einem Jahreseinkommen von unter 15.000 US-Dollar die Migrationswahrscheinlichkeit mit höherem Einkommensniveau ansteigt (Grafik 2.3, Abbildung B). In einer in Auftrag gegebenen Studie wurde herausgefunden, dass während der *monga*-Zeit, d.h. der Pflanzperiode in Bangladesch, in der die Menschen am wenigsten Bargeld haben, ein randomisierter monetärer Anreiz die Migrationswahrscheinlichkeit signifikant erhöhte.¹² Die Wirkung war groß: Gab man Emigranten einen Betrag, der im Zielland einem Wochenlohn entspricht, erhöhte dies die Migrationsneigung von 14 auf 40 Prozent. Diese Ergebnisse ließen starke Zweifel an der in politischen Kreisen oft angepriesenen Meinung aufkommen, Entwicklung in den Herkunftsländern würde die Migrationsströme verringern.

Zwar verbessern viele Migrantenfamilien durch die Migration in der Tat ihren Lebensstandard, doch immer ist dies nicht der Fall. Wie wir in Kapitel 3 diskutieren, ist der Umzug oft mit nachteiligen Ergebnissen verbunden, wenn er unter Bedingungen stattfindet, unter denen die Wahlmöglichkeiten eingeschränkt sind.

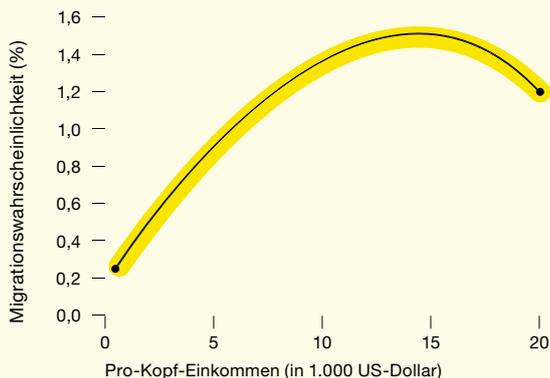
Grafik 2.3 ...doch sie migrieren auch weniger Emigrationsquoten nach HDI und Einkommen

Abbildung A: Median der Emigrationsquoten nach HDI-Gruppe der Herkunftsländer



Quelle: Schätzungen des HDR-Teams, basierend auf Migration DRC (2007) und UN (2009e).

Abbildung B: Wahrscheinlichkeit der Emigration in mexikanischen Haushalten nach Einkommensniveau



Quelle: Meza und Pederzini (2006).

Menschenhandel und durch Konflikte ausgelöste Migration machen zwar keinen großen Teil der gesamten Migrationsströme aus, doch sie betreffen viele der ärmsten Menschen der Welt und bieten daher besonderen Anlass zur Sorge (Kasten 2.2).

Eine weitere wesentliche Tatsache hinsichtlich der Emigrationsmuster ist, dass sie in umgekehrtem Verhältnis zur Bevölkerungsgröße eines Landes stehen. In den 48 Staaten mit einer Bevölkerung von jeweils weniger als 1,5 Millionen – zu denen ein Land mit niedrigem, 21 Länder mit mittlerem, 12 Länder mit hohem und 11 Länder mit sehr hohem HDI-Wert gehören – liegt die durchschnittliche Emigrationsquote bei 18,4 Prozent und damit deutlich höher als der Weltdurchschnitt von drei Prozent. Tatsächlich sind die 13 Länder mit den höchsten

Emigrationsquoten weltweit alles kleine Staaten, wobei Antigua und Barbuda, Grenada und Saint Kitts und Nevis Emigrationsquoten von über 40 Prozent haben. Die einfache Korrelation zwischen Größe und Emigrationsquote ist $-0,61$. In vielen Fällen ist es die entfernte Lage, die Menschen, die in kleinen Staaten geboren werden, dazu bringt, dort wegzuziehen, um Chancen anderswo zu nutzen – der gleiche Faktor, der einen großen Teil der Land-Stadt-Migration innerhalb einzelner Länder antreibt. Eine länderübergreifende Regressionsanalyse bestätigt, dass die Wirkung der Bevölkerungsgröße auf die Emigration in den Ländern stärker ist, die weit von den Weltmärkten entfernt liegen – je abgelegener ein kleines Land ist, desto mehr Menschen entscheiden sich, dieses Land zu verlassen.¹³ Die Implikationen dieser Muster werden in Kasten 4.4 behandelt.

Die zusammengefassten Fakten, die wir soeben betrachtet haben, geben uns Auskunft darüber, woher Migranten kommen und wohin sie gehen, doch sie sagen uns nicht, wer migriert. Zwar lässt sich aufgrund der nur sehr beschränkt vorhandenen Daten kein vollständiges globales Profil der Migranten präsentieren, doch die existierenden Daten zeigen nichtsdestoweniger einige interessante Muster auf.

Ungefähr die Hälfte (48 Prozent) aller internationalen Migranten sind Frauen. Dieser Anteil ist im Laufe der vergangenen fünf Jahrzehnte recht stabil geblieben: 1960 lag er bei 47 Prozent. Dieses Muster steht im Gegensatz zu dem des 19. Jahrhunderts, als die Mehrzahl der Migranten Männer waren.¹⁴ Doch obwohl in jüngster Zeit auf eine „Feminisierung“ der Migration hingewiesen wird, scheint es, dass das numerische Geschlechtergleichgewicht schon vor einiger Zeit weitgehend erreicht wurde. Die Gesamtstabilität verschleiert jedoch Trends auf regionaler Ebene. Während der Frauenanteil unter den Migranten, die in die Europäische Union gehen, von 48 auf 52 Prozent etwas gestiegen ist, ist der Frauenanteil in Asien von 47 auf 45 Prozent gefallen.

Natürlich können sich hinter den relativ gleichen Anteilen von Migrantinnen und Migranten deutliche Unterschiede verbergen: was die Umstände angeht, unter denen die Migration stattgefunden hat, und bezüglich der Chancen, die sich ihnen bieten.¹⁵ Gleichzeitig wird in der

Kasten 2.2 Menschenhandel und durch Konflikte ausgelöste Migration

Von Konflikten und Unsicherheit betroffene Menschen leiden in Bezug auf die menschliche Entwicklung womöglich mehr als alle anderen Migranten. Die Anzahl der Menschen, die in Folge von Konflikten ihre Heimat verlassen, ist erheblich: Anfang 2008 lag die Zahl der Flüchtlinge, die entweder unter das Mandat des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) oder des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) fallen, bei 14 Millionen. Sie machen damit rund sieben Prozent der gesamten internationalen Migration aus. Die große Mehrheit der Flüchtlinge stammt aus den ärmeren Ländern der Welt und lässt sich dort auch wieder nieder. In Asien und Afrika machen die Flüchtlinge 18 bzw. 13 Prozent aller internationalen Migranten aus.

Noch mehr Menschen, die durch Gewalt und Konflikte vertrieben wurden, lassen sich wieder innerhalb ihrer eigenen Landesgrenzen nieder. Schätzungen zufolge beläuft sich im Jahr 2009 die Anzahl der

Binnenvertriebenen auf etwa 26 Millionen, darunter 4,9 Millionen im Sudan, 2,8 Millionen im Irak und 1,4 Millionen in der Demokratischen Republik Kongo.

Das Ausmaß des Menschenhandels ist sehr viel schwieriger zu bestimmen. Tatsächlich gibt es keine genauen Schätzungen über die Anzahl der Opfer des Menschenhandels oder die Menschenströme in diesem Bereich. Ein Grund dafür ist, dass die Daten zum Menschenhandel für gewöhnlich mit Daten zu anderen Formen illegaler Migration oder Ausbeutung von Migranten zusammengefasst werden, dass die Unterscheidung zwischen freiwillig und erzwungen naturgemäß problematisch ist und dass es sich beim Menschenhandel seinem Charakter nach um im Verborgenen stattfindende kriminelle Aktivitäten handelt. Viele der häufig zitierten Zahlen werden von den betroffenen Ländern bestritten und es besteht eine signifikante Kluft zwischen den geschätzten Zahlen und den identifizierten Fällen.

Quelle: IDMC (2009b), Carling (2006), Kutnick, Belser und Danailova-Trainor (2007), de Haas (2007) und Lazcko (2009).

Literatur immer öfter die konventionelle Meinung über die untergeordnete Rolle von Frauen bei Migrationsentscheidungen in Frage gestellt.¹⁶ So wurde zum Beispiel in einer qualitativen Studie über die Entscheidungen peruanischer Paare, die nach Argentinien ausgewandert sind, herausgefunden, dass es in vielen Fällen zuerst die Frauen waren, die umgezogen sind, denn sie waren in der Lage, schneller an Jobs zu kommen, als ihre Partner. Die folgten ihnen dann später zusammen mit den Kindern.¹⁷

Die Daten zeigen auch sehr große temporäre Migrationsströme. In den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) machen Migranten mit begrenzter Aufenthaltsdauer typischerweise mehr als ein Drittel der Ankünfte eines bestimmten Jahres aus. Da die meisten das Land nach kurzer Zeit jedoch wieder verlassen, während sich bei anderen der Status in dauerhaftere Arrangements ändert, ist die Anzahl der Menschen mit befristeter Aufenthaltserlaubnis zu einem bestimmten Zeitpunkt sehr viel kleiner als die aggregierten Migrantenströme nahe legen. Tatsächlich leben 83 Prozent der Einwohner ausländischer Herkunft in den OECD-Ländern seit mindestens fünf Jahren in diesen Ländern.¹⁸ Fast alle Migranten mit begrenzter Aufenthaltsdauer kommen aus Gründen, die mit ihrer Arbeit zusammenhängen. Einige von ihnen gehen

zirkuläre Arrangements ein und reisen wiederholt ein und aus, um im Zielland einer saisonalen oder befristeten Beschäftigung nachzugehen. Sie behalten dabei effektiv zwei Wohnsitze bei.¹⁹

Es ist wichtig, dass man die Unterschiede zwischen verschiedenen Migranten-Kategorien nicht überbetont, denn viele Migranten wechseln zwischen den einzelnen Kategorien hin und her. Tatsächlich kann man die Regelwerke zur Migration in vielen Ländern wohl am besten durch die Analogie mit einem Haus mit mehreren Türen verstehen. Migranten können das Haus durch die Vordertür betreten (Zuwanderer, die sich im Zielland dauerhaft niederlassen), durch die Seitentür (zeitweilige Besucher und Arbeitskräfte auf Zeit) oder durch die Hintertür (irreguläre Migranten). Wenn sie jedoch erst einmal im Land sind, führen diese Kanäle oft zusammen, wie zum Beispiel wenn Besucher mit befristetem Aufenthaltsstatus zu Immigranten werden oder in einen Status abrutschen, wo sie keine Aufenthaltsberechtigung mehr haben, oder wenn Migranten mit irregulärem Status eine Berechtigung erhalten, im Land zu bleiben, oder wenn Menschen mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht sich entschließen, in ihr Heimatland zurückzukehren.

Diese Analogie ist besonders hilfreich, um irreguläre Migration zu verstehen. Länger zu bleiben als es das Visum erlaubt, ist ein wichtiger

In erster Linie ist es die Suche nach besseren Chancen, die die Migration sowohl zwischen einzelnen Ländern als auch innerhalb einzelner Länder fördert

Weg, auf dem Migranten zu irregulären Migranten werden, insbesondere in entwickelten Ländern. In der Tat ist die Unterscheidung zwischen regulären und irregulären Migranten sehr viel weniger trennscharf als oft angenommen. Zum Beispiel kommt es häufig vor, dass Menschen auf legale Weise in ein Land einreisen und dann dort arbeiten, obwohl sie keine Arbeitserlaubnis haben.²⁰ In einigen Inselstaaten, wie zum Beispiel Australien und Japan, ist der über die erlaubte Dauer hinausgehende Aufenthalt praktisch der einzige Weg, irregulär ins Land zu kommen. Selbst in vielen europäischen Ländern scheint dieser Weg mehr als zwei Drittel der unbefugten Migration auszumachen. In den OECD-Ländern sind die Menschen mit irregulärem Aufenthalts- oder Beschäftigungsstatus tendenziell Arbeiter mit geringer formeller Bildung.²¹ Die besten Schätzungen der Anzahl irregulärer Migranten in den Vereinigten Staaten belaufen sich auf ca. vier Prozent der Bevölkerung bzw. 30 Prozent der Zuwanderer insgesamt.²² In einem aktuellen, von der Europäischen Kommission finanzierten Forschungsprojekt wurde geschätzt, dass im Jahr 2005 die irregulären Migranten sechs bis 15 Prozent aller Migranten bzw. etwa ein Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union ausmachten.²³ Einige dieser Migranten werden in offiziellen Schätzungen erfasst, viele jedoch nicht (Kasten 2.1).

Dass qualifizierte Menschen im erwerbsfähigen Alter unter den Migranten überrepräsentiert sind, ist ein Aspekt der Selektivität der Migration. Migranten sind nicht nur tendenziell in der Lage, höhere Einkommen zu erzielen, als Nicht-Migranten, sondern sie scheinen oft auch gesünder und produktiver zu sein als die Einheimischen des Ziellandes mit entsprechender Bildung und entsprechenden Qualifikationen. Die Selektivität der Migration spiegelt für gewöhnlich die Wirkungen wirtschaftlicher, geographischer oder durch die Politik auferlegter Barrieren wider, die gering qualifizierten Menschen die Migration erschweren. Hinsichtlich der formellen Bildung ist dies besonders offensichtlich. Absolventen der tertiären Bildungstufe machen in OECD-Ländern zum Beispiel 35 Prozent der Immigranten im erwerbsfähigen Alter aus, in Nicht-OECD-Ländern aber nur ca. sechs Prozent.²⁴ In den OECD-Ländern sind die Immigranten aus Entwicklungsländern

tendenziell im erwerbsfähigen Alter: 80 Prozent der Afrikaner aus Ländern südlich der Sahara gehören zum Beispiel in diese Gruppe.²⁵

Was wissen wir über die Selektivität der Migration in Entwicklungsländern? Wenn der Migrationprozess selektiver ist, machen Personen im erwerbsfähigen Alter (die in der Lage sind, ein höheres Einkommen zu erzielen, als die, die nicht zur arbeitenden Bevölkerung gehören) einen hohen Anteil an den Migranten aus. Unter Verwendung von Volkszählungsdaten haben wir in 21 Entwicklungsländern und 30 entwickelten Ländern die Altersprofile von Migranten mit Menschen in deren Herkunftsländern verglichen. Wir stellten einen signifikanten Unterschied zwischen dem Altersprofil der Immigranten in entwickelten Ländern und dem Altersprofil ihrer Herkunftsländer fest: 71 Prozent der Migranten in entwickelten Ländern sind im erwerbsfähigen Alter, gegenüber 63 Prozent der Bevölkerung in ihren Herkunftsländern. In Entwicklungsländern kann man den Unterschied dagegen vernachlässigen (63 gegenüber 62 Prozent).

Neue Erkenntnisse zur Binnenmigration zeichnen ein komplexeres Bild der Selektivität der Migration. In Kenia wurde zum Beispiel in einer in Auftrag gegebenen Studie ein positives Verhältnis zwischen Messgrößen für Humankapital und der Migration festgestellt,²⁶ das sich mit aufeinander folgenden Gruppen von Migranten im Zeitablauf zu verringern scheint.²⁷ Dieses Ergebnis stimmt mit der Entwicklung sozialer und anderer Netzwerke überein, die die Migration erleichtern. Mit anderen Worten: Ärmere Menschen können entscheiden, das Risiko der Migration einzugehen, wenn sie vom Erfolg anderer hören und zuversichtlicher sein können, dass sie die nötige Unterstützung bekommen werden, um selbst ebenfalls erfolgreich zu sein. In anderen in Auftrag gegebenen Untersuchungen erstanden Bildungsprofile von Binnenmigranten in 34 Entwicklungsländern. Daraus ging hervor, dass Migranten eher als Nicht-Migranten die Sekundarstufe abschließen, was sowohl die Selektivität als auch bessere Ergebnisse bei Migrantenkindern widerspiegelt (Kapitel 3).²⁸

Was wissen wir noch über das Verhältnis zwischen Binnenmigration und internationaler Migration? Wie in einigen Studien in Mexiko, Thailand und der Türkei festgestellt

wurde, kann die Binnenmigration, insbesondere aus ländlichen in städtische Gebiete, ein erster Schritt in Richtung internationale Migration sein. Doch dies ist bei weitem kein allgemeingültiges Muster.²⁹ Eher kann die Emigration eine spätere Binnenmigration im Heimatland fördern. In Albanien haben die Migrationsströme nach Griechenland Anfang der 1990er Jahre Geldtransfers von Migranten generiert, die geholfen haben, die Binnenmigration in die städtischen Zentren zu finanzieren. In Indien haben internationale Migranten aus dem Bundesstaat Kerala in ihren Herkunftsgebieten Arbeitsplätze freigemacht und ihre Geldtransfers von Migranten haben zu einem Bauboom geführt, der gering qualifizierte Migranten aus umliegenden Regionen angezogen hat.³⁰

Aus Vergleichen zwischen der Binnenmigration und der internationalen Migration können sich nützliche Einsichten zu die Ursachen und Folgen der Migration ergeben. In Hintergrundrecherchen für diesen Bericht wurde zum Beispiel das Verhältnis zwischen der Größe des Herkunftsortes (gemessen anhand seiner Bevölkerungszahl) und den Migrationsströmen qualifizierter Arbeitskräfte analysiert. Es wurde festgestellt, dass die Muster zwischen einzelnen Ländern weitgehend denen innerhalb einzelner Länder entsprechen. Insbesondere sind die Emigrationsquoten bei qualifizierten Arbeitskräften in kleinen Orten höher als in großen, ebenso wie sie in kleinen Ländern höher sind als in großen.³¹ Diese Muster spiegeln die migrationsfördernde Bedeutung der Interaktion zwischen den Menschen wider. In erster Linie ist es die Suche nach besseren Chancen, die die Migration sowohl zwischen einzelnen Ländern als auch innerhalb einzelner Länder fördert, und in vielen Fällen – insbesondere in Fällen, wo es um qualifizierte Arbeitskräfte geht – sind die Chancen in Orten größer, wo es andere Leute mit komplementären Fähigkeiten gibt. Dies ist einer der Gründe, warum es die Menschen in die städtischen Zentren zieht, und warum hochqualifizierte Fachleute oft in Städte und Orte ziehen, in denen ihr Fachgebiet bereits gut etabliert ist.³²

Obwohl wir in der Lage sind, die Migration grob zu umreißen, ist dieses Wissen doch sehr viel geringer als das, was wir alles nicht wissen. Leider sind die Daten zur Migration nach wie vor dürftig. Für politische Entscheidungsträger

ist es sehr viel einfacher, die internationalen Ströme von Schuhen und Handys zu erfassen, als von Krankenschwestern und Bauarbeitern. Der größte Teil unserer Informationen basiert auf Volkszählungen, doch die liefern weder Zeitreihen von Migrationsströmen, die Trends erkennen lassen würden, noch Schlüsseldaten, um die Auswirkungen der Migration zu bewerten – wie zum Beispiel das Einkommen und andere Merkmale der Migranten zum Zeitpunkt ihrer Einreise. Aus Bevölkerungsregistern lassen sich solche Zeitreihen erstellen, doch nur wenige Länder verfügen über derart leistungsfähige Register. Politische Entscheidungsträger brauchen typischerweise Informationen über einreisende Zuwanderer je nach Typ (z.B. Leiharbeiter, Praktikanten, Familienmitglieder, qualifizierte Fachkräfte, etc.). Daher sind Verwaltungsdaten über die Anzahl der an verschiedene Migrantentypen ausgestellten Visa und Aufenthaltsberechtigungen von Bedeutung. Doch keine dieser Datenquellen kann Antworten auf Fragen zu den gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Auswirkungen der internationalen Migration geben.

In jüngster Zeit wurden einige Fortschritte gemacht. Die OECD, die Vereinten Nationen, die Weltbank und andere Organisationen haben Datenbanken mit Volkszählungs- und Verwaltungsdaten zusammengestellt und veröffentlicht, die neues Licht auf einige Aspekte der globalen Menschenströme werfen. Doch die öffentlichen Daten können noch immer keine Antworten auf grundlegende Fragen geben, wie zum Beispiel: Wie viele Marokkaner haben Frankreich im letzten Jahr verlassen? Was machen die Lateinamerikaner, die sich 2004 in den Vereinigten Staaten niedergelassen haben, beruflich? Wie hat sich die Zahl der Simbabwe, die nach Südafrika gehen, in den vergangenen Jahren verändert? Wie viel Rück- oder zirkuläre Migration gibt es weltweit und was sind die Merkmale solcher Migranten? Zum größten Teil sind die Migrationsdaten sehr lückenhaft, nicht miteinander vergleichbar und schwer zugänglich. Die Daten über Handel und Investitionen sind sehr viel detaillierter. Viele Aspekte der Migration bleiben für politische Entscheidungsträger einfach blinde Flecken.

Während die beschränkte Datenverfügbarkeit schwierig zu überwinden ist – dazu gehört

Die meisten Migranten, ob landesintern oder international, profitieren in Form von höheren Einkommen, besserem Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge und vorteilhafteren Lebensaussichten für ihre Kinder

Die Vorstellung, dass Migranten entsprechend der grundlegenden Normen des Respekts behandelt werden sollten, findet sich in vielen alten religiösen Texten

auch das Problem, die Zahl irregulärer Migranten genau zu schätzen – sollten andere Probleme überwindbar sein. Ein logischer erster Schritt besteht darin, sicherzustellen, dass die nationalen statistischen Ämter internationale Richtlinien befolgen, so dass jede Volkszählung Kernfragen zur Migration enthält.³³ Bereits existierende Umfragen könnten etwas erweitert werden oder existierende Verwaltungsdaten könnten zusammengetragen und verbreitet werden, um mehr Informationen über Migrationsprozesse öffentlich verfügbar zu machen. Für viele Länder wäre es ein kostengünstiger Schritt in die richtige Richtung, in nationalen Volkszählungen Fragen darüber einzufügen, in welchem Land jemand geboren wurde oder zuvor gelebt hat. Ein weiterer wäre, existierende Daten über die erwerbstätige Bevölkerung zu veröffentlichen, einschließlich des Geburtslandes, wie es in Brasilien, Südafrika, den Vereinigten Staaten und einigen anderen Ländern bereits gehandhabt wird. Wiederum ein weiterer Schritt wäre, in Ländern, in denen die Migration an Bedeutung gewonnen hat, Standardfragen zur Migration in die Haushaltsbefragungen aufzunehmen. Es lohnt sich, dass Regierungen diesen Verbesserungen Aufmerksamkeit schenken und dass dafür mehr Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden.

2.2 Ein Blick zurück

Wir betrachten nun, wie die Migration Weltgeschichte gestaltet hat. Indem wir dies tun, gewinnen wir Aufschluss darüber, inwieweit frühere Wanderungsbewegungen sich von den heutigen unterscheiden oder ihnen ähnelten. Wir zeigen dadurch auch die Rolle auf, die die Migration bei der strukturellen Transformation von Gesellschaften spielt. Wir zeigen, welche Kräfte die Migration fördern und welche Hemmnisse sie verhindern. Dann präsentieren wir eine detailliertere Erörterung der Entwicklung der internationalen und der Binnenmigration im 20. Jahrhundert, mit Schwerpunkt auf der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Analyse der Trends der vergangenen 50 Jahre ist von zentraler Bedeutung, um die Faktoren zu verstehen, die die jüngsten Veränderungen der Migrationsmuster verursachen, und wie sie sich den Erwartungen entsprechend in Zukunft entwickeln werden.

2.2.1 Die langfristige Sicht

Trotz des weit verbreiteten Eindrucks, dass die internationale Migration mit der aufkommenden Globalisierung und dem zunehmenden Handel Ende des 20. Jahrhunderts zusammenhängt, waren auch in der Vergangenheit große Wanderungsbewegungen über lange Strecken gang und gäbe. Zum Höhepunkt der iberischen Herrschaft in Amerika gingen mehr als eine halbe Million Spanier und Portugiesen und rund 700.000 britische Staatsbürger in die Kolonien in Nord-, Mittel- und Südamerika.³⁴ Durch den brutalen Einsatz von Gewalt wurden zwischen dem 15. und späten 19. Jahrhundert elf bis zwölf Millionen Afrikaner als Sklaven über den Atlantik geschickt. Zwischen 1842 und 1900 gingen rund 2,3 Millionen Chinesen und 1,3 Millionen Inder als Leiharbeiter nach Südostasien, Afrika und Nordamerika.³⁵ Zum Ende des 19. Jahrhunderts war der Anteil der Einwohner ausländischer Herkunft höher als heute.³⁶

Gehen wir zeitlich noch weiter zurück, so stellen wir fest, dass es das Phänomen der Wanderungsbewegungen im Laufe der Geschichte überall gegeben hat, in fast jeder Gemeinschaft, über die es historische oder archäologische Nachweise gibt. Jüngste DNA-Tests stützen frühere Erkenntnisse aus fossilen Funden, dass alle Menschen von einem gemeinsamen Ahnen aus Äquatorialafrika abstammen, der vor etwa 50.000 Jahren das Rote Meer nach Süd-Arabien überquerte.³⁷ Zwar führte das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Gesellschaften oft zu Konflikten, doch es gibt ebenfalls Aufzeichnungen über die friedliche Koexistenz von Immigranten in anderen Ländern. Auf einer alten babylonischen Tafel aus dem 18. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung geht es zum Beispiel um eine Migrantengemeinschaft aus Uruk, die aus ihren Häusern flüchtete, als ihre Stadt überfallen wurde, und die in ihrer neuen Heimat kaum auf Widerstand gegenüber ihren kulturellen Praktiken stieß. So war es ihren Priestern erlaubt, die gleichen Quartiere zu bewohnen wie diejenigen, die lokale Gottheiten verehrten.³⁸ Die Vorstellung, dass Migranten entsprechend der grundlegenden Normen des Respekts behandelt werden sollten, findet sich in vielen alten religiösen Texten. Im Alten Testament heißt es zum Beispiel, „der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten“, während

der Koran von den Gläubigen verlangt, dass sie wegziehen sollen, wenn ihr Glauben in Gefahr ist, und dass sie Nicht-Muslimen *aman* (Schutz, Zuflucht) gewähren sollen, selbst wenn diese sich mit Muslimen im Konflikt befinden.³⁹

Im Laufe der Geschichte haben Wanderungsbewegungen bei der strukturellen Veränderung von Volkswirtschaften immer eine wesentliche Rolle gespielt und damit einen bedeutenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung geleistet. Genetische und archäologische Nachweise aus der Jungsteinzeit (9500–3500 vor unserer Zeitrechnung) legen nahe, dass landwirtschaftliche Praktiken sich mit der Ausbreitung von Gemeinschaften verbreiteten, nachdem diese die Techniken des Feldbaus beherrschten.⁴⁰ Die industrielle Revolution in Großbritannien führte zu einem raschen Wachstum der Städte und wurde durch dieses Wachstum selbst auch weiter angeheizt, angetrieben hauptsächlich durch Migration vom Lande.⁴¹ Der Anteil der ländlichen Bevölkerung ist in allen Volkswirtschaften, die sich entwickelt haben, deutlich gesunken. In den Vereinigten Staaten ist er von 79 Prozent (im Jahr 1820) auf unter vier Prozent (1980) gefallen, und in der Republik Korea sogar noch schneller, von 63 Prozent (1963) auf sieben Prozent (2008).⁴²

Eine aus Sicht unserer Analyse interessante Zeit war die der großen Menschenströme aus Europa in die Neue Welt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Im Jahr 1900 waren es mehr als eine Million Menschen, die jährlich Europa verließen, getrieben von der Suche nach besseren Bedingungen angesichts des Hungers und der Armut in ihrer Heimat. An heutigen Standards gemessen sind die Größenordnungen dieser Migrantenströme erstaunlich. Zu ihrem Höhepunkt im 19. Jahrhundert machte die Gesamtzahl der Auswanderer im Laufe eines Jahrzehnts 14 Prozent der irischen Bevölkerung aus, ein Zehntel der Norweger und sieben Prozent der schwedischen und britischen Bevölkerung. Im Gegensatz dazu beträgt heute die Anzahl der Migranten aus Entwicklungsländern, die *dauerhaft* auswandern, weniger als drei Prozent der Gesamtbevölkerung dieser Länder. Diese historische Begebenheit wurde zum Teil durch die sinkenden Reisekosten befördert. Zwischen Anfang der 1840er und Ende der 1850er Jahre sanken die Kosten für die Überfahrt

von Großbritannien nach New York real um 77 Prozent.⁴³ In besonderen Fällen gab es weitere Bestimmungsfaktoren, wie die Große Hungersnot in Irland. Diese Bevölkerungsbewegungen hatten sowohl auf die Herkunfts- als auch auf die Zielländer beträchtliche Auswirkungen. Arbeitskräfte zogen aus Niedriglohnregionen mit großem Arbeitskräfteangebot in Gegenden, wo die Arbeitskräfte knapp und die Löhne hoch waren. Dies trug dazu bei, dass es zu einer deutlichen wirtschaftlichen Annäherung kam: Zwischen den 1850er Jahren und dem Ersten Weltkrieg stiegen die Reallöhne in Schweden von 24 auf 58 Prozent der in den Vereinigten Staaten üblichen Löhne, während im gleichen Zeitraum die Löhne in Irland von 61 auf 92 Prozent der britischen Löhne stiegen. Nach Meinung von Wirtschaftshistorikern kann die internationale Annäherung der Lohnniveaus Ende des 19. Jahrhunderts zu mehr als zwei Drittel auf die angleichenden Wirkungen der Migration zurückgeführt werden.⁴⁴

Die Rückmigration und die Geldtransfers von Migranten in die Heimat waren auch in der Vergangenheit von großer Bedeutung. Geldtransfers wurden per Kurier getätigt, bzw. per Überweisung oder in bar durch die Banken der Einwanderer, durch Handelshäuser, durch die Post und nach 1900 auch telegraphisch. Es wird geschätzt, dass ein britischer Migrant in den Vereinigten Staaten, der im Jahr 1910 Geld nach Hause schickte, im Durchschnitt bis zu ein Fünftel seines Einkommens schickte, und dass etwa ein Viertel der Migration aus Europa in die Vereinigten Staaten zu dieser Zeit durch Geldtransfers derjenigen finanziert wurde, die bereits dort waren.⁴⁵ Rückmigration war oft die Regel, wobei in den Vereinigten Staaten die Rückkehrerquote der Migranten aus Bulgarien und aus Serbien und Montenegro auf 69 Prozent geschätzt wird, und die der Italiener auf 58 Prozent.⁴⁶ In Argentinien wurden italienische Einwanderer aufgrund ihrer Tendenz, wieder heimzukehren, oft als *golondrinas* (Schwalben) bezeichnet. Ein Beobachter aus dieser Zeit schrieb: „Der Italiener in Argentinien ist kein Kolonisator; er hat kein Haus, er wird sich keine dauerhafte Existenzgrundlage aufbauen... Seine einzige Hoffnung besteht darin, ein wenig zu sparen.“⁴⁷

Diese Bevölkerungsbewegungen wurden durch eine Politik ermöglicht, die für Migration

Im Laufe der Geschichte haben Wanderungsbewegungen bei der strukturellen Veränderung von Volkswirtschaften immer eine wesentliche Rolle gespielt

Tabelle 2.1 Fünf insgesamt stabile Jahrzehnte, mit regionalen Verschiebungen
Regionale Verteilung internationaler Migranten, 1960-2010

	1960			2010		
	Migranten insgesamt (in Millionen)	Anteil an den Migranten weltweit	Anteil an der Bevölkerung	Migranten insgesamt (in Millionen)	Anteil an den Migranten weltweit	Anteil an der Bevölkerung
Welt (mit Ausnahme der ehemaligen Sowjetunion und der ehemaligen Tschechoslowakei)	74,1		2,7%	188,0		2,8%
NACH REGION						
Afrika	9,2	12,4%	3,2%	19,3	10,2%	1,9%
Nordamerika	13,6	18,4%	6,7%	50,0	26,6%	14,2%
Lateinamerika/Karibik	6,2	8,3%	2,8%	7,5	4,0%	1,3%
Asien	28,5	38,4%	1,7%	55,6	29,6%	1,4%
GCC-Staaten	0,2	0,3%	4,6%	15,1	8,0%	38,6%
Europa	14,5	19,6%	3,5%	49,6	26,4%	9,7%
Ozeanien	2,1	2,9%	13,5%	6,0	3,2%	16,8%
NACH KATEGORIE MENSCHLICHER ENTWICKLUNG						
Sehr hoher HDI	31,1	41,9%	4,6%	119,9	63,8%	12,1%
OECD	27,4	37,0%	4,2%	104,6	55,6%	10,9%
Hoher HDI	10,6	14,2%	3,2%	23,2	12,3%	3,0%
Mittlerer HDI	28,2	38,1%	1,7%	35,9	19,1%	0,8%
Niedriger HDI	4,3	5,8%	3,8%	8,8	4,7%	2,1%

Quelle: Schätzungen des HDR-Teams, basierend auf UN (2009d).

Anmerkung: Schätzungen ohne ehemalige Sowjetunion und ehemalige Tschechoslowakei.

nicht nur empfänglich war, sondern diese in vielen Fällen auch aktiv förderte. Das gilt sowohl für die Herkunftsländer, die die Schiffspassage oft subventionierten, um den Druck in der Heimat zu verringern, als auch für die Regierungen der Zielländer, die die Menschen einluden, um Siedlungen zu festigen und natürliche Ressourcen zu nutzen. Zum Beispiel erhielten in den 1880er Jahren etwa die Hälfte der Migranten, die nach Argentinien gingen, finanzielle Unterstützung für ihre Reise, während ein Gesetz, das 1850 in Brasilien erlassen wurde, Migranten kostenlos Land zuwies.⁴⁸ Allgemeiner gesagt war es charakteristisch für das späte 19. Jahrhundert, dass all die später entstandenen Mechanismen zur Kontrolle der internationalen Menschenströme nicht existierten. Bis 1924 eine restriktive Gesetzgebung erlassen wurde, brauchte man zum Beispiel in den Vereinigten Staaten noch nicht einmal ein Visum, um sich dort dauerhaft niederzulassen, und im Jahr 1905 wurde nur einem Prozent der eine Million Menschen, die den Atlantik überquerten und nach Ellis Island kamen, die Einreise verwehrt.⁴⁹

Ein wesentlicher Unterschied zwischen der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und heute liegt im Verhalten der Regierungen der Zielländer. Zwar konnte die einwandererfeindliche Stimmung zuweilen hochkochen und beförderte oft die Errichtung von Barrieren gegenüber bestimmten Arten der Migration, doch unter den Regierungen herrschte die Haltung vor, dass man mit Migration rechnen müsse und dass diese letztlich sowohl den Herkunfts- als auch den Zielländern zugute käme.⁵⁰ Dies ist umso bemerkenswerter in Gesellschaften, in denen die Intoleranz gegenüber Minderheiten weit verbreitet und gesellschaftlich sehr viel akzeptierter war als heute.⁵¹ Es hilft auch, daran zu erinnern, dass die Migrationsbarrieren, die heute für viele entwickelte und Entwicklungsländer charakteristisch sind, sehr viel weniger eine unveränderliche Realität darstellen, als man zunächst meinen könnte.

2.2.2 Das 20. Jahrhundert

Der migrationsfreundliche Konsens sollte nicht von Dauer sein. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts führten viele Länder Einreisebeschränkungen ein. Die Gründe dafür waren vielfältig, angefangen damit, dass das nicht besiedelte Land knapp wurde, bis hin zu Druck auf dem Arbeitsmarkt und der Stimmung im Volk. In Ländern wie Argentinien und Brasilien ergab sich die politische Wende dadurch, dass die Subventionen nach und nach abgeschafft wurden; in Australien und in den Vereinigten Staaten dadurch, dass Einreisebeschränkungen verhängt wurden.⁵² Obwohl diese Restriktionen eingeführt wurden, deuten Schätzungen aus dem frühen 20. Jahrhundert darauf hin, dass der Anteil der internationalen Migranten an der Weltbevölkerung ähnlich hoch war wie heute, wenn nicht sogar höher. Das ist überraschend, insbesondere angesichts der relativ hohen Reisekosten zur damaligen Zeit.⁵³

Im Bereich der Migrationspolitik gab es nichts, was der schnellen multilateralen Liberalisierung des Handels mit Gütern und Kapitalbewegungen, die für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg charakteristisch war, auch nur im Entferntesten ähnelte.⁵⁴ Einige Länder schlossen bilaterale oder regionale Übereinkommen ab, um auf einen spezifischen Arbeitskräftemangel zu reagieren, so zum Beispiel das US-amerikanische *Bracero*-Programm von

1942 für mexikanische Farmarbeiter, durch das 4,6 Millionen Arbeitsverträge in den Vereinigten Staaten über einen Zeitraum von 22 Jahren gefördert wurden,⁵⁵ das „Assisted Passage Agreement“ zwischen Großbritannien und Australien von 1947 (mit dem die australische Regierung nach dem Prinzip der „unterstützten Einwanderung“ britischen Staatsbürgern die Überfahrt nach Australien finanzierte) oder das Gewirr europäischer Gastarbeiter-Programme und Übereinkommen zur Migration von Arbeitnehmern.⁵⁶ Doch die anfängliche Begeisterung für Gastarbeiter-Programme war in den 1970er Jahren erloschen. Die Vereinigten Staaten hatte ihr Bracero-Programm 1964 auslaufen lassen und die meisten westeuropäischen Länder, die sich stark auf Gastarbeiter-Programme verlassen hatten, hörten während der Ölkrise der 1970er Jahre damit auf, weitere Gastarbeiter anzuwerben.⁵⁷

Die mangelnde Liberalisierung passt zu der zu beobachtenden Stabilität des weltweiten Anteils an Migranten. Wie in Tabelle 2.1 gezeigt wird, ist dieser Anteil zwischen 1960 und 2010 von 2,7 auf 2,8 Prozent nur geringfügig gestiegen (wobei aus Gründen der Vergleichbarkeit die Tschechoslowakei und die frühere Sowjetunion nicht enthalten sind – siehe unten). Nichtsdestoweniger lassen die Daten eine bemerkenswerte Verschiebung der Zielorte erkennen. Der Anteil in den entwickelten Ländern hat sich mehr als verdoppelt, von fünf Prozent auf mehr als zwölf Prozent.⁵⁸ Zu einer noch stärkeren Zunahme – von fünf auf 39 Prozent der Bevölkerung – kam es in den Ländern des Golf-Kooperationsrates (GCC), die aufgrund des Erdöls ein rapides Wachstum erlebt haben. In den restlichen Teilen der Welt ist der Anteil der Menschen ausländischer Herkunft jedoch stabil geblieben oder gesunken. Die Rückgänge sind

Kasten 2.3 Migrationstrends in der früheren Sowjetunion

Als die Sowjetunion 1991 auseinanderbrach wurden 28 Millionen Menschen über Nacht zu internationalen Migranten – selbst wenn sie sich um keinen Zentimeter bewegt hatten. Das liegt daran, dass in den Statistiken internationale Migranten als Personen definiert werden, die außerhalb ihres Geburtslandes leben. Die Menschen waren vor 1991 innerhalb der Sowjetunion umgezogen und galten nun als im Ausland geboren. Ohne dass sie davon wussten, waren sie nun statistisch gesehen Migranten.

In gewisser Weise macht eine Neuklassifizierung Sinn. Eine Russin in Minsk lebte im Jahr 1990 in dem Land, in dem sie geboren wurde, und Ende 1991 war sie praktisch Ausländerin. Doch die sich daraus ergebende Zunahme der Anzahl der Migranten als eine Zunahme der internationalen Migration zu interpretieren, wie einige Autoren es getan haben, ist falsch. Daher haben wir diese Migranten, wie auch Migranten in der früheren Tschechoslowakei, in der Trend-Berechnung in Tabelle 2.1 nicht berücksichtigt.

Hat die Migration in der früheren Sowjetunion seit 1991 zugenommen? Einerseits hat die Lockerung der propiska-Kontrollen die Mobilität der Menschen erhöht. Andererseits könnte die Errichtung nationaler Grenzen den Bewegungsspielraum verringert haben. Das Bild wird auch dadurch noch komplizierter, dass viele Wanderungsbewegungen nach 1991 eine Rückkehr in die Herkunftsregionen waren: Zum Beispiel Menschen russischer Herkunft, die aus Zentralasien zurückkehren.

Will man versuchen die Trends in der früheren Sowjetunion zu verstehen, sollte man vergleichbare räumliche Einheiten verwenden. Ein

Ansatz ist, die Migration zwischen den einzelnen Republiken vor und nach dem Auseinanderbrechen zu berücksichtigen. Danach würde jeder, der zwischen zwei Republiken migrierte, die später unabhängige Nationen werden würden, als internationaler Migrant angesehen. Somit würde ein Lette in St. Petersburg vor und nach 1991 als internationaler Migrant gelten.

In den Hintergrundrecherchen für diesen Bericht wurden sowjetische Volkszählungsdaten verwendet, um eine solche Datenreihe zu erstellen. Nach dieser Definition stieg der Anteil der Personen ausländischer Herkunft in den Republiken der UdSSR leicht an, von zehn Prozent im Jahr 1959 auf 10,6 Prozent im Jahr 1989. Nach 1990 wichen die Trends in den verschiedenen Staaten voneinander ab. In der Russischen Föderation, die so etwas wie ein Magnet in der Region wurde, stieg der Bevölkerungsanteil der dort lebenden Migranten von 7,8 auf 9,3 Prozent. In der Ukraine und in den drei baltischen Staaten ging der Anteil der Migranten zurück, da viele Personen ausländischer Herkunft diese Länder verließen. In allen anderen Staaten der früheren Sowjetunion ging die absolute Zahl der Migranten bis zum Jahr 2000 zurück und in den meisten Fällen fiel auch der Anteil der Migranten an der Bevölkerung. Während also zum Zeitpunkt der Auflösung der Sowjetunion 30,3 Millionen Menschen ausländischer Herkunft auf ihrem Gebiet lebten, fiel deren Gesamtzahl auf 27,4 Millionen im Jahr 2000 und auf 26,5 Millionen im Jahr 2005, da viele auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion sich entschieden, in ihre Heimat zurückzukehren.

Quelle: Heleniak (2009), UN (2002), Zlotnik (1998) und Ivakhnyuk (2009).

in Lateinamerika und der Karibik am stärksten ausgeprägt. Dort hat sich die internationale Migration mehr als halbiert. Doch die Rückgänge sind auch in Afrika und dem restlichen Teil Asiens offensichtlich.

Ein wichtiger Vorbehalt ist, dass diese Trends zwei Ländergruppen nicht beinhalten, für die es schwierig ist, vergleichbare Zeitreihen über internationale Migranten zu konstruieren, nämlich die Staaten der früheren Sowjetunion und die beiden Teile der früheren Tschechoslowakei. Durch die Unabhängigkeit dieser neuen Nationen kam es zu einer künstlichen Zunahme der Zahl der Migranten, die man nicht als reale Zunahme der internationalen Migration interpretieren sollte (Kasten 2.3).⁵⁹

Woher kommen die Migranten in den entwickelten Ländern heutzutage? Wir haben kein vollständiges Bild der bilateralen Migrantenströme im Zeitablauf, doch Grafik 2.4 zeigt

die Entwicklung des Anteils der Menschen aus Entwicklungsländern in acht entwickelten Volkswirtschaften, für die vergleichbare Informationen vorliegen. In allen Fällen bis auf einen (Großbritannien) gab es zweistellige Zunahmen des Anteils der Migranten aus Entwicklungsländern.⁶⁰ In vielen europäischen Ländern ist diese Verschiebung vor allem auf die Zunahme der Migranten aus osteuropäischen Ländern zurückzuführen, die nach ihrem HDI als Entwicklungsländer eingestuft werden. Zum Beispiel kamen in den 1960er Jahren nur 18 Prozent der aus Entwicklungsländern stammenden Zuwanderer in Deutschland aus Osteuropa; 40 Jahre später lag ihr Anteil bei 53 Prozent.

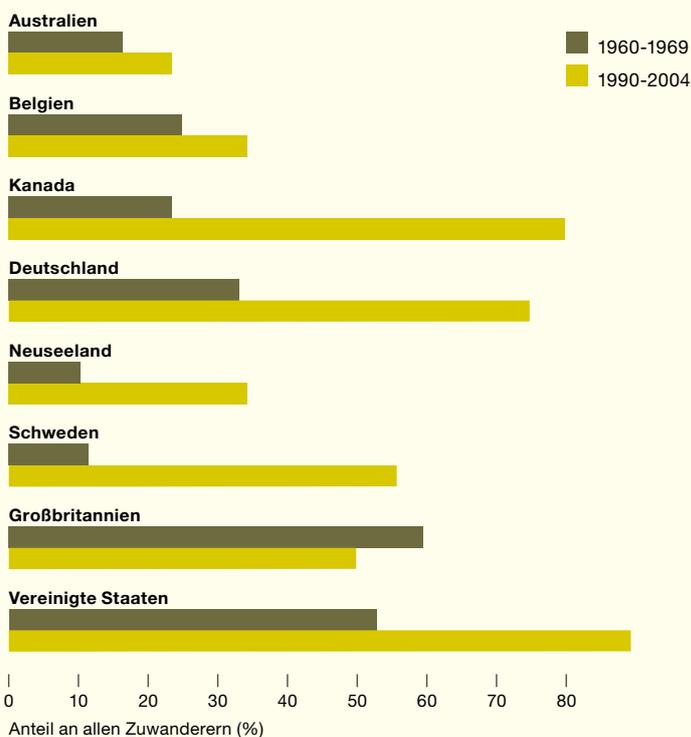
In den Entwicklungsländern ist das Bild gemischerter, wenngleich nur begrenzt Daten zur Verfügung stehen. Für ein paar Länder können wir vergleichen, woher die Migranten vor mehreren Jahrzehnten kamen und woher sie heute kommen. Dabei treten einige interessante Gegensätze zutage (Grafik 2.5). In Argentinien und Brasilien war der Rückgang des Anteils der Einwohner ausländischer Herkunft wesentlich dadurch bedingt, dass weniger Menschen aus den ärmeren europäischen Ländern kamen, da es in diesen Ländern in der Nachkriegszeit ein dramatisches Wachstum gab, während große Teile Lateinamerikas stagnierten. Im Gegensatz dazu waren es in Costa Rica vor allem die großen Ströme nicaraguanischer Migranten, die die Zuwandererquote in die Höhe trieben, während der Rückgang in Mali die deutlich abnehmende Zuwanderung aus Burkina Faso, Guinea und Mauretanien widerspiegelt.

Wie in Grafik 2.6 gezeigt wird, haben viele Länder eine Zunahme der Binnenmigration erlebt. Dies ist jedoch bei weitem kein einheitlicher Trend. Unter den 18 Ländern, für die wir im Zeitablauf vergleichbare Informationen haben, gibt es in elf Ländern einen zunehmenden Trend, in vier Ländern keinen klaren Trend und in zwei entwickelten Ländern einen Rückgang. Die durchschnittliche Zuwachsrate in dieser Ländergruppe beträgt im Laufe eines Jahrzehnts rund sieben Prozent. In unseren Untersuchungen haben wir jedoch auch festgestellt, dass der Anteil der aktuellen Migranten (definiert als diejenigen, die innerhalb der vergangenen fünf Jahre von einer Region in eine andere gezogen sind) in den meisten Ländern unserer Stichprobe

Grafik 2.4

Ein zunehmender Anteil der Migranten kommt aus Entwicklungsländern

Anteil der Zuwanderer aus Entwicklungsländern in ausgewählten entwickelten Ländern



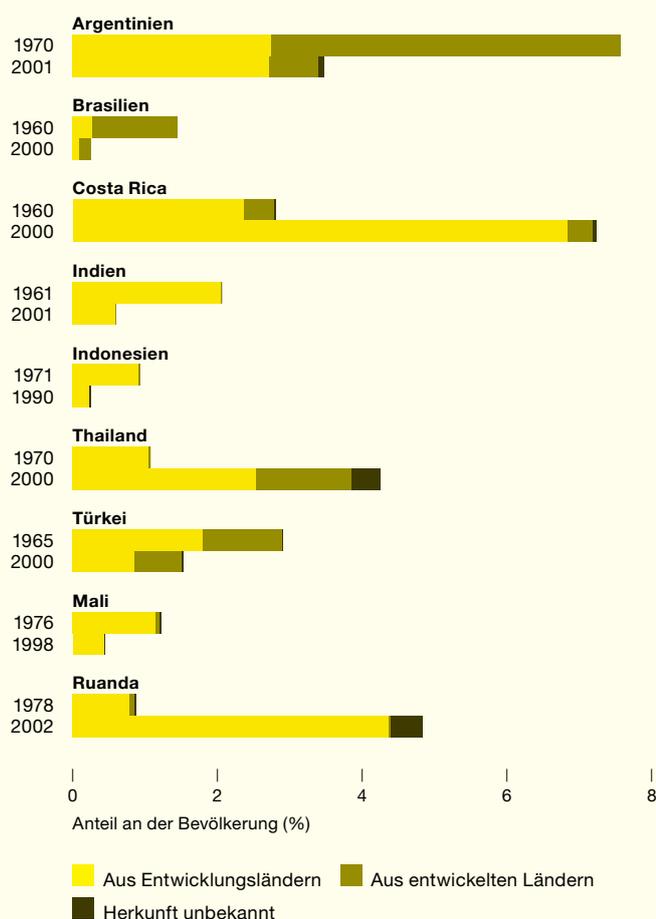
Quelle: Schätzungen des HDR-Teams, basierend auf UN (2006a).

nicht gestiegen ist, was auf eine mögliche Stabilisierung der Muster der Binnenmigration hinweist.

In entwickelten Ländern mit hohem HDI-Wert, in denen die Binnenmigration in der Vergangenheit mit einer raschen Urbanisierung zusammenhing, die nun nachgelassen hat, ist damit zu rechnen, dass sie gleich bleiben oder sogar zurückgehen wird. Doch in vielen Entwicklungsländern hat sich die Urbanisierung nicht verlangsamt und es wird damit gerechnet, dass sie weiter anhalten wird. Schätzungen der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UNDESA) deuten in der Tat darauf hin, dass der Urbanisierungsgrad, d.h. der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Weltbevölkerung, sich bis 2050 fast verdoppeln wird, und dass er in Afrika von 40 Prozent auf über 60 Prozent steigen wird. Neben der Zuwanderung aus ländlichen Gebieten und aus dem Ausland wird die Urbanisierung zum Teil durch das natürliche Bevölkerungswachstum in städtischen Gebieten vorangetrieben. Wenngleich es schwierig ist, den genauen Beitrag dieser verschiedenen Quellen zu bestimmen, so ist doch klar, dass die Migration in vielen Ländern einen wichtigen Faktor darstellt.⁶¹

Für die Einwohner der Städte und die staatlichen Behörden, die für die Stadtplanung und die Versorgung mit Dienstleistungen verantwortlich sind, kann die Urbanisierung mit großen Herausforderungen verbunden sein. Die sichtbarste dieser Herausforderungen sind die zwei Milliarden Menschen – 40 Prozent der Stadtbewohner –, die den Erwartungen nach im Jahr 2030 in Elendsvierteln leben werden.⁶² Wie man weiß, sind die Lebensbedingungen in den Elendsvierteln oft sehr schlecht, der Zugang zu sauberem Trinkwasser, Sanitäreinrichtungen und Abwasserentsorgung unzureichend und die Besitzrechte an Grund und Boden unsicher. Wie wir in Kapitel 4 und 5 erörtern, ist es wichtig, dass die städtischen Kommunalverwaltungen gegenüber den Einwohnern rechenschaftspflichtig sind und dass sie finanziell angemessen ausgestattet sind, um mit diesen Herausforderungen umzugehen. Denn die Stadtplanung und lokale Programme können bei der Verbesserung der Situation eine entscheidende Rolle spielen.

Grafik 2.5 Quellen und Trends der Migration in Entwicklungsländer
 Migrantenanteil an der Gesamtbevölkerung in ausgewählten Ländern, 1960-2000er Jahre

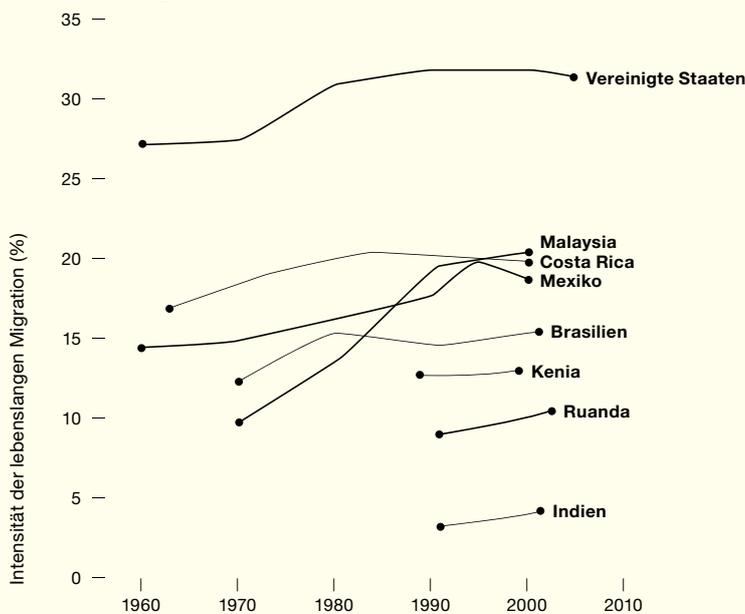


Quelle: Schätzungen des HDR-Teams, basierend auf Minnesota Population Center (2008) und nationalen Volkszählungsdaten aus den genannten Jahren.

Unterm Strich zeichnet sich die Zeit seit 1960 dadurch aus, dass die Migranten sich zunehmend in den entwickelten Ländern konzentrieren, vor dem Hintergrund insgesamt stabil bleibender aggregierter Migrationszahlen. Wie erklären wir dieses Bild? Unsere Untersuchungen zeigen, dass drei Schlüsselfaktoren – die Trends bei der Entwicklung von Einkommen, Bevölkerung und Transportkosten – tendenziell die Migration förderten. Zugleich gab es immer bedeutendere Beschränkungen: die zunehmenden rechtlichen und administrativen Barrieren.

Die Migrationsmuster erklären sich zum großen Teil durch die regionalen Einkommensdivergenzen, verbunden mit allgemein steigenden

Grafik 2.6 Die Binnenmigrationsquoten sind nur leicht gestiegen
Trends der Intensität der lebenslangen Binnenmigration in
ausgewählten Ländern, 1960-2000er Jahre



Quelle: Bell und Muhidin (2009).

Einkommen in den meisten Teilen der Welt. Die Entwicklung der Einkommensunterschiede zeigt eine bemerkenswerte Divergenz zwischen den meisten sich entwickelnden und entwickelten Regionen, selbst wenn es in der Region Ostasien-Pazifik und in Südasien zu einer leichten Angleichung gekommen ist (Grafik 2.7, Abbildung A).⁶³ Was die im Allgemeinen fehlende Angleichung angeht, stellt China eine Ausnahme dar. Das nationale Pro-Kopf-Einkommen stieg zwischen 1960 und 2007 von drei auf 14 Prozent des Durchschnittseinkommens der entwickelten Länder.⁶⁴ Im Großen und Ganzen deuten die Daten darauf hin, dass die Einkommensanreize stark gestiegen sind, von armen in reiche Länder zu ziehen.⁶⁵

Die Versuche, diese Divergenz zu begründen, haben eine umfangreiche Literatur hervorgebracht, in der die Unterschiede bei der Akkumulation von Arbeit und Kapital, der technologische Wandel, politische Handlungskonzepte und Institutionen untersucht wurden.⁶⁶ Was auch immer letztlich die treibenden Kräfte sein mögen, einer der Schlüsselfaktoren, die dazu beitragen, waren die Unterschiede

beim Bevölkerungswachstum. Wie man weiß, verschob sich zwischen 1969 und 2005 die räumliche demografische Zusammensetzung der Weltbevölkerung: Weltweit lebten von den zusätzlichen 2,8 Milliarden Menschen im erwerbsfähigen Alter neun von zehn in Entwicklungsländern. Da es in den Entwicklungsländern immer mehr Arbeitskräfte gab, nahmen die Lohnunterschiede zu. Dies bedeutete, dass es attraktiver wurde, in die entwickelten Länder zu ziehen, und infolgedessen verschoben sich die Migrationsmuster, obwohl – wie wir sehen werden – hohe Zugangsbarrieren errichtet wurden. Gleichzeitig stieg weltweit das durchschnittliche Einkommensniveau, wie in Abbildung B in Grafik 2.7 gezeigt wird (selbst wenn es in einigen Entwicklungsländer-Regionen auch zeitweise Rückgänge gegeben hat). Da die Armut ein wichtiger Faktor ist, der die Migration einschränkt, wurden durch höhere Durchschnittseinkommen Wanderungsbewegungen über weite Entfernungen eher möglich. Mit anderen Worten: Mit steigenden Einkommen bewegten sich die ärmeren Länder den „Migrationsbuckel“ hinauf und erweiterten damit den Pool potenzieller Zuwanderer in die entwickelten Länder.

Auch die in jüngster Zeit gesunkenen Transport- und Kommunikationskosten haben zu mehr Migration geführt. Zwischen 1970 und 2000 sind die realen Preise im Flugverkehr um drei Fünftel gefallen. Gleichzeitig sind auch die Kommunikationskosten massiv gefallen.⁶⁷ Die realen Kosten eines dreiminütigen Telefonanrufs von Australien nach Großbritannien fielen von etwa 350 US-Dollar im Jahr 1926 auf 0,65 US-Dollar im Jahr 2000 – und mit dem Aufkommen der Internet-Telefonie sind sie nun effektiv auf Null gefallen.⁶⁸ Solche Trends machen es den Menschen einfacher als je zuvor, weit entfernte Ziele zu erreichen und sich dort niederzulassen.

Angesichts dieser Einflussfaktoren würden wir erwarten, dass die internationale Migration in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen hat. Dieses Potenzial wurde jedoch durch zunehmende Migrationsbarrieren politisch eingeschränkt, insbesondere durch Barrieren, die die Einreise gering qualifizierter Bewerber erschweren. Wir wenden uns nun der Rolle zu, die diese Barrieren spielen, wenn es darum geht, Migration heute zu gestalten und zu beschränken, und wir werden sie genauer untersuchen.

2.3 Politische Handlungskonzepte und Migration

Seit im 17. Jahrhundert moderne Staaten entstanden sind, ist das internationale Rechtssystem auf der Grundlage von zwei Prinzipien aufgebaut: Souveränität und territoriale Unverletzlichkeit. Innerhalb dieses Systems, das eine Reihe von auf internationalem Recht beruhenden Normen und Beschränkungen beinhaltet, kontrollieren die Regierungen ihre Landesgrenzen und üben ihr Recht aus, Einreisebeschränkungen zu verhängen. In diesem Abschnitt erörtern wir die verschiedenen Möglichkeiten, wie durch staatliche Handlungskonzepte bestimmt wird, wie viele Menschen ins Land gelassen werden, woher sie kommen und welcher Status ihnen gewährt wird.

Zwar gibt es – insbesondere für entwickelte Länder – eine Fülle von länderbezogenen qualitativen Analysen nationaler politischer Handlungskonzepte, doch aufgrund der sehr eingeschränkten Datenverfügbarkeit lassen sich die politischen Handlungskonzepte verschiedener Länder nur sehr schwer vergleichen. Die Messung ist an sich schon schwierig, denn es gibt viele Arten von Regeln, die auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Umfang durchgesetzt werden, und die Ergebnisse entziehen sich im Allgemeinen einer Quantifizierung. Im Gegensatz zu den meisten wirtschaftspolitischen Aspekten, zum Beispiel, messen die nationalen Statistik-Ämter die Wirkungen der Migrationspolitik nicht auf länderübergreifend einheitliche Weise. Die meisten der in diesem Bericht verwendeten Messgrößen wurden von internationalen Forschungsinstituten und von Nichtregierungsorganisationen (NRO) entwickelt, nicht von den staatlichen Behörden einzelner Länder.

Das Maß, das die größte Anzahl von Ländern und den längsten Zeitraum abdeckt, stammt aus einer periodischen Umfrage unter politischen Entscheidungsträgern, die von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UNDESA) durchgeführt wird. Die Regierungen berichten darin über ihre migrationspolitischen Ansichten und Maßnahmen. Die Umfrage deckt 195 Länder ab und spiegelt die Ansichten der Entscheidungsträger bezüglich des Umfangs der Zuwanderung wider, und ob ihre politischen Handlungskonzepte darauf

Grafik 2.7

Die globale Einkommenskluft ist gewachsen

Trends des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf, 1960-2007

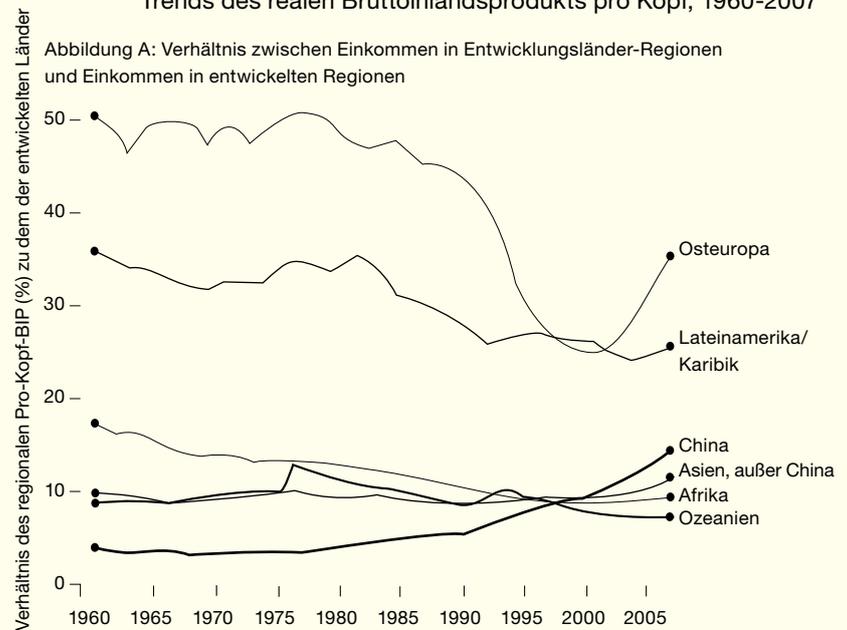
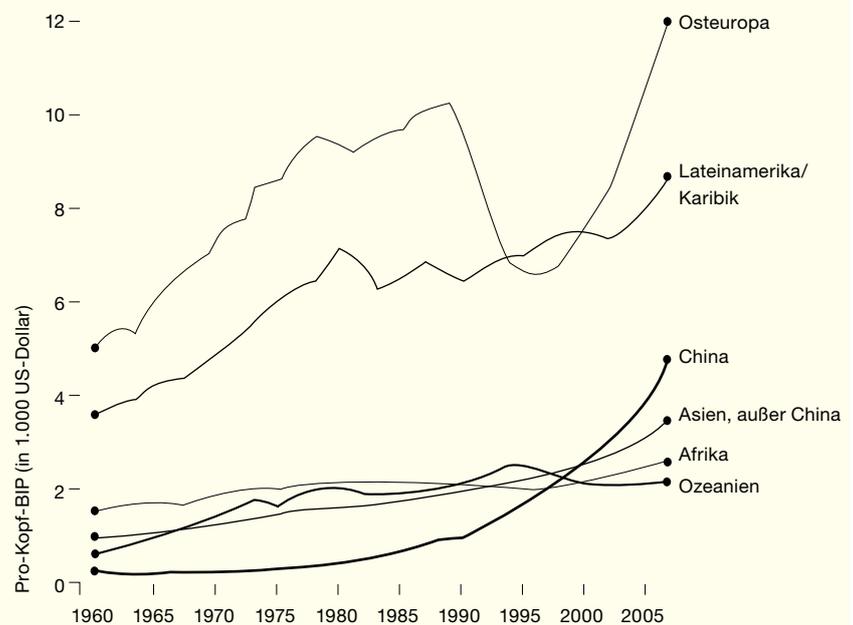


Abbildung B: Reales Pro-Kopf-Einkommen der Entwicklungsländer nach Regionen



Quelle: Schätzungen des HDR-Teams, basierend auf World Bank (2009b) und Heston, Summers und Aten (2006).

abzielen, die Zuwanderung in Zukunft zu verringern, auf gleichem Niveau zu halten oder zu fördern. Zwar ist es eine Selbsteinschätzung und es werden eher die offiziellen Absichten erfasst als die Praxis, doch es ergeben sich daraus einige

Tabelle 2.2 Politische Entscheidungsträger versuchen nach eigenen Angaben, bestehende Zuwanderungsniveaus beizubehalten
Meinungen und politische Handlungskonzepte bezüglich der Zuwanderung nach HDI-Kategorie, 2007

HDI-Kategorien	Meinungen der Regierungen zur Zuwanderung				Zuwanderungspolitik				
	Zu hoch	Befriedigend	Zu niedrig	Insgesamt	Niveausenken	Niveau beibehalten	Niveau anheben	Keine Maßnahmen	Insgesamt
SEHR HOHER HDI									
Anzahl der Länder	7	26	6	39	7	24	7	1	39
Prozent (%)	18	67	15	100	18	62	18	3	100
HOHER HDI									
Anzahl der Länder	6	40	1	47	9	37	1	0	47
Prozent (%)	13	85	2	100	19	79	2	0	100
MITTLERER HDI									
Anzahl der Länder	17	62	4	83	18	47	3	15	83
Prozent (%)	20	75	5	100	22	57	4	18	100
NIEDRIGER HDI									
Anzahl der Länder	4	22	0	26	4	6	0	16	26
Prozent (%)	15	85	0	100	15	23	0	62	100
INSGESAMT									
Anzahl der Länder	34	150	11	195	38	114	11	32	195
Prozent (%)	17	77	6	100	19	58	6	16	100

Quelle: UN (2008b).

interessante Muster (Tabelle 2.2). Im Jahr 2007 sahen etwa 78 Prozent der befragten Regierungen die aktuellen Zuwandererzahlen als befriedigend an, während 17 Prozent fanden, dass sie zu hoch seien, und fünf Prozent meinten sie seien zu niedrig. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Regierungen bittet, ihre politischen Handlungskonzepte zu beschreiben. Zu beiden Fragen scheinen die Regierungen der entwickelten Länder restriktiver zu sein als die der Entwicklungsländer.

Dieses Bild weist auf eine bedeutende Kluft zwischen den politischen Handlungskonzepten hin, die die Öffentlichkeit in den meisten Ländern offenbar bevorzugt – nämlich mehr Zuwanderungsbeschränkungen –, und der tatsächlichen Politik, die in Wirklichkeit eine erhebliche Zuwanderung erlaubt.⁶⁹ Die Erklärungen für diese Kluft sind komplex, doch mehrere Faktoren spielen dabei wahrscheinlich eine Rolle.

Der erste ist, dass der Widerstand gegen die Zuwanderung nicht so einheitlich ist, wie es zunächst scheint, und dass die Wähler oft

gemischte Ansichten haben. Wie wir unten zeigen, mischen sich in vielen Ländern Bedenken gegenüber den nachteiligen fiskalischen oder Beschäftigungswirkungen mit der Anerkennung, dass die Toleranz gegenüber Anderen und die ethnische Vielfalt positive Werte darstellen. Zweitens können organisierte Gruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Nichtregierungsorganisationen erheblichen Einfluss auf die Formulierung politischer Handlungskonzepte haben. In vielen Fällen sprechen diese Gruppen sich nicht für strenge Zuwanderungsbeschränkungen aus. Drittens tolerieren viele Regierungen stillschweigend die irreguläre Migration, was ein Hinweis darauf ist, dass die politischen Entscheidungsträger sich der hohen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten von Razzien bewusst sind. Zum Beispiel wird von Arbeitgebern in den Vereinigten Staaten nicht verlangt, dass sie die Echtheit der Einwanderungspapiere überprüfen, doch sie müssen den Migranten die „federal payroll taxes“ abziehen, eine Lohnsummensteuer, die Arbeitgeber in den USA en bloc ans Finanzamt abführen. Über diesen Mechanismus zahlen die illegal eingewanderten Arbeitskräfte rund sieben Milliarden US-Dollar jährlich an den US-amerikanischen Fiskus.⁷⁰

Für die Zwecke dieses Berichts wollten wir bestehende Wissenslücken angehen, indem wir in Zusammenarbeit mit nationalen Migrationsexperten und der Internationalen Migrationsorganisation (IOM) eine Bewertung der Migrationspolitik in 28 Ländern vornahmen.⁷¹ Der zentrale Zusatznutzen dieser Übung liegt darin, dass dadurch auch Entwicklungsländer abgedeckt wurden (die Hälfte der Stichprobe), die bei solchen Bewertungen in der Vergangenheit typischerweise außen vor blieben, sowie in dem Reichtum an Informationen, die wir zu Aspekten wie Regelwerken zur Zuwanderung, der Behandlung und den Ansprüchen von Migranten sowie der Durchsetzung des geltenden Rechts gesammelt haben.

Vergleicht man die migrationspolitischen Regelwerke der entwickelten und der Entwicklungsländer, so lässt dies sowohl überraschende Unterschiede als auch Ähnlichkeiten erkennen. Einige der in den entwickelten Ländern häufig festgestellten (und kritisierten) Beschränkungen gibt es auch in vielen Entwicklungsländern

(Grafik 2.8). In den Regelwerken beider Ländergruppen besteht eine Schiefelage zugunsten hoch qualifizierter Arbeitskräfte: 92 Prozent der Entwicklungsländer und alle entwickelten Länder in unserer Stichprobe waren gegenüber qualifizierten Migranten mit befristetem Aufenthaltsstatus offen. Bei der dauerhaften Zuwanderung qualifizierter Migranten lagen die entsprechenden Zahlen bei 62 und 93 Prozent. 38 Prozent der Entwicklungsländer und die Hälfte der entwickelten Länder in unserer Länderstichprobe verschlossen sich gegenüber der dauerhaften Zuwanderung ungelerner Arbeitskräfte.⁷²

Regelwerke für die temporäre Migration werden schon lange eingesetzt und die meisten Länder erteilen entsprechende Genehmigungen. In diesen Programmen sind die Regeln für die zeitlich gebundene Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte festgelegt. Die H1B-Visa der Vereinigten Staaten erlauben zum Beispiel die Einreise hoch qualifizierter Arbeitskräfte für einen befristeten Aufenthalt von bis zu sechs Jahren, während es H2B-Visa für gering qualifizierte, saisonale Arbeitskräfte für bis zu drei Jahren gibt. In ähnlicher Weise gibt es in der Zuwanderungspolitik von Singapur Beschäftigungspässe – für qualifizierte Fachkräfte – und eine Arbeiterlaubnis oder einen R-Pass für ungelernete oder angelehrnte Arbeitskräfte.⁷³ Unter den Ländern in unserer Politik-Bewertung war es bei den Entwicklungsländern sehr viel wahrscheinlicher, dass sie Regelwerke für die temporäre Zuwanderung gering qualifizierter Arbeitskräfte haben.

Die Regeln zur Änderung des Visumsstatus' und zur Familienzusammenführung unterscheiden sich stark zwischen den einzelnen Ländern.⁷⁴ Einige zeitlich befristete Programme bieten einen Weg zu einem langfristigen oder sogar dauerhaften Aufenthalt und erlauben es ausländischen Arbeitskräften, ihre Angehörigen mitzubringen. Ein Beispiel sind die H2B-Visa der Vereinigten Staaten, wenngleich es für die Anzahl der ausgestellten Visa dieser Kategorie eine niedrige Obergrenze gibt und die Angehörigen nicht arbeiten dürfen. Andere Regierungen untersagen Statusänderungen und Familienzusammenführung ausdrücklich oder schränken sie stark ein.

Die Programme für Arbeitskräfte auf Zeit oder *kafala*-Programme (*kafala* bedeutet im Arabischen wörtlich „bürgen und betreuen“⁷⁵)

der Länder des Golf-Kooperationsrates (GCC) sind ein besonderer Fall. Im Rahmen dieser Programme bekommen ausländische Arbeitskräfte nur dann ein Einreisevisum und eine Aufenthaltserlaubnis, wenn ein Bürger des Aufnahmelandes sie sponsert. Der *khafeel*, oder Sponsor-Arbeitgeber, ist finanziell und rechtlich für den Arbeitnehmer verantwortlich. Er unterzeichnet diesbezüglich ein Dokument des Arbeitsministeriums.⁷⁶ Wenn festgestellt wird, dass der Arbeitnehmer den Vertrag gebrochen hat, muss er das Land sofort auf eigene Kosten verlassen. *Kafala* Programme sind in verschiedener Hinsicht restriktiv, darunter auch bezüglich der Familienzusammenführung. Menschenrechtsverletzungen – einschließlich der Nicht-Bezahlung von Löhnen und der sexuellen Ausbeutung von Hausangestellten – sind gut dokumentiert, insbesondere unter dem zunehmenden Anteil der Migranten vom indischen Subkontinent.⁷⁷

In den vergangenen Jahren haben einige Länder in der Region bescheidene Schritte in die Richtung unternommen, ihre Zuwanderungsregelwerke zu reformieren. Saudi-Arabien hat kürzlich eine Reihe von Richtlinien erlassen. Sie erleichtern den Transfer von Arbeitskräften, die bei Firmen beschäftigt sind, die Dienstleistungen (z.B. Instandhaltung) für Regierungsbehörden erbringen.⁷⁸ Es wurden auch andere Initiativen umgesetzt, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen ausländischer Migranten zu kontrollieren. In den Vereinigten Arabischen Emiraten hat das Arbeitsministerium eine Hotline eingerichtet, um Beschwerden aus der breiten Öffentlichkeit entgegenzunehmen. 2007 inspizierten die Behörden 122.000 Einrichtungen, was zu Strafmaßnahmen in fast 9.000 Fällen führte, in denen Arbeitnehmerrechte und Gesetzgebungen bezüglich der Arbeitsbedingungen verletzt wurden. Die ehrgeizigsten Reformvorschläge, wie zum Beispiel der Vorschlag von Bahrain Anfang 2009, das *kafala*-System abzuschaffen, sind ins Schwimmen geraten, angeblich angesichts des starken politischen Widerstands aus Kreisen der Wirtschaft.⁷⁹

In einigen entwickelten Ländern – darunter Australien, Kanada und Neuseeland – drückt sich die Präferenz für hoch qualifizierte Arbeitskräfte durch ein Punktesystem aus. Die Formel berücksichtigt Merkmale wie Bildung, Beruf, Sprachkenntnisse und Alter. Das verleiht einem

Regelwerke für die temporäre Migration werden schon lange eingesetzt und die meisten Länder erteilen entsprechende Genehmigungen

sonst scheinbar willkürlichen Aufnahmeprozess eine gewisse Objektivität, wenngleich andere Länder auch ohne Punktesystem hohe Zahlen an Hochschulabsolventen anziehen.⁸⁰

In Entwicklungsländern sind Punktesysteme nicht üblich. Zu den formalen Einreisebeschränkungen gehören Anforderungen wie ein vorliegendes Beschäftigungsangebot und in einigen Fällen gibt es Quoten. Bezüglich eines Aspekts scheinen die Entwicklungsländer relativ restriktiv zu sein, und zwar bei der Familienzusammenführung. Etwa die Hälfte der Entwicklungsländer in unserer Stichprobe erlaubten den Familienangehörigen von Einwanderern mit befristeter Aufenthaltserlaubnis nicht, zu kommen und im Land zu arbeiten – im Gegensatz zu einem Drittel der entwickelten Länder.

Die Familienzusammenführung und die Migration zum Zweck der Eheschließung machen in praktisch allen OECD-Ländern einen bedeutenden Anteil der Zuwanderung aus. In der Tat dominiert in einigen Ländern die mit familiären Bindungen zusammenhängende Zuwanderung, wie zum Beispiel in Frankreich und in den Vereinigten Staaten, wo sie 60 bzw. 70 Prozent der jährlichen Zuwanderung ausmacht. Es ist üblich, zwischen Familienzusammenführung und Arbeitsmigration zu unterscheiden, doch es ist auch wichtig festzustellen, dass die Familienmigranten oft entweder eine Arbeitsberechtigung haben oder eine bekommen können.

Natürlich kann die erklärte Politik sich von der Praxis unterscheiden. Es gibt zwischen den einzelnen Ländern deutliche Abweichungen bei der Durchsetzung des Migrationsrechts (Grafik 2.9). In den Vereinigten Staaten wurde in Untersuchungen festgestellt, dass die Sicherung der Grenzen mit dem Verlauf der Konjunktur variiert. Während einer Rezession werden die Grenzen stärker gesichert, während einer Expansion weniger stark.⁸¹ Ohne dass es Änderungen in der Gesetzgebung gegeben hätte, haben sich in Südafrika zwischen 2002 und 2006 die Abschiebungen mehr als verdoppelt, da die Polizei aktiver in die Grenzsicherung involviert wurde.⁸² Unsere Politik-Bewertung ließ darauf schließen, dass es zwar weniger wahrscheinlich ist, dass Entwicklungsländer die Kontrollen an den Grenzen durchsetzen oder Menschen festnehmen, die die Zuwanderungsgesetze verletzen, doch andere Aspekte der Rechtsdurchsetzung, darunter Razzien der Strafverfolgungsbehörden und zufällige Kontrollen sowie Geldbußen, gibt es mindestens so häufig wie in entwickelten Ländern. Die geringeren institutionellen Kapazitäten könnten die Erklärung für einen Teil dieser Unterschiede sein. Selbst nachdem Entwicklungsländer irreguläre Migranten entdeckt haben, ist es Berichten zufolge wahrscheinlicher, dass sie nichts tun oder irreguläre Migranten lediglich mit Bußgeldern belegen. In einigen Ländern wägen die Gerichte im Abschiebungsverfahren Anliegen wie die Einheit der Familie und die Stärke der Bindungen eines Immigranten an ein Land ab.⁸³ In Kapitel 5 wird die Rolle der Rechtsdurchsetzung in der Zuwanderungspolitik weiter erörtert.

Grafik 2.8 Hochqualifizierte willkommen heißen, Geringqualifizierte rotieren lassen
Offenheit für legale Zuwanderung in entwickelten gegenüber Entwicklungsländern, 2009

Abbildung A: Auf Dauer angelegte Zuwanderung

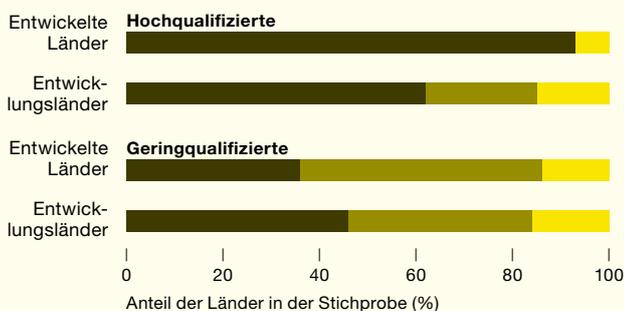
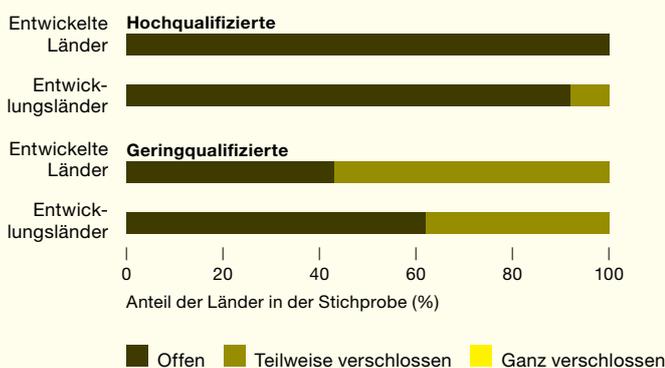


Abbildung B: Temporäre Zuwanderung



Quelle: Klugman und Pereira (2009).

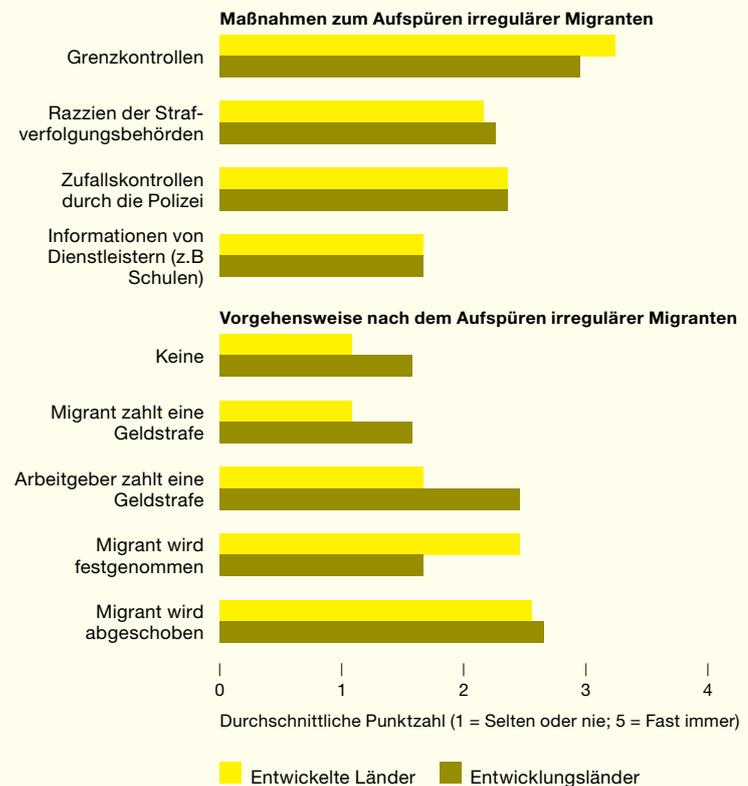
Eine Frage, die sich aus diesen Einreisebestimmungen und den Richtlinien zur Behandlung von Migranten ergibt, und die sich unter Verwendung länderübergreifender Daten untersuchen lässt, ist, ob eine Abwägung „Anzahl versus Rechte“ stattfindet. Es kann sein, dass Länder ihre Grenzen für eine größere Anzahl von Zuwanderern nur dann öffnen, wenn deren Zugang zu einigen Grundrechten eingeschränkt wird. Dies könnte passieren, wenn man beispielsweise meint, dass die Zuwanderung zu teuer würde, so dass sie weder bei den Wählern noch bei politischen Entscheidungsträgern Unterstützung findet.⁸⁴ Die Daten zur Behandlung von Zuwanderern erlauben uns, diese Frage empirisch zu untersuchen. Die Economist Intelligence Unit (EIU) hat für 61 Länder (34 entwickelte Länder, 27 Entwicklungsländer) einen Erreichbarkeitsindex („accessibility index“) erstellt, der die offizielle Politik bezüglich der Beschäftigung von Migranten, der behördlichen Auflagen, der Erleichterung der Familienzusammenführung und der offiziellen Integrationsprogramme zusammenfasst. Der Index Integration und Migration (Migrant Integration Policy Index – MIPEX) misst politische Handlungskonzepte zur Integration von Migranten in sechs Politik-Feldern (langfristiger Aufenthalt, Familienzusammenführung, Staatsbürgerschaft, politische Beteiligung, Maßnahmen gegen Diskriminierung und Zugang zum Arbeitsmarkt).

Unsere Analyse deutet darauf hin, dass es keinen systematischen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Messgrößen für Rechte und der Anzahl der Migranten gibt (Grafik 2.10). Der Vergleich mit dem EIU-Index (Abbildung A), dessen Stichprobe an entwickelten Ländern und Entwicklungsländern breiter angelegt ist, zeigt im Wesentlichen keine Korrelation zwischen der Anzahl der Migranten und ihrem Zugang zu grundlegenden Rechten. Dies deutet darauf hin, dass die verschiedenen Regelwerke, die den Zugang zu solchen Rechten regeln, sowohl mit einer hohen als auch mit einer niedrigen Anzahl an Migranten vereinbar sind. Beschränken wir die Analyse auf die kleinere Länderstichprobe, die der MIPEX abdeckt, so können wir OECD-Daten nutzen, die den Anteil der Zuwanderer aus Entwicklungsländern ausweisen, die eine geringe formelle Bildung haben. Wieder finden wir im Wesentlichen keine

Korrelation (Abbildung B). In Ländern wie Polen und Irland ist der Anteil der gering qualifizierten Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern zum Beispiel sehr niedrig. Dennoch erreichen sie nur einen sehr geringen MIPEX-Wert. Wir haben auch festgestellt, dass Länder, in denen der Anteil der Migranten im Laufe der Zeit gestiegen ist, die den Zuwanderern gewährten Rechte und die Ansprüche nicht beschnitten haben.⁸⁵ Zwischen 1980 und 2005 erhöhte sich zum Beispiel der Anteil der Zuwanderer in Spanien von zwei auf elf Prozent. Im selben Zeitraum weitete die spanische Regierung das Angebot an Notfall- und anderer medizinischer Versorgung für irreguläre Migranten aus.⁸⁶

Ähnliche Ergebnisse fanden sich in unserer Politik-Bewertung, die es uns ermöglichte, zwischen verschiedenen Elementen der Migrationspolitik zu unterscheiden. Wenn es irgendeinen Hinweis auf eine Korrelation gab, so war dies in

Grafik 2.9 Die Durchsetzungspraxis ist unterschiedlich
 Maßnahmen und Vorgehensweisen bezüglich irregulärer Migranten, 2009



Quelle: Klugman und Pereira (2009).

Grafik 2.10 Länderübergreifende Ergebnisse stützen kaum die „Anzahl versus Rechte“-Hypothese
Korrelationen zwischen Zugang und Behandlung

Abbildung A: Migranten ausländischer Herkunft und EIU Erreichbarkeitsindex, 2008

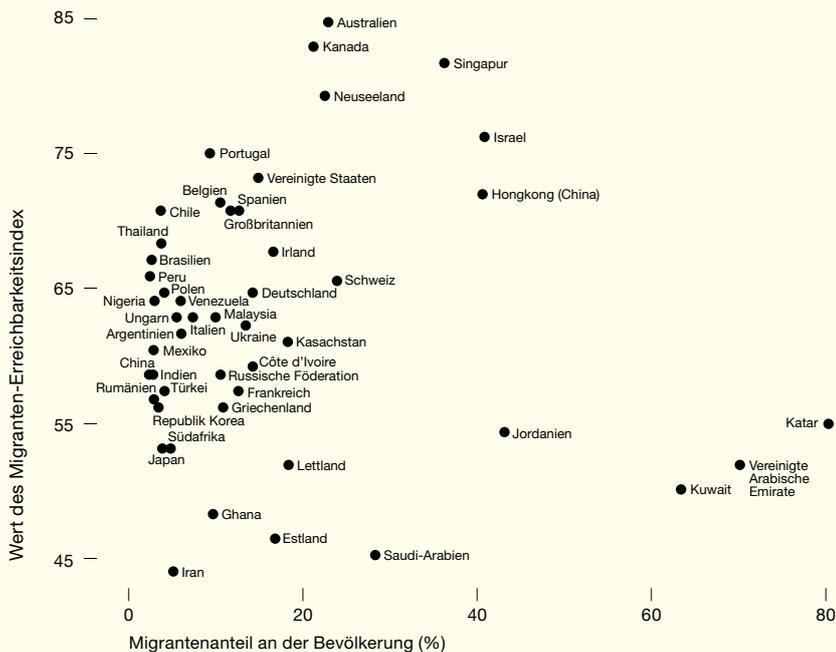
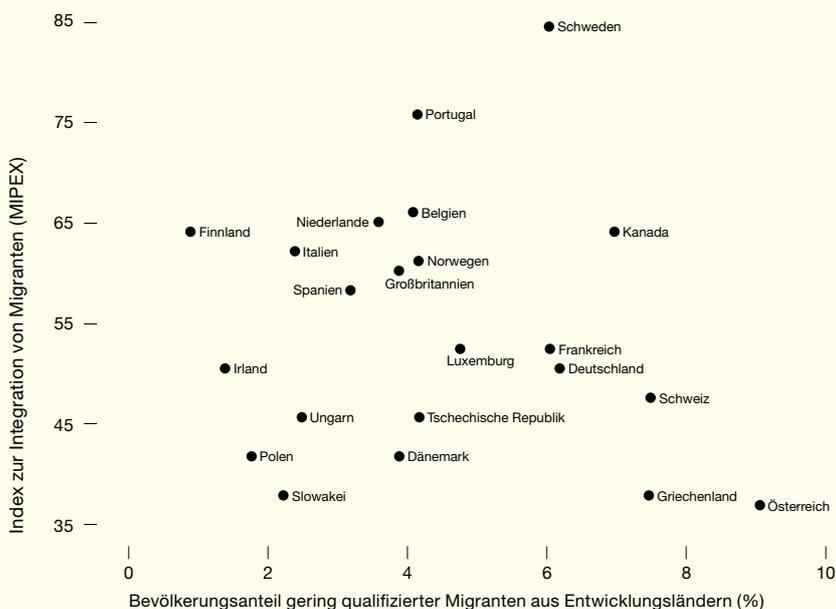


Abbildung B: Gering qualifizierte Migranten ausländischer Herkunft in OECD-Ländern und der aggregierte MIPEX-Wert



Quelle: UN (2009d), The Economist Intelligence Unit (2008), OECD (2009a) und Migration Policy Group und British Council (2007).

der Tat oft das Gegenteil dessen, was die „Anzahl versus Rechte“-Hypothese aussagt. Was die Daten erkennen lassen, ist, dass der Anteil der Arbeitskräfte ausländischer Herkunft in Entwicklungsländern im Allgemeinen niedriger ist, und auch der Schutz der Rechte der Migranten. Die entwickelten Länder, in denen mehr Migranten leben, haben tendenziell auch Regeln, die für eine bessere Behandlung der Migranten sorgen. Indien hat zum Beispiel in unserer Bewertung die schlechteste Note bei den Ansprüchen und den Dienstleistungen, die internationalen Migranten gewährt werden, aber es hat auch einen Zuwandereranteil von weniger als einem Prozent der Bevölkerung. Portugal schneidet am besten ab und hat einen Zuwandereranteil von sieben Prozent.

Migrationspolitische Handlungskonzepte werden nicht allein auf nationaler Ebene festgelegt. Supranationale Übereinkommen, die bilateraler oder regionaler Art sein können, können bedeutende Auswirkungen auf die Migrationsströme haben. Im Rahmen verschiedener politischer Zusammenschlüsse wurden regionale Übereinkommen geschlossen, zum Beispiel in der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS), in der Europäischen Union und im Gemeinsamen Markt des Südens (MERCOSUR). Das „Trans-Tasman Travel Arrangement“, d.h. Regelungen für einen freien Arbeitsmarkt zwischen Australien und Neuseeland, ist ein gutes Beispiel für ein bilaterales Abkommen. Diese Übereinkommen hatten und haben maßgebliche Auswirkungen auf die Migrationströme zwischen den Unterzeichnerstaaten. Es ist am wahrscheinlichsten, dass sie Freizügigkeit erlauben, wenn die wirtschaftlichen Bedingungen in den beteiligten Mitgliedstaaten ähnlich sind und wenn es starke politische oder andere Motivationen für eine sozioökonomische Integration gibt. In den Ländern unserer Politik-Bewertung bestanden etwa die Hälfte der besonderen Abkommen zur Mobilität in entwickelten Ländern mit anderen entwickelten Ländern, während mehr als zwei Drittel solcher Abkommen in Entwicklungsländern mit anderen Entwicklungsländern abgeschlossen worden waren. Es gibt Beispiele, in denen nur einigen Arbeitskräften, z.B. den besser qualifizierten, Freizügigkeit gewährt wird. Zum Beispiel bezieht sich das Migrationssystem

Kasten 2.4 Globale Steuerung der Mobilität

Abgesehen von einer bewährten Flüchtlingskonvention gibt es für die internationale Mobilität kein verbindliches multilaterales Regelwerk. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) verfügt seit langem über Konventionen über die Rechte von Arbeitsmigranten, doch die sind bei weitem nicht von vielen Ländern unterzeichnet worden (Kapitel 5). Die Internationale Arbeitsorganisation (IOM) hat sich über ihre historische Rolle bei der Nachkriegsrückführung von Flüchtlingen hinaus hin zu allgemeineren Aufgaben zur Verbesserung des Migrationsmanagements entwickelt und sie hat ihre Mitgliedschaft erweitert. Doch sie existiert außerhalb des UN-Systems und zielt nach wie vor weitgehend darauf ab, Dienstleistungen auf Projektbasis für die Mitgliedstaaten anzubieten. Im Rahmen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) der Welthandelsorganisation (WTO) haben sich etwa 100 Mitgliedstaaten auf die befristete Aufnahme ausländischer Staatsbürger verpflichtet, die Dienstleistungen anbieten. Doch dabei geht es meistens um Visa für Geschäftsreisende mit bis zu 90 Tagen Gültigkeit und um auf bestimmte Zeiträume festgelegte Transfers hochqualifizierter Fachleute zwischen Unternehmen.

Die fehlende multilaterale Kooperation zum Thema Migration wird auf mehrere miteinander in Zusammenhang stehende Faktoren zurückgeführt. Im Gegensatz zu den Verhandlungen zum Thema Handel, in denen die Länder um die gegenseitige Verringerung der Barrieren für ihre Exporte verhandeln, sind die Entwicklungsländer bei der Migration in der schwächeren Verhandlungsposition. Die meisten Migranten aus den entwickelten Ländern gehen in andere entwickelte Länder, so dass es wenig Druck von Seiten der Regierungen der entwickelten Länder gibt, Wege für hinzukommende Entwicklungsländer zu eröffnen. Dieses Ungleichgewicht sowie die politischen Empfindlichkeiten in den meisten entwickelten Zielländern gegenüber dem Migrationsthema haben dazu geführt, dass diese

Länder in den internationalen Verhandlungen keine Führungsrolle einnehmen. Die internationalen Diskussionen sind auch durch eine mangelnde Kooperation unter den Entsendeländern geprägt. Diese Hindernisse waren bislang auch durch die besten von internationalen Organisationen und einigen wenigen Regierungen unternommenen Bemühungen, Kooperation und bindende internationale Verpflichtungen zu fördern, nicht zu überwinden.

Um eine weitere Liberalisierung wird derzeit in der Doha-Verhandlungsrunde zum Welthandel geworben, die im Jahr 2000 begonnen hat, aber seit langem festgefahren ist. Es gibt nur wenige bestehende Verpflichtungen im Rahmen des GATS. Sie beziehen sich hauptsächlich auf hochqualifizierte Arbeitskräfte. Das GATS schließt auch Maßnahmen aus, welche „natürliche Personen betreffen, die Zugang zum Arbeitsmarkt eines anderen Landes suchen“ oder Maßnahmen bezüglich „Staatsbürgerschaft, Aufenthalt oder dauerhafter Beschäftigung“. Das GATS gilt auch nicht für die auf Dauer angelegte Migration: Die meisten WTO-Mitglieder befristen den Aufenthalt von Dienstleistern in ihrem Land auf weniger als fünf Jahre.

Während der Doha-Runde wurde klar, dass die Entwicklungsländer die Migration natürlicher Personen liberalisieren wollen, während die entwickelten Länder den Handel mit Dienstleistungen bevorzugen. Man könnte argumentieren, dass die Bedeutung des GATS für die Arbeitsmigration nicht in dem relativ kleinen Umfang zusätzlicher Mobilität liegt, der bislang befördert wurde, sondern vielmehr in der Schaffung eines institutionellen Rahmens für zukünftige Verhandlungen. Bessere Fortschritte ließen sich jedoch erzielen, wenn die WTO einen breiteren Ansatz wählen würde, der sich stärker auf die Menschen konzentriert, eine größere Beteiligung anderer Interessengruppen erlaubt und stärker mit bestehenden rechtlichen Regelwerken zum Schutz der Menschenrechte verknüpft ist.

Quelle: Castles und Miller (1993), Neumayer (2006), Leal-Arcas (2007), Charnovitz (2003), S. 243, Mattoo und Orlareaga (2004), Matsushita, Schoenbaum, und Mavroidis (2006), Solomon (2009), und Opekina (2009).

des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) nur auf kanadische, mexikanische und US-amerikanische Staatsbürger, die über einen Bachelor-Abschluss und ein Beschäftigungsangebot in einem anderen Mitgliedsland verfügen. Kasten 2.4 gibt einen kurzen Überblick über multilaterale Übereinkommen im Bereich Migration.

Es kann jedoch große Unterschiede zwischen dem Wortlaut dieser Übereinkommen und der tatsächlichen Praxis geben, insbesondere in Ländern, in denen die Rechtsstaatlichkeit wenig ausgeprägt ist. Obwohl zum Beispiel im 1975 unterzeichneten ECOWAS-Übereinkommen Bestimmungen über ein umfassendes Einreise-,

Aufenthalts- und Niederlassungsrecht vorgesehen waren (die in drei Phasen über einen Zeitraum von 15 Jahren umgesetzt werden sollten), wurde nur die erste Phase des Protokolls – die Abschaffung der Visumpflicht für Aufenthalte von bis zu 90 Tagen – umgesetzt. Die Gründe für die langsame Umsetzung reichen von Unvereinbarkeiten zwischen dem Protokoll und nationalen Gesetzen, Richtlinien und Praktiken bis hin zu Grenzstreitigkeiten und richtigen Kriegen, die oft zur Ausweisung ausländischer Staatsbürger führten.⁸⁷

Wir finden auch Einschränkungen der Freizügigkeit innerhalb einzelner Staaten sowie bei der Ausreise. Eine Datenquelle zu diesen

Einschränkungen ist die Nichtregierungsorganisation Freedom House, die im Rahmen ihrer Bewertung der Lage der Freiheit in der Welt Informationen zu den formalen und nicht formalen Beschränkungen von Reisen ins In- und Ausland sammelt.⁸⁸ Die Ergebnisse sind überraschend, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte die Freizügigkeit im eigenen Land und das Recht sein Land zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren garantiert: Mehr als ein Drittel aller Länder schränken diese Freiheiten erheblich ein (Tabelle 2.3).

In vielen Ländern mit einer Geschichte zentraler Planwirtschaft gibt es formale Beschränkungen der Binnenmigration, darunter in Weißrussland, China, der Mongolei, der Russischen Föderation und Vietnam.⁸⁹ Diese Beschränkungen sind teuer, zeitaufwändig und mühsam aufrecht zu erhalten; ebenso wie die informellen Barrieren, wenngleich in geringerem Maße. Zwar können viele Leute in diesen Ländern ohne ordnungsgemäße Papiere reisen, doch stellen sie später fest, dass sie ohne diese

Papiere keinen Zugang zu Dienstleistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten haben. In mehreren Ländern ist die Korruption ein wesentliches Hindernis für die Binnenmigration. In Teilen Afrikas südlich der Sahara sind entlang der Landstraßen Kontrollposten, an denen Bestechungsgelder kassiert werden, gang und gäbe. In der Côte d'Ivoire wurden zum Beispiel Menschen aus den von Rebellenruppen kontrollierten nördlichen Landesteilen routinemäßig belästigt und gezwungen, 40 bis 60 US-Dollar zu zahlen, wenn sie nach Süden in die von der Regierung kontrollierten Gebiete reisen wollten.⁹⁰ Beispiele für Korruption wurden auch aus Myanmar, der Russischen Föderation und Vietnam gemeldet, wo man Bestechungsgelder zahlen musste, um Anträge auf einen Wohnortwechsel bearbeiten zu lassen. In mehreren südasiatischen Ländern sind Migranten, die in städtischen Elendsvierteln leben, ständig Drohungen von Regierungsbeamten ausgesetzt, dass die Elendsviertel geräumt werden könnten, sie vertrieben werden könnten und sie an diese Beamten Miete zu zahlen hätten.⁹¹ Die Binnenmigration wird auch durch Richtlinien und Verwaltungsprozeduren behindert, die Migranten vom Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und gesetzlichen Rechten ausschließen, die den Einheimischen gewährt werden (Kapitel 3).

Länder können die Ausreise ihrer Bürger aus ihrem Land durch eine Reihe von Mitteln beschränken, angefangen bei formalen Verboten bis hin zu den praktischen Barrieren, die sich aus Gebühren und administrativen Anforderungen ergeben. Exorbitante Passgebühren können es für einen Armen praktisch unmöglich machen, sein Land auf regulärem Weg zu verlassen. In einer aktuellen Studie wurde festgestellt, dass 14 Länder Passgebühren erhoben, die mehr als zehn Prozent des jährlichen Pro-Kopf-Einkommens betragen.⁹² In vielen Ländern wird das Labyrinth an Verfahren und Richtlinien durch die Korruption noch verschärft, was zu übermäßigen Verzögerungen führt und die Kosten der Ausreise in die Höhe treibt. Indonesische Auswanderer müssen zum Beispiel auf zahlreiche Ämter, um die zur Ausreise erforderlichen Papiere zu bekommen. Es überrascht nicht, dass diese Ausreisebeschränkungen eine negative Korrelation mit der Emigrationsquote aufweisen.⁹³

Tabelle 2.3 Mehr als ein Drittel aller Länder beschränken das Recht auf Freizügigkeit in erheblichem Maße
Einschränkungen der Binnenmigration und der Auswanderung nach HDI-Kategorie

HDI-Kategorien	Beschränkungen der Mobilität, 2008					Insgesamt
	Am restriktivsten	1	2	3	Am wenigsten restriktiv	
SEHR HOHER HDI						
Anzahl der Länder	0	3	1	3	31	38
Prozent (%)	0	8	3	8	81	100
HOHER HDI						
Anzahl der Länder	2	4	4	10	27	47
Prozent (%)	4	9	9	21	57	100
MITTLERER HDI						
Anzahl der Länder	2	13	24	27	16	82
Prozent (%)	2	16	29	33	20	100
NIEDRIGER HDI						
Anzahl der Länder	2	5	13	5	0	25
Prozent (%)	8	20	52	20	0	100
INSGESAMT						
Anzahl der Länder	6	25	42	45	74	192
Prozent (%)	3	13	22	23	39	100

Quelle: Freedom House (2009).

Einige wenige Länder haben formale Ausreisebeschränkungen. In Kuba und der Demokratischen Volksrepublik Korea werden sie streng durchgesetzt; in China, Eritrea, Iran, Myanmar und Usbekistan existieren solche Beschränkungen.⁹⁴ Eritrea fordert zum Beispiel Ausreisevisa von einheimischen und ausländischen Staatsbürgern und hat Berichten zufolge Kindern diese Ausreisevisa verweigert, wenn deren (im Ausland lebende) Eltern nicht die zwei Prozent Steuern auf ausländisches Einkommen gezahlt hatten.⁹⁵ Zwanzig Länder beschränken die Ausreise von Frauen – darunter Myanmar, Saudi-Arabien und Swasiland – während acht Länder altersspezifische Beschränkungen verhängen, die mit der Ausreise von Bürgern im für den Militärdienst relevanten Alter zusammenhängen.⁹⁶

2.4 Ein Blick in die Zukunft: Während und nach der Krise

Die Zukunft der Weltwirtschaft ist für politische Entscheidungsträger ein zentrales Anliegen. Wie alle anderen haben auch wir keine Kristallkugel, doch wir können die Auswirkungen und Folgen der aktuellen Krise untersuchen, um auf dieser Grundlage wahrscheinliche Trends für die kommenden Jahrzehnte zu identifizieren. Insbesondere ist zu erwarten, dass demografische Trends den Migrationsdruck zwischen einzelnen Regionen weiterhin wesentlich mit beeinflussen werden, wie wir es im Laufe der vergangenen 50 Jahre gesehen haben. Doch es ist auch wahrscheinlich, dass neue Phänomene wie der Klimawandel mit ins Spiel kommen und Auswirkungen haben werden, die sich sehr viel schwieriger voraussagen lassen.

2.4.1 Die Wirtschaftskrise und die Aussichten auf Erholung

Viele Menschen leiden derzeit unter den Folgen der schlimmsten Wirtschaftsrezession der Nachkriegsgeschichte. Zum Zeitpunkt, als dieser Bericht geschrieben wurde, wurde erwartet, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 um ungefähr ein Prozent fallen würde. Es wäre damit das erste Mal seit 60 Jahren, dass die weltweite Produktionsmenge schrumpft.⁹⁷ In den entwickelten Ländern ist der Rückgang in diesem Jahr sehr viel größer und nähert sich vier Prozent. Der anfängliche Optimismus, dass die Schwellenländer in der Lage sein könnten, sich

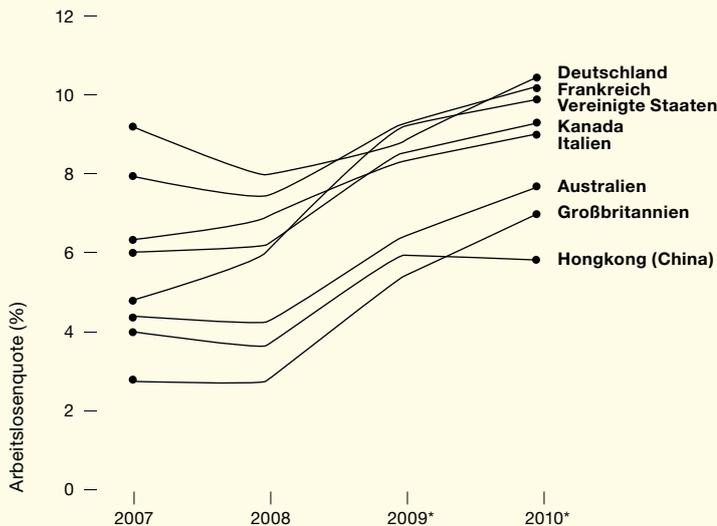
von der Finanzkrise abzukoppeln, wurde jedoch durch zunehmende Hinweise darauf gedämpft, dass auch sie schon jetzt oder in Zukunft schwer getroffen werden. Die asiatischen Länder leiden darunter, dass die Exportnachfrage zusammenbricht, während Zentral- und Osteuropa von den steigenden Kosten für externe Kredite negativ betroffen ist. Die afrikanischen Länder haben mit den einbrechenden Rohstoffpreisen, dem Austrocknen der Kapitalliquidität, einem starken Rückgang der Geldtransfers von Migranten und der Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Geldströme aus der Entwicklungshilfe zu kämpfen. Einige der größten Schwellenländer, wie Brasilien und die Russische Föderation, werden kurzfristig negatives Wachstum verzeichnen, während andere – besonders China und Indien – schwere wirtschaftliche Rückgänge erleben werden.⁹⁸

Typische Rezessionen haben keine großen Auswirkungen auf langfristige wirtschaftliche Trends.⁹⁹ Doch es ist nun klar, dass dies alles andere als eine typische Rezession ist. Somit wird sie wahrscheinlich lange anhaltende und vielleicht sogar dauerhafte Auswirkungen auf Einkommen und Beschäftigungschancen haben, die von Entwicklungsländern und entwickelten Ländern wahrscheinlich unterschiedlich erlebt werden.¹⁰⁰ Zum Beispiel dauerte die Rezession, die 1980 durch die Zinsanhebung der US-amerikanischen Zentralbank ausgelöst wurde, in den Vereinigten Staaten nur drei Jahre, doch die Schuldenkrise, die daraus entstand, führte zu einer Stagnationsphase, die in Afrika und Lateinamerika als „verlorenes Jahrzehnt“ bekannt wurde, da die Terms of Trade von Ländern in diesen Regionen sich um 25 bzw. 37 Prozent verschlechterten. Da die Rohstoffpreise von ihrem Höchststand im Jahr 2008 deutlich gefallen sind, ist dieses Mal ein ähnliches Szenario wahrscheinlich.

Die Finanzkrise ist schnell zu einer Beschäftigungskrise geworden (Grafik 2.11). Es wird erwartet, dass die Arbeitslosenquote in den OECD-Ländern im Jahr 2009 8,4 Prozent erreicht.¹⁰¹ In den Vereinigten Staaten ist dieser Wert bereits überschritten worden. Dort waren zwischen Dezember 2007 und Mai 2009 fast sechs Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Anzahl der Arbeitslosen stieg auf insgesamt 14,5 Millionen.¹⁰² In Spanien war

Als Folge der aktuellen Krise ist zu erwarten, dass demografische Trends den Migrationsdruck zwischen einzelnen Regionen wesentlich beeinflussen

Grafik 2.11 In wichtigen Zielländern von Migranten nimmt die Arbeitslosigkeit zu
Arbeitslosenquoten in ausgewählten Zielländern, 2007-2010



* Prognosen
Quelle: Consensus Economics (2009a,b).

die Arbeitslosenquote bis April 2009 auf ganze 15 Prozent gestiegen, und unter Migranten sogar auf einen Höchststand von 28 Prozent.¹⁰³ Die Orte, die bislang durch die Krise am härtesten getroffen wurden, sind die, wo die meisten Migranten leben – die entwickelteren Volkswirtschaften. Die negative Korrelation zwischen der Anzahl der Zuwanderer und dem wirtschaftlichen Wachstum deutet an, dass Migranten wahrscheinlich stark betroffen sein werden, nicht nur in OECD-Ländern, sondern auch in den Golfstaaten, Ostasien und Südafrika (Grafik 2.12).¹⁰⁴

Eine Beschäftigungskrise ist für Migranten im Allgemeinen eine schlechte Nachricht. So wie Volkswirtschaften bei einem Arbeitskräftemangel tendenziell auf Ausländer zurückgreifen, sind Migranten tendenziell auch die ersten, die in Zeiten einer Rezession entlassen werden. Dies liegt zum Teil daran, dass das Profil von Migranten im Durchschnitt typisch für Arbeitskräfte ist, die bei Rezessionen am anfälligsten sind – d.h. sie sind jünger, verfügen über weniger formale Bildung und weniger Berufserfahrung, arbeiten tendenziell eher auf befristeter Basis und besonders in Sektoren, die konjunkturellen Schwankungen unterliegen.¹⁰⁵ In einer Analyse der Erwerbsbevölkerung in Deutschland und

Großbritannien wurde herausgefunden, dass für Migranten die Wahrscheinlichkeit, während eines Abschwungs ihren Arbeitsplatz zu verlieren, unabhängig von Geschlecht und Bildung sehr viel größer ist als bei Nicht-Migranten.¹⁰⁶ Unter Verwendung von Daten zum Bruttoinlandsprodukt pro Quartal und zur Arbeitslosigkeit in 14 europäischen Ländern zwischen 1998 und 2008 haben wir auch festgestellt, dass in Ländern, die eine Rezession erlebten, die Arbeitslosenquote unter Migranten tendenziell schneller stieg als die anderer Gruppen. Innerhalb der OECD konzentrierten die Migranten sich in Sektoren, die starken konjunkturellen Schwankungen unterliegen und die die größten Arbeitsplatzverluste erlitten – darunter die Fertigungswirtschaft, die Bauwirtschaft, der Finanzsektor, die Immobilienbranche und die Hotellerie und Gastronomie – Sektoren, die in fast jedem OECD-Land mit hohem Einkommen mehr als 40 Prozent der Zuwanderer beschäftigen.¹⁰⁷ Der Rückgang der Geldtransfers der Migranten wird ihre Familienmitglieder in den Herkunftsländern wahrscheinlich negativ treffen. Darum geht es dann ausführlicher in Kapitel 4.

Wenn es darum geht zu bestimmen, wie die Krise die Migration beeinflusst und beeinflussen wird, spielen mehrere Faktoren eine Rolle. Dazu gehören die unmittelbaren Aussichten in der Heimat und im Ausland, die wahrgenommenen Risiken, die es mit sich bringen, zu migrieren, zu bleiben oder zurückzukehren, und die zunehmenden Barrieren, die wahrscheinlich entstehen werden. Mehrere wichtige Zielländer haben Rückkehranreize eingeführt (Bonifits, Tickets, pauschale Sozialversicherungsleistungen) und die Einreise- und Aufenthaltsbeschränkungen verschärft. Einige Regierungen bremsen die Beschäftigung von Ausländern und verringern die Anzahl der erteilten Visa, insbesondere für gering qualifizierte, aber auch für qualifizierte Arbeitskräfte. In einigen Fällen werden diese Maßnahmen als kurzfristige Reaktion auf die Umstände angesehen und es geht dabei eher um geringfügige Anpassungen als um komplette Anwerbestopps (Australien plant zum Beispiel, die Aufnahme qualifizierter Migranten pro Jahr um 14 Prozent zu reduzieren).¹⁰⁸ Doch viele der Ankündigungen und Bestimmungen haben auch einen populistischen Einschlag. Zum

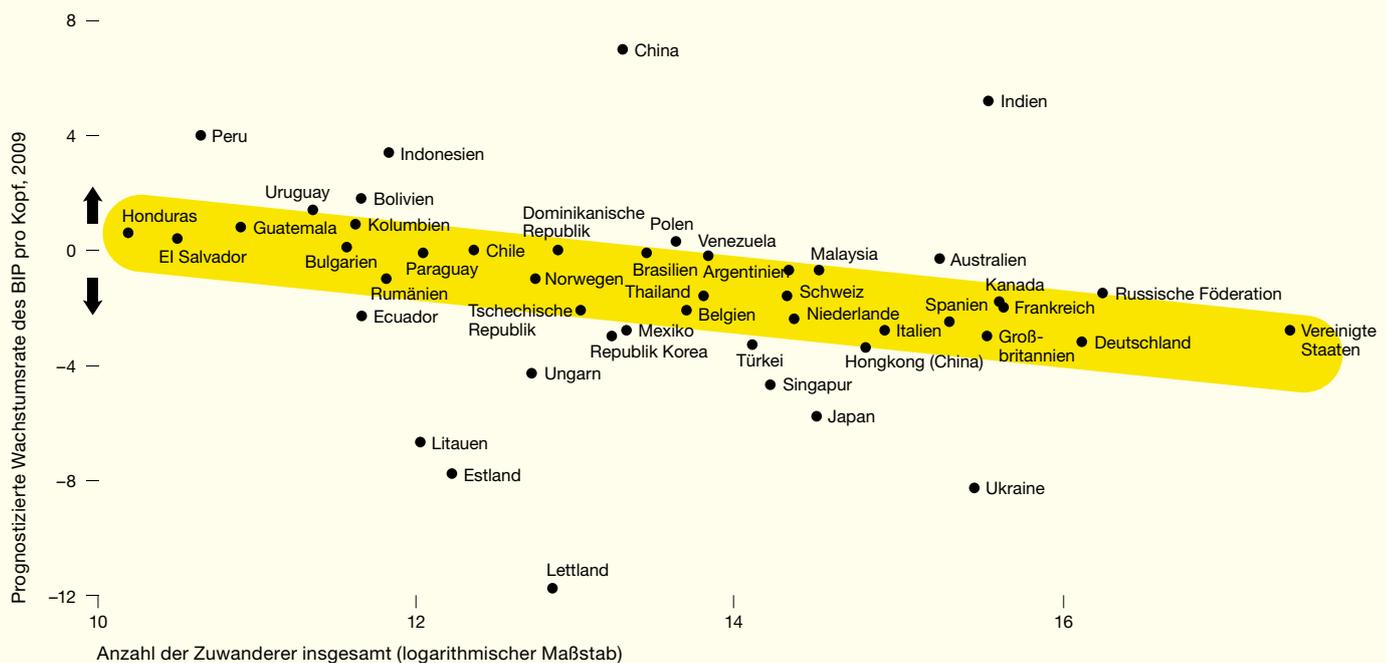
Beispiel schränkt das Konjunkturpaket der Vereinigten Staaten die Beschäftigung von H1B-Arbeitskräften bei Firmen ein, die Gelder aus dem „Troubled Asset Relief Program“ bekommen, einem Programm der US-Regierung zur Rettung aus der Finanzkrise.¹⁰⁹ Die Republik Korea stellt über ihr System zur Vergabe von Arbeitsgenehmigungen („Employment Permit System“) keine neuen Visa mehr aus und Malaysia hat mehr als 55.000 Visa für Bangladescher zurückgezogen, um die Beschäftigungsaussichten für Einheimische zu verbessern.¹¹⁰

Es gibt einige Hinweise darauf, dass die Migrantenströme in die entwickelten Länder 2008 zurückgingen, als die Krise sich ausweitete. In Großbritannien nahm die Zahl der Menschen ausländischer Herkunft, die eine Sozialversicherungskarte beantragten, um 25 Prozent ab.¹¹¹ Daten aus Umfragen, die von der US-amerikanischen Bundesbehörde zur Durchführung von Volkszählungen erstellt wurden, zeigen innerhalb eines Jahres (bis August 2008) einen 25-prozentigen Rückgang der Zuwandererzahlen aus Mexiko in die Vereinigten Staaten.¹¹²

Es ist damit zu rechnen, dass diese Trends auch 2009 und 2010 anhalten werden, denn die Auswirkungen der Krise schlagen sich in vollem Umfang in der zunehmenden Arbeitslosigkeit im Inland nieder. Es gibt jedoch Gründe skeptisch zu sein, dass sich daraus bedeutende Rückkehrbewegungen ergeben werden. Wie die Erfahrungen mit europäischen Gastarbeiterprogrammen in den 1970er Jahren zeigen, wird die Zahl der Rückkehrer dadurch beeinflusst, welche Aussichten auf eine Wiedereinreise ins Aufnahmeland bestehen, wie großzügig das Wohlfahrtssystem des Aufnahmelandes ist, welche Bedürfnisse die Familienmitglieder in der Heimat haben und wie dort die Bedingungen sind. All dies ermutigt Migranten tendenziell eher dort zu bleiben, wo sie sind, und die Rezession heil zu überstehen.

Es ist noch nicht klar, ob diese Krise wesentliche strukturelle Auswirkungen auf die Migration haben wird. Erfahrungen aus früheren Rezessionen zeigen, dass die Ergebnisse unterschiedlich waren. Ein geschichtlicher Rückblick auf mehrere Länder – Argentinien, Australien,

Grafik 2.12 Migranten befinden sich an Orten, die von der Rezession am stärksten betroffen sind
 Wohnorte der Zuwanderer und prognostizierte Wachstumsraten des BIP, 2009



Quelle: Schätzungen des HDR-Teams, basierend auf Consensus Economics (2009a,b,c,d) und UN (2009d).

Brasilien, Kanada, die Vereinigten Staaten und Großbritannien – hat gezeigt, dass zwischen 1850 und 1920 der Rückgang der Löhne im Inland dazu führte, dass die Zuwanderungsbeschränkungen verschärft wurden.¹¹³ Mehrere Wissenschaftler argumentieren, dass die Ölkrise von 1973, die eine längere Periode wirtschaftlicher Stagnation, struktureller Arbeitslosigkeit und einer geringeren Nachfrage nach ungelernen Arbeitskräften in Europa ankündigte, die Migrationsmuster beeinflusste. Denn ein reicherer Naher Osten entstand als neue zentrale Zielregion.¹¹⁴ Während der 1980er Jahre löste der Zusammenbruch der mexikanischen Imports substitution eine Ära der Massenmigration in die Vereinigten Staaten aus, die durch die Reform des Zuwanderungsrechts der Vereinigten Staaten von 1986 unbeabsichtigt verschärft wurde.¹¹⁵ Im Gegensatz dazu gibt es kaum Hinweise darauf, dass die ostasiatische Finanzkrise Ende der 1990er Jahre sich auf die internationalen Migrationsströme dauerhaft ausgewirkt hat.¹¹⁶

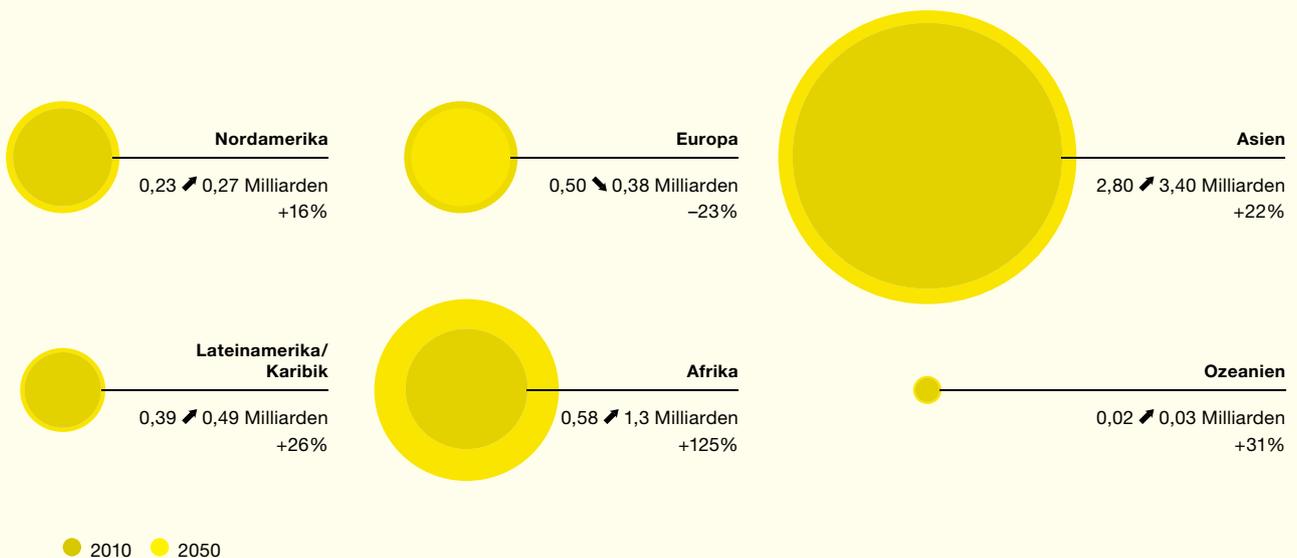
Zu diesem Zeitpunkt ist es nicht möglich, die Art und das Ausmaß der strukturellen Veränderungen, die sich aus der aktuellen Krise ergeben

werden, mit einiger Zuverlässigkeit vorausszusagen. Einige Kommentatoren haben argumentiert, dass durch den Ursprung der Krise und ihre starke Konzentration in bestimmten Sektoren in den entwickelten Ländern die Position der Entwicklungsländer insbesondere in Asien gestärkt werden könnte. Dies könnte sogar zu einer völlig anderen weltwirtschaftlichen Konstellation führen.¹¹⁷ Es gibt jedoch auch Gründe dafür, eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen und strukturellen Trends von vor der Krise zu erwarten, sobald das Wachstum wieder anzieht. Es stimmt sicher, dass tiefgreifende, langfristige Prozesse, wie die demografischen Trends, anhalten werden, unabhängig von der Richtung, die die Rezession einschlägt.

2.4.2 Demografische Trends

Nach den aktuellen Prognosen wird die Weltbevölkerung im Laufe der kommenden vier Jahrzehnte um ein Drittel wachsen. Dieses gesamte Wachstum wird praktisch in Entwicklungsländern stattfinden. In jedem fünften Land – darunter Deutschland, Japan, die Republik Korea und die Russische Föderation – wird mit

Grafik 2.13 In Entwicklungsländer-Regionen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zunehmen
Prognosen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Regionen, 2010-2050



Quelle: Berechnungen des HDR-Teams, basierend auf UN(2009e).

sinkenden Bevölkerungszahlen gerechnet. In jedem sechsten Land – alles Entwicklungsländer und alle davon, mit drei Ausnahmen, in Afrika – wird die Bevölkerung sich dagegen innerhalb der nächsten 40 Jahre mehr als verdoppeln. Wenn es keine Migration gäbe, würde die Bevölkerungszahl der entwickelten Länder im Jahr 2020 ihren Höhepunkt erreichen und dann in den darauf folgenden drei Jahrzehnten um sieben Prozent zurückgehen. Wahrscheinlich wird sich der im Laufe der vergangenen fünfzig Jahre offenkundig gewordene Trend fortsetzen: der Rückgang des Anteils der europäischen Bevölkerung und die Zunahme in Afrika.¹¹⁸

Das Altern der Bevölkerung ist ein verbreitetes Phänomen. Bis 2050, so die Prognose, werden auf der Welt insgesamt sowie in allen Kontinenten mit Ausnahme Afrikas mehr ältere Leute (im Alter von mindestens 60 Jahren) leben als Kinder (unter 15 Jahren). Dies ist eine natürliche Folge des Rückgangs der Sterblichkeit und des etwas langsameren Rückgangs der Geburtenziffern in den meisten Entwicklungsländern – ein bekanntes Phänomen, das als demografischer Übergang bekannt ist. Im Jahr 2050 wird das Durchschnittsalter in Entwicklungsländern bei 38 Jahren liegen, verglichen mit 45 Jahren in entwickelten Ländern. Selbst dieser Unterschied von sieben Jahren wird deutliche Auswirkungen haben. Es wird damit gerechnet, dass die Weltbevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis 2050 um 1,1 Milliarde Menschen anwächst, während in den entwickelten Ländern die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter leicht zurückgehen wird, selbst wenn man weiter von Migrationsströmen auf gegenwärtigem Niveau ausgeht. In den Entwicklungsländern werden im Laufe der kommenden 15 Jahre mehr Menschen neu auf den Arbeitsmarkt drängen als in den entwickelten Ländern insgesamt im erwerbsfähigen Alter sind (Grafik 2.13). Wie schon in der Vergangenheit werden diese Trends Druck auf die Löhne ausüben. Die Migrationsanreize für potenzielle Arbeitnehmer in armen Ländern werden dadurch zunehmen – und die Anreize für Arbeitgeber in den reichen Ländern, sich zunehmend Arbeitskräfte aus dem Ausland zu suchen.

Dieser Prozess beeinflusst den Abhängigkeitsquotienten – d.h. das Verhältnis von Älteren sowie Kindern und Jugendlichen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Tabelle 2.4).

Tabelle 2.4

In den entwickelten Ländern wird der Abhängigkeitsquotient* voraussichtlich zunehmen und in Entwicklungsländern gleich bleiben
 Prognostizierter Abhängigkeitsquotient in entwickelten Ländern gegenüber Entwicklungsländern, 2010-2050

Jahr	Entwickelte Länder		Entwicklungsländer	
	Basisszenario	Szenario ohne Migration	Basisszenario	Szenario ohne Migration
2010	49	50	53	53
2020	55	56	52	52
2030	62	65	52	52
2040	68	74	53	53
2050	71	78	55	54

* Anteil abhängiger Bevölkerungsgruppen wie Ältere und Kinder
 Quelle: UN (2009e).

In entwickelten Ländern kommen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter derzeit 49 Personen, die nicht im erwerbsfähigen Alter sind, und von denen etwa die Hälfte Kinder bzw. Ältere sind. Im Gegensatz dazu sind es in Entwicklungsländern mit 53 mehr abhängige Personen, doch drei Viertel davon sind Kinder. Im Laufe der kommenden 40 Jahre, wenn die Auswirkungen der niedrigeren Geburtenziffern spürbar werden und der Anteil der Kinder sinkt, da diese das erwerbsfähige Alter erreichen, wird der Abhängigkeitsquotient in Entwicklungsländern weitgehend stabil bleiben und bis 2050 nur auf 55 steigen. In den entwickelten Ländern wird jedoch der Anteil der Älteren deutlich steigen, so dass dort dann auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 71 Personen kommen, die noch nicht oder nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind – ein deutlich höherer Anteil als heute. Diese Abhängigkeitsquotienten würden ohne die mäßige Zuwanderung, die in diesen Szenarien enthalten ist, noch schneller steigen: Sollten sich die entwickelten Länder einer weiteren Zuwanderung völlig verschließen, würde das Verhältnis bis 2050 auf 78 pro 100 Personen im erwerbsfähigen Alter steigen.

Wie man weiß, erschwert dieses Szenario es den entwickelten Ländern, die Versorgung ihrer Kinder und Alten zu finanzieren. Staatliche finanzierte Bildungs- und Gesundheitssysteme werden aus Steuermitteln bezahlt, die von der arbeitenden Bevölkerung erhoben werden. Wenn der Anteil der potenziellen Steuerzahler sinkt, wird es deshalb schwieriger, das Ausgabenniveau beizubehalten.

Die Umwelt kann ein wesentlicher Einflussfaktor für Wanderungsbewegungen sein

Diese demografischen Trends sprechen dafür, die Zuwanderungsbarrieren zu lockern. Wir behaupten jedoch nicht, dass Migration die einzige mögliche Lösung für diese Probleme ist. Ein größerer Mangel an Arbeitskräften kann zu einer Verschiebung der Spezialisierung hin zu hightech- und kapitalintensiven Wirtschaftszweigen führen. Bei traditionell arbeitsintensiven Dienstleistungen sind technische Innovationen möglich, so zum Beispiel in der Altenpflege. Zumindest teilweise ließen sich die Renten- und Gesundheitssysteme auch dadurch nachhaltig gestalten, dass man das Rentenalter und die Beiträge zur Sozialversicherung heraufsetzt.¹¹⁹ Früher oder später wird der Abhängigkeitsquotient in allen Ländern steigen, in denen ein demografischer Übergang stattfindet – und die Migranten selbst werden ebenfalls alt. Nichtsdestoweniger deutet der zunehmende Überfluss an Arbeitskräften in den Entwicklungsländern darauf hin, dass eine Zeit beginnt, in der mehr Zuwanderung in die entwickelten Länder nicht nur den Migranten und ihren Familien zugute kommen wird, sondern auch für die Bevölkerung in den Zielländern immer vorteilhafter sein wird.

2.4.3 Umweltfaktoren

Die Umwelt kann ein wesentlicher Einflussfaktor für Wanderungsbewegungen sein. Von Nomaden-Hirten, die nach dem Regen den günstigen Weidebedingungen folgen, bis hin zu den Menschen, die durch Naturkatastrophen wie den Tsunami im Indischen Ozean oder Hurrikan Katrina vertrieben wurden, standen die Umweltbedingungen im Laufe der Geschichte der Menschheit immer in engem Zusammenhang mit den Wanderungsbewegungen von Menschen und Gemeinschaften. Einige erwarten nun, dass die anhaltende Erwärmung der Erde zu massiven Bevölkerungsverschiebungen führen wird.

Es wird prognostiziert, dass der Klimawandel den ökologischen Stress auf ohnehin schon wenig fruchtbaren Böden sowie die Risikohäufigkeit von Naturkatastrophen erhöht. Die anhaltenden Emissionen an Treibhausgasen werden wahrscheinlich mit Veränderungen der Niederschlagsmuster, Desertifizierung, häufigeren Stürmen und einem Anstieg des Meeresspiegels einhergehen, die alle Folgen für die

Migrationsbewegungen haben.¹²⁰ Veränderungen der Niederschlagsmuster werden zum Beispiel die Verfügbarkeit von Wasser und damit die Nahrungsmittelproduktion beeinflussen sowie unter Umständen die Nahrungsmittelpreise und das Risiko von Hungersnöten erhöhen.

Obwohl das Spektrum der Schätzungen noch immer sehr breit ist und Voraussagen erheblichen Unsicherheiten unterliegen, deuten existierende Schätzungen darauf hin, dass mehrere Regionen in Entwicklungsländern vom Klimawandel stark betroffen sein werden. In einem Extremfall wird damit gerechnet, dass bis 2020 die Ernten aus dem Regenfeldbau im südlichen Afrika durch Trockenheiten um die Hälfte zurückgehen könnten.¹²¹ Es wird auch erwartet, dass mit dem mittelfristigen Schrumpfen der Wasserspeicher der Gletscher die Flüsse weniger Wasser führen werden. Das wird die bewässerte Landwirtschaft insbesondere um die Hochgebirgsregionen wie den Himalaya stark beeinträchtigen.

Der Anstieg des Meeresspiegels betrifft am unmittelbarsten die Menschen in den Küstengebieten. Ein Szenario lässt darauf schließen, dass bei einem Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter gegenwärtig 145 Millionen Menschen gefährdet sind. Drei Viertel dieser Menschen leben in Ost- und Südasiens.¹²² In einigen Fällen wird der Anstieg des Meeresspiegels die Umsiedlung ganzer Gemeinschaften bedeuten. Angesichts der Wahrscheinlichkeit, dass ihre Inselgruppe untergehen wird, denkt die Regierung der Malediven zum Beispiel darüber nach, als sichere Zuflucht Land in anderen Ländern zu kaufen.¹²³

Es wurden bereits einige Schätzungen der Anzahl der Menschen vorgestellt, die in Folge des Klimawandels gezwungen sein werden, ihre Heimat zu verlassen. Sie reichen von 200 Millionen bis hin zu einer Milliarde.¹²⁴ Bedauerlicherweise gibt es kaum gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse, die diese Zahlen stützen. Zum größten Teil geben sie die Anzahl der Menschen wieder, die dem Risiko großer Klimaereignisse ausgesetzt sind. Sie berücksichtigen nicht die Anpassungsmaßnahmen, die von Einzelpersonen, Gemeinschaften und Regierungen umgesetzt werden könnten.¹²⁵ Daher ist es schwierig zu wissen, ob solche zwangsläufig groben Schätzungen eine durchdachte öffentliche Debatte eher befördern oder behindern.

Die Auswirkungen des Klimawandels auf menschliche Siedlungen hängen zum Teil davon ab, wie diese Veränderungen auftreten – ob als einzelne Ereignisse oder als andauernder Prozess. Einzelne Ereignisse treten oft plötzlich und auf dramatische Weise ein und zwingen die Menschen, schnell sicherere Orte aufzusuchen. Andauernde Prozesse hängen dagegen mit allmählich stattfindenden Veränderungen wie dem Anstieg des Meeresspiegels, der Versalzung oder Erosion landwirtschaftlicher Flächen und zunehmender Wasserknappheit zusammen. In vielen Fällen führen andauernde Veränderungen dazu, dass Gemeinschaften ihre eigenen Anpassungsstrategien entwickeln, von denen die Migration – ob saisonal oder auf Dauer – unter Umständen nur ein Element darstellt. Unter diesen Bedingungen stellt sich Migration oft als Einkommensdiversifizierung der Haushalte dar, wobei einige Haushaltsangehörige gehen und andere zurückbleiben.¹²⁶ Dieses Muster wurde zum Beispiel in äthiopischen Haushalten beobachtet, die von schweren periodisch auftretenden Dürren getroffen wurden.¹²⁷

Angesichts der Unsicherheit, ob der Klimawandel als andauernder Prozess oder in Form von einzelnen Ereignissen auftreten wird, sind die Art und das Ausmaß der sich daraus ergebenden Anpassung und Wanderungsbewegungen schwierig vorherzusagen. Zudem sind Umweltfaktoren nicht die einzigen Bestimmungsfaktoren für die Migration, sondern sie wirken zusammen mit den Chancen zur Sicherung des Lebensunterhalts und der Migrationspolitik. Oft ist es so, dass Naturkatastrophen nicht dazu führen, dass die anfälligsten Gruppen wegziehen, denn die Ärmsten haben normalerweise nicht die Mittel um wegzuziehen und durch Naturkatastrophen sind sie dazu noch weniger in der Lage. In empirischen Untersuchungen in Mexiko wurde festgestellt, dass die Auswirkungen von Niederschlagsveränderungen auf die Migrationsmuster durch sozioökonomische Bedingungen bestimmt werden sowie dadurch, ob die Menschen in der Lage sind, die Kosten des Wegzugs zu finanzieren.¹²⁸ In für diesen Bericht durchgeführten Hintergrundrecherchen zu den Migrationsmustern während des Hurrikans Mitch in Nicaragua wurde festgestellt, dass es im Vergleich zu anderen Familien weniger wahrscheinlich war, dass nach dem Hurrikan Mitch

auf dem Lande lebende Familien migrierten, die zu den unteren beiden Vermögensquintilen gehörten.¹²⁹

Noch grundlegender wird das, was in Zukunft passiert, dadurch beeinflusst, wie wir heute unsere natürlichen Ressourcen nutzen und verbrauchen. Dies war die zentrale Botschaft des Berichts über die menschliche Entwicklung 2007/2008 (*Den Klimawandel bekämpfen – menschliche Solidarität in einer geteilten Welt*): Katastrophale Risiken für zukünftige Generationen lassen sich nur dann vermeiden, wenn die internationale Gemeinschaft jetzt handelt. In Entwicklungsländern, wo viele Menschen noch immer keinen Zugang zu Elektrizität haben, kann die steigende Nachfrage nach Energie gedeckt werden, während zugleich die Kohlendioxid-Emissionen insgesamt verringert werden. Die Nutzung energieeffizienterer Technologien, die es in den entwickelten Ländern bereits gibt, muss in den Entwicklungsländern ausgeweitet werden, während man dabei ist, die nächste Generation noch effizienterer Technologien zu entwickeln und es den Entwicklungsländern ermöglicht, den Sprung zu diesen besseren Lösungen zu machen. Gleichzeitig muss der Energieverbrauch in den entwickelten Ländern rationalisiert werden. Zu den möglichen politischen Handlungskonzepten, um den Übergang hin zu einem kohlenstoffarmen Energiemix zu fördern, gehören marktwirtschaftliche Anreize, neue Emissionsstandards, die Forschung zur Entwicklung neuer Technologien und eine verbesserte internationale Kooperation.¹³⁰

2.5 Schlussfolgerungen

Drei zentrale Erkenntnisse haben sich aus der in diesem Kapitel vorgestellten Analyse der globalen Migrationstrends ergeben. Erstens: Migration spiegelt im Wesentlichen das Bedürfnis der Menschen wider, ihre Existenzgrundlage zu verbessern. Zweitens: Diese Migration wird durch politische und wirtschaftliche Barrieren eingeschränkt, die für die Armen sehr viel schwieriger zu überwinden sind als für die relativ Wohlhabenden. Drittens: Der Migrationsdruck wird angesichts auseinanderdriftender wirtschaftlicher und demografischer Trends in den kommenden Jahrzehnten noch zunehmen.

Wie diese strukturellen Faktoren die Wanderungsbewegungen der Zukunft beeinflussen

Umweltfaktoren sind nicht der einzige Bestimmungsfaktor für Migration, sondern sie wirken zusammen mit den Chancen zur Sicherung des Lebensunterhalts und der Migrationspolitik

In Ländern, in denen viele Migranten leben, stehen die Politiker derzeit unter widersprüchlichem Druck

werden, hängt letztendlich zentral davon ab, welchen Standpunkt die politischen Entscheidungsträger – insbesondere in den Aufnahmeländern – einnehmen werden. In Ländern, in denen viele Migranten leben, stehen die Politiker derzeit unter widersprüchlichem Druck: Einerseits gibt es gegen mehr Zuwanderung deutlichen Widerstand in der Bevölkerung, andererseits gibt es triftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Gründe, die Zuwanderungsbeschränkungen zu lockern.

Wie werden sich die politischen Handlungskonzepte im Laufe der kommenden Jahrzehnte voraussichtlich entwickeln? Werden sie sich auf eine Weise entwickeln, die es uns erlauben wird, den potenziellen Nutzen der Mobilität zu realisieren, oder wird der Druck aus dem Volk die Oberhand gewinnen? Werden durch die Wirtschaftskrise die protektionistischen Barrieren gegen die Zuwanderung erhöht, oder wird die Krise als Chance dienen, um die Rolle der Migration bei der Förderung von gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Fortschritt neu zu überdenken? Die Geschichte und die aktuellen Erfahrungen liefern widersprüchliche Beispiele. Durch den akuten Mangel an Arbeitskräften wurde Nord- und Südamerika im 19. Jahrhundert sehr offen für Migranten. Trotz weit verbreiteter Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit kam es dadurch zu einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung. Dabei gibt es einige Parallelen zur heutigen Situation in den Ländern des Golf-Kooperationsrates (GCC). Die Tendenz, Außenseitern die Schuld an den Übeln der Gesellschaft zu geben, verstärkt sich während

einer Konjunkturabschwächung. Aktuelle Vorkommnisse in einer Reihe von Ländern – von der Russischen Föderation über Südafrika bis nach Großbritannien – könnten Anzeichen für eine zunehmende Radikalisierung und die Abschottung gegenüber Ausländern sein.¹³¹

Doch keines dieser Ergebnisse ist vorherbestimmt. Führung sowie Maßnahmen zur Veränderung des Charakters der öffentlichen Debatte können einen entscheidenden Unterschied ausmachen. Die sich verändernde Einstellung gegenüber Binnenmigranten während der Großen Depression in den Vereinigten Staaten liefert uns ein überwältigendes Beispiel. In Folge einer schweren Dürre im südlichen Mittelwesten des Landes wanderten in den 1930er Jahren geschätzte 2,5 Millionen Menschen in neue landwirtschaftliche Gebiete aus. Dort trafen sie auf den erbitterten Widerstand einiger Einwohner, die in diesen Migranten eine Bedrohung ihrer Arbeitsplätze und ihrer Existenzgrundlage sahen. Es war in diesem Zusammenhang, dass John Steinbeck *The Grapes of Wrath* (dt. *Früchte des Zorns*) schrieb, eine der stärksten Anklageschriften gegen Intoleranz und die schlechte Behandlung von Binnenmigranten, die je geschrieben wurde. Steinbecks Roman entfachte eine landesweite Debatte, die dazu führte, dass der amerikanische Kongress die Misere der Arbeitsmigranten untersuchen ließ und dass das Oberste Gericht schließlich 1941 die historische Entscheidung traf, dass die Bundesstaaten nicht das Recht hätten, die Freizügigkeit der Menschen innerhalb der Vereinigten Staaten zu behindern.¹³²

Migranten als Gewinner und Verlierer



Migranten können stark von den Chancen profitieren, die sich ihnen in Regionen mit besseren Lebensbedingungen bieten. Diese Chancen gestalten sich je nach den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen – Qualifikationen, Geld und Netzwerke – und werden durch Hindernisse eingeschränkt. Die politischen Maßnahmen und Gesetze, die sich auf die Entscheidung zur Migration auswirken, wirken sich auch auf den Migrationsprozess und dessen Ergebnis aus. Im Allgemeinen und insbesondere bei gering qualifizierten Menschen schränken diese Barrieren die Wahlmöglichkeiten der Menschen ein, und der Nutzen, den sie aus einer Migration ziehen, verringert sich ebenfalls.

Migranten als Gewinner und Verlierer

Menschen, die sich zur Migration entschließen, versprechen sich dadurch einen besseren Zugang zu Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten und zu bürgerlichen und politischen Rechten, aber auch mehr Sicherheit und eine bessere Gesundheitsversorgung. Den meisten Migranten geht es nach der Migration besser – manchmal sogar wesentlich besser – als vorher. Am meisten profitieren potenziell die Menschen, die aus den armen in die reichsten Länder abwandern. Diese Art von Migration macht aber nur einen kleinen Anteil der gesamten Migrationsströme aus. Auch die Menschen, die in Transformations- und Entwicklungsländer emigrieren und diejenigen, die innerhalb von Ländern ihren Wohnort wechseln, profitieren meist von der Migration. Dies jedenfalls kann man aus den bisher vorhandenen Daten schließen.

Die Migration hat jedoch nicht notwendigerweise direkte positive Auswirkungen auf das Wohlergehen eines jeden Menschen. Jede Migration birgt Risiken, ihr Ausgang ist ungewiss, und sie ist mit jeweils spezifischen Auswirkungen, bedingt durch eine ganze Reihe von Faktoren verbunden. Sowohl bei der Binnen- als auch bei der transnationalen Migration wirken sich verschiedene Aspekte des Migrationsprozesses – dazu zählen beispielsweise die unmittelbaren Gründe für die Migration und die Ressourcen und Fähigkeiten, die die Menschen mitbringen – sehr stark darauf aus, ob es den Migranten nach der Migration tatsächlich besser geht. Diejenigen, die zur Flucht gezwungen sind und ihr Heim und ihre Besitztümer zurücklassen müssen, beginnen ihre Migration oft mit nur eingeschränkter Freiheit und sehr wenigen Ressourcen. Ähnlich ergeht es denjenigen, die sich aufgrund einer Wirtschaftskrise vor Ort, wegen einer Dürre oder aufgrund von anderen Anlässen, die zu extremer Armut führen, zur Migration entschließen. Auch sie können nicht einschätzen, welche Fähigkeiten sie einmal haben werden; sie wissen nur, dass sie nicht in der Heimat bleiben können. Auch Migranten, die nach der Migration schließlich zu

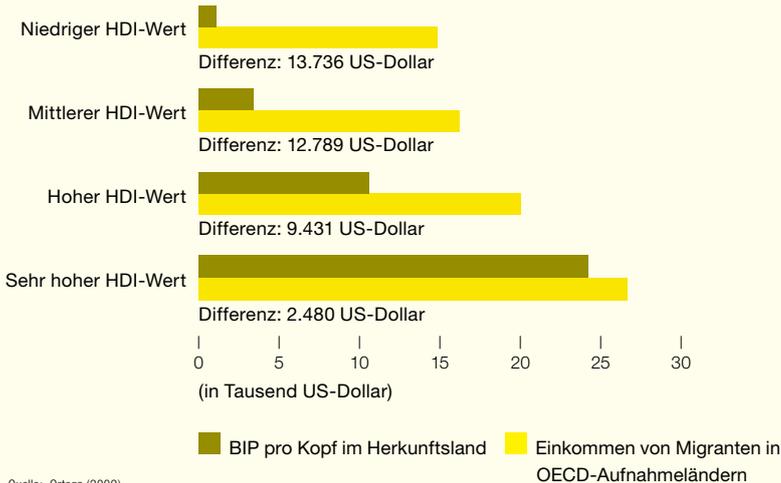
Wohlstand gekommen sind, haben oft mit sehr eingeschränkten Fähigkeiten und unter äußerst unsicheren Bedingungen begonnen.

Die Folgen, die eine Migration für die menschliche Entwicklung hat, werden daher sehr stark durch die Bedingungen beeinflusst, die die Menschen zur Migration veranlassen. Diese Bedingungen haben entscheidenden Einfluss darauf, welche Ressourcen und Fähigkeiten nach der Migration noch vorhanden sind. Diejenigen, die zu einer Botschaft gehen und sich ein Visum ausstellen lassen, ein Flugticket kaufen und – beispielsweise in Großbritannien – ein Studium beginnen, erreichen ihr Zielland in wesentlich besserer Verfassung als jemand, der als Opfer von Menschenhändlern ohne Papiere, ohne Geld und in Schuldknechtschaft ankommt. Auch die zurückgelegte Entfernung (geografisch, kulturell und sozial) spielt eine wichtige Rolle. Wenn jemand in ein Land einreist, dessen Sprache er nicht beherrscht, sind sein Wissen und seine Qualifikationen sofort weniger wert.

Im vorliegenden Kapitel wird untersucht, wie sich die Migration auf die Migranten auswirkt, weshalb Migrationsgewinne ungleich verteilt sind und weshalb einige Menschen die Gewinner,

Grafik 3.1 **Migranten haben viel höhere Einkommen als Nicht-Migranten**

Jahreseinkommen von Migranten in OECD-Aufnahmeländern und BIP pro Kopf in den Herkunftsländern gemäß HDI-Einstufung des Herkunftslandes



andere dagegen die Verlierer sind. Es müssen eventuelle Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen werden, so zum Beispiel wenn ein höherer Verdienst mit dem Verlust der bürgerlichen Rechte verbunden ist. Auch die Kosten der Migration selbst müssen berücksichtigt werden. Wir untersuchen nacheinander die Fakten, die die genannten Auswirkungen belegen und stellen die wichtigsten Untersuchungsergebnisse aus einem breiten Spektrum an Literatur und Erfahrungen vor.

Die zentrale, damit verbundene Frage, wie sich die Migration auf diejenigen auswirkt, die in ihrer Heimat bleiben, sowohl in den Herkunftsländern als auch in den Zielländern, wird in Kapitel 4 behandelt. Diese unterschiedlichen Fragestellungen sind natürlich untrennbar miteinander verbunden: Erfolgreiche Migranten lassen in der Regel die Zuhausegebliebenen an ihrem Erfolg teilhaben, und die politischen Reaktionen in den Aufnahmeländern fallen unterschiedlich aus, je nachdem, wie es den Nicht-Migranten, aber auch den Migranten, ergeht. Die Auswirkungen in den Herkunfts- und den Aufnahmeländern sind miteinander verbunden. Die sozio-ökonomische Mobilität in einem Aufnahmeland und die Möglichkeit, im Heimatland Karriere zu machen, sind oft zwei Seiten einer Medaille.

3.1 Einkommen und Lebensunterhalt

Es ist wichtig, sich von Anfang an darüber im Klaren zu sein, dass es sehr schwierig ist, die Auswirkungen der Migration einzuschätzen, wie wir bereits in Kasten 1.1 sehen konnten. Das Hauptproblem ist, dass Migranten sich in ihren Grundmerkmalen von Nicht-Migranten unterscheiden können, so dass direkte Vergleiche irreführend sein können und die Herstellung kausaler Zusammenhänge problematisch ist.

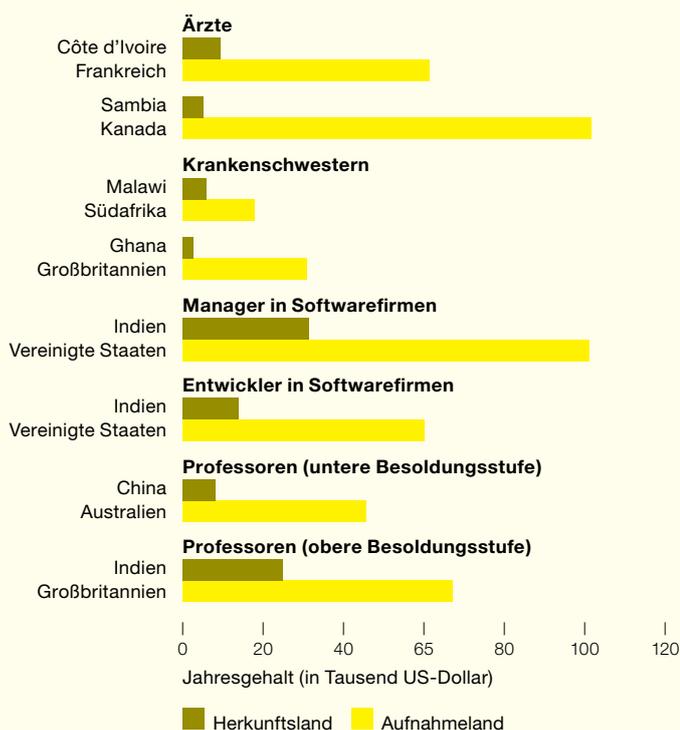
Dessen ungeachtet, lassen sich die am leichtesten quantifizierbaren Auswirkungen einer Migration anhand des Einkommens und des Konsums aufzeigen. Wir beginnen mit diesem Themenbereich und untersuchen anschließend die Kosten der Migration, die vom Bruttogewinn abgezogen werden müssen.

3.1.1 Auswirkungen auf das Bruttoeinkommen

Alle vorliegenden Fakten sprechen übereinstimmend dafür, dass Migranten im Durchschnitt

Grafik 3.2 **Hohe Einkommensgewinne bei hochqualifizierten Migranten**

Unterschiede zwischen den Durchschnittsgehältern bei Fachkräften in ausgewählten Länderpaaren im Zeitraum 2002-2006

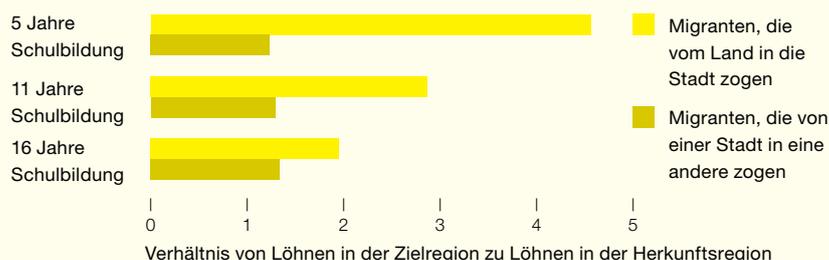


hohe Einkommensgewinne erzielen. In Auftrag gegebene Studien kamen zu dem Ergebnis, dass es zwischen Nicht-Migranten und Migranten in OECD-Länder hohe Einkommensdifferenzen gibt, wobei die größten Einkommensunterschiede bei den Migranten zu finden waren, die aus Ländern mit niedrigem HDI-Wert (Grafik 3.1) kamen. Wanderarbeiter in den Vereinigten Staaten verdienen etwa das Vierfache von dem, was sie in den Entwicklungsländern, aus denen sie ursprünglich stammen, verdienen würden,¹ während Migranten von den pazifischen Inseln in Neuseeland ihre Netto-Reallohne um das Dreifache steigern konnten.² Indizien aus einer Reihe von Ländern sprechen dafür, dass die Einkommensgewinne mit der Zeit höher werden, wenn der Erwerb von Sprachkompetenz zu einer besseren Integration in den Arbeitsmarkt führt.³

Gewinne werden nicht nur erzielt, wenn Menschen in OECD-Länder abwandern. Thailandische Migranten in Hongkong, China und Taiwan (Provinz von China) beispielsweise verdienen mindestens viermal so viel, wie sie als gering qualifizierte Arbeiter zu Hause verdienen würden.⁴ Zu Zeiten, als in Tadschikistan der monatliche Durchschnittslohn bei nur neun US-Dollar lag, konnten durch den Verdienst eines Saisonarbeiters in der Russischen Föderation in Höhe von 500-700 US-Dollar die jährlichen Haushaltsausgaben einer Familie in der Hauptstadt Dushanbe gedeckt werden.⁵ Diese durchschnittlichen Gewinne sind jedoch ungleich verteilt, und durch die Kosten der Migration verringert sich der Bruttogewinn ebenfalls.

Sowohl hochqualifizierte als auch gering qualifizierte Menschen können hohe Gewinne erzielen. In den neunziger Jahren beispielsweise verdienten indische Softwareentwickler mehr als 30 Prozent weniger als ihre amerikanischen Kollegen; diejenigen die dorthin auswandern konnten, erzielten daher hohe Gewinne.⁶ In Grafik 3.2 werden die Lohnunterschiede zwischen hochqualifizierten Fachkräften in ausgewählten Ländern unter Berücksichtigung der Kaufkraftparität dargestellt. Eine Medizinerin aus Côte d'Ivoire kann ihren Reallohn um das Sechsfache steigern, wenn sie in Frankreich arbeitet. Unabhängig von Verdienst spielen auch Faktoren wie bessere Chancen für die Kinder der Migranten, mehr Sicherheit und die Aussicht auf ein angenehmeres Arbeitsumfeld eine Rolle.⁷

Grafik 3.3 **Bedeutende Einkommenszuwächse vor allem bei schlechter qualifizierten Binnenmigranten in Bolivien**
 Verhältnis von Löhnen in der Zielregion zu Löhnen in der Herkunftsregion bei Binnenmigranten in Bolivien im Jahr 2000



Quelle: Molina und Yañez (2009).

Auch Binnenmigranten haben tendenziell leichteren Zugang zu besseren Verdienstmöglichkeiten und können ihre Einkommensquellen diversifizieren. Aus einer in Auftrag gegebenen Studie geht hervor, dass Binnenmigranten in Bolivien bedeutende Einkommenssteigerungen zu verzeichnen hatten. Dabei entfielen mehr als vierfache Einkommenszuwächse auf Arbeiter mit niedrigem Bildungsniveau, die vom Land in die Städte zogen (Grafik 3.3). Wir stellten auch fest, dass in 13 von 16 Ländern Binnenmigranten höhere Einkommen erzielten als Nicht-Migranten.⁸ In Brasilien und Panama wurde in einer Serie von Studien zur Überprüfung des Bildungsniveaus Einkommenssteigerungen bei indigenen Bevölkerungsgruppen festgestellt, die sich zur Migration entschlossen.⁹ Studien in einer Reihe von Ländern deuten darauf hin, dass Binnenmigration vielen Haushalten ermöglicht hat, sich aus der Armut zu befreien, worauf wir im nächsten Kapitel ausführlicher eingehen werden.

Die Segmentierung der Arbeitsmärkte in den Entwicklungsländern wirkt sich ebenfalls auf die Lage der Migranten aus. Manchmal kann man dies auf administrative Restriktionen zurückführen, wie z.B. im *hokou*-System in China (Kasten 3.1) und im *ho khau*-System in Vietnam. Die Segmentierung ist jedoch auch in anderen Regionen weit verbreitet, so zum Beispiel in Südasien, Afrika und Lateinamerika – durch Hindernisse, die zwar nicht gesetzlich verankert sind, die jedoch trotzdem durch soziale und kulturelle Normen tief verwurzelt sind.¹⁰ So werden beispielsweise Migranten, die vom Land in die

Kasten 3.1 Politische Maßnahmen und Ergebnisse in Zusammenhang mit der Binnenmigration in China

Das chinesische Einwohnermeldesystem wurde nach dem Vorbild des sowjetischen *Propiska*-Systems entwickelt, wenngleich seine Wurzeln bis ins Altertum reichen. Es beruht auf einer Genehmigung (*hukou*), die die Voraussetzung für den Zugang zu Ackerland im ländlichen Raum sowie zu Sozialleistungen und öffentlichen Dienstleistungen im städtischen Bereich ist. Bis Mitte der achtziger Jahre wurde das System sehr rigide gehandhabt, und Umzüge ohne ein *hukou* waren verboten. Seitdem hat China die Niederlassungsrechte liberalisiert, aber formell das *hukou*-System beibehalten.

Wie auch in anderen Bereichen hat sich China auch bei dieser Reform seit Mitte der achtziger Jahre für eine graduelle und schrittweise Herangehensweise entschieden. Den Menschen wurde erlaubt, außerhalb ihres Wohnorts ohne ein *hukou* zu arbeiten, der Zugang zu Sozialleistungen, öffentlichen Dienstleistungen oder Arbeitsplätzen im formalen Sektor wurde ihnen jedoch verwehrt. Ein Zweiklassen-Migrationssystem, ähnlich dem Punktesystem in manchen entwickelten Ländern wurde eingeführt: Den gut Ausgebildeten wird ein Wohnortwechsel gestattet, weniger qualifizierten Migranten aus dem ländlichen Raum werden jedoch nur vorübergehende Aufenthaltsgenehmigungen erteilt. Viele Stadtverwaltungen haben wohlhabenden Migranten, die in der Lage waren, größere Investitionen zu tätigen, *hukous* mit "blauem Stempel" angeboten.

Forschungsergebnisse legen nahe, dass für die Wanderarbeiter und ihre Familien der Zugewinn an menschlicher Entwicklung durch das Fortbestehen des *hukou*-System begrenzt bleibt, wie sich an folgenden Bereichen zeigen lässt:

Einkommenszuwächse. Im Jahr 2004 haben Zuwanderer vom Land in Städten 780 RMB (94 US-Dollar) im Monat verdient, das Dreifache des durchschnittlichen Einkommens in der Landwirtschaft auf dem Land. Durch die vom *hukou*-System verursachte Segmentierung jedoch besetzen Migranten mit nur befristetem Aufenthaltsstatus üblicherweise die relativ schlecht bezahlten Arbeitsplätze, und sie leben doppelt so häufig in Armut wie Stadtbewohner mit einem *hukou*.

Arbeitsbedingungen. Schlecht ausgebildete Migranten haben oft Arbeitsplätze im informellen Sektor ohne angemessenen Schutz und Sozialleistungen. Eine Untersuchung in drei Provinzen ergab, dass die Arbeitszeiten der Migranten doppelt so lang sind wie die der örtlichen Bevölkerung, sie werden oft ohne schriftlichen Arbeitsvertrag eingestellt, und weniger als einer von zehn hat eine Sozial- und Krankenversicherung,

verglichen mit über 70 Prozent im gesamtchinesischen Durchschnitt. Die Gefahren am Arbeitsplatz sind hoch – auf Wanderarbeiter entfielen etwa 75 Prozent der insgesamt 11.000 tödlichen Arbeitsunfälle im Jahr 2005 in den bekanntermaßen gefährlichen Bergbau- und Baubranchen.

Zugang zu Dienstleistungen. Kinder mit zeitlich begrenztem Aufenthaltsstatus bezahlen zusätzliche Gebühren und haben keinen Zugang zu Eliteschulen. Geschätzte 14-20 Millionen Migrantenkinder haben überhaupt keinen Zugang zu einer Schule. Ihre Schulabbrucherquoten in Grundschulen und weiterführenden Schulen liegt bei über neun Prozent, verglichen mit nahezu null bei Ortsansässigen. Der Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung ist begrenzt. Selbst in Shanghai, einer der günstigeren Städte im Hinblick auf den Zugang von Migranten zu sozialen Dienstleistungen, wurden 2004 nur zwei Drittel der Kinder von Migranten geimpft, verglichen mit praktisch vollständigen Impfschutz bei ortsansässigen Kindern. Wenn Migranten krank werden, kehren sie angesichts der hohen Kosten der Gesundheitsversorgung in den Städten zur Behandlung oft in ländliche Gebiete zurück.

Partizipation. Viele Migranten bleiben an ihren Zuwanderungsorten aufgrund institutioneller Barrieren marginalisiert. Sie haben wenig Möglichkeiten, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen und ihre Rechte am Arbeitsplatz zu verteidigen. Fast acht von zehn haben keine Gewerkschaft oder Betriebsversammlung, keine Arbeitsüberwachungskomitees oder eine andersgeartete Arbeitnehmervertretung, verglichen mit einem Fünftel der einheimischen Bevölkerung. Große Entfernungen behindern die Partizipation ebenfalls: Bei einer Untersuchung über Migranten in der Stadt Wuhan hatten nur 20 Prozent sich an der letzten Kommunalwahl beteiligt, hauptsächlich weil sie zu weit entfernt von den Wahllokalen wohnten.

Es gibt angeblich Diskussionen über die Reform des *hukou*-Systems, einige Regionalregierungen haben ihre Systeme bereits weiter liberalisiert. Reformen der Gesetzgebung im Jahr 1997 haben die Rechte aller Arbeiter erheblich verbessert – auch der Migranten, ferner wurden 2008 Maßnahmen zur Einführung übertragbarer Renten für Wanderarbeiter angekündigt. Andere Anzeichen für einen Wandel kommen beispielsweise aus Dongguan, Guangdong, wo Wanderarbeiter jetzt als „neue Einwohner“ bezeichnet werden und das Verwaltungsbüro für Migrantenunterkünfte in Einwohner-Dienstleistungsbüro umbenannt wurde.

Quellen: Avenarius (2007), Gaige (2006), Chan, Liu, und Yang (1999), Fan (2002), Meng und Zhang (2001), Cai, Du, und Wang (2009), Huang (2006), Ha, Yi, und Zhang (2009b), Fang und Wang (2008), und Mitchell (2009).

Stadt ziehen, in Indien vorwiegend in Industriezweigen wie dem Baugewerbe, in Ziegelbrennöfen, in der Textilherstellung und im Bergbau beschäftigt, die harte körperliche Arbeit, raue Arbeitsbedingungen und Lebensumstände mit sich bringen. In der Mongolei arbeiten solche

Migranten üblicherweise in informellen Arbeitszusammenhängen, die zeitlich befristet und anstrengend sind, und keinen rechtlichen Schutz gewähren.¹¹ In Asien finden sich aus dem ländlichen Raum neu in die Städte zugewanderte, schlecht qualifizierte Migranten in der Regel auf

den untersten sozialen Rängen der städtischen Gesellschaft wieder, verrichten die niedrigsten Arbeiten und werden als Außenseiter behandelt. Wie wir in Kapitel 2 gesehen haben, leben und arbeiten die meisten Migranten aus Ländern mit niedrigem HDI-Wert in anderen Ländern mit niedrigem oder mittlerem HDI-Wert, teilweise weil dort die Zugangsbarrieren oft nicht so hoch und die Migrationskosten geringer sind. Gleichzeitig können die Bedingungen dort durchaus schwieriger sein als in reichen Ländern, und es besteht das Risiko, ausgebeutet oder sogar abgeschoben zu werden.

Tendenziell konzentrieren sich die Arbeitsmarktchancen für Migrantinnen aus Entwicklungsländern im Wesentlichen auf den Pflegebereich, auf bezahlte Hausarbeit und auf den informellen Sektor.¹² Solche Frauen können dann in Enklaven in der Falle sitzen. So stellte sich beispielsweise in New York City heraus, dass Firmen, die im Besitz von Lateinamerikanern sind, dominikanischen und kolumbianischen Frauen niedrige Löhne zahlten, geringe Sozialleistungen und nur sehr eingeschränkte Aufstiegsmöglichkeiten boten und damit deren soziale Nachteile noch verstärkten.¹³ Ähnliche Ergebnisse gab es bei chinesischen Arbeitsmigrantinnen.¹⁴ Die meisten Peruanerinnen und Paraguerinnen in Argentinien (69 beziehungsweise 58 Prozent) arbeiten für einen geringen Lohn auf informeller Basis im privaten Dienstleistungssektor.¹⁵ Noch mehr Schwierigkeiten treten auf, wenn Migrantinnen von normalen Arbeitsschutzregelungen ausgeschlossen sind, was beispielsweise bei Haushaltsangestellten in den Staaten des Golfkooperationsrats (Gulf Cooperation Council, GCC) der Fall ist.¹⁶ Die Praktiken in einigen Ländern (z.B. in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten) ändern sich zwar allmählich, bisher ist es Migrantinnen jedoch gesetzlich verboten, vor Ort in eine Gewerkschaft einzutreten, und selbst dort, wo es gestattet ist, treffen sie möglicherweise auf Widerstand und Feindseligkeit seitens anderer Arbeiterinnen.¹⁷ NRO können den Migranten zwar gewisse Dienstleistungen und Schutz anbieten, ihre Aktionsmöglichkeiten sind jedoch tendenziell beschränkt.

Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt kann für Migranten ein entscheidendes Hindernis sein. Dies spiegelt sich auch darin wider,

dass ein Bewerber nur sehr wenig Rückmeldungen auf Bewerbungen erhält, wenn er einen ausländisch klingenden Nachnamen hat.¹⁸ Das Gesamtbild ist jedoch oft sehr komplex, da u.a. auch Ethnizität, Geschlecht und der legale Status eine Rolle spielen können. In Großbritannien kamen einige Studien zu dem Ergebnis, dass Migranten bei der Einstellung diskriminiert wurden, da sie seltener eine Arbeitsstelle und auch niedrigere Löhne bekamen. In anderen Studien wurde dagegen festgestellt, dass Menschen mit chinesischer, indischer oder irischer Abstammung tendenziell mindestens gleichwertige Beschäftigungsverhältnisse vorweisen konnten wie weiße britische Arbeiter.¹⁹ In unserer Analyse des EU-Sozialberichts 2006 konnten wir feststellen, dass die überwältigende Mehrheit der Migranten (mehr als 75 Prozent) in dieser Region sich nach eigener Aussage nicht diskriminiert fühlte. In der Weltweiten Werte Umfrage (World Values Survey, WVS) jedoch, die eine wesentlich größere Länderauswahl enthält, stieß die Aussage „Wenn es wenig Arbeitsplätze gibt, sollten Arbeitgeber bevorzugt Einheimische einstellen“ bei der ortsansässigen, in dem jeweiligen Land geborenen Bevölkerung auf breite Zustimmung; es gab allerdings beträchtliche Unterschiede zwischen einzelnen Ländern (siehe Abschnitt 4.2.5).

Ein Problem, mit dem viele Migranten bei ihrer Ankunft konfrontiert sind, ist, dass ihre Qualifikationen und Zeugnisse nicht anerkannt werden.²⁰ Da noch die Sprachbarriere und andere soziale Barrieren hinzukommen, bedeutet dies, dass sie tendenziell wesentlich weniger verdienen als ähnlich qualifizierte Ortsansässige.²¹ Welche Ausmaße dieses Problem annimmt, scheint je nach Branche unterschiedlich zu sein. Informationstechnologiefirmen beispielsweise sind im Hinblick auf Zeugnisse tendenziell flexibler, während Organisationen im öffentlichen Sektor oft unflexibler sind. Wenn neue Einwanderer ihre Qualifikationen nicht in vollem Umfang nutzen können, ist das für sie potenziell mit erheblichen Kosten verbunden. Das Migration Policy Institute legte vor kurzem Schätzungen vor, wonach bis zu 20 Prozent der Migranten mit höherer Bildung in den Vereinigten Staaten arbeitslos waren oder Jobs für gering Qualifizierte übernommen hatten. Man schätzt, dass dieses Problem in Kanada trotz des Punktesystems die Wirtschaft jährlich 1,7 Milliarden US-Dollar

Ein Problem, mit dem viele Migranten bei ihrer Ankunft konfrontiert sind, ist, dass ihre Qualifikationen und Zeugnisse nicht anerkannt werden

Fast alle untersuchten entwickelten Länder gewähren Migranten mit Daueraufenthaltsstatus Zugang zu Arbeitslosengeld und Familienhilfen

kostet.²² Als Reaktion darauf hat die kanadische Regierung Programme zur beschleunigten Anerkennung von im Ausland erworbenen Zeugnissen eingeführt.

Das Einkommen hängt nicht nur vom auf dem Arbeitsmarkt erzielten Verdienst ab. In Ländern mit staatlichen Wohlfahrtssystemen reduzieren soziale Transferleistungen in Form von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Renten die Armutsraten bei benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Ob Migrantenfamilien von einem Programm profitieren, hängt von der Ausgestaltung und den Regelungen des Systems ab. Es gibt deutliche Unterschiede, wie großzügig diese Systeme sind, da ihr Leistungsumfang in den Entwicklungsländern aufgrund knapper Haushalte tendenziell geringer ist. Da in den meisten Entwicklungsländern keine umfassenden Systeme existieren, stellt sich die Frage nach dem gleichberechtigten Zugang nicht.

Bei unserer politischen Bewertung stellten wir fest, dass fast alle untersuchten entwickelten Länder Migranten mit Daueraufenthaltsstatus Zugang zu Arbeitslosengeld und Familienhilfen gewährten. Für Menschen mit befristetem Aufenthaltsstatus ist es jedoch relativ unwahrscheinlich, dass sie Zugang zu Unterstützung erhalten. In einigen Ländern wie beispielsweise Australien und Neuseeland wurden Wartezeiten eingeführt bevor die verschiedenen Sozialleistungen in Anspruch genommen werden können. Länder wie beispielsweise Frankreich und Deutschland bemühen sich darum, Abhängigkeit von Sozialleistungen zu vermeiden, und verlangen, dass in Anträgen auf Familienzusammenführung nachgewiesen wird, dass der Antragsteller ein stabiles und ausreichendes Einkommen hat, mit dem er alle Familienmitglieder versorgen kann, ohne auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein.

Die Luxemburger Einkommensstudie (Luxembourg Income Study, LIS) und die Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Survey of Income and Living Conditions, EU-SILC) ermöglichen eine Einschätzung der Auswirkungen sozialer Transferleistungen auf die Armut bei Familien mit Kindern.²³ In allen 18 untersuchten Ländern sind Migrantenfamilien in der Regel ärmer als einheimische Familien. Wenn man vom Markteinkommen ohne Berücksichtigung von Sozialleistungen ausgeht, liegt die

Armutsrate bei Kindern aus Migrantenfamilien in Frankreich bei mehr als 50 beziehungsweise in Großbritannien bei mehr als 40 Prozent. Der Umverteilungseffekt von Sozialleistungen ist in diesen Ländern signifikant, denn die Transferleistungen sorgen dafür, dass diese Raten sowohl bei Migranten- als auch bei einheimischen Kindern mehr als halbiert werden (Grafik 3.4).²⁴ Im Gegensatz dazu ist der armutsreduzierende Effekt von sozialen Transferleistungen sowohl bei einheimischen als auch bei Migrantenfamilien in den Vereinigten Staaten vernachlässigbar, da die Transferleistungen insgesamt relativ gering sind. Gleichzeitig ist bemerkenswert, dass in Australien, Deutschland und den Vereinigten Staaten die Einkommensarmutsraten im Hinblick auf das Markteinkommen wesentlich niedriger sind als in Frankreich und Großbritannien, was darauf schließen lässt, dass sich Migrantenfamilien in diesen Ländern auf dem Arbeitsmarkt besser behaupten können.

3.1.2 Die finanziellen Kosten der Migration

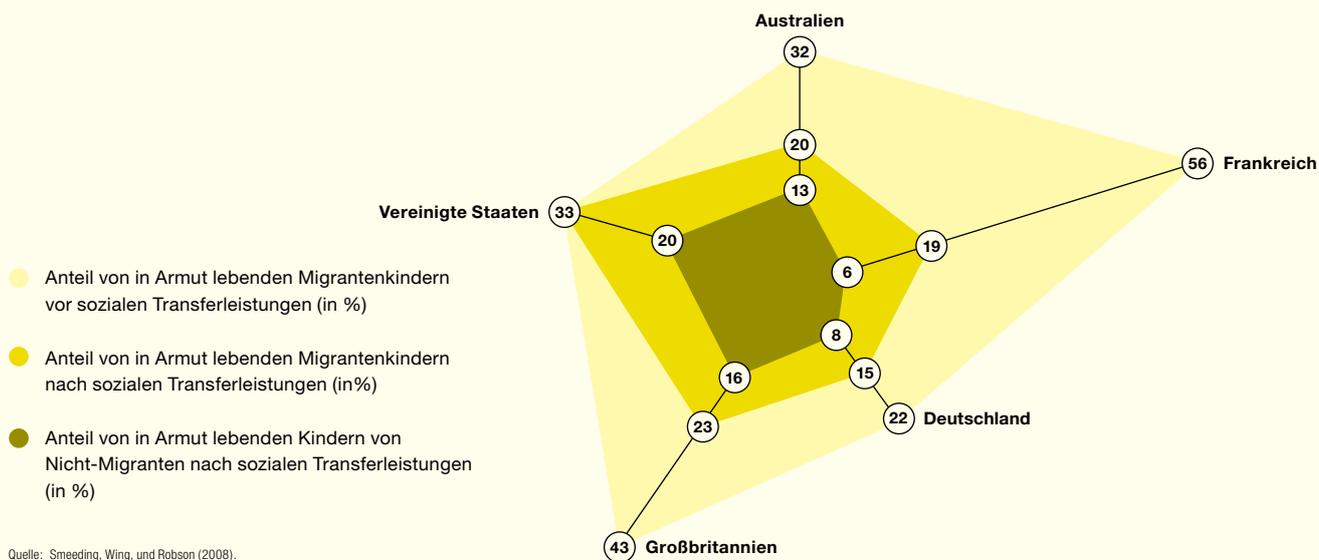
Bei den Bruttoeinkommengewinnen, über die in der einschlägigen Literatur berichtet wird, werden normalerweise die finanziellen Kosten einer Migration nicht berücksichtigt. Diese Kosten sind unterschiedlichen Ursprungs, es handelt sich beispielsweise um offizielle Gebühren für Dokumente und Genehmigungen, Zahlungen an Vermittler, Reisekosten und in einigen Fällen um Bestechungsgelder. Die Kosten scheinen regressiv zu wirken, weil die Gebühren für ungelernete Arbeiter in Relation zu den im Ausland erwarteten Löhnen oft relativ hoch sind, insbesondere bei denjenigen, die nur befristete Verträge haben.²⁵

Für diejenigen, die keine persönlichen Dokumente vorweisen können, entstehen eventuell erhebliche Kosten. Weltweit besitzen schätzungsweise 48 Millionen Kinder, die oft aus sehr armen Familien kommen, keine Geburtsurkunde. Der Hauptgrund liegt darin, dass Gebühren für die Ausstellung solcher Dokumente erhoben werden beziehungsweise in damit zusammenhängenden Faktoren wie beispielsweise der Entfernung zur Meldestelle.²⁶

Durch langwierige Antragsverfahren und, in einigen Ländern, die Zahlung von Bestechungsgeldern für Routinedienstleistungen, kann die

Grafik 3.4 **Migrantenkinder sind stärker von Armut betroffen, soziale Transferleistungen können jedoch helfen**

Auswirkungen von Transferleistungen auf die Kinderarmut in ausgewählten Ländern in den Jahren 1999-2001



Beantragung von unerlässlichen Unterlagen und grundlegenden Dokumenten sehr teuer werden.²⁷ In der Demokratischen Republik Kongo müssen Personen, die einen Pass beantragen, damit rechnen, bis zu 500 US-Dollar (70 Prozent eines durchschnittlichen Jahreseinkommens) an Bestechungsgeldern zu zahlen.²⁸ Andere Länder mit nur eingeschränkter Verwaltungskapazität und Korruption sind Berichten zufolge beispielsweise Aserbeidschan, Indien und Usbekistan.²⁹

Vermittler, auch unter der Bezeichnung Mittelsmänner bekannt, üben eine spezifische Funktion auf dem weltweiten Arbeitsmarkt aus. Sie tragen dazu bei, Informationslücken zu schließen und administrative Anforderungen (wie beispielsweise, dass vor der Beantragung eines Visums ein Arbeitsplatzangebot vorliegen muss) zu erfüllen. Manchmal leihen sie auch Geld, um die vor der Migration entstehenden Kosten zu decken. Es gibt eine große Zahl solcher Agenturen: Allein in den Philippinen gibt es fast 1.500 behördlich anerkannte Arbeitsvermittlungen; in Indien gibt es fast 2.000.³⁰ Die Kosten für eine Vermittlung scheinen sehr stark zu variieren und sind oft höher als das Pro-Kopf-Einkommen im Heimatland (Grafik 3.5).

Das Beispiel Indonesien zeigt, wie unterschiedlich die Kosten je nach Zielland sein

können. So kostet eine Migration nach Malaysia und Singapur etwa ein halbes erwartetes Jahresgehalt und nach Taiwan (Provinz von China) ein ganzes Jahresgehalt (Grafik 3.6). Gesetzlich vorgeschriebene Höchstgrenzen für die von Vermittlern verlangten Gebühren werden im Allgemeinen ignoriert, da Migranten in der Regel viel mehr bezahlen.³¹ Die Differenz zwischen den Löhnen im Heimatland und den erwarteten Löhnen im Ausland ist vermutlich die wichtigste Determinante für den Preis der Vermittlungsdienstleistungen. Wo nur relativ wenige Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, können Vermittler, die diese Nischen ausfindig machen können, noch mehr Geld verlangen. Es gibt auch Fälle von Missbrauch und Betrug, in denen potenzielle Migranten hohe Vermittlungsgebühren bezahlen und dann erst später (am Zielort) erfahren, dass der Arbeitsvertrag gar nicht existiert, oder dass der Vertrag ohne Absprache geändert wurde, oder dass es im Hinblick auf die persönliche Sicherheit und die Arbeitsbedingungen ernsthafte Gefährdungen gibt.³² Einige Migranten berichten, dass Arbeitgeber ihre Pässe konfiszieren, ihre Beschäftigten misshandeln und den Zugang zu medizinischer Versorgung verweigern.³³

Umfangreiche Vorschriften und offizielle Gebühren können zu Regelwidrigkeiten verleiten.

Grafik 3.5

Die Migrationskosten sind oft hoch

Kosten für Vermittler in ausgewählten Korridoren, bezogen auf das Pro-Kopf-Einkommen in den Jahren 2006-2008

Von Vietnam nach Japan (6 Jahre, 5 Monate und 4 Tage)



Von Bangladesch nach Saudi-Arabien (5 Jahre, 2 Monate und 3 Tage)



Von China nach Australien (3 Jahre, 10 Monate und 16 Tage)



Von Kolumbien nach Spanien (1 Jahr, 8 Monate und 3 Tage)



Von Indien nach Großbritannien (1 Jahr, 3 Monate)



Von den Philippinen nach Singapur (8 Monate und 26 Tage)



● = Jährliches BSP pro Kopf der Bevölkerung im Herkunftsland

Quelle: von Bangladesch nach Saudi-Arabien: Malek (2008); von China nach Australien: Zhiwu (2009); von Kolumbien nach Spanien: Grupo de Investigación en Movilidad Humana (2009); von den Philippinen nach Singapur: TWC (2006); von Vietnam nach Japan: van Thanh (2008).

Grafik 3.6

Die Migrationskosten können das Vielfache des erwarteten Monatslohns betragen

Migrationskosten im Verhältnis zum erwarteten Lohn bei gering qualifizierten indonesischen Arbeitern in ausgewählten Zielregionen im Jahr 2008

Hongkong (China)



Taiwan (Provinz von China)



Malaysia



Singapur



● = Pro Monat erwarteter Lohn

12 Monate

Quelle: The Institute for ECOSOC Rights (2008).

Für russische Arbeitgeber ist das administrative Verfahren, eine Lizenz zu beantragen, wenn sie einen ausländischen Arbeiter einstellen wollen, Berichten zufolge so zeitraubend und korrupt, dass es oft umgangen wird und regelwidrige Beschäftigungspraktiken dadurch weiter fortgesetzt werden.³⁴ In Singapur müssen Arbeitgeber, die gering qualifizierte Migranten beschäftigen, eine Abgabe entrichten, die sie dann wiederum vom Lohn der Arbeiter einbehalten.³⁵ In Abkommen zwischen Thailand, Kambodscha und der Demokratischen Volksrepublik Laos sind Vermittlungsgebühren in Höhe von vier bis fünf Monatsgehältern vorgesehen, die Bearbeitungszeit beträgt im Durchschnitt etwa vier Monate, und 15 Prozent des Lohns werden einbehalten für den Fall, dass der Migrant nach Hause zurückkehrt. Im Gegensatz dazu verlangen Schmuggler in diesen Korridoren das Äquivalent eines Monatslohns. Angesichts dieser Kostenunterschiede ist es nicht verwunderlich, dass im Jahr 2006 nur 26 Prozent der Wanderarbeiter in Thailand offiziell registriert waren.³⁶

3.2 Gesundheit

In diesem Abschnitt werden die Auswirkungen der Migration auf die Gesundheit der Migranten untersucht. Einen besseren Zugang zu Dienstleistungen, beispielsweise im Gesundheitswesen, zu erhalten, gehört vermutlich zu den Hauptmotivationen für eine Migration. Absolventen höherer Schulen in Tonga und Papua-Neuguinea mit besonders guten Abschlüssen gaben als Migrationsgründe häufiger Gesundheitsvorsorge und Bildung für die Kinder an, als hohe Löhne. Beinahe ebenso häufig wurde mehr Sicherheit genannt.³⁷ Die Zusammenhänge zwischen Migration und Gesundheit sind jedoch komplex. Die Gesundheit bei Migranten hängt von ihrem persönlichen Schicksal vor der Migration, vom Migrationsprozess selbst und von den Umständen der Neuansiedlung ab. Die Regierungen der Aufnahmeländer überprüfen Antragsteller, die ein Arbeitsvisum beantragen, oft rigoros. Erfolgreiche Bewerber sind daher in der Regel gesund.³⁸ Es kann jedoch vorkommen, dass irreguläre Einwanderer spezielle gesundheitliche Bedürfnisse haben, die unbehandelt bleiben.

Durch eine Migration in entwickeltere Länder können Migranten besseren Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und Fachpersonal im

Gesundheitswesen erhalten. Dies gilt ebenso für gesundheitsfördernde Faktoren wie Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen, Kühlschränke, bessere Gesundheitsinformationen und nicht zuletzt höhere Einkommen. Es gibt Indizien dafür, dass Migrantenfamilien weniger und gesündere Kinder haben als sie gehabt hätten, wenn sie sich nicht zur Migration entschlossen hätten.³⁹ Neuere Untersuchungen in den Vereinigten Staaten anhand von repräsentativen Wiederholungsbefragungen derselben Individuen über einen längeren Zeitraum hinweg (panel data), ergaben, dass sich der Gesundheitszustand in den ersten Jahren nach der Immigration deutlich verbessert.⁴⁰

Eine Studie, die wir in Auftrag gegeben haben, ergab, dass sich die Kindersterblichkeit bei Migranten aus Ländern mit niedrigem HDI-Wert um ein 16-faches (von 112 auf 7 Todesfälle pro 1.000 Lebendgeburten) verringert hatte (Grafik 3.7). Natürlich lassen sich diese Fortschritte teilweise durch Selbstselektion erklären.⁴¹ Nichtsdestotrotz lässt allein die Größenordnung dieser Unterschiede vermuten, dass ähnliche Fortschritte im Heimatland nur sehr schwierig hätten erzielt werden können. Zum Vergleich: Wie im HDR 2006 berichtet wurde, hatten Familien, die zum reichsten Fünftel

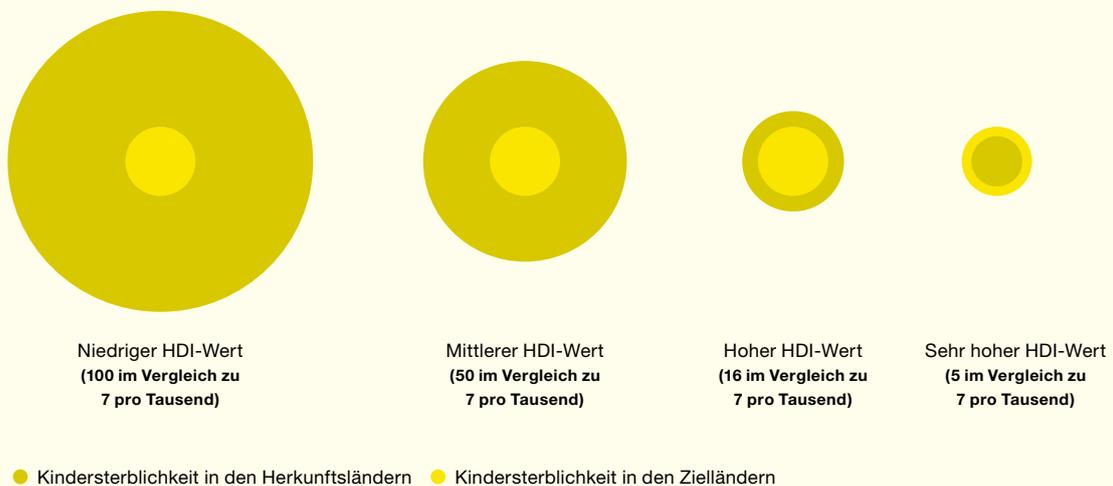
der Bevölkerung in Burkina Faso gehörten, eine Kindersterblichkeitsrate von etwa 150 Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten.

Es überrascht nicht, dass angesichts der schlechten Qualität der Gesundheitsdienste, des Trinkwassers und der sanitären Einrichtungen Untersuchungen darauf schließen lassen, dass Abwanderer in städtische Gebiete ihre Überlebenschancen im Vergleich zu Einwohnern auf dem Land verbessern.⁴² Wie groß dieser Effekt war, wurde mit der Aufenthaltsdauer in Zusammenhang gebracht, die selbst wiederum mit höheren Einkommen und einem verbesserten Wissen sowie einer verbesserten Praxis verbunden war. Mitunter nutzen Migranten Gesundheitsvorsorgedienste häufiger als die städtischen Einwohner vor Ort, was darauf schließen lässt, dass deren Verfügbarkeit eventuell den Entschluss zur Migration von vornherein beeinflusst hat. Die Folgen für die Gesundheit, die mit der Urbanisierung einhergehen, sind jedoch unterschiedlich: Eine breiter angelegte Studie ergab, dass die gesundheitlichen Resultate für Binnenmigranten schlechter ausfielen als für die städtischen Einheimischen, was auf deren sozioökonomische Nachteile zurückzuführen war; und unsere in Auftrag gegebene Studie ergab, dass Binnenmigranten nur in der Hälfte der

Grafik 3.7

Kinder von Migranten haben wesentlich bessere Überlebenschancen

Kindersterblichkeit in den Herkunfts- im Vergleich zu den Zielländern gemäß HDI-Einstufung des Herkunftslandes anhand von Erhebungen aus dem Jahr 2000 oder aktuelleren Erhebungen



Quelle: Ortega (2009).

Irreguläre Migranten haben oft nur eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen aufgrund von Finanznot oder wegen kultureller und sprachlicher Unterschiede

untersuchten Länder eine höhere Lebenserwartung hatten als Nicht-Migranten.⁴³

Detaillierte Studien in einer Reihe von OECD-Ländern haben ergeben, dass die anfänglichen gesundheitlichen Vorteile für Migranten mit der Zeit tendenziell wieder verschwinden.⁴⁴ Man glaubt, dass sich darin zweierlei widerspiegelt: Einerseits, dass die Migranten ein schlechteres gesundheitliches Verhalten und einen ungesünderen Lebensstil übernehmen. Andererseits, dass einige Migranten widrigen Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen ausgesetzt sind, wie es oft bei Niedriglohngruppen in entwickelten Ländern der Fall ist. Auch die Trennung von der Familie und von sozialen Netzwerken und die Ungewissheit im Hinblick auf die Arbeitsplatzsicherheit und die Lebensbedingungen können die Gesundheit beeinträchtigen. In mehreren Studien haben befragte Migranten häufiger über Symptome wie Stress, Angst und Depressionen geklagt als Einheimische,⁴⁵ Auswirkungen, die mit schlechteren ökonomischen Bedingungen, Sprachbarrieren, irregulärem Status und erst kürzlich erfolgter Einreise in Zusammenhang standen. Umgekehrt wurde in anderen Studien festgestellt, dass die Migration positive Auswirkungen auf die psychische Gesundheit hat, was mit besseren ökonomischen Möglichkeiten in Verbindung gebracht wurde.⁴⁶

Schlechte Wohnbedingungen und gefährliche berufliche Tätigkeiten können häufiger zu Unfällen führen und die Gesundheit beeinträchtigen, wovon irreguläre Migranten besonders betroffen sein können.⁴⁷ Es gibt ausführlich dokumentierte Ungleichheiten im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung und den Status bei gefährdeten Migrantengruppen im Vergleich zur Gastbevölkerung in den entwickelten Ländern.⁴⁸ Die Gesundheit von Kindermigranten kann auch durch die Art der Arbeit, die sie verrichten, und bei der sie mitunter misshandelt und/oder Gefahren ausgesetzt werden, beeinträchtigt werden.⁴⁹ In Indien arbeiten beispielsweise viele Binnenmigranten in gefährlichen Jobs im Baugewerbe; und in der Lederindustrie sind fast ausschließlich Wanderarbeiter beschäftigt, die durch die Arbeitsbedingungen Atemprobleme und Hautinfektionen bekommen.⁵⁰ Diese Jobs sind jedoch im Vergleich zu den Tätigkeiten, die in der Heimat verfügbar waren, gut bezahlt, und Interviews in ländlichen Gebieten in Bihar

lassen darauf schließen, dass die Nachfrage nach solchen Jobs groß ist.⁵¹

Nicht alle Migranten haben gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung.⁵² Migranten mit Daueraufenthaltsstatus haben oft einen besseren Zugang als Migranten mit befristetem Aufenthaltsstatus, und irreguläre Migranten haben tendenziell einen wesentlich beschränkteren Zugang (Grafik 3.8). Durch die Migration haben Binnenmigranten mitunter keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung, wenn ein solcher Zugang, wie beispielsweise in China, von einer offiziellen Meldebestätigung abhängig gemacht wird. Im Gegensatz dazu genießen Migranten mit Daueraufenthaltsstatus, insbesondere die hochqualifizierten, tendenziell eine relativ gute Gesundheitsversorgung. In einigen Ländern steht die Gesundheitsversorgung sogar allen Migranten zur Verfügung, egal, welchen rechtlichen Status sie besitzen. Dies ist zum Beispiel in Portugal und Spanien der Fall. In den Vereinigten Arabischen Emiraten ist es von Emirat zu Emirat verschieden, in welchem Umfang Migranten in die Gesundheitsversorgung einbezogen sind. Sowohl Abu Dhabi als auch Dubai haben jedoch Pflichtversicherungssysteme, in die alle Arbeitgeber für ihre Arbeitnehmer Beiträge entrichten müssen. In Kanada haben alle Einwohner Anspruch auf Mitgliedschaft in der staatlichen Krankenversicherung, und die Provinzbehörden entscheiden, wer als Einwohner gilt.

In der Praxis haben insbesondere irreguläre Migranten oft nur eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen aufgrund von Finanznot, aber auch aufgrund ihres Status' oder wegen kultureller und sprachlicher Unterschiede.⁵³ In Frankreich, Deutschland und Schweden besteht für die Behandlung von irregulären Migranten eine Meldepflicht, was zu einem Misstrauensverhältnis zwischen den Gesundheitsdienstleistern und den Patienten führen und Migranten davon abhalten kann, sich in Behandlung zu begeben.⁵⁴ Wenn in den GCC-Staaten bei alleinstehenden Migrantinnen eine Schwangerschaft festgestellt wird, werden sie ausgewiesen.⁵⁵

In weniger wohlhabenden Zielländern existiert ein Spannungsverhältnis zwischen dem Ideal, auch irregulären Migranten Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewähren und der

Realität der knappen Ressourcen. In Südafrika berichten viele Menschen, die nicht südafrikanische Staatsbürger sind, dass sie keinen Zugang zu antiretroviralen Medikamenten gegen AIDS bekommen, da die entsprechenden Einrichtungen sie nicht behandeln, weil sie „Ausländer sind“ oder weil sie keinen nationalen Identitätsnachweis (national identity booklet) vorweisen können.⁵⁶ Wenn man bedenkt, dass Südafrika eine der höchsten HIV-Infektionsraten weltweit hat und gleichzeitig einen zwar verbesserten, aber immer noch eingeschränkten Zugang zu antiretroviralen Medikamenten, ist es nicht verwunderlich, dass irreguläre Migranten weit unten auf der Prioritätenliste rangieren. In anderen Teilen der Welt gibt es jedoch positivere Beispiele. In Thailand beispielsweise erhalten Migranten aus Kambodscha und Myanmar mit Unterstützung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria eine antiretrovirale Behandlung. In Thailand erhalten Migranten auch Zugang zur Krankenversicherung, und man bemüht sich, auch die irregulären Migranten zu erreichen.

3.3 Bildung

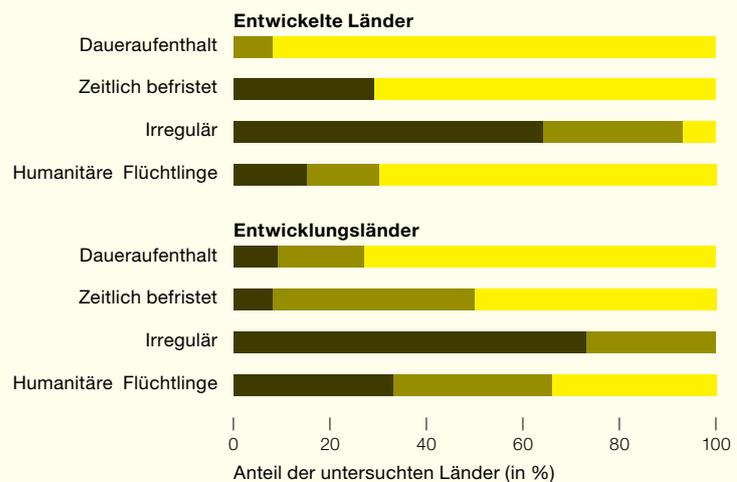
Bildung ist bereits ein Wert an sich, gleichzeitig aber stärkt sie maßgeblich das Potenzial, Einkommen zu erwirtschaften und an der Gesellschaft teilzuhaben. Sie sorgt für die sprachlichen, technischen und sozialen Qualifikationen, die eine wirtschaftliche und soziale Integration sowie Einkommenssteigerungen für nachfolgende Generationen ermöglichen. Eine Migration fördert in der Regel die Bildungsleistungen, insbesondere bei Kindern. Viele Familien entschließen sich speziell deshalb zur Migration, um ihren Kindern eine bessere Schulbildung an besseren Schulen zu ermöglichen. In vielen ländlichen Gebieten in Entwicklungsländern wird nur Grundschulbildung angeboten, die auch noch qualitativ schlechter ist als in den Städten; dadurch entsteht noch ein zusätzliches Motiv, vom Land in die Stadt abzuwandern.⁵⁷ Gleichermäßen nimmt die internationale Migration zum Zwecke besserer Bildung – Bildungsmigration – zu.⁵⁸

Im folgenden Abschnitt untersuchen wir die vorliegenden Fakten zu den Schulabschlussraten in den Herkunfts- und den Zielorten im Hinblick darauf, ob Migrantenkinder Zugang

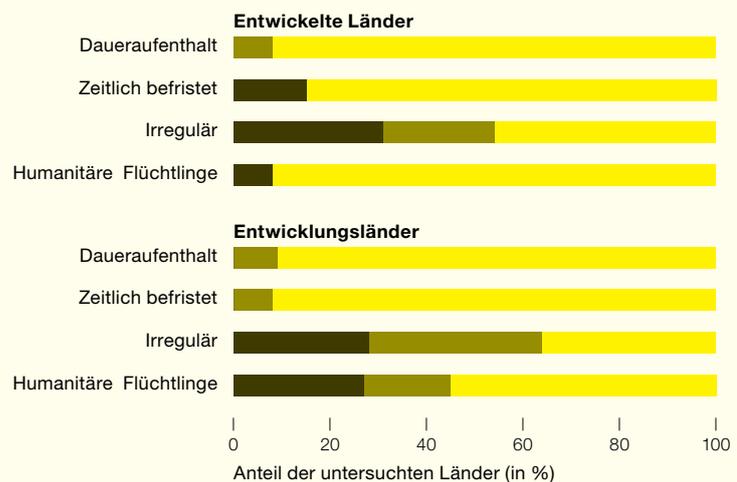
Grafik 3.8 Migranten mit zeitlich befristetem Aufenthaltsstatus und irreguläre Migranten haben oft keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung

Zugang zur Gesundheitsversorgung in entwickelten Ländern und Entwicklungsländern im Jahr 2009 nach Migrantenstatus

Tafel A: Gesundheitsvorsorge



Tafel B: Notversorgung



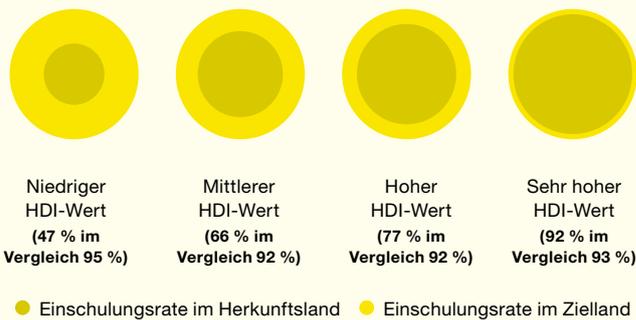
■ Zugang nur für Staatsbürger oder nicht verfügbar
 ■ Zugang für Migranten nur unter bestimmten Bedingungen
 ■ Sofortiger Zugang auch für Migranten

Quelle: Klugman and Pereira (2009)

Grafik 3.9

Der Zugewinn an Schulbildung ist bei Migranten aus Ländern mit niedrigem HDI-Wert am größten

Gesamteinschulungsrate in den Herkunfts- im Vergleich zu den Zielländern gemäß HDI-Einstufung des Herkunftslandes anhand von Erhebungen aus dem Jahr 2000 oder aktuelleren Erhebungen



Quelle: Ortega (2009).

Hinweis: Die Gesamteinschulungsrate umfasst Grundschulbildung, weiterführende Schulbildung und höhere Bildung.

zu staatlichen Schulen haben und wie gut sie im Vergleich zu den einheimischen Kindern vor Ort abschneiden.

Die Einschulungsquote kann sich beim Umzug einer Familie aus verschiedenen Gründen verändern. Einige davon sind in einem höheren Einkommen zu suchen, andere Faktoren wie beispielsweise die Verfügbarkeit von Lehrern und Schulen, die Qualität der Infrastruktur und die Transportkosten, können jedoch auch eine wichtige Rolle spielen. Ein guter Ausgangspunkt zur Bewertung des Zugewinns an Bildung ist der Vergleich von Einschulungsraten. Diese zeigen eindrucksvoll, wie vorteilhaft eine Migration sein kann (Grafik 3.9), wobei die groben Unterschiede bei Kindern aus Ländern mit niedrigem HDI-Wert am größten sind. Allerdings sollten diese Ergebnisse aufgrund von positiver Selektion nicht überschätzt werden. Die Einschulungsraten allein garantieren nämlich weder eine qualitativ hochwertige Bildung noch einen erfolgreichen Abschluss der Schullaufbahn.⁵⁹

Wie wichtig es ist, dass die körperliche, kognitive und emotionale Entwicklung bei Kindern schon sehr früh gefördert wird, und welche Bedeutung dabei Programmen zur frühkindlichen Entwicklung (early childhood development, ECD) zukommt, ist eindeutig nachgewiesen.⁶⁰ Untersuchungen aus Deutschland lassen darauf

schließen, dass durch ECD Kinder von Migranten auf das gleiche Niveau wie einheimische Kinder mit demselben sozio-ökonomischen Hintergrund gebracht werden können.⁶¹ Aufgrund traditioneller Normen, sprachlicher und kultureller Barrieren und mitunter unsicheren legalen Status ist es jedoch weniger wahrscheinlich, dass Migrantenkinder zu offiziellen ECD-Programmen angemeldet werden, trotz der Tatsache, dass die Behörden in Europa und den Vereinigten Staaten oft aktiv versuchen, diese Kinder zu erreichen.⁶² Thailand gehört zu den Entwicklungsländern, die sich darum bemühen, mit inoffiziellen ECD-Programmen auch Migranten zu erreichen, und zwar in den Grenzgebieten im Norden. Ähnliche Bemühungen findet man in einigen anderen Ländern. In der Dominikanischen Republik beispielsweise kommen solche Programme Kindern aus Haiti zugute.

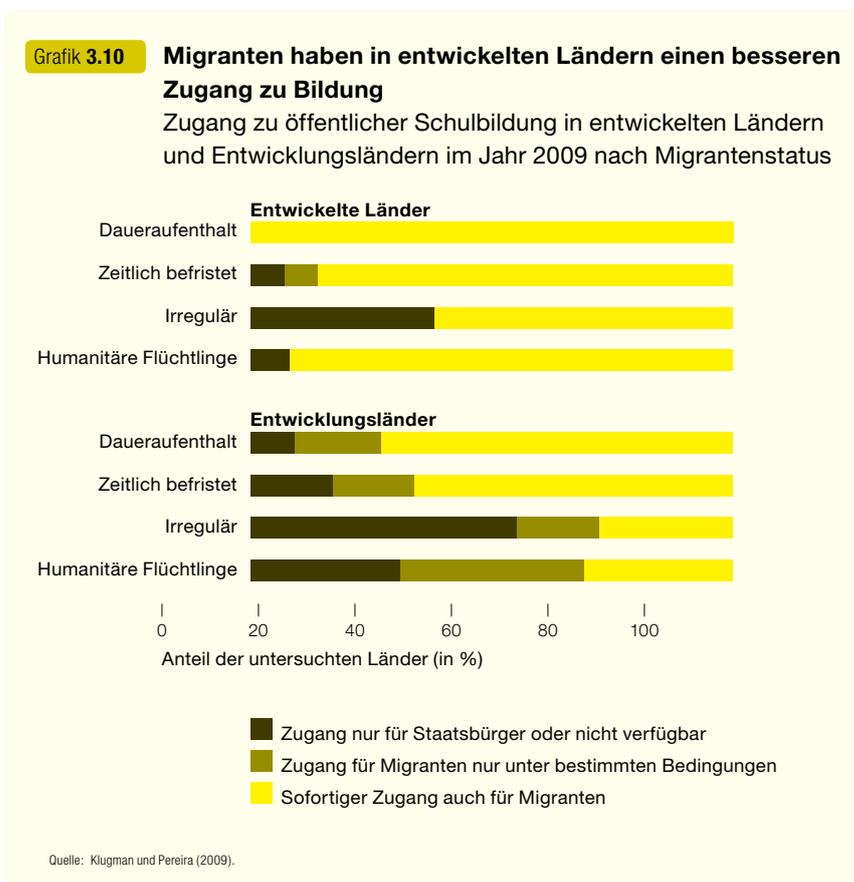
In einigen Ländern erhalten Migrantenkinder mitunter keinen Zugang zu staatlichen Schulen, oder von ihren Eltern wird ein höheres Schulgeld verlangt. Unsere politische Analyse ergab, dass die entwickelten Länder am ehesten bereit sind, allen Migranten – solchen mit Dauer- oder befristetem Aufenthaltsstatus, Migranten aus humanitären Gründen und irregulären Migranten – sofortigen Zugang zu Schulbildung zu gestatten (Grafik 3.10). In einem Drittel der von uns untersuchten entwickelten Länder jedoch, so beispielsweise in Singapur und Schweden⁶³, erhielten Kinder mit irregulärem Status keinen Zugang zu Schulbildung. Das Gleiche galt im Übrigen für mehr als die Hälfte der untersuchten Entwicklungsländer, so unter anderem für Ägypten und Indien. Hier einige Sonderfälle: In den Vereinigten Arabischen Emiraten haben Kinder mit irregulärem Migrantenstatus keinen Zugang zu Bildung und Ausbildung. In Belgien ist Bildung kostenlos und ein Recht für Jedermann, es besteht jedoch keine Schulpflicht für Kinder mit irregulärem Aufenthaltsstatus. In Polen haben Kinder im Alter von 6 bis 18 Jahren ein Recht auf Bildung, und es herrscht allgemeine Schulpflicht; Kinder mit irregulärem Aufenthaltsstatus können jedoch bei der Berechnung staatlicher Zuschüsse nicht mitgerechnet werden, was dazu führen kann, dass eine Schule sich weigert, solche Kinder aufzunehmen.⁶⁴

Armut und Diskriminierung (formelle wie informelle) können den Zugang zu

grundlegenden Dienstleistungen erschweren. Selbst wenn Kinder mit irregulärem Aufenthaltsstatus das Recht haben, eine staatliche Schule zu besuchen, kann es Barrieren geben, die ihre Einschulung verhindern. In einigen Ländern (z.B. in Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten) haben Untersuchungen ergeben, dass solche Kinder aus Angst, dass ihr irregulärer Status bekannt wird, nicht eingeschult wurden.⁶⁵ In Südafrika geht beinahe ein Drittel der Kinder ohne südafrikanische Staatsangehörigkeit nicht zur Schule. Die Ursache dafür liegt in einer Vielzahl von Gründen, so z.B., dass sie nicht in der Lage sind, Schulgebühren, Transportmittel, Uniformen und Bücher zu bezahlen. Oder sie werden von Schulverwaltungen abgewiesen. Diejenigen, die in die Schule gehen, berichten dagegen immer wieder, dass sie fremdenfeindlichen Bemerkungen von Lehrern oder anderen Schülern ausgesetzt sind.⁶⁶

Auf die größten Schwierigkeiten treffen anscheinend zwei Gruppen von Kindern: Kinder, die als unbegleitete Migranten unterwegs sind und in der Regel einen irregulären Aufenthaltsstatus haben (Kasten 3.2) und Kinder, die zeitlich befristet in Begleitung ihrer Eltern als Binnenmigranten unterwegs sind bzw. von einem Entwicklungsland in ein anderes abwandern. Die erstgenannte Gruppe erhält wahrscheinlich aufgrund sozialer und kultureller Isolation, anstrengender und gefährlicher Arbeit, extremer Armut, eines schlechten Gesundheitszustands und aufgrund von Sprachbarrieren überhaupt keinen Zugang zu Bildung.⁶⁷ Was die zweite Gruppe betrifft, haben qualitative Untersuchungen in Vietnam und Pakistan ergeben, dass durch die saisonale Migration ihre Bildung unterbrochen wird.⁶⁸ In Vietnam wandert die Rac Lai-Minderheit während der Erntezeit in isolierte Gebirgsgebiete ab, und ihre Kinder besuchen während dieses Zeitraums keine Schule.⁶⁹

Selbst wenn Migrantenkinder Zugang zu besseren Schulen erhalten als für sie im Herkunftsland verfügbar gewesen wären, erzielen sie im Vergleich zu gleichaltrigen Einheimischen nicht alle gute Schulabschlüsse. In den 21 OECD- und 12 Nicht-OECD-Ländern, die an der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment)⁷⁰, bei der Leistungen in den Naturwissenschaften überprüft wurden, teilnahmen, schnitten Schüler mit Migrationshintergrund



in diesen Fächern tendenziell schlechter ab als einheimische, vor Ort geborene Kinder. In Australien, Irland und Neuseeland jedoch, ebenso wie in Israel, Macao (China), China, der Russischen Föderation und Serbien, erbrachten im Ausland geborene Schüler genauso gute Leistungen wie gleichaltrige einheimische Schüler. Ebenso wiesen Schüler aus demselben Herkunftsland sogar in benachbarten Ländern unterschiedliche Leistungen auf: So schnitten beispielsweise Schüler mit türkischem Migrationshintergrund im Fach Mathematik in der Schweiz besser ab als in Deutschland.⁷¹ Die nächste Generation – Kinder von Migranten, die im Aufnahmeland geboren sind – erbringen in der Regel bessere Leistungen, jedoch mit einigen Ausnahmen, wie z.B. in Dänemark, Deutschland und den Niederlanden.

Weshalb Kinder aus Migrantenfamilien im Hinblick auf Bildung benachteiligt sind, kann teilweise auf die schlechte Bildung der Eltern und auf ein niedriges Familieneinkommen zurückgeführt werden. Kinder aus Familien, in

Kasten 3.2 Unbegleitete Kindermigranten

Kinderhandel und Asylsuche werden oft als Hauptursachen für die unbegleitete Migration von Kindern dargestellt. Allerdings bestätigen Untersuchungen, dass schon seit langer Zeit auch Kinder auf die Suche nach Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten gehen. Die Kinderrechtskonvention erkennt Kinder in erheblichem Umfang als eigenständige Akteure, Entscheidungsträger, Initiatoren und soziale Akteure im Hinblick auf ihre eigenen Belange an. Allerdings haben sich sowohl die wissenschaftliche Literatur und die politischen Antworten auf Kindermigration in erheblichem Umfang auf Sozialleistungen und den Schutz vor Gefahren konzentriert, und politische Massnahmen zu ihrer Beteiligung, Förderung und Nicht-Diskriminierung vernachlässigt.

Wie bei anderen Arten von Migration sind auch die Auswirkungen unbegleiteter Kindermigration kontextspezifisch. In einigen Studien konnte bei Kindern in ländlichen Gebieten ein signifikanter Zusammenhang zwischen nicht stattfindendem Schulbesuch und der Neigung zur Migration zwecks Arbeitssuche festgestellt werden, während andere Studien ergaben, dass Migration positiv mit Ausbildung verbunden wird. Eine neuere Studie auf der Basis von Volkszählungsdaten in Argentinien, Chile und Südafrika zeigt, dass unbegleitete Kindermigranten in ihrem Zuwanderungsgebiet in schlechteren Wohnverhältnissen lebten, während die Wohnverhältnisse von abhängigen Migrantenkindern mit denen von Nicht-Migranten vergleichbar waren. Über ein Fünftel der internationalen unbegleiteten Kindermigranten zwischen 15 und 17 Jahren in diesen Ländern arbeiteten in diesen Ländern im Vergleich zu weniger als vier Prozent der abhängigen Kinder aus Nicht-Migrantenfamilien. Viele leben bei Verwandten oder Arbeitgebern, aber Unterkunft und Sicherheit können erhebliche Sorgen verursachen. Kinder sind oft weniger als Erwachsene in der Lage, den Arbeitsplatz zu wechseln, und haben es schwerer, Dokumente zu bekommen, selbst wenn sie dazu berechtigt sind. Zudem werden sie häufiger Opfer von Gewalt durch Arbeitgeber oder durch Zusammenstöße mit der Polizei, und sie werden von Arbeitgebern und anderen leichter betrogen.

Quelle: Bhabha (2008) und Yaqub (2009).

denen die Eltern keinen höheren Schulabschluss haben – was in der Regel in Migrantenhaushalten in Frankreich, Deutschland, der Schweiz und den Vereinigten Staaten der Fall ist – gehen üblicherweise nicht so lange zur Schule. Eine Studie über Migrantenkinder in acht entwickelten Ländern ergab jedoch, dass viele Migrantenfamilien zwar fern von ihren Verwandten und sozialen Netzwerken leben, dass die Kinder jedoch in der Regel wesentlich eher mit beiden Elternteilen aufwachsen als dies bei einheimischen Kindern der Fall ist.⁷² Dieses Ergebnis widerspricht einer Ansicht, die mitunter in der Literatur zu finden ist und die besagt, dass Migrantenkinder oft benachteiligt sind, weil sie mit nur einem Elternteil leben müssen.

In den OECD-Ländern besuchen Schüler aus Migrantenfamilien im Allgemeinen Schulen,

die in Bezug auf das Lehrpersonal und die Ausstattung von ähnlicher Qualität sind wie diejenigen, die einheimische Schüler besuchen. Es gibt jedoch auch einige Ausnahmen, beispielsweise in Dänemark, Griechenland, den Niederlanden und Portugal. In einigen Fällen liegt die Qualität von Schulen, die von Migrantenkindern besucht werden, unter dem nationalen Durchschnitt. Das hängt jedoch wesentlich öfter mit dem Einkommensniveau vor Ort im Allgemeinen zusammen als mit dem Migrantenstatus im Besonderen. Aus Studien über die Schulsegregation in den Vereinigten Staaten geht hervor, dass Kinder aus Migrantenfamilien schlechtere Testergebnisse erzielen, wenn sie innerstädtische Minderheitenschulen besuchen.⁷³ Studien aus den Niederlanden und Schweden kommen zu dem Ergebnis, dass es sich äußerst negativ auf die schulischen Leistungen von Migrantenkindern auswirkt, wenn sie als Gruppe zusammengefasst und von anderen Kindern getrennt unterrichtet werden.⁷⁴ Selbst wenn sie in Bezug auf Lehrmaterial und –ausstattung nicht benachteiligt sind, kann es sein, dass Schüler aus Migrantenfamilien besonderer Dienstleistungen bedürfen, wie beispielsweise Unterricht in der Landessprache.

Wir widmen der Schulbildung zum Teil deshalb so viel Aufmerksamkeit, weil sie von großer Bedeutung ist, wenn die Aussichten künftiger Generationen verbessert werden sollen. In Kasten 3.3 wird aufgezeigt, in welchem Maße die Schulbildung die Zukunftschancen verbessert.

3.4 Empowerment, bürgerliche Rechte und Partizipation

Eine Migration kann sich nicht nur auf das materielle Wohlergehen positiv auswirken, sondern auch auf Dinge wie Verhandlungsmacht, Selbstwertgefühl und Würde. Empowerment, definiert als die Freiheit, persönliche Ziele zu verfolgen und für das eigene Wohlergehen zu sorgen,⁷⁵ kann durch eine Migration gefördert werden. Es spielt jedoch offenbar eine Rolle, wie Migranten im Aufnahmeland aufgenommen werden, insbesondere wenn sie vor Ort Anfeindungen ausgesetzt sind, die sogar zu Gewalttätigkeiten führen können.

Menschliche Entwicklung umfasst die gesamte Bandbreite von Fähigkeiten, so z.B. auch

Kasten 3.3 Die nächste Generation

Menschen, die sich zur Migration entschließen, sind oft durch die Aussicht auf ein besseres Leben für ihre Kinder motiviert. In der Tat können die Kinder von Migranten eine zentrale Bevölkerungsgruppe darstellen, der die politischen Entscheidungsträger mehr Aufmerksamkeit widmen sollten. In Brüssel beispielsweise stellen sie über 40 Prozent der Bevölkerung im schulfähigen Alter, in New York die Hälfte und in Los Angeles County fast zwei Drittel.

Eine gute Ausbildung ist entscheidend für die Zukunftsaussichten. Es gibt Belege dafür, dass die Kinder von Migranten üblicherweise besser abschneiden als ihre Eltern, aber nicht ganz so gut wie Kinder ohne Migrationshintergrund, selbst wenn man sozio-ökonomische Charakteristiken mitberücksichtigt. Es gibt allerdings Ausnahmen, zum Beispiel Australien und Kanada, wo die Schulleistungen von Migrantenkindern nahezu gleich oder sogar besser sind als die der gleichaltrigen einheimischen Kinder. In Ländern mit Schulsystemen, bei denen frühzeitig selektiert wird, wie etwa Deutschland oder die Niederlande, scheinen die Schulleistungen am weitesten auseinanderzuklaffen.

Wie die Kinder von Migranten auf dem Arbeitsmarkt abschneiden, unterscheidet sich ebenfalls von Land zu Land und von Gruppe zu Gruppe. Neuere Forschungsergebnisse legen

nahe, dass sie einen höheren Beschäftigungsgrad als Migranten in derselben Altersgruppe haben, aber verglichen mit Kindern ohne Migrationshintergrund im Nachteil sind. In manchen europäischen Ländern ist die Jugendarbeitslosigkeit bei Kindern von Migranten höher. Begrenzter Zugang zu informellen Netzwerken und Diskriminierung (entweder herkunfts- oder klassenbezogen) kann zu solchen Ungleichgewichten beitragen.

Manche Kinder aus Migrantenfamilien treffen auf Rassismus, oft im Zusammenhang mit begrenzten Arbeitsplatzchancen. Studien in den Vereinigten Staaten haben beispielsweise ergeben, dass die Gefahr einer „segmentierten Assimilation“ besteht, d.h. dass die Kontakte, Netzwerke und Ziele von Immigrantenkindern auf ihre eigene ethnische Gruppe beschränkt bleiben. Es wurde jedoch auch festgestellt, dass diese Gefahr je nach Gruppe unterschiedlich ist. Man fand heraus, dass bei Kindern mexikanischer Migranten im Teenageralter ein höheres Risiko eines Schulabbruchs, eines Gefängnisaufenthalts oder einer Schwangerschaft besteht. Dieselben Studien legen nahe, dass wirtschaftliche und soziale Ressourcen auf Familien- und Gemeinschaftsebene dazu beitragen können, diese Risiken zu überwinden und das Entstehen einer Unterschicht perspektivloser Jugendlicher zu vermeiden.

Quelle: Crul (2007), OECD (2007), Castles und Miller (1993), und Portes und Zhou (2009).

soziale Freiheiten, von denen man nicht ohne politische und staatsbürgerliche Garantien Gebrauch machen kann. Diese sind Bestandteil der Dimension von Freiheit, die einige Philosophen als „die sozialen Grundlagen der Selbstachtung“ bezeichnen.⁷⁶ Diese Fähigkeiten können ebenso wichtig sein wie Einkommensgewinne, sie werden jedoch oft durch fest verankerte soziale, Klassen- und Rassenschranken eingeschränkt. In vielen Ländern herrscht eine negative Grundeinstellung gegen Zuwanderer, die das Würde- und Selbstachtungsempfinden der Migranten stark beeinträchtigen kann. Dabei handelt es sich nicht um ein neues Phänomen: Im 19. Jahrhundert sahen sich die Iren in Großbritannien denselben Vorurteilen ausgesetzt wie beispielsweise auch die Chinesen in Australien.

Migration kann Frauen aus ländlichen Gegenden zu mehr Autonomie verhelfen. Empowerment tritt in der Regel ein, wenn Frauen durch Migration von ländlichen in städtische Gebiete gelangen, dadurch von anderen Familienmitgliedern und von Freunden getrennt werden, und so dazu veranlasst werden, eine bezahlte Arbeit

außer Haus anzunehmen.⁷⁷ In qualitativen Studien in Ecuador, Mexiko und Thailand konnten diese Auswirkungen nachgewiesen werden. Für die in diesen Studien erfassten Frauen war es ein undenkbarer Vorschlag, zu ihrem alten Lebensstil auf dem Land zurückzukehren.⁷⁸ Auch bei türkischen Emigrantinnen konnte eine stärkere Teilnahme am Arbeitsleben und eine größere Autonomie festgestellt werden.⁷⁹ Nicht nur Frauen stellen im Zuge der Migration die traditionelle Rollenverteilung in Frage; auch junge Migranten können sich in ähnlicher Weise ermutigt fühlen, patriarchalische Strukturen in der Familie in Frage zu stellen.⁸⁰

Solche positiven Ergebnisse sind jedoch nicht zwangsläufig. Einige Migrantengemeinschaften verhalten sich mitunter so, als ob die Zeit stehen geblieben ist, und halten an kulturellen und sozialen Praktiken fest, die in ihrem Heimatland zum Zeitpunkt ihrer Migration existierten, selbst wenn das Land sich seitdem weiterentwickelt hat.⁸¹ Oder Migrantengemeinschaften entwickeln radikal konservative Ideen und Praktiken, um sich dadurch von der

Kultur des Aufnahmelandes abzugrenzen. Das kann zu einer Entfremdung führen und bisweilen zu Extremismus. Zwischen den kulturellen und anderen Traditionen einer Gemeinschaft, den sozioökonomischen Bedingungen und der staatlichen Politik besteht eine komplizierte Dynamik. Eine vor kurzem durchgeführte Mikro-Analyse in zehn lateinamerikanischen Ländern ergab, dass Binnenmigranten indigener Herkunft in städtischen Gebieten immer noch diskriminiert wurden, auch wenn sie mehr Zugang zu Dienstleistungen erhielten, als sie vorher zu Hause auf dem Land hatten.⁸² In einer weiteren Studie wurde festgestellt, dass Frauen aus Bolivien in Argentinien diskriminiert wurden, nur sehr eingeschränkt Zugang zum Arbeitsmarkt erhielten und weiterhin nur einen untergeordneten Sozialstatus hatten.⁸³

Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement sind wichtige Aspekte des Empowerment. Unsere Analyse auf Grundlage der Weltweiten Werte Umfrage ergab, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich eher in einer Reihe zivilgesellschaftlicher Verbände engagieren. Im Vergleich zu Menschen, die kein Elternteil mit Migrationshintergrund haben, sind sie häufiger Mitglied in einer Reihe von Organisationen, so zum Beispiel in Sport-, Freizeit- und Kunstvereinen oder Berufsverbänden, und bringen diesen Organisationen auch mehr Vertrauen entgegen.

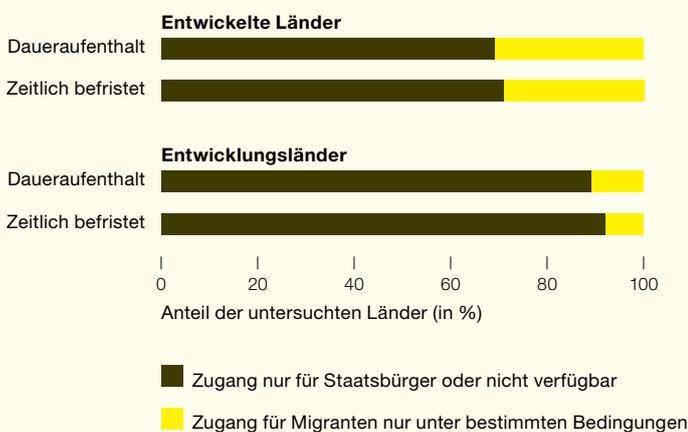
Untersuchungen lassen auch darauf schließen, dass Menschen eher am politischen Geschehen teilnehmen, wenn sie die Sprache des Aufnahmelandes beherrschen, sich dort länger aufhalten, im Aufnahmeland in die Schule gegangen sind, Verbindungen zu sozialen Netzwerken und zum Arbeitsmarkt haben, und wenn die institutionellen Hürden beim Anmelden und bei Wahlen nicht so hoch sind.⁸⁴

Auch institutionelle Faktoren sind wichtig, insbesondere staatsbürgerliche und Wahlrechte. Unsere politische Bewertung ergab, dass das Wahlrecht bei nationalen Wahlen weitgehend auf die Staatsbürger des jeweiligen Landes beschränkt war. In einigen entwickelten Ländern dürfen Ausländer jedoch an den Kommunalwahlen teilnehmen (Grafik 3.11). Der Index Integration und Migration (Migrant Integration Policy Index, MIPEX) bewertet die Chancen für Migranten, am öffentlichen Leben teilzunehmen, und zwar im Hinblick auf Mitgliedschaft in Vereinen, aktives und passives Wahlrecht bei Kommunalwahlen und finanzielle Unterstützung von Migrantenvereinigungen. Aus dem MIPEX geht hervor, dass die Politik in Westeuropa eine Partizipation von Migranten begünstigt, was in Mittel-, Ost- und Südosteuropa weniger der Fall ist. In Schweden kann jeder legale Einwohner, der drei Jahre lang im Land gelebt hat, bei regionalen und kommunalen Wahlen wählen und kann bei Kommunalwahlen auch kandidieren. In Spanien haben Ausländer das Wahlrecht bei Kommunalwahlen, wenn sie bei ihrer Kommunalverwaltung als Einwohner gemeldet sind.

Viele Menschen entschließen sich zumindest teilweise deshalb zur Migration, weil sie sich davon mehr körperliche und persönliche Sicherheit versprechen, und sie ziehen in Gegenden, wo mehr Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaftspflicht der Regierung herrscht. Dies gilt ganz offensichtlich für viele Flüchtlinge, die aus Konfliktregionen fliehen, selbst wenn sie sich dann in einer prekären rechtlichen Lage befinden, solange sie Asyl suchen. Unsere Analyse der Determinanten von Migrantenströmen zwischen Länderpaaren zeigt, dass es erhebliche positive Auswirkungen auf die Zuwanderung von Migranten hat, wenn in einem Land mehr Demokratie herrscht.⁸⁵

Sogar Länder mit soliden rechtsstaatlichen Traditionen werden jedoch vor eine harte Probe

Grafik 3.11 Das Wahlrecht ist in der Regel Staatsbürgern vorbehalten
Wahlrecht bei Kommunalwahlen in entwickelten Ländern und Entwicklungsländern im Jahr 2009 nach Migrantenstatus



Quelle: Klugman und Pereira (2009).

gestellt, wenn die Durchsetzung der Migrationsgesetze zu den Routineaufgaben der Polizei gehört. Wie wir in Kapitel 2 sehen konnten, ist die Vollzugspraxis in den einzelnen Ländern unterschiedlich. In einigen Ländern können irreguläre Migranten leicht Opfer von korrupten Beamten werden. In Südafrika vernichten Polizisten oft Dokumente und versuchen, dadurch Bestechungsgelder zu erpressen, oder sie weigern sich, die Dokumente anzuerkennen, um auf diese Weise eine Inhaftierung zu rechtfertigen.⁸⁶ Mongolische Migranten in der Tschechischen Republik berichten ebenfalls, dass sie bei Polizeirazzien Geldbußen zahlen mussten, unabhängig davon, ob die Polizisten dazu autorisiert waren oder nicht.⁸⁷ In Malaysia waren Migranten bisweilen informellen Vollstreckungsmaßnahmen ausgesetzt, was zu Beschwerden wegen Misshandlungen geführt hat (Kasten 3.4).

Wie wir in Kapitel 4 feststellen werden, machen sich die Menschen in den Aufnahmeländern oft Sorgen über die wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen der Zuwanderung, ebenso sorgen sie sich um die Sicherheit. In einigen Fällen kommt es zu Fremdenfeindlichkeit. Diese tritt am ehesten in Erscheinung, wenn Extremisten Ängste und Unsicherheiten schüren. Es kann zu Gewalttätigkeiten Migranten gegenüber kommen – wie beispielsweise in Malaysia und Südafrika im Jahr 2008 und in Nordirland 2009 – mit ernsthaften Auswirkungen sowohl für die beteiligten Individuen als auch für die Gesellschaft insgesamt.⁸⁸ Man weiß aus Erfahrung, dass solche Gewalttätigkeiten üblicherweise dort auftreten, wo ein politisches Vakuum skrupellosen Akteuren vor Ort ermöglicht, unerschwellige soziale Spannungen in ihrem Sinne zu manipulieren.⁸⁹

Paradoerweise lässt sich belegen, dass Intoleranz zwar oft zur Vermeidung sozialer Kontakte führt, dass jedoch verstärkte soziale Kontakte zwischen Migranten und Nicht-Migranten die Toleranz gegenüber Migrantengruppen verbessern und vorhandenen Vorurteilen entgegenwirken können.⁹⁰ Eindeutig spielen gemäßigte Politiker, Regierungsbehörden und NRO gemeinsam eine wichtige Rolle bei der Gestaltung und Umsetzung von politischen Maßnahmen und Dienstleistungen, die die Integration erleichtern und die Eskalation von Spannungen verhindern. Es reicht nicht aus, wenn Gesetze

lediglich formell in Kraft sind: Auch Führungsqualität, Rechenschaftslegung und eine auf informierter Grundlage geführte öffentliche Debatte sind vonnöten (Kapitel 5).

3.5 Ergebnisse aufgrund negativer Einflüsse besser verstehen

Einige Menschen entschließen sich zur Migration, weil sie Glück haben – sie haben bei der Green Card-Verlosung gewonnen, oder ein Freund oder Verwandter bietet seine Hilfe an, eine neue Chance in der Stadt wahrzunehmen. Viele andere entschließen sich jedoch aufgrund von schwierigen Umständen zur Migration – aufgrund des Wirtschaftszusammenbruchs und der politischen Unruhen in Simbabwe, des Krieges im Sudan oder aufgrund von Naturkatastrophen wie dem Tsunami in Asien. Eine Migration unter solchen Umständen kann Menschen Risiken aussetzen, ihre Gefährdung noch vergrößern und ihre Fähigkeiten untergraben. In diesen Fällen liegt es natürlich nicht an der Migration an sich, sondern an den dahinterstehenden Einflüssen, dass so niederschmetternde Ergebnisse erzielt werden. In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse untersucht, die mit drei

Kasten 3.4 Vollstreckungsmaßnahmen in Malaysia

Als eine der stabilsten Ökonomien Südostasiens hat Malaysia viele Wanderarbeiter angezogen (offiziell mit etwa sieben Prozent der Bevölkerung im Jahr 2005 angegeben). Malaysia hatte Ende 2008 etwa zwölf Millionen Erwerbstätige, das sind etwa 44 Prozent der 27 Millionen Einwohner, einschliesslich etwa 2,1 Millionen legaler Migranten aus Bangladesch, Indonesien und anderen asiatischen Ländern. Die malaysische Regierung hat bisher dazu tendiert, unbefugte Migration zu tolerieren, eine offizielle Regelung war allerdings manchmal mit einer Verschärfung der Einreisebedingungen und einer verstärkten Rechtsvollstreckung verbunden.

Seit 1972 hat das Malaysia's People's Volunteer Corps (Ikatan Relawan Rakyat oder RELA) dazu beigetragen, die Gesetze, einschliesslich der Einwanderungsgesetze, durchzusetzen. RELA-Freiwillige, deren Zahl etwa 500.000 beträgt, dürfen Arbeitsstätten und Wohnungen ohne Durchsuchungsbefehl betreten, Schusswaffen tragen und mit Genehmigung von RELA-Vorgesetzten Verhaftungen vornehmen. Migranten-Aktivistinnen sagen, dass RELA-Freiwillige sich zu Bürgerwehren entwickelt haben, die falsche Beweise fabrizieren, um Verhaftungen von Migranten vornehmen zu können, und bei ihren Polizeiaktivitäten unverhältnismäßige Gewalt ausüben. Die Regierung hat kürzlich ihre Absicht bekanntgegeben, Missbräuche abzustellen und prüft derzeit Wege, RELA durch eine bessere Schulung der Mitglieder zu verbessern.

Quelle: Crush und Ramchandran (2009), Vijayani (2008) und Migration DRC (2007).

Wenn arme und verzweifelte Menschen aus Kampfgebieten fliehen, sind sie ernstesten Risiken ausgesetzt

allgemeinen Einflüssen verbunden sind: mit Konflikten, entwicklungsbedingter Vertreibung und mit Menschenhandel.

3.5.1 Wenn Unsicherheit zur Migration führt

Menschen, die vor Unsicherheit und Gewalt flüchten, erleben normalerweise einen absoluten Zusammenbruch ihrer menschlichen Entwicklung. Die Migration schützt sie nichtsdestotrotz vor noch größerem Schaden, den sie erlitten hätten, wenn sie in der Heimat geblieben wären. Flüchtlingen steht eine Reihe von Schutzmaßnahmen zur Verfügung, insbesondere denjenigen, die unter die Flüchtlingskonvention von 1951 und damit unter das Mandat des UNHCR fallen. In der Konvention sind die Kriterien definiert, aufgrund derer Individuen in den Unterzeichnerstaaten Asyl gewährt werden kann, gleichzeitig werden die damit verbundenen Rechte der Flüchtlinge aufgelistet. Ein solcher Schutz hat Millionen von Menschen ermöglicht, in neue, sichere Regionen zu emigrieren.

Die derzeit stattfindenden Auseinandersetzungen sind immer häufiger mit größeren Bevölkerungsbewegungen verbunden, dazu gehört beispielsweise auch die vorsätzliche Vertreibung von Zivilisten, die als Waffe im Krieg eingesetzt wird.⁹¹ Einige der Vertriebenen sind zwar in der Lage, in weiter entfernte Regionen in Nordamerika, Westeuropa oder Australasien zu flüchten, die meisten siedeln sich jedoch innerhalb oder in der Nähe ihres Herkunftslandes wieder an. Zwar ist nur etwa ein Drittel derjenigen, die durch Konflikte vertrieben wurden, in Lagern untergebracht,⁹² doch diese Lager sind zum Symbol für die Notlage von Menschen in armen, von kriegerischen Auseinandersetzungen betroffenen Regionen geworden. Ein aktuelles Beispiel ist die Bevölkerung von Darfur im Sudan, die aus ihren Dörfern fliehen musste, nachdem durch Angriffe ihre Viehherden und Ernten ebenso wie ihre Brunnen und Behausungen vernichtet worden waren. Den Menschen aus Darfur blieb nicht anderes übrig, als sich der – nach dem lange währenden Krieg im Süden des Sudan – schon vorher größten Vertriebenenbevölkerung weltweit anzuschließen.

Wenn arme und verzweifelte Menschen aus Kampfgebieten fliehen, sind sie ernstesten Risiken

ausgesetzt. Durch kriegerische Auseinandersetzungen werden sämtliche Formen von Kapital zerstört oder zumindest verringert, und die Menschen sind von ihren bisherigen Einkommensquellen, den Dienstleistungen und sozialen Netzwerken abgeschnitten und sind daher noch gefährdeter. Durch die Flucht sind die Vertriebenen zwar vielleicht ganz unmittelbaren körperlichen Bedrohungen entkommen, hinterher sind sie jedoch immer noch mit einer ganzen Reihe gewaltiger Herausforderungen konfrontiert. Unter den Problemen, mit denen sie zu kämpfen haben, rangieren Sicherheit und Anfeindungen der einheimischen Bevölkerung ganz oben auf der Liste, insbesondere in Lagern und deren näherer Umgebung.⁹³ In Bürgerkriegen sind die Binnenvertriebenen mitunter Schikanen seitens der Regierung und Anfeindungen der einheimischen Bevölkerung ausgesetzt.

Nichtsdestotrotz ist es wichtig, zu bedenken, dass nur ein kleiner Teil der Migration aufgrund von Konflikten und Unsicherheit stattfindet – es handelt sich um etwa ein Zehntel der internationalen Migration und um ungefähr ein Zwanzigstel der Binnenmigration. Dabei gibt es regionale Unterschiede: Afrika ist stärker betroffen – Konflikte sind die Ursache für etwa 13 Prozent der transnationalen Migration auf dem afrikanischen Kontinent. Die Karte 3.1 gibt einen Überblick über die Konfliktregionen und die wichtigsten Vertriebenenströme in Afrika sowohl innerhalb einzelner Länder als auch länderübergreifend. Auch wenn die Karte ein düsteres Bild zeichnet, möchten wir betonen, dass die überwältigende Mehrheit der Wanderungsbewegungen in Afrika nicht aufgrund von kriegerischen Auseinandersetzungen stattfindet und dass sich die meisten Afrikaner aus den gleichen Gründen zu einer Migration entschließen wie andere Menschen auch.⁹⁴

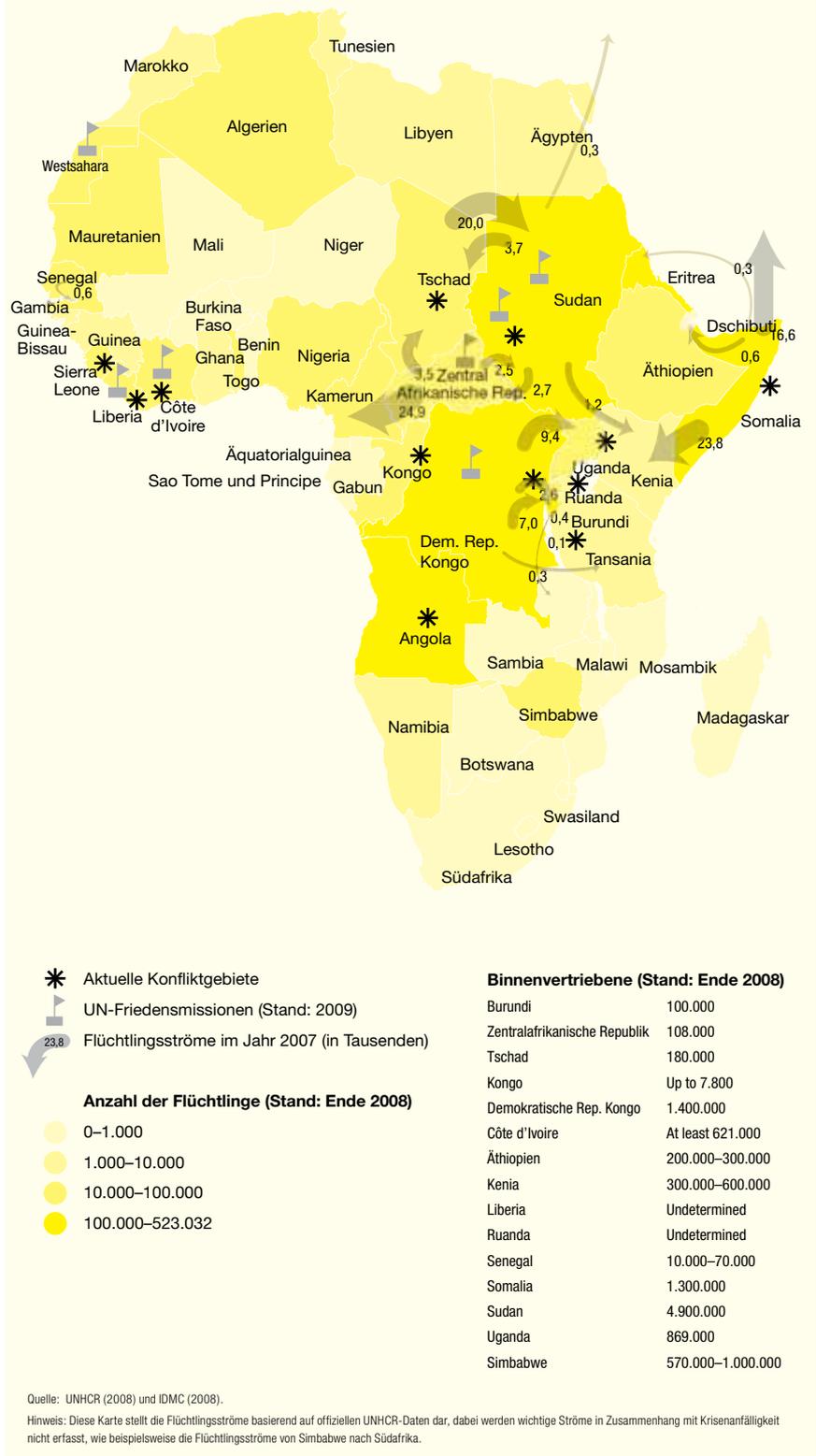
Abgesehen davon, dass vertriebene Menschen in ständiger Unsicherheit leben, ist für sie der Versuch, ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften, zusätzlich eine besonders große Herausforderung, insbesondere, wenn sie keine Ausweispapiere vorweisen können.⁹⁵ In Auftrag gegebene Studien⁹⁶ ergaben, dass Uganda das einzige von sechs Ländern war, wo Flüchtlingen gesetzlich erlaubt war, sich im Land frei zu bewegen, Arbeit anzunehmen und Land zu besitzen. Etwa 44 Prozent der Bevölkerung in

Flüchtlingslagern in Uganda im arbeitsfähigen Alter hatten eine Arbeitsstelle, während in allen fünf anderen Ländern der Anteil bei unter 15 Prozent lag. Selbst wenn es den Vertriebenen gestattet ist zu arbeiten, erhalten sie selten Gelegenheit dazu.

Die Ergebnisse für die menschliche Entwicklung derer, die sich aufgrund von Unsicherheit zur Migration entschlossen haben, sind sehr unterschiedlich. Die UN-Leitlinien zum Schutz von Binnenvertriebenen (UN Guiding Principles on Internal Displacement) haben zwar zur Bewusstseinsbildung beigetragen, die Binnenvertriebenen – 80 Prozent sind Frauen und Kinder – genießen jedoch nicht dieselben gesetzlich verankerten Rechte wie Flüchtlinge.⁹⁷ Ungefähr die Hälfte der auf 26 Millionen geschätzten Binnenvertriebenen erhält in irgendeiner Form Unterstützung vom UNHCR, von der Internationalen Organisation für Migration (International Organization for Migration, IOM) und anderen Organisationen, man beruft sich jedoch oft auf die Souveränität eines Landes, um die Einschränkung internationaler Hilfsbemühungen zu rechtfertigen. Im Jahr 2007 gab es im Sudan, in Myanmar und Simbabwe jeweils mehr als 500.000 von Krisen betroffene Menschen, die nicht von humanitären Hilfeleistungen erreicht werden konnten.⁹⁸ Selbst in nicht so krassen Fällen sind Unterernährung, mangelnder Zugang zu sauberem Wasser und Gesundheitsversorgung sowie das Fehlen von Unterlagen und Eigentumsrechten charakteristisch für die Situation der Binnenvertriebenen. Einige Regierungen haben jedoch gemeinsame Anstrengungen unternommen, um die Rechte und Lebensbedingungen der Binnenvertriebenen in ihrem Land zu verbessern.⁹⁹

Auch die Situation internationaler Flüchtlinge ist unterschiedlich, kann jedoch tröstlich sein, insbesondere in langandauernden Konflikten wie in Palästina. Etwa die Hälfte aller Flüchtlinge befindet sich in einer solchen Situation. Unsere in Auftrag gegebene Analyse bestätigte die insgesamt schlechten Ergebnisse für die menschliche Entwicklung, zeigte aber gleichzeitig auch Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen und Ländern auf. Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt kommt sehr häufig vor. Paradoxerweise konnten jedoch Berichten zufolge Frauen in Burundi und Sri Lanka ein

Karte 3.1 Konflikte als Migrationsursache in Afrika
 Konflikte, Krisenanfälligkeit und Bevölkerungsbewegungen in Afrika



selbstbestimmteres Leben führen, weil sie als Beschützerinnen und Versorgerinnen ihrer Familien neue soziale Rollen übernahmen.¹⁰⁰

Die Indikatoren für Bildung und Gesundheit sind in Flüchtlingslagern mitunter höher als bei der einheimischen Bevölkerung außerhalb der Lager. Unsere Studie ergab, dass in untersuchten Lagern in Nepal, Tansania und Uganda der Anteil der Geburten, bei denen ausgebildetes medizinisches Fachpersonal zugegen war, wesentlich höher war als bei der Bevölkerung dieser Länder insgesamt. Gleichmaßen waren die Bildungsindikatoren – wie beispielsweise die allgemeinen Einschulungsraten an Grundschulen und das Verhältnis Schüler zu Lehrer – bei Flüchtlingen in den Lagern besser als bei der Gesamtbevölkerung (Grafik 3.12). In diesen Beispielen spiegeln sich sowohl die positiven Auswirkungen der humanitären Hilfe in den Lagern als auch die im Allgemeinen schlechten Zustände und Indikatoren der menschlichen Entwicklung in den Ländern, in denen sich das Gros der Flüchtlinge aufhält, wider.

Wie bereits oben erwähnt, halten sich die meisten Flüchtlinge und Binnenvertriebenen gar nicht in Lagern auf, oder zumindest nicht für längere Zeit. So lebt beispielsweise weniger als ein Drittel der palästinensischen Flüchtlinge in von der UNRWA verwalteten Lagern.¹⁰¹ Im Durchschnitt scheinen diejenigen, die sich in städtischen Zentren niederlassen, jünger und besser ausgebildet zu sein. Daher sind bei ihnen vermutlich bessere Ergebnisse im Hinblick auf die menschliche Entwicklung zu verzeichnen als bei denjenigen, die in Lagern leben. Andere, in der Regel die wohlhabenderen, können eventuell in weiter entfernte, reichere Länder fliehen, manchmal im Rahmen spezieller Regierungsprogramme.

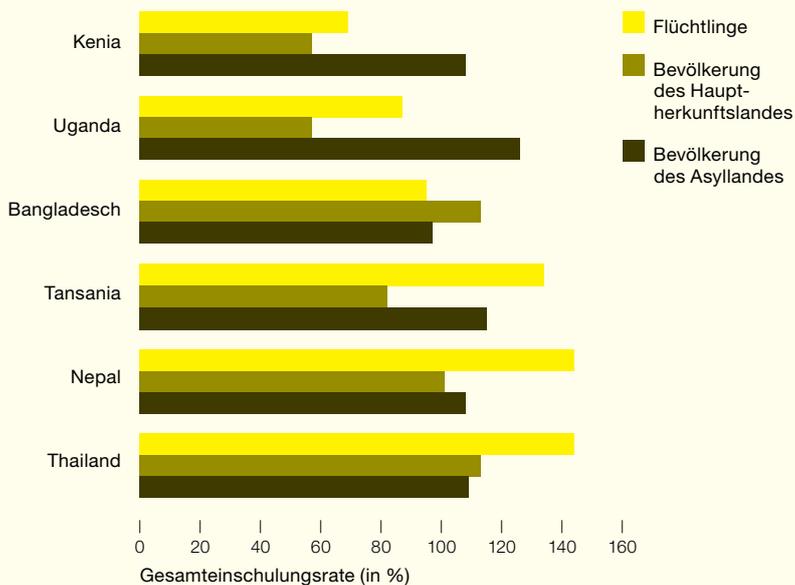
Nur einer Minderheit der Asylsuchenden gelingt es tatsächlich, Flüchtlings- oder Einwohnerstatus zu erhalten, und diejenigen, deren Gesuch abgelehnt wird, können in eine sehr prekäre Lage geraten.¹⁰² Welche Erfahrungen sie machen, hängt von der Politik des Aufnahmelandes ab. Bei unserer politischen Bewertung stellten wir fest, dass die entwickelten Länder humanitären Flüchtlingen Zugang zu Notdiensten gewährten, jedoch nur eingeschränkten Zugang zu Vorsorgedienstleistungen. In den von uns untersuchten Entwicklungsländern war der Zugang zu öffentlichen Gesundheitsdiensten sogar noch stärker eingeschränkt (Grafik 3.8).

Es hat sich als eine besonders große Herausforderung erwiesen, dauerhafte langfristige Lösungen für dieses Problem zu finden, entweder in Form einer dauerhaft tragfähigen Rückkehr oder einer erfolgreichen Integration vor Ort. Im Jahr 2007 sind schätzungsweise 2,7 Millionen Binnenvertriebene und 700.000 Flüchtlinge in ihre Herkunftsregionen zurückgekehrt, was zehn Prozent der gesamten Binnenvertriebenen beziehungsweise fünf Prozent der Flüchtlinge entspricht.¹⁰³ Der Fall der Palästinenser veranschaulicht vielleicht besser als jeder andere die Not, in der sich Flüchtlinge befinden, wenn ein Konflikt über einen langen Zeitraum fortbesteht, weit verbreitete Unsicherheit herrscht und wirtschaftliche Möglichkeiten vor Ort so gut wie nicht existieren.¹⁰⁴

In anderen Fällen hat in einer Reihe von Entwicklungsländern und entwickelten Ländern eine allmähliche Eingliederung in die Gemeinschaften vor Ort stattgefunden – manchmal durch

Grafik 3.12 In Entwicklungsländern sind die Einschulungsraten bei Flüchtlingen oft höher als bei der einheimischen Bevölkerung

Gesamteinschulungsraten an Grundschulen:
Flüchtlinge, Bevölkerung im Aufnahmeland und
Hauptherkunftsländer im Jahr 2007



Quelle: de Bruijn (2009), UNHCR (2008) und UNESCO Institute for Statistics (2008b).

Einbürgerung. Flüchtlinge sind jedoch tendenziell relativ benachteiligt, insbesondere im Hinblick auf die Integration in den Arbeitsmarkt.¹⁰⁵

3.5.2 Vertreibung durch Entwicklung

Wenn Menschen durch Entwicklungsprojekte vertrieben werden, kann dies ebenfalls negative Auswirkungen haben. Ein klassisches Beispiel dafür ist der Bau großer Staudämme, um Städte mit Wasser zu versorgen, Elektrizität zu erzeugen oder zur Erschließung am Flussunterlauf gelegener Gebiete für die Bewässerung. Auch die landwirtschaftliche Expansion ist eine wichtige Ursache, so zum Beispiel, wenn Hirtenvölker ihre traditionellen flussnahen Weidegebiete verlieren, weil diese in bewässerte Anbauflächen für den Export umgewandelt werden. Auch durch den Ausbau der Infrastruktur in Form von Straßen, Eisenbahnstrecken oder Flughäfen können Menschen vertrieben werden. Der Energiesektor trägt ebenfalls zur Vertreibung bei – durch Bergbau, Kraftwerke, Ölbohrungen und Ölförderung sowie durch Pipelines. Auch durch Parks und Waldschutzgebiete können Menschen vertrieben werden, wenn diese mittels Top-Down-Planung zentral geschaffen und verwaltet werden statt von den Gemeinschaften vor Ort.

Im Allgemeinen werden durch diese Art von Investitionen die Chancen der meisten Menschen verbessert – unter anderem durch die Bereitstellung von Technologie zur Ertragssteigerung, Verbindungen zu Märkten und einen besseren Zugang zu Energie und Wasser.¹⁰⁶ Entscheidend ist jedoch, wie die Investitionen gestaltet und umgesetzt werden. In den neunziger Jahren wurde erkannt, dass solche Eingriffe für die Bevölkerungsminderheiten, die davon direkt betroffen war, negative Auswirkungen haben konnten. Es gab daher Kritik unter Hinweis auf die soziale Gerechtigkeit und Menschenrechtsverletzungen.¹⁰⁷ Lautstarke Kritik äußerte unter anderem die Weltkommission für Staudämme (World Commission on Dams), die feststellte, dass „Verarmung und Machtlosigkeit der anderswo neu angesiedelten Menschen weltweit nicht die Ausnahme, sondern die Regel waren,¹⁰⁸ und dass diese Auswirkungen für die indigenen und Stammesbevölkerungen, die durch Großprojekte vertrieben wurden, am schlimmsten waren.

Auswirkungen, die bei indigenen Gemeinschaften beobachtet werden konnten, sind unter anderem Besitzverlust, Arbeitslosigkeit, Schuldknechtschaft, Hunger und sozio-kulturelle Ausgrenzung. Es gibt viele solcher Beispiele, die anderswo ausführlich dokumentiert worden sind.¹⁰⁹ Das India Social Institute schätzt, dass es in Indien etwa 21 Millionen entwicklungsbedingte Vertriebene gibt, von denen viele kastenlos sind oder indigenen Bevölkerungsgruppen angehören. In Brasilien wurden durch den Bau des Tucuruí-Staudamms schätzungsweise 25.000 bis 30.000 Menschen vertrieben, und der Lebensstil und die Lebensgrundlagen der *Parakanã*, *Asurini* und *Parkatjê*, allesamt indigene Bevölkerungsgruppen, wurden dadurch stark verändert. Durch eine schlecht geplante Umsiedlungspolitik wurden Gemeinschaften auseinandergerissen und gezwungen, mehrmals umzuziehen, oft in Gebiete, in denen die erforderliche Infrastruktur fehlte, um sowohl den Bedürfnissen der wachsenden Migrantenbevölkerung (die durch Jobs im Baugewerbe angelockt worden war) als auch derjenigen, die durch das Projekt vertrieben worden waren, gerecht zu werden.¹¹⁰

Mit diesen Problemen befassen sich die oben erwähnten UN-Leitlinien zum Schutz von Binnenvertriebenen. In den Leitlinien ist vorgeschrieben, dass die Behörden während der Planungsphase eines Projekts alle praktikablen Optionen prüfen, um Vertreibungen zu vermeiden. Wenn sie nicht vermieden werden können, ist es Sache der Behörden, nachzuweisen, weshalb das Projekt von wichtigem öffentlichen Interesse ist. Es sollte versucht werden, die Zustimmung aller Betroffenen einzuholen und ihre Beteiligung zu gewährleisten, und, wenn möglich, sollten die Konditionen für Entschädigungen und ein Schlichtungsverfahren vertraglich vereinbart werden. In jedem Fall sollte durch eine Vertreibung bzw. Umsiedlung nicht das Leben, die Würde, die Freiheit oder die Sicherheit von Vertriebenen bedroht werden, und es sollte dafür gesorgt werden, dass ihnen langfristig angemessene Unterkünfte und Nahrungsmittel zur Verfügung stehen und sie in Sicherheit und Gesundheit leben können. Dabei sollte dem Schutz von indigenen Völkern, Minderheiten, Kleinbauern und Hirtenvölkern besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Wenn Menschen durch Entwicklungsprojekte vertrieben werden, kann dies ebenfalls negative Auswirkungen haben

Menschenhandel wirkt sich nicht nur auf einzelne Individuen nachteilig aus, sondern kann auch den Respekt für ganze Gruppen untergraben

Diese Leitlinien können dazu beitragen, Entwicklungsplaner darüber zu informieren, welche sozialen, ökonomischen, kulturellen und ökologischen Probleme große und mitunter sogar kleinere Entwicklungsprojekte mit sich bringen können. Es war ein gewaltiger Schritt vorwärts, eine entsprechende Analyse in Planungsprozesse mit einzubeziehen, wie bei einigen größeren Finanzgebern im Entwicklungsbereich bereits geschehen – so unter anderem bei der Weltbank, die Richtlinien für unfreiwillige Umsiedlungen (Involuntary Resettlement Policy) entwickelt hat.¹¹¹ In diesen Richtlinien ist ein Beschwerderecht für geschädigte Parteien über Untersuchungsgremien (inspection panels) und andere Mechanismen vorgesehen. Bei einer solchen Herangehensweise können günstige Ergebnisse für die menschliche Entwicklung bei einer großen Mehrheit erzielt werden, während gleichzeitig ein Beitrag dazu geleistet wird, die Risiken für die vertriebenen Minderheiten zu verringern.

3.5.3 Menschenhandel

Mit Menschenhandel werden oft abscheuliche Bilder in Verbindung gebracht, wobei die Aufmerksamkeit sich in der Regel hauptsächlich auf die Verbindung von Menschenhandel mit sexueller Ausbeutung, organisiertem Verbrechen, gewalttätigem Missbrauch und ökonomischer Ausbeutung richtet. Menschenhandel wirkt sich nicht nur auf einzelne Individuen nachteilig aus, sondern kann auch den Respekt für ganze Gruppen untergraben. Obwohl dieses Phänomen zunehmend ins Blickfeld gerät, kann jedoch noch nicht verlässlich eingeschätzt werden, welche Ausmaße der Menschenhandel angenommen hat, und ob er eine wichtige Rolle bei Wanderungsbewegungen innerhalb von Ländern und länderübergreifend spielt (Kapitel 2).

Vor allem ist Menschenhandel mit Einschränkungen der menschlichen Freiheit und mit Verletzungen der grundlegenden Menschenrechte verbunden. Wenn Menschen erst einmal in einem Menschenhandelsnetzwerk gefangen sind, werden ihnen in der Regel ihre Reisedokumente abgenommen und sie werden isoliert, damit eine Flucht schwierig, wenn nicht sogar unmöglich wird. Viele enden in Schuldknechtschaft in Orten, wo ihre Bemühungen, Hilfe zu suchen, durch sprachliche, soziale und physische Barrieren vereitelt werden. Hinzu kommt,

dass sie sich ungern zu erkennen geben, weil sie dadurch gesetzliche Sanktionen oder eine Strafverfolgung riskieren. Menschen, die zu Prostitutionszwecken gehandelt werden, sind außerdem einem hohen Risiko ausgesetzt, sich mit HIV und anderen durch Geschlechtsverkehr übertragenen Krankheiten zu infizieren.¹¹²

Weshalb sich die Auswirkungen des Menschenhandels nicht zufriedenstellend bewerten lassen, liegt vor allem auch daran, dass keine ausreichenden Daten vorhanden sind. Die Datensammlung der IOM zum Menschenhandel (Counter Trafficking Module Database) enthält Daten zu weniger als 14.000 Fällen, die keine repräsentative Auswahl darstellen. Dasselbe gilt für die Datensammlung des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (United Nations Office on Drugs and Crime, UNODC).¹¹³ Das Bild, das sich aus diesen Daten und aus vorhandenen Studien und Berichten ergibt, lässt darauf schließen, dass die meisten gehandelten Menschen junge Frauen aus ethnischen Minderheitengruppen sind. Dies wird durch andere Quellen bestätigt – beispielsweise durch eine Studie in Südosteuropa, die ergab, dass junge Menschen und ethnische Minderheiten auf dem Lande in Ländern, in denen kriegerische Auseinandersetzungen stattgefunden hatten, durch Menschenhandel gefährdet waren, da sie tendenziell weitgehend vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und machtlos waren.¹¹⁴ Es kann jedoch sein, dass es sich hier um eine unausgewogene Darstellung handelt, da es möglich ist, dass Männer nicht sonderlich bereit sind, sich selbst zu beurteilen, aus Furcht, dass sie dann keinen Opferstatus erhalten. Zusätzlich nimmt durch soziale und ökonomische Ausgrenzung, Gewalt und Ausbeutung zu Hause oder in der Heimatgemeinschaft die Gefährdung im Hinblick auf Menschenhandel noch zu. Das Gleiche trifft zu, wenn Menschen naiv den Versprechungen gutbezahlter Jobs im Ausland Glauben schenken.

Sexuelle Ausbeutung ist die am häufigsten nachgewiesene Form des Menschenhandels (etwa 80 Prozent der Fälle in der UNODC-Datensammlung), bei den restlichen Fällen geht es meist um ökonomische Ausbeutung. Bei Frauen, Männern und Kinder, die zu solchen und anderen ausbeuterischen Zwecken gehandelt wurden, konnten die verschiedensten Formen und

Zwecke des Menschenhandels nachgewiesen werden, so zum Beispiel Zwangsarbeit, Arbeit als Diensthilfen im Haushalt, Zwangsverheiratung, Organentnahme, Bettelerei, illegale Adoption und Zwangsrekrutierung.

Neben der Machtlosigkeit und dem Fehlen von Kapital seitens der betroffenen Individuen können die negativen Ergebnisse des Menschenhandels teilweise auch mit der Gesetzgebung der Zielländer zusammenhängen. Restriktive Einwanderungskontrollen bedeuten, dass marginalisierte Gruppen in der Regel einen irregulären Aufenthaltsstatus haben und daher keinen Zugang zum formellen Arbeitsmarkt und zu den Schutzmaßnahmen, die der Staat seinen Bürgern und legalen Wanderarbeitern gewährt.¹¹⁵ Ganz allgemein betrachtet kann der Menschenhandel natürlich am wirksamsten durch bessere Chancen und mehr Bewusstseinsbildung im Heimatland bekämpft werden – die Fähigkeit, zu den Menschenhändlern „nein“ zu sagen, ist die beste Verteidigung.

Die Rechte von gehandelten Menschen gestalten sich noch komplizierter, weil es schwierig ist, Menschenhandel von anderen Formen der Ausbeutung zu unterscheiden, und weil es außerdem problematisch ist, ausbeuterische Praktiken zu definieren. Bei der Vollstreckung von Gesetzen können ebenfalls Probleme entstehen. Es sieht so aus, als ob Menschenhandel mitunter sehr weitgehend interpretiert wird, dahingehend, dass der Tatbestand auf alle Migrantinnen angewendet wird, die im Sexgewerbe arbeiten. Das kann dazu benutzt werden, Schikanen und Ausweisungen zu rechtfertigen, wodurch diese Frauen sogar noch stärker Gefahr laufen, ausgebeutet zu werden. Und wenn sie einmal identifiziert worden sind, werden sie fast immer ausgewiesen oder auf Hilfsprogramme verwiesen, die eine Zusammenarbeit mit den Vollzugsbehörden voraussetzen.

In den letzten Jahren sind zahlreiche Initiativen gegen Menschenhandel entstanden. Es wurden Initiativen ergriffen, um die Gefährdung in den potenziellen Herkunftsländern bzw. –gemeinschaften zu verringern, so zum Beispiel Kampagnen zur Bewusstseinsbildung und Projekte zur Sicherung des Lebensunterhalts. Über Hilfsprogramme wurde Beratung, Rechtshilfe und Unterstützung bei der Rückkehr und Reintegration angeboten. Einige dieser

Programme haben sich als erfolgreich erwiesen, wie beispielsweise die Verwendung von Unterhaltungs- und persönlichen Erlebnisgeschichten als Mittel zur Bewusstseinsbildung in Gemeinschaften in Äthiopien und Mali oder die von Haus zu Haus durchgeführten Massenkommunikationskampagnen in der Demokratischen Republik Kongo.¹¹⁶ Andere Initiativen haben jedoch zu kontraproduktiven, mitunter sogar verheerenden Ergebnissen geführt, wie zum Beispiel zu nachteiligen Einschränkungen von Frauenrechten. In Nepal beispielsweise wurden Mädchen und Frauen durch Präventivmaßnahmen davon abgehalten, ihre Dörfer zu verlassen, und gleichzeitig wurden Rückkehrer in Bewusstseinsbildungskampagnen zu HIV/AIDS stigmatisiert.¹¹⁷ Initiativen gegen Menschenhandel sind eindeutig vor sehr komplexe, schwierige Herausforderungen gestellt, mit denen vorsichtig umgegangen werden sollte.

Die Grenzen zwischen Menschenhändlern auf der einen Seite und Anwerbern und Schmugglern auf der anderen können fließend sein. Das Rekrutierungsgeschäft beispielsweise erstreckt sich auf zahllose informelle Unteragenten. Die Existenz dieser Unteragenten, die unter dem Dach legitimer Vermittler arbeiten, kann die Rechenschaftspflicht reduzieren und die Kosten in die Höhe treiben. Die Risiken, festgenommen und ausgewiesen zu werden, sind hoch. Die Schmuggelkosten umfassen in einigen Fällen auch die Bestechung korrupter Grenzbeamter und die Herstellung falscher Dokumente.¹¹⁸

3.6 Die Gesamtauswirkungen

Wir haben die einzelnen Auswirkungen der Migration auf Einkommen, Gesundheit, Bildung und Aspekte des Empowerment und der Handlungsfähigkeit untersucht – und haben die negative Ergebnisse betrachtet, die sich ergeben können, wenn sich Menschen aus Not zur Migration entschließen. Durch Unterschiede beim HDI lassen sich die Veränderungen insgesamt auf einfache Weise erfassen.

In unserer Hintergrundanalyse stellten wir im Durchschnitt sehr große Unterschiede zwischen dem HDI-Wert von Nicht-Migranten und von Migranten, die innerhalb eines Landes oder von einem Land in ein anderes abgewandert waren, fest. Wir fanden heraus, dass bei Migranten in OECD-Ländern der HDI-Wert etwa 24

Menschenhandel kann am wirksamsten durch bessere Chancen und mehr Bewusstseinsbildung im Heimatland bekämpft werden – die Fähigkeit, zu den Menschenhändlern „nein“ zu sagen, ist die beste Verteidigung

Prozent höher lag, als bei Menschen, die in ihren jeweiligen Ursprungsländern geblieben waren.¹¹⁹ Die Migrationsgewinne sind jedoch nicht nur bei denjenigen groß, die in entwickelte Länder abwandern: Wir stellten auch erhebliche Unterschiede zwischen Binnenmigranten und Nicht-Migranten fest.¹²⁰ Grafik 3.13 zeigt, dass in 14 von 16 im Rahmen der vorliegenden Analyse untersuchten Ländern der HDI-Wert bei Binnenmigranten höher ist, als bei Nicht-Migranten.

In einigen Fällen sind die Unterschiede beträchtlich. Bei Binnenmigranten in Guinea beispielsweise ist der HDI-Wert bei Migranten um

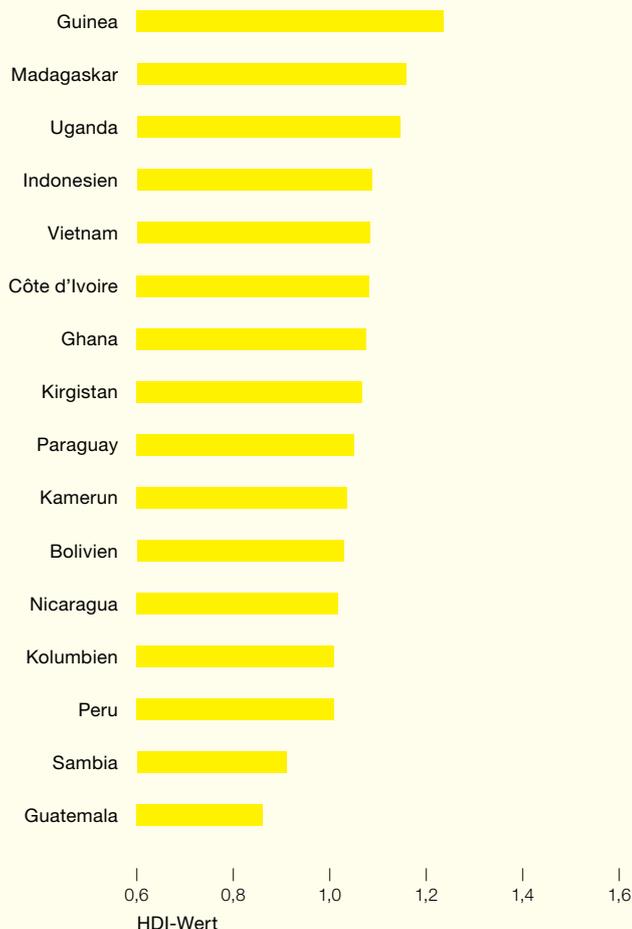
23 Prozent höher als bei Nicht-Migranten – das heißt, nur einen Prozentpunkt niedriger als bei Migranten in OECD-Länder. Wenn man diese Migranten so behandeln würde, als ob sie ein eigenes Land wären, würden sie in der weltweiten HDI-Rangliste um etwa 25 Plätze höher rangieren als Nicht-Migranten.

Bei dem sich insgesamt abzeichnenden Bild, dass es Menschen, die sich zur Binnenmigration entschließen, besser geht, gibt es zwei wichtige Ausnahmen: In Guatemala und Sambia scheint es Binnenmigranten schlechter zu gehen als Nicht-Migranten. Beide Fälle unterstreichen die Risiken, die mit einer Migration verbunden sind. In Guatemala waren die meisten Migranten durch Gewalt und Bürgerkrieg in den achtziger und frühen neunziger Jahren vertrieben worden. In Sambia waren die Migranten in den Städten extremer Armut ausgesetzt, die infolge der in den vergangenen 20 Jahren ständig neu auftretenden Wirtschaftskrisen entstand. In einigen wenigen anderen Fällen – beispielsweise in Bolivien und Peru – sind die Ergebnisse für die menschliche Entwicklung insgesamt trotz messbarer Einkommensgewinne eher unbedeutend, was offenbar auf einen schlechten Zugang zu Dienstleistungen – ein Faktor, der das Wohlergehen einschränkt – zurückzuführen ist. Diese Ausnahmefälle bestätigen jedoch die Regel, die besagt, dass die meisten Migranten zu den Gewinnern gehören.

Diese Untersuchungsergebnisse bei internationalen Migranten werden durch Aussagen der Migranten selbst über ihr Wohlbefinden bestätigt (Grafik 3.14). Wir haben Daten aus 52 Ländern aus dem Jahr 2005 untersucht und herausgefunden, dass die Aussagen zu Glück und Gesundheit bei Migranten und Nicht-Migranten sehr ähnlich waren: 84 Prozent der Migranten empfanden sich als glücklich (verglichen mit 83 Prozent der Nicht-Migranten). 72 Prozent der Migranten bezeichneten ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut (im Vergleich zu 70 Prozent der Nicht-Migranten), und nur neun Prozent der Migranten waren mit ihrem Leben „nicht zufrieden“ (im Vergleich zu elf Prozent der Nicht-Migranten). Der Anteil der Migranten, die berichteten, dass sie sich recht glücklich oder sogar sehr glücklich fühlten, war in den entwickelten Ländern am höchsten. Ein ähnlich hoher Prozentsatz an Befragten ausländischer

Grafik 3.13 Binnenmigranten erzielen hohe Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung

Geschätzter HDI bei Migranten im Vergleich zu Nicht-Migranten in ausgewählten Entwicklungsländern in den Jahren 1995-2005



Quelle: Harttgen und Klasen (2009).

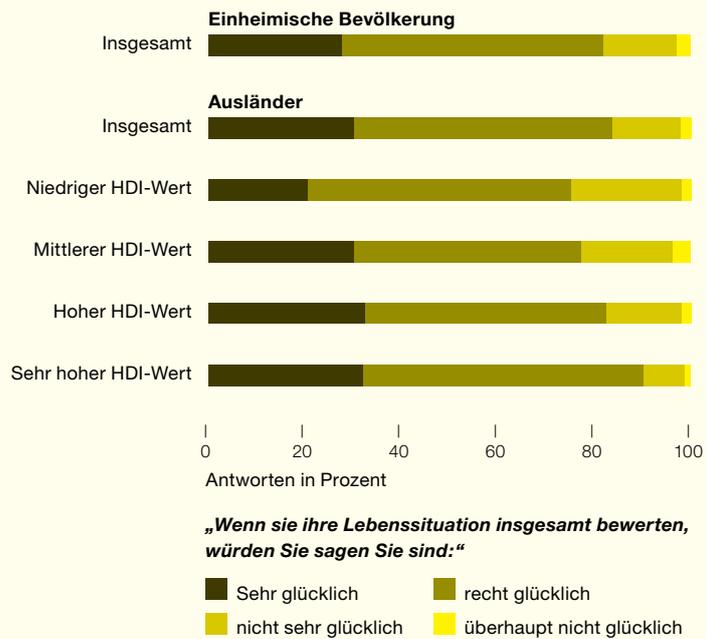
Herkunft bzw. Einheimischer – nämlich mehr als 70 Prozent – empfanden, dass sie „ein freies, selbstbestimmtes Leben mit Wahlmöglichkeiten“ führen.¹²¹

3.7 Schlussfolgerungen

Es ist schwierig, die komplexen Auswirkungen von Migration auf einfache Art und Weise zusammenzufassen. Die allgemeinen, in diesem Kapitel vorgestellten Untersuchungsergebnisse unterstreichen die Rolle, die die Migration für die Ausweitung menschlicher Freiheit spielt, was in Kapitel 1 ausführlich beschrieben wurde. Wir konnten feststellen, dass Menschen, die sich zur Migration entschließen, im Allgemeinen ihre Möglichkeiten in zumindest einigen Dimensionen erweitern können und zwar mit möglicherweise hohen Gewinnen. Wir konnten jedoch ebenfalls feststellen, dass sich die Gewinne durch politische Maßnahmen im Herkunfts- und Aufnahme-land und auch durch Einschränkungen, denen die Individuen und ihre Familien ausgesetzt sind, wieder verringern können. Da verschiedene Menschen unterschiedliche Möglichkeiten haben und auch unterschiedlichen Einschränkungen unterliegen, konnten wir sehr große Ungleichheiten im Hinblick auf die Migrationsgewinne beobachten. Die Fälle, in denen Menschen während oder nach dem Migrationsprozess Rückschläge für ihr Wohlbefinden hinnehmen müssen – kriegerische Auseinandersetzungen, Menschenhandel, Naturkatastrophen und so weiter – standen in Zusammenhang mit Hindernissen, die sie davon abhalten, über ihren Platz im Leben frei zu entscheiden.

Grafik 3.14 Migranten sind in der Regel genauso glücklich wie die einheimische Bevölkerung

Aussagen von Migranten und Einheimischen weltweit über ihr Wohlbefinden in den Jahren 2005/2006



Ein zentraler Punkt, der in den Untersuchungen zutage trat, ist, dass Migration gleichzeitig mit Vor- und Nachteilen verbunden sein kann – die Menschen können in einigen Bereichen an Freiheit gewinnen und müssen in anderen Verluste hinnehmen. Die Verluste können jedoch durch eine bessere Politik verringert und vielleicht sogar kompensiert werden, wie wir im letzten Kapitel zeigen werden.

Auswirkungen an Herkunfts- und Zielorten



4

Migration hat vielfältige Auswirkungen auf Gesellschaften. In diesem Kapitel wird auf die Auswirkungen an Herkunfts- und Zielorten eingegangen und die zwischen ihnen bestehende Verflechtung hervorgehoben. Familien mit Mitgliedern, die in einen anderen Landesteil oder ins Ausland gezogen sind, haben in vielen Fällen unmittelbare Vorteile. Es kann jedoch auch einen Nutzen für die Allgemeinheit geben, während andererseits Bedenken dahingehend geäußert werden können, dass die Abwanderung von Personen einen Verlust für die Herkunftsgemeinschaften darstellt. Was die Auswirkungen an den Zielorten betrifft, wird verbreitet angenommen, dass diese negativ sind – weil befürchtet wird, dass Zuwanderer Arbeitsplätze besetzen, öffentliche Dienste belasten, soziale Spannungen auslösen und sogar für mehr Kriminalität verantwortlich sind. Die vorliegenden Erkenntnisse signalisieren, dass diese Ängste in der Bevölkerung übertrieben und häufig unbegründet sind. Dennoch sind solche Wahrnehmungen nicht zu unterschätzen und müssen sorgfältig untersucht werden, um dazu beizutragen, die grundsatzpolitische Diskussion auf eine solide Grundlage zu stellen.

Auswirkungen an Herkunfts- und Zielorten

Zu den Personen, die nicht selbst migrieren, aber davon betroffen sein können, zählen die Familien von Migranten sowie die Gemeinschaften an den Herkunftsorten und den Zielorten. Die vielfältigen Auswirkungen der Migration an diesen unterschiedlichen Orten haben einen entscheidenden Einfluss auf die Gesamtauswirkungen der Migration auf die menschliche Entwicklung. Dies steht im Fokus dieses Kapitels.

An den Herkunftsorten wirkt sich die Migration auf Einkommen und Konsum, Bildungs- und Gesundheitswesen sowie allgemeinere kulturelle und soziale Prozesse aus. Diese Effekte sind größtenteils positiv. Dennoch muss die Sorge berücksichtigt werden, dass es für Gemeinschaften nachteilig sein kann, wenn Personen migrieren. Unsere Auswertung der vorliegenden Daten und Befunde zeigt, dass die Auswirkungen komplex sowie kontextspezifisch sind und sich im Lauf der Zeit ändern können. Die Art und die Stärke der Auswirkungen hängen davon ab, wer abwandert, wie es ihnen an ihren Zielorten ergeht und wie engen Kontakt sie halten. Resultate hiervon können Transfers von Geld, Wissen und Ideen sowie die Absicht sein, irgendwann später einmal zurückzukehren. Weil häufig eine große Zahl von Migranten von einem bestimmten Herkunftsort stammt – beispielsweise aus dem indischen Bundesstaat Kerala oder der Provinz Fujian in China –, können zum einen die Auswirkungen auf Gemeinschaften vor Ort stärker spürbar sein als auf der nationalen Ebene. Zum anderen kann der Transfer von Ideen auch weitreichende Auswirkungen auf soziale Normen sowie Klassenstrukturen haben und letztlich die breite Bevölkerung erreichen. Manche dieser Auswirkungen wurden traditionell als negativ eingestuft; bei einer weniger eingeschränkten Sichtweise zeigt sich jedoch, dass eine nuanciertere Interpretation angebracht ist. Dies eingedenk untersuchen wir auch, inwieweit nationale Entwicklungspläne wie Strategien zur Armutsbekämpfung (*Poverty Reduction Strategies* – PRS) Bemühungen von Entwicklungsländern

widerspiegeln und einen Rahmen dafür bilden, den Nutzen von Mobilität zu propagieren.

Forschung und Medien haben den Auswirkungen von Migranten an Zielorten viel Aufmerksamkeit gewidmet. Eine verbreitete Annahme ist, dass diese Auswirkungen negativ sind: Man unterstellt Neuankömmlingen, Arbeitsplätze zu „stehlen“, wenn sie ein Beschäftigungsverhältnis ergattern können, auf Kosten der Steuerzahler zu leben, indem sie Wohlfahrtsleistungen beantragen, wenn sie arbeitslos bleiben, eine unerwünschte zusätzliche Belastung öffentlicher Dienste in Bereichen wie Gesundheit und Bildung darzustellen, soziale Konflikte mit Einheimischen oder anderen Zuwanderergruppen heraufzubeschwören oder sogar die Kriminalitätsrate zu erhöhen. Unsere Untersuchung der vorliegenden Quellen zu diesen Fragen ergab, dass die Ängste oft übertrieben und unbegründet sind. Dennoch sind diese Wahrnehmungen gewichtig, weil sie sich auf das politische Klima auswirken, in dem Grundsatzenscheidungen über die Aufnahme und die Behandlung von Migranten getroffen werden: Ängste können ein Klima allgemeiner Feindseligkeit gegenüber Migranten schüren und politischen Extremisten ermöglichen, Einfluss zu gewinnen. Historische und zeitgenössische Quellen belegen in der Tat, dass solche Feindseligkeit gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten sichtbar werden kann. Wir beenden dieses Kapitel mit einem Blick auf das heikle Thema der öffentlichen Meinung, welche die Optionen einschränkt, die der Politik zur Verfügung stehen und die im letzten Kapitel untersucht werden.

Trotz dieser finanziellen Vorteile geht der Trennung gewöhnlich eine schmerzvolle Entscheidung voraus, die sowohl für den Migranten als auch für die Zurückbleibenden emotional belastend sein kann

4.1 Auswirkungen an Herkunftsorten

Im Normalfall wird nur ein kleiner Teil der Bevölkerung eines Herkunftslandes in die Migration gehen. Die Ausnahmen – Länder mit einem beträchtlichen Anteil der Bevölkerung im Ausland – sind häufig kleine Staaten einschließlich karibischer Nationen wie Antigua und Barbuda, Grenada sowie St. Kitts und Nevis. In diesen Fällen kann der Anteil 40 Prozent übersteigen. Je höher der Anteil, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Auswirkungen auf die Zurückbleibenden mehr Menschen betreffen und tiefgreifender sein werden. Wenngleich sich die Erörterung im Folgenden auf Entwicklungsländer konzentriert, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Länder mit niedrigem HDI, wie in Kapitel 2 gezeigt, Emigrationsraten haben, die zu den niedrigsten aller Ländergruppen zählen.

Im Allgemeinen sind an Herkunftsorten die größten Auswirkungen in Haushalten mit einem abwesenden Migranten spürbar. Die Gemeinschaft, die Region und sogar die Nation können jedoch ebenfalls betroffen sein. Wir gehen nacheinander auf diese ein.

4.1.1 Auswirkungen auf der Haushaltsebene

In vielen Entwicklungsländern ist Migration eine Haushaltsstrategie mit dem Ziel der Verbesserung nicht nur der Aussichten des Migranten, sondern auch derjenigen des weiteren Familienkreises. Im Gegenzug kann die Familie mit Geldtransfers rechnen, nachdem sich der Migrant etabliert hat. Diese übersteigen im Allgemeinen bei weitem die ursprünglichen Ausgaben beziehungsweise das vielleicht erhoffte Einkommen des Migranten am Herkunftsort. Die dadurch verfügbaren Mittel können wiederum genutzt werden, um größere Investitionen zu finanzieren und den Alltagsbedarf zu decken.

Trotz dieser finanziellen Vorteile geht der Trennung gewöhnlich eine schmerzvolle Entscheidung voraus, die sowohl für den Migranten als auch für die Zurückbleibenden emotional belastend sein kann. Die philippinische Dichterin Nadine Sarreal hat das in den folgenden Zeilen zum Ausdruck gebracht:

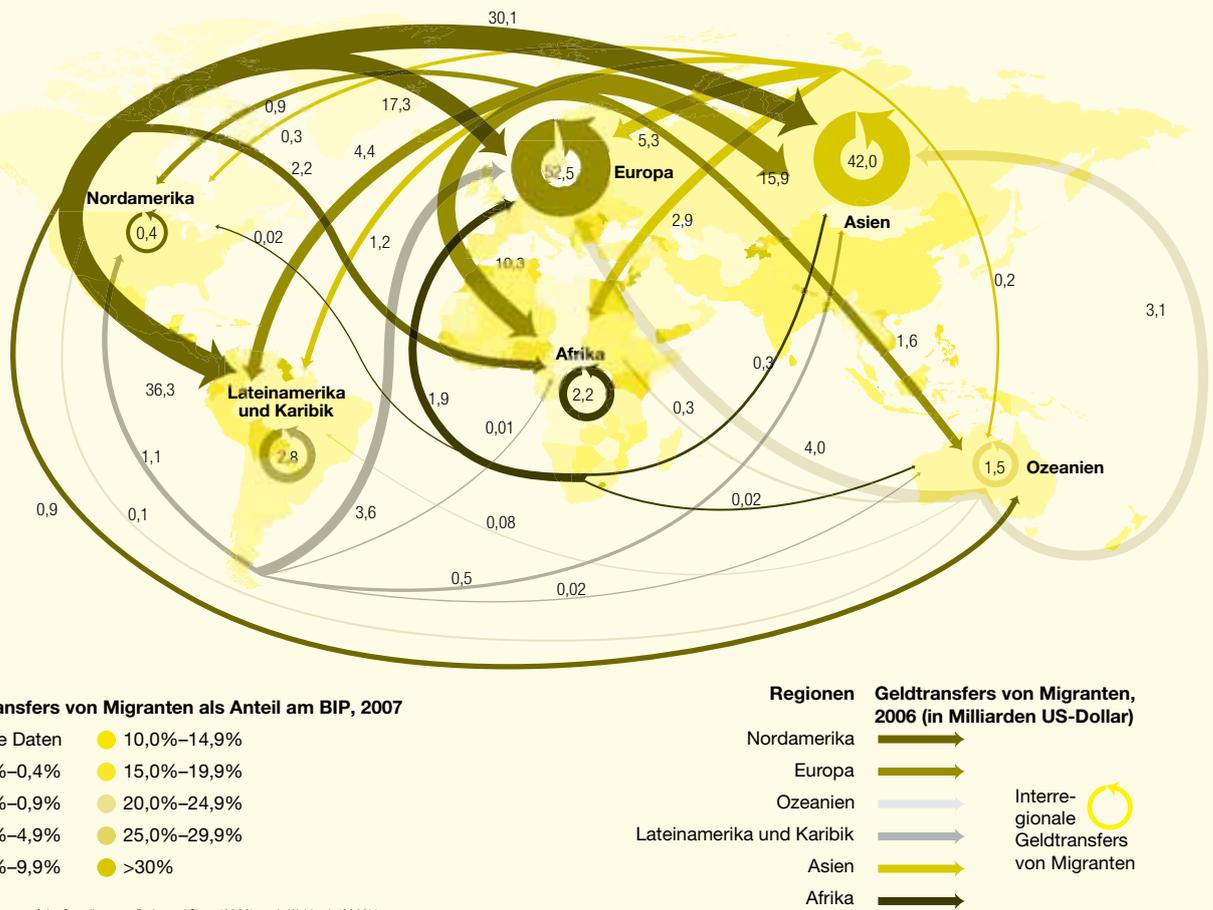
*Die, die du liebst, auf der anderen Seite
des Ozeans
sitzen am Frühstückstisch und versuchen
nicht auf den Platz zu schauen, an dem du
immer gesessen hast.
Statt durch sechs braucht jetzt nur noch durch
fünf geteilt zu werden.
Aber das Mehr kann die Leere nicht füllen.¹*

Der Umstand, dass so viele Eltern, Ehegatten und Partner diese Belastung in Kauf zu nehmen bereit sind, kann eine Ahnung davon vermitteln, wie groß sie die erwarteten Vorteile einschätzen.

Geldtransfers von Migranten spielen eine wichtige Rolle für die Verbesserung der Lebensumstände von Millionen Menschen in Entwicklungsländern. Viele empirische Studien haben den positiven Beitrag internationaler Geldtransfers von Migranten (remittances) zum Wohlergehen, der Ernährung, der Nahrungsmittelversorgung, der Gesundheit und der Lebensumstände von Haushalten an Herkunftsorten bestätigt.² Dieser Beitrag wird mittlerweile in der Literatur zum Thema Migration allgemein anerkannt und spiegelt sich auch in den zunehmend genaueren Daten zu internationalen Geldtransfers von Migranten wider, die von der Weltbank und anderen Stellen veröffentlicht werden (siehe Karte 4.1). Wie sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten in der Geschichte beispielsweise in Bosnien und Herzegowina, Guinea-Bissau, Nicaragua, Tadschikistan oder Uganda gezeigt hat, können auch durch einen Konflikt vertriebene Migranten Geld transferieren. In diesen Ländern halfen Geldtransfers von Migranten aus dem Ausland ganzen von Krieg betroffenen Bevölkerungen zu überleben.³

In manchen internationalen Migrationskorridoren sind die Kosten für Geldtransfers von Migranten im Lauf der Zeit gesunken, was für die Absender und die Empfänger offensichtlich vorteilhaft ist.⁴ Aufgrund von Innovationen haben sich in der jüngeren Zeit die Kosten auch auf der nationalen Ebene beträchtlich verringert, beispielsweise im Fall Kenias, der in Kasten 4.1 beschrieben wird. Angesichts des Rückgangs der Kosten für Geldtransfers von Migranten entscheiden sich heute Familien, die früher für die Überbringung von Beträgen auf Verwandte und enge Freunde der Familie oder informelle

Karte 4.1 Geldtransfers von Migranten fließen vorwiegend aus entwickelten Regionen in Entwicklungsregionen
 Umfang internationaler Geldtransfers von Migranten, 2006-2007



Möglichkeiten wie den Busfahrer aus dem Heimatdorf angewiesen waren, dazu, Geld mit Hilfe von Banken, anderen spezialisierten Dienstleistungsunternehmen oder sogar per Mobiltelefon zu transferieren.

Eine wichtige Funktion von Geldtransfers von Migranten ist die Streuung von Einkommensquellen und die Absicherung von Familien gegen Rückschläge wie Krankheiten oder größere Schocks durch Wirtschaftskrisen, politische Konflikte und die Unbilden des Klimas.⁵ Studien in so unterschiedlichen Ländern wie Botsuana, El Salvador, Jamaika oder den Philippinen haben gezeigt, dass Migranten auf wetterbedingte Schocks mit höheren Geldtransfers reagieren, wengleich schwierig nachzuweisen ist, dass diese faktisch als eine Art

Versicherung dienen. Zu den Beispielen aus der jüngeren Vergangenheit zählen der Wirbelsturm Jeanne in Haiti 2004, die Flutwelle in Indonesien und Sri Lanka 2004 sowie das Erdbeben in Pakistan 2005.⁶ In einer Stichprobe armer Länder wurde festgestellt, dass durch höhere Geldtransfers von Migranten etwa 20 Prozent der durch Wirbelstürme verursachten Schäden ausgeglichen wurden,⁷ während auf den Philippinen etwa 60 Prozent des Einkommensrückgangs infolge durch Niederschläge bedingter Schäden kompensiert werden konnten.⁸ Die Wahrscheinlichkeit, dass Familien in El Salvador ein Mitglied als Arbeitsmigrant in die Vereinigten Staaten schicken, erhöhte sich nach Ernteaussfällen durch wetterbedingte Schocks um 24 Prozent.⁹

Kasten 4.1 Wie Mobiltelefone die Kosten von Geldtransfers von Migranten senken können: das Fallbeispiel Kenia

Für viele Menschen in entlegenen ländlichen Gebieten von Entwicklungsländern bleiben die Kosten für den Erhalt von Geldtransfers von Migranten hoch: Die Empfänger müssen in den meisten Fällen weite Strecken bis in eine Gebiets- oder die Landeshauptstadt zurücklegen, um sich Geld auszahlen zu lassen, oder der Betrag muss durch eine Mittelsperson überbracht werden, die vielleicht eine nicht unbedeutende Gebühr verlangt.

Die rasche Verbreitung von Mobiltelefonen im letzten Jahrzehnt hat in mehreren Ländern zur Entwicklung innovativer Geldtransfersysteme geführt. In Kenia beispielsweise entwickelte Safaricom, ein führendes Mobilfunkunternehmen, mit der Unterstützung von Gebern ein Pilotsystem, das 2007 in die Einführung von M-PESA („Bargeld über Mobiltelefon“) mündete. Jede Person mit einem Mobiltelefon kann bei so genannten M-PESA-Agenten, die es im ganzen Land gibt, Geld auf ein Konto einzahlen und es an einen anderen Mobilfunkteilnehmer transferieren.

Quelle: Jack und Suri (2009).

Eine neuere Umfrage bei Benutzern in Kenia ergab, dass M-PESA innerhalb von nur zwei Jahren starke Verbreitung gefunden hat. Es wird mittlerweile von etwa sechs Millionen Menschen oder 17 Prozent der Bevölkerung (der Anteil der Mobiltelefonbesitzer beträgt 26 Prozent) genutzt und durch ein Netz von mehr als 7.500 Agenten gestützt. Transfers können von der Hafenstadt Mombasa nach Kisumu am Ufer des Victoriasees oder von Nairobi im Süden nach Marsabit im Norden vorgenommen werden – beides Städte, die jeweils zwei Tagesreisen mit dem Bus voneinander entfernt liegen. Dafür müssen lediglich ein paar Knöpfe gedrückt werden, und die Kosten belaufen sich auf weniger als einen Dollar. Bis Mitte 2008 hatten die Transfers, bei denen es sich primär um eine große Zahl relativ kleiner Transaktionen handelt, ein Volumen von etwa acht Prozent des BIP erreicht.

Migranten können diese Art von Schutz leisten, wenn ihr Einkommen hoch genug ist und nicht parallel zu dem ihrer Familien sinkt. Dies hängt von der Art und der Reichweite des Schocks ab sowie vom Aufenthaltsort des Migranten. Beispielsweise können Geldtransfers von Migranten vielleicht keine gute Absicherung gegen die Folgen der derzeitigen globalen Wirtschaftskrise bieten, weil fast überall Migranten gerade zu einem Zeitpunkt von Entlassungen betroffen werden, zu dem ihre Familien ihre Unterstützung am meisten benötigen (Kasten 4.2). Der Umfang der Geldtransfers von Migranten in Entwicklungsländer dürfte zwischen 2008 und 2009 von 308 auf 293 Milliarden US-Dollar zurückgehen.¹⁰

Auch wenn das Gesamtvolumen der Geldtransfers von Migranten groß ist, hängt ihr unmittelbarer Beitrag zur Verringerung der Armut vom sozioökonomischen Hintergrund der Migranten ab. Beispielsweise wurde innerhalb der Region Lateinamerika im Rahmen einer neueren Studie festgestellt, dass in Mexiko und Paraguay Haushalte, die Geldtransfers von Migranten erhielten, vorwiegend vom unteren Ende der Einkommens- und Bildungsverteilung stammten, während es sich in Nicaragua und Peru genau anders herum verhielt.¹¹ Allgemein führen die

begrenzten Möglichkeiten von Geringqualifizierten, Grenzen zu überschreiten, jedoch dazu, dass Geldtransfers von Migranten tendenziell weder an die ärmsten Familien fließen,¹² noch in die ärmsten Länder.¹³ Man betrachte das Beispiel China: Weil Migranten im Allgemeinen nicht aus den ärmsten Haushalten stammen, ist der Beitrag der Binnenmigration zur Armutsverringerung begrenzt (eine Verringerung um schätzungsweise ein Prozent), was allerdings immer noch fast zwölf Millionen weniger Arme bedeutet.¹⁴ Gleichzeitig stammen manche Migranten aus armen Haushalten, und Nichtfamilienmitgliedern fließen bisweilen beträchtliche Geldtransfers zu, was in einem allgemeineren Nutzen resultiert. Letzteres wurde beispielsweise in Fidschi und Jamaika festgestellt.¹⁵

Die armutsmindernde Wirkung der Binnenmigration, die durch Studien in einem breit gefächerten Spektrum nationaler Situationen nachgewiesen wurde, kann sogar noch größer sein. In den indischen Bundesstaaten Andhra Pradesh und Madhya Pradesh halbierten sich in Haushalten mit einem Migranten zwischen 2001/02 und 2006/07 die Armutsraten,¹⁶ und ähnliche Ergebnisse wurden für Bangladesch ermittelt.¹⁷ Große Verbesserungen bestätigen auch Paneldaten, die zwischen 1991 und 2004

in Längsschnittstudien zu Personen aus der Region Kagera in Tansania erhoben wurden.¹⁸ Im Rahmen von Forschungsarbeiten zu diesem Bericht, bei denen Paneldaten verwendet wurden und eine Überprüfung auf Selektionsverzerrung durchgeführt wurde, wurden die Fälle Indonesiens zwischen 1994 und 2000 sowie Mexikos zwischen 2003 und 2005 untersucht. In Indonesien, wo es in fast der Hälfte aller Haushalte einen Binnenmigranten gab, waren die Armutsraten für Nicht-Migranten über den Untersuchungszeitraum (in den die ostasiatische Finanzkrise fiel) im Wesentlichen stabil (leichter Rückgang von 40 auf 39 Prozent), während sie sich für Migranten rasch von 34 auf 19 Prozent verringerten. In Mexiko, wo etwa neun Prozent der Haushalte einen Binnenmigranten aufwiesen, stiegen im Untersuchungszeitraum (der die Rezession von 2001/02 umfasste) die Armutsraten für Nicht-Migranten stark von 25 auf 31 Prozent, für Migranten jedoch nur leicht von 29 auf 30 Prozent. In beiden Ländern machten die Haushalte mit einem Migranten zu Beginn des Untersuchungszeitraums weniger als die Hälfte der obersten beiden Wohlstandskuintile aus. Im Lauf der Zeit stieg dieser Anteil jedoch auf fast zwei Drittel.¹⁹

Eine Dimension der Migration mit einem Einfluss auf Geldtransfers von Migranten scheint das Geschlecht zu sein. Erkenntnisse lassen darauf schließen, dass Frauen im Allgemeinen einen größeren Anteil ihres Einkommens nach Hause schicken und dies regelmäßiger, wenngleich ihre niedrigeren Löhne häufig bedeuten, dass die absoluten Beträge kleiner sind.²⁰

Es gibt darüber hinaus eine zeitliche Dimension dieser Geldflüsse. Im Lauf der Zeit können Geldtransfers von Migranten beträchtliche Auswirkungen auf die Armut und die Ungleichheit haben.²¹ Sie können sich für die Armen als vorteilhaft erweisen, wenn die dadurch verfügbaren Mittel so eingesetzt werden, dass sie vor Ort zu mehr Beschäftigung führen (beispielsweise im Wohnungsbau), oder wenn Unternehmen gegründet oder erweitert werden.²² In manchen Studien wurde festgestellt, dass die Empfänger von Geldtransfers von Migranten eher bereit sind, sich als Unternehmer zu betätigen, und eine höhere marginale Investitionsquote haben als Haushalte ohne einen Migranten.²³ Positive Auswirkungen auf die Investitionen kommen

Kasten 4.2 Die Krise von 2009 und Geldtransfers von Migranten

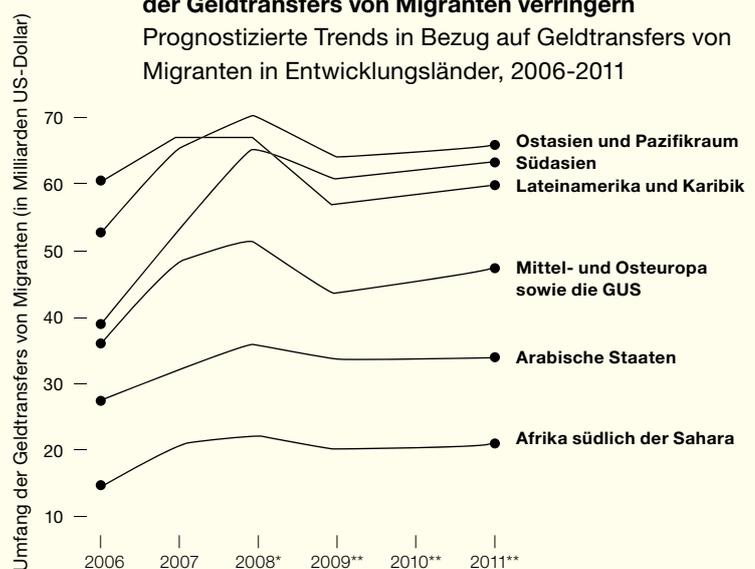
Die Wirtschaftskrise von 2009, die in wichtigen Zielländern begann und mittlerweile zu einer globalen Krise geworden ist, hat das Volumen der Geldtransfers von Migranten in Entwicklungsländer schrumpfen lassen. Es liegen bereits Erkenntnisse über beträchtliche Rückgänge der Mittelflüsse in Länder wie Ägypten, Bangladesch, El Salvador oder die Philippinen vor, die stark auf Geldtransfers von Migranten angewiesen sind.

Was die Auswirkungen auf Geldtransfers von Migranten betrifft, sind Länder und Regionen in unterschiedlichem Maß von der Krise betroffen. Prognosen zufolge werden die Geldtransfers von Migranten in die osteuropäischen und zentralasiatischen Länder sowohl relativ als auch absolut am stärksten zurückgehen. Darin spiegelt sich auch die Umkehrbewegung zu ihrem raschen Anstieg nach dem Beitritt zur Europäischen Union und dem Wirtschaftsaufschwung in der Russischen Föderation wider. In der Republik Moldau und in Tadschikistan, die mit 45 beziehungsweise 38 Prozent die weltweit höchsten Anteile von Geldtransfers von Migranten am BIP aufweisen, wird für 2009 ein Rückgang der Transfervolumen um zehn Prozent prognostiziert. El Salvador droht ein beträchtlicher Rückgang der Transfers, die mehr als 18 Prozent seines BIP ausmachen.

Etwa drei Viertel der Geldtransfers von Migranten nach Afrika südlich der Sahara stammen aus den Vereinigten Staaten und Europa, die beide stark von der Krise betroffen sind (Kapitel 2). Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Quellen als mehr oder weniger konjunkturabhängig als die offizielle Entwicklungshilfe und private Investitionsströme erweisen.

Quelle: Ratha und Mohapatra (2009a, b).

Grafik 4.1 Die globale Rezession dürfte den Umfang der Geldtransfers von Migranten verringern
 Prognostizierte Trends in Bezug auf Geldtransfers von Migranten in Entwicklungsländer, 2006-2011



* Schätzung ** Prognosen

Quelle: Ratha und Mohapatra (2009b) sowie The Economist Intelligence Unit (2009).

Hinweis: Diese regionalen Gruppierungen schließen laut der Klassifizierung der UNDP-Regionalbüros alle Entwicklungsländer ein. Die vollständige Liste der Länder in jeder Region enthält der „Länderschlüssel“ im Statistischen Anhang.

Die Aussicht, den Herkunftsort als Migrant verlassen zu können, vergrößert die Anreize, in Bildung zu investieren

jedoch möglicherweise erst nach Jahrzehnten vollends zum Tragen und sind komplex sowie bei weitem nicht selbstverständlich. Die Zeitspanne kann damit zusammenhängen, dass Geldtransfers von Migranten aufgrund der notwendigen Anpassung der Migranten an den neuen Wohn- und Arbeitsort mit einer gewissen Verzögerung getätigt werden. Eine weitere Ursache können die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen am Herkunftsort wie ein schlechtes Investitionsklima sein, die Geldtransfers erschweren können oder sogar bewirken, dass davon Abstand genommen wird.²⁴ Schlussendlich können Geldtransfers von Migranten helfen, einen Kapitalstock zur Finanzierung der Migration weiterer Personen anzulegen – Jahre, nachdem das erste Familienmitglied den Herkunftsort verlassen hat.

Manche Kommentatoren tun die Bedeutung von Geldtransfers von Migranten ab, weil sie teilweise für den Konsum ausgegeben werden. Dieser Einwand ist aus zwei allgemeinen Gründen unberechtigt. Erstens kann der Konsum an sich wertvoll sein und hat eine langfristige Wirkung ähnlich wie Investitionen, insbesondere in armen Gemeinschaften. Verbesserungen der Ernährung und der Versorgung mit anderen grundlegenden Konsumartikeln steigern das Humankapital und damit die zukünftigen Einkommen beträchtlich.²⁵ In ähnlicher Weise ist für Familien, die Geldtransfers von Migranten erhalten, der Schulbesuch der Kinder häufig eine Priorität, weil er die Verdienstmöglichkeiten der nächsten Generation verbessert. Zweitens kommen die meisten Arten von Ausgaben, vor allem für arbeitsintensive Waren und Dienstleistungen wie Wohnungsbau und andere Baumaßnahmen der lokalen Wirtschaft zugute und können Multiplikatoreffekte haben.²⁶ Alle diese Auswirkungen sind positiv.

Bei Familien mit Migranten scheint die Wahrscheinlichkeit größer zu sein, dass sie ihre Kinder die Schule besuchen lassen. Sie verwenden die ihnen aus Geldtransfers von Migranten zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel, um Gebühren und andere Kosten zu bestreiten. Dies verringert die Kinderarbeit. Weil bessere Lebensperspektiven aufgrund von Migration Einfluss auf die sozialen Normen und Anreize haben, ist bei Kindern von Migranten die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie die Schule abschließen.²⁷

In Guatemala besteht ein Zusammenhang zwischen Binnen- sowie internationaler Migration und höheren Bildungsausgaben (45 beziehungsweise 48 Prozent), insbesondere für eine höhere Schulbildung.²⁸ In ländlichen Gebieten Pakistans kann eine Verknüpfung zwischen temporärer Migration und höheren Schulbesuchsraten sowie Rückgängen der Schulabbruchsraten um mehr als 40 Prozent hergestellt werden, wobei der Effekt bei Mädchen ausgeprägter ist als bei Jungen.²⁹ Im Rahmen der Forschungsarbeiten, die wir selbst in Auftrag gegeben haben, wurden ähnliche Ergebnisse in Mexiko festgestellt: Bei Kindern in Haushalten mit einem Binnenmigranten war die Wahrscheinlichkeit, eine altersgemäße Klasse zu besuchen, 30 bis 45 Prozent höher.³⁰

Die Aussicht, den Herkunftsort als Migrant verlassen zu können, vergrößert die Anreize, in Bildung zu investieren.³¹ Dies wurde theoretisch postuliert und in einigen Ländern in der Praxis nachgewiesen. Beispielsweise führte die Emigration von Fidschianern nach Australien mit dem Ziel, dort Stellen mit hohen Qualifikationsanforderungen anzutreten, dazu, dass in Fidschi mehr Personen einen höheren Bildungsabschluss anstrebten. Obwohl ungefähr ein Drittel der indo-fidschianischen Bevölkerung in den letzten drei Jahrzehnten ausgewandert ist und qualifizierte Arbeitnehmer unter den Emigranten überrepräsentiert sind, ist dieser Effekt so groß, dass die absolute Zahl qualifizierter indo-fidschianischer Arbeitnehmer in Fidschi stark gestiegen ist.³² Eine Reihe von Regierungen einschließlich derjenigen der Philippinen hat bewusst versucht, unter anderem durch die Unterstützung der Qualifizierung im eigenen Land die Arbeitsaufnahme im Ausland zu fördern.³³

Die Auswirkungen von Migrationsaussichten auf Anreize für den Schulbesuch hängen vom Kontext und den Aussichten selbst ab. In Mexiko beispielsweise, wo sich vorwiegend Geringqualifizierte für die oft irreguläre Migration entscheiden, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass Jungen den Schulbesuch abbrechen, um diese Möglichkeit zu wählen.³⁴ In der von uns in Auftrag gegebenen Untersuchung chinesischer Zensusdaten auf der Provinzebene ergab, dass die für freie Stellen außerhalb der Provinz benötigten Qualifikationen die Investitionen in den Schulbesuch in ländlichen Herkunftsgemeinschaften beeinflussen.

Dort, wo Binnenmigranten über Sekundarbildung verfügten, bewog dies die Kinder in der Gemeinschaft offensichtlich, ebenfalls höhere Abschlüsse zu machen, während in Provinzen, in denen die Migranten überwiegend nur die Mittelschule abgeschlossen hatten, auch niedrige Oberschulabschlussquoten registriert wurden.³⁵

Durch Auswirkungen auf die Ernährung, die Lebensbedingungen, höhere Einkommen sowie die Weitergabe von Wissen und Praktiken kann die Migration einen Einfluss auf die Gesundheit von Personen haben, die nicht migrieren. Es gibt Belege dafür, dass höhere Einkommen und bessere Gesundheitskenntnisse im Zusammenhang mit Migration einen positiven Einfluss auf die Säuglings- und Kindersterblichkeit haben.³⁶ Zumindest in Mexiko wurde jedoch festgestellt, dass längerfristige Gesundheitsergebnisse beeinträchtigt werden können, weil das Ausmaß der präventiven Gesundheitsfürsorge (beispielsweise Stillen und Impfungen) niedriger war, wenn mindestens ein Elternteil migriert war.³⁷ Dies kann mit der höheren Arbeitsbelastung und/oder dem geringeren Wissensstand bei Alleinerziehenden oder Familien mit einer geringeren Anzahl Erwachsener zusammenhängen. Zudem kann die Rückkehr an den Herkunftsort für Familien dort in beträchtlichen Gesundheitsrisiken resultieren, wenn die Möglichkeit besteht, sich an den Zielorten eine Infektionskrankheit zuzuziehen. Die Risiken in Bezug auf HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten können besonders groß sein.³⁸

Die Migration von Bezugspersonen kann Kinder an den Herkunftsorten emotional belasten, was die potenziellen Vorteile im Hinblick auf den Konsum, den Schulbesuch und die Gesundheit aufwiegen kann. Beispielsweise hat eine von fünf paraguayischen Müttern, die in Argentinien leben, kleine Kinder in Paraguay zurückgelassen.³⁹ In Studien, mit denen die möglichen Auswirkungen untersucht wurden, wurde festgestellt, dass diese abhängig sind vom Kindesalter zum Trennungszeitpunkt (in den ersten Lebensjahren können die Auswirkungen größer sein), von der Vertrautheit und der Einstellung des Erwachsenen, in dessen Obhut das Kind gelassen wird, und davon, ob die Trennung dauerhaft oder vorübergehend ist.⁴⁰ Durch die Verfügbarkeit billiger und einfacher

Kommunikationsmöglichkeiten, beispielsweise über Mobiltelefon oder Skype, ist die Trennung von Familienmitgliedern mittlerweile besser zu bewältigen. In den letzten Jahren ist es damit viel einfacher geworden, Kontakte und Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Die Migration kann einen großen Einfluss auf die zwischengeschlechtlichen Beziehungen an den Herkunftsorten haben.⁴¹ Wenn Frauen migrieren, kann dies die traditionellen Rollen verändern, insbesondere diejenigen in Bezug auf die Betreuung von Kindern und Älteren.⁴² Wenn Männer ihre Familien verlassen, um anderswo zu arbeiten, können in ländlichen Gebieten die Frauen durch deren Abwesenheit an Eigenständigkeit gewinnen: In Ecuador, Ghana, Indien, Madagaskar und der Republik Moldau durchgeführte Feldstudien ergaben ausnahmslos, dass sich nach der Migration von Männern in ländlichen Gebieten die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen auf der Gemeinschaftsebene steigerte.⁴³ An einem neuen Wohnort von einem Migranten übernommene Normen – beispielsweise ein höheres Heiratsalter oder niedrige Fertilität, höhere Bildungserwartungen von Mädchen und Erwerbsbeteiligung – können zum Herkunftsort „durchsickern“. Dieser Prozess kann vielleicht noch beschleunigt werden, wenn die soziale und kulturelle Kluft zwischen Herkunfts- und Zielländern groß ist.⁴⁴ Dies wurde durch neuere Erkenntnisse zur Weitergabe von Werten und Vorstellungen zum Sexualverhalten und zur Familiengründung an den erweiterten Familienkreis und Freunde am Herkunftsort bestätigt: Eine niedrigere Kinderzahl auf der nationalen Ebene wurde an beiden Orten zur Norm.⁴⁵

Insgesamt sind die Belege zu den Auswirkungen auf traditionelle Geschlechterrollen jedoch uneinheitlich. Beispielsweise verändert sich dort, wo das Leben der Frauen von Migranten am Herkunftsort weitgehend auf die Haushaltsführung, die Kindererziehung und die Arbeit in der Landwirtschaft beschränkt bleibt, vielleicht wenig – abgesehen davon, dass sie mehr arbeiten müssen. Autoritätszugewinne sind möglicherweise zeitlich beschränkt, wenn Migranten nach der Rückkehr ihre Stellung als Haushaltsvorstand wieder einnehmen. Dies wurde beispielsweise aus Albanien und Burkina Faso berichtet.⁴⁶

Die Migration kann einen großen Einfluss auf die zwischen-geschlechtlichen Beziehungen an den Herkunftsorten haben

Die Auswirkungen der Abwanderung qualifizierter Personen für die Herkunftsgemeinschaften sind weniger schädlich, als häufig angenommen wird

Die Weitergabe geänderter Werte und Gewohnheiten kann sich bis auf kommunale Angelegenheiten erstrecken. Neuere Untersuchungen in sechs lateinamerikanischen Ländern ergaben, dass sich Personen mit besseren Verbindungen zu internationalen Migrantennetzwerken mehr in die Gemeinschaftsangelegenheiten vor Ort einmischen, demokratische Grundsätze stärker unterstützen und der demokratischen Performanz ihres eigenen Landes kritischer gegenüberstehen.⁴⁷

4.1.2 Wirtschaftliche Auswirkungen auf Gemeinschaftsebene und nationaler Ebene

Jenseits ihrer unmittelbaren Auswirkungen auf Familien mit Migranten kann die Migration allgemeinere Auswirkungen haben. Migrationsbedingte Prozesse sozialer und kultureller Veränderung können weitreichende Auswirkungen auf das Unternehmertum, Gemeinschaftsnormen und politische Umgestaltungen haben – Auswirkungen, die oft über Generationen spürbar sind. Beispielsweise wird sich die vor fünf Jahrzehnten getroffene Entscheidung von Barack Obama senior, in den Vereinigten Staaten zu studieren, vielleicht heute und zukünftig auf Kenia und sogar den größten Teil Afrikas auswirken. Die meisten dieser Auswirkungen sind höchst positiv. Ein besorgniserregender Aspekt, auf den eingegangen werden muss, ist jedoch der Verlust von Qualifikationen in den Herkunftsgemeinschaften.

Seit langem werden Befürchtungen dahingehend geäußert, dass die Mobilität der Qualifizierten der Wirtschaft der Herkunftsländer schadet; allerdings ist die Debatte in den letzten Jahren nuancierter geworden.⁴⁸ Die Sorge wird immer wieder in kleinen Staaten und ärmeren Ländern laut, aber auch in Ländern wie Australien, das die Abwanderung vieler seiner Hochschulabsolventen mit ansehen muss. Zu diesem Thema wurde in den letzten Jahrzehnten eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, auf die in Kapitel 5 eingegangen wird. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist jedoch, dass Mobilität normal und weitverbreitet ist, selbst in wohlhabenden Gesellschaften (Kapitel 2). Als Reaktion auf einen wahrgenommenen Mangel an Chancen an ihrem Herkunftsort und/oder auf bessere Chancen an anderen Orten, sowohl für sich selbst als

auch für ihre Kinder, entscheiden sich Personen, die über Qualifikationen verfügen, und andere für die Migration. Versuche, dies zu verhindern, ohne die zugrundeliegenden strukturellen Ursachen abzustellen, dürften erfolglos bleiben. Es gibt Gründe für die Annahme, dass die Auswirkungen der Abwanderung qualifizierter Personen für die Herkunftsgemeinschaften weniger schädlich sind, als häufig angenommen wird (siehe Kasten 4.3).

Eine seit langem gehegte Befürchtung ist, dass die Abwanderung leistungsfähiger junger Menschen zu Arbeitskräftemangel und geringerer Produktion führt, insbesondere in der Landwirtschaft.⁴⁹ In Indonesien beispielsweise litten Gemeinschaften unter einem Mangel an Arbeitskräften in landwirtschaftlichen Genossenschaften.⁵⁰ In vielen Entwicklungsländern kann die Migration von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in städtische Gebiete ein wichtiges Element des Strukturwandels sein. Und insofern, als das Wachstum in Entwicklungsländern nicht durch einen Mangel an Arbeitskräften, sondern an Kapital gehemmt wird, können Geldtransfers von Migranten eine wichtige Quelle von Investitionsmitteln in ländlichen Gebieten sein.

Die Migration kann erheblich zur Angleichung von Löhnen und Einkommen zwischen Herkunfts- und Zielgebieten beitragen. Ursache hierfür ist, dass bei zunehmender Mobilität zwischen zwei Regionen ihre Arbeitsmärkte stärker miteinander verzahnt werden und große Lohnunterschiede schwieriger aufrechtzuerhalten sind. Es gibt eine Vielzahl von Belegen aus der Geschichte, dass verbesserte Mobilität zum Abbau von Lohnunterschieden zwischen Ländern führt. Darauf wurde in Kapitel 2 eingegangen. Ungleichheiten innerhalb von Ländern können im Zeitverlauf einem glockenförmigen Muster folgen: Fortschritte in manchen Gebieten schaffen Wohlstand und vergrößern die Ungleichheit. Dies resultiert in Migration, was nach einer gewissen Zeit gewöhnlich weniger Ungleichheit zur Folge hat. In Studien wurde in Brasilien, Indien, Indonesien und Mexiko ein Zusammenhang zwischen höherer Binnenmobilität von Arbeitskräften und geringeren interregionalen Einkommensunterschieden festgestellt.⁵¹

Interessanterweise sind in den meisten Entwicklungsländern die Auswanderungsraten

Kasten 4.3 Auswirkungen der Migration qualifizierter Personen auf die menschliche Entwicklung

Sowohl in der Bevölkerung als auch unter Wissenschaftlern hat die Abwanderung von Hochschulabsolventen Beachtung gefunden. Ein Grund hierfür ist, dass in vielen armen Ländern akuter Fachkräftemangel herrscht. Die Belege lassen darauf schließen, dass die Verbesserung der Arbeitsbedingungen vor Ort mit dem Ziel, den Verbleib am Herkunftsort attraktiver zu machen, eine wirkungsvollere Strategie ist als die Verhängung von Ausreisebeschränkungen.

Es ist wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Abwanderung von Fachkräften nicht die Ursache der beklagenswert schlechten Qualität bei der Erbringung wichtiger Dienstleistungen in manchen armen Ländern ist. Die systematische Analyse einer neuen Datenbank zur Abwanderung von Gesundheitskräften aus Afrika bestätigt, dass der niedrige Personalstand und der schlechte Zustand des Gesundheitswesens große Probleme sind, aber im Allgemeinen Faktoren widerspiegeln, die nicht in einem Zusammenhang mit der internationalen Migration von Gesundheitsfachkräften stehen – als da wären: schwache Anreize, unzureichende Mittel und begrenzte Verwaltungskapazität. Es trifft die Sache besser, wenn Migration nicht als eine Ursache, sondern als ein Symptom versagender Gesundheitssysteme beschrieben wird.

Die sozialen Kosten der Abwanderung von Fachkräften sollten nicht überschätzt werden. Wo – wie oft in armen Ländern – viele Hochschulabsolventen arbeitslos sind, sind die Opportunitätskosten der Ausreise möglicherweise nicht hoch. Wenn ein hoch produktiver, aber schlecht bezahlter Arbeitnehmer abwandert, erleidet die Gemeinschaft einen beträchtlichen Verlust. Wenn jedoch ein genauso qualifizierter, aber unproduktiver Arbeitnehmer abwandert,

ist sie kaum betroffen. Wenn beispielsweise Lehrer häufig nicht zum Unterricht erscheinen, sind die unmittelbaren Auswirkungen ihrer Abwanderung wahrscheinlich nicht sehr groß. In der Debatte über die Abwanderung qualifizierten Personals lässt sich der Umstand, dass sich Personen zum aktuellen Zeitpunkt nicht ausreichend für ihre Gemeinschaften einsetzen, nicht einfach ignorieren. Das sollte jedoch nicht dazu führen, dass diesen Ursachen von Ineffizienz und Vergeudung weniger energisch entgegengewirkt wird.

Wie andere Migranten können Fachkräfte im Ausland ihren Herkunftsländern Vorteile in Form von Geldtransfers und der Entwicklung von Netzwerken bescheren. Wie in Abbildung 3.2 gezeigt, kann der absolute Einkommenszuwachs aufgrund der Migration außerordentlich groß sein, sodass der Vorteil für das Herkunftsland selbst dann beträchtlich sein kann, wenn nur ein Bruchteil der Differenz nach Hause geschickt wird. In einigen Forschungsarbeiten wurde eine positive Korrelation zwischen dem Anteil ausländischer Direktinvestitionen in einem Entwicklungsland und der Zahl der Hochschulabsolventen des betreffenden Landes im investierenden Land postuliert. In anderen Studien wurde festgestellt, dass der Handel zwischen zwei Ländern desto umfangreicher ist, je mehr hochqualifizierte Emigranten aus einem Land in dem anderen leben.

Schlussendlich sei noch darauf hingewiesen, dass eine beträchtliche Zahl qualifizierter Emigranten zurückkehrt, und zwar gewöhnlich nach etwa fünf Jahren. Einer neueren Schätzung zufolge beläuft sich der Anteil auf etwa die Hälfte. In der aktuellen Literatur wurde auch die steigende Bedeutung der zirkulären Migration parallel zum Wachstum transnationaler Netzwerke hervorgehoben.

Quelle: Clemens (2009b), Banerjee und Duflo (2006), Javorcik, Ozden, Spatareanu und Neagu (2006), Rauch (1999), Felbermayr und Toubal (2008), Findlay und Lowell (2001) sowie Skeldon (2005).

qualifizierter Arbeitnehmer bei Frauen wesentlich höher als bei Männern.⁵² Für eine große Gruppe von Ländern einschließlich Afghanistan, Ghana, Guatemala, Kroatien, Malawi, Papua-Neuguinea, Sambia, Togo und Uganda gilt, dass bei Hochschulabsolventinnen die Wahrscheinlichkeit, in OECD-Länder auszuwandern, mindestens 40 Prozent höher ist als bei Männern mit einem Hochschulabschluss. Wengleich dies auf verschiedene Faktoren zurückgeführt werden könnte, bieten strukturelle und/oder kulturelle Hindernisse für den beruflichen Aufstieg im Herkunftsland die wahrscheinlichste Erklärung.⁵³

Die Migration qualifizierter Personen erfolgt nicht nur grenzüberschreitend, sondern auch innerhalb von Grenzen, denn Menschen streben

nach besseren Chancen. Dies ist in Grafik 4.2 veranschaulicht, in der die Binnenmigration in Brasilien, Kenia, auf den Philippinen und in den Vereinigten Staaten der internationalen Migration gegenübergestellt wird. Das bemerkenswerte Ergebnis ist, dass wir sehr ähnliche Muster der Migration qualifizierter Arbeitnehmer innerhalb von Ländern und über internationale Grenzen hinweg feststellen. Insbesondere findet die Tendenz bei einem größeren Anteil qualifizierter Arbeitskräfte, aus kleinen Staaten auszuwandern, ihren Widerhall in einer ähnlichen Tendenz, kleine Ortschaften zu verlassen. Daraus ist zu folgern, dass die politischen Optionen wie höhere Anreize und verbesserte Arbeitsbedingungen, die in Diskussionen der lokalen Entwicklung erörtert werden,

auch für die Politikgestaltung in Bezug auf die Abwanderung qualifizierter Kräfte ins Ausland maßgeblich sein können.

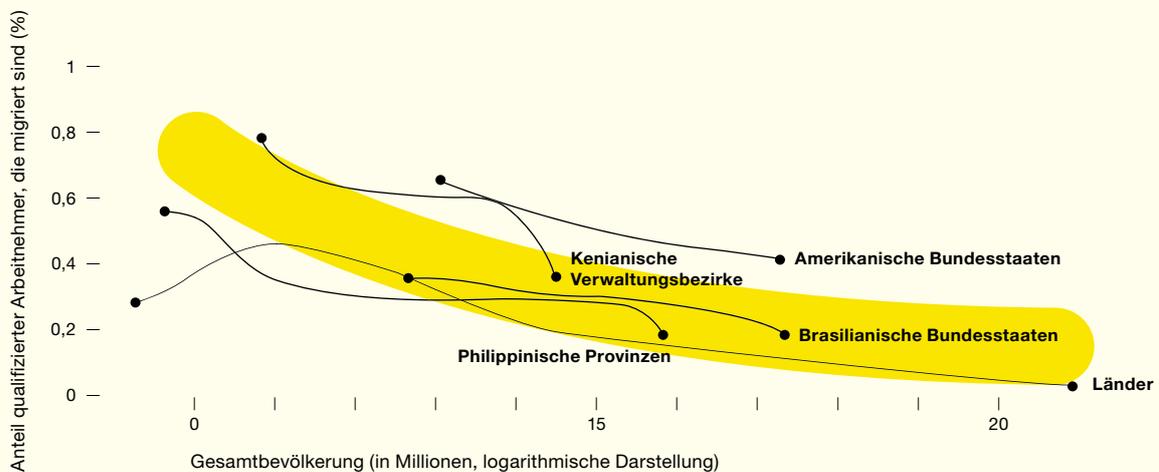
Allgemein gilt, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Migration auf der nationalen Ebene in Herkunftsländern komplex und größtenteils schwierig zu messen sind. Netzwerke können entstehen, welche die Verbreitung von Wissen, Innovationen sowie Einstellungen erleichtern und auf diese Weise mittel- bis langfristig die Entwicklung fördern. Es gibt eine Fülle von Einzelberichten, die darauf schließen lassen, dass Migranten produktive Aktivitäten in ihren Herkunftsländern unterstützen, indem sie Technologie, höhere Qualifikationen sowie bessere Arbeits- und Managementpraktiken nach Hause vermitteln.⁵⁴ Die chinesische Regierung hat Kontakte zu chinesischen Studenten im Ausland unterhalten, um das wissenschaftliche Niveau an inländischen Hochschulen zu heben. In ähnlicher Weise brachten in Indien die sogenannten „Argonauten“ – junge Hochschulabsolventen, die dazu beitrugen, den Technologiekurs des Landes zu Beginn des neuen Jahrtausends zu stützen – aus den Vereinigten Staaten und anderen Ländern Ideen, Erfahrungen und Finanzmittel an ihre Arbeitsplätze mit.⁵⁵ Das gesamte

Modell der Software-Industrie veränderte sich, als Firmen zunehmend die Produktion nach Indien auslagerten und sich dort ansiedelten. In diesem Fall resultierte die Fachkräftemigration in beträchtlichen externen und dynamischen Effekten, die sowohl den Arbeitnehmern als auch der Industrie am Herkunftsort nutzen.

Neue Industriezweige können sich über internationale Netzwerke qualifizierter Fachkräfte rasch und unvorhersehbar ausbreiten und auch bei einem ansonsten niedrigen Gesamtentwicklungsstand Nischen finden. Ihr Erfolg hängt jedoch entscheidend von der Offenheit des wirtschaftlichen und politischen Umfelds im eigenen Land ab. Es scheint so zu sein, dass Länder wie die Islamische Republik Iran, die Russische Föderation und Vietnam, in denen die Systeme geschlossener sind, weniger in der Form der Gründung von Hightech-Unternehmen von ihren qualifizierten Arbeitnehmern im Ausland profitiert haben als beispielsweise Indien und Israel.⁵⁶

Fast alle quantitativen Makrostudien zu den Auswirkungen auf der nationalen Ebene haben sich relativ eng auf den Umfang und den Beitrag von Geldtransfers von Migranten konzentriert. 2007 belief sich das Volumen offiziell registrierter Geldtransfers von Migranten in

Grafik 4.2 Ähnlichkeit zwischen der internationalen Migration und der Binnenmigration qualifizierter Arbeitnehmer
Bevölkerung und Anteil qualifizierter Arbeitnehmer, die sich für Binnenmigration beziehungsweise die internationale Migration entscheiden



Quelle: Clemens (2009b).

Hinweis: Darstellung der Anteile unter Verwendung des Verfahrens der Kernregressionschätzung (kernel density regressions).

Entwicklungsländer auf etwa das Vierfache der öffentlichen Entwicklungshilfe insgesamt.⁵⁷ Angesichts dieses Volumens ist es wahrscheinlich, dass Geldtransfers von Migranten in einzelnen Ländern im Vergleich zu anderen Quellen einen wichtigen Beitrag zu den Deviseneinnahmen leisten. Im Senegal beispielsweise machten Geldtransfers von Migranten 2007 das Zwölfwache der ausländischen Direktinvestitionen aus. In einer Reihe kleiner und armer Staaten entfällt auf Geldtransfers von Migranten ein beträchtlicher Anteil des BIP. Auf dem ersten Platz in dieser Liste steht Tadschikistan mit 45 Prozent. In den 20 Ländern mit den höchsten Mittelzuflüssen aus Geldtransfers von Migranten überstieg der Anteil im Jahr 2007 ausnahmslos neun Prozent, und in mehr als 20 Entwicklungsländern übersteigt das Volumen der Geldtransfers von Migranten den Einnahmen mit dem wichtigsten Exportgut.

Allerdings sollten zwei wichtige Einschränkungen dieser Ergebnisse berücksichtigt werden. Erstens fließt der überwiegende Teil dieser Mittel nicht in die ärmsten Länder. Von den geschätzten Zuflüssen aus Geldtransfers von Migranten im Jahr 2007 gingen weniger als ein Prozent an Länder in der Gruppe mit niedrigem HDI-Wert. In dieser Kategorie machen die Geldtransfers von Migranten lediglich etwa 15 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe aus, die sie erhalten. Im Gegensatz dazu belieben sich in Lateinamerika und der Karibik die Geldtransfers von Migranten 2007 auf etwa 60 Prozent des zusammengefassten Volumens von allen ausländischen Direktinvestitionen und Entwicklungshilfe. Zweitens lassen Studien, mit denen versucht wurde, die Auswirkungen von Geldtransfers von Migranten auf das langfristige Wachstum des Empfängerlandes zu ermes- sen, darauf schließen, dass diese Auswirkungen im Allgemeinen klein sind, wenngleich die Ergebnisse uneinheitlich sind.⁵⁸ Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Entwicklungsauswirkungen von Geldtransfers von Migranten letztlich von den institutionellen Strukturen vor Ort abhängen.⁵⁹

Es wurden Befürchtungen dahingehend geäußert, dass Geldtransfers von Migranten eine Form von „Ressourcenfluch“ heraufbeschwören, indem sie zu unerwünschter Aufwertung führen und damit die Wettbewerbsfähigkeit

einschränken. Auch diesbezüglich sind die Belege jedoch uneinheitlich.⁶⁰ Außerdem fließen Geldtransfers von Migranten an Personen und Familien und werden deshalb breiter gestreut als Erträge aus natürlichen Ressourcen, die nur an Regierungen sowie eine Handvoll Unternehmen fließen und deshalb das Korruptionsproblem verschärfen können. Ein positiver makroökonomischer Effekt von Geldtransfers von Migranten besteht darin, dass ihr Volumen tendenziell weniger schwankt als das von sowohl der öffentlichen Entwicklungshilfe als auch ausländischen Direktinvestitionen, selbst wenn auch sie – wie sich 2009 zeigte – zyklischen Fluktuationen unterliegen (Kasten 4.2).⁶¹

Allgemein dürfte auf Geldtransfers von Migranten gestützte Entwicklung keine robuste Wachstumsstrategie darstellen. Wie für öffentliche Entwicklungshilfe gilt auch für Geldtransfers von Migranten, dass sie allein die strukturellen Beschränkungen für wirtschaftliches Wachstum, sozialen Wandel und bessere Regierungsführung nicht aus dem Weg räumen können, die für viele Länder mit einem niedrigen Stand der menschlichen Entwicklung charakteristisch sind. Unabhängig davon kann für manche kleine Staaten, insbesondere solche, die mit zusätzlichen Schwierigkeiten aufgrund ihrer Abgelegenheit konfrontiert sind, Mobilität ein wichtiges Element einer wirksamen Gesamtstrategie für menschliche Entwicklung sein (Kasten 4.4).

4.1.3 Soziale und kulturelle Auswirkungen

Mobilität kann tiefgreifende Folgen für soziale, schichtbezogene und ethnische Hierarchien in Herkunftsgemeinschaften haben, wenn Gruppen mit niedrigerem Status Zugang zu beträchtlich höheren Einkommen erhalten. Dies zeigen die Beispiele der Maya in Guatemala⁶² und der *Haratin*, einer Gruppe überwiegend dunkelhäutiger Kleinpächter in Südmarokko.⁶³ Dabei handelt es sich um willkommene Veränderungen, die überlieferte kastenähnliche Formen angeborener Ungleichheit auf der Grundlage von Aspekten wie Sippe, Hautfarbe, ethnischer Gruppe oder Religion aufbrechen können, welche einen ungleich verteilten Zugang zu Grund und Boden sowie anderen Ressourcen zur Folge haben.

Mobilität kann tiefgreifende Folgen für soziale, schichtbezogene und ethnische Hierarchien in Herkunftsgemeinschaften haben, wenn Gruppen mit niedrigerem Status Zugang zu beträchtlich höherem Einkommen haben

Kasten 4.4 Mobilität und die Entwicklungsaussichten kleiner Staaten

Wie bereits in Kapitel 2 erläutert wurde, ist es bemerkenswert, dass es sich bei den Ländern mit den höchsten Auswanderungsraten um kleine Staaten handelt. Diesen hohen Werten auf der einen Seite steht häufig Unterentwicklung auf der anderen gegenüber. Für ärmere kleine Staaten zählen zu den Nachteilen der Kleinheit die überproportionale Abhängigkeit von einem einzelnen Exportgut oder Sektor und die Anfälligkeit für exogene Schocks. Für kleine Länder ist es schwieriger, bei der wirtschaftlichen Aktivität Skaleneffekte zu nutzen und öffentliche Güter bereitzustellen. Außerdem sind bei ihnen häufig hohe Produktionskosten und Verbraucherpreise vorherrschend. Bei kleinen Inselstaaten ist ein zusätzlicher Faktor ihre Abgelegenheit, wodurch die Transportkosten sowie -zeiten steigen und die den Wettbewerb auf Außenmärkten erschwert. Alle diese Faktoren sind Anreize für die Abwanderung.

Die finanziellen Vorteile aufgrund von Migration sind für kleine Staaten relativ groß. 2007 beliefen sich die Geldtransfers von Migranten auf durchschnittlich 223 US-Dollar pro Kopf, verglichen mit einem Durchschnitt von 52 US-Dollar für die Entwicklungsländer. Die höchsten jährlichen Zuflüsse im Verhältnis zum BIP werden in der Karibik registriert, wo die Geldtransfers von Migranten acht Prozent des BIP ausmachen. Die meisten kleinen Staaten zählen jedoch nicht zu den Ländern mit den höchsten Anteilen der Geldtransfers von Migranten am BIP; sodass sie für von dieser Quelle ausgehende Schocks nicht so anfällig sind. Gleichzeitig reichen die Vorteile der Migration für kleine Staaten weit über den monetären Wert der Geldtransfers von Migranten hinaus. Die Migration eröffnet Chancen für Kontakte zwischen Arbeitnehmern, welche die Anbindung an Wirtschaftszentren verbessern können. Die temporäre Migration von Arbeitskräften kann eine Möglichkeit darstellen, den wirtschaftlichen Bedarf sowohl der Herkunfts- als auch der Zielseite zu decken, gering qualifizierten Arbeitnehmern Chancen zu bieten und durch die Vermittlung von Qualifikationen und Geschäftsideen in Herkunftsländern allgemeineren Nutzen zu realisieren. In dem Maß, in dem sich Kleinheit mit Brüchigkeit und in manchen Fällen mit Instabilität überlappt, kann die Migration ein Sicherheitsventil sein, um die Gefahr eines Konflikts zu verringern. Auf längere Sicht kann sie auch als Diversifikationsstrategie dienen.

Manche kleinen Staaten haben die Auswanderung in ihre Entwicklungsstrategien integriert, vor allem, um dem Problem der Schaffung von Arbeitsplätzen Rechnung zu tragen. Die von uns beauftragte Sichtung von Strategien zur Armutsbekämpfung (PRS) zeigte, dass viele kleine Staaten (Bhutan, Kap Verde, Dominica, Guinea-Bissau, São Tomé und Príncipe sowie Timor-Leste) positive Elemente der internationalen Migration erwähnen, was die Auswirkungen auf die Entwicklung und/oder die Verringerung der Armut betrifft. Zu den Zielen im Strategiedokument zur Armutsbekämpfung (PRSP) von Timor-Leste (2003) zählte die Ausarbeitung eines Plans für

die Auswanderung von 1.000 Arbeitnehmern pro Jahr. Andere Länder (Dschibuti, Gambia, Guyana und die Malediven) gehen auf die Auswanderung jedoch ausschließlich als Problem ein. Manche sehen negative Aspekte wie die Gefahr rückläufiger Geldtransfers von Migranten (Kap Verde) und zunehmende Ungleichheit (Bhutan). In der PRS von Dominica wird die Auswanderung auf der einen Seite als eine Armutsursache und auf der anderen als Faktor bezeichnet, der zur Verringerung der Armut beiträgt.

Kleine Staaten können in mehrfacher Weise die Migration zu einem strategischen Element von Entwicklungsanstrengungen machen. In einigen Fällen müssen dazu regionale Vereinbarungen getroffen werden. Manche Länder konzentrieren sich auf die temporäre Beschäftigung im Ausland. Andere stellen die Qualifizierung in den Vordergrund, manchmal in Zusammenarbeit mit Nachbarn. Mauritius hat die temporäre Beschäftigung im Ausland aktiv als eine Möglichkeit gefördert, Qualifikationen und Finanzmittel zu erwerben, die Migranten nach der Rückkehr zur Unternehmens- oder Geschäftsgründung nutzen können. Die Regierung hat mit Geberunterstützung ein Programm eingerichtet, das zurückkehrenden Migranten technische und finanzielle Unterstützung bietet. Das Entwicklungskonzept von Lesotho (*Development Vision 2020*) konzentriert sich auf die Schaffung von Arbeitsplätzen im Inland durch die Anwerbung ausländischer Direktinvestitionen, anerkennt jedoch die Rolle der Erwerbstätigkeit im Ausland, insbesondere im angrenzenden Südafrika. Die PRS des Landes umfasst Reformmaßnahmen einschließlich der Automatisierung und Dezentralisierung der Einwanderungsdienste, die Einrichtung einer Zentralstelle für die effiziente Bearbeitung von Einwanderungs- und Arbeitsgenehmigungen sowie Antikorruptionsmaßnahmen bei der Einwanderungsbehörde. Entwicklungsstrategien können allgemeinere Maßnahmen beinhalten, um den Problemen der Abgelegenheit entgegenzuwirken. Beispielsweise haben im Südpazifik regionale Hochschulen und Berufsausbildungseinrichtungen die Mobilität gefördert, und mehrere Staaten haben Migrationsabkommen mit ihren Nachbarn abgeschlossen.

Auswanderer aus kleinen Staaten weisen ähnliche Profile wie andere Migranten auf. Wie diese verfügen sie im Allgemeinen über mehr Qualifikationen und Ressourcen als diejenigen, die bleiben. In Mauritius beispielsweise beträgt die Gesamtauswanderungsrate 12,5 Prozent, diejenige von Hochschulabsolventen jedoch etwa 49 Prozent. Insgesamt besteht jedoch zwischen kleinen und großen Staaten kein signifikanter Unterschied in Bezug auf das Nettoangebot an Qualifikationen, gemessen an der Zahl der Ärzte pro 10.000 Einwohner. Betrachtet man nur einfache Durchschnittswerte ist die Zahl der Ärzte für kleine Staaten mit 23 pro 10.000 sogar höher als für alle Länder (20 pro 10.000).

Quelle: Luthria (2009), Winters und Martin (2004), Black und Sward (2009), Seewooruthun (2008), Government of Lesotho (2004), Winters, Walmsley, Wang und Grynberg (2003), Amin und Mattoo (2005), Koettl (2006) sowie Pritchett (2006).

Die nicht monetären Transfers in der Form von Ideen, Verhaltensweisen und Identitätsmustern sowie das Sozialkapital, die Familien und Gemeinschaften am Herkunftsort erreichen, wurden als *social remittances* bezeichnet.⁶⁴ Diese können bei Besuchen und durch rasch besser werdende Kommunikationsmöglichkeiten vermittelt werden. Der Fall des dominikanischen Dorfes Miraflores, aus dem in den 1990er Jahren zwei Drittel der Familien Mitglieder nach Boston schickten, veranschaulicht die Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis. Die Rollen der Frauen änderten sich, und zwar nicht nur in Boston, wo sie erwerbstätig waren, sondern auch in der Dominikanischen Republik, wo sie in Form von einer weniger ungleichen Verteilung der Aufgaben im Haushalt und allgemein mehr Selbstbestimmung profitierten. Ein weiteres Beispiel liefern Pakistaner am Islamic Center of New England in den Vereinigten Staaten, wo Frauen ebenso wie Männer in der Moschee beten und Aufgaben wahrnehmen. Die Kunde über diese Veränderungen ist bis nach Karachi in Pakistan gelangt, wo ein Teil der Frauen weiterhin die überlieferten Ansätze verfolgt, andere jedoch versuchen, neue Räumlichkeiten einzurichten, in denen Frauen gemeinsam beten und lernen können. Auch im Gesundheitsbereich haben nicht monetäre Transfers positive Auswirkungen. Migranten, die zu Besuch kommen oder zurückgekehrt sind, haben im Ausland Verhaltensweisen kennen gelernt, die sie in ihrem Herkunftsland bekannt machen. Dazu zählt beispielsweise, nur sauberes Wasser zu trinken, Tiere aus Wohnräumen fern zu halten oder sich einmal im Jahr medizinisch untersuchen zu lassen.

Die sozialen und kulturellen Auswirkungen von Migration sind jedoch nicht ausschließlich positiv. Ein Gegenbeispiel ist die Ausweisung von Jugendlichen aus den Vereinigten Staaten nach Mittelamerika, die mit dem Export von Banden und Bandenkulturen verglichen worden ist.⁶⁵ Wenngleich detaillierte Informationen und Analysen nicht verfügbar sind, wird in einem neueren Regionalbericht festgestellt, dass die Unterscheidung zwischen einheimischen Banden (*pandillas*) und aus den Vereinigten Staaten „exportierten“ (*maras*) nicht immer klar ist.⁶⁶ Für beide Arten werden Programme zur Prävention von Jugend- und Bandengewalt zugunsten

gefährdeter Personen und Gemeinschaften sowie parallel dazu sowohl zwischenstaatliche Zusammenarbeit als auch mehr Unterstützung und Finanzmittel für Reintegrationsprogramme benötigt.⁶⁷

Für viele junge Menschen auf der ganzen Welt gilt ein Auslandsaufenthalt als ein normaler Teil der Lebenserfahrung, und die Migration ist Ausdruck des Übergangs zum Erwachsensein. In Feldstudien in Jordanien, Pakistan, Thailand und Vietnam kristallisierte sich die Migration als ein Mittel zur Verbesserung des sozialen Status einer Familie in der örtlichen Gemeinschaft heraus. Wie folglich zu erwarten, steigt die Migrationswahrscheinlichkeit bei Personen, die bereits über Kontakte ins Ausland verfügen.

Bisweilen entsteht eine „Migrationskultur“, in der die Migration ins Ausland mit persönlichem, sozialem und materiellem Erfolg assoziiert ist, während der Verbleib im Herkunftsland den Beigeschmack von Scheitern hat.⁶⁸ In dem Maß, in dem das soziale Netzwerk wächst, prägt sich die Kultur weiter ein, und die Migration wird zur Norm, insbesondere bei den Jungen und Leistungsfähigen. Dies wurde in Ländern mit umfassender Migration wie den Philippinen sowie im westlichen und südlichen Afrika beobachtet. Bei einer Studie in Nigeria wurde festgestellt, dass zwei von fünf Studenten vor dem ersten Abschluss mehr daran interessiert waren, Nigeria zu verlassen, um auf diese Weise ihren sozialen Status zu erhöhen, als daran, sich im Land eine Stelle zu suchen.⁶⁹ Dies kann auch in Bezug auf die Binnenmigration beobachtet werden: Eine neuere Studie aus Äthiopien lässt darauf schließen, dass sich verändernde Präferenzen und Ziele als ein Ergebnis von Bildung Menschen bewegen können, unabhängig von den Verdienstmöglichkeiten nach der Abwanderung ländliche Gebiete zu verlassen.⁷⁰ Die Kultur kann eine sich selbst perpetuierende Dynamik bekommen. Dies veranschaulicht das Beispiel der Iren, die selbst auf dem Höhepunkt des überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums in dem Land in den 1990er Jahren weiterhin auswanderten.

In Westafrika ist Migration häufig nicht nur ein Mittel für den wirtschaftlichen Aufstieg; sie gilt hier auch als ein Prozess, durch den ein Junge zur Reife gelangt.⁷¹ Bei bestimmten Gruppen in Mali, in Mauretanien und im Senegal ist

Die nicht monetären Transfers in der Form von Ideen, Verhaltensweisen und Identitätsmustern sowie das Sozialkapital, die Familien und Gemeinschaften am Herkunftsort erreichen, wurden als *social remittances* bezeichnet

Wenn es vor allem die Wohlhabenderen sind, die migrieren, besteht eine angemessene Reaktion darin, für die Armen den Zugang zu Basisleistungen und Chancen am Herkunftsort sicherzustellen sowie ihre Mobilität zu fördern

die Migration ein Schritt ins Erwachsenenleben: Das Wissen und die Erfahrungen, die bei der Migration erworben werden, machen aus männlichen Jugendlichen Männer.⁷² Im Soninke-Dorf Kounda in Mali macht die Mobilität den Unterschied zwischen Männern und Frauen aus.⁷³ Männlich zu sein, ist gleichbedeutend mit Freizügigkeit, während die Frauen im Dorf den Haushalt kaum verlassen dürfen. Männer, die sich nicht in die Migration begeben und wirtschaftlich von ihrer Familie abhängig bleiben, gelten als unreife junge Burschen und werden von Frauen mit dem abfälligen Begriff *tenes* bezeichnet, was so viel wie „kleben geblieben“ bedeutet. In Mali wird Migration umgangssprachlich als *aller en aventure* beschrieben – wörtlich „auf Abenteuer gehen“. Für die Soninke bedeutet, „auf Abenteuer“ zu sein, sich „auf dem Weg zum Erwachsensein“ zu befinden.

Die Auswirkungen der Migration auf Einkommensverteilung und soziale Ungleichheit erfolgen primär über eine Auswahl – nämlich derjenigen, die migrieren (siehe Kapitel 2).⁷⁴ Im Allgemeinen sind die Empfänger von Geldflüssen als Resultat der Migration ins Ausland die Wohlhabenderen, während Geldtransfers von Binnenmigranten zumindest auf lange Sicht tendenziell die Ungleichheit verringern.⁷⁵ Dieses Muster wurde beispielsweise für Mexiko und Thailand ermittelt.⁷⁶ Im Rahmen der von uns in Auftrag gegebenen Forschung zu China wurde ebenfalls festgestellt, dass die Ungleichheit durch Geldtransfers von Binnenmigranten anfänglich stieg, dann aber zurückging.⁷⁷

Wenn es vor allem die Wohlhabenderen sind, die migrieren, besteht eine angemessene Reaktion darin, für die Armen den Zugang zu Basisleistungen und Chancen am Herkunftsort sicherzustellen sowie ihre Mobilität zu fördern. Wie wir in Kapitel 5 darlegen, sollten arme Menschen nicht migrieren müssen, damit ihre Kinder gute Schulen besuchen können: Neben der Möglichkeit, die Migration zu wählen, sollten ihnen Optionen am Wohnort zur Verfügung stehen.

In den letzten Jahrzehnten sind auch kollektive Geldtransfers aufgekommen, die von Vereinigungen von Migranten aus demselben Ort oder anderen Gemeinschaftsgruppen nach Hause geschickt werden.⁷⁸ Diese werden gewöhnlich für die Verbesserung der Basisinfrastruktur wie

für den Bau von Straßen und Brücken, die Installation von Trinkwasser- und Abwasserversorgungssystemen, den Brunnenbau, das Verlegen von Strom- und Telefonleitungen und andere öffentliche Güter wie die Instandsetzung einer Kirche oder eines Fußballfelds vor Ort verwendet. Manchmal sind diese Maßnahmen kofinanziert. Das bekannteste Beispiel hierfür ist das mexikanische Programm *Tres Por Uno*, dessen Ziel höhere Geldtransfers von Migranten sind. Um dies zu erreichen, wird Migrantenvereinigungen zugesagt, dass für jeden Peso, den sie in Projekte zur lokalen Entwicklung investieren, die Bundesregierung sowie die Kommunalverwaltung und die lokale Gebietskörperschaft drei Pesos hinzufügen. Das Volumen kollektiver Geldtransfers bleibt jedoch nur ein Bruchteil dessen, was auf individueller Ebene an Familien geschickt wird, sodass die Entwicklungsauswirkungen solcher Programme nicht übertrieben werden sollten.⁷⁹ Beispielsweise wurde geschätzt, dass Filipinos in den Vereinigten Staaten seit 1990 gemeinnützigen Organisationen auf den Philippinen finanzielle und materielle Unterstützung im Umfang von 44 Millionen US-Dollar haben zukommen lassen. Dieser Betrag entspricht lediglich 0,04 Prozent des BIP im Jahr 2007.⁸⁰

Mobilität kann sich allgemeiner auf das soziale und politische Leben in Herkunftsländern auswirken. Zum einen können Migranten und ihre Nachkommen zurückkehren und sich unmittelbar bürgerschaftlich und politisch engagieren. Zum anderen können wirtschaftliche Investitionen, häufige Besuche und/oder kollektive Initiativen Muster der Partizipation anderer im Herkunftsland beeinflussen. Beispielsweise entstanden im Libanon insbesondere nach dem Ta'ef-Abkommen von 1989 neue politische Kräfte, als zurückkehrende Migranten den im Ausland erworbenen Reichtum nutzten, um politisch aktiv zu werden.⁸¹

Es werden mehr Belege dafür verfügbar, dass Emigranten die Verbesserung politischer Institutionen in ihren Herkunftsländern vorangetrieben haben. Wie festgestellt wurde, sind demokratische Reformen in solchen Entwicklungsländern rascher fortgeschritten, aus denen mehr Studenten an Hochschulen in demokratischen Ländern gegangen waren.⁸² Die Kenntnisse und die Erwartungen, die bestimmte aus

Frankreich zurückkehrende Marokkaner mit sich in ihr Herkunftsland brachten, hatten nachgewiesenermaßen einen Einfluss auf Investitionen der Regierung in die Basisinfrastruktur in ihrer Heimatregion.⁸³ Wenn die Emigration jedoch einfach nur als Sicherheitsventil zur Minderung politischen Drucks verstanden wird, hat die etablierte politische Elite weniger Anreize für Reformen.⁸⁴

In der gleichen Weise, in der Migranten das soziale Gefüge in ihren Zielländern bereichern können, können sie als Mittler für politische und soziale Veränderungen fungieren, wenn sie mit neuen Werten, Erwartungen und Ideen zurückkehren, die auf ihren Erfahrungen im Ausland beruhen. In manchen Fällen wie bei Srilankern im Ausland mündete dies in der Unterstützung von Bürgerkriegen; meistens ist das Engagement jedoch konstruktiver.⁸⁵ Zu den zeitgenössischen hochrangigen Beispielen zählen die liberianische Staatspräsidentin und erste Staatschefin in Afrika Ellen Johnson-Sirleaf sowie der frühere mosambikanische Staatspräsident und heutige geachtete Elder Statesman Joaquim Chissano. Manche Regierungen haben die potenziellen Vorteile des Engagements von Migranten erkannt und begonnen, aktiv den Kontakt zu ihnen zu suchen.⁸⁶ Beispielsweise räumen Marokko und die Türkei Auswanderern politische und wirtschaftliche Rechte ein und gestatten die doppelte Staatsangehörigkeit.⁸⁷ Ob diese Maßnahmen zur Förderung des Engagements von Migranten jedoch Nicht-Migranten nutzen oder lediglich eine Elite außerhalb des Landes subventionieren, bleibt eine offene Frage. Durch die Verbesserung seines Investitionsklimas (derzeit laut dem *Doing Business*-Index der Weltbank das beste in Afrika) hat Mauritius es auch vermocht, Migranten zur Rückkehr zu bewegen. Ähnliche Muster wurden unter anderem in Indien und der Türkei beobachtet.

4.1.4 Mobilität und nationale Entwicklungsstrategien

Entwicklungsländer haben bislang im Allgemeinen weder das Mobilitätspotenzial in nationalen Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategien berücksichtigt noch seine Dynamik in die Planung und das Monitoring integriert. Dies ist zum Teil auf das breite Spektrum anderer drängender Prioritäten zurückzuführen, mit denen

diese Länder konfrontiert sind, die von der Verbesserung der Systeme für die Leistungserbringung durch den Aufbau der Basisinfrastruktur bis zur Wachstumsförderung auf breiter Grundlage reichen.

Einschätzungen der Verknüpfungen zwischen Mobilität und Entwicklung auf der Landesebene lassen sich aus neueren Nationalen Berichten über die menschliche Entwicklung ableiten. Die wichtigsten Aspekte sind in Kasten 4.5 zusammengefasst.

Um Erkenntnisse über die Verknüpfung zwischen nationalen Entwicklungsstrategien und der Migration in einer größeren Stichprobe von Ländern zu gewinnen, gaben wir eine Studie zur Überprüfung der Rolle der Migration in Strategien zur Armutsbekämpfung (*Poverty Reduction Strategies – PRS*) in Auftrag. Diese Strategien sind Darlegungen von Entwicklungszielen und -maßnahmen, die von ärmeren Ländern ausgearbeitet werden, deren Positionen in Migrationsdebatten häufig vernachlässigt werden. PRS sind von Interesse, weil sie zusätzlich Beiträge von oder Partnerschaften mit Akteuren der Zivilgesellschaft umfassen, auf quantitativen und partizipatorischen Armutsanalysen basieren sollen und eine Vorstellung von den Prioritäten der Regierung vermitteln.⁸⁸ Sie sind auch wichtig, weil sich internationale Partner vor dem Hintergrund des Prinzips der Eigenverantwortung von Ländern für ihre Entwicklung verpflichtet haben, ihre Unterstützung an diesen nationalen Strategien auszurichten.

Bislang wird in der PRS von Bangladesch vielleicht am umfassendsten auf die Verknüpfungen von Migration und Entwicklung eingegangen. In den jüngsten PRS von Albanien, Kirgisistan und Sri Lanka bilden Themen mit einem Migrationsbezug ebenfalls einen Schwerpunkt. Viele afrikanische Länder anerkennen die Rolle von Geldtransfers von Migranten, die Vorteile der Rückkehr- und der zirkulären Migration qualifizierter Migranten sowie den Wert der Weitergabe von Wissen durch diese Personen. Mehrere Strategien sehen vor, Mittel für die Entwicklung von reichen Mitgliedern der Diaspora anzuwerben.

Frühere Analysen der Behandlung der internationalen Migration in PRS basierten zum Teil auf der Häufigkeit der Erwähnung des Wortes „Migration“.⁸⁹ Obwohl dies ein vergleichsweise

Manche Regierungen haben die potenziellen Vorteile des Engagements von Migranten erkannt und begonnen, aktiv den Kontakt zu ihnen zu suchen

einfacher Indikator ist, besteht in PRS keine signifikante Korrelation zwischen der Zahl der Bezüge auf Migration und verschiedenen Maßen ihrer möglichen Bedeutung für die nationale Entwicklung wie dem Anteil der im Ausland lebenden Bevölkerung, des Volumens der Geldtransfers von Migranten oder der Urbanisierungsrate.⁹⁰

In PRS wurden vielfältige migrationsbezogene Grundsatzmaßnahmen beschrieben, wenngleich diesen häufig keine expliziten Analysen vorausgegangen waren. In vielen Fällen ist der Wissensstand über die Beziehungen zwischen der vorgeschlagenen Maßnahme und ihrer erwarteten Entwicklungswirkung schwach, was die Bedeutung besserer Daten und Analysen unterstreicht.

Im Allgemeinen scheint in PRS die Komplexität der internationalen Migration anerkannt zu werden. Es wird sowohl ihren Vorteilen – Entwicklungschancen und Aussichten auf die Verringerung der Armut – als auch möglichen negativen Auswirkungen Rechnung getragen. In manchen werden die positiven Aspekte besonders hervorgehoben, ohne dass mögliche

Nachteile erwähnt werden. Beispielsweise wird in den neuesten PRS von Äthiopien, Nepal, dem Senegal und Usbekistan Emigration als eine Chance beschrieben. In den meisten Strategien wird die Rolle von Geldtransfers von Migranten betont, unter anderen in denjenigen von Bangladesch, Ghana, der Demokratischen Republik Kongo, der Demokratischen Volksrepublik Laos, Liberia, Pakistan, Timor-Leste und Usbekistan.

In mehreren Strategien werden Grundsatzmaßnahmen in Bezug auf die Migration formuliert. Wir können zwischen Maßnahmen unterscheiden, die allgemein aktiv/unterstützend sind beziehungsweise solchen, bei denen der Schwerpunkt auf Regulierung/Steuerung liegt (Tabelle 4.1). Häufig genannt werden die Bekämpfung des Menschenhandels, die Verhinderung irregulärer Migration sowie die Modernisierung und Stärkung der Einwanderungs- und Zollbehörden. Es ist bemerkenswert, wie stark sich einige dieser Maßnahmen denjenigen ähneln, die von Regierungen reicher Länder propagiert werden.

Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen: Obwohl der PRS-Rahmen nicht für die

Kasten 4.5 Mobilität und menschliche Entwicklung: einige Betrachtungsweisen von Entwicklungsländern

Mehrere neuere Nationale Berichte über menschliche Entwicklung (*National Human Development Reports* – NHDR) einschließlich derjenigen von Albanien, El Salvador und Mexiko haben sich auf die Entwicklungskonsequenzen von Mobilität konzentriert. In anderen Ländern wurde in NHDR auf die Frage eingegangen, wie Mobilität ausgewählte Entwicklungsaspekte beeinflusst. Dazu zählen die Rolle der Zivilgesellschaft (Ägypten), die ländliche Entwicklung (Uganda), das Wirtschaftswachstum (Republik Moldau), der soziale Zusammenhalt (Côte d'Ivoire) und die Ungleichheit (China).

Im NHDR von Mexiko wird festgestellt, dass Ungleichheit die robusteste Determinante von Migrationsbewegungen ist und Migration ein Faktor, der das Chancenangebot für andere einschließlich der Bleibenden verändert. Unter Verwendung der Nationalen Beschäftigungserhebung wurde ermittelt, dass der durchschnittliche mexikanische Migrant leicht überdurchschnittliche Schulbildung und ein mittleres Einkommen hat, jedoch aus einer Kommune im strukturschwachen Raum stammt, woraus geschlossen wird, dass die wichtigsten treibenden Faktoren für die Migration eine Grundausstattung an Fähigkeiten und fehlende Chancen sind. Die Verfasser ziehen das Fazit, dass die Gesamtauswirkungen der

Migration auf die menschliche Entwicklung in Mexiko komplex sind und vom Profil und den Ressourcen unterschiedlicher Gruppen abhängen. Wenngleich die Migration beispielsweise tendenziell die Bildungsungleichheit verringert, und zwar insbesondere für Mädchen, kann sie in Gemeinschaften, in denen ein hoher Anteil der Personen im Erwerbsalter ins Ausland geht und dort Arbeit mit geringen Qualifikationsanforderungen annimmt, auch negative Anreize für Investitionen in höhere Bildung zur Folge haben.

Andere Erkenntnisse stammen aus El Salvador, wo Migranten 14 Prozent der Bevölkerung ausmachen und die Auswirkungen der Migration auf der Makroebene spürbarer sind. Die Beschleunigung der Migration in der jüngeren Vergangenheit wird als ein Faktor für den Übergang des Landes zu einer Dienstleistungswirtschaft gewertet, die sich in hohem Maß auf Geldtransfers von Migranten und ein Mosaik von Kleinunternehmen stützt, welche Waren und Dienstleistungen einschließlich Nostalgieprodukten und Kommunikation für Migranten und ihre Familien bieten. Der Bericht lässt sich dahingehend interpretieren, dass die Migration manchen relativ armen Menschen durch ihre Verbindungen zur globalen Wirtschaft gewisse Aufstiegschancen eröffnet.

Quelle: UNDP (2000, 2004a, 2005a, b, 2006a, 2007c, e, 2008c).

Berücksichtigung der Migrationspolitik per se konzipiert wurde, könnte er ein nützliches Instrument für die Verknüpfung von Migrations- und Entwicklungsthemen bieten. Die Integration dieser Dimension in eine nationale Gesamtentwicklungsstrategie wird Investitionen in Daten und Analysen wie umfassende Konsultationen mit allen beteiligten Akteuren erfordern. Auf diese Problematik wird in Kapitel 5 weiter eingegangen.

4.2 Auswirkungen an Zielorten

In Debatten über Migration geht es häufig um die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen auf reiche Zielländer. In diesem Bericht wurde bewusst versucht, diesem Ungleichgewicht entgegenzuwirken, indem wir uns zuerst auf die Migranten sowie ihre Familien und anschließend auf die Herkunftsorte konzentriert haben. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Auswirkungen auf die Menschen in den Gemeinschaften an den Zielorten unwichtig sind.

In vielen entwickelten Ländern ist der Anteil von Migranten an der Gesamtbevölkerung in den letzten 50 Jahren drastisch gestiegen. Schätzungen zufolge bewegt er sich mittlerweile in mehr als einem Dutzend OECD-Länder im zweistelligen Bereich.⁹¹ Wie in Kapitel 2 beschrieben und in der Statistischen Tabelle 2 im Detail gezeigt, finden sich die höchsten Anteile in Ozeanien einschließlich Australiens und Neuseelands (16 Prozent), Nordamerika (13 Prozent) und Europa (acht Prozent). Die Anteile reichen von lediglich ein bis zwei Prozent in den drei wichtigsten Entwicklungsregionen von Afrika, Asien sowie Lateinamerika und der Karibik. Die höchsten Anteile auf der Landesebene werden in den Staaten des Golf-Kooperationsrats (GCC) und in Südostasien registriert, und zwar 63 Prozent in Katar, 56 Prozent in den Vereinigten Arabischen Emiraten, 47 Prozent in Kuwait und 40 Prozent in Hongkong (China). Sowohl die realen als auch die wahrgenommenen Auswirkungen der Zuwanderung sind wichtig, nicht zuletzt, weil diese Wahrnehmungen einen entscheidenden Einfluss auf das politische Klima haben, in dem grundsatzpolitische Reformen erörtert und beschlossen werden.

Wir beginnen diesen Abschnitt mit einer Sichtung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Zuwanderung insgesamt und konzentrieren

Tabelle 4.1 PRS* tragen den vielfältigen Auswirkungen von Migration Rechnung

Grundsatzpolitische Maßnahmen in Bezug auf die internationale Migration in PRS, 2000-2008

Aktiv/unterstützend	Anzahl Länder	Aktiv/unterstützend	Anzahl Länder	Aktiv/unterstützend	Anzahl Länder
Arbeitskräfte exportieren	10	Geldtransfers von Migranten erleichtern	9	Menschenhandel bekämpfen	19
Migration von Frauen fördern	1	Legale Kanäle für Geldtransfers von Migranten fördern	3	Zollbehörden modernisieren	18
Mobilität von Studenten fördern	3	Diaspora einbinden	17	Grenzkontrollen verstärken	17
Bilaterale Abkommen unterzeichnen	9	Investitionen durch Mitglieder der Diaspora fördern	8	Irreguläre Migration bekämpfen	12
Arbeitsbedingungen im Ausland verbessern	6	Qualifikationen importieren	4	Rückkehr von Flüchtlingen fördern	10
Migranten vor der Ausreise ausbilden	6	An regionalen Kooperationsprogrammen teilnehmen	8	Fachkräfteabwanderung bremsen	9
Konsulardienste einrichten	3	Forschung/Überwachung stärker fördern	8	Rückkehr unterstützen	7
Personalvermittlung regulieren	2	Institutionelle Kapazität schaffen	5	Wiederaufnahmeabkommen unterzeichnen	2
Übertragbarkeit von Rentenansprüchen erleichtern	2	HIV/Aids bei Migranten bekämpfen	7		
Flüchtlingsintegration fördern	7	Opfer von Menschenhandel reintegrieren	5		

* PRS – Poverty Reduction Strategies (Strategien zur Armutsbekämpfung)
 Quelle: Auf der Grundlage von Black und Sward (2009)
 Hinweis: 84 PRS gesichtet.

uns anschließend auf die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Finanzen. Jede hat wichtige Verteilungsaspekte: Wenn gleich es einen Gesamtnutzen gibt, ist dieser nicht gleichmäßig verteilt.

4.2.1 Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen

Die Auswirkungen der Migration auf die Gesamtwachstumsraten von Zielländern wurden häufig erörtert; ihre robuste Messung ist jedoch schwierig. Die Anforderungen an Daten und die Komplexität der Methodik einschließlich der Notwendigkeit, unmittelbare und mittelbare Auswirkungen zu trennen und zeitlich zu verorten, resultieren in vielfältigen Problemen (siehe Kasten 1.1).

Der ökonomischen Theorie zufolge sollte die Migration sowohl für die Migranten als auch für die Zielländer in beträchtlichem Gesamtnutzen resultieren. Dieser beruht darauf, dass die Migration wie der internationale Handel Menschen ermöglicht, sich zu spezialisieren und ihre relativen Stärken zum Tragen zu bringen. Der Großteil des Nutzens fällt bei den Migranten an, ein gewisser Teil jedoch auch in Form von Finanz- und

Zuwanderung kann in allgemeineren wirtschaftlichen Vorteilen einschließlich höherer Innovationsraten resultieren

anderen -transfers bei den Bewohnern der Ziel- und der Herkunftsorte. In der für diesen Bericht beauftragten Hintergrundforschung wurden auf der Grundlage eines Gleichgewichtsmodells der Weltwirtschaft Schätzungen angestellt, wonach Zielländern etwa ein Fünftel des Nutzens eines fünfprozentigen Anstiegs der Zahl der Migranten in entwickelten Ländern zugute kommt. Dies entspricht einem Nutzenwert von 190 Milliarden US-Dollar.⁹²

Zur Ergänzung unserer Untersuchungen auf der Landesebene beauftragten wir die Erstellung einer neuen Datenreihe zu Migrationsströmen und Zahl der Migranten einschließlich konsistenter jährlicher Daten zu Beschäftigungsart, Arbeitsstunden, Kapitalakkumulation und Veränderungen der Einwanderungsgesetze für 14 OECD-Zielländer und 74 Herkunftsländer für jedes Jahr im Zeitraum von 1980 bis 2005.⁹³ Unsere Forschungen zeigten, dass Zuwanderung zu mehr Beschäftigung führt, ohne dass es Belege für die Verdrängung Einheimischer gibt, und dass die Investitionen ebenfalls deutlich reagieren. Diese Ergebnisse implizieren, dass das Bevölkerungswachstum aufgrund von Migration das reale Pro-Kopf-BIP in einem Verhältnis von 1:1 kurzfristig erhöht (das bedeutet, dass ein Anstieg der Bevölkerung aufgrund von Migration um ein Prozent einen Anstieg des BIP um ein Prozent zur Folge hat). Dieser Befund macht Sinn, weil in den meisten Fällen die jährlichen Migrationsströme nur einen Bruchteil eines Prozentsatzes der Erwerbsbevölkerung des jeweiligen Aufnahmelandes ausmachen. Außerdem sind die Ströme weitgehend prognostizierbar, woraus folgt, dass die vollständige Anpassung des Pro-Kopf-Investitionsniveaus bereits auf kurze Sicht plausibel ist.

Auf der nationalen Ebene wurden zumindest in den OECD-Ländern ähnliche Ergebnisse festgestellt: Mehr Migration hat neutrale oder leicht positive Auswirkungen auf das Pro-Kopf-Einkommen. Beispielsweise lassen Simulationen, die nach den Beitritten zur Europäischen Union 2004 durchgeführt wurden, darauf schließen, dass das Produktionsniveau in Irland und in Großbritannien, die sehr viele Migranten aus den neuen Mitgliedstaaten im östlichen Europa zuließen, nach etwa einem Jahrzehnt um 0,5 bis 1,5 Prozent gestiegen sein wird.⁹⁴ In Ländern wie den GCC-Staaten, in denen Migranten

einen wesentlich höheren Anteil an der Bevölkerung und der Erwerbsbevölkerung ausmachen, dürften die Gesamt- und Sektorbeiträge zur Wirtschaft größer ausfallen. Detaillierte empirische Analysen sind jedoch bedauerlicherweise nicht verfügbar.

Zuwanderung kann in allgemeineren wirtschaftlichen Vorteilen einschließlich höherer Innovationsraten resultieren. Produktivitätssteigerungen an einer Reihe von Zielorten wurden auf die Beiträge ausländischer Studenten und Wissenschaftler zu den Wissensgrundlagen zurückverfolgt. Daten aus den Vereinigten Staaten zeigen, dass qualifizierte Migranten zwischen 1950 und 2000 die Innovationskraft erhöht haben: Ein Anstieg des Anteils ausländischer Hochschulabsolventen um 1,3 Prozent resultierte in einem Anstieg der Zahl der pro Kopf erteilten Patente um massive 15 Prozent. Dabei entfielen große Beiträge auf die Absolventen in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern, und es gab keine nachteiligen Auswirkungen auf die Innovationsaktivität von Einheimischen.⁹⁵

Länder wetteifern explizit um die besten Kräfte auf der globalen Ebene. Entsprechend variiert der Anteil der Hochschulabsolventen unter Migranten.⁹⁶ Aufgrund der Qualität ihrer Hochschulen und Forschungsinfrastruktur sowie ihrer günstigen Regelungen für die Erteilung von Patenten konnten vor allem die Vereinigten Staaten begabte Migranten anziehen.⁹⁷ In Irland und in Großbritannien übersteigt der Anteil von Migranten mit Hochschulabschluss die 30-Prozent-Marke, während er in Italien, Österreich und Polen unter 15 Prozent liegt.⁹⁸ Länder mit flexibleren Zugangssystemen und vielversprechenderen Chancen auf lange Sicht haben erfolgreicher Fachkräfte angezogen, während Beschränkungen der Aufenthaltsdauer, der Visumerteilung und der Aufstiegschancen, wie sie beispielsweise in Deutschland herrschen, die Zuwanderung begrenzen. Dies hat zu Diskussionen über eine Blue Card oder eine Arbeitsgenehmigung für das Gebiet der gesamten Europäischen Union geführt – eine Idee, die einstweilen vom Europäischen Parlament unterstützt und vom Europäischen Rat befürwortet wird.⁹⁹ Singapur und Hongkong (China) verfolgen explizit die Politik, hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland

willkommen zu heißen. Dies umfasst unter anderem, Zuwanderern zu gestatten, ihre Familien mitzubringen, die dauerhafte Ansiedlung nach definierten Wartezeiten zu unterstützen (zwei Jahre in Singapur, sieben in Hongkong (China)) und die Möglichkeit der Einbürgerung anzubieten.¹⁰⁰

Programme zur Anwerbung qualifizierter Fachkräfte können unter Verwendung eines allgemeinen Punktesystems entwickelt werden, das mit Arbeitsmarkttests und/oder Arbeitgeberanforderungen verknüpft wird (Kapitel 2). Ein zentralisierter Personalbedarfsplanungsansatz kann schwierig umzusetzen sein, insbesondere angesichts struktureller Veränderungen und wirtschaftlicher Erschütterungen. Punktesysteme haben den Vorteil, einfach zu sein. Sie wurden von Regierungen von Zielländern genutzt, um hochqualifizierte Migranten zu bevorzugen oder Arbeitnehmer für Berufe mit Fachkräftemangel auf dem nationalen Arbeitsmarkt anzuziehen, beispielsweise beim australischen Programm *General Skilled Migration*.

Die Migration kann die Beschäftigungslage und die Wirtschaft vor Ort stimulieren. Solche Auswirkungen sind jedoch wahrscheinlich kontextspezifisch. Migranten beeinflussen auch die Stärke und die Zusammensetzung der Konsumentennachfrage, beispielsweise durch den Kauf von Nostalgiewaren sowie von lokal verfügbaren Waren und Dienstleistungen, die sie in der Nähe ihrer Wohnung oder ihrer Arbeitsstätte erwerben können. Die von uns beauftragte Untersuchung solcher Auswirkungen in Kalifornien förderte Belege zutage, die darauf schließen lassen, dass ein Zustrom von Migranten im letzten Jahrzehnt des alten Millenniums in bestimmte Gebiete (die ausgewählt wurden, um die potenzielle Kundschaft für unterschiedliche Firmen zu erfassen) positiv mit höherem Beschäftigungswachstum in manchen Sektoren, insbesondere im Bildungsbereich, korrelierte. Die Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Nachfrage waren uneinheitlich: Es bestand ein Zusammenhang zwischen einem höheren Anteil Migranten und weniger kleinen Unternehmen sowie selbstständigen Geschäften, aber mehr großen Discountern. Gleichzeitig ergab die Studie wie erwartet, dass mehr Zuwanderung mit größerer ethnischer Vielfalt von Restaurants einherging.¹⁰¹

4.2.2 Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Die Auswirkungen der Migration auf Beschäftigung und Löhne im Zielland sind umstritten, insbesondere was Personen mit niedriger formeller Bildung betrifft. Wie Meinungsumfragen zeigen, bestehen beträchtliche Befürchtungen, dass Zuwanderung zu niedrigeren Löhnen führt.¹⁰²

Unter Wissenschaftlern wird ebenfalls heftig über das Thema debattiert, vor allem in den Vereinigten Staaten. Dennoch ist es auffällig, dass die meisten empirischen Studien in der OECD zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangen, nämlich dass die Gesamtauswirkungen der Zuwanderung auf die Löhne einheimischer Arbeitnehmer positiv oder negativ sein können, aber auf kurze und lange Sicht recht klein sind.¹⁰³ In Europa wurden sowohl in länderübergreifenden als auch in auf ein Land beschränkten Studien nur geringe oder keine Auswirkungen von Migration auf die Durchschnittslöhne Einheimischer festgestellt.¹⁰⁴

Gleichzeitig muss zur Kenntnis genommen werden, dass Lohnreaktionen auf Zuwanderung wahrscheinlich nicht gleichmäßig über alle Arbeitnehmer verteilt sein werden und dort am stärksten ausfallen werden, wo einheimische Arbeitnehmer mit Zuwanderern konkurrieren. Die Debatten haben klargestellt, dass nicht nur die Gesamtzahl der Migranten wichtig ist, sondern auch die Zusammensetzung der Qualifikationen, über die sie verfügen. Die Arten der Qualifikationen von Migranten beeinflussen die Löhne und Beschäftigungschancen unterschiedlicher Segmente der einheimischen Bevölkerung, und zwar bisweilen in sehr subtiler Weise. Wenn die Qualifikationen von Migranten diejenigen einheimischer Arbeitnehmer komplementieren, werden beide Gruppen Vorteile haben.¹⁰⁵ Wenn die Qualifikationen genau identisch sind, verschärft sich die Konkurrenz – mit der Möglichkeit, dass die einheimischen Arbeitnehmer verdrängt werden. Dies ist jedoch kein feststehender Ausgang. Oft sind die Ergebnisse uneinheitlich: Manche Personen in beiden Gruppen sind im Vorteil, andere im Nachteil. Die Beurteilung dieser Auswirkungen ist problematisch, weil es schwierig ist, zu messen, inwieweit die Qualifikationen der unterschiedlichen Gruppen einander komplementieren oder substituieren. Dies gilt insbesondere länderübergreifend.¹⁰⁶

Migration kann die Beschäftigungslage und die Wirtschaft vor Ort stimulieren

Zuwanderung
kann zu höherer
Erwerbsbeteiligung
einheimischer Frauen
beitragen

Ein bemerkenswertes Beispiel für Komplementarität bietet das Ausmaß, in dem Migranten zur höheren Erwerbsbeteiligung einheimischer Frauen beitragen können.¹⁰⁷ Die Verfügbarkeit kostengünstiger Kinderbetreuung kann junge Mütter entlasten und ihnen ermöglichen, in den Arbeitsmarkt einzutreten und eine Stelle zu suchen.¹⁰⁸ In der Literatur besteht Einvernehmen dahingehend, dass gering qualifizierte Migranten mobiler sind als gering qualifizierte Einheimische – beispielsweise in Italien.¹⁰⁹ Wichtiger noch ist, dass Migranten häufig bereit sind, Arbeit anzunehmen, die Einheimische nicht mehr zu leisten bereit sind. Dazu zählen Kinderbetreuung, Altenpflege (woran in alternen Gesellschaften ein großer Bedarf besteht), Hausarbeit sowie Arbeit im Restaurant-, Hotel- und sonstigen Gastgewerbe.

Wie bereits erwähnt, können die geringen *durchschnittlichen* Auswirkungen auf die Bezahlung beträchtliche Streuungen zwischen unterschiedlichen Arten einheimischer Arbeitnehmer überdecken. Es gibt eine breite empirische Literatur zu den Auswirkungen der Zuwanderung auf die Lohnverteilung in entwickelten Ländern. In den Vereinigten Staaten reichen die Schätzungen der Auswirkungen auf die Löhne ungelerner Arbeitnehmer von minus neun Prozent bis plus 0,6 Prozent.¹¹⁰ Einheimische mit geringer formeller Schulbildung können jedoch gegenüber Migranten immer noch im Vorteil sein, und zwar nicht nur aufgrund ihrer Sprachkenntnisse, sondern auch wegen ihrer Kenntnisse über die Institutionen, Netzwerke und Technologien, die vor Ort verfügbar sind und mit deren Hilfe sie sich auf komplementäre und bessere bezahlte Aufgaben spezialisieren können.¹¹¹

Die unvollkommene Substituierbarkeit von Migranten und einheimischen Arbeitskräften stimmt mit neueren Erkenntnissen überein, die darauf schließen lassen, dass vom Eintritt neuer Migranten in den Arbeitsmarkt frühere Migranten am stärksten betroffen sind. Sie bekommen jede Arbeitsmarktanpassung am härtesten zu spüren, weil Neuankömmlinge vor allem mit ihnen konkurrieren. In Großbritannien beispielsweise könnte verschärfte Konkurrenz zwischen Migranten den Unterschied zwischen den Löhnen von Einheimischen und Migranten um bis zu sechs Prozent vergrößert haben.¹¹²

Wenngleich die Belege zu den Beschäf-

tigungsauswirkungen weniger umfangreich sind, ähnelt sich das Muster. Auch mit detaillierten Untersuchungen ließ sich keine systematische Beziehung zwischen Zuwanderung und Arbeitslosigkeit herstellen. Ein Grund hierfür ist die Arbeitsmarktsegmentierung: Gering qualifizierte Migranten nehmen Stellen an, die für Einheimische weniger attraktiv sind und ermöglichen diesen damit, sich anderen Sektoren und Stellen zuzuwenden. Der massive Zustrom von Migranten aus den Ländern, die der Europäischen Union neu beigetreten waren, führte in Irland und in Großbritannien weder zur Verdrängung einheimischer Arbeitnehmer noch zu höherer Arbeitslosigkeit. Die Erfahrungen in Europa in der letzten Zeit stützen deshalb die Vorstellung, dass Arbeitsmigranten keine großen Auswirkungen auf die Beschäftigung Einheimischer haben. Eine in Europa durchgeführte Studie ergab, dass ein Anstieg des Anteils der Migranten an der Gesamtzahl der Beschäftigten den Anteil der Einheimischen um 0,2 bis 0,7 Prozent senken würde.¹¹³

Diese ökonometrischen Ergebnisse sollten auch vor dem Hintergrund der in Kapitel 3 gesichteten Belege für die Benachteiligung von Migranten auf dem Arbeitsmarkt interpretiert werden. Sowohl die Ausgestaltung als auch die Durchsetzung rechtlicher und institutioneller Faktoren spielen eine Rolle. Wenn Arbeitsmigranten durch das Netz der formellen Regelungen zum Schutz von Löhnen und Arbeitsbedingungen fallen, könnte unfairer Wettbewerb mit einheimischen Arbeitnehmern die Folge sein. Ein ähnliches Ergebnis kann erwartet werden, wenn Personen von Gewerkschaftsmitgliedschaft ausgeschlossen werden oder Bestimmungen unzureichend durchgesetzt werden. Selbst in Ländern mit gut regulierten Arbeitsmärkten fallen Arbeitnehmer mit irregulärem Status häufig durch das Raster: Der Tod chinesischer Muschelsucher durch Ertrinken in der Bucht von Morecambe in Großbritannien war ein offenkundiger Fall unzureichender Durchsetzung von Arbeitsschutzvorschriften. Neuere britische Forschungen ergaben, dass allgemeinere strukturelle Trends, insbesondere die zunehmende Verbreitung von Zeitarbeitsverträgen, die mit eingeschränkten Arbeitnehmerrechten verbunden sind, wichtige Faktoren mit einem Einfluss auf die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen

von Arbeitsmigranten sind. Es gibt vielfältige Belege für die Unterschreitung des Mindestlohns, insbesondere bei jüngeren Migranten.¹¹⁴

Empirische Belege zu den Auswirkungen von Zuwanderung auf die Arbeitsmärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern liegen kaum vor. Im Rahmen einer neueren Studie zu Thailand wurde untersucht, ob an Orten mit höheren Migrantenanteilen die Löhne niedriger sind. Dabei wurde festgestellt, dass ein Anstieg des Migrantenanteils um zehn Prozent die Löhne einheimischer Thais um etwa 0,2 Prozent senkte, jedoch nicht zu weniger Beschäftigung oder Binnenmigration führte.¹¹⁵ Für Hongkong (China) durchgeführte Simulationen ergaben, dass selbst ein großer Zustrom neuer Zuwanderer (ein Anstieg um 40 Prozent) die Löhne um nicht mehr als ein Prozent senken würde.¹¹⁶ Insoweit Migranten nur im informellen Arbeitsmarkt Beschäftigung finden können, wird ihr Zustrom größere Auswirkungen auf Einheimische haben, die selbst informell tätig sind. In vielen Entwicklungsländern ist Informalität überall anzutreffen, sodass Migranten wahrscheinlich in ein bereits großes Segment des Arbeitsmarkts eintreten.

4.2.3 Rasche Urbanisierung

Das rasche Wachstum von Städten, das sich zum Teil auf die Binnenmigration zurückführen lässt, kann große Probleme entstehen lassen. Wenngleich Menschen von den besseren Chancen angezogen werden können, die in Städten verfügbar sind, ist auch wahr, dass lokale Dienste und Einrichtungen starken Belastungen ausgesetzt sein können. Dies kann in Megastädten wie Kalkutta und Lagos beobachtet werden, ebenso wie in den unzähligen, heute nur noch als „mittelgroß“ geltenden Großstädten von Colombo über Guayaquil bis Nairobi. Viele Neuankömmlinge und ihre Familien in Entwicklungsländern enden in Armensiedlungen und Slums, gewöhnlich am Rand großer Städte. Bewohner dieser Gebiete sind oft mit hohen Kosten für Dienstleistungen konfrontiert. Sie können auch durch Überschwemmungen und Erdbeben gefährdet sein, ganz zu schweigen von der Schikanie durch die Behörden und Gewalt, Diebstahl oder Erpressung von Seiten Krimineller.

Wenn das Motiv für Migration sich verschlechternde Lebensbedingungen und schwache Unterstützungsdienste an Herkunftsorten

sind, können mehr Migranten in städtische Zentren strömen, als dort Arbeitskräfte benötigt werden und ein adäquates Dienstleistungsangebot vorhanden ist.¹¹⁷ Solche Umstände resultieren in hoher struktureller Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Wo darüber hinaus die örtlichen Behörden schlecht auf steigende Einwohnerzahlen vorbereitet sind sowie mit gravierenden institutionellen und finanziellen Beschränkungen zu kämpfen haben, führt dies wahrscheinlich zu rasch zunehmender Ungleichheit von Einkommen und Wohlergehen sowie zur Aufteilung der Stadt in Gebiete, die relativ wohlhabend und sicher sind und wo es gute Dienstleistungen gibt, und Gebiete, in die sich außer den Bewohnern niemand hineintraut und in denen sich die Lebensbedingungen immer weiter verschlechtern. Wenn Menschen dagegen durch Beschäftigungschancen von Städten angezogen werden, resultiert die Konzentration von Ideen, Begabungen und Kapital in positiven Externalitäten, sodass sich wahrscheinlich ein Nettotonnen einstellt. Dies war beispielsweise in der Republik Korea der Fall.¹¹⁸

Diese gegensätzlichen Szenarien unterstreichen die Bedeutung guter so genannter *Urban Governance*, die als die Summe der vielen Arten und Weisen definiert werden kann, auf die Personen sowie öffentliche und private Institutionen das Leben in der Stadt planen und regeln. Zu den wichtigsten Aspekten von *Urban Governance* für Migranten zählen angemessene Finanzmittel, die häufig durch Kommunalsteuern generiert werden müssen, eine faire Preispolitik für die Leistungen von sozialen Basisdiensten und Versorgungseinrichtungen, die Ausweitung des Dienstleistungsangebots auf Gebiete, in denen Migranten leben, die unvoreingenommene Regelung des informellen Sektors, Hilfs- und Förderangebote (wie Sprachunterricht) für Migrantengruppen sowie Rechenschaftslegung mit Hilfe von Mechanismen wie Vertretung bei örtlichen Behörden, die Veröffentlichung von Leistungsnormen für wichtige Dienste sowie die regelmäßige unabhängige Prüfung und Veröffentlichung des Kommunalhaushalts.

Feldforschungen liefern nützliche Erkenntnisse darüber, wie Kommunalbehörden mit großen Personenströmen und den allgemeineren Problemen von Armut in der Stadt umgehen. Die Ergebnisse lassen darauf schließen,

Sowohl die Ausgestaltung als auch die Durchsetzung rechtlicher und institutioneller Faktoren spielen eine Rolle

Viele Menschen quer über das politische Spektrum hegen Ängste bezüglich der Auswirkungen von Migration auf den Wohlfahrtsstaat

dass Dezentralisierung und Demokratisierung den Armen mehr Möglichkeiten bieten können, ihre Interessen zu vertreten sowie nach und nach Fortschritte zu erzielen, zumindest hinsichtlich der Bereitstellung von Infrastruktur.¹¹⁹ Seine Interessen vertreten zu können – und sich dafür auch Gehör verschaffen zu können – scheint zu funktionieren, was den Schutz der Armen vor den schlimmsten Exzessen schlechter *Urban Governance* betrifft – insbesondere vor Schikanie und dem Verbot des informellen Handels.¹²⁰ Dies ist ein eindeutiger Widerhall der Aussage von Amartya Sen über die positiven Auswirkungen demokratischer Prozesse und einer freien Presse.¹²¹

Zweifellos haben jedoch manche Stadtverwaltungen Maßnahmen mit negativen Auswirkungen für Migranten ergriffen. Beispielsweise ergab eine für diesen Bericht in Auftrag gegebene Sichtung von Erfahrungen mit der Urbanisierung in Asien, dass eine Reihe von Verwaltungen weiterhin versucht, die Zuwanderung zu verringern. So wurde festgestellt, dass in mehreren Ländern Slums zwangsgeräumt und die Armen in Randgebiete ohne Dienste abgedrängt wurden.¹²² In Dhaka in Bangladesch ließen die Behörden Anfang 2007 etwa 29 Slums zwangsräumen, in denen 60.000 Menschen lebten. In Djakarta in Indonesien müssen Migranten nach der Politik der „geschlossenen Stadt“ Arbeit und Unterkunft nachweisen, was es für sie schwierig macht, legal in der Stadt zu wohnen. Gleichzeitig verbietet ein Gesetz von 2007 informelle Siedlungen an Flussufern und Schnellstraßen. Bisweilen resultieren solche Maßnahmen in Unruhen, wie in Bangladesch nach Zwangsräumungen in Agargoan und anderen Siedlungen.¹²³ Wie die Zwangsräumungen von Armensiedlungen im Großraum Harare in Simbabwe im Jahr 2005 deutlich machen, steigt anscheinend die Wahrscheinlichkeit von Massenräumungen, wenn Demokratie und Rechenschaftslegung schwach sind.

Ein letzter Punkt: Einheimische in Europa und den Vereinigten Staaten sowie beispielsweise in Südafrika stellen verbreitet einen Zusammenhang zwischen Migranten und Preissteigerungen in bestimmten privaten Märkten, beispielsweise dem Markt für Mietwohnraum, her. Nach unserem besten Wissen gibt es keine Studien, die einen solchen Effekt bestätigen.

4.2.4 Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen

Ein gängiges Maß für die Auswirkungen von Migration, das jedoch nicht notwendigerweise ihre wirtschaftlichen und sozialen Effekte widerspiegelt, ist die Wahrnehmung der Veränderungen der finanziellen Lage der Regierung aufgrund migrationsbedingter Aufwendungen.¹²⁴ Viele Menschen quer über das politische Spektrum hegen Ängste bezüglich der Auswirkungen der finanziellen Lage der Regierung aufgrund migrationsbedingter Aufwendungen. Unsere Analyse des European Social Survey von 2002 ergab, dass bis zu 50 Prozent der Europäer der Region der Sorge Ausdruck verleihen, dass Migranten die öffentlichen Finanzen belasten. Am größten herrscht diese Besorgnis tendenziell bei den weniger Gebildeten, Älteren und/oder Arbeitslosen vor. Die Befürchtungen sind am stärksten ausgeprägt in der Tschechischen Republik, Griechenland, Irland und Ungarn, wesentlich weniger stark dagegen in Italien, Luxemburg, Portugal und Schweden. Manche Menschen sind über höhere Kosten besorgt, andere über die Tragfähigkeit angesichts verringerten sozialen Zusammenhalts. Einige Regierungen haben versucht, diesen Ängsten entgegenzuwirken, indem sie Wartezeiten für den Anspruch auf Leistungen eingeführt haben. Dies war beispielsweise in Australien, in Neuseeland und in Großbritannien der Fall.

Gilt für Migranten, dass sie „mehr nehmen, als sie geben“, oder ist die umgekehrte Aussage richtig? Dies ist eine heftig umstrittene Frage, der unseres Erachtens zu Unrecht so viel Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Die Einschätzung der Inanspruchnahme öffentlicher Dienste durch Migranten ist mit Messproblemen behaftet, und die Gegenrechnung der von ihnen entrichteten Steuern fügt einen weiteren Schwierigkeitsgrad hinzu. Eine Migrantin, deren Kind eine staatliche Schule besucht, bietet vielleicht Kinderbetreuungsleistungen an, die einer hoch qualifizierten Frau den Eintritt in den Arbeitsmarkt ermöglichen – und beide zahlen Steuern.

In der Praxis bestehen große Unterschiede sowohl in Bezug darauf, ob Migranten Wohlfahrtsleistungen erhalten können, als auch hinsichtlich der Frage, wie großzügig diese sind. Studien in den Vereinigten Staaten, wo die Leistungen für ein reiches Land niedrig sind, haben eine Bandbreite von Schätzungen ergeben, aber

das allgemeine Bild ist einheitlich: Migranten der ersten Generation bedeuten im Allgemeinen eine Nettobelastung für die öffentlichen Finanzen, wohingegen spätere Generationen tendenziell wesentlich höhere Beiträge zu den Einnahmen der öffentlichen Hand leisten, als sie an Ausgaben verursachen.¹²⁵ Gleichzeitig kann es sein, dass das Steueraufkommen von Migranten nicht das Niveau der staatlichen Aufwendungen für Dienstleistungen zugunsten von Migranten erreicht. Insbesondere dort, wo die Migranten zahlenmäßig nicht vollständig erfasst wurden und die Regierung den örtlichen Behörden Mittel auf einer Pro-Kopf-Basis oder nach Bedarf zuleitet, kann es sein, dass den Gebietskörperschaften, die die größte Last bei der Ausweitung der grundlegenden Dienstleistungen auf Migranten tragen müssen, die ausreichenden Mittel dazu fehlen.

Auf Gebietskörperschaften entfällt gewöhnlich ein beträchtlicher Anteil der öffentlichen Gesamtausgaben. Ihnen fällt häufig die Last zu, grundlegende Dienstleistungen einschließlich solcher für Migranten finanzieren zu müssen. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds¹²⁶ schwankte der Ausgabenanteil subnationaler Gebietskörperschaften in entwickelten Ländern zwischen 63 Prozent in Dänemark und sechs Prozent in Griechenland. Der Anteil ist auch in einer Reihe anderer großer Zielländer recht hoch, so in der Russischen Föderation (61 Prozent) und in Südafrika (47 Prozent). Es gibt jedoch auch Ausnahmen, beispielsweise Thailand, wo der Anteil unter 15 Prozent liegt. Abhängig von der Struktur der öffentlichen Finanzen könnten Migranten folglich per saldo für eine Regierungsebene eine Belastung darstellen, andererseits aber zu den öffentlichen Gesamteinnahmen beitragen. Beispielsweise können die Kosten für Bildungs- und Gesundheitsleistungen, die Sonderprogramme wie Sprachkurse umfassen können, vorwiegend auf Gebietskörperschaften entfallen, während Einkommensteuern der Zentralregierung zufallen.

In den Vereinigten Staaten scheinen Bedenken im Hinblick auf die öffentlichen Ausgaben die Präferenzen unterschiedlicher Gruppen im Hinblick auf die Einwanderungspolitik zu beeinflussen. Eine Studie ergab, dass sich Einheimische tendenziell für die Einwanderungsbegrenzung aussprechen, wenn sie in Bundesstaaten leben,

die einen hohen Migrantenanteil aufweisen und Migranten großzügige Wohlfahrtsleistungen bieten.¹²⁷ Dieser Standpunkt wird am nachdrücklichsten von Einheimischem mit potenziell hohem Verdienst vertreten, die im Allgemeinen eine höhere Steuerbelastung haben. Ähnliche Resultate wurden bei einer Stichprobe von mehr als 20 Ländern in Europa gefunden.¹²⁸

In Ländern mit progressiven Steuersystemen und Wohlfahrtsleistungen assoziiert man gering qualifizierte Migranten, Flüchtlinge und Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs einreisen, mit per saldo höheren Belastungen der öffentlichen Hand. In manchen europäischen Ländern scheinen Migranten nach Berücksichtigung ihrer demografischen Merkmale stärker von Wohlfahrtsprogrammen abhängig zu sein als Einheimische, was jedoch gewiss nicht für alle Länder gilt.¹²⁹ Der Unterschied kann zumindest teilweise auf die relative Großzügigkeit von Wohlfahrtssystemen zurückgeführt werden.

In der Wirtschaftskrise von 2008/09 dürften steigende Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Schwierigkeiten von Migranten den öffentlichen Finanzen zusätzliche Lasten aufbürden, wenngleich das Ausmaß abzuwarten bleiben, in dem dies tatsächlich geschehen wird. Bestimmende Faktoren in jedem Land werden der Migrantenanteil unter den Arbeitslosen und die Struktur von Arbeitslosenleistungen sein, und zwar insbesondere die Vorschriften für die Anspruchsberechtigung. Selbst in Ländern mit gut entwickelten Wohlfahrtssystemen kann der Zugang zu Leistungen für Migranten beschränkt sein. In einer neueren Studie wurde prognostiziert, dass während des Abschwungs 2009 unter Ländern in Europa Estland, Frankreich und Lettland wahrscheinlich mit höheren Belastungen der öffentlichen Hand durch Wohlfahrtsleistungen für Migranten rechnen müssen, während Deutschland, Finnland, Irland, Österreich und Spanien mit weniger starken Anstiegen konfrontiert werden dürften.¹³⁰ In vielen Entwicklungsländern entsteht das Problem steigender Kosten während einer Rezession meist gar nicht, weil es keine Wohlfahrtsleistungen für irgend jemanden gibt.

Migration wird bisweilen als Lösung für die drohende Krise der öffentlichen Haushalte im Zusammenhang mit der raschen Alterung in vielen entwickelten Ländern propagiert (Ka-

Eine Migrantin, deren Kind eine staatliche Schule besucht, bietet vielleicht Kinderbetreuungsleistungen an, die einer hoch qualifizierten Frau den Eintritt in den Arbeitsmarkt ermöglichen – und beide zahlen Steuern

Die Nettoauswirkungen der Zuwanderung auf die öffentlichen Finanzen sind unabhängig davon, ob sie positiv oder negativ sind, nicht groß

pitel 2). Dies würde voraussetzen, dass Migranten auf kurze bis mittlere Sicht per saldo zum Finanzsystem beitragen. Ferner müssen die längerfristigen Kosten für die Zeit berücksichtigt werden, wenn die Migranten selbst in den Ruhestand eintreten. Beide Punkte machen deutlich, dass entweder die Zuwanderung kontinuierlich ausgeweitet werden muss oder die Sozialversicherungsbeiträge der größeren Zahl arbeitender Migranten erhöht werden müssen, wobei Letzteres realistischer ist. Gleichzeitig müssen strukturelle Veränderungen der Systeme der sozialen Sicherheit und des Rentensystems vorgenommen werden.

Die Nettoauswirkungen der Zuwanderung auf die öffentlichen Finanzen sind unabhängig davon, ob sie positiv oder negativ sind, nicht groß. Addiert man die verschiedenen Effekte relativ zum BIP siedeln die meisten Schätzungen für die Vereinigten Staaten und Europa die Nettoauswirkungen der Zuwanderung auf die öffentlichen Finanzen im Bereich von \pm ein Prozent des BIP an.¹³¹ Beispielsweise beläuft sich der Wert für Großbritannien auf ± 0.65 Prozent des BIP.¹³² Diese Schätzungen signalisieren, dass den fiskalischen Konsequenzen der Migration generell kein großer Stellenwert bei der Politikgestaltung beigemessen werden sollte.

Auf der Grundlage des Prinzips, dass Personen mehr beitragen sollten, die eine Leistung über das Spektrum hinaus beziehen, auf das die einheimischen Steuerzahler Anspruch haben, bürden die Regierungen mancher Zielländer Migranten zusätzliche Kosten auf. Kanada führte 1995 eine Gebühr für die Daueraufenthaltsgenehmigung im Gegenwert von 838 US-Dollar ein, die vor der Ausstellung eines Visums entrichtet werden muss (jedoch erstattet wird, wenn der Antragsteller abgelehnt wird oder von der Einreise absieht). Um die negativen Auswirkungen abzuschwächen, wurden im Lauf der Zeit mehrere Änderungen vorgenommen. Dazu zählten eine Darlehensoption, flexible Zahlungstermine, die Aufhebung der Gebührenpflicht für Flüchtlinge, geschützte Personen und minderjährige Kinder – sowie schließlich die Halbierung der Gebühr im Jahr 2006. Zusätzlich zu dieser Gebühr wird eine Bearbeitungsgebühr von 340 US-Dollar für Erwachsene und 86 US-Dollar für Unterhaltsberechtigte erhoben. Im Fall Kanadas und in mehreren ähnlichen Fällen

besteht jedoch keine unmittelbare Verbindung zwischen den Einnahmen aus dieser Gebühr und der Finanzierung von Integrationsprogrammen. Großbritannien führte kürzlich eine Einreisegebühr in der eher symbolischen Höhe von 50 britischen Pfund ein (93 US-Dollar). Bei beiden Beispielen scheinen die Gebühren eher darauf ausgerichtet zu sein, für besorgte Teile der Bevölkerung ein beschwichtigendes Signal zu setzen, als Einnahmen zur Deckung von Kosten der öffentlichen Hand zu erzielen.

4.2.5 Wahrnehmungen und Ängste in Bezug auf Migration

In vielen Ländern ist Migration ein umstrittenes Thema. Die bloße Gegenwart von Neuankömmlingen mit unterschiedlichem Hintergrund kann Probleme heraufbeschwören. Dies gilt insbesondere in Gesellschaften, die traditionell homogen waren. Allgemein lassen sich drei verkettete Arten von Ängsten unterscheiden. Diese betreffen Sicherheit und Verbrechen, sozioökonomische Faktoren und kulturelle Faktoren.¹³³ Im Folgenden gehen wir auf jeden dieser Aspekte ein.

Nach den Angriffen auf die Vereinigten Staaten im Jahr 2001 rückten Sicherheitsanliegen auf den vordersten Platz der politischen Agenda vor. Ein wichtiges Thema war der reale oder empfundene Zusammenhang zwischen Ausländern und fehlender Loyalität sowie der von Terrorismus ausgehenden Bedrohung. Solche Ängste sind nicht neu und waren Merkmal vieler historischer Fälle ausländerfeindlicher Stimmung. Davon waren beispielsweise ethnische Chinesen in Indonesien betroffen, die man in den 1960er Jahren politischer Subversion im Auftrag des kommunistischen China verdächtigte. Gleiches galt für die ethnisch russische Bevölkerung in den baltischen Staaten, die unter dem Verdacht stand, deren neu gewonnene Unabhängigkeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre zu untergraben. Diese Befürchtungen flauen gewöhnlich im Lauf der Zeit ein wenig ab, flackern jedoch in Zeiten politischer Instabilität und Veränderungen unweigerlich wieder auf.

Angst um die Sicherheit beruht auch auf den wahrgenommenen Zusammenhängen zwischen Zuwanderung und Verbrechen, die in der öffentlichen Diskussion über Migration

häufig angeführt werden. Wir stellten fest, dass mehr als 70 Prozent der Auskunftspersonen beim European Social Survey von 2002 der Meinung waren, Zuwanderer würden die Kriminalitätsprobleme eines Landes verschärfen. In Deutschland, Norwegen und der Tschechischen Republik lag der Wert sogar höher als 85 Prozent. Wie in dem Film *Der Pate* beispielhaft dargestellt, haben die Massenmedien lange Zeit klischeehafte Vorstellungen eines Zusammenhangs zwischen Zuwanderern und Verbrechen propagiert, in denen die angebliche Gewaltausübung einer Reihe von Zuwanderergruppen einschließlich der italienischen *Mafia*, chinesischer *Triaden* und mittelamerikanischer Banden wie der salvadorianischen *Mara Salvatrucha* eine wichtige Rolle spielten.

Die Daten bestätigen diese Stereotypen nicht. Sie belegen jedoch große Unterschiede hinsichtlich der Kriminalitätsrate bei Zuwanderern zwischen Ländern. US-amerikanische Zensusdaten von 2000 zeigen, dass bei allen ethnischen Gruppen Zuwanderer die niedrigsten Inhaftierungsraten junger Männer aufweisen, selbst bei denjenigen mit dem niedrigsten Bildungsstand. Bei Männern zwischen 18 und 39 Jahren (die den Großteil der Gefängnisinsassen ausmachen) belief sich die Inhaftierungsrate der im Inland Geborenen im Jahr 2000 im Durchschnitt auf 3,5 Prozent, was fünfmal höher ist als der Wert von 0,7 Prozent für im Ausland geborene Personen.¹³⁴ Frühere Untersuchungen für die Vereinigten Staaten führten zu ähnlichen Ergebnissen.¹³⁵ In Europa ist das Bild jedoch uneinheitlicher. Aus Daten des Europarats zu 25 Ländern geht hervor, dass im Durchschnitt mehr als doppelt so viele im Ausland geborene Personen in Haft sind als im jeweiligen Inland geborene. Eine Studie zu sechs europäischen Ländern ergab, dass in Deutschland, Luxemburg, Norwegen, Österreich und Spanien die Häufigkeitszahl von Straftaten bei Ausländern höher ist, während dies beispielsweise in Griechenland nicht der Fall ist.¹³⁶

Befürchtungen dahingehend, dass Migranten den sozioökonomischen Status von Einheimischen untergraben, wurden empirisch überprüft. Wie bereits erläutert, können die Auswirkungen für manche Personen sowie Gruppen positiv und für andere negativ sein, sind jedoch selten groß. Der wirtschaftliche Abschwung

von 2008/09 bedeutet für viele Arbeitnehmer in Zielländern (und anderen Ländern) allerdings eine schwerwiegende Erschütterung, möglicherweise die schlimmste seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Wenngleich von niemandem ernsthaft behauptet wurde, dass diese Erschütterung durch Arbeitsmigranten ausgelöst wurde, hat sie vor dem Hintergrund, dass einheimische Arbeitnehmer nach Möglichkeiten suchen, ihre eigenen Arbeitsplätze zu retten, dennoch gegen Einwanderer gerichtete Parolen laut werden lassen. Die Regierungen stehen unter enormem Druck – und halten diesem bisweilen nicht stand. Die öffentliche Meinung schlägt um, selbst in Ländern, in denen Migration bislang von der Bevölkerung allgemein gutgeheißen wurde – beispielsweise in Großbritannien gegen Osteuropäer, trotz der guten Erfahrungen mit großen Zuströmen während des langen Aufschwungs.¹³⁷

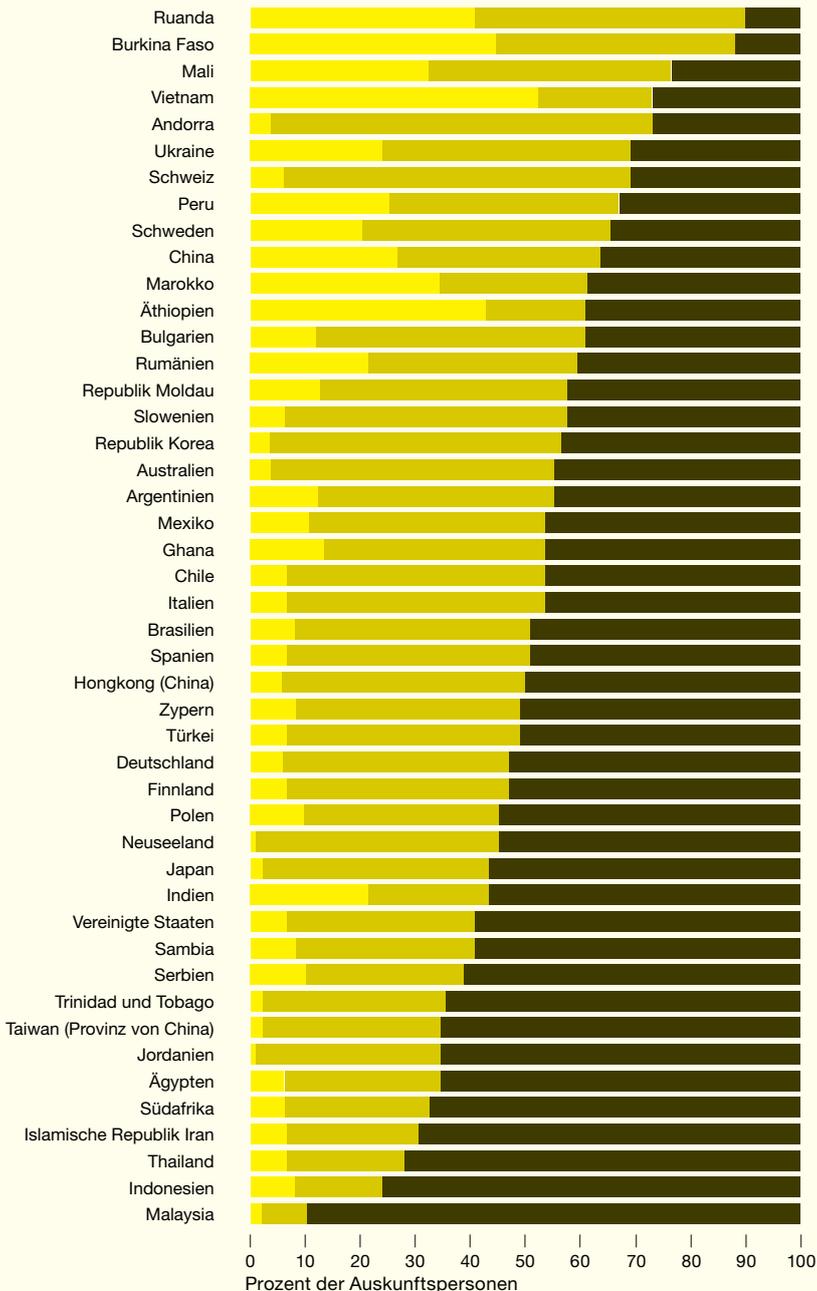
Die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen beeinflusst die Einstellungen der Menschen gegenüber Migration. In der Mehrzahl der 52 Länder, die im jüngsten World Values Survey berücksichtigt wurden, befürworteten die meisten Auskunftspersonen Zuwanderungsbeschränkungen. Viele betonten jedoch, dass diese Beschränkungen eng mit der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen verknüpft werden sollten (Grafik 4.3).¹³⁸ Die in Kapitel 2 vorgestellten demografischen und wirtschaftlichen Prognosen lassen vermuten, dass nach der derzeitigen Rezession aufgrund struktureller Merkmale wieder freie Stellen und damit neue Chancen für Migranten vorhanden sein werden.

Selbst in normalen Zeiten befürworten viele die Bevorzugung Einheimischer (Grafik 4.4). Unsere Regressionsanalyse ergab, dass diesen Standpunkt eher Personen vertraten, die älter waren, niedrigere Einkommen hatten, in Kleinstädten lebten und keinen Migrationshintergrund hatten. Interessanterweise war in Ländern mit einem relativ hohen Anteil von Migranten an der Bevölkerung die Wahrscheinlichkeit größer, dass sich Menschen für die Gleichbehandlung von Migranten aussprachen.

Wirtschaftliche Sorgen und Sicherheitsbedenken können bisweilen einander verstärken und in einen Teufelskreis münden. Migranten, die ausgegrenzt werden – beispielsweise durch eine befristete oder

Die Massenmedien haben lange Zeit klischeehafte Vorstellungen eines Zusammenhangs zwischen Zuwanderern und Verbrechen propagiert

Grafik 4.3 Unterstützung der Zuwanderung abhängig von der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen
Einstellungen zum Thema Zuwanderung und Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen, 2005/2006



„Wir bitten Sie um Auskunft über Ihre Einstellung zu Personen aus anderen Ländern, die hierher kommen, um zu arbeiten. Wie sollte sich die Regierung nach Ihrer Meinung Migranten gegenüber verhalten?“

- Jeden ins Land lassen, der hinein möchte
- Migranten zulassen, solange Arbeitsplätze verfügbar sind
- Die Zuwanderung begrenzen/verbieten

Quelle: Kleemans und Klugman (2009).

verweigerte Aufenthaltsgenehmigung oder hohe Arbeitslosigkeit –, können zu unsozialem oder kriminellem Verhalten übergehen, was die Sicherheitsbedenken Einheimischer bestätigen würde. Wenn dies in weiterer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und bei der Politikgestaltung resultiert, können sich betroffene Migranten von der neuen Gesellschaft ab- und der alten wieder zuwenden. Sie schließen sich dann möglicherweise zu Banden oder anderen antisozialen Organisationen zusammen, die die einheimische Bevölkerung bedrohen. Eine solche Symptomatik wurde bei gewissen jungen Maghrebenern in Frankreich und bestimmten mittelamerikanischen Gruppen in den Vereinigten Staaten beobachtet.

Wo die Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt zu sozialem Ausschluss führt, kann der soziale Zusammenhalt rasch beeinträchtigt werden. Neuere Forschungen in sieben entwickelten Ländern zeigten Hindernisse für die Sozialisierung auf, mit denen Kinder in Zuwandererfamilien konfrontiert waren.¹³⁹ Diese Familien sind häufig an bestimmten Orten konzentriert, beispielsweise Stadtviertel mit besonders niedrigem Einkommen. Dies fördert die Segregation hinsichtlich Bildung und in Bezug auf den sozioökonomischen Status: In segregierten Vierteln zu wohnen, beschränkt die Kontakte mit Einheimischen – eine Trennung, die durch den Besuch von Schulen verstärkt wird, die de facto segregiert sind. Eine von uns in Auftrag gegebene Studie zur Identität von Zuwanderern aus Lateinamerika in den Vereinigten Staaten ergab, dass sich eine restriktive Migrationspolitik und eine mit der Zeit immer negativere öffentliche Meinung parallel zu uneinheitlichen Ergebnissen bei der menschlichen Entwicklung negativ auf das Selbstwertgefühl der Betroffenen auswirkte. Die Studie basierte auf der Befragung von Zuwanderern aus mehreren lateinamerikanischen Ländern und ihrer Kinder. Sie lässt darauf schließen, dass Zuwanderer prägende Erfahrungen machen, die Gruppensolidarität erzeugen, aber eine Ablehnung der US-amerikanischen Identität fördern. Dies steht in einem Zusammenhang mit den Arbeitsmarktrealitäten in einer Zeit zunehmender Ungleichheit.¹⁴⁰

Es werden auch Befürchtungen über die möglichen Auswirkungen der Zuwanderung auf das politische Klima geäußert.¹⁴¹ In den meisten

Ländern ist der Migrantenanteil an der Bevölkerung jedoch zu klein, um einen unmittelbaren Effekt auf den politischen Wettbewerb um Wählerstimmen auf der nationalen Ebene zu haben. Hinzu kommt, dass Migranten in bezug auf ihre Herkunft und ihre politischen Ansichten nicht heterogen sind. Außerdem dürfen Migranten im Allgemeinen nicht an nationalen Wahlen teilnehmen. Ihre Präferenzen können eine wichtigere Rolle bei Kommunalwahlen spielen, wofür Zuwanderern der ersten Generation häufiger Stimmrechte eingeräumt werden.¹⁴² Wenn im Lauf der Zeit die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Assimilierung fortschreitet, werden die Auswirkungen von Migranten auf das Wahlverhalten sogar noch weniger prognostizierbar.¹⁴³

Nicht unerwähnt bleiben sollte zum Schluss, dass eine ausreichend große Zahl von Migranten die ethnische und kulturelle Vielfalt einer Gesellschaft beeinflussen und buchstäblich das Aussehen einer Nation verändern kann. Mehrere heute sehr wohlhabende Länder wurden historisch betrachtet von Migranten gegründet. Australien, Kanada, Neuseeland und die Vereinigten Staaten haben im Lauf der Zeit weiterhin große Mengen von in aufeinanderfolgenden Wellen aus unterschiedlichen Herkunftsländern eintreffenden Zuwanderern willkommen geheißen. Sie waren im Allgemeinen sehr erfolgreich damit, Migranten zu integrieren und ihnen trotz kultureller Unterschiede ein Gefühl der Zugehörigkeit zu der neuen Nation zu vermitteln.¹⁴⁴ In Ländern mit einer langen und stolzen Unabhängigkeitsgeschichte und einer stark empfundenen nationalen Identität kann die Ankunft von Neuankömmlingen mehr Probleme verursachen.

Natürlich können Einheimische manche kulturelle Merkmale leichter übernehmen als andere. Beispielsweise nehmen viele Gesellschaften Speisen aus anderen Ländern bereitwillig an (den größten Widerstand diesbezüglich leisten wahrscheinlich die Franzosen und Italiener, die der Auffassung sind, ihre jeweilige Landesküche ließe sich nicht mehr verbessern). Dies bestätigt Paul Krugmans These, dass sich Muster des internationalen Handels besser als durch jeden anderen Faktor mit einer gewissen Präferenz für Vielfalt, kombiniert mit Größeneffekten, erklären lassen. Für manche ist es jedoch schwieriger, neue religiöse und soziale Gebräuche zu akzeptieren, beispielsweise, dass Frauen Kopftücher

Grafik 4.4 Wenn die Stellenzahl begrenzt ist, wird Einheimischen Vorrang eingeräumt
 Öffentliche Meinung in Bezug auf die Bevorzugung bei der Stellenvergabe nach HDI-Kategorie der Zielländer, 2005/2006

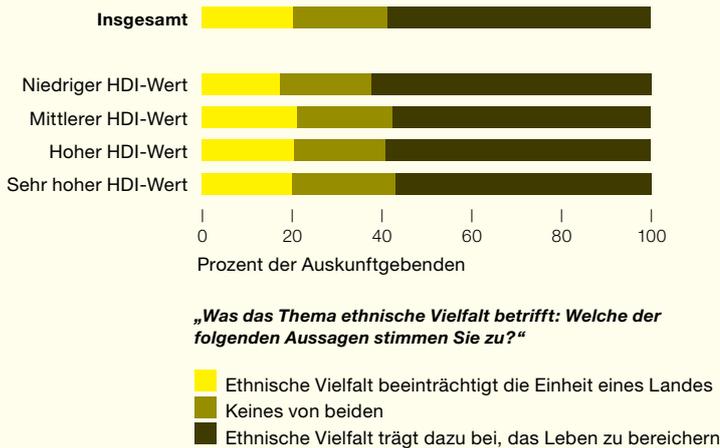


tragen oder bei einer Heirat eine Mitgift gezahlt werden muss.

Wenngleich bestimmte Probleme auftreten können, zeigen die Belege, dass Menschen im Allgemeinen Minderheiten gegenüber tolerant sind und eine positive Einstellung zu ethnischer Vielfalt haben (Grafik 4.5). Bei Personen, die weniger gut gebildet, älter und arbeitslos sind sowie keinen Migrationshintergrund haben, ist die Wahrscheinlichkeit geringer, dass sie ethnischer Vielfalt einen Wert beimessen.¹⁴⁵ Gleichzeitig gaben mehr als 75 Prozent der Auskunftspersonen beim World Values Survey 2005/2006 an, keinen Einwand gegen einen Migranten als Nachbarn zu haben. Diese Einstellungen machen deutlich, dass zweifellos Chancen dafür bestehen, einen breiten Konsens über die bessere Behandlung von Migranten herbeizuführen – ein politisches Handlungskonzept, das wir im nächsten Kapitel untersuchen.

Unsicherheit und Abwehrreaktionen können entstehen, wenn Migrantengemeinschaften dahingehend wahrgenommen werden, dass sie anderweitige und konkurrierende soziale Normen und Strukturen repräsentieren, welche die örtliche Kultur implizit bedrohen. Dies hängt mit der Vorstellung zusammen, dass ethnische Identitäten miteinander im Wettbewerb stehen und sich hinsichtlich ihres Bekenntnisses zum Nationalstaat deutlich unterscheiden, was impliziert,

Grafik 4.5 Viele Menschen sehen ethnische Vielfalt als Wert
Gängige Einstellungen zum Wert ethnischer Vielfalt nach
HDI-Kategorien der Zielländer, 2005/2006



dass es ein Nullsummenspiel zwischen der Anerkennung von Vielfalt und der staatlichen Einigung gibt. In Bezug auf Ethnizität, Sprache, Religion, Rasse und sogar Staatsangehörigkeit können Menschen jedoch theoretisch und in der Praxis mehrere Identitäten haben, die einander ergänzen (Kapitel 1). Wenn Migranten sich also zum einen vollständig und intensiver in ihre Wahlheimat integrieren, wo zum anderen die Vielfalt immer größer wird, haben sie eine größere Chance, als Wert anerkannt zu werden, der die Gesellschaft bereichert und komplementäre kulturelle Merkmale beisteuert.

4.3 Schlussfolgerungen

In diesem Kapitel wurden die Auswirkungen von Mobilität auf Nichtmigranten untersucht. Wir begannen mit den Herkunftsorten und konzentrierten uns auf Entwicklungsländer (wenngleich die höchsten regionalen Auswanderungsraten in Europa und die niedrigsten in Afrika registriert

werden). Die größten Auswirkungen werden auf der Haushaltsebene beobachtet, und zwar bei den Personen mit Familienmitgliedern, die ihren Herkunftsort verlassen haben. Diese Auswirkungen sind überwiegend positiv, was Einkommen, Konsum, Bildung und Gesundheit betrifft. Die Auswirkungen auf die Armut sind jedoch begrenzt, weil es sich bei denjenigen, die ihren Herkunftsort verlassen, gewöhnlich nicht um die Ärmsten handelt. Allgemeinere Auswirkungen auf Gemeinschafts- und nationaler Ebene lassen sich ebenfalls feststellen. Diese Muster sind allerdings häufig komplex, kontextspezifisch und Veränderungen im Zeitverlauf unterworfen.

Angesichts der weltweiten Rezession von 2008/09 ist es von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen von Migration auf Aufnahmegemeinschaften und -länder zu untersuchen. Es gibt keine Belege für negative wirtschaftliche, Arbeitsmarkt- oder fiskalische Auswirkungen. Hingegen liegen Belege für positive Auswirkungen in Bereichen wie sozialer Vielfalt und Innovationsfähigkeit vor. Befürchtungen im Hinblick auf Migranten sind fast immer übertrieben.

Diese Ergebnisse verweisen gemeinsam mit denjenigen im vorhergehenden Kapitel auf die Möglichkeit, durch grundsatzpolitische Maßnahmen positive Kreisläufe zu schaffen, welche die Vorteile von Mobilität vergrößern und ausweiten. Dies würde die wirtschaftlichen und sozialen Beiträge von Migranten zu sowohl den Herkunfts- als auch den Zielgemeinschaften und -ländern vergrößern.

Die staatlichen Handlungskonzepte, mit denen Menschen konfrontiert werden, wenn sie ihren Herkunftsort verlassen, haben einen großen Einfluss auf ihre Zukunft. Dass solche Konzepte gut gestaltet werden, liegt im Interesse der Migranten selbst, der Gemeinschaften, die sie verlassen und der Bewohner ihrer neuen Wahlheimat. Diesem Thema wenden wir uns im letzten Kapitel dieses Berichts zu.

**Politische
Maßnahmen,
die bessere
Resultate für
die menschliche
Entwicklung
versprechen**



5

In diesem abschließenden Kapitel werden Reformen vorgeschlagen, die bewirken sollen, dass Mobilität den Menschen zu größeren Freiheiten verhilft. Derzeit verfügen viele Menschen, die migrieren, bestenfalls nur über ungesicherte Rechte und sie sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Der Widerspruch zwischen einer restriktiven Zuwanderungspolitik und einem hohen Bedarf an geringqualifizierten Arbeitskräften muss aufgelöst werden. Deshalb schlagen wir ein Basispaket von Reformen vor, die bessere Resultate ermöglichen: sowohl für einzelne Migranten und ihre Familien als auch für die Gemeinwesen, aus denen sie stammen, und die, in denen sie aufgenommen werden. Konzeption, Terminierung und Akzeptanz von Reformen bedürfen einer realistischen Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen und der Einsicht, dass gewisse Einschränkungen durch die öffentliche Meinung und die Politik gegeben sind.

Politische Maßnahmen, die bessere Resultate für die menschliche Entwicklung versprechen

Die vorangehende Analyse hat gezeigt, dass eine verbesserte Politik gegenüber Migranten zu großen Vorteilen für die menschliche Entwicklung führen würde. Sie würde allen Gruppen zugute kommen, die von Migration betroffen sind. Um diese Vorteile erzielen zu können, bedarf es einer kühnen Vision – einer Vision, die sich für Reformen einsetzt, die lohnend erscheinen, und gleichzeitig die vorhandenen Schwierigkeiten und Hemmnisse nicht verkennt.

Außerdem haben wir aufgezeigt, dass die Zuwanderungspolitik, die sich im Lauf der letzten Jahrzehnte in vielen Aufnahmeländern herausgebildet hat, im Wesentlichen durch einerseits Ablehnungen und Verzögerungen und andererseits verschärfte Grenzkontrollen und vermehrten illegalen Aufenthalt gekennzeichnet ist. Dies hat die Lage derjenigen verschlechtert, die über keinen Aufenthaltstitel verfügen, und insbesondere aufgrund des wirtschaftlichen Abschwungs Verunsicherung und Frustration unter der breiten Bevölkerung hervorgerufen.

Es wird davon ausgegangen, dass die Faktoren, die Migration verursachen, in den nächsten Jahrzehnten weiterhin bestehen werden – dazu gehören mangelnde Chancengleichheit und rascher demographischer Wandel. Die Schiefelage der demographischen Muster lässt sich daran ablesen, dass seit 1950 die weltweite Zunahme der Erwerbsbevölkerung zu neun Zehnteln in den Entwicklungsländern stattgefunden hat, während die entwickelten Länder immer weiter überalterten. Durch diese Entwicklung entsteht Migrationsdruck, doch reguläre Kanäle, die geringqualifizierten Menschen einen Ortswechsel ermöglichen, sind nur sehr begrenzt vorhanden. Den demographischen Prognosen zufolge wird sich dieser Trend bis zum Jahr 2050 fortsetzen, auch wenn sich die Nachfrage nach Arbeitskräften durch die derzeitige Wirtschaftskrise vorübergehend abgeschwächt hat. Dadurch

ergibt sich die Notwendigkeit, die Politik der Beschränkung des Zuzugs geringqualifizierter Arbeitskräfte zu überdenken, da diese schlecht mit dem vorhandenen Bedarf an derartigen Arbeitskräften vereinbar ist. Dieses Kapitel befasst sich mit einer großen Herausforderung: Wie können sich Regierungen auf das Wiedereinsetzen des Wirtschaftswachstums, mit den damit verbundenen strukturellen Trends, vorbereiten?

Wir schlagen ein Basispaket von Reformen vor, die sich mittel- bis langfristig auszahlen werden. Dieses Paket besteht aus sechs „Pfeilern“. Jeder dieser Pfeiler ist für sich selbst schon förderlich. Zusammengenommen bieten sie jedoch die beste Chance darauf, die Auswirkungen der Migration auf die menschliche Entwicklung zu optimieren:

1. Liberalisierung und Vereinfachung von regulären Kanälen, über die es möglich ist, eine Erwerbstätigkeit im Ausland anzustreben,
2. Gewährleistung der Grundrechte von Migranten,
3. Verringerung der mit der Migration verbundenen Transaktionskosten,
4. Verbesserung der Ergebnisse sowohl für die Migranten als auch für die aufnehmenden Gemeinwesen,
5. Nutzbringende Gestaltung der Binnenmobilität und
6. Mobilität als untrennbarer Bestandteil der einzelstaatlichen Entwicklungsstrategien.

Wenn man erreichen will, dass die öffentliche Debatte über die Migrationsproblematik vorankommt, ist ein offener Dialog unabdingbar

Unser Vorschlag beinhaltet neue Verfahren und Normen zur Steuerung der Migration. Er macht jedoch keine Vorgaben hinsichtlich des Umfangs, in dem eine vermehrte Aufnahme von Zuwanderern erfolgen soll – dies gilt es auf nationalstaatlicher Ebene festzulegen.

Unsere Agenda ist hauptsächlich auf längerfristige Reformen ausgerichtet, die zur Verstärkung der sich aus der Migration ergebenden Vorteile nötig sind, ohne jedoch die großen Herausforderungen zu verkennen, die sich kurzfristig stellen. Inmitten einer Wirtschaftskrise, die dabei ist, sich zur wahrscheinlich schlimmsten seit der Großen Depression auszuwachsen, steigt die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern auf Rekordhöhen. In der Folge sehen sich zahlreiche Migranten doppelt gefährdet: Während sie zum einen unter Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und sozialer Marginalisierung leiden, werden sie zum anderen oft als die Ursache dieser Probleme dargestellt. Es ist wichtig, dass die gegenwärtige Rezession nicht dazu missbraucht wird, Schuldzuweisungen vorzunehmen, sondern als Chance genutzt wird, einen *New Deal* mit umfassenden Reformmaßnahmen für Migranten, der den Arbeitnehmern im In- wie im Ausland nützt und gleichzeitig eine protektionistische Gegenreaktion verhindert. Es wird politischer Weitsicht und großem Engagement der Führung bedürfen, um diese umfassenden Reformen durchzusetzen und die Öffentlichkeit dafür einzunehmen.¹

Wenn man erreichen will, dass die öffentliche Debatte über die Migrationsproblematik vorankommt, ist ein offener Dialog unabdingbar. Bei dieser Debatte sollte der zu erwartende Nutzen nicht überzeichnet werden und gleichzeitig sollte man die Bedenken, die hinsichtlich der Verteilungseffekte insbesondere bei geringqualifizierten Arbeitnehmern bestehen, ernst nehmen und berücksichtigen. Die volkswirtschaftlichen Aspekte von Reformen werden im Weiteren näher diskutiert werden.

Da es sich hier um einen globalen Bericht handelt, der die unterschiedlichsten Interessengruppen betrifft – nämlich die Regierungen von Herkunfts-, Ziel- und Transitländern, Geber und internationale Organisationen, den Privatsektor und die Zivilgesellschaft, zu der Migrantengruppen, Diasporavereinigungen, akademische Kreise und die Medien gehören

– ist klar, dass die von uns skizzierte politische Zielrichtung nur einen generellen Anhaltspunkt darstellen kann. Unsere Absicht ist es, eine Debatte anzustoßen, der die Diskussion, Anpassung und Umsetzung dieser Empfehlungen folgt. Auf nationalstaatlicher Ebene wird eine weit detaillierte Analyse erforderlich sein, um die Anwendbarkeit auf die örtlichen Gegebenheiten sicherzustellen und politische Realitäten und Sachzwänge zu berücksichtigen.

5.1 Das Basispaket

Im Folgenden werden wir die oben angerissenen politischen Ansatzpunkte näher beleuchten. Dabei gilt unser Hauptaugenmerk nur ausgewählten Aspekten aus einer viel weiteren Bandbreite von Optionen, die in unterschiedlichen Teilen der Welt bereits diskutiert und umgesetzt wurden.² Bei der Festlegung der Prioritäten unserer Agenda wurden wir geleitet von der besonderen Berücksichtigung benachteiligter Personengruppen, einer realistischen Einschätzung der politischen Einschränkungen und der Einsicht, dass Kompromisse unvermeidlich sind. Soweit wie möglich werden wir dies mit Beispielen vorbildlicher Praktiken illustrieren.

5.1.1 Liberalisierung und Vereinfachung von regulären Kanälen

Übermäßig restriktive Zuzugsbarrieren halten viele Menschen davon ab, einen Ortswechsel vorzunehmen, bedeuten aber auch, dass Millionen von Menschen, die dennoch migrieren – schätzungsweise ein Viertel aller Migranten – über keinen Aufenthaltstitel verfügen. Dies hat sowohl bei den Migranten als auch unter der breiten Bevölkerung zu Verunsicherung und Frustration geführt, insbesondere während des gegenwärtigen wirtschaftlichen Abschwungs.

Wenn die Wirtschaft sich erholt hat und das Wachstum wieder einsetzt, wird auch die Nachfrage nach der Arbeitskraft von Migranten wieder steigen, denn die demographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, die überhaupt erst zu dieser Nachfrage geführt haben, werden weiterhin existieren. Der Bedarf an Menschen im erwerbsfähigen Alter ist in den entwickelten Ländern im Wesentlichen strukturell bedingt und von Natur aus langfristig angelegt – nicht nur vorübergehend. Dies gilt selbst für Arbeitsplätze mit hoher Fluktuation in Branchen wie

Krankenpflege, Baugewerbe, Tourismus und Lebensmittelverarbeitung. Wenn also langfristig eine Nachfrage nach Arbeitskräften besteht, ist es sowohl aus der Sicht der Migranten als auch aus der Sicht der aufnehmenden Gemeinschaften und Gesellschaften vorzuziehen, den Menschen eine legale Einreise zu ermöglichen. Und unter der Voraussetzung, dass Migranten dauerhafte Arbeit finden können, ist es besser, ihnen die Möglichkeit eines verlängerten Aufenthalts zu bieten als diesen zeitlich zu befristen. Je länger Menschen sich im Ausland aufhalten, desto mehr soziale und wirtschaftliche Mobilität genießen sie und ihre Kinder in der Regel. Wenn aber die Anwesenheit von Migranten von den Regierungen der Aufnahmeländer abgelehnt oder ignoriert wird, erhöht sich die Gefahr der Segmentbildung stark, nicht allein auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft, sondern auch generell in der Gesellschaft. Dies ist eine der deutlichen Lektionen aus der Erfahrung, die Deutschland mit den sogenannten Gastarbeitern gemacht hat. Heute ist dieser Effekt wieder zu beobachten und zwar in so unterschiedlichen Aufnahmeländern wie den Staaten des Golf-Kooperationsrates, Russische Föderation, Singapur, Südafrika und Thailand.

Wie würde also eine Liberalisierung und Vereinfachung der Migrationskanäle aussehen? In zwei großen Bereichen erscheinen Reformen sowohl wünschenswert als auch machbar: Saisonale oder zirkuläre Programme sowie die Gestattung des Zuzugs unqualifizierter Personen, mit bedingten Verlängerungsmöglichkeiten. Die schwierige Frage, was mit Migranten mit irregulärem Aufenthaltsstatus geschehen soll, ist ein dritter Bereich, in dem verschiedene Änderungen möglich und denkbar sind. In jedem Fall wird auf nationaler Ebene über die spezifische Konzeption neuer Maßnahmen durch politische Prozesse, die einen Ausgleich unterschiedlicher Interessen zulassen, diskutiert und debattiert werden müssen (Abschnitt 5.2). Da hochqualifizierte Zuwanderer bereits in den meisten Ländern willkommen sind, sollte das Hauptgewicht der Reformen auf der Migration von Menschen ohne Hochschulabschluss liegen.

Der erste Ansatz, der bereits von einer Reihe von Ländern ausprobiert wurde, ist die Ausweitung von Programmen für echte Saisonarbeit

in Wirtschaftszweigen wie Landwirtschaft und Tourismus. Zu den Kernelementen bei der Planung und Umsetzung von Reformen zählen Konsultationen mit den Regierungen der Herkunftsländer, Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitgebern, garantierte Mindestlöhne, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Möglichkeit der mehrfachen Einreise. Diese Elemente stellen die Grundlage von Programmen dar, wie sie beispielsweise in Kanada schon seit Jahrzehnten erfolgreich betrieben werden und vor einiger Zeit auch in Neuseeland eingeführt wurden (Kasten 5.1). Arbeitnehmer, die im Rahmen derartiger formeller Programme beschäftigt werden, erhalten üblicherweise besseren Schutz als Migranten mit irregulärem Status. Im Hinblick auf die menschliche Entwicklung ist dies einer der Hauptvorteile, die sie haben.

Der zweite Ansatz, der mit tiefer greifenden Reformen einhergeht, ist die Erhöhung der Zahl von Visa, die geringqualifizierten Arbeitskräften erteilt werden – sofern entsprechende Nachfrage seitens der Arbeitgeber besteht. Momentan wird es so gehandhabt, dass Visa zunächst mit zeitlicher Befristung ausgestellt werden können. Ihre Ausstellung kann von einem vorliegenden Stellenangebot abhängig gemacht werden oder zumindest von Berufserfahrung in einem Wirtschaftssektor, in dem notorischer Arbeitskräftemangel herrscht, bzw. der Bereitschaft, in einem solchen Sektor zu arbeiten.

Die Ausweitung regulärer Einreisekanäle ist mit der Entscheidungsfindung zu folgenden Schlüsselproblemen verbunden:

Festlegung jährlicher Einreisequoten: Dabei muss Rücksicht auf die örtlichen Gegebenheiten genommen werden, was auf mehreren Wegen sichergestellt werden kann. Die Quoten können sich entweder an der Nachfrage der Arbeitgeberseite ausrichten – dass also eine Person vor ihrer Einreise das Vorliegen eines Stellenangebots nachweisen muss – oder an den Empfehlungen eines Fachausschusses oder vergleichbaren Gremiums, die auf Bedarfsprognosen sowie Stellungnahmen der Gewerkschaften, Arbeitgeber und örtlichen Vereinigungen beruhen. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Migrationsbeirat (Migration Advisory Committee) Großbritanniens, der Ende 2007 eingerichtet wurde, um bezüglich der

Unter der Voraussetzung, dass Migranten dauerhafte Arbeit finden können, ist es besser, ihnen die Möglichkeit eines verlängerten Aufenthalts zu bieten als diesen zeitlich zu befristen

Kasten 5.1 Die Erschließung regulärer Kanäle am Beispiel von Schweden und Neuseeland

Zwei Länder haben in letzter Zeit Reformen eingeleitet, die mit der in diesem Bericht empfohlenen Zielrichtung im Einklang stehen. Diese Reformen liegen jedoch zu kurz zurück, um bereits Aussagen über ihre Wirkung treffen zu können.

Ende 2008 hat Schweden eine umfangreiche Reform der Arbeitsmigration eingeleitet. Die Initiative dafür ging vom schwedischen Parlament aus und begann mit der Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses, der den Auftrag erhielt, Änderungen vorzuschlagen. Dies geschah in einer Zeit des raschen Wirtschaftswachstums und des allgemeinen Arbeitskräftemangels. Die Debatte im Parlament und in den Medien drehte sich hauptsächlich um die Gefahr, dass einheimische Arbeitnehmer verdrängt werden, sowie darum, ob auch abgelehnte Asylbewerber einbezogen werden sollen. Daraufhin wurde ein Programm ausgearbeitet, das auch den Besorgnissen der Gewerkschaften hinsichtlich der Aushöhlung von Löhnen und arbeitsrechtlichen Normen Rechnung trägt.

Zu den wesentlichen Komponenten des Programms zählt die Bestimmung, dass der Bedarf vorwiegend von den Arbeitgebern selbst zu beurteilen ist (Selbsteinschätzung), wobei auch der schwedischen Einwanderungsbehörde eine Rolle zukommt, um die Vereinbarkeit mit bestehenden Tarifvereinbarungen zu gewährleisten und den Gewerkschaften ein Mitspracherecht einzuräumen. Die freie Wahl des Arbeitgebers ist erst nach zwei Jahren erlaubt. Falls die Arbeitsstelle vor Ablauf dieser Frist gewechselt wird, muss eine neue Arbeitsgenehmigung beantragt werden. Diese wird zunächst auf zwei Jahre befristet und kann bis auf vier Jahre verlängert werden. Im Anschluss daran kann eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Im ersten Quartal nach Einführung der Maßnahme wurden 24.000 Anträge gestellt, was etwa 15 Prozent aller Anträge auf Einreise nach Schweden entspricht.

In Neuseeland wurde im April 2007 das Programm für Anerkannte Saisonarbeitgeber (*Recognised Seasonal Employer Scheme – RSE*) eingeführt, das Teil der Wachstums- und Innovationsagenda der Regierung ist. Das Programm soll den akuten Arbeitskräfteengpässen

in der Gartenbau- und Weinbaubranche begegnen, die während der saisonalen Spitzenzeiten auftreten. Damit wird jedes Jahr die Zahl der genehmigten Saisonarbeitsplätze festgelegt.

Die Konzeption des RSE-Programms ist darauf ausgelegt, einige der Nachteile des Zyklus der vorübergehenden Beschäftigung zu Niedriglöhnen zu umgehen, die als unzumutbar sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Arbeitnehmer, die zum Großteil irreguläre Migranten waren, betrachtet wurden. Durch den Übergang zum RSE-Programm wurden die bisherigen irregulären Arbeitnehmer aus dem System aussortiert und neue Arbeitgeber in Kontakt mit den staatlichen Stellen gebracht. Während einer Übergangsphase wurde den Arbeitgebern gestattet, unter bestimmten Voraussetzungen Arbeitnehmer, die sich bereits in Neuseeland aufhalten, für einen befristeten Zeitraum weiter zu beschäftigen.

Hauptziel sowohl der Regierung von Neuseeland als auch der Gewerkschaftsbewegung war es, sicherzustellen, dass Arbeitgeber vorrangig neuseeländische Arbeitnehmer einstellen und anlernen, bevor sie Arbeitskräfte im Ausland anwerben. Auch für die Akzeptanz in der Öffentlichkeit war dies entscheidend. Dennoch ermöglicht das Programm den pazifischen Inselstaaten, einen ständigen Markt für ihre geringqualifizierten Arbeitskräfte zu finden, vorausgesetzt, dass sie geeignete Auswahl- und Vermittlungsverfahren einrichten und dabei mithelfen, die Rückkehr dieser Personen zu gewährleisten. Die Arbeitnehmer wiederum erhalten die Chance, angelernt und angemessen entlohnt zu werden sowie Erfahrungen zu sammeln und Kontakte zu knüpfen. Bisher sind hierbei keine ernsthaften Probleme bekannt geworden.

Das RSE-Programm ist keine kostengünstige Maßnahme. Es wird nur dann wirtschaftlich tragfähig sein, wenn die beteiligten Branchen durch die Zusammenarbeit mit einer festen Gruppe von Arbeitskräften, auf die sie jedes Jahr bauen können, Produktionszuwächse und Qualitätsverbesserungen in ihren Obstplantagen und Weinbergen erzielen können.

Festlegung sogenannter „Mangelberufe“ beratend tätig zu werden. Die Nachteile davon, ein Stellenangebot nachweisen zu müssen, bestehen darin, dass die Entscheidung quasi den Arbeitgebern überlassen wird, die Transaktionskosten für einzelnen Migranten höher sein können und ein Arbeitgeberwechsel zum Problem werden kann. In Bezug auf den von den Arbeitgebern angegebenen „Bedarf“ nach Migranten ist Vorsicht angebracht. Dieser Bedarf könnte sich daraus ergeben, dass Migranten bereit sind, längere Arbeitszeiten in Kauf zu nehmen und/

oder qualifizierter sind. Arbeitgeber dürfen den Einsatz von Migranten als Arbeitskräfte nicht als Mittel verwenden, mit dem sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen umgehen können, einen elementaren Arbeits- und Gesundheitsschutz zu gewährleisten und bestimmte Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen zu garantieren, die ungeachtet ihrer Herkunft für alle Arbeitnehmer gelten sollten.

Freie Wahl des Arbeitgebers: Die Bindung an einen bestimmten Arbeitgeber hält Menschen davon ab, bessere Arbeitsmöglichkeiten zu

finden, und ist daher sowohl unwirtschaftlich als auch gesellschaftlich nicht wünschenswert. Unsere politische Lagebeurteilung hat ergeben, dass Regierungen in der Regel hochqualifizierten Migranten mit unbefristetem Aufenthaltsstatus die freie Wahl des Arbeitgebers gestatten, im Gegensatz zu geringqualifizierten Arbeitnehmern mit befristetem Status. Es gibt jedoch auch Anzeichen für Veränderungen. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben als Reaktion auf Missbrauchsbeschwerden von Migranten damit begonnen, die Übertragbarkeit von Bürgerschaften der Arbeitgeber anzubieten.³ Die Reform der Arbeitskräftezuwanderung, die jüngst in Schweden durchgeführt wurde (dargestellt in Kasten 5.1), ist vielleicht das umfassendste Beispiel für die Übertragbarkeit von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen, das es bisher gibt. Dort sind Arbeitsgenehmigungen nun übertragbar und Migranten, die aus welchem Grund auch immer ihren Arbeitsplatz verlieren, wird eine Frist von drei Monaten eingeräumt, um Arbeit zu finden, bevor ihnen das Visum entzogen wird.⁴ Wenn ein Arbeitgeber im Ausland Arbeitnehmer angeworben hat, wird er üblicherweise anstreben, dass für einen bestimmten Zeitraum kein Arbeitgeberwechsel möglich ist – doch selbst in solchen Fällen gibt es Möglichkeiten, ein bestimmtes Maß an Flexibilität einzubauen, beispielsweise, indem dem Migranten oder einem anderen Arbeitgeber, der ihn einstellen will, die Möglichkeit gegeben wird, dem ursprünglichen Arbeitgeber seine Anwerbekosten zu erstatten.

Anspruch auf Verlängerung des Aufenthalts und Wege zu einem unbefristeten Status: Dies liegt im Ermessen der Regierung des jeweiligen Aufnahmelandes und ist derzeit in der Regel noch von einer Reihe konkreter Bedingungen gekoppelt. Die Verlängerung zeitlich befristeter Aufenthaltsgenehmigungen ist jedoch in vielen entwickelten Ländern (z.B. Kanada, Portugal, Schweden, Großbritannien und Vereinigte Staaten) und in einigen Entwicklungsländern (z.B. Ecuador und Malaysia) bereits möglich. Ob eine Genehmigung unbefristet verlängert wird, kann von bilateralen Abkommen abhängen. Einige Länder räumen Migranten die Möglichkeit ein, nach einigen Jahren regulären Aufenthalts (z.B. in Italien nach sechs Jahren, in Portugal und im Großbritannien schon nach fünf) ihren

befristeten in einen unbefristeten Status umwandeln zu lassen. Dies kann u.a. von den bisherigen Arbeitsverhältnissen des Migranten sowie von Vorstrafenfreiheit abhängig gemacht werden.⁵

Regelungen zur Erleichterung von Zirkularität: Die Möglichkeit, sich frei zwischen Aufnahmeland und Herkunftsland hin- und her zu bewegen, kann einen gesteigerten Nutzen für Migranten und ihre Heimatländer bringen. Auch dies kann in das Ermessen der Aufnahmeländer gestellt oder an bestimmte Voraussetzungen gekoppelt werden. Die Übertragbarkeit der aufgelaufenen Sozialleistungsansprüche ist ein weiterer Vorteil, der die Zirkularität fördern kann.

Das Thema des irregulären Aufenthalts kommt unweigerlich in fast jeder Diskussion über Zuwanderung zur Sprache. Die einzelnen Staaten haben sich unterschiedlicher Herangehensweisen bedient, um mit diesem Problem fertigzuwerden. So wurden in verschiedenen europäischen Ländern wie auch in Lateinamerika Amnestien verkündet, die für einen begrenzten Zeitraum gelten. Im Rahmen bestehender Verwaltungsmechanismen kann gegebenenfalls im Wege des Ermessens eine Form von legalem Aufenthalt gewährt werden – beispielsweise auf der Grundlage familiärer Bindungen, wie es in den Vereinigten Staaten möglich ist. Auch von der Methode der zwangsweisen Rückführung in das Herkunftsland wurde Gebrauch gemacht. Keine dieser Maßnahmen ist unumstritten. In Kasten 5.2 sind die jüngsten Erfahrungen mit der Legalisierung des Aufenthalts zusammenfassend dargestellt.⁶

Der sogenannte „erworbene Anspruch auf eine Legalisierung des Aufenthalts“, wie er in einer Reihe von Ländern erprobt wurde, könnte der praktikabelste Weg sein, um Fortschritte zu erzielen.⁷ Damit erhalten irreguläre Migranten die vorläufige Erlaubnis, im Aufnahmeland zu leben und zu arbeiten, zunächst für einen befristeten Zeitraum, der dann aber verlängert werden oder dessen Frist aufgehoben werden kann, wenn verschiedene Kriterien wie Spracherwerb, ein fester Arbeitsplatz und regelmäßige Steuerzahlungen, erfüllt sind. Es wird also nicht von vornherein eine Amnestie gewährt, sondern die bedingte Erlaubnis erteilt, einen legalen Aufenthaltsstatus zu erhalten. Für diesen Ansatz spricht, dass mit einer breiten Akzeptanz in der Öffentlichkeit gerechnet werden kann.

Die Möglichkeit, sich frei zwischen Aufnahmeland und Herkunftsland hin- und her zu bewegen, kann einen gesteigerten Nutzen für Migranten und ihre Heimatländer bringen

Kasten 5.2 Erfahrungen mit der Legalisierung von Zuwanderern

In den meisten Ländern Europas gibt es bereits in irgendwelcher Form Programme zur Legalisierung des Aufenthalts von Zuwanderern, allerdings aus den unterschiedlichsten Motivationen heraus und bisweilen entgegen der Behauptung, dass es eine derartige Legalisierung überhaupt nicht gebe (in Österreich und Deutschland). Einer kürzlich durchgeführten Studie zufolge haben in den zehn Jahren bis 2007 schätzungsweise über sechs Millionen Migranten in Europa einen Antrag auf Legalisierung ihres irregulären Aufenthaltsstatus gestellt, wobei 80 Prozent der Anträge positiv beschieden wurden. Dabei variieren die Zahlen von Land zu Land gewaltig – in Italien sind sie mit 1,5 Millionen am höchsten, gefolgt von Spanien und Griechenland.

Legalisierungsprogramme sind nicht auf die OECD beschränkt. Im Rahmen eines regionalen Übereinkommens in Lateinamerika, MERCOSUR, hat beispielsweise Argentinien ein Gesetz erlassen, dass jeder Staatsbürger eines MERCOSUR-Landes dort einen legalen Aufenthaltsstatus erhalten kann, solange er nicht vorbestraft ist. In Südafrika sind Bemühungen im Gange, irreguläre Zuwanderer aus Simbabwe zu legalisieren, zunächst über eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis, die ihnen Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung gewährt und das Recht einräumt, mindestens sechs Monate lang im Land zu bleiben und zu arbeiten. In Thailand erhielten Anfang des Jahres 2008 135.000 Migranten einen regulären Aufenthaltsstatus; dort folgten jedoch in der Vergangenheit in Anschluss an Legalisierungswellen immer verstärkte Abschiebungen.

Die Für und Wider einer Legalisierung des Aufenthalts von Zuwanderern sind heftig umstritten. Die Vorteile für die Aufnahmeländer liegen in den Bereichen innere Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit, während die Personen, deren Status legalisiert wird, und ihre Familien dadurch besser imstande sind, die soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung zu überwinden. Nachteile sind u.a. Befürchtungen, dass künftige Zuwanderungsströme begünstigt, dass formelle Einreiseverfahren unterminiert und betrügerische Anträge gestellt werden könnten. Gleichzeitig hängt der Nutzen, den die Legalisierung bringt, in starkem Maße vom Kontext ab. Beispielsweise zahlen in den Vereinigten Staaten viele irreguläre Einwanderer bereits Steuern, so dass Vorteile im Hinblick auf die Staatseinnahmen viel geringer sind als in Ländern, in denen ein großer informeller Sektor besteht und Steuerhinterziehung in weit größerem Umfang betrieben wird. Untersuchungen der Erfahrungen in einzelnen Ländern haben meist ergeben, dass die Legalisierung keine einheitlichen sozioökonomischen Resultate liefert und es nicht immer zu den erwarteten positiven Auswirkungen auf Löhne, Mobilität und Integration kommt.

Quelle: ICMPD (2009), Cerrutti (2009) und Martin (2009b).

Die unterschiedlichen Erfahrungen, die in Europa gemacht wurden, legen nahe, dass folgende Faktoren zu den wichtigsten Bestandteilen einer erfolgreichen Legalisierung des Aufenthalts gehören: die Einbeziehung von Organisationen der Zivilgesellschaft, Migrantenverbänden und Arbeitgebern bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen, eine Garantie, dass während des laufenden Verfahrens keine Ausweisung erfolgt, sowie klare Anspruchsvoraussetzungen (beispielsweise

Aufenthaltsdauer, bisherige Arbeitsverhältnisse und familiäre Bindungen).⁸ In der Praxis stellt sich unter anderem die Schwierigkeit, dass die Bearbeitungszeiten zu lang sind. Bei Programmen, die auf kommunaler Ebene verwaltet werden, so wie in Frankreich, kann eine ortsabhängig unterschiedliche Handhabung zu einem Problem werden.

Zwangswise Rückführungen sind besonders umstritten. Ihre Zahl hat in einigen Ländern stark zugenommen und betrug allein 2008 mehr als 350.000 in den Vereinigten Staaten und über 300.000 in Südafrika. Zwangswise Rückführungen, für die sich die Regierungen reicher Länder mit Vehemenz einsetzen, sind auch in den Mobilitätspartnerschaften der Europäischen Union vorgesehen.⁹ Viele Herkunftsländer kooperieren mit den Aufnahmeländern, mit denen sie Rückübernahmeabkommen geschlossen haben. Allerdings haben einige Länder, wie zum Beispiel Südafrika, die Unterzeichnung derartiger Abkommen bisher abgelehnt.

Wie sollten nun humane Vollstreckungsmaßnahmen aussehen? Die meisten Menschen vertreten die Auffassung, dass es gewisse Strafmaßnahmen bei Verletzungen von Grenzübertritts- und Arbeitsvorschriften geben sollte, und dass neben der Legalisierung des Aufenthalts im Wege des Ermessens auch zwangswise Rückführungen zum politischen Arsenal gehören. Doch die Durchführung dieser Sanktionsform führt zu erheblichen Schwierigkeiten, besonders in Fällen, in denen die betroffenen Personen Jahre lang in dem jeweiligen Land gelebt und gearbeitet haben und womöglich Familienangehörige haben, die einen legalen Aufenthaltstitel besitzen. Beispielsweise hat eine vor kurzem unter ausgewiesenen Salvadorianern durchgeführte Umfrage ergeben, dass ein Viertel von ihnen sich länger als 20 Jahre in den Vereinigten Staaten aufgehalten hatte, etwa vier Fünftel von ihnen zum Zeitpunkt ihrer Abschiebung erwerbstätig waren und viele von ihnen Kinder haben, die in den Vereinigten Staaten geboren sind.¹⁰ In verschiedenen Ländern, so auch im Großbritannien, haben sich die Medien gelegentlich Fällen von drohenden Abschiebungen angenommen, die besonders unmenschlich erschienen.

Ohne Frage ist es wichtig, dass Vollstreckungsmaßnahmen gegen Personen mit

irregulärem Status nach rechtsstaatlichen Prinzipien erfolgen und die Grundrechte geachtet werden. Arbeitgeber, die Arbeitnehmer mit irregulärem Status einstellen, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Dies ist beispielsweise in den Vereinigten Staaten schon eingehend diskutiert worden. Formale Verfahren, mit denen festgestellt wird, ob jemand ein legales Recht auf Aufenthalt in dem jeweiligen Land hat, sind in jedem Fall besser als pauschale oder massenhafte Ausweisungen wie sie in der Vergangenheit zu beobachten waren (z.B. die Ausweisung irregulärer indonesischer Arbeiter aus Malaysia Anfang 2005)¹¹, auch wenn einige Aspekte des Verfahrens wie z.B. der Anspruch auf einen Rechtsbeistand, unter Umständen eine unerwünschte Belastung der Staatskasse in Entwicklungsländern bedeuten. Die Gefängnisaufsichtsbehörde Großbritanniens hat Leitlinien für Abschiebung von Einwanderern herausgegeben, die auf internationalen Menschenrechtsstandards beruhen. Die bloße Herausgabe solcher Leitlinien bedeutet aber natürlich noch nicht, dass die Standards wirklich eingehalten werden. In manchen Ländern setzen sich NROs für die Verbesserung der Lebensbedingungen in Internierungslagern ein – das Ukrainische Rote Kreuz ist ein Beispiel dafür. Die kürzlich verabschiedete Richtlinie der Europäischen Union über das Rückkehrverfahren erscheint als Schritt in Richtung auf Transparenz und Harmonisierung der Regelungen, wobei der Schwerpunkt auf einheitlichen Verfahrensweisen liegt, nach denen Menschen mit irregulärem Aufenthaltsstatus entweder ausgewiesen werden oder einen endgültig legalen Status erhalten. Die Richtlinie ist jedoch in die Kritik geraten, da sie die Wahrung der Menschenrechte nicht hinreichend garantiert.¹²

5.1.2 Gewährleistung der Grundrechte von Migranten

In diesem Bericht wurde das Hauptaugenmerk auf Mobilität aus dem Blickwinkel erweiterter Freiheiten gelegt. Doch nicht alle Migranten erlangen all die Freiheiten, die eine Migration verheißt. Je nach dem, woher sie kommen und wohin sie gehen, finden sich Menschen häufig in einer Situation wieder, in der sie eine Freiheit aufgeben müssen, um sie gegen eine andere einzutauschen, meist um ein höheres Einkommen

zu erzielen, indem sie in einem Land arbeiten, in dem eines oder mehrere der grundlegenden Menschenrechte nicht geachtet werden. Migranten, denen es an Ressourcen, Netzwerken, Informationen und Möglichkeiten zur Beschreitung des Rechtsweges mangelt, laufen eher Gefahr, in einigen Bereichen Nachteile zu erleiden, genauso wie diejenigen, die mit Diskriminierung aus rassistischen oder anderen Gründen konfrontiert sind. Für diejenigen Migranten, die über keinen legalen Aufenthaltsstatus verfügen, und diejenigen in Ländern, in denen die Strukturen einer verantwortungsbewussten Regierungsführung und Rechenschaftspflicht nicht ausgeprägt sind, können sich erhebliche Probleme ergeben.

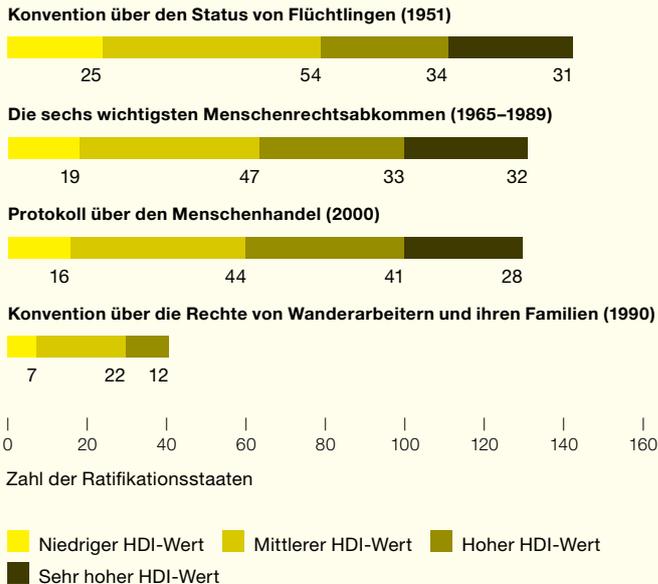
Flüchtlinge sind eine genau umschriebene rechtliche Kategorie von Migranten, da sie internationalen Schutz benötigen. Sie verfügen über ganz bestimmte Rechte, die in der Flüchtlingskonvention von 1951 und den Protokollen von 1967 festgeschrieben sind, die von 144 Staaten ratifiziert wurden (Grafik 5.1).¹³ Diese Abkommen bieten einen entscheidenden Schutz für Menschen, die über Landesgrenzen hinweg fliehen, um einer Verfolgung zu entgehen.

Genereller betrachtet enthalten die sechs wichtigsten internationalen Menschenrechtsabkommen, die bisher weltweit von 131 Staaten ratifiziert wurden, jeweils strenge Antidiskriminierungs-Klauseln, mit denen die Anwendbarkeit vieler Bestimmungen auf Migranten sichergestellt wird.¹⁴ Diese Vorschriften sind allgemeingültig; sie gelten sowohl für die Staatsbürger eines Landes als auch für Ausländer, einschließlich derjenigen, die zugewandert sind oder sich gegenwärtig in dem Land aufhalten, ob mit regulärem oder irregulärem Status. Von besonderer Relevanz sind das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und das Recht auf Freiheit von Diskriminierung aufgrund von Rasse, nationaler Herkunft oder anderer Besonderheiten. Damit sind wichtige rechtliche Einschränkungen staatlichen Handelns vorgegeben.¹⁵

In letzter Zeit haben Protokolle gegen den Menschenhandel und Menschen schmuggel auf der Grundlage bestehender Abkommen mit 129 Ratifikationen rasch breite Unterstützung gefunden.¹⁶ Diese Protokolle, die darauf abzielen, den Menschenhandel unter Strafe zu stellen, legen das Augenmerk mehr auf die Zerschlagung des organisierten Verbrechens und die

Ohne Frage ist es wichtig, dass Vollstreckungsmaßnahmen gegen Personen mit irregulärem Status nach rechtsstaatlichen Prinzipien erfolgen und die Grundrechte geachtet werden

Grafik 5.1 Nur wenige Staaten haben die Konvention über Migrantenrechte ratifiziert
Ratifizierung ausgewählter Abkommen nach HDI-Kategorie, Stand 2009



Source: UNODC (2004) und UN (2009b).

Ermöglichung einer geordneten Migration als auf die Verbesserung der Menschenrechtssituation der betroffenen Personen (vor allem von Frauen).¹⁷ Viele Staaten haben diese Grundsätze in ihre nationale Gesetzgebung übernommen: Von den 155 Staaten, die 2008 untersucht wurden, hatten etwa 80 Prozent einen gesonderten Straftatbestand des Menschenhandels eingeführt und über die Hälfte von ihnen hatten eine spezielle Polizeieinheit zur Bekämpfung des Menschenhandels geschaffen.¹⁸ Fortschritte in diesem Bereich sind sicherlich begrüßenswert, wenngleich einige Beobachter festgestellt haben, dass eine verschärfte Einwanderungspolitik tendenziell auch den Menschenhandel und -schmuggel begünstigt hat.¹⁹

Im Gegensatz dazu hat die Abfolge von Konventionen, die von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Verlauf des 20. Jahrhunderts verabschiedet wurden und darauf abzielen, Mindeststandards für Arbeitsmigranten einzuführen, keine breite Unterstützung gefunden. Dafür gibt es verschiedene Gründe, unter anderem den Widerspruch zwischen dem umfassenden Geltungsanspruch dieser

Konventionen und dem Wunsch nach uneingeschränkter Verfügungsfreiheit der Einzelstaaten in derartigen Angelegenheiten. 1990 hat die Internationale UN-Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (CMW) die Kernprinzipien der Menschenrechtsabkommen aufgegriffen, ist aber noch weiter gegangen, beispielsweise, indem sie die Definition von „Diskriminierung“ weiter fasste, einen verstärkten Schutz vor kollektiven und willkürlichen Ausweisungen vorsah und das aktive und passive Wahlrecht regulärer Migranten gewährleistete. Die Konvention wurde bis dato aber nur von 41 Staaten unterzeichnet, von denen nur fünf Nettoeinwanderungsländer sind und keiner der Kategorie „sehr hoher HDI-Wert“ angehört (Grafik 5.1).

Ein Blick hinter Grafik 5.1 sagt uns hinsichtlich der Migrationsprofile der Ratifikationsländer, dass die meisten von ihnen Zu- bzw. Abwanderungsraten unter zehn Prozent haben. Von den Ländern, in denen der Anteil der Bevölkerung, die entweder zu- oder abwandert, über 25 Prozent liegt, tragen bisher nur wenige die einschlägigen Konventionen mit – so sind beispielsweise nur drei von 64 der CMW beigetreten, während immerhin 22 von ihnen bereits die sechs wichtigsten Menschenrechtsabkommen unterzeichnet haben. Selbst von den Ländern mit einem Nettowanderungsverlust von über zehn Prozent ihrer Bevölkerung – die also einen starken Anreiz hätten, die Konvention zu unterzeichnen, um ihre Staatsbürger, die im Ausland arbeiten, zu schützen – hat nur ein kleiner Teil die CMW unterzeichnet. In den fast zwei Jahrzehnten ihres Bestehens haben gerade einmal 20 Prozent der Regierungen von Ländern mit hoher Abwanderung die CMW unterzeichnet, wohingegen die Hälfte von ihnen die sechs wichtigsten Menschenrechtsabkommen ratifiziert haben und 59 Prozent zu den Unterzeichnerstaaten des Protokolls über den Menschenhandel, das neueren Datums ist, zählen.

Aber auch wenn ein Land die CMW nicht ratifiziert hat, ist es aufgrund der anderen grundlegenden Menschenrechtsabkommen dazu verpflichtet, Wanderarbeiter zu schützen. Die gemäß den bestehenden Konventionen tätigen Vertragsüberwachungsorgane (Treaty Monitoring Bodies – TMBs) werden nun durch regelmäßige Überprüfungen seitens des

UNHCR ergänzt. Die Analyse von einem Jahrzehnt der Überlegungen von TMBs, die jüngst erfolgt ist, hat ergeben, dass die einschlägigen Bestimmungen anderer grundlegender Menschenrechtsabkommen die Probleme von Migranten ins Bewusstsein rücken und ihre Rechte schützen können, und dass dies im Laufe der Zeit auch zunehmend der Fall war.²⁰ Selbst wenn jedes Land sich natürlich darum bemüht, seine Menschenrechtsbilanz ins beste Licht zu setzen, können die TMBs, obwohl sie über keine Vollstreckungsmechanismen verfügen, einen Einfluss ausüben, indem sie bestimmte Praktiken anprangern, besonders schlimme Fälle herausstellen und versuchen, moralisch oder politisch einzuwirken.

Die Forderung nach der Sicherstellung der Rechte von Migranten ist in allen globalen Foren wiederholt laut geworden. Als Beispiel können die Stellungnahmen dienen, die von Organisationen der Zivilgesellschaft beim Globalen Forum für Migration und Entwicklung 2008 in Manila abgegeben wurden. Es ist jedoch auch klar, dass die größte Schwierigkeit nicht darin besteht, dass kein gesetzlicher Rahmen für den Schutz der Migrantenrechte vorhanden wäre (eine ganze Reihe von Konventionen, Abkommen und gewohnheitsrechtlichen Vorschriften existieren ja bereits), sondern darin, wie dieser Rahmen wirksam umgesetzt werden soll. In diesem Geist hat die ILO 2005 ein Multilaterales Rahmenwerk für die Migration von Arbeitnehmern (*Multilateral Framework on Labour Migration*) erstellt, das in einem unverbindlichen Rahmen, welcher das hoheitliche Recht aller Staaten auf Bestimmung ihrer eigenen Migrationspolitik anerkennt, Leitlinien und vorbildliche Praktiken anbietet. Dieser Ansatz eines „weichen Gesetzes“ trägt den inhärenten Unterschieden zwischen den einzelnen Staaten Rechnung und ermöglicht eine schrittweise Umsetzung.²¹

Selbst wenn wenig aktives Interesse daran besteht, formellen Abkommen beizutreten, gibt es für keine Regierung einen triftigen Grund, den Migranten Grundrechte wie die folgenden zu verweigern:

- das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Gewährleistung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes,

- das Recht auf Vereinigungs- und Tariffreiheit,
- das Recht, nicht willkürlich verhaftet zu werden und im Falle einer Abschiebung ein ordentliches Verfahren zu erhalten,
- das Recht, keiner grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung ausgesetzt zu sein sowie
- das Recht auf Rückkehr in das Herkunftsland.

Diese Rechte sollten über die fundamentalen Menschenrechte auf Freiheit, Schutz der körperlichen Unversehrtheit, Glaubensfreiheit sowie Schutz vor Zwangsarbeit und Menschenhandel hinaus bestehen.

Ein Argument, das gegen die Sicherstellung der Grundrechte angeführt wird, ist, dass sich dadurch zwangsläufig die Zahl der Menschen verringern würde, denen die Zuwanderung gestattet wird. Wie wir in Kapitel 2 aufgezeigt haben, ist dieser Kompromiss nicht generell zutreffend, abgesehen davon, dass sich eine solche Argumentation in keinem Fall moralisch rechtfertigen lässt.

Die Regierungen der Aufnahmeländer tragen die Hauptverantwortung für die Sicherstellung der Grundrechte im Ausland. Versuche seitens Regierungen von Herkunftsländern wie Indien und den Philippinen, die Zahlung von Mindestlöhnen an Auswanderer durchzusetzen, sind regelmäßig daran gescheitert, dass diese Angelegenheit außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs liegt. Die Regierungen in den Herkunftsländern können dennoch Unterstützung leisten, indem sie Ausreisewillige in Migrantenberatungszentren über ihre Rechte und Pflichten informieren und sie vor ihrer Ausreise darüber aufklären, was sie im Ausland erwartet.

Konsularische Dienste können eine wichtige Rolle übernehmen, indem sie als Anlaufstelle für Beschwerden und möglicherweise auch für das Beschreiten des Rechtsweges fungieren. In bilateralen Abkommen wiederum können grundlegende Prinzipien festgelegt werden. Ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen der Herkunftsländer mit dem Ziel einer Anhebung der Standards verspricht jedoch mehr Erfolg als isolierte Anstrengungen einzelner Länder.

Arbeitgebern, Gewerkschaften, NROs und Migrantenvereinigungen kommt ebenfalls eine Rolle zu. Da die meisten Verletzungen der Grundrechte von Arbeitgebern ausgehen, ist ihr Verhalten von größter Bedeutung. Einige

Die Regierungen der Aufnahmeländer tragen die Hauptverantwortung für die Sicherung der Grundrechte im Ausland. Arbeitgebern, Gewerkschaften, NROs und Migrantenvereinigungen kommt ebenfalls eine Rolle zu

Auch die Migranten selbst können die Art und Weise beeinflussen, wie die aufnehmenden Gemeinwesen und Gesellschaften die Zuwanderung wahrnehmen

Arbeitgeber haben sich darum bemüht, mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie Verhaltensregeln erarbeitet haben und Partnerschaften mit dem Programm für Wanderarbeiterrechte der Unternehmerinitiative *Business for Social Responsibility* (Geschäftsleute für Soziale Verantwortung) eingegangen sind, dessen Schwerpunkt auf Situationen liegt, in denen keine wirksamen Mechanismen zur Durchsetzung bestehender Arbeitsgesetze vorhanden sind.²² Unter anderem stehen Gewerkschaften und NROs folgende Maßnahmen zur Verfügung: Aufklärung der Migranten über ihre Rechte, engere Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Regierungsvertretern, um die Beachtung dieser Rechte zu gewährleisten, gewerkschaftliche Organisation der Wanderarbeiter und Eintreten für die Gewährung eines gesicherten Aufenthalts. Eine besonders aktive NRO ist das Kollektiv für die Verteidigung der ausländischen Arbeiter in der Landwirtschaft (*Collectif de défense des travailleurs étrangers dans l'agriculture – CODESTRAS*), das sich darum bemüht, die Lage der Saisonarbeiter in Südfrankreich zu verbessern, indem es Bewusstsein bildet, Informationen verbreitet und juristischen Beistand leistet.²³

Die Gewerkschaften spielen eine besonders bedeutende Rolle. Im Laufe der Zeit haben die Gewerkschaften den Rechten von Migranten zunehmend mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Der *World Values Survey 2005/2006*, der 52 Länder abdeckte, lässt darauf schließen, dass Menschen mit einem Migrationshintergrund häufiger Mitglied in einer Gewerkschaft sind: 22 Prozent der Befragten, bei denen mindestens ein Elternteil Migrant ist, sind Gewerkschaftsmitglied, verglichen mit 17 Prozent der übrigen Befragten. Dieser Unterschied ist in Ländern mit einem niedrigen HDI-Wert besonders groß.²⁴

Nicht zuletzt können auch die Migranten selbst die Art und Weise beeinflussen, wie die aufnehmenden Gemeinwesen und Gesellschaften die Zuwanderung wahrnehmen. Manchmal spiegeln sich in einer negativen öffentlichen Meinung zum Teil auch Vorfälle wieder, bei denen in der Vergangenheit Migranten in ungesetzliche Handlungen verwickelt waren. Durch das Eintreten für integrativere Gesellschaften und Gemeinwesen, in denen alle, auch die

Migranten, das Gesetz verstehen und achten und friedliche Formen der Mitwirkung und, falls nötig, des Protests verfolgen, wird es Migranten möglich sein, die Gefahr solcher negativer Reaktionen zu vermindern. Zivilgesellschaft und Kommunalbehörden können dazu beitragen, indem sie Migrantennetzwerke und Gemeinwesen unterstützen.²⁵

5.1.3 Verringerung der mit der Migration verbundenen Transaktionskosten

Grenzüberschreitende Migration bringt unweigerlich Transaktionskosten mit sich. Durch die Entfernung wird die Arbeitsvermittlung kompliziert, sowohl im eigenen Land als auch – in noch stärkerem Maße – über Landesgrenzen hinweg, und zwar aufgrund von Informationslücken, Sprachbarrieren und unterschiedlichen Rahmenvorschriften. Dadurch entsteht ein Bedarf nach Vermittlungs- und Abwicklungsdienstleistungen. Angesichts der Größenordnung der Einkommensunterschiede zwischen Ländern mit niedrigem und sehr hohem HDI-Wert darf es nicht überraschen, dass es einen Markt für Vermittler gibt, die in der Lage sind, den Interessenten Arbeitsplätze im Ausland zu vermitteln und ihnen bei der Bewältigung der mit der Migration ins Ausland verbundenen administrativen Hürden behilflich zu sein.

Nach den derzeitigen Migrationsregelungen ist üblicherweise die behördliche Auflage, dass vor der Ausreise ein Stellenangebot von einem ausländischen Arbeitgeber vorliegen muss, mit den höchsten Kosten verbunden. Speziell in Asien sind viele Wanderarbeiter auf gewerksmäßige Vermittler angewiesen, die den Antrag abwickeln und alle praktischen Vorkehrungen treffen. Die meisten Vermittler sind ehrliche Makler und gehen über legale Kanäle vor, doch manche von ihnen verfügen über keine ausreichenden Informationen über die Arbeitgeber und/oder die Arbeitnehmer, oder sie schmuggeln Menschen illegal über die Grenzen.

Dieser Markt für Vermittlungsdienstleistungen kann sich problematisch gestalten. Im schlimmsten Fall kann er zu Menschenhandel und Jahren der Knechtschaft, brutalem Missbrauch und bisweilen sogar zum Tode führen. Ein viel weiter verbreitetes Problem, insbesondere für geringqualifizierte Arbeitnehmer, sind jedoch die hohen Honorare. Durch die

Vermittlung verschaffen sich die Anwerber oft Mehreinnahmen, da zu strengen Einreisebestimmungen eine hohe Nachfrage nach geringqualifizierten Arbeitskräften kommt, die häufig nicht über ausreichende Informationen verfügen und von ihrer Verhandlungsstärke her unterlegen sind. Die Kosten scheinen außerdem regressiv zu sein, das heißt, sie steigen mit abnehmender Qualifikation immer mehr an. Dies bedeutet, dass beispielsweise nur wenige Krankenpflegekräfte, die im Ausland arbeiten, Anwerbegebühren zahlen müssen, im Gegensatz zum Gros der Haushaltshilfen. Asiatische Migranten, die in einem der Golfstaaten arbeiten wollen, müssen oft 25-35 Prozent von dem, was sie voraussichtlich in zwei oder drei Jahren Aufenthalt dort verdienen werden, an Anwerbe- und sonstigen Gebühren bezahlen.²⁶ In manchen Fällen entstehen durch Korruption weitere Kosten. Eine lockere Handhabung der Vorschriften kann kontraproduktiv sein, da die Migranten dadurch eher der Korruption ausgesetzt werden, wovon wiederum Mittelsmänner, Beamte und andere, die Schmiergelder kassieren, profitieren.

Regierungen können auf verschiedene Art und Weise dazu beitragen, die Transaktionskosten für Wanderarbeitnehmer zu verringern. Dabei gebührt sechs Bereichen vorrangige Beachtung:

Öffnung von Korridoren und Einführung von Regelungen, die eine Freizügigkeit der Arbeitskräfte ermöglichen: So können zum Beispiel aufgrund des MERCOSUR-Abkommens bolivianische Arbeiter relativ freizügig nach Argentinien reisen und gleichzeitig, über die Ausweitung der sozialen Netzwerke, durch Freunde und Verwandte von Stellenangeboten und Arbeitsmöglichkeiten erfahren. Die gleiche Dynamik, wenn auch in beschleunigter Form, war im Anschluss an die Erweiterung der Europäischen Union im Jahre 2004 zu beobachten. Ein weiteres Beispiel sind Erleichterungen für Saisonarbeiter bei der Einreise über die Grenze zwischen Guatemala und Mexiko.

Senkung der Kosten von und Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Dokumenten wie Geburtsurkunden und Reisepässen: Wenn die in den Herkunftsländern bestehenden „Papiermauern“ vermindert würden, würde dies erheblich zum Abbau der Hindernisse für eine legale

Migration beitragen.²⁷ Es bedarf einer Analyse auf der Ebene der einzelnen Länder und Migrationskorridore, um Art und Höhe der im Vorfeld anfallenden Kosten zu ermitteln. Diese reichen von den Kosten für mehrere Fahrten aus dem Dorf in die Hauptstadt, die zur Beantragung eines Reisepasses nötig sind, bis zu den Gebühren, die für die Erfüllung weiterer Einreisevoraussetzungen anfallen, so z.B. für Gesundheitschecks, polizeiliche Führungszeugnisse, Versicherungen und Bankgarantien. Im Rahmen des mexikanisch-kanadischen Programms müssen sich Migrationswillige im Durchschnitt sechs Mal in die Hauptstadt begeben – dies hat die Regierung dazu veranlasst, einen Reisekostenzuschuss zu gewähren (dabei wäre eine sinnvollere Gestaltung der administrativen Auflagen sicher rationeller gewesen).²⁸ Bestimmte Kosten entstehen auch durch Auflagen der Zielländer. So verlangt beispielsweise die Republik Korea, dass Migranten vor der Einreise die Landessprache erlernen. Fremdsprachenkenntnisse erhöhen zwar die Verdienstmöglichkeiten und fördern die Integration, ihr Erwerb ist jedoch wiederum mit Kosten verbunden, die vorgeleistet werden müssen.²⁹ Eine Reihe von Ländern haben sich darum bemüht, das Verfahren für Migranten abzukürzen, allerdings mit unterschiedlichem Erfolg (Kasten 5.3).

Stärkung der Stellung von Migranten durch Zugang zu Informationen, Möglichkeit zur Beschreitung des Rechtswegs im Ausland sowie stärkere soziale Netzwerke: Vor allem Letzteres kann viel dazu beitragen, die Informationslücken zwischen Wanderarbeitern und Arbeitgebern zu schließen, die Notwendigkeit der Inanspruchnahme teurer Arbeitsvermittlungsbüros zu verringern und Migranten die Chance zu geben, unter einer größeren Vielfalt von Arbeitsmöglichkeiten auszuwählen und sich zu entscheiden.³⁰ In Malaysia sind die indonesischen Migranten dank ihrer Vernetzung in der Lage, schneller von neuen Stellenangeboten zu erfahren als die einheimische Bevölkerung.³¹ In ähnlicher Weise hat eine verbesserte Telekommunikation in Jamaika dazu beigetragen, dass die dortigen Migrationswilligen besser informiert sind.³² Informationszentren wie das 2008 eingerichtete Pilotprojekt der Europäischen Union in Bamako (Mali) können potenziellen Migranten zutreffende (wenn

Wenn die in den Herkunftsländern bestehenden „Papiermauern“ vermindert würden, würde dies erheblich zum Abbau der Hindernisse für eine legale Migration beitragen

**Kasten 5.3 Weniger Papierkrieg:
eine große Aufgabe für Regierungen und ihre Partner**

Ein hervorragendes Beispiel für die effektive Umsetzung von Maßnahmen trotz umfangreicher administrativer Auflagen ist die philippinische Behörde für Beschäftigung im Ausland (*Philippine Overseas Employment Administration*), die alle Aspekte der Anwerbung regelt und eng mit anderen Behörden zusammenarbeitet, um den Schutz ihrer Arbeitnehmer im Ausland sicherzustellen. In einem Versuch, diesem Beispiel zu folgen, hat Indonesien im Jahr 2006 eine Nationale Behörde für die Vermittlung und den Schutz indonesischer Arbeitsmigranten (BNP2TKI) eingerichtet. Es wird jedoch berichtet, dass eine wenig leistungsfähige Bürokratie und mangelnde Koordination zwischen den einzelnen staatlichen Stellen die Wirksamkeit von BNP2TKI beeinträchtigen. Auch in anderen Ländern hat es Versuche gegeben, die Problematik von langen Bearbeitungszeiten und hohen Kosten in Angriff zu nehmen, doch nur wenige waren von Erfolg gekrönt. In Gabun hat zwar die Regierung eine Dreitagesfrist für die Bearbeitung von Reisepassanträgen eingeführt, doch noch immer ist das Antragsverfahren mit langen Wartezeiten und großen Mühen verbunden. In ähnlicher Weise hat die Regierung von Myanmar vor kurzem die Direktive ausgegeben, dass die Ausstellung von Reisepässen innerhalb einer Woche erfolgen muss, doch es wird weiter darüber geklagt, dass es verbreitet zu Verzögerungen kommt und Schmiergeldforderungen gestellt werden.

Entwicklungshilfeprogramme könnten Verbesserungen auf der Verwaltungsebene bei der Registrierung von Personenstandsdaten fördern und finanzieren, die kürzere Bearbeitungszeiten und geringere Kosten zur Folge hätten. Dadurch würde es den Regierungen möglich, ihren Bürgern ordnungsgemäße Reisedokumente zu erschwinglichen Preisen auszustellen. Bangladesch, wo der Anteil von offiziell registrierten Geburten unter zehn Prozent liegt, ist in diesem Bereich eine Partnerschaft mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) eingegangen.

Quelle: Agunias (2008), Tirtosudarmo (2009), United States Department of State (2009e), Koslowski (2009), und UNICEF (2007).

auch oft ernüchternde) Informationen über die Möglichkeiten des Arbeitens und Studierens im Ausland liefern.

Regulierung privater Arbeitsvermittler zur Verhinderung von Missbrauch und Betrug: Verbote funktionieren meistens nicht, zum Teil deshalb, weil in Zielgebieten verfügte Sperren nicht auf die Arbeitsvermittler in den Herkunftsgebieten durchschlagen.³³ Dennoch können bestimmte Reglementierungen einen Effekt haben, beispielsweise die gemeinsame Haftung von Arbeitgebern und Arbeitsvermittlern, die helfen kann, Betrugs- und Täuschungsversuche zu vereiteln. So werden in den Philippinen Arbeitsvermittlungsbüros als „Mit-Arbeitgeber“ behandelt, die gesamtschuldnerisch für die Nichteinhaltung abgeschlossener Verträge haften. Ein Vermittlungsbüro, dem Verstöße nachgewiesen werden, läuft Gefahr, dass ihm seine Lizenz entzogen wird, was allerdings oft durch

Zahlung einer Geldbuße vermieden werden kann. Eine weitere Möglichkeit zur Hebung ethischer Standards ist die Selbstregulierung durch Branchenverbände und Verhaltensregeln. Die Verbände können Informationen über risikobehaftete Branchenvertreter und vorbildliche Praktiken sammeln und verbreiten. In Süd- und Ostasien gibt es viele derartige Verbände, von denen sich allerdings noch keiner als Selbstregulierungsgremium nach dem Vorbild der entwickelten Länder hervorgetan hat, da sie ihre Hauptaufgabe darin sehen, sich dafür einzusetzen, dass die Migrationspolitik der Regierung der Arbeitsvermittlungsbranche zugute kommt – so zum Beispiel in Bangladesch, den Philippinen und Sri Lanka.³⁴ Diese Verbände könnten sich im Laufe der Zeit weiterentwickeln und bei der Sicherstellung der Dienstleistungsqualität und, wenn nötig, der Abmahnung von Mitgliedern, die die Vorschriften zu großzügig auslegen, eine wirkungsvollere Rolle einnehmen.

Direktverwaltung der Arbeitsvermittlung durch öffentliche Träger: In Guatemala verwaltet beispielsweise die IOM ein Programm, über das Saisonarbeiter in der Landwirtschaft nach Kanada entsendet werden, ohne dass dem Arbeiter hierfür Kosten entstehen. Es wird jedoch darüber debattiert, welche Rolle die staatlichen Stellen einnehmen sollten. In den meisten armen Ländern sind die nationalen Arbeitsagenturen nur in ganz geringem Umfang dazu in der Lage, Arbeitssuchenden geeignete Stellen im Inland, geschweige denn im Ausland, zu vermitteln.³⁵ Einige bilaterale Abkommen, wie sie u.a. von der Republik Korea unterzeichnet wurden, schreiben vor, dass Migranten über staatliche Stellen vermittelt werden müssen, worauf sich Arbeitsvermittler und Arbeitnehmer über hohe Kosten und fehlende Transparenz beklagen haben. Öffentliche Arbeitsvermittler verlangen zwar manchmal geringere Gebühren, doch kann ein erheblicher Zeitaufwand anfallen, der Migrationswillige vom Beschreiten regulärer Kanäle abschrecken kann.³⁶

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit: Dieser kann eine wichtige Rolle zukommen. Der Colombo-Prozess und der Abu-Dhabi-Dialog sind zwei zwischenstaatliche Initiativen, die in jüngster Zeit etabliert wurden, um Probleme wie die Transaktionskosten gemeinsam anzugehen. Am Abu-Dhabi-Dialog, der erstmals im

Januar 2008 stattfand, nahmen knapp ein Dutzend Herkunftsländer und mehrere Zielländer aus den Staaten des Golf-Kooperationsrates und Südostasien teil, wobei die Vereinigten Arabischen Emirate und die IOM gemeinsam als Gastgeber auftraten. Das Hauptaugenmerk galt dabei der Bildung von Schlüsselpartnerschaften zwischen Herkunfts- und Zielländern rund um das Thema Leiharbeit, um unter anderem Wissen über Arbeitsmarkttrends zu erarbeiten und auszutauschen, die illegale Anwerbung von Arbeitskräften zu verhindern sowie Maßnahmen zum Wohl und Schutz von Leiharbeitern voranzutreiben. Es ist vorgesehen, dass die Beratung auf Ministerienebene in Zukunft alle zwei Jahre stattfindet. Sie wurde gefolgt von einem Pilotprojekt, bei dem auf Initiative der Regierungen Indiens, der Philippinen und der Vereinigten Arabischen Emirate vorbildliche Praktiken unter unterschiedlichen Aspekten von zeitlich befristeter und zirkulärer Migration ermittelt und erprobt werden, beginnend mit einer Gruppe von Filipinos und Indern, die in den Branchen Baugewerbe, Gesundheitswesen und Fremdenverkehr tätig sind.³⁷

5.1.4 Verbesserung der Ergebnisse sowohl für die Migranten als auch für die aufnehmenden Gemeinwesen

Zwar deuten alle Anzeichen darauf hin, dass Migration langfristig unter dem Strich einen positiven Effekt auf die Wirtschaft haben wird, doch örtlich könnten Menschen mit besonderen Fertigkeiten oder an bestimmten Orten auch nachteilige Auswirkungen zu spüren bekommen. Diese können weitgehend durch politische Maßnahmen und Programme minimiert und ausgeglichen werden, die das Vorhandensein von Migranten anerkennen und damit planen, für ihre Eingliederung eintreten und sicherstellen, dass die aufnehmenden Gemeinwesen nicht über Gebühr belastet werden. Es gilt, von den tatsächlichen und empfundenen Kosten der Zuwanderung auf der Gemeinwesenebene Notiz zu nehmen und zu überlegen, wie man diese verteilen könnte.

Eingliederung und Integration sind im Hinblick auf die menschliche Entwicklung ausschlaggebend, da sie sich nicht nur auf einzelne Migranten und deren Familien, sondern auch auf die aufnehmenden Gemeinwesen positiv

auswirken. Die Art und Weise, in der der Status und die Rechte von Zuwanderern anerkannt und durchgesetzt werden, wird bestimmen, inwieweit eine derartige Integration erfolgt. In einigen Entwicklungsländern könnte es angemessen sein, die Befürwortung der Integration zur Voraussetzung von Entwicklungshilfe zu machen.

Institutionelle und politische Regelungen könnten jedoch oft noch wichtiger sein als gezielte politische Maßnahmen zur Integration von Migranten. Beispielsweise wird der Qualität der staatlichen Schulbildung in armen Wohngebieten sicherlich besondere Bedeutung zukommen – und das nicht nur für Migranten. In diesem weiteren Kontext lassen sich die politischen Prioritäten zur Verbesserung der Ergebnisse sowohl für Migranten als auch für die aufnehmenden Gemeinwesen wie folgt darstellen:

Den Zugang zu Basisdienstleistungen ermöglichen – insbesondere Schulbildung und medizinische Versorgung. Diese Dienstleistungen sind nicht allein für Migranten und ihre Familien von entscheidender Bedeutung, sondern sie haben auch weitere positive externe Effekte. Der Schlüssel dabei liegt in einem gerechten Zugang und einer fairen Behandlung. Unsere kritische Betrachtung hat ergeben, dass der Zugang zu diesen Dienstleistungen in der Regel für Leiharbeiter und Personen mit irregulärem Status am meisten eingeschränkt ist. Der Zugang zu Schulbildung sollte auf der gleichen Grundlage und unter denselben Bedingungen gewährt werden wie für die einheimische Bevölkerung. Das Gleiche gilt für die medizinische Versorgung, und zwar sowohl für die Notversorgung bei Unfällen oder schwerer Krankheit als auch für Vorsorgeleistungen wie z.B. Impfungen, die üblicherweise auch im besten Interesse des gesamten Gemeinwesens sind und langfristig hochwirksam sind. Einige Entwicklungsländer, beispielsweise Costa Rica, gewähren Migranten unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Zugang zu öffentlichen Gesundheitseinrichtungen.³⁸

Neuankömmlingen beim Erwerb von Sprachkenntnissen helfen. Dienstleistungen in diesem Bereich können einen enormen Beitrag zu Vorteilen auf dem Arbeitsmarkt und zur Eingliederung im weiteren Sinne leisten. Bei

Eingliederung und Integration sind im Hinblick auf die menschliche Entwicklung ausschlaggebend

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist unverzichtbar, auch weil sich durch eine Erwerbstätigkeit die Aussichten auf soziale Eingliederung stark erhöhen

ihrer Konzeption sollten die Einschränkungen berücksichtigt werden, die Migranten in ihrem Leben und ihrer Arbeit erfahren. Hierbei variieren die Bedürfnisse von Erwachsenen in Abhängigkeit davon, ob sie außer Haus berufstätig sind, während Kinder an schulgestützten Programmen teilnehmen können. Ein Beispiel für vorbildliche Praktiken ist u.a. Australien, wo Migranten und Ureinwohner fortgeschrittenen Sprachunterricht erhalten.³⁹ Zu den Beispielen für gezieltes Sprachlernen von Kindern zählt das Programm Success for All in den Vereinigten Staaten, bei dem Gruppenunterricht und Einzelbetreuung auf dem Vorschul- und Grundschulniveau miteinander kombiniert werden.⁴⁰ In mehreren europäischen Ländern werden Sprachkurse für Zugewanderte im Rahmen von Programmen durchgeführt, die von der Zentralregierung, staatlichen Schulen, Kommunalverwaltungen und Nichtregierungsorganisationen angeboten werden, so wie das Programm „Schwedisch für Einwanderer“, das schon seit 1965 besteht, dem Programm Acolhe in Portugal, das seit 2001 angeboten wird, und dem dänischen Arbeitsmarktprogramm, das 2007 eingeführt wurde.

Den Menschen eine Erwerbstätigkeit gestatten. Dies ist diejenige Einzelreform, die für die Verbesserung der Ergebnisse im Hinblick auf die menschliche Entwicklung von Migranten, insbesondere ärmeren und stärker gefährdeten Migranten, am wichtigsten ist. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist unverzichtbar, nicht allein wegen den wirtschaftlichen Vorteilen, die damit verbunden sind, sondern auch weil sich durch eine Erwerbstätigkeit die Aussichten auf soziale Eingliederung stark erhöhen. Beschränkungen der Ausübung einer bezahlten Tätigkeit, wie sie in vielen entwickelten Ländern traditionell für Asylbewerber und Flüchtlinge gelten, sind den Ergebnissen sowohl kurz- als auch mittelfristig abträglich, da sie Abhängigkeit fördern und die Selbstachtung zerstören. Daher müssen sie abgeschafft werden. Die freie Wahl des Arbeitgebers ist ein weiteres Grundprinzip von gut durchdachten Programmen, die nicht allein die Interessen der Arbeitgeber, sondern auch die Interessen der Migranten im Blick haben. In vielen Ländern sehen sich hochqualifizierte Zuwanderer außerdem bei der offiziellen Anerkennung von Qualifikationen, die sie aus dem

Ausland mitbringen, Problemen gegenüber (Kasten 5.4).

Die Rolle der Kommunalverwaltungen stärken. Starke Kommunalverwaltungen, die von örtlichen Nutzern in die Pflicht genommen werden können, sind unerlässlich für die Erbringung von Dienstleistungen wie medizinische Grundversorgung und Bildung. In manchen Ländern jedoch leugnen staatliche Stellen implizit die Existenz von Migranten, indem sie diese nicht in ihre Entwicklungspläne einbeziehen und indem sie zulassen, dass eine systematische Diskriminierung um sich greift. Um im Zusammenhang mit der Migration die Ergebnisse sowohl für den Einzelnen als auch für das Gemeinwesen verbessern zu können, werden Kommunalverwaltungen benötigt, die folgende Ziele verfolgen⁴¹: 1) Förderung von auf Eingliederung ausgerichteten Strukturen lokaler Regierungsführung, um Mitwirkung und Verantwortlichkeit zu ermöglichen, 2) Vermeidung institutioneller Praktiken, die zur Diskriminierung beitragen, 3) Gewährleisten, dass Gesetz und Ordnung einen positiven Beitrag zur Integration leisten, wozu auch ein effektiver und reaktionsbereiter Polizeiparagraf gehört, 4) Bereitstellung relevanter Informationen für die Öffentlichkeit und die Organisationen der Zivilgesellschaft, einschließlich Migrantenvereinigungen⁴² und 5) Sicherstellen einer gerechten Bodennutzungsplanung, die im Einklang mit den Bedürfnissen der Armen steht und beispielsweise Möglichkeiten beinhaltet, die Unsicherheit beim Grundbesitz und die damit verbundenen Einschränkungen zu verringern.

Kommunale Haushaltsprobleme angehen, auch durch steuerliche Ausgleichszahlungen zur Finanzierung zusätzlicher Bedürfnisse auf lokaler Ebene. Für die Erbringung von Basisdienstleistungen wie Schulen und Kliniken sind häufig die Kommunalbehörden zuständig, deren Haushaltsmittel vermutlich durch den Bevölkerungsanstieg ohnehin überstrapaziert sind und denen es womöglich an Steuereinnahmen mangelt, um ihrer Verpflichtung zur Erbringung von Dienstleistungen nachkommen zu können. Dort, wo subnationale Verwaltungseinheiten eine wichtige Rolle bei der Finanzierung von Basisdienstleistungen spielen, können steuerliche Umverteilungsmechanismen dazu beitragen, das Ungleichgewicht

bei der Zuweisung von Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Innerstaatliche Ausgleichszahlungen, die über bundesstaatliche und örtliche Grenzen hinweg erfolgen, basieren üblicherweise auf mindestens zwei Kriterien: der Bedürftigkeit (wie z.B. aufgrund von Bevölkerungszahl, Armutsquoten usw.) sowie der Fähigkeit, Einnahmen zu erzielen (um örtliche Besteuerungsversuche nicht zu unterbinden). Da die Gegebenheiten und Zielstellungen sich von Land zu Land unterscheiden, gibt es kein allgemeingültiges Zahlungsmuster. Zuschüsse, die auf einer Pro-Kopf-Basis gewährt werden, setzen voraus, dass die gesamte Wohnbevölkerung mitgezählt wird – einschließlich der irregulären Migranten und ihrer Familien. Ausgleichszahlungen können auch dazu dienen, bestimmte Kosten zu erstatten, insbesondere bei sozialen Diensten, wo es gewichtige Argumente dafür gibt, gleichen Zugang für alle zu schaffen. Gut durchdachte Systeme für Ausgleichszahlungen sind nicht zu sehr auf Zweckbindungen angewiesen; ebenso sollte die Bewilligung so einfach, verlässlich und transparent wie möglich erfolgen.⁴³

Gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit vorgehen. Durch geeignete Maßnahmen der jeweiligen Regierung und Zivilgesellschaft kann Toleranz auf der Ebene des Gemeinwesens gefördert werden. Dies ist dort von besonderer Bedeutung, wo die Gefahr von Gewaltausbrüchen besteht, wenngleich in der Praxis eine politische Reaktion eher erst dann erfolgt, wenn bereits etwas passiert ist. So wurde beispielsweise als Reaktion auf Gewaltausbrüche in Côte d'Ivoire im August 2008 ein Gesetz gegen die Fremdenfeindlichkeit verabschiedet, mit dem Verhaltensweisen, die zu derartiger Gewalt aufstacheln, unter Strafe gestellt werden.⁴⁴ Auch die Zivilgesellschaft kann sich für die Schaffung von Toleranz und die Bewahrung der Vielfalt engagieren, wie es vor kurzem in Südafrika demonstriert wurde, wo nach den Gewaltausbrüchen im Mai 2008 das Mobilfunk-Notruf-SMS-Netzwerk „No to Xenophobia“ – „Nein zur Fremdenfeindlichkeit“ – initiiert wurde.⁴⁵ Ein weiteres Beispiel ist die Kampagne für Vielfalt, Menschenrechte und Mitwirkung, die vom Europarat in Partnerschaft mit der EU-Kommission und dem Europäischen Jugendforum organisiert wurde. Diese Kampagne hob

Kasten 5.4 Anerkennung von Qualifikationsnachweisen

Viele Migranten, besonders solche, die aus armen Ländern kommen, sind zwar gut qualifiziert, doch nicht in der Lage, im Ausland von ihren Fähigkeiten Gebrauch zu machen. So wird die Anerkennung von Qualifikationen beispielsweise in Europa nur selten praktiziert, und zwar selbst dort, wo institutionelle Regelungen vorhanden sind, die eine Anerkennung eigentlich ermöglichen sollten.

Es gibt sicher Gründe dafür, warum eine unmittelbare Anerkennung von Qualifikationsnachweisen nicht zulässig ist. Einerseits kann es schwer sein, die Qualität ausländischer Qualifikationen einzuschätzen, und andererseits wird womöglich jemand, der die örtlichen Verhältnisse kennt, bevorzugt (z.B. bei Rechtsanwälten hinsichtlich der anwendbaren Gesetzgebung).

Um den Gebrauch von Fähigkeiten und Qualifikationen von Ausländern zu fördern, können u.a. folgende Strategien eingesetzt werden:

- *Abkommen über gegenseitige Anerkennung:* Am verbreitetsten sind diese zwischen Ländern, die ähnliche Bildungssysteme haben und ein vergleichbares wirtschaftliches Entwicklungsniveau aufweisen, wie z.B. innerhalb der Europäischen Union.
- *Prüfung vor der Einreise:* Die Qualifikationsnachweise potenzieller Migranten können vor deren Einreise von den Regierungen sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern geprüft werden. Australien hat Pionierarbeit für diesen Ansatz geleistet. Wenn ein Einzelner jedoch das Ziel verfolgt, seine menschliche Entwicklung durch Migration zu verbessern, kann es für ihn verlustreicher sein, auf die Anerkennung seiner Qualifikationen warten zu müssen, als sein Glück in einem anderen Land zu versuchen, insbesondere dann, wenn er seinen Beruf im eigenen Land nicht ausüben kann oder gezwungen ist, dort für einen niedrigen Lohn zu arbeiten.
- *Beschleunigtes Verfahren:* Regierungen können Möglichkeiten schaffen, dass Qualifikationsnachweise im Schnellverfahren geprüft werden, und Länderbüros einrichten, um die Anerkennung zu beschleunigen. Durch Mentoren und Kurzlehrgänge im Ausland kann Migranten geholfen werden, eventuell vorhandene Lücken zu füllen. Einige Bundesstaaten der USA haben sogenannte „New Americans“-Büros eingerichtet, die Zugereisten dabei helfen sollen, sich in der oft auch für Binnenmigranten sehr unübersichtlichen neuen Lebenssituation zurechtzufinden.
- *Anerkennung praktischer Qualifikationen:* Obwohl viele berufliche Fertigkeiten erst am Arbeitsplatz erworben werden, fehlt es oft noch an Mechanismen für die Anerkennung solcher informellen Qualifikationen. Durch die Verbesserung der Fähigkeit des Staates, die in der Praxis erworbenen Qualifikationen anzuerkennen und zu zertifizieren, könnte es für Arbeitnehmer leichter werden, sich ihre Fähigkeiten auch im Ausland anerkennen zu lassen.

Quelle: Iredale (2001).

auf die Rolle der Medien bei der Bekämpfung von Vorurteilen gegen Muslime und Roma ab und zeichnete Kommunalverwaltungen aus, die sich aktiv für den Schutz und die Eingliederung dieser Gruppen einsetzen.⁴⁶ Natürlich wird es dort, wo Diskriminierung und Spannungen tief sitzen und bereits zum Ausbrechen von Gewalt geführt haben, und ganz besonders dort, wo keine geordneten rechtsstaatlichen Verhältnisse herrschen, nicht nur Zeit, sondern auch viel

Es ist dringend nötig, die faire Behandlung von Migranten auch während Rezessionen sicherzustellen

Mühe und guten Willen brauchen, damit derlei Bemühungen Erfolg zeitigen.

Eine faire Behandlung auch während Rezessionen sicherstellen. Diese Forderung hat 2009 deutlich an Dringlichkeit gewonnen, da es in diesem Jahr vermehrt zu Berichten über Gegenreaktionen und Abschiebungen auf der ganzen Welt gekommen ist. Zu den Maßnahmen, die Arbeitsmigranten vor unzumutbaren Härten schützen können, zählen⁴⁷:

- Den Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, zu erlauben, sich eine neue Arbeit zu suchen, zumindest, bis ihre bisherige Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung abläuft,
- Sicherstellen, dass Arbeitnehmer, die vor Ablauf ihrer Arbeitsverträge entlassen werden, Abfindungszahlungen und/oder Arbeitslosigkeitunterstützung erhalten, sofern sie Anspruch darauf haben,
- Die Anstrengungen zur Durchsetzung des Arbeitsrechts zu verstärken, um dort, wo Arbeitnehmer Entlassungen fürchten müssen, den Missbrauch (z.B. Lohnzahlungsverzug) auf ein Minimum zu reduzieren,
- Den Zugang zu Basisdienstleistungen (Gesundheit und Bildung) und Stellenvermittlung weiterhin sicherstellen,
- Institutionen in den Herkunftsländern unterstützen, die entlassenen Arbeitnehmern bei der Rückkehr in die Heimat helfen und ihnen Ausbildungsbeihilfen und Unterstützung gewähren,
- Mehr aufgeschlüsselte Daten, einschließlich Daten über Entlassungen und Löhne nach Wirtschaftszweig und Geschlecht, zur Verfügung stellen, damit Regierungen und Gemeinwesen in den Herkunftsländern sich über Veränderungen in den Beschäftigungsaussichten bewusst werden können.

Wenn Regierungen Maßnahmen dieser Art ergreifen, könnte die Wirtschaftskrise zu einer Chance werden, für eine bessere Behandlung der Migranten einzutreten und Konflikte zu vermeiden.

Wichtig ist es, Verdienste zu würdigen, wo es angebracht ist. Es gibt Beispiele dafür, dass Staatsregierungen und Kommunalverwaltungen sich die Migration und ihre weiteren sozialen und kulturellen Folgen zu eigen gemacht haben. Die vor kurzem erstellte Westaustralische Multikulturalismus-Charta ist ein interessantes

Beispiel für eine Selbstverpflichtung auf staatlicher Ebene, Diskriminierung abzuschaffen sowie den Zusammenhalt und die Eingliederung von Individuen und Gruppen zu fördern.⁴⁸ In manchen OECD-Ländern werden viele der obigen Empfehlungen bereits standardmäßig umgesetzt, auch wenn in der Praxis große Unterschiede bestehen. Der mutigsten Reformen bedarf es in einer Reihe von wichtigen Zielländern, darunter z.B. Südafrika und die Vereinigten Arabischen Emirate, wo die Bemühungen, sowohl für Einzelpersonen als auch für Gemeinwesen vorteilhafte Ergebnisse in Bezug auf die menschliche Entwicklung zu erzielen, bisher weit hinter dem zurück bleiben, was nötig wäre.

5.1.5 Nutzbringende Gestaltung der Binnenmobilität

In Bezug auf die Zahl der betroffenen Menschen hat die Binnenmigration eine weit größere Dimension als die transnationale Migration. Allein in China gibt es schätzungsweise 136 Millionen Wanderarbeiter sowie weitere 42 Millionen in Indien. Damit erreicht schon die Summe der Binnenmigranten für diese beiden Länder annähernd die Gesamtzahl der Menschen, die weltweit über Landesgrenzen hinweg gewandert sind. Darin spiegelt sich die Tatsache wider, dass Mobilität nicht nur ein natürlicher Bestandteil der menschlichen Geschichte ist, sondern ein fortlaufender Aspekt von Entwicklung und modernen Gesellschaften, in denen die Menschen versuchen, die sich bietenden Chancen wahrzunehmen und ihre Lebensverhältnisse entsprechend zu verändern.

Angesichts dieser Gegebenheiten sollte staatliche Politik darauf abzielen, den Prozess der Binnenmigration zu erleichtern, anstatt ihn zu behindern. Die vorhandenen Maßnahmen und Programme dürfen sich nicht negativ auf die Migranten auswirken. Ebenfalls sollten Menschen dadurch nicht genötigt werden, ihre Heimat zu verlassen, um Zugang zu Basisdienstleistungen zu erhalten und ihren Lebensunterhalt verdienen zu können. Diese zwei Grundsätze führen zu einer Reihe von Empfehlungen, die von allen nationalen Regierungen im Rahmen ihrer Zuständigkeit umgesetzt werden können:

Hemmnisse für die Binnenmobilität beseitigen. Um volle und gleiche bürgerliche,

wirtschaftliche und soziale Rechte für alle zu gewährleisten, ist es unabdinglich, rechtliche und administrative Beschränkungen der Mobilität aufzuheben und die Diskriminierung der Migranten zu bekämpfen. Wie bereits in Kapitel 2 dargelegt, sind administrative Hemmnisse seltener geworden, seitdem das Instrument der zentralen Planung in vielen Teilen der Welt zusammengebrochen ist. Dennoch halten sich manche Hemmnisse mit erstaunlicher Hartnäckigkeit, wenn es ihnen auch in der Regel nicht gelingt, die Mobilität in nennenswertem Umfang einzudämmen. Derartige Hemmnisse sind mit dem internationalen Recht nicht vereinbar. Es ist außerdem kostspielig und zeitraubend für Regierungen, diese Hemmnisse aufrechtzuerhalten bzw. für Migranten, sie zu überwinden. Viele Migranten reisen ohne ordnungsgemäße Ausweispapiere, nur um später herauszufinden, dass sie keinen Zugang zu wichtigen Dienstleistungen erhalten. Binnenmigranten sollten gleichen Zugang zur vollen Bandbreite von öffentlichen Dienst- und Unterstützungsleistungen, insbesondere in den Bereichen Bildungs- und Gesundheitswesen, aber auch zu Renten und Sozialhilfe erhalten, sofern diese gewährt werden.

Freizügigkeit ist von besonderer Bedeutung für Saison- und Leiharbeiter, die meist zu den ärmsten Migranten gehören und oft vernachlässigt oder aktiv diskriminiert werden. Diese Formen von Wanderbewegungen können den örtlichen Behörden, die für die Erbringung von Dienstleistungen verantwortlich sind, akute Schwierigkeiten bereiten. Sie müssen erst lernen, mit einer Bevölkerung umzugehen, die viel mehr im Fluss ist als bisher. Teilreformen, durch die den Migranten zwar erlaubt wird, zu arbeiten, nicht aber, die staatlichen Dienstleistungen in gleichem Maße in Anspruch zu nehmen (wie es in China der Fall ist), reichen nicht aus. Reformen wurden auch in einigen indischen Bundesstaaten beschlossen, so dass beispielsweise auch saisonale Wanderarbeiter provisorische Lebensmittelkarten erhalten können, doch die Umsetzung dieser Reformen verlief bisher nur schleppend.⁴⁹

Den Migranten nach ihrer Ankunft die nötige Unterstützung leisten. So wie sie es bei Menschen tun sollten, die aus dem Ausland zuwandern, so sollten die Regierungen auch Binnenmigranten

die nötige Unterstützung leisten. Dies kann in Partnerschaft mit örtlichen Gemeinwesen und NROs geschehen. Ein Teil der Migranten ist besonders benachteiligt – durch fehlende Bildung, bestehende Vorurteile gegen ethnische Minderheiten sowie sprachliche Unterschiede – und benötigt deshalb gezielte Unterstützungsmaßnahmen. Diese Unterstützung könnte in verschiedenen Bereichen erfolgen, von der Arbeitssuche bis hin zum Sprachunterricht. Der Zugang zu Sozialhilfe und anderen Leistungen sollte gewährleistet werden. Und vor allem ist es unverzichtbar, dass die Grundbedürfnisse nach medizinischer Versorgung und Bildung befriedigt werden. In Indien gibt es Beispiele für ehrenamtlich geführte Kinderheime, die den Kindern von Migranten ein Dach über dem Kopf bieten, ihnen den Schulbesuch ermöglichen und Förderunterricht erteilen.

Die Steuereinnahmen umverteilen. Innerstaatliche finanzielle Ausgleichsregelungen sollten die Umverteilung von Einnahmen gewährleisten, damit die ärmeren Ortschaften, in denen die Binnenmigranten häufig leben, durch die Bereitstellung adäquater kommunaler Dienstleistungen nicht unverhältnismäßig stark belastet werden. Hierbei gelten dieselben Prinzipien wie bei der Umverteilung der Finanzen, um dem Aufenthaltsort transnationaler Migranten Rechnung zu tragen.

Die Reaktionsbereitschaft erhöhen. So banal es vielleicht klingen mag und so selbstverständlich dies heutzutage eigentlich sein sollte, ist es doch entscheidend, die Leistungsfähigkeit von Kommunalverwaltungen und Programmen zu erhöhen, damit diese die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen können. Eine auf Eingliederung ausgerichtete und verantwortliche Kommunalverwaltung kann nicht nur bei der Bereitstellung von Dienstleistungen, sondern auch bei der Vermeidung und Entschärfung sozialer Spannungen eine zentrale Rolle spielen. Statt das Problem zu verleugnen, bedarf es einer proaktiven Städteplanung, um zu verhindern, dass Migranten sozial und wirtschaftlich an den Rand gedrängt werden.

In den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) werden Aktionspläne gefordert, um „Städte ohne Slums“ zu schaffen, um unter anderen die hygienischen Verhältnisse zu verbessern und Grundbesitz abzusichern. Es hat

Eine auf Eingliederung ausgerichtete und verantwortliche Kommunalverwaltung kann nicht nur bei der Bereitstellung von Dienstleistungen, sondern auch bei der Vermeidung und Entschärfung sozialer Spannungen eine zentrale Rolle spielen

Migration kann eine unverzichtbare Strategie für Haushalte und Familien sein, die ihre Lebensgrundlagen verändern und verbessern wollen

jedoch nur langsame Fortschritte gegeben: Dem jüngsten globalen MDG-Bericht zufolge lebt weltweit über ein Drittel der städtischen Bevölkerung unter Slumbedingungen, wobei dieser Anteil in Afrika südlich der Sahara sogar auf über 60 Prozent steigt.⁵⁰

Regierungen reagieren manchmal auf die Slumproblematik, indem sie versuchen, die Zuwanderung von Migranten in die Städte einzudämmen, wie auch die Betrachtung von Strategien zur Armutsreduzierung ergeben hat, die in Kapitel 4 dargestellt wurde. Ein konstruktiver politischer Ansatz wäre jedoch, den Bedürfnissen einer wachsenden und sich verlagernden Bevölkerung gerecht zu werden, indem man die ernsthaften Wasser- und Sanitärprobleme in Angriff nimmt, die normalerweise in Slumgebieten bestehen. Mit einer proaktiven Planung und ausreichendem Mitteleinsatz ist es möglich, zu gewährleisten, dass wachsende Städte menschenwürdige Lebensbedingungen bieten. Manche Städte, die die Bedeutung einer nachhaltigen Stadtentwicklung erkannt haben, haben innovative Lösungen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Stadtbewohnern entwickelt. Die Erfahrung, die Singapur mit der Stadterneuerung gemacht hat, wird häufig als Beispiel einer vorbildlichen Praxis angeführt: Dort wurden nahezu alle illegalen Siedlungen von Zuwanderern durch Hochhäuser des sozialen Wohnungsbaus ersetzt, ergänzt durch einen erweiterten öffentlichen Nahverkehr und verbessertes Umweltmanagement. Ein jüngeres Beispiel kommt aus Alexandria in Ägypten, wo partizipatorische Ansätze genutzt wurden, um mittel- und langfristige Pläne für die Wirtschaftsentwicklung, die städtebauliche Aufwertung von Slumgebieten und die Sanierung der Umwelt zu erstellen.⁵¹

Nicht zuletzt berichten viele Landflüchtige darüber, dass sie – durch unzureichende öffentliche Einrichtungen an ihren Herkunftsorten – eher zur Abwanderung in Ballungsräume getrieben wurden als dass sie von dort angezogen wurden, dass also die Push- über die Pull-Faktoren überwogen haben. Eine umfassende Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastruktur müsste sich also auch auf die Orte erstrecken, die einen Abwanderungsverlust zu verzeichnen haben. Dadurch würden für die Menschen Möglichkeiten geschaffen, ihre produktiven

Fähigkeiten weiterzuentwickeln und sich an ihren Heimatorten auf Arbeitsstellen zu bewerben, während sie gleichzeitig, falls gewünscht, auf die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit an einem anderen Ort vorbereitet würden.

5.1.6 Mobilität als untrennbarer Bestandteil der einzelstaatlichen Entwicklungsstrategien

Eines der Hauptthemen des Globalen Forums für Migration und Entwicklung, das 2009 in Griechenland stattfindet, ist die Einbeziehung der Migration in nationale Entwicklungsstrategien. Dies wirft die weitergehende Frage auf, welche Rolle die Mobilität für Strategien zur Verbesserung der menschlichen Entwicklung spielt. Unsere Analyse der Strategien zur Armutsreduzierung, die seit 2000 entwickelt wurden, hat dabei geholfen, die gegenwärtigen politischen Einstellungen und Einschränkungen zu identifizieren. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Migration zu verschiedenen Zeitpunkten und in verschiedenen Zeitabschnitten der Geschichte eine bedeutende Rolle in nationalen Entwicklungsperspektiven eingenommen hat.

Zwischen Mobilität und Entwicklung bestehen komplexe Zusammenhänge und zwar hauptsächlich deswegen, weil Mobilität am ehesten als ein Teil der menschlichen Entwicklung zu betrachten ist, weniger als eine isolierte Ursache oder Folge davon. Weiter kompliziert wird dieses Verhältnis durch die Tatsache, dass im Allgemeinen die größten Entwicklungsgewinne aus der Mobilität denjenigen zufließen, die ins Ausland gehen, und diese daher außerhalb des Wirkungsbereichs der gebiets- und ortsorientierten Ansätze liegen, die oft das politische Denken beherrschen.

Migration kann eine unverzichtbare Strategie für Haushalte und Familien sein, die ihre Lebensgrundlagen verändern und verbessern wollen, insbesondere in den Entwicklungsländern. Geldtransfers sind *potenziell* dazu in der Lage, das Wohlbefinden zu verbessern, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und die Armut zu reduzieren, ob direkt oder indirekt. Durch Migration – und speziell durch die Geldtransfers von Migranten – kann jedoch kein Ausgleich für ein institutionelles Umfeld geschaffen werden, das die wirtschaftliche und

soziale Entwicklung im weiteren Sinne hemmt. Eine entscheidende Erkenntnis, die sich aus der Erfahrung ergibt, ist die Bedeutung von volkswirtschaftlichen Bedingungen und starken Institutionen der öffentlichen Hand dafür, dass die weitergehenden Vorteile, die Mobilität mit sich bringt, tatsächlich genutzt werden können.

Wie wir gesehen haben, haben die Armen oft nur eingeschränkte Wahlmöglichkeiten, was Mobilität betrifft. Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass sie nicht über gleiche Qualifikationen verfügen, aber auch auf politisch und institutionell bedingte Hemmnisse. Es gilt nun, die länderspezifischen Einschränkungen von Wahlmöglichkeiten auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Daten sowie Analysen zu ermitteln. Neben den neuesten Initiativen wie der Erarbeitung von Migrationsprofilen (mit Unterstützung der EU-Kommission und anderer Partner) werden auch Verbesserungen des Datenmaterials von großer Bedeutung für diese Bemühungen sein. Damit ließen sich die Hemmnisse herausarbeiten und Bestrebungen zur Weiterentwicklung nationaler Strategien anregen.

In einigen Entwicklungsstrategien – acht von 84 Strategien zur Armutsbekämpfung, die zwischen 2000 und 2008 erstellt wurden⁵² – werden Bedenken hinsichtlich der Abwanderung von Hochschulabsolventen geäußert. Es besteht aber breites Einvernehmen, dass Zwangsmaßnahmen zur Begrenzung der Abwanderung nicht nur völkerrechtswidrig sind, sondern auch aus ethischen und wirtschaftlichen Gründen keine akzeptable Vorgehensweise darstellen.⁵³ Weniger Einigkeit herrscht darüber, wie alternative Politikmaßnahmen aussehen sollten. In Kasten 5.5 wird das Für und Wider verschiedener Optionen betrachtet.

Schließlich heben wir auch hervor, wie wichtig anhaltende Bemühungen zur Förderung der menschlichen Entwicklung im Inland sind, auch wenn dieses Thema nicht zu den eigentlichen Schwerpunkten dieses Berichts gehört.⁵⁴ Eine umfassende Untersuchung der Ursachen von Erfolgen und Misserfolgen bezüglich der menschlichen Entwicklung und ihrer Folgen für die nationalen Entwicklungsstrategien wird eines der Hauptthemen des nächsten HDR sein, der gleichzeitig das 20. Jubiläum dieses globalen Berichts bedeutet.

5.2 Die politische Machbarkeit von Reformen

Vor dem Hintergrund weitverbreiteter Skepsis gegenüber der Migration ist die politische Machbarkeit unserer Empfehlungen von entscheidender Bedeutung. In diesem Abschnitt wird argumentiert, dass Reformen zwar möglich sind, aber nur, wenn Schritte unternommen werden, so mit den Bedenken der Einheimischen umzugehen, dass sie die Zuwanderung nicht länger als Bedrohung für sich selbst oder für ihre Gesellschaft betrachten.

Zwar deutet der Erkenntnisstand bezüglich der Mobilität darauf hin, dass damit erhebliche Gewinne für Migranten und in vielen Fällen auch Vorteile für die Ziel- und Herkunftsländer verbunden sind, doch muss in jeder Erörterung der politischen Maßnahmen berücksichtigt werden, dass in vielen Aufnahmeländern, ob es sich nun um entwickelte Staaten oder Entwicklungsländer handelt, die einheimische Bevölkerung bestenfalls eine nur mäßig liberale, häufiger jedoch eine recht negative Einstellung gegenüber der Migration hat. Eine Reihe von Meinungsumfragen und anderen Erhebungen lässt erkennen, dass die Ortsansässigen eine Begrenzung der Zuwanderung für unerlässlich erachten und die meisten von ihnen sich eher wünschen, dass die bestehenden Einreisevorschriften noch verschärft statt gelockert werden. Interessanterweise scheint die Einstellung gegenüber der Migration jedoch in Ländern positiver zu sein, die schon 1995 einen beträchtlichen Anteil von Migranten an der Bevölkerung hatten und in den letzten zehn Jahren nochmals hohe Zuwachsraten verzeichnet haben.⁵⁵ Was den Umgang mit Zuwanderern anbetrifft, bietet sich ein positiveres Bild, da eine faire Behandlung von Migranten, die sich bereits im Land befinden, in der Regel befürwortet wird.

Wir beginnen mit dem heiklen Thema einer Liberalisierung der Zuwanderung. Alles weist darauf hin, dass der Widerstand gegen eine Liberalisierung weit verbreitet ist, doch das Bild ist nicht so schwarz-weiß wie es zunächst erscheint. Dafür gibt es vier Hauptgründe.

Erstens sind, wie schon in Kapitel 4 erwähnt, viele Menschen bereit, auszuwandern, solange es im Ausland Arbeit gibt. Unsere Empfehlung koppelt eine künftige Liberalisierung an den Arbeitskräftebedarf, so dass also der

Vor dem Hintergrund weitverbreiteter Skepsis gegenüber der Migration ist die politische Machbarkeit unserer Empfehlungen von entscheidender Bedeutung

Kasten 5.5 Einige politische Alternativen, mit der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte umzugehen

Die Besteuerung von Staatsbürgern im Ausland, die manchmal als „Bhagwati“-Steuer bezeichnet wird, wird seit langem empfohlen und ist fester Bestandteil des Steuersystems der Vereinigten Staaten. Sie kann damit gerechtfertigt werden, dass alle Staatsbürger, insbesondere die besser Gestellten, bestimmte Verpflichtungen haben wie z.B. Steuern zu zahlen. Wenn durch Zuwanderungshindernisse ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in den Zielländern entsteht und sich damit auch bessere Verdienstmöglichkeiten für diejenigen ergeben, die es schaffen, diese Hindernisse zu überwinden, würde sich eine Besteuerung dieser Renditen nicht verzerrend auswirken und auch nicht die globale Verteilung der Arbeitskräfte beeinträchtigen.

Es gibt jedoch mehrere Gesichtspunkte, die dagegen sprechen, von Staatsbürgern im Ausland, die vielleicht schon in ihren neuen Aufnahmeländern Steuern zahlen, einen Zuschlag zu erheben. Erstens könnte eine solche Maßnahme nur auf freiwilliger Basis oder über bilaterale Besteuerungsabkommen durchgesetzt werden. Doch niemand bezahlt gerne Steuern und außerdem besteht zwischen den Regierungen kein Konsens darüber, ob die Besteuerung von Migranten erwünscht ist, vor allem, weil sie mit hohen Verwaltungskosten verbunden ist. Zweitens werden zwar manche Auswanderer in den Genuss einer kostenlosen oder kostengünstigen Ausbildung an einer öffentlichen Universität in ihrem Heimatland gekommen sein, doch andere wiederum werden auf eigene Kosten im Ausland oder an privaten Hochschulen studiert haben. Drittens tragen Migranten durch Geldüberweisungen, Investitionen und andere Mechanismen oft in erheblichem Umfang zum Wohlstand in ihrer Heimat bei. Eine Besteuerung könnte sie davon abhalten und Auswanderer dazu bringen, dass sie ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben und die ihrer Wahlheimat annehmen.

Daher ist es bisher nur in begrenztem Maße zur Erhebung solcher Steuern gekommen. In den Philippinen wurde es zwar versucht, doch mit sehr unterschiedlichem Erfolg, so dass diese Verfahrensweise schon vor fast zehn Jahren wieder abgeschafft wurde. Heutzutage gestehen die meisten Staaten, darunter auch die Philippinen, Auswanderern Steuerbefreiung zu.

Eine alternative Möglichkeit, den Verlust qualifizierter Arbeitskräfte auszugleichen, könnten direkte Zahlungen zwischen den beteiligten Staaten darstellen. Gleich ob es sich dabei um Einzelmaßnahmen handelt oder um Bestandteile eines offiziellen Entwicklungshilfepakets, haben diese Zahlungen den Vorteil, dass sie unkompliziert und mit vergleichsweise niedrigen Transaktionskosten verbunden sind. Doch der Verlust qualifizierter Arbeitskräfte lässt sich nur schwer messen. Außerdem würden derartige Zahlungen nichts an den bestehenden Problemen ändern, die überhaupt erst zur Abwanderung geführt haben, wie z.B. die geringe Qualität des Bildungs- und Gesundheitswesens und/oder ein knapper Markt für qualifizierte Arbeitskräfte.

Wie viele Studien aufgezeigt haben, ist Entwicklungshilfe zum großen Teil austauschbar. Daher unterstützen sogar Mittel, die für die Förderung des weiterführenden Bildungssystems bestimmt sind, hauptsächlich das, wofür die Regierung gerade Geld ausgibt.

Dennoch kann für politische Maßnahmen plädiert werden, durch die eine Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus den Branchen, in denen es möglicherweise große Divergenzen zwischen Kosten und Nutzen im privaten und öffentlichen Sektor gibt, wie z.B. dem Gesundheits- und Bildungswesen, aufgefangen werden soll. Welcher politische Ansatz den Vorzug erhalten sollte, hängt von den örtlichen Gegebenheiten ab, so zum Beispiel:

- Die Schaffung gezielter Anreize in Form von Lohnzuschlägen für Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor: Angesichts seiner möglichen Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot müsste ein derartiger Ansatz sorgfältig abgestimmt werden. Eine wesentliche Einschränkung ist hier dadurch gegeben, dass die Lohnunterschiede oft die finanziellen Möglichkeiten armer Staaten übersteigen.
- Eine Ausbildung, die auf Qualifikationen zugeschnitten ist, die zwar in den Herkunftsländern gefragt, aber im Ausland schwieriger zu vermarkten sind: Beispielsweise könnte eine Ausbildung als Rettungssanitäter dazu beitragen, dass qualifizierte Arbeitskräfte eher im Land bleiben, obwohl ein internationaler Markt für Ärzte besteht, und gleichzeitig den örtlichen Bedürfnissen nach medizinischer Versorgung dienlicher sein.
- Die Reform der Bildungsfinanzierung: Dies würde die Erbringung von Bildungsangeboten durch den privaten Sektor ermöglichen und dafür sorgen, dass Menschen, die in ihrer Ausbildung einen Weg sehen, ins Ausland abwandern zu können, nicht auf öffentliche Finanzmittel angewiesen sind. In den Philippinen wurde dieser Weg bei der Ausbildung des Krankenpflegepersonals eingeschlagen.
- Investitionen in alternativen Technologien: Teledienstleistungen, die per Mobiltelefon, Internettelefonie oder Webseiten erbracht werden, können ermöglichen, dass mehr Menschen von Qualifikationen, die nur beschränkt angeboten werden, profitieren.
- Gezielte Entwicklungshilfe: Dort, wo zum Verlust begabter Menschen noch das Fehlen von Innovationen und Investitionen hinzukommt, beispielsweise in der Landwirtschaft, könnte die Entwicklungshilfe regionale und nationale Forschungsinstitute Priorität einräumen.

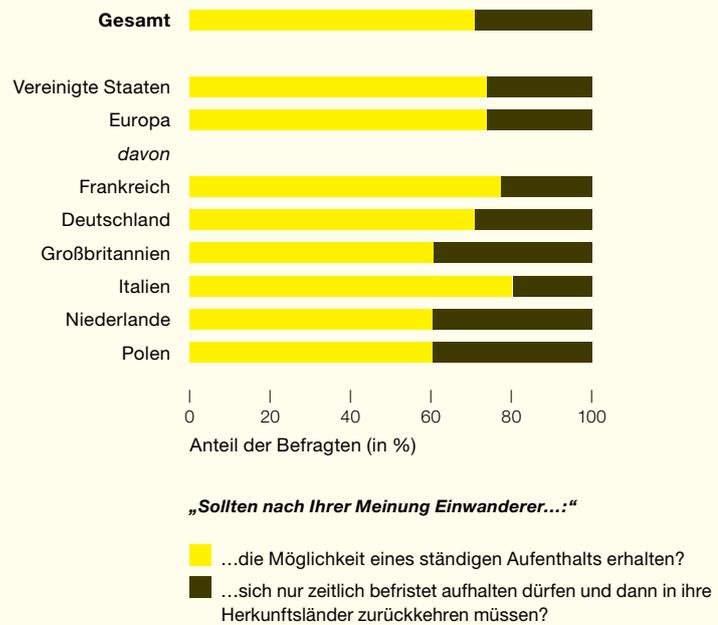
Außerdem wurde bereits versucht, Rückkehranreize für qualifizierte Migranten zu schaffen, doch damit wurden unterschiedliche Erfahrungen gemacht und es konnte nicht der Beweis geführt werden, dass dies die beste Art und Weise ist, mit den knappen öffentlichen Mitteln umzugehen. Die Wirksamkeit solcher Maßnahmen hängt zum Teil auch davon ab, wie stark die Institution in der Heimat ist, zu der der Migrant zurückkehren würde, und vielleicht noch mehr von der Leistungsfähigkeit und den Aussichten des ganzen Landes. Es liegen Erkenntnisse darüber vor, dass es dennoch zur Rückkehr kommen kann, wenn Länder hinreichend attraktive Möglichkeiten bieten. China, Indien und Mauritius sind typische Beispiele dafür aus der letzten Zeit.

Zustrom von Migranten von der Zahl der offenen Stellen abhängig gemacht wird. Dadurch verringert sich die Gefahr, dass Migranten die einheimischen Arbeitnehmer verdrängen oder ihre Löhne drücken. In der Tat werden Bedingungen dieser Art bereits in großem Umfang von Regierungen, vor allem in entwickelten Volkswirtschaften, auf die Zuwanderung qualifizierter Migranten angewandt. Unsere Empfehlung geht dahin, dass dieser Ansatz auch auf geringqualifizierte Arbeitnehmer ausgeweitet wird, was allerdings ausdrücklich an die Lage des nationalen Arbeitsmarkts und den Bedarf der einzelnen Branchen zu koppeln wäre.

Zweitens kann das Augenmerk, das wir auf eine verbesserte Transparenz und Effizienz der Wege zu einem dauerhaften Aufenthalt von Migranten legen, dazu beitragen, den sich hartnäckig haltenden, von vielen Einheimischen mitgetragenen Eindruck zurechtzurücken, dass ein erheblicher Teil der grenzüberschreitenden Migration irregulär oder illegal sei. Sicherlich ist die Zahl der irregulären Migranten, die auf den Arbeitsmarkt drängen, in den Vereinigten Staaten ein großes politisches Streitthema, hinsichtlich dessen erst noch ein politischer Konsens erzielt werden muss. Auch in anderen Zielländern, sowohl Industriestaaten als auch Entwicklungsländern, ist die irreguläre Migration ein ausgeprägtes Problem. Interessanterweise weisen die neuesten Daten aber darauf hin, dass eine dauerhafte Migration in den entwickelten Ländern auf beträchtliche Unterstützung stößt: Über 60 Prozent der Befragten finden, dass legalen Migranten die Möglichkeit eines ständigen Aufenthalts geboten werden sollte (Grafik 5.2).

Um diese Befürwortung in praktisches Handeln ummünzen zu können, müssen politische Maßnahmen in Bezug auf die legale Migration konzipiert werden, die ausdrücklich mit der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen verknüpft sind. Dieses Konzept sollte dann der Öffentlichkeit nähergebracht werden, um weiter auf der bereits vorhandenen Unterstützung aufzubauen zu können. Ebenfalls sollten parallele Maßnahmen zur Bewältigung des Problems der irregulären Migration konzipiert und umgesetzt werden, damit das in diesem Bereich bestehende politische Vakuum der Öffentlichkeit keinen Anlass zur Besorgnis mehr gibt. Eine

Grafik 5.2 Grad der Befürwortung eines ständigen Aufenthalts
 Eintreten für eine zeitlich befristete gegenüber einer dauerhaften Migration, 2008



irreguläre Migration in großem Maßstab, wie sie gerne von den politischen Entscheidungsträgern an die Wand gemalt wird, mag zwar oft den Arbeitgebern gelegen kommen, hat jedoch eher nachteilige Konsequenzen für die Migranten selber (wie in Kapitel 3 dargestellt) und schwächt zudem auch die Akzeptanz – und damit die gesamte Argumentation – für eine weitere Liberalisierung der Einreisevorschriften. Nachhaltige Lösungen müssten sowohl Anreize für Arbeitgeber schaffen, reguläre Migranten einzustellen, als auch Anreize für Migranten, einen regulären Aufenthaltsstatus anzustreben.

Drittens wird der Widerstand gegen Migration zum Teil von weit verbreiteten falschen Vorstellungen über ihre Folgen geprägt. So glauben viele beispielsweise, dass Zuwanderer sich negativ auf das Einkommen der ortsansässigen Bevölkerung auswirken würden oder dass sie Schuld an höheren Kriminalitätsraten hätten. Diese Bedenken sind wiederum hinsichtlich irregulären Migranten meist stärker ausgeprägt, nicht zuletzt, weil deren Status mit einer Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit in Verbindung gebracht wird. In Bezug auf diese Problematik gibt es etliche vielversprechende, breit angelegte

Eine faire Behandlung von Migranten steht nicht nur mit den Grundvorstellungen von Gerechtigkeit im Einklang, sondern kann auch entscheidende Vorteile für die aufnehmenden Gemeinwesen bringen

Ansätze. Kampagnen zur Aufklärung der Öffentlichkeit und bewusstseinsbildende Aktivitäten sind in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung. Da Migration eine strittige Angelegenheit ist, werden derzeit häufig nur selektive Informationen vermittelt, die die Argumente von bestimmten Interessengruppen untermauern sollen. Dies ist zwar ein natürliches und üblicherweise auch erwünschtes Merkmal der demokratischen Diskussion, kann jedoch auf Kosten der Objektivität und der sachlichen Richtigkeit gehen. So hat beispielsweise eine kürzlich in 20 europäischen Ländern durchgeführte Untersuchung ergeben, dass in jedem Fall die wahrgenommene Zahl der Zuwanderer deren tatsächliche Zahl bei weitem überstieg, oft um das Doppelte und mehr.⁵⁶

Um solch enorme Diskrepanzen zwischen dem Wahrgenommenem und der Realität aufzulösen, ist es erforderlich, die Öffentlichkeit mit neutraleren Informationsquellen und Analysen über Ausmaß, Tragweite und Konsequenzen der Migration zu versorgen. Ein immer wiederkehrendes Charakteristikum der Migrationsdebatte ist das tief sitzende Misstrauen gegenüber amtlichen Statistiken und Erklärungsversuchen. Da Migration ein derart heikles politisches Thema ist, muss stärker darauf geachtet werden, eine öffentliche Debatte darüber anzuregen, die in einer als objektiv und glaubwürdig anerkannten und respektierten Art und Weise erfolgt. Die Regierungen können dabei sehr stark von der fachlichen Beratung durch Expertengremien wie dem britischen Migrationsbeirat profitieren. Diese Gremien sollten mit Bedacht auf Distanz von der Verwaltung gehalten werden, damit sie weiterhin als unparteiisch angesehen werden.

Viertens wird die Migrationspolitik normalerweise durch die komplexe Interaktion einer Vielzahl von Akteuren geprägt, die verschiedene Interessengruppen bilden und unterschiedlichen politischen Lagern angehören. Organisierte Gruppen können mobil machen, um Reformen herbeizuführen und tun dies auch, und zwar häufig, indem sie Bündnisse formen, um eine Veränderung in Bereichen zu betreiben, in denen ihre Interessen sich decken.⁵⁷ So haben zum Beispiel Arbeitgebergruppen schon oft als Vorreiter von Forderungen nach einer Änderung der Zuwanderungsvorschriften

fungiert, um auf einen Mangel von Arbeitskräften bzw. qualifizierten Arbeitskräften zu reagieren. Die Beschlussfassung der Zielländer über die Konzeption ihrer Migrationspolitik und die Zielvorgaben für die Zahl der Migranten sollte mittels politischer Prozesse erfolgen, die eine öffentliche Debatte und den Ausgleich unterschiedlicher Interessen ermöglichen. Außerdem muss das, was auf der nationalstaatlichen Ebene als machbar erscheint, vor Ort diskutiert und debattiert werden und die Konzeption weiter angepasst werden, um den örtlichen Gegebenheiten gerecht zu werden. Die Diskussion über Migration ist in den etablierten politischen Parteien und Organisationen oft verhaltener geführt worden als man es erwarten würde, zum Teil aus der Befürchtung heraus, dass die Migrationsdebatte rassistische Züge annehmen könnte. Die Gründe für diese Zurückhaltung sind zwar loblich, doch es besteht auch die Gefahr, dass es zu einer kontraproduktiven Selbstzensur kommt.

Ein weiterer Bereich der Politik, in dem Reformen sich als einfacher herausstellen könnten als man es zunächst erwarten würde, ist die Frage, wie Migranten behandelt werden. Eine faire Behandlung von Migranten steht nicht nur mit den Grundvorstellungen von Gerechtigkeit im Einklang, sondern kann auch entscheidende Vorteile für die aufnehmenden Gemeinwesen bringen, die sich aus kultureller Vielfalt, höheren Innovationsquoten und anderen Gesichtspunkten ergeben, auf die bereits in Kapitel 4 eingegangen wurde. Tatsächlich lassen die verfügbaren Erkenntnisse darauf schließen, dass die Bevölkerung im Allgemeinen eine recht hohe Toleranz gegenüber Minderheiten hat und eine positive Haltung zu ethnischer Vielfalt einnimmt. An dieser Einstellung lässt sich erkennen, dass durchaus Chancen dafür bestehen, einen breiten Konsens über die bessere Behandlung von Migranten herbeizuführen.

Der Schutz der Rechte von Migranten liegt zunehmend im Interesse der Hauptaufnahmeländer, deren eigenen Staatsbürger ebenfalls in großen Zahlen im Ausland arbeiten.⁵⁸ Im Jahre 2005 gab es über 80 Länder, in denen ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung – über zehn Prozent – entweder Ein- oder Auswanderer waren. Für diese Länder ist die Wahrung der Rechte von Migranten ganz eindeutig ein wichtiges

politisches Ziel. Dies legt nahe, dass bilateralen oder regionalen Übereinkommen, die auf Gegenseitigkeit beruhen, eine wichtige Rolle für die koordinierte Durchführung von Reformen zukommen könnte.

Ohne Frage gibt es noch viel Spielraum, um die Qualität der öffentlichen Debatte und der daraus resultierenden politischen Maßnahmen zu verbessern, doch unsere Empfehlungen verkennen auch nicht, dass ganz reale und bedeutende Entscheidungen getroffen und Kompromisse eingegangen werden müssen. Insbesondere sind unsere Vorschläge so konzipiert, dass sichergestellt ist, dass die Gewinne, die sich aus einer weiteren Liberalisierung ergeben, teilweise dazu genutzt werden können, um die von bestimmten Gruppen und Einzelpersonen erlittenen Verluste auszugleichen. Außerdem könnte es, obwohl die fiskalischen Kosten der Migration im Allgemeinen nicht ins Gewicht fallen (wie in Kapitel 3 aufgezeigt wurde), politische Argumente für Maßnahmen geben, die dazu beitragen, die Wahrnehmung eines Lastenausgleichs zu fördern. So hat zum Beispiel Kanada schon vor über einem Jahrzehnt Verwaltungsgebühren eingeführt; andere Länder, darunter Großbritannien, sind diesem Ansatz gefolgt.

Überdies müssen bei der Ausgestaltung der politischen Maßnahmen auch die potenziellen Kosten berücksichtigt werden, die mit der Migration einhergehen. Die vorgeschlagene Konzeption des Reformpakets gewährleistet bereits, dass die Zahl der Zuwanderer dem Arbeitskräftebedarf angepasst wird, und hilft zu gewährleisten, dass Migranten einen regulären Status haben. Zu den weiteren denkbaren Maßnahmen zählt u.a. die Entschädigung von Gemeinwesen und Ortschaften, die in Bezug auf die Bereitstellung des Zugangs zu öffentlichen Versorgungs- und Sozialleistungen, einen überproportional großen Beitrag zu den Kosten der Migration leisten müssen. Dies würde dazu beitragen, bei bestimmten Gruppen vorhandene Ressentiments gegen Migranten zu beseitigen und extremistischen politischen Parteien den Rückhalt, den sie in Gegenden finden, in denen Zuwanderung ein politisches Thema ist, zu entziehen. Ein Beispiel dafür stellt die Maßnahme der Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Schulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit

Migrationshintergrund dar, die in einer Reihe von entwickelten Ländern praktiziert wird.

Eine weitere wichtige Maßnahme, um eine Benachteiligung der einheimischen Bevölkerung auf ein Minimum zu reduzieren, besteht in der Einhaltung nationaler und lokaler arbeitsrechtlicher Normen. Dies ist ein Hauptanliegen der Gewerkschaften und auch der Öffentlichkeit, deren Betroffenheit über die Ausbeutung und Misshandlung von Migranten anerkennenswert und ein eindeutiges Zeichen dafür ist, dass schrittweise Reformen sich als akzeptabel erweisen werden. Zu den aktuellen Beispielen für die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Ausgestaltung und Umsetzung von Maßnahmen zählen die Länder Barbados, Neuseeland und Schweden, die dadurch die Konzeption und Akzeptanz ihrer Programme verbessert haben.

Abschließend ist festzuhalten, dass es selbstverständlich sein sollte (aber oft nicht ist), dass eine Mitwirkung bei der Entscheidungsfindung die Akzeptanz von Reformen erhöht. Dies ist vielleicht die wichtigste Maßnahme, die Regierungen ergreifen können, um sicherzustellen, dass Änderungen der Migrationspolitik mit verschiedenen Interessengruppen abgestimmt und von diesen mitgetragen werden. Die Niederlande sind ein Beispiel für ein Land, in dem die Regierung regelmäßige Konsultationen mit Migrantenorganisationen abhält. In ähnlicher Weise werden in Neuseeland „Kickstart-Foren“ erfolgreich dazu eingesetzt, Interessengruppen an einen Tisch zu bringen, um Probleme des Programms für Anerkannte Saisonarbeitgeber (Recognised Seasonal Employer Scheme) zu lösen.⁵⁹

5.3 Schlussfolgerungen

Zu Beginn dieses Berichts hatten wir darauf hingewiesen, dass die Chancen global äußerst ungleich verteilt sind und dies eine der Hauptursachen von Wanderungsbewegungen ist. Unsere Kernbotschaft ist, dass Mobilität das *Potenzial* besitzt, die menschliche Entwicklung zu verbessern – für Migranten, Nicht-Migranten und die Mehrheit der Bevölkerung in den aufnehmenden Gesellschaften gleichermaßen. Die Prozesse und Ergebnisse können sich jedoch auch nachteilig, manchmal sogar äußerst nachteilig, gestalten. Daher gibt es noch Raum für erhebliche Verbesserungen bei

Unsere Kernbotschaft ist, dass Mobilität das *Potenzial* besitzt, die menschliche Entwicklung zu verbessern

den Politikmaßnahmen und Institutionen auf nationalem, regionalen und internationalen Niveau. Unser Basispaket an Reformvorschlägen fordert eine kühne Vision und stellt eine ehrgeizige, langfristig angelegte Agenda auf, um die großen, noch ungenutzten Gewinne für die menschliche Entwicklung nutzbar zu machen, die sich gegenwärtig und künftig aus der Mobilität ergeben.

Bestehende internationale Foren, allen voran das Globale Forum für Migration und Entwicklung, bieten wertvolle Möglichkeiten für eine eingehende Untersuchung der sich stellenden Herausforderungen und den Austausch von Erfahrungen. Konsultationen auf dieser Ebene verlangen aber auch nach entsprechendem *Handeln* auf anderen Ebenen. Regierungen können gegebenenfalls in Eigenregie Maßnahmen ergreifen, um die Ergebnisse sowohl für transnationale als auch für Binnenmigranten zu verbessern. Für die meisten der von uns abgegebenen Empfehlungen sind keine neuen internationalen Übereinkommen nötig. Die wichtigsten Reformen im Hinblick auf die Behandlung von Migranten und die Verbesserung von Ergebnissen in den aufnehmenden Gemeinwesen liegen ausschließlich in der Zuständigkeit der nationalen Regierungen. In

manchen Fällen ist auch ein Handeln auf der subnationalen Ebene erforderlich – beispielsweise, um den Zugang zu Basisdienstleistungen zu gewährleisten.

Das Handeln in Eigenregie muss von Fortschritten bei bilateralen und regionalen Übereinkommen begleitet sein. Viele Regierungen von Herkunfts- und Zielstaaten sowie von Transitländern haben bilaterale Abkommen abgeschlossen, die in der Regel dazu dienen, Quoten aufzustellen, Prozeduren zu erstellen und Mindeststandards festzulegen. Regionale Abkommen können in diesem Zusammenhang eine besonders wichtige Rolle spielen, insbesondere in Bezug auf die Einrichtung von Korridoren, in denen Freizügigkeit herrscht.

Die von uns vorgeschlagenen Reformen von staatlichen Maßnahmen und Institutionen könnten bewirken, dass aus der Mobilität im In- und Ausland beträchtliche Gewinne für die menschliche Entwicklung gezogen werden. Um diese Agenda zu forcieren, bedarf es einer engagierten politischen Führung, einer umfassenden Konsultation mit den Interessengruppen und eines mutigen Eintretens für Veränderungen in der öffentlichen Meinung, um die Debatte und Diskussion über politische Maßnahmen voranzubringen.

Endnoten

Kapitel 1

- 1 OECD (2009a).
- 2 Nur wenige Entwicklungsländer erheben Daten über Migrationsströme. Jedoch ist die Anzahl von Binnen- und internationalen Migranten in Entwicklungsländern erheblich größer als die Zahl der Migranten in entwickelten Ländern (siehe Kapitel 2.1).
- 3 Zu Lebenserwartung und Einkommen siehe Statistische Tabellen, zu Bildungsjahren siehe Barro und Lee (2001).
- 4 Bei Betts und Slotje (1994) werden die Gründe für die schlechten Lebensbedingungen im Lower Rio Grande Valley erörtert. Anderson und Gerber (2007b) geben einen Überblick über die Lebensbedingungen auf beiden Seiten der Grenze und ihre Entwicklung über einen längeren Zeitraum. Umfassende Daten und Analysen über die menschliche Entwicklung innerhalb der Vereinigten Staaten finden sich bei Burd-Sharps, Lewis, und Martins (2008).
- 5 Die Anzahl der Chinesen, die im Zeitraum 1979–2003 ihren Wohnort wechselten, wird auf über 250 Millionen geschätzt (Lu und Wang, 2006). Migrationsströme zwischen Provinzen (entsprechend der in diesem Bericht verwendeten Definition von Binnenmigration – siehe Kasten 1.3) machten etwa ein Viertel dieser Wanderungsbewegungen aus.
- 6 Clemens, Montenegro, und Pritchett (2008).
- 7 Clemens, Montenegro, und Pritchett (2008), Ortega (2009).
- 8 UNDP (2008d).
- 9 Die Praxis obligatorischer HIV-Untersuchungen von Migranten gibt es nicht nur in den Arabischen Staaten. In den USA gelten z.B. strenge Einreisebeschränkungen für Reisende, die HIV-positiv sind. HIV-positive Personen, die keine US-Staatsbürger sind, erhalten keine Daueraufenthaltsvisa. Siehe U.S. Citizenship and Immigration Services (2008).
- 10 Die Durchsichtung des Social Sciences Citation Index nach wissenschaftlichen Artikeln über internationale Migration ergab lediglich 1.441 Artikel – weniger als ein Fünftel der Artikel über den internationalen Handel (7.467) und weniger als ein Zwanzigstel der Artikel zum Thema Inflation (30.227).
- 11 Koslowski (2008).
- 12 IOM (2008b), World Bank (2006b), ILO (2004), und GFMD (2008).
- 13 Aliran (2007).
- 14 Branca (2005).
- 15 Es war vor allem die Infragestellung der Unterscheidung zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Migration, die zu Begriffen wie „gemischte Migration“ und „Verknüpfung zwischen Migration und Asyl“ führte. Die Verwendung einiger dieser Begriffe ist nicht unumstritten, weil die Anerkennung wirtschaftlicher Motive bei Asylsuchenden Konsequenzen für ihre Zulassung und Behandlung haben kann. Siehe Richmond (1994), van Hear (2003), van Hear, Brubaker, und Bessa (2009), und UNHCR (2001).
- 16 Bakewell (2008) zeigt, dass zeitgleich mit der Rückkehr vieler dieser Migranten nach Angola seit dem Ende des Bürgerkriegs im Jahr 2002 viele Sambier versuchten, nach Angola zu ziehen, um von den dort zu erwartenden Verbesserungen der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen zu profitieren. Daraus ist zu schließen, dass für die aus dem Ausland zurückkehrenden Angolaner wirtschaftliche Motive mindestens so wichtig waren wie der Wunsch, in ihr Herkunftsland zurückzukehren.
- 17 Van Hear, Brubaker, and Bessa (2009) and Van Engeland and Monsutti (2005).
- 18 Ein interessantes Beispiel für Migrationsströme, die nichts mit einem unterschiedlichen Wirtschaftswachstum zu tun hatten, war die Rezession von 1985/86. Sie führte in Malaysia zu einem Rückgang des Pro-Kopf-BIP um 5,4 Prozent, während die indonesische Wirtschaft nicht beeinträchtigt wurde. Dennoch hielten die Migrationsströme zwischen den beiden Ländern unvermindert an. Siehe Hugo (1993).
- 19 Dies bedeutet nicht, dass Migranten in Malaysia keiner Diskriminierung ausgesetzt sind. Siehe Hugo (1993).
- 20 Versuche, einen konzeptionellen Rahmen für das Verständnis von Migration zu entwickeln, gehen mindestens auf Ravenstein (1885) zurück. Er schlug eine Reihe von „Migrationsgesetzen“ vor und beschrieb, wie sich Städte zu „Anziehungspolen“ entwickeln. In der neoklassischen Wirtschaftstheorie gehen erste Ansätze auf Lewis (1954) und Harris und Todaro (1970) zurück, während die Tradition marxistischer Studien mit der Diskussion der „Agrarfrage“ durch Kautsky (1899) eingeleitet wurde.
- 21 Stark and Bloom (1985), Stark (1991).
- 22 Mesnard (2004), Yang (2006).
- 23 Massey (1988).
- 24 Gidwani und Sivaramakrishnan (2003).
- 25 Zu den Ursprüngen dieser Idee siehe Nussbaum (1993).
- 26 Huan-Chang (1911).
- 27 Plato (2009).
- 28 Nussbaum (2000).
- 29 Diese Definition stimmt mit dem allgemeineren Sprachgebrauch überein. So wird beispielsweise im Oxford English Dictionary Mobilität definiert als „the ability to move or to be moved; capacity for movement or change of place; ...“ (Beweglichkeit, Fähigkeit zur Bewegung oder Ortsveränderung). (Oxford University Press, 2009). Der Gedanke, dass unter Arbeitskräftemobilität das Fehlen von Beschränkungen der Freizügigkeit zu verstehen ist, im Unterschied zur tatsächlichen Ortsveränderung, hat in den internationalen Wirtschaftswissenschaften ebenfalls eine lange Tradition, siehe Mundell (1968).
- 30 Sainath (2004).
- 31 Sen (2006), S.4.
- 32 UNDP (1990), S.89.
- 33 UNDP (1997).
- 34 UNDP (2004b).
- 35 Siehe beispielsweise den im Bericht über die menschliche Entwicklung von 1994 enthaltenen Gedanken, den Emigrationsdruck in armen Ländern durch internationale Transferleistungen zu vermindern. UNDP (1994).

Kapitel 2

- 1 Bell und Muhidin (2009).
- 2 Bei weniger konservativen Definitionen liegen die Schätzungen deutlich höher. Zwar beinhaltet zum Beispiel unsere Schätzung von 42 Millionen Binnenmigranten (4 Prozent der Bevölkerung) in Indien all diejenigen, die von einem Bundesstaat in einen anderen gezogen sind, doch es sind 307 Millionen Menschen (28 Prozent der Bevölkerung), die in einer anderen Stadt als ihrem Geburtsort leben (Deshingkar und Akter, 2009). Montenegro und Hirn (2008) verwenden eine dazwischen liegende Gebietsunterteilung und kommen bei 34 Entwicklungsländern auf eine durchschnittliche Binnenmigrationsquote von 19,4 Prozent. Die saisonbedingte Migration wird in diesen beiden Schätzungen nicht berücksichtigt. Unseres Wissens gibt es keine vergleichbaren länderübergreifenden Schätzungen für saisonbedingte Migration, obwohl länderspezifische Untersuchungen darauf hindeuten, dass sie oft beträchtlich ist.
- 3 Zuwanderer werden zum Beispiel in 177 Ländern auf der Grundlage ihres Geburtsortes definiert, in 42 Ländern aber entsprechend ihrer Staatsangehörigkeit. Einige wenige Länder (darunter China) haben keine Informationen über ihre ausländischen Bürger oder Bürger ausländischer Herkunft. Das bedeutet, dass diese Länder aus der Stichprobe herausgelassen werden müssen oder dass man ihren Zuwandereranteil schätzen muss. Die Schätzungen der UN (2009e), die in diesem Bericht durchgängig verwendet werden, tun letzteres.
- 4 Migration DRC (2007).
- 5 Berechnungen des HDR-Teams, basierend auf Migration DRC (2007) und CEPII (2006).
- 6 Der HDI des Ziellandes wird als gewichteter Durchschnitt des HDI aller Zielländer berechnet. Die Gewichtungen entsprechen dem Bevölkerungsanteil der Migranten. Die in Grafik 2.2 dargestellte Größenordnung ist nur eine grobe Annäherung an die Gewinne für die menschliche Entwicklung, die sich aus der internationalen Migration ergeben. Denn die menschliche Entwicklung der Migranten kann sich vom Bevölkerungsdurchschnitt im Herkunfts- und Zielland unterscheiden und der HDI selbst misst die menschliche Entwicklung nur zum Teil. Kasten 1.1 und Kapitel 3 bieten eine ausführlichere Erörterung der

- methodologischen Probleme, im Einzelfall den Nutzen der Migration zu schätzen.
- 7 Ortega (2009).
 - 8 Cummins, Letouze, Purser und Rodriguez (2009). Diese Autoren nutzen die Datenbank (2007) des Development Research Centre on Migration, Globalisation and Poverty (DRC) zur Anzahl der Migranten zwischen zwei räumlichen Einheiten, um das erste Modell der Anziehungskraft (bezüglich bilateraler Ströme) zu entwickeln. Dabei werden sowohl OECD- als auch Nicht-OECD-Länder erfasst. Zu den weiteren Erkenntnissen gehört der große und statistisch signifikante Einfluss von Merkmalen wie der Landfläche, der Bevölkerungsstruktur, einer gemeinsamen Grenze und der geografischen Entfernung sowie früherer kolonialzeitlicher Bindungen und einer gemeinsamen Sprache.
 - 9 Martin (1993) hat beobachtet, dass die Entwicklung in armen Ländern typischerweise eher mit zunehmenden als mit abnehmenden Emigrationsquoten Hand in Hand ging. Er stellte die Hypothese auf, dass es zwischen Migration und Entwicklung ein nicht-lineares Verhältnis entsprechend einer umgekehrten U-Kurve geben könnte. Diese Theorie wird seitdem von mehreren Autoren diskutiert, darunter Martin und Taylor (1996), Massey (verschiedene) und Hatton und Williamson (verschiedene). Der erste länderübergreifende Test dieser Theorie unter Verwendung von Daten zu bilateralen Strömen wurde von de Haas (2009) durchgeführt.
 - 10 Eine ähnliche Grafik wurde erstmals von de Haas (2009) erstellt.
 - 11 Cummins, Letouze, Purser und Rodriguez (2009).
 - 12 Mobarak, Shyamal und Gharad (2009).
 - 13 Analyse des HDR-Teams, basierend auf UN (2009e), Migration DRC (2007) und CEPII (2006). Diese Regressionsanalysen berücksichtigen einen linearen und quadratischen Term im HDI sowie lineare Terme und eine multiplikative Interaktion von Größe und Abgelegenheit als Kontrollvariablen. Abgelegenheit wird durch die durchschnittliche Entfernung zu den OECD-Ländern gemessen, so berechnet von CEPII (2006). Die Größe wird durch den Logarithmus der Bevölkerungszahl gemessen.
 - 14 Zum Beispiel machten Migrantinnen vor 200 Jahren in den Vereinigten Staaten weniger als ein Drittel aller Zuwanderer aus (Hatton und Williamson (2005), S.33).
 - 15 Siehe eine umfassende Erörterung der zentralen Themen in Ramirez, Dominguez und Morais (2005).
 - 16 Nava (2006).
 - 17 Rosas (2007).
 - 18 OECD (2008b).
 - 19 Newland (2009) bietet einen umfassenden Überblick der zentralen Fragen zum Thema zirkuläre Migration.
 - 20 Sabates-Wheeler (2009).
 - 21 OECD (2008b).
 - 22 Passel und Cohn (2008).
 - 23 Vogel und Kovacheva (2009).
 - 24 Docquier und Marfouk (2004). Legen wir eine breiter angelegte Definition der Erwerbsbevölkerung zugrunde und berücksichtigen alle Personen über 15 Jahren als wirtschaftlich aktiv, so stellen wir fest, dass 24 Prozent der Immigranten in die OECD einen Abschluss des tertiären Bildungssystems haben, im Gegensatz zu fünf Prozent der Bevölkerung der Nicht-OECD-Länder.
 - 25 OECD (2009a).
 - 26 Miguel und Hamory (2009).
 - 27 Sun und Fan (2009).
 - 28 Hintergrundrecherchen des HDR-Teams in Zusammenarbeit mit der Weltbank. Durch dieses Profil von Binnenmigranten wurde auch festgestellt, dass in den lateinamerikanischen Ländern mit hohem bis mittlerem Einkommen Personen mit niedrigerer formaler Bildung mit größerer Wahrscheinlichkeit migrierten. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass selbst relativ arme Menschen in der Lage sind umzuziehen, wenn das durchschnittliche Einkommensniveau eines Landes ausreichend hoch ist.
 - 29 King, Skeldon und Vullnetari (2008).
 - 30 Skeldon (2006) zu Indien und Pakistan sowie King, Skeldon und Vullnetari (2008) zu Italien, Korea und Japan.
 - 31 Clemens (2009b).
 - 32 Siehe Jacobs (1970) und Glaeser, Kallal, Scheinkman und Shleifer (1992). Siehe eine umfassende Erörterung des Verhältnisses zwischen Agglomerationsvorteilen, wirtschaftlicher Entwicklung und internationalen und Binnenmigrationsströmen in World Bank (2009e).
 - 33 Diese Richtlinien finden sich in OECD (2008b).
 - 34 Altman und Horn (1991).
 - 35 Sanjek (2003).
 - 36 Allein im Jahr 1907 wurde fast 1,3 Millionen Menschen bzw. 1,5 Prozent der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten ein dauerhafter Aufenthaltsstatus gewährt. Ein Jahrhundert später, im Jahr 2007, war sowohl die absolute Zahl als auch der Anteil geringer: 1,05 Millionen bzw. nur 0,3 Prozent der Bevölkerung (DHS, 2007). Hatton und Williamson (2005) schätzten für eine Stichprobe einiger Länder — Dänemark, Frankreich, Deutschland, Norwegen, Schweden, Großbritannien und die Vereinigten Staaten) — dass die Anzahl der Migranten ausländischer Herkunft 1910–1911 rund 23 Millionen oder etwa acht Prozent der Bevölkerung dieser Länder betrug.
 - 37 Linz et al. (2007).
 - 38 van Lerberghe und Schoors (1995).
 - 39 Rahaeei (2009).
 - 40 Belwood (2005).
 - 41 Williamson (1990).
 - 42 Lucas (2004); Grafik 2008 aus OECD (2008a).
 - 43 Gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren die Kosten für eine Überfahrt auf dem Zwischendeck von Großbritannien in die Vereinigten Staaten auf ein Zehntel des jährlichen Durchschnittseinkommens gefallen, was die Reise für sehr viel mehr Menschen möglich machte. Aus anderen Teilen der Welt waren die Kosten jedoch sehr viel höher: Von China nach Kalifornien betragen die Kosten im Jahr 1880 ungefähr das Sechsfache eines chinesischen Pro-Kopf-Einkommens. Siehe Hatton und Williamson (2005) und Galenson (1984).
 - 44 Taylor und Williamson (1997) und Hatton und Williamson (2005). Im Vergleich Irland–Großbritannien geht es um den Zeitraum 1852–1913, im Vergleich Schweden–Vereinigte Staaten um den Zeitraum 1856–1913.
 - 45 Magee und Thompson (2006) und Baines (1985).
 - 46 Gould (1980).
 - 47 Cinel (1991), S. 98.
 - 48 Nugent und Saggi (2002).
 - 49 Foner (2002).
 - 50 Zum Beispiel wurde Kanadas offene Zuwanderungspolitik infolge des Staatenbundes als eine Säule der nationalen Politik gesehen, wirtschaftlichen Wohlstand durch Bevölkerungswachstum zu schaffen. Siehe Kelley und Trebilcock (1998).
 - 51 Siehe z.B. Ignatiev (1995).
 - 52 Siehe Timmer und Williamson (1998), die zwischen 1860 und 1930 in Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada und den Vereinigten Staaten Hinweise auf verschärfte Beschränkungen fanden.
 - 53 Ein Bericht des ILO zählte 33 Millionen ausländische Bürger im Jahr 1910, was 2,5 Prozent der Bevölkerung entspricht, die durch die Studie abgedeckt wird (die damals 76 Prozent der Weltbevölkerung ausmachte). Im Gegensatz zu modernen Statistiken wurden in dieser Studie diejenigen als Ausländer gezählt, die eine andere Nationalität hatten als die des Landes, in dem sie sich aufhielten. Dadurch wurde wahrscheinlich der Anteil der Menschen ausländischer Herkunft unterschätzt (International Labour Office (1936), S. 37). Da die Anzahl der Nationen im Laufe des vergangenen Jahrhunderts deutlich zugenommen hat, ist es auch wichtig festzustellen, dass die internationale Migrationsquote erwartungsgemäß gestiegen sein könnte, selbst wenn es keine echte Zunahme der Migration gegeben hat.
 - 54 Seit 1960 hat sich der Anteil des Welthandels am globalen Bruttoinlandsprodukt mehr als verdoppelt. Er ist um durchschnittlich 2,2 Prozent pro Jahr gewachsen.
 - 55 Garcia und Griego (1983).
 - 56 Appleyard (2001).
 - 57 Die deutschen Restriktionen scheinen vor der Ölkrise eingeführt worden zu sein, sind danach aber verstärkt worden. Siehe Martin (1994).
 - 58 Diese Prozentzahlen beziehen sich auf die Migranten in Ländern, die nach den aktuellsten HDI-Werten als entwickelt gelten (Siehe Kasten 1.3). Wir könnten erwarten, dass diese Muster andere sind, wenn wir stattdessen den Anteil der Migranten in den Ländern berechnen würden, die im Jahr 1960 entwickelt waren. Doch tatsächlich lag der Anteil der Migranten in den 17 Ländern, die im Jahr 1960 am stärksten entwickelt waren (und 15 Prozent der Weltbevölkerung abdeckten, den gleichen Anteil, der von den entwickelten Ländern heute abgedeckt wird), bei 6,2 Prozent und

- unterschied sich damit nicht sehr von unseren fünf Prozent.
- 59 Die Tschechoslowakei und die Sowjetunion waren nicht die einzigen Fälle, in denen in dieser Zeit neue Nationen entstanden. In der für diesen Bericht durchgeführten Hintergrundanalyse studierten wir die Veränderungsmuster des Migrantenanteils, die sich seit 1960 nach Wiedervereinigungen, nach dem Auseinanderbrechen von Staaten oder in anderen Fällen ergeben haben (z.B. Deutschland, ehemaliges Jugoslawien). Die Veränderungen des Migrantenanteils waren nicht groß genug, um auf die aggregierten Trends signifikante Auswirkungen zu haben.
- 60 Die Ausnahme ist Großbritannien, wo es während der 1960er Jahre einen großen Anteil an Zuwanderern aus Entwicklungsländern des Commonwealth gab.
- 61 UN-HABITAT (2003).
- 62 UN (2008c) and UN-HABITAT (2003).
- 63 Diese Divergenz gab es nicht bei anderen Dimensionen der menschlichen Entwicklung, wie Gesundheit und Bildung (Einschulungsquoten). Dies sind entscheidende Dimensionen, wenngleich das Einkommen größere Auswirkungen auf die Migrationsneigung zu haben scheint (siehe Cummins, Letouze, Purser und Rodríguez, 2009).
- 64 Außerdem unterschied sich China in den 1960er Jahren von anderen Entwicklungsländer-Regionen, denn es gab Ausreisebeschränkungen, die auch die Vergleiche der Migrationsströme im Zeitablauf beeinträchtigen.
- 65 Da unsere Analyse Länder vergleicht, die nach ihrem gegenwärtigen HDI-Niveau eingestuft werden, wird damit nicht die Konvergenz einiger schnell wachsender Entwicklungsländer berücksichtigt, die in die HDI-Spitzengruppe aufgestiegen sind. Unsere Methode scheint besser geeignet zu sein, um die zunehmende Konzentration von Migranten in der Gruppe von Ländern zu verstehen, die heute entwickelt sind. Außerdem erhalten wir, wenn wir den Vergleich mit der Gruppe von Ländern anstellen, die im Jahr 1960 als Entwicklungsländer eingestuft waren, sehr ähnliche Muster (siehe Endnote 58).
- 66 Für einen umfangreichen Überblick über diese Literatur siehe UN (2006b). Die Debatte über die Divergenz hängt mit der Diskussion zusammen, ob die Ungleichheit auf der Welt zugenommen hat, obwohl letztere auch von der Entwicklung der Ungleichheit innerhalb einzelner Länder abhängt.
- 67 Doganis (2002).
- 68 Department of Treasury and Finance (2002).
- 69 Facchini und Mayda (2009) stellen fest, dass zwar stärkerer öffentlicher Widerstand gegen die Zuwanderung mit mehr politischen Restriktionen zusammenhängt, es aber immer noch eine bedeutende Kluft zwischen der von den meisten Wählern gewünschten Politik und der von politischen Entscheidungsträgern eingeschlagenen politischen Linie gibt. Siehe auch Cornelius, Tsuda, Martin und Hollifield (2004).
- 70 Hanson (2007).
- 71 In der Bewertung wurden mehrere Dimensionen der Migrationspolitik ausgewertet, darunter die Zulassungskriterien, die Integrationspolitik, die Behandlung zugelassener Migranten und die Situation irregulärer Migranten. Die Offenheit jedes dieser verschiedenen Regelwerke wurde durch eine subjektive Evaluierung der Befragten bewertet sowie nach einer Reihe objektiver Kriterien, wie der Existenz zahlenmäßiger Begrenzungen, Einreisevoraussetzungen und internationalen Übereinkommen über Freizügigkeit. Die erfassten Entwicklungsländer waren Chile, China (nur Freizügigkeit innerhalb des Landes), Costa Rica, Côte d'Ivoire, Ecuador, Ägypten, Indien, Kasachstan, Malaysia, Mexiko, Marokko, Russische Föderation, Thailand und Türkei. Die entwickelten Länder waren Australien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Portugal, Republik Korea, Singapur, Spanien, Schweden, Vereinigte Arabische Emirate, Großbritannien und Vereinigte Staaten. Weitere Einzelheiten zu der Bewertung finden sich in Klugman und Pereira (2009).
- 72 Regierungen unterscheiden sich oft hinsichtlich der Kriterien, die sie verwenden, um Arbeitskräfte als qualifiziert einzustufen. Um länderübergreifend eine gewisse Homogenität herzustellen, haben wir all die Arbeitskräfte als qualifiziert eingestuft, die unter Regelwerke fielen, die einen Universitätsabschluss verlangen. Wenn die Einstufung anhand der Beschäftigung vorgenommen wird, versuchten wir, für die Art der Beschäftigung das entsprechende Bildungsniveau zu wählen, das typischerweise erforderlich ist, um diesen Beruf auszuüben. Wenn es in den Visabestimmungen keine expliziten Unterscheidungen aufgrund des Bildungsniveaus oder Berufs gab, nahmen wir entweder eine Entscheidung auf der Basis von Informationen zu den häufigsten Berufen in jeder Visumskategorie vor, oder wir behandelten im Falle ganz klar gemischter Migrantenströme die Vorschrift so, als würde sie sowohl für hochqualifizierte als auch für gering qualifizierte Arbeitskräfte gelten.
- 73 Ruhs (2005) und Singapore Government Ministry of Manpower (2009).
- 74 Ruhs (2002) und OECD (2008b).
- 75 Dieses Konzept hatte seinen Ursprung in einem Mechanismus in der Gesetzgebung arabischer Länder — die typischerweise die Adoption nicht anerkennt — wobei Erwachsene sich verpflichteten, sich um verwaiste oder verlassene Kinder zu kümmern. Siehe Global Legal Information Network (2009).
- 76 Longva (1997), S. 20–21.
- 77 Siehe zum Beispiel Bahrain Center for Human Rights (2008) und UNDP (2008d).
- 78 Unter der neuen Vorschrift wird das Arbeitsministerium die Sponsorenrolle für Arbeitskräfte von früheren Auftragnehmern der Regierung auf neue übertragen und der Staat wird ihre iqama (Aufenthaltslaubnis) und die Gebühren für die Übertragung der Sponsorenrolle tragen. Siehe Thaindian News (2009) und Arab News (2009).
- 79 Khaleej Times (2009).
- 80 Jasso und Rosenzweig (2009).
- 81 Hanson und Spilimbergo (2001).
- 82 Lawyers for Human Rights (2008).
- 83 Human Rights Watch (2007a).
- 84 Ruhs und Martin (2008) und Ruhs (2009).
- 85 Siehe Cummins und Rodríguez (2009). Diese Autoren widmen sich auch den potenziellen Problemen der umgekehrten Kausalität, indem sie den vorhergesagten Zuwandereranteil aus einem bilateralen Modell der Anziehungskraft als exogene Quelle länderübergreifender Variationen verwenden. Ihre Ergebnisse deuten noch immer auf eine statistisch nicht signifikante Korrelation zwischen der Anzahl der Migranten und ihren Rechten hin. Tatsächlich wird in den meisten ihrer Instrumentvariablen-schätzungen die Korrelation positiv, was weitere Zweifel an der „Anzahl versus Rechte“-Hypothese aufwirft.
- 86 Muñoz de Bustillo und Antón (2009).
- 87 Adepoju (2005).
- 88 Freedom House (2009).
- 89 United States Department of State (2009b), Wang (2005), National Statistics Office (2006), Ivakhnyuk (2009) und Anh (2005).
- 90 United States Department of State (2009d).
- 91 Kundu (2009).
- 92 McKenzie (2007).
- 93 Tirtosudarmo (2009).
- 94 Zu Kuba siehe Human Rights Watch (2005a) und Amnesty International (2009). Zur Demokratischen Volksrepublik Korea siehe Freedom House (2005). Zu anderen Ländern siehe United States Department of State (2009a), Immigration and Refugee Board of Canada (2008) und IATA (2006).
- 95 Human Rights Watch (2007b).
- 96 United States Department of State (2009a) und McKenzie (2007).
- 97 IMF (2009a).
- 98 Siehe IMF (2009c), Consensus Economics (2009a), Consensus Economics (2009c), Consensus Economics (2009d).
- 99 Rezessionen in entwickelten Ländern dauern tendenziell zwei Jahre. Danach kommt es wieder zu trendgemäßem wirtschaftlichem Wachstum: Chauvet und Yu (2006). In Entwicklungsländern dauern Rezessionen durchschnittlich jedoch sehr viel länger und sind intensiver. Siehe Hausmann, Rodríguez und Wagner (2008).
- 100 Siehe Perron (1989) und Perron und Wada (2005), die Hinweise auf die andauernden Wirkungen der Ölkrise und der Großen Depression auf die Einkommen finden.
- 101 OECD (2009b).
- 102 United States Bureau of Labor Statistics (2009).
- 103 INE (2009).
- 104 Die Korrelation ist mit fünf Prozent statistisch signifikant. Die Asiatische Entwicklungsbank hat Rückgänge in den zentralen Zielgebieten der Migranten in der Region prognostiziert. Sie reichen bis zu fünf Prozent in Singapur. In Südafrika, wo 1,2 Millionen Migranten leben, erwartet die EIU, dass die Wirtschaft im Jahr 2009 um 0,8 Prozent schrumpfen wird. Und es wird prognostiziert, dass die Wirtschaft der Vereinigten Arabischen Emirate 2009 um 1,7 Prozent schrumpfen wird. Business Monitor International (2009).

- 105 Betcherman und Islam (2001).
106 Dustmann, Giltz und Vogel (2006).
107 OECD (2008a).
108 Taylor (2009).
109 Kalita (2009).
110 The Straits Times (2009) und Son (2009).
111 Local Government Association (2009).
112 Preston (2009).
113 Timmer und Williamson (1998).
114 de Haas (2009).
115 Siehe Martin (2003) und Martin (2009a).
116 Skeldon (1999) and Castles and Vezzoli (2009). Es gab Abschiebungen, um Unterstützung für einheimische Arbeitskräfte zu demonstrieren, doch als die Regierung merkte, dass die Einheimischen kein Interesse an den Jobs der Migranten hatten, wurden diese Restriktionen wieder zurückgenommen.
117 Siehe zum Beispiel Rodrik (2009) und Castles und Vezzoli (2009).
118 Zwar sind alle Prognosen an sich unsicher, doch Bevölkerungsprojektionen sind tendenziell ziemlich präzise. Die Vereinten Nationen haben seit 1950 zwölf verschiedene Schätzungen der Weltbevölkerung im Jahr 2000 abgegeben und alle dieser Schätzungen bis auf eine waren nicht mehr als vier Prozentpunkte von der tatsächlichen Zahl entfernt (Population Reference Bureau, 2001). In einer aktuellen Studie wurden durchschnittliche Prognosefehler in einer Größenordnung von zwei Prozent festgestellt, selbst bei einzelnen Altersgruppen der Bevölkerung.
119 Diese alternativen Lösungen sind jedoch teuer: technologische Innovationen, um einen weltweit im Überfluss vorhandenen Faktor zu ersetzen, verbraucht Ressourcen und das Rentenalter oder Beiträge zu erhöhen, mindert die Freizeit oder den Konsum.
120 Barnett und Webber (2009).
121 IPCC (2007), Kapitel 9.
122 Anthonoff, Nicholls, Richard und Vafeidis (2009).
123 Revkin (2008).
124 Myers (2005) und Christian Aid (2007).
125 Barnett und Webber (2009).
126 Stark (1991).
127 Ezra und Kiros (2001).
128 Black et al. (2008).
129 Carvajal und Pereira (2009).
130 UNDP (2007a) und UNDP (2008e).
131 Siehe Friedman (2005).
132 Steinbeck (1939). Zur großen „Staubschüssel“-Migration siehe Worster (1979) und Gregory (1989). Zur historischen Entscheidung des Obersten Gerichts der Vereinigten Staaten im Fall Kalifornien gegen Edwards 1941 siehe ACLU (2003).
- Kapitel 3**
- Clemens, Montenegro und Pritchett (2008).
 - McKenzie, Gibson und Stillman (2006).
 - Chiswick und Miller (1995).
 - Sciortino und Punpuing (2009).
 - Maksakova (2002).
 - Commander, Chanda, Kangasniemi und Winters (2008).
 - Clemens (2009b).
 - Harttgen und Klasen (2009). Migranten hatten in zwei Ländern (Guatemala und Zambia) ein niedrigeres Einkommen, und in einem weiteren gab es keine statistisch signifikante Differenz (Vietnam). Siehe Abschnitt 3.6.
 - Del Popolo, Oyarce, Ribotta und Rodríguez (2008).
 - Srivastava und Sasikumar (2003), Ellis und Harris (2004) sowie ECLAC (2007).
 - Siehe Deshingkar und Akter (2009) zu Indien sowie MOSWL, PTRC und UNDP (2004) zur Mongolei.
 - Ghosh (2009).
 - Gilbertson (1995).
 - Zhou und Logan (1989).
 - Cerrutti (2009).
 - UNDP (2008d).
 - Castles und Miller (1993) und ICFTU (2009).
 - Bursell (2007) und Bovenkerk, Gras, Ramsoedh, Dankoor sowie Havelaar (1995).
 - Clark und Drinkwater (2008) sowie Dustmann und Fabbri (2005).
 - Iredale (2001).
 - Chiswick und Miller (1995).
 - Reitz (2005).
 - Die sozialen Transferprogramme, die in diese Analyse einbezogen wurden, sind allesamt Formen allgemeiner sozialer Leistungen und Sozialversicherungsleistungen, abzüglich der Einkommens- und Lohnsteuern sowie der Sozialhilfeleistungen (einschließlich aller Formen gezielter, einkommensabhängiger Leistungen). Die Armutsgrenze wird definiert als die Hälfte des mittleren Einkommens. Siehe Smeeding, Wing und Robson (2009).
 - In diesen Schätzungen können die Auswirkungen von Transferleistungen auf die Armut möglicherweise über- oder unterbewertet worden sein, weil die endogene Reaktion der Entscheidungen bezüglich des Arbeitskräfteangebots im Hinblick auf die Transferleistungen nicht einkalkuliert wurde.
 - Martin (2005) und Kaur (2007).
 - UNICEF (2005a).
 - Koslowski (2009).
 - McKenzie (2007) und United States Department of State (2006).
 - United States Department of State (2009a).
 - Agunias (2009) und Martin (2005).
 - Martin (2005).
 - Agunias (2009) und Martin (2005).
 - UNFPA (2006).
 - Ivakhnyuk (2009).
 - Martin (2009b).
 - Martin (2009b).
 - Gibson und McKenzie (2009).
 - Der sogenannte „Gesunde-Migranten-Effekt“ ist gut dokumentiert, siehe beispielsweise Fennelly (2005).
 - Rossi (2008).
 - Jasso, Massey, Rosenzweig, und Smith (2004), unter Verwendung des New Immigrant Survey des US Citizenship and Immigration Service.
 - Ortega (2009).
 - Brockerhoff (1990).
 - Brockerhoff (1995) sowie Harttgen und Klasen (2009).
 - Siehe Chiswick und Lee (2006), sowie Antecol und Bedard (2005). Ein weiterer Faktor, der diese Schätzungen ungenau macht, ist die Möglichkeit, dass evtl. eine „Regression zum Mittelwert“ die Ursache für die scheinbare gesundheitliche Verschlechterung ist. Insbesondere, wenn es eine wichtige Bedingung für die Migration ist, nicht krank zu sein, können sich unter den Migranten auch Menschen befinden, die nicht unbedingt von Natur aus gesünder sind, die aber zumindest das Glück hatten, nicht krank zu werden. Bei diesen Menschen besteht eine höhere Wahrscheinlichkeit, nach der Migration krank zu werden als bei denjenigen, deren Nicht-Kranksein tatsächlich auf besserer gesundheitlicher Verfassung beruht.
 - Garcia-Gomez (2007) zu Katalonien, Spanien; Barros und Pereira (2009) zu Portugal.
 - Stillman, McKenzie, und Gibson (2006), Steel, Silove, Chey, Bauman und Phan T. (2005) sowie Nazroo (1997).
 - McKay, Macintyre und Ellaway (2003).
 - Benach, Muntaner und Santana (2007).
 - Whitehead, Hashim und Iversen (2007).
 - Tiwari (2005).
 - Deshingkar und Akter (2009).
 - Mit der Zeit erhalten einige Migranten Zugang zu Sozialleistungen. Beispielsweise erhalten in vielen Ländern Asylsuchende, die einen Antrag auf Flüchtlingsstatus gestellt haben, oft erst dann Zugang, wenn ihr Asylantrag erfolgreich war. In anderen Ländern, zum Beispiel in Australien, erhalten einige Asylsuchende auf lokaler Ebene begrenzte Sozialhilfe-Leistungen, wenn sie ein bestimmtes Stadium in ihrem Antragsverfahren erreicht haben und andere Kriterien erfüllen (beispielsweise müssen sie sich einer Einkommensüberprüfung unterziehen).
 - Carballo (2007) sowie Goncalves, Dias, Luck, Fernandes und Cabral (2003).
 - PICUM (2009).
 - Kaur (2007).
 - Landau und Wa Kabwe-Segatti (2009).
 - Hashim (2006) und Pilon (2003)
 - OECD (2008b).
 - Unsere in Auftrag gegebene Untersuchung über Unterschiede bei den HDI-Werten von Binnenmigranten und Nicht-Migranten in 16 Ländern ergab, dass das Bildungsniveau von Migranten in zehn Ländern höher war, in vier Ländern keine signifikanten Unterschiede aufwies und in zwei Ländern niedriger war.
 - UNICEF (2008). Andere Studien kamen zu ähnlichen Ergebnissen. Einen umfassenden Überblick über nachweisbare frühkindliche Einwirkungen bietet Heckman (2006).
 - Clauss und Nauck (2009).
 - Beispielsweise müssen norwegische Behörden Flüchtlingsfamilien innerhalb von drei Monaten nach Ankunft über die Bedeutung und Verfügbarkeit von ECD-Programmen informieren.
 - Weitere Informationen über nicht registrierte Migranten in Schweden bietet PICUM (2009).
 - PICUM (2008a).
 - PICUM (2008a).

- 66 Landau und Wa Kabwe-Segatti (2009).
 67 Rossi (2008).
 68 Regierung von Azad Jammu und Kashmir (2003) sowie Poverty Task Force (2003).
 69 Poverty Task Force (2003).
 70 Die PISA-Studie (Programme for International Student Assessment) ist eine alle drei Jahre stattfindende Untersuchung über 15jährige Schüler.
 71 OECD (2007). Die PISA-Studie konzentriert sich auf die Naturwissenschaften, bewertet jedoch auch die Bereiche Lesefähigkeit und Mathematik, in denen es vergleichbare Ergebnisse gab.
 72 Australien, Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, die Schweiz, Großbritannien und Vereinigte Staaten. Siehe Hernandez (2009).
 73 Portes und Rumbaut (2001).
 74 Karsten u.a. (2006), Nordin (2006) sowie Szulkin und Jonsson (2007).
 75 Sen (1992).
 76 Rawls (1971).
 77 Hugo (2000).
 78 Petros (2006), Zambrano und Kattya (2005) sowie Mills (1997).
 79 Icdyugu (2009).
 80 Piper (2005).
 81 Ghosh (2009) und Kabeer (2000).
 82 Del Popolo, Oyarce, Ribotta und Rodríguez (2008).
 83 Cerrutti (2009).
 84 Uhlaner, Cain und Kiewiet (1989), Cho (1999), Rosenstone und Hansen (1993), Wolfinger und Rosenstone (1980) sowie Ramakrishnan und Espenshade (2001).
 85 Eine Erhöhung der Standardabweichung um1 in Demokratieniveau des Ziellands, gemäß Polity IV-Index, führt bei der Einwanderung zu einem Anstieg um elf Logpunkte, der ab einem Prozent signifikant ist. Siehe Cummins, Letouze, Purser und Rodríguez (2009).
 86 Landau (2005).
 87 Ministerium für Arbeit und Soziales, Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen sowie Mongolian Population and Development Association (2005).
 88 Crush und Ramachandran (2009).
 89 Misago, Landau und Monson (2009).
 90 Pettigrew und Tropp (2005) sowie Pettigrew (1998).
 91 Human Security Centre (2005) sowie Newman und van Selm (2003).
 92 UNHCR (2008). Es gibt keine verlässlichen Schätzungen des Anteils von in Lagern lebenden Binnenvertriebenen, schätzungsweise 70 Prozent leben jedoch bei Verwandten, Familien und in Gemeinschaften im Aufnahmeland.
 93 IDMC (2008).
 94 Bakewell und de Haas (2007).
 95 van Hear, Brubaker und Bessa (2009) sowie Crisp (2006).
 96 Lager in Bangladesch, Kenia, Nepal, Tansania, Thailand und Uganda: de Bruijn (2009).
 97 ECOSOC (1998). Die UN-Leitlinien zum Schutz von Binnenvertriebenen wurden der UN-Menschenrechtskommission im Jahr 1998 vom Repräsentanten des Generalsekretärs vorgestellt und legen die grundlegenden Standards und Normen fest, die Regierungen, internationalen Organisationen und allen anderen relevanten Akteuren als Leitfaden für die Bereitstellung von Hilfe und Schutz für Binnenvertriebene bei internen Konfliktsituationen, Naturkatastrophen und anderen Situationen gewaltsamer Vertreibung weltweit dienen sollen.
 98 Die Schätzungen in diesem Absatz stammen von IDMC (2008).
 99 IDMC (2008) führt in dieser Kategorie auf: Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Côte d'Ivoire, Kroatien, Georgien, Libanon, Liberia, die Türkei und Uganda. Anerkennenswerte Bemühungen sind zum Beispiel finanzielle Ausgleichszahlungen als Teil des türkischen Rückkehrerprogramms und spezielle Bemühungen zur Rückgabe von Eigentum im gesamten Balkan, die bis 2007 weitgehend abgeschlossen waren.
 100 Ghosh (2009).
 101 UNRWA (2008).
 102 Gibney (2009) und Hatton und Williamson (2005). Zum Beispiel wurden in Großbritannien im Jahr 2007 nur 19 von 100 Asylbewerbern als Flüchtlinge anerkannt und erhielten Asylstatus, während weitere neun Asylbewerber zwar kein Asyl erhielten, aber aus humanitären oder anderen Gründen im Land bleiben durften.
 103 UNHCR (2008).
 104 UNRWA-ECOSOC (2008).
 105 UNHCR (2002).
 106 Siehe beispielsweise UNECA (2005).
 107 Robinson (2003).
 108 Bartolome, de Wet, Mander und Nagraj (2000), S. 7.
 109 Siehe IIED und WBCSD (2003), Global IDP Project und Norwegian Refugee Council (2005) sowie Survival International (2007).
 110 La Rovere und Mendes (1999).
 111 Zur Weltbank, siehe CIEL (2009); es gibt andere Beispiele: zur Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), siehe Asian Development Bank (2009); zur Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IDB), siehe IDB (2009).
 112 UNDP (2007b).
 113 UNODC (2009).
 114 Clert, Gomart, Aleksic und Otel (2005).
 115 Siehe beispielsweise Carling (2006).
 116 USAID (2007).
 117 Laczo und Danailova-Trainor (2009).
 118 Koser (2008).
 119 Ortega (2009).
 120 Harttgen und Klasen (2009).
 121 Diese Zahlangaben sind der Weltweiten Werteumfrage (World Values Survey) 2005/2006 entnommen. In der Umfrage wird erfasst, ob mindestens ein Elternteil Migrant ist, was wir hier stellvertretend für den Migrantenstatus verwenden. Diese besonderen Ergebnisse stimmen überein mit Daten der Weltweiten Werteumfrage 1995, die zeigen, ob der Befragte im Ausland geboren wurde oder nicht.
 4 Eine Auflistung kostengünstigster und teuerster internationaler Korridore findet sich in Weltbank (2009c).
 5 Stark (1991).
 6 Savage und Harvey (2007).
 7 Yang (2008a).
 8 Yang und Choi (2007).
 9 Halliday (2006).
 10 Ratha und Mohapatra (2009a). Dies ist das „Base case“-Szenario, bei dem angenommen wird, dass neue Migrationsströme in wichtige Zielländer vom Umfang gleich null sind, das heißt, die Anzahl vorhandener Migranten bleibt unverändert.
 11 Fajnzylber und Lopez (2007).
 12 Schiff (1994).
 13 Kapur (2004).
 14 Zhu und Luo (2008).
 15 Lucas und Chappell (2009).
 16 Deshingkar und Akter (2009).
 17 Rayhan und Grote (2007).
 18 Beegle, De Weerd und Dercon (2008).
 19 Deb und Seck (2009).
 20 Murison (2005). Beispielsweise transferieren im Nahen Osten arbeitende bangladeschische Frauen im Durchschnitt bis zu 72 Prozent ihres Verdienstes in ihr Herkunftsland, und in Spanien arbeitende kolumbianische Frauen transferieren einen höheren Anteil als Männer (68 Prozent im Gegensatz zu 54 Prozent).
 21 Docquier, Rapoport und Shen (2003) sowie Stark, Taylor und Yitzhaki (1986).
 22 Adelman und Taylor (1988) sowie Durand, Kandel, Emilio und Massey (1996).
 23 Yang (2009).
 24 Massey et al. (1998), Taylor et al. (1996) und Berriane (1997).
 25 Behrman et al. (2008).
 26 Adelman und Taylor (1988), Durand, Kandel, Emilio und Massey (1996) sowie Stark (1980).
 27 Adams Jr. (2005), Cox Edwards und Ureta (2003) sowie Yang (2008b).
 28 Adams Jr. (2005).
 29 Mansuri (2006).
 30 Deb und Seck (2009).
 31 Fan und Stark (2007) sowie Stark, Helmenstein und Prskawetz (1997).
 32 Chand und Clemens (2008).
 33 Castles und Delgado Wise (2008).
 34 McKenzie und Rapoport (2006).
 35 Ha, Yi und Zhang (2009a).
 36 Frank und Hummer (2002).
 37 Hildebrandt, McKenzie, Esquivel und Schargrodsky (2005).
 38 Wilson (2003).
 39 Cerrutti (2009).
 40 Bowlby (1982), Cortes (2008), Smith, Lalaonde und Johnson (2004) sowie Suarez-Orozco, Todorova und Louie (2002).
 41 Eine Sichtung zum Thema Partizipation der Geschlechter am wirtschaftlichen und politischen Leben sowie an Entscheidungsprozessen zum einen und Migration zum anderen enthält Ghosh (2009).
 42 King und Vullnetari (2006).
 43 Siehe Deshingkar und Grimm (2005).
 44 Fargues (2006).
 45 Beine, Docquier und Schiff (2008).

Kapitel 4

- 1 Sarreal (2002).
 2 Yang (2009).
 3 UNDP (2008b).

- 46 Hampshire (2006) sowie King, Skeldon und Vullnetari (2008).
- 47 Cordova und Hiskey (2009). Die berücksichtigten Länder waren die Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko und Nicaragua.
- 48 Siehe die Sichtung dieser Literatur in Clemens (2009b).
- 49 Lipton (1980) und Rubenstein (1992).
- 50 Tirtosudarmo (2009).
- 51 Weltbank (2009e), S. 165.
- 52 Docquier und Rapoport (2004) sowie Dumont, Martin und Spielvogel (2007).
- 53 Hier kann eine Analogie zum drastischen Rückgang der Kompetenzen und Qualifikationen des Lehrpersonals in den Vereinigten Staaten in den letzten 50 Jahren gezogen werden, der auf den Umstand zurückgeführt wird, dass qualifizierte Frauen heute eine Vielzahl anderer Berufe als Lehrerin wählen können (Corcoran, William und Schwab, 2004).
- 54 Saxenian (2002).
- 55 Commander, Chanda, Kangasniemi und Winters (2008).
- 56 Saxenian (2006).
- 57 Die Weltbank, die die Mittelflüsse sorgfältig verfolgt, schätzt, dass das Gesamtvolumen bei Berücksichtigung der nicht registrierten Transfers noch einmal um 50 Prozent steigen würde.
- 58 Chami, Fullenkamp und Jahjah (2005) sowie Leon-Ledesma und Piracha (2004).
- 59 Eckstein (2004) und Ahoure (2008).
- 60 Weltbank (2006b) und Kireyev (2006).
- 61 Buch, Kukulenz und Le Manchec (2002) sowie De Haas und Plug (2006).
- 62 Taylor, Moran-Taylor und Ruiz (2006).
- 63 De Haas (2006).
- 64 Levitt (1998) und Levitt (2006).
- 65 Quirk (2008).
- 66 Weltbank (2009a).
- 67 Weltbank (2009a).
- 68 Massey, Arango, Hugo, Kouaouci, Pellegrino und Taylor (1993) sowie Thomas-Hope (2009).
- 69 Adesina (2007).
- 70 Ali (2009).
- 71 Bakewell (2009).
- 72 Ba, Awumbila, Ndiaye, Kassibo und Ba (2008).
- 73 Jonsson (2007).
- 74 Black, Natali und Skinner (2005).
- 75 Wenn die Einkommen und der Konsum der Personen im Ausland bei diesen Maßen für Ungleichheit berücksichtigt würden, würde die Verteilung beträchtlich gespreizt, weil die Einkommen im Ausland so viel höher sind.
- 76 Taylor, Mora, Adams und Lopez-Feldman (2005) für Mexiko, Yang (2009) für Thailand.
- 77 Ha, Yi und Zhang (2009b).
- 78 Goldring (2004) und Lacroix (2005).
- 79 Orozco und Rouse (2007) sowie Zamora (2007).
- 80 Schätzungen des HDR-Teams auf der Grundlage von Zahlen in Anonuevo and Anonuevo (2008).
- 81 Tabar (2009).
- 82 Spilimbergo (2009).
- 83 Iskander (2009).
- 84 Castles und Delgado Wise (2008).
- 85 Massey et al. (1998).
- 86 Eckstein (2004), Massey et al. (1998), Newland und Patrick (2004) sowie Van Hear, Pieke, und Vertovec (2004).
- 87 Gamlen (2006) sowie Newland und Patrick (2004).
- 88 IWF und Weltbank (1999).
- 89 Jobbins (2008) und Martin (2008).
- 90 Black und Sward (2009).
- 91 Bei diesen Ländern handelt es sich um Australien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Irland, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Neuseeland, Österreich, Schweden, die Schweiz, Spanien, und die Vereinigten Staaten; siehe Statistische Tabelle A. Der Anteil im Ausland geborener Migranten in Großbritannien lag damals Schätzungen zufolge bei etwa 9 Prozent.
- 92 Van der Mensbrugge und Roland-Holst (2009). Diese Simulationen gehen über die in Weltbank (2006b) vorgestellten hinaus und aktualisieren jene.
- 93 Ortega und Peri (2009).
- 94 Siehe Barrell, Fitzgerald und Railey (2007). In den Vereinigten Staaten gelangte Borjas (1999) für den Gesamteffekt zu einem positiven, aber kleinen Schätzwert von 0,1 Prozent des BIP.
- 95 Hunt und Gauthier-Loiselle (2008).
- 96 Siehe beispielsweise Rat der Europäischen Union (2009).
- 97 Siehe unter anderem Baumol, Litan und Schramm (2007) sowie Zucker und Darby (2008).
- 98 OECD (2008b).
- 99 EurActiv.com Meldungen (2008).
- 100 Martin (2009b).
- 101 Dieses Ergebnis muss relativiert werden, weil nicht zwischen den vom Arbeitskräfteangebot (Zuwanderer als Arbeitnehmer in diesen Restaurants) und vom Arbeitskräftebedarf (Zuwanderer als Kunden in diesen Restaurants) unterschieden werden kann; siehe Mazzolari und Neumark (2009).
- 102 Beispielsweise glauben 38 Prozent der Briten, dass dem so ist: Dustmann, Frattini und Preston (2008a).
- 103 Siehe beispielsweise Longhi, Nijkamp und Poot (2005), Ottaviano und Peri (2008) sowie Münz, Straubhaar, Vadean und Vadean (2006).
- 104 Zu Spanien siehe Carrasco, Jimeno und Ortega (2008); zu Frankreich siehe Constant (2005); zu Großbritannien siehe Dustmann, Frattini und Preston (2008b).
- 105 Siehe beispielsweise Borjas (1995). Ein Substitut ist gegeben, wenn ein größeres Angebot einer Eingangsgröße den Preis einer anderen Eingangsgröße senkt. Bei einem Komplement erhöht ein größeres Angebot den Preis der anderen Eingangsgröße.
- 106 In den Vereinigten Staaten beispielsweise dürften Arbeitnehmer mit einem Bildungsabschluss unterhalb des High-School-Abschlusses in den meisten Beziehungen High-School-Absolventen vollkommen substituieren können, was Zweifel an der Annahme hervorruft, dass der Abschluss per se eine Rolle spielt; siehe Card (2009).
- 107 Kremer und Watt (2006) sowie Castles und Miller (1993).
- 108 Eine Sichtung findet sich in Münz, Straubhaar, Vadean und Vadean (2006).
- 109 Reyneri (1998).
- 110 Die erste Schätzung stammt von Borjas (2003) für den Zeitraum von 1980 bis 2000, die zweite von Ottaviano und Peri (2008) und bezieht sich auf den Zeitraum von 1990 bis 2006. Die Verwendung der Methodik von Borjas für den Zeitraum von 1990 bis 2006 ergibt einen Schätzwert von -7,8 Prozent (Ottaviano und Peri (2008), S. 59). Die Ansätze unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Annahmen über die Substituierbarkeit zwischen High-School-Abbrechern und High-School-Absolventen. Siehe auch Card (1990) sowie Borjas, Grogger und Hanson (2008).
- 111 Peri, Sparber und Drive (2008) sowie Amuedo-Dorantes und de la Rica (2008) zu Spanien.
- 112 Manacorda, Manning und Wadsworth (2006).
- 113 Angrist und Kugler (2003).
- 114 Jayaweera und Anderson (2009).
- 115 Bryant und Rukumnuaykit (2007).
- 116 Suen (2002).
- 117 Eine umfassende Erörterung dieses Themas findet sich in Weltbank (2009e).
- 118 Henderson, Shalizi und Venables (2001).
- 119 Amis (2002).
- 120 The Cities Alliance (2007).
- 121 Dreze und Sen (1999).
- 122 Kundu (2009).
- 123 Siehe Hossain, Khan und Seeley (2003) sowie Afsar (2003).
- 124 Hanson (2009).
- 125 Beispielsweise Borjas (1995) sowie Lee und Miller (2000).
- 126 IWF (2009b).
- 127 Hanson, Scheve und Slaughter (2007).
- 128 Facchini und Mayda (2008).
- 129 Brucker et al. (2002). Zu den Ländern, in denen Migranten stärker auf Wohlfahrtsleistungen angewiesen waren, zählten Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, die Niederlande und Österreich, während diejenigen, in die weniger der Fall war, Deutschland, Griechenland, Spanien, Portugal und Großbritannien umfassten.
- 130 Vasquez, Alloza, Vegas und Bertozzi (2009).
- 131 Rowthorn (2008).
- 132 Andere Schätzwerte könnten gewonnen werden, indem man den zukünftigen Gesamtstrom aus Steuern und Ausgaben im Zusammenhang mit Zuwanderern und ihren Angehörigen plus zukünftigen Generationen berücksichtigt. Angesichts der großen Zahl von Annahmen über das zukünftige Verhalten von Personen (Fertilität, Schulbildung, Beschäftigungsaussichten usw.), die erforderlich wären, wäre die Schätzung des Nettozeitwerts jedoch sehr schwierig, weshalb in der Praxis ein statischer Ansatz verwendet wird; siehe Rowthorn (2008). Manche Verfasser haben den fiskalischen Nettogegenwartswert eines Zuwanderers in den Vereinigten Staaten geschätzt und hohe positive Werte ermittelt; siehe Lee und Miller (2000).
- 133 Lucassen (2005).
- 134 IPC (2007).
- 135 Butcher und Piehl (1998).

- 136 Australian Institute of Criminology (1999).
 137 Savona, Di Nicola und Da Col (1996).
 138 Insbesondere in Ländern mit mittleren HDI-Werten (wie Ägypten, Indonesien, der Islamischen Republik Iran, Jordanien, Südafrika und Thailand) sprach sich allerdings ein beträchtlicher Anteil für mehr Zugangsbeschränkungen aus. In ähnlicher Weise war in Ländern mit höherer Einkommensungleichheit die Wahrscheinlichkeit größer, dass Personen die Begrenzung der Migration befürworteten und äußerten, Arbeitgeber sollten bei Stellenknappheit Einheimische bevorzugen. Siehe Kleemans und Klugman (2009).
 139 Zimmermann (2009).
 140 Massey und Sánchez R. (2009).
 141 O'Rourke und Sinnott (2003).
 142 Earnest (2008).
 143 In mehreren Studien wurden langfristigen Auswirkungen von Migration auf politische Werte untersucht. Die Ergebnisse waren uneinheitlich. Bueker (2005) stellte beträchtliche Unterschiede der Wahlbeteiligung und der Partizipation bei Wählern in den Vereinigten Staaten mit unterschiedlichem Migrationshintergrund fest, während Rodríguez and Wagner (2009) ermittelten, dass sich die für unterschiedliche Regionen Italiens gut dokumentierten Muster bürgerschaftlichen Engagements und Einstellungen zur Umverteilung nicht im politischen Verhalten von in Venezuela lebenden Italienern aus diesen Regionen widerspiegeln.
 144 Castles und Miller (1993).
 145 Kleemans und Klugman (2009).
- Kapitel 5**
- 1 Scheve und Slaughter (2007).
 2 Dieses Kapitel enthält keine umfassende Darstellung der politischen Maßnahmen, die für die Migration von Bedeutung sind, da diese bereits an anderer Stelle gut dokumentiert sind: siehe OECD (2008b), IOM (2008a), Migration Policy Group und British Council (2007) sowie ILO (2004).
 3 Agunias (2009) und Klugman und Pereira (2009).
 4 Government of Sweden (2008).
 5 Khoo, Hugo und McDonald (2008) sowie Klugman und Pereira (2009).
 6 Eine hervorragende Darstellung findet sich in ICMPD (2009).
 7 Papademetriou (2005).
 8 ICMPD (2009), S. 47.
 9 So ist z.B. in Großbritannien das Team des Außenministeriums, dessen Aufgabe die Förderung der Rückkehr irregulärer Migranten und abgelehnter Asylbewerber ist, derzeit fünfmal größer als die Arbeitsgruppe, die sich in der Abteilung für Internationale Entwicklung mit Migration und Entwicklung befasst. Siehe Black und Sward (2009).
 10 Hagan, Eschbach und Rodríguez (2008).
 11 Migrant Forum in Asia (2006) und Human Rights Watch (2005b).
 12 Siehe Europäisches Parlament (2008); kritische Stellungnahmen siehe u.a. Amnesty International (2008).
 13 UNHCR (2007).
 14 Siehe: Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR 1966), Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR 1966), Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD 1966), Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW 1979), Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT 1984) und Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC 1989). Der Anteil der Staaten, die diese Konventionen ratifiziert haben, ist in Asien und dem Nahen Osten am geringsten (47 Prozent) und beträgt für Lateinamerika und Afrika 58 bzw. 70 Prozent. 131 Länder haben alle sechs wichtigsten Menschenrechtsabkommen ratifiziert; einige dieser Abkommen sind aber von mehr als 131 Staaten unterzeichnet worden. Die Gesamtzahl der Beitritte, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Abkommen, findet sich im Statistischen Anhang.
 15 ICCPR Art. 2, 26; ICESCR Art. 2; siehe O'Neil (2009).
 16 Darin ist die Europäische Gemeinschaft, die als eigener Unterzeichnerstaat geführt wird, nicht enthalten.
 17 IOM (2008b), S. 62.
 18 UNODC (2009).
 19 Siehe zum Beispiel Carling (2006) (über den Handel mit Menschen aus Nigeria) und de Haas (2008).
 20 18. Dezember vzw (2008).
 21 Alvarez (2005) und Betts (2008).
 22 Martin und Abimourchad (2008).
 23 PICUM (2008b).
 24 Kleemans und Klugman (2009).
 25 Für Beispiele solcher Aktivitäten siehe die Gemeinsame Initiative der Europäischen Kommission und der Vereinten Nationen (EC-UN Joint Migration and Development Initiative, 2008). Den Kern der gemeinsamen Initiative bildet eine Plattform für das Management von Wissen über von der Zivilgesellschaft und den Kommunalbehörden angeführte Aktivitäten, die sich mit Geldtransfers, Gemeinwesen, Kapazitäten und Rechten befassen. Siehe GFMD (2008).
 26 Martin (2009b) und Agunias (2009).
 27 McKenzie (2007).
 28 Martin (2005), S. 20.
 29 Martin (2009a), S. 47.
 30 Hamel (2009).
 31 Martin (2009a).
 32 Horst (2006).
 33 Das ILO-Übereinkommen über private Arbeitsvermittler von 1997 verbietet zwar die Erhebung von Gebühren bei Arbeitnehmern, ist jedoch bislang nur von 21 Ländern ratifiziert worden.
 34 Agunias (2008), Ruhunage (2006) und Siddiqui (2006).
 35 Betcherman, Olivas und Dar (2004) haben auf der Grundlage von 159 Lagebewertungen, die in Entwicklungs- und entwickelten Ländern durchgeführt wurden die Effektivität aktiver Arbeitsmarktprogramme untersucht.
 36 Martin (2009b) und Sciortino und Punpuing (2009).
 37 Siehe Colombo Process (2008).
 38 Marquette (2006).
 39 Christensen und Stanat (2007).
 40 Success for All Foundation (2008).
 41 Misago, Landau und Monson (2009).
 42 Dazu können z.B. Merkblätter gehören, in denen erklärt ist, wer für was zuständig ist und wo man sich beschweren kann.
 43 World Bank (2002).
 44 Zamble (2008).
 45 One World Net (2008).
 46 Council of Europe (2006).
 47 Martin (2009a).
 48 Government of Western Australia (2004).
 49 Deshingkar und Akter (2009), S. 38-40.
 50 UN (2008a).
 51 The Cities Alliance (2007).
 52 Black und Sward (2009).
 53 So müssen beispielsweise in Myanmar Hochschulabsolventen die Kosten für ihre Ausbildung an den Staat zurückzahlen, bevor sie einen Reisepass bekommen können; United States Department of State (2009c).
 54 Wie Ranis und Stewart (2000) anmerken, gibt es zwar viele Wege zu einem guten Abschneiden bei der menschlichen Entwicklung, doch Erfolge wurden im Allgemeinen von Initiativen erzielt, die Mädchen und Frauen (Bildung, Einkommen), einer effektiven Ausgabenpolitik (z.B. in Chile) und guter Wirtschaftsleistung (z.B. in Vietnam) Priorität einräumen.
 55 Kleemans und Klugman (2009).
 56 Sides und Citrin (2007).
 57 Facchini und Mayda (2009).
 58 Ghosh (2007).
 59 Bedford (2008).

Bibliografie

- ACLU (American Civil Liberties Union). 2003.** "Edwards v. California." www.aclu.org. Accessed July 2009.
- ActionAid International. 2004.** "Participatory Poverty Assessment (PPA) Lower Songkhram River Basin, Thailand". Bangkok: ActionAid International and Mekong Wetlands Biodiversity Programme.
- Adams Jr., R. H. 2005.** "Remittances, Household Expenditure and Investment in Guatemala". *Policy Research Working Paper No. 3532*. Washington DC: World Bank.
- Adelman, I. and J. E. Taylor. 1988.** "Life in a Mexican Village: A SAM Perspective." *Journal of Development Studies* 25 (1): 5-24.
- Adepoju, A. 2005.** *Migration in West Africa*. Geneva: Global Commission on International Migration.
- Adesina, O. A. 2007.** "Checking out: Migration, Popular Culture, and the Articulation and Formation of Class Identity". Paper presented at African Migrations Workshop on Understanding Migration Dynamics in the Continent, 18-21 September 2007, Accra, Ghana.
- Afsar, R. 2003.** "Internal Migration and the Development Nexus: The Case of Bangladesh". Paper presented at Regional Conference on Migration and Pro-Poor Policy Changes in Asia, 22-24 June 2003, Dhaka, Bangladesh.
- Agunias, D. R. 2008.** *Managing Temporary Migration: Lessons from the Philippine Model*. Washington DC: Migration Policy Institute.
- Agunias, D. R. 2009.** "Migration Intermediaries: Agents of Human Development?" *Human Development Research Paper No. 22*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Ahoue, A. A. E. 2008.** "Transferts, Gouvernance et Développement Economique dans les Pays de l'Afrique Sub-saharienne: Une Analyse à Partir de Données de Panel". Paper presented at African Migration Workshop, 26-29 November 2008, Rabat, Morocco.
- Ali, S. N. 2009.** "Education as a Means of Rural Transformation through Smooth Rural-Urban Migration: Some Evidence from Ethiopia". Paper presented at the 7th International Conference on the Ethiopian Economy, 25-27 June 2009, Addis Ababa, Ethiopia.
- Aliran. 2007.** "Chin Asylum Seekers Detained in Rela Raid." http://www.aliran.com/index.php?option=com_content&view=article&id=184:chin-asylum-seekers-detained-in-rela-raid&catid=32:2006-9&Itemid=10. Accessed May 2009.
- Altman, I. and J. Horn (Eds.). 1991.** *To Make America: European Emigration in the Early Modern Period*. Berkeley: University of California Press.
- Alvarez, J. E. 2005.** *International Organizations as Law-Makers*. New York: Oxford University Press.
- Amin, M. and A. Mattoo. 2005.** "Does Temporary Migration have to be Permanent?" *Policy Research Working Paper Series No. 3582*. Washington DC: World Bank.
- Amis, P. 2002.** "African Urban Poverty and What is the Role of Local Government in its Alleviation?". Unpublished report. Washington DC: World Bank.
- Amnesty International. 2008.** "Amnesty International EU Office reaction to Return Directive Vote." <http://www.amnesty-eu.org/static/html/pressrelease.asp?cfid=7&id=366&cat=4&l=1>. Accessed June 2009.
- . 2009. "Urgent Action: Cuba UA 115/09." <http://www.amnestyusa.org/actioncenter/actions/uaa11509.pdf>. Accessed June 2009.
- Amuedo-Dorantes, C. and S. de la Rica. 2008.** "Complements or Substitutes? Immigrant and Native Task Specialization in Spain". *Discussion Paper Series No. 16/08*. London: Centre for Research and Analysis of Migration.
- Anderson, J. B. and J. Gerber. 2007a.** "Data Appendix to Fifty Years of Change on the U.S.-Mexico Border: Growth, Development, and Quality of Life." <http://latinamericanstudies.sdsu.edu/BorderData.html>. Accessed June 2009a.
- . 2007b. *Fifty Years of Change on the U.S.-Mexico Border: Growth, Development, and Quality of Life*. Austin: University of Texas Press.
- Andrienko, Y. and S. Guriev. 2005.** "Understanding Migration in Russia". *Policy paper series No. 23*. Moscow: Center for Economic and Financial Research.
- Angrist, J. D. and A. D. Kugler. 2003.** "Protective or Counter-Productive? Labour Market Institutions and The Effect of Immigration on EU Natives." *The Economic Journal* 113 (488): 302-331.
- Anh, D. N. 2005.** "Enhancing the Development Impact of Migrant Remittances and Diasporas: The Case of Viet Nam." *Asia Pacific Population Journal* 20 (3): 111-122.
- Anonuevo, E. and A. T. Anonuevo. 2008.** "Diaspora Giving: An Agent of Change in Asia Pacific Communities". Paper presented at Diaspora Giving: An Agent of Change in Asia Pacific Communities?, 21-23 May 2008, Ha Noi, Viet Nam.
- Antecol, H. and K. Bedard. 2005.** "Unhealthy Assimilation: Why do Immigrants Converge to American Health Status Levels". *Discussion Paper Series No. 1654*. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit.
- Anthoff, D., R. J. Nicholls, S. J. T. Richard and A. T. Vafeidis. 2009.** "Global and Regional Exposure to Large

- Rises in Sea-Level: A Sensitivity Analysis". *Working Paper No. 96*. Norwich: Tyndall Centre for Climate Change Research.
- Appleyard, R. 2001.** "International Migration Policies: 1950-2000." *International Migration* 39 (6): 7-20.
- Arab News. 2009.** "Cabinet Passes Regulations Simplifying Iqama Transfer." *Arab News*, 21 April.
- Asian Development Bank. 2009.** "About the Safeguard Policy Update." <http://www.adb.org/Safeguards/about.asp>. Accessed June 2009.
- Australian Institute of Criminology. 1999.** *Ethnicity and Crime: An Australian Research Study*. Canberra: Department of Immigration and Multicultural Affairs.
- Avenarius, C. 2007.** "Cooperation, Conflict and Integration among Sub-ethnic Immigrant Groups from Taiwan." *Population, Space and Place* 13 (2): 95-112.
- Azcona, G. 2009.** "Migration in Participatory Poverty Assessments: A Review." *Human Development Research Paper No. 56*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Ba, C. O., M. Awumbila, A. I. Ndiaye, B. Kassibo and D. Ba. 2008.** *Irregular Migration in West Africa*. Dakar: Open Society Initiative for West Africa.
- Bahrain Center for Human Rights. 2008.** "The Situation of Women Migrant Domestic Workers in Bahrain". *Report submitted to the 42nd session of the CEDAW Committee*. Manama: Bahrain Center for Human Rights.
- Baines, D. 1985.** *Migration in a Mature Economy: Emigration and Internal Migration in England and Wales, 1861-1900*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bakewell, O. 2008.** "Research Beyond the Categories: The Importance of Policy Irrelevant Research into Forced Migration." *Journal of Refugee Studies* 21: 432-453.
- . **2009.** "South-South Migration and Human Development: Reflections on African Experiences." *Human Development Research Paper No. 7*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Bakewell, O. and H. de Haas. 2007.** "African Migrations: Continuities, Discontinuities and Recent Transformations." In L. de Haan, U. Engel, and P. Chabal (Eds.), *African Alternatives*: 95-117. Leiden: Brill.
- Banerjee, A. and E. Duflo. 2006.** "Addressing Absence." *Journal of Economic Perspectives* 20 (1): 117-132.
- Barnett, J. and M. Webber. 2009.** "Accommodating Migration to Promote Adaptation to Climate Change". Melbourne: Commission on Climate Change and Development, University of Melbourne.
- Barrell, R., J. Fitzgerald and R. Railey. 2007.** "EU Enlargement and Migration: Assessing the Macroeconomic Consequences". *Discussion Paper No. 292*. London: National Institute of Economic and Social Research.
- Barro, R. J. and J.-W. Lee. 2001.** "International Data on Educational Attainment: Updates and Implications." *Oxford Economic Papers* 53 (3): 541-563.
- Barros, P. P. and I. M. Pereira. 2009.** "Access to Health Care and Migration: Evidence from Portugal." *Human Development Research Paper No. 28*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Bartolome, L. J., C. de Wet, H. Mander and V. K. Nagraj. 2000.** "Displacement, Resettlement, Rehabilitation, Reparation, and Development". *Working paper*. Cape Town: Secretariat of the World Commission on Dams.
- Baumol, W. J., R. Litan and C. Schramm. 2007.** *Good Capitalism, Bad Capitalism*. New Haven: Yale University Press.
- Bedford, R. 2008.** "Migration Policies, Practices and Cooperation Mechanisms in the Pacific". Paper presented at United Nations Expert Group Meeting on International Migration and Development in Asia and the Pacific, 20-21 September 2008, Bangkok, Thailand: Department of Social and Economic Affairs.
- Beegle, K., J. De Weerd and S. Dercon. 2008.** "Migration and Economic Mobility in Tanzania: Evidence from a Tracking Survey". *Policy Research Working Paper No. 4798*. Washington DC: World Bank.
- Behrman, J. R., J. Hoddinott, J. A. Maluccio, E. Soler-Hampejsek, E. L. Behrman, R. Martorell, Ramirez M. and A. D. Stein. 2008.** *What Determines Adult Skills? Impacts of Preschool, School-Years, and Post-School Experiences in Guatemala*. Philadelphia: University of Pennsylvania.
- Beine, M., F. Docquier and M. Schiff. 2008.** "International Migration, Transfers of Norms and Home Country Fertility". *Discussion Paper No. 3912*. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit.
- Bell, M. and S. Muhidin. 2009.** "Cross-National Comparisons of Internal Migration." *Human Development Research Paper No. 30*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Bellwood, P. 2005.** *First Farmers: The Origins of Agricultural Societies*. Oxford: Blackwell Publishing.
- Benach, J., C. Muntaner and V. Santana. 2007.** "Employment Conditions and Health Inequalities". *Final Report to the WHO Commission on Social Determinants of Health*. Geneva: Employment Conditions Knowledge Network.
- Berriane, M. 1997.** "Emigration Internationale du Travail et Micro-Urbanisation dans le Rif Oriental: Cas du Centre de Toauima". *Migration Internationale et Changements Sociaux dans le Maghreb*: 75-97. Tunis: Université de Tunis.
- Betcherman, G. and R. Islam (Eds.). 2001.** *East Asian Labor Markets and the Economic Crisis: Impacts Responses and Lessons*. Washington DC: World Bank.

- Betcherman, G., K. Olivas and A. Dar. 2004.** "Impacts of Active Labour Market Programmes: New Evidence from Evaluations with Particular Attention to Developing and Transition Countries". *Social Protection Discussion Paper Series No. 0402*. Washington DC: World Bank.
- Betts, A. 2008.** *Towards a 'Soft Law' Framework for the Protection of Vulnerable Migrants*. Geneva: UNHCR.
- Betts, D. C. and D. J. Slottje. 1994.** *Crisis on the Rio-Grande: Poverty, Unemployment, and Economic Development on the Texas-Mexico Border*. Boulder: Westview Press.
- Bhabha, J. 2008.** "Independent Children, Inconsistent Adults: International Child Migration and the Legal Framework". *Discussion Paper No. 2008-02*. Florence: Innocenti Research Centre, UNICEF.
- Bhagwati, J. N. 1979.** "International Migration of the Highly Skilled: Economics, Ethics and Taxes." *Third World Quarterly* 1 (3): 17-30.
- Black, R., D. Coppard, D. Kniveton, A. Murata, K. Schmidt-Verkerk and R. Skeldon. 2008.** "Demographics and Climate Change: Future Trends and their Policy Implications for Migration". *Globalisation and Poverty Working Paper No. T27*. Brighton: Development Research Centre on Migration.
- Black, R. and J. Sward. 2009.** "Migration, Poverty Reduction Strategies and Human Development." *Human Development Research Paper No. 38*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Borjas, G. J. 1995.** "The Economic Benefits from Immigration." *The Journal of Economic Perspectives* 9 (2): 3-22.
- . **1999.** "Immigration and Welfare Magnets." *Journal of Labor Economics* 17 (4): 607-637.
- . **2003.** "The Labor Demand Curve is Downward Sloping: Reexamining the Impact of Immigration on the Labor Market." *The Quarterly Journal of Economics* 118 (4): 1335-1374.
- Borjas, G. J., J. T. Grogger and G. H. Hanson. 2008.** "Imperfect Substitution Between Immigrants and Natives: A Reappraisal". *Working Paper No. W13887*. Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Bovenkerk, F., M. J. I. Gras, D. Ramsoedh, M. Dankoor and A. Havelaar. 1995.** "Discrimination Against Migrant Workers and Ethnic Minorities in Access to Employment in the Netherlands". *Labor Market Papers No. 4*. Geneva: International Labour Organization.
- Bowlby, J. 1982.** *Attachment*. New York: Basic Books.
- Branca, M. 2005.** *Border Deaths and Arbitrary Detention of Migrant Workers*. Berkeley: Human Rights Advocates.
- Brocknerhoff, M. 1990.** "Rural to Urban Migration and Child Survival in Senegal." *Demography* 27 (4): 601-616.
- . **1995.** "Child Survival in Big Cities: The Disadvantages of Migrants." *Social Science and Medicine* 40 (10): 1371-1383.
- Brucker, H., G. S. Epstein, B. McCormick, G. Saint-Paul, A. Venturini and K. Zimmermann. 2002.** "Managing Migration in the European Welfare State." In T. Boeri, G. Hanson, and B. McCormick (Eds.), *Immigration Policy and the Welfare System*: 1-168. New York: Oxford University Press.
- Bryant, J. and P. Rukmuaykit. 2007.** "Labor Migration in the Greater Mekong Sub-region: Does Migration to Thailand Reduce the Wages of Thai Workers?" *Working Paper No. 40889*. Washington DC: World Bank.
- Buch, C. M., A. Kuckulenz and M.-H. Le Manchec. 2002.** "Worker Remittances and Capital Flows". *Working Paper No. 1130*. Kiel: Kiel Institute for World Economics.
- Bueker, C. S. 2005.** "Political Incorporation among Immigrants from Ten Areas of Origin: The Persistence of Source Country Effects." *International Migration Review* 39 (1): 103-140.
- Burd-Sharps, S., K. Lewis and E. Martins. 2008.** *The Measure of America: American Human Development Report, 2008-2009*. New York: Columbia University Press.
- Bursell, M. 2007.** "What's in a Name? A Field Experiment Test for the Existence of Ethnic Discrimination in the Hiring Process". *Working Paper No. 2007-7*. The Stockholm University Linnaeus Center for Integration Studies.
- Business Monitor International. 2009.** "Downturn Raises Employment Questions." *Business Monitor International Forecasts*. March.
- Butcher, K. F. and A. M. Piehl. 1998.** "Recent Immigrants: Unexpected Implications for Crime and Incarceration." *Industrial and Labor Relations Review* 51 (4): 654-679.
- Cai, F., Y. Du and M. Wang. 2009.** «Migration and Labor Mobility in China.» *Human Development Research Paper No. 9*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Carballo, M. 2007.** "The Challenge of Migration and Health." *World Hospitals and Health Services: The Official Journal of the International Hospital Federation* 42 (4): 9-18.
- Card, D. 1990.** "The Impact of the Mariel Boat Lift on the Miami Labor Market." *Industrial and Labor Relation Review* 43 (2): 245-257.
- . **2009.** "Immigration and Inequality". *Working Paper No. 14683*. Cambridge: National Bureau of Economic Research, Inc.
- Carling, J. 2006.** "Migration, Human Smuggling and Trafficking from Nigeria to Europe". Geneva: International Organization for Migration.
- Carrasco, R., J. F. Jimeno and A. C. Ortega. 2008.** "The Impact of Immigration on the Wage Structure: Spain 1995-2002". *Economics Working Papers No. 080603*. Universidad Carlos III, Departamento de Economía.
- Carvajal, L. and I. M. Pereira. 2009.** "Evidence on the Link between Migration, Climate Disasters and Adaptive Capacity". *Human Development Report Office Working Paper*. New York: United Nations Development Programme.

- Castles, S. and R. Delgado Wise (Eds.). 2008.** *Migration and Development: Perspectives from the South*. Geneva: International Organization for Migration.
- Castles, S. and M. Miller. 1993.** *The Age of Migration*. New York: The Guilford Press.
- Castles, S. and S. Vezzoli. 2009.** "The Global Economic Crisis and Migration: Temporary Interruption or Structural Change?". Unpublished Manuscript for Paradigmes (Spain).
- CEPII (Research Center in International Economics). 2006.** "Distance Database." <http://www.cepii.fr/anglaisgraph/bdd/distances.htm>. Accessed July 2009.
- Cerrutti, M. 2009.** "Gender and Intra-regional Migration in South America." *Human Development Research Paper No. 12*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Chami, R., C. Fullenkamp and S. Jahjah. 2005.** "Are Immigrant Remittance Flows a Source of Capital for Development?" *IMF Staff Papers* 52 (1): 55-81.
- Chan, Liu and Yang. 1999.** "Hukou and Non-Hukou Migration in China: Comparisons and Contrasts." *International Journal of Population Geography* 5: 425-448.
- Chand, S. and M. A. Clemens. 2008.** "Skilled Emigration and Skill Creation: A Quasi-experiment". *International and Development Economics Working Paper No. 08-05*. Canberra: Crawford School of Economics and Government.
- Charnovitz, S. 2003.** "Trade Law Norms on International Migration." In T. Aleinikoff and V. Chetail (Eds.), *Migration and International Legal Norms*: 241-253. The Hague: TMC Asser Press.
- Chauvet, M. and C. Yu. 2006.** "International Business Cycles: G7 and OECD Countries". *Economic Review, First Quarter 2006*. Atlanta: Federal Reserve Bank of Atlanta.
- Chiswick, B. and Y. L. Lee. 2006.** "Immigrant Selection Systems and Immigrant Health". *Discussion Paper No. 2345*. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit.
- Chiswick, B. and P. Miller. 1995.** "The Endogeneity Between Language and Earnings: An International Analysis." *Journal of Labour Economics* 13: 201-246.
- Cho, W. K. T. 1999.** "Naturalization, Socialization, Participation: Immigrants and Non-Voting." *The Journal of Politics* 61 (4): 1140-1155.
- Christensen, G. and P. Stanat. 2007.** "Language Policies and Practices for Helping Immigrants and Second-Generation Students Succeed". Unpublished Report of The Transatlantic Task Force on Immigration and Integration. Migration Policy Institute and Bertelsmann Stiftung.
- Christian Aid. 2007.** "Human Tide: The Real Migration Crisis". A Christian Aid Report.
- CIEL (Center for International and Environmental Law). 2009.** "The World Bank's Involuntary Resettlement Policy." <http://www.ciel.org/Ifi/wbinvolresettle.html>. Accessed June 2009.
- Cinell, D. 1991.** *The National Integration of the Italian Return Migration, 1870-1929*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Clark, K. and S. Drinkwater. 2008.** "The Labour-Market Performance of Recent Migrants." *Oxford Review of Economic Policy* 24 (3): 495-516.
- Clauss, S. and B. Nauck. 2009.** "The Situation Among Children of Migrant Origin in Germany". *Working Paper*. Forthcoming. Florence: Innocenti Research Centre, UNICEF.
- Clemens, M. 2009a.** "Should Skilled Emigrants be Taxed? New Data on African Physicians Abroad". *Working Paper*. Forthcoming. Washington DC: Center for Global Development.
- . **2009b.** "Skill Flow: A Fundamental Reconsideration of Skilled-Worker Mobility and Development." *Human Development Research Paper No. 8*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Clemens, M., C. Montenegro and L. Pritchett. 2008.** "The Place Premium: Wage Differences for Identical Workers Across the U.S. Border". *Policy Research Working Paper No. 4671*. Washington DC: World Bank and Center For Global Development.
- Clemens, M. and L. Pritchett. 2008.** "Income Per Natural: Measuring Development as if People Mattered More than Places". *Working Paper No. 143*. Washington DC: Center for Global Development.
- Clert, C., E. Gomart, I. Aleksic and N. Otel. 2005.** "Human Trafficking in South Eastern Europe: Beyond Crime Control, an Agenda for Social Inclusion and Development". *Processed Paper*. Washington DC: World Bank.
- Colombo Process. 2008.** "Ministerial Consultation on Overseas Employment and Contractual Labour for Countries of Origin and Destination in Asia (Abu Dhabi Dialogue)". Ministerial Consultation on Overseas Employment and Contractual Labour for Countries of Origin and Destination in Asia (Abu Dhabi Dialogue), 21-22 January 2008, Abu Dhabi, UAE.
- Comelatto, P. A., A. E. Lattes and C. M. Levit. 2003.** "Migración Internacional y Dinámica Demográfica en la Argentina Durante la Segunda Mitad del Siglo XX." *Estudios Migratorios Latinoamericanos* 17 (50): 69-110.
- Commander, S., R. Chanda, M. Kangasniemi and L. A. Winters. 2008.** "The Consequences of Globalisation: India's Software Industry and Cross-border Labour Mobility." *The World Economy* 31 (2): 187-211.
- Consensus Economics. 2009a.** "Asia Pacific Consensus Forecasts." *Consensus Economics*: 1-36.
- . **2009b.** "Consensus Forecasts." *Consensus Economics*: 1-32.

- . **2009c.** "Eastern Europe Consensus Forecasts." *Consensus Economics*: 1-24.
- . **2009d.** "Latin American Consensus Forecasts." *Consensus Economics*: 1-31.
- Constant, A. 2005.** "Immigrant Adjustment in France and Impacts on the Natives." In K. F. Zimmermann (Ed.), *European Migration: What Do We Know?*: 263-302. New York: Oxford University Press.
- Corcoran, S. P., E. N. William and R. M. Schwab. 2004.** "Changing Labor-Market Opportunities for Women and the Quality of Teachers, 1957-2000." *American Economic Review* 94 (2): 230-235.
- Cordova, A. and J. Hiskey. 2009.** "Migrant Networks and Democracy in Latin America". Unpublished Working Paper. Nashville: Vanderbilt University.
- Cornelius, W. A., T. Tsuda, P. L. Martin and J. Hollifield (Eds.). 2004.** *Controlling immigration: A Global Perspective (Second Edition)*. Stanford: Stanford University Press.
- Cortes, R. 2008.** "Children and Women Left Behind in Labour Sending Countries: An Appraisal of Social Risks". Unpublished Working Paper. New York: UNICEF, Division of Policy and Practice.
- Council of Europe. 2006.** "Roma Campaign Dosta." http://www.coe.int/t/dg3/romatravellers/documentation/youth/Romaphobia_en.asp. Accessed May 2009.
- Council of the European Union. 2009.** *Council Directive on the Conditions of Entry and Residence of Third-country Nationals for the Purpose of Highly Qualified Employment 17426/08*. Brussels: Council of the European Union.
- Cox Edwards, A. and M. Ureta. 2003.** "International Migration Remittances, and Schooling: Evidence from El Salvador." *Journal of Development Economics* 72 (2): 429-461.
- Crisp, J. 2006.** "Forced Displacement in Africa: Dimensions, Difficulties and Policy Directions". *Research Paper No. 126*. Geneva, Switzerland: United Nations High Commissioner for Refugees.
- Crul, M. 2007.** "Pathways to Success for the Children of Immigrants". Unpublished Report of The Transatlantic Task Force on Immigration and Integration. Migration Policy Institute and Bertelsmann Stiftung.
- Crush, J. and S. Ramachandran. 2009.** "Xenophobia, International Migration, and Human Development." *Human Development Research Paper No. 47*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Cummins, M., E. Letouzé, M. Purser and F. Rodríguez. 2009.** "Revisiting the Migration-Development Nexus: A Gravity Model Approach." *Human Development Research Paper No. 44*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Cummins, M. and F. Rodríguez. 2009.** "Is There a Numbers Versus Rights Trade-Off in Immigration Policy? What the Data Say." *Human Development Research Paper No. 21*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- de Bruijn, B. J. 2009.** "The Living Conditions and Well-Being of Refugees." *Human Development Research Paper No. 25*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- de Haas, H. 2007.** *The Myth of Invasion: Irregular Migration from West Africa to the Maghreb and the European Union*. Oxford: International Migration Institute (IMI), James Martin 21st Century School, University of Oxford.
- . **2008.** "The Myth of Invasion: The Inconvenient Realities of African Migration to Europe." *Third World Quarterly* 29 (7): 1305-1322.
- . **2009.** "Mobility and Human Development." *Human Development Research Paper No. 1*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- de Haas, H. and R. Plug. 2006.** "Cherishing the Goose with the Golden Eggs: Trends in Migrant Remittances from Europe to Morocco 1970-2004." *International Migration Review* 40 (3): 603-634.
- Deb, P. and P. Seck. 2009.** "Internal Migration, Selection Bias and Human Development: Evidence from Indonesia and Mexico." *Human Development Research Paper No. 31*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- December 18 vzw. 2008.** *The UN Treaty Monitoring Bodies and Migrant Workers: A Samzidat*. Geneva: December 18 vzw.
- Del Popolo, F., A. M. Oyarce, B. Ribotta and J. Rodríguez. 2008.** *Indigenous Peoples and Urban Settlements: Spatial Distribution, Internal Migration and Living Conditions*. Santiago: United Nations Economic Commission for Latin America and the Caribbean.
- Department of Treasury and Finance. 2002.** "Globalisation and the Western Australian Economy". *Economic Research Paper*. Perth: Government of Western Australia.
- Deshingkar, P. and S. Akter. 2009.** "Migration and Human Development in India." *Human Development Research Paper No. 13*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Deshingkar, P. and S. Grimm. 2005.** "Internal Migration and Development: A Global Perspective". *Migration Research Series No. 19*. Geneva: International Organization for Migration.
- DHS (Department of Homeland Security). 2007.** "Yearbook of Immigration Statistics: 2007, Table 1." <http://www.dhs.gov/ximgt/statistics/publications/LPR07.shtm>. Accessed June 2009.

- Docquier, F. and A. Marfouk. 2004.** "International Migration by Educational Attainment (1990-2000) - Release 1.1". Unpublished Working Paper.
- Docquier, F., H. Rapoport and I. L. Shen. 2003.** "Remittances and Inequality: A Dynamic Migration Model". *Discussion Paper No. 808*. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit.
- Doganis, R. 2002.** *Flying Off Course*. London: Routledge.
- Drèze, J. and A. Sen. 1999.** *The Political Economy of Hunger Volume 1: Entitlement and Well-Being*. Oxford: Clarendon Press.
- Dumont, J.-C., J. P. Martin and G. Spielvogel. 2007.** "Women on the Move: The Neglected Gender Dimension of the Brain Drain". *Discussion Paper No. 2920*. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit.
- Durand, J., W. Kandel, A. P. Emilio and D. S. Massey. 1996.** "International Migration and Development in Mexican Communities." *Demography* 33 (2): 249-264.
- Dustmann, C. and F. Fabbri. 2005.** "Immigrants in the British Labour Market." *Fiscal Studies* 26 (4): 423-470.
- Dustmann, C., T. Frattini and I. Preston. 2008.** "The Effect of Immigration Along the Distribution of Wages". *Discussion Paper No. 0803*. London: Centre for Research and Analysis of Migration.
- Dustmann, C., A. Gritz and T. Vogel. 2006.** "Employment, Wage Structure, and the Economic Cycle: Difference Between Immigrants and Natives in Germany and the UK". *Discussion Paper No. 0906*. London: Centre for Research and Analysis of Migration.
- Earnest, D. C. 2008.** *Old Nations, New Voters: Nationalism, Transnationalism and Democracy in the Era of Global Migration*. Albany: State University of New York Press.
- EC-UN Joint Migration and Development Initiative. 2008.** "Migrant Communities." In *Migration for Development: Knowledge Fair Handbook*: 39-53. Brussels: EC-UN Joint Migration and Development Initiative.
- Eckstein, S. 2004.** "Dollarization and its Discontents: Remittances and the Remaking of Cuba in the Post-Soviet Era." *Comparative Politics* 36 (3): 313-330.
- ECLAC (Economic Commission for Latin America and the Caribbean). 2007.** "Internal Migration and Development in Latin America and the Caribbean: Continuity, Changes and Policy Challenges." In *Social Panorama of Latin America*: 195-232. Santiago: United Nations.
- ECOSOC (Economic and Social Council of the United Nations, Commission on Human Rights). 1998.** "Further Promotion and Encouragement of Human Rights and Fundamental Freedoms Including the Question of the Programme and Methods of Work of the Commission: Human Rights, Mass Exoduses, and Displaced Persons". Commission on Human Rights, Fifth-fourth session. UN Doc. No. E/CN.4/1998/53/Add.2.
- Ellis, F. and N. Harris. 2004.** "Development Patterns, Mobility and Livelihood Diversification". Paper presented at Department for International Development Sustainable Development Retreat, 13 July 2004, Guildford, UK.
- EurActiv.com News. 2008.** "Divided Parliament Approves EU Blue Card System." <http://www.euractiv.com/en/social/europe/divided-parliament-approves-eu-blue-card-system/article-177380>.
- European Parliament. 2008.** "European Parliament Legislative Resolution of 18 June 2008 on the Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on Common Standards and Procedures in Member States for Returning Illegally Staying Third-Country Nationals P6_TA(2008)0293." <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0293+0+DOC+XML+V0//EN&language=EN#BKMD-5>. Accessed June 2009.
- Ezra, M. and G. E. Kiros. 2001.** "Rural Out-Migration in the Drought Prone Areas of Ethiopia: A Multilevel Analysis." *International Migration Review* 35 (3): 749-771.
- Facchini, G. and A. M. Mayda. 2008.** "From Individual Attitudes Towards Migrants to Migration Policy Outcomes: Theory and Evidence." *Economic Policy* 23 (56): 651-713.
- . 2009. "The Political Economy of Immigration Policy." *Human Development Research Paper No. 3*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Fajnzylber, P. and J. H. Lopez. 2007.** *Close to Home: The Development Impact of Remittances in Latin America*. Washington DC: World Bank Publications.
- Fan, C. C. 2002.** "The Elite, the Natives, and the Outsiders: Migration and Labor Market Segmentation in Urban China." *Annals of the Association of American Geographers* 92 (1): 103-124.
- Fan, C. S. and O. Stark. 2007.** "The Brain Drain, 'Educated Unemployment', Human Capital Formation, and Economic Betterment." *Economics of Transition* 15 (4): 629-660.
- Fang, C. and D. Wang. 2008.** "Impacts of Internal Migration on Economic Growth and Urban Development in China." In J. DeWind and J. Holdaway (Eds.), *Migration and Development Within and Across Borders: Research and Policy Perspectives on Internal and International Migration*: 245-272. Geneva: International Organization for Migration.
- Fang, Z. Z. 2009.** "Potential of China in Global Nurse Migration." *Health Services Research* 42 (1): 1419-1428.
- Fargues, P. 2006.** "The Demographic Benefit of International Migration: Hypothesis and Application to Middle Eastern and North African Contexts". *Policy Research Working Paper No. 4050*. Washington DC: World Bank.

- Felbermayr, G. J. and F. Toubal. 2008.** "Revisiting the Trade-Migration Nexus: Evidence from New OECD Data". Unpublished Working Paper.
- Fennelly, K. 2005.** "The 'Healthy Migrant' Effect." *Healthy Generations* 5 (3): 1-4.
- Findlay, A. M. and B. L. Lowell. 2001.** *Migration of Highly Skilled Persons from Developing Countries: Impact and Policy Responses*. Geneva: International Labour Office.
- Foner, N. 2002.** *From Ellis Island to JFK*. New Haven: Yale University Press.
- Frank, R. and R. A. Hummer. 2002.** "The Other Side of the Paradox: The Risk of Low Birth Weight Among Infants of Migrant and Nonmigrant Households within Mexico." *International Migration Review* 36 (3): 746-765.
- Freedom House. 2005.** *Freedom in the World 2005: The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties*. Boston: Rowman & Littlefield Publishers.
- . **2009.** "Freedom in the World Survey". Washington DC: Freedom House.
- Friedman, B. M. 2005.** *The Moral Consequences of Economic Growth*. New York: Knopf.
- Gaige. 2006.** *Zhongguo nongmingong wenti yanjiu zongbaogao (Report on the Problems of Chinese Farmer-Turned Workers)* (Rep. No. 5).
- Galenson, D. W. 1984.** "The Rise and Fall of Indentured Servitude in the Americas: An Economic Analysis." *Journal of Economic History* 44 (1): 1-26.
- Gamlen, A. 2006.** "Diasporas Engagement Policies: What are They, and What Kinds of States Use Them?". *Working Paper No. 32*. Oxford: Centre on Migration, Policy and Society.
- García y Griego, M. 1983.** "The Importation of Mexican Contract Laborers to the United States, 1942-1964: Antecedents, Operation and Legacy." In P. Brown and H. Shue (Eds.), *The Border that Joins: Mexican Migrants and US Responsibility*: 49-98. New Jersey: Rowman and Littlefield.
- García-Gomez, P. 2007.** "Salud y Utilización de Recursos Sanitarios: Un Análisis de las Diferencias y Similitudes Entre Población Inmigrante y Autóctona." *Presupuesto y Gasto Publico* 49: 67-85.
- GFMD (Global Forum on Migration and Development).**
- 2008.** "Report of the Proceedings". Prepared for the Global Forum on Migration and Development, 29-30 October 2008, Manila, Philippines.
- Ghosh, B. 2007.** "Restrictions in EU Immigration and Asylum Policies in the Light of International Human Rights Standards." *Essex Human Rights Review* 4 (2).
- Ghosh, J. 2009.** "Migration and Gender Empowerment: Recent Trends and Emerging Issues." *Human Development Research Paper No. 4*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Gibney, M. J. 2009.** "Precarious Residents: Migration Control, Membership and the Rights of Non-Citizens." *Human Development Research Paper No. 10*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Gibson, J. and S. D. McKenzie. 2009.** "The Microeconomic Determinants of Emigration and Return Migration of the Best and Brightest: Evidence from the Pacific". *Discussion Paper Series No. 03/09*. London: Centre for Research and Analysis of Migration.
- Gidwani, V. and K. Sivaramakrishnan. 2003.** "Circular Migration and the Spaces of Cultural Assertion." *Annals of the Association of American Geographers* 93 (1): 186-213.
- Gilbertson, G. A. 1995.** "Women's Labor and Enclave Employment: The Case of Dominican and Colombian Women in New York City." *International Migration Review* 29 (3): 657-670.
- Glaeser, E. L., H. D. Kallal, J. A. Scheinkman and A. Shleifer. 1992.** "Growth in Cities." *Journal of Political Economy* 100 (6): 1126-1152.
- Global IDP Project and Norwegian Refugee Council. 2005.** *Internal Displacement: Global Overview of Trends and Developments in 2004*. Geneva: Global IDP Project.
- Global Legal Information Network. 2009.**
- "Kafala." <http://www.glin.gov/subjectTermIndex.action?search=&searchDetails.queryType=BOOLEAN&searchDetails.queryString=mt%3A^%22Kafala%22%24>. Accessed June 2009.
- Goldring, L. 2004.** "Family and Collective Remittances to Mexico: A Multi-Dimensional Typology." *Development and Change* 35: 799-840.
- Goncalves, A., S. Dias, M. Luck, M. J. Fernandes and J. Cabral. 2003.** "Acesso aos Cuidados de Saúde de Comunidades Migrantes: Problemas e Perspectivas e Intervenção." *Revista Portuguesa de Saude Publica* 21 (1): 55-64.
- Gould, J. D. 1980.** "European Inter-Continental Emigration. The Road Home: Return Migration from the USA." *Journal of European Economic History* 9: 41-112.
- Government of Azad Jammu and Kashmir. 2003.** *Between Hope and Despair: Pakistan Participatory Poverty Assessment Azad Jammu and Kashmir Report*. Islamabad: Planning Commission, Government of Pakistan.
- Government of Lesotho. 2004.** "Kingdom of Lesotho Poverty Reduction Strategy 2004/2005 - 2006/2007." http://www.lesotho.gov.ls/documents/PRSP_Final.pdf. Accessed June 2009.
- Government of Sweden. 2008.** "Swedish Code of Statutes." <http://www.sweden.gov.se/>. Accessed June 2009.

- Government of Western Australia. 2004.** "WA Charter of Multiculturalism." http://www.omi.wa.gov.au/Publications/wa_charter_multiculturalism.pdf. Accessed June 2009.
- Gregory, J. N. 1989.** *American Exodus: The Dust Bowl Migration and Okie Culture in California*. New York: Oxford University Press.
- Ha, W., J. Yi and J. Zhang. 2009a.** "Brain Drain, Brain Gain, and Economic Growth in China." *Human Development Research Paper No. 37*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- . **2009b.** "Internal Migration and Inequality in China: Evidence from Village Panel Data." *Human Development Research Paper No. 27*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Hagan, J., K. Eschbach and N. Rodriguez. 2008.** "US Deportation Policy, Family Separation, and Circular Migration." *International Migration Review* 42 (1): 64-88.
- Halliday, T. 2006.** "Migration, Risk, and Liquidity Constraints in El Salvador." *Economic Development and Cultural Change* 54 (4): 893-925.
- Hamel, J. Y. 2009.** "Information and Communication Technologies and Migration." *Human Development Research Paper No. 39*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Hampshire, K. 2006.** "Flexibility in Domestic Organization and Seasonal Migration Among the Fulani of Northern Burkina Faso." *Africa* 76: 402-426.
- Hanson, G. 2007.** "The Economic Logic of Illegal Immigration." *Working Paper No. 26*. New York: Council on Foreign Relations.
- . **2009.** "The Governance of Migration Policy." *Human Development Research Paper No. 2*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Hanson, G., K. F. Scheve and M. J. Slaughter. 2007.** "Public Finance and Individual Preferences Over Globalization Strategies." *Economics and Politics* 19 (1): 1-33.
- Hanson, G. and A. Spilimbergo. 2001.** "Political Economy, Terms of Trade, and Border Enforcement." *Canadian Journal of Economics* 34 (3): 612-638.
- Harris, J. R. and M. P. Todaro. 1970.** "Migration, Unemployment, and Development: A Two-Sector Analysis." *The American Economic Review* 60 (1): 126-142.
- Harttgen, K. and S. Klasen. 2009.** "A Human Development Index by Internal Migration Status." *Human Development Research Paper No. 54*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Hashim, I. M. 2006.** "The Positives and Negatives of Children's Independent Migration: Assessing the Evidence and the Debates". *Working Paper No. T16*. Brighton: Development Research Centre on Migration.
- Hatton, T. J. and J. G. Williamson. 1998.** *The Age of Mass Migration: Causes and Economic Impact*. New York: Oxford University Press.
- . **2005.** *Global Migration and the World Economy: Two Centuries of Policy Performance*. Cambridge: MIT Press.
- Hausmann, R., F. Rodríguez and R. Wagner. 2008.** "Growth Collapses." In C. M. Reinhart, C. A. Végh, and A. Velasco (Eds.), *Money, Crises, and Transition: Essays in Honor of Guillermo A. Calvo: 377-428*. Cambridge: MIT Press.
- He, Y. 2004.** "Hukou and Non-Hukou Migrations in China: 1995-2000". *Working Paper Series No. C2004016*. China Center for Economic Research.
- Heckman, J. J. 2006.** "Skill Formation and the Economics of Investing in Disadvantaged Children." *Science* 312 (5782): 1900-1902.
- Heleniak, T. 2009.** "Migration Trends and Patterns in the Former Soviet Union and Czechoslovakia 1960-1990". *Commissioned by the Human Development Report Office*. New York: United Nations Development Programme.
- Henderson, J. V., Z. Shalizi and A. J. Venables. 2001.** "Geography and Development." *Journal of Economic Geography* (1): 81-105.
- Hernandez, D. 2009.** "Children in Immigrant Families in Eight Affluent Societies". Florence: Innocenti Research Centre, UNICEF.
- Heston, A., R. Summers and B. Aten. 2006.** "Penn World Table Version 6.2". Philadelphia: Center for International Comparisons of Production, Income and Prices at the University of Pennsylvania.
- Hildebrandt, N., D. J. McKenzie, G. Esquivel and E. Schargrodsky. 2005.** "The Effects of Migration on Child Health in Mexico." *Economia* 6 (1): 257-289.
- Horst, H. 2006.** "The Blessings and Burdens of Communication: Cell Phones in Jamaican Transnational Social Fields." *Global Networks* 6 (2): 143-159.
- Hossain, M. I., I. A. Khan and J. Seeley. 2003.** "Surviving on their Feet: Charting the Mobile Livelihoods of the Poor in Rural Bangladesh". Paper presented at Staying Poor: Chronic Poverty and Development Policy, 7-9 April 2003, Manchester, UK.
- Huan-Chang, C. 1911.** *The Economic Principles of Confucius and his School*. Whitefish: Kessinger Publishing.
- Huang, Q. 2006.** "Three Government Agencies Emphasize the Need to Pay Close Attention to the Safety and Health of Migrant Workers (Sanbumen Kaizhan Guanai Nongmingong Shenming Anquan Yu Jiankang Tebie Xingdong)." *Xinhua News Agency*.

- Hugo, G. 2000.** "Migration and Women's Empowerment." In H. B. Presser and G. Sen (Eds.), *Women's Empowerment and Demographic Processes*. Oxford, U.K.: Oxford University Press.
- Hugo, G. 1993.** "Indonesian Labour Migration to Malaysia: Trends and Policy Implications." *Southeast Asian Journal of Social Science* 21 (1): 36-70.
- Human Rights Watch. 2005a.** *Families Torn Apart: The High Cost of U.S. and Cuban Travel Restrictions*. New York: Human Rights Watch.
- . **2005b.** "Malaysia: Migrant Workers Fall Prey to Abuse." *Human Rights Watch News Release*, 16 May.
- . **2007a.** "Forced Apart." <http://www.hrw.org/en/reports/2007/07/16/forced-apart>. Accessed June 2009.
- . **2007b.** "World Report 2007". New York: Human Rights Watch.
- Human Security Centre. 2005.** *Human Security Report 2005: War and Peace in the 21st Century*. New York: Oxford University Press.
- Hunt, J. and M. Gauthier-Loiselle. 2008.** "How Much Does Immigration Boost Innovation?" *Working Paper No. 14312*. Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- IATA (International Air Transport Association). 2006.** *Travel Information Manual*. Badhoevedorp: IATA.
- İçduygu, A. 2009.** "International Migration and Human Development in Turkey." *Human Development Research Paper No. 52*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- ICFTU (International Confederation of Free Trade Unions). 2009.** "International Confederation of Free Trade Unions." <http://www.icftu.org/default.asp?Language=EN>. Accessed July 2009.
- ICMPD (International Centre for Migration Policy Development). 2009.** "Regularisations in Europe: Study on Practices in the Area of Regularisation of Illegally Staying Third-Country Nationals in the Member States of the EU". Vienna: ICMPD.
- IDB (Inter-American Development Bank). 2009.** "Sectoral Operational Policies: Involuntary Resettlement." http://www.iadb.org/aboutus/pi/OP_710.cfm. Accessed June 2009.
- IDMC (Internal Displacement Monitoring Centre). 2008.** *Internal Displacement: Global Overview of Trends and Developments in 2007*. Geneva: IDMC.
- . **2009a.** "Global Statistics on IDPs." <http://www.internal-displacement.org>. Accessed February 2009.
- . **2009b.** *Internal Displacement: Global Overview of Trends and Developments in 2008*. Geneva: IDMC.
- Ignatiev, N. 1995.** *How the Irish Became White*. New York: Routledge.
- IIED and WBCSD (International Institute for Environment and Development and World Business Council for Sustainable Development). 2003.** *Breaking New Ground: Mining, Minerals and Sustainable Development*. Virginia: Earthscan.
- ILO (International Labour Organization). 2004.** "Towards a Fair Deal for Migrant Workers in the Global Economy." International Labour Conference, 92nd Session, 1-12 June 2004, Geneva, Switzerland.
- . **2009a.** "Economically Active Population Estimates and Projections." http://laborsta.ilo.org/applv8/data/EAPEP/eapep_E.html. Accessed July 2009.
- . **2009b.** "LABORSTA database." <http://laborsta.ilo.org/>. Accessed July 2009.
- IMF (International Monetary Fund). 2009a.** "Global Economic Policies and Prospects". Executive Summary of the Meeting of the Ministers and Central Bank Governors of the Group of Twenty, 13-14 March, London.
- . **2009b.** "Government Finance Statistics Online." <http://www.imfstatistics.org/gfs/>. Accessed July 2009.
- . **2009c.** *World Economic Outlook Update: Global Economic Slump Challenges Policies*. Washington DC: International Monetary Fund.
- IMF (International Monetary Fund) and World Bank. 1999.** "Poverty Reduction Strategy Papers--Operational Issues." <http://www.imf.org/external/np/pdr/prsp/poverty1.htm>.
- Immigration and Refugee Board of Canada. 2008.** "Responses to Information Requests (CHN102869.E)." <http://www2.irb-cisr.gc.ca/en/research/rir/?action=record.viewrec&gotorec=451972>. Accessed July 2009.
- INE (Instituto Nacional de Estadística). 2009.** "Encuesta de Población Activa: Primer Trimestre". Madrid: Government of Spain.
- International Labour Office. 1936.** *World Statistics of Aliens: A Comparative Study of Census Returns, 1910-1920-1930*. Westminster: P.S. King & Son Ltd.
- IOM (International Organization for Migration). 2008a.** "The Diversity Initiative: Fostering Cultural Understanding in Ukraine." <http://www.iom.int/jahia/Jahia/facilitating-migration/migrant-integration/pid/2026>. Accessed June 2009.
- . **2008b.** *World Migration 2008: Managing Labour Mobility in the Evolving Global Economy*. Geneva: International Organization for Migration.
- IPC (Immigration Policy Center). 2007.** *The Myth of Immigrant Criminality and the Paradox of Assimilation: Incarceration Rates Among Native and Foreign-Born Men*. Washington DC: IPC.
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). 2007.** "Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change." In S. Solomon, D. Qin, M. Manning, Z. Chen, M. Marquis,

- K. B. Averyt, M. Tignor, and H. L. Miller (Eds.). New York: Cambridge University Press.
- IPU (Inter-Parliamentary Union). 2009.** Correspondence on year women received the right to vote and to stand for election and year first woman was elected or appointed to parliament. June. Geneva.
- Iredale, R. 2001.** "The Migration of Professionals: Theories and Typologies." *International Migration* 39 (5, Special Issue 1): 7-26.
- Iskander, N. 2009.** "The Creative State: Migration, Development and the State in Morocco and Mexico, 1963-2005". New York: New York University. Forthcoming.
- Ivakhnyuk, I. 2009.** "The Russian Migration Policy and its Impact on Human Development: The Historical Perspective." *Human Development Research Paper No. 14*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Jack, B. and T. Suri. 2009.** "Mobile Money: The Economics of Kenya's M-PESA". Cambridge: MIT Sloan School of Business, Forthcoming.
- Jacobs, J. 1970.** *The Economy of Cities*. New York: Vintage Books.
- Jasso, G., D. Massey, M. Rosenzweig and J. Smith. 2004.** "Immigrant Health - Selectivity and Acculturation." In N. B. Anderson, R. A. Bulatao, and B. Cohen (Eds.), *Critical Perspectives on Racial and Ethnic Differences in Health in Late Life*: 227-266. Washington, D.C.: National Academies Press.
- Jasso, G. and M. Rosenzweig. 2009.** "Selection Criteria and the Skill Composition of Immigrants: A Comparative Analysis of Australian and US Employment Immigration." In J. N. Bhagwati and G. Hanson (Eds.), *Skilled Immigration Today: Prospects, Problems and Policies*: 153-183. New York: Oxford University Press.
- Javorcik, B. S., C. Ozden, M. Spatareanu and C. Neagu. 2006.** "Migrant Networks and Foreign Direct Investment". *Working Paper No. 3*. Newark: Rutgers University.
- Jayaweera, H. and B. Anderson. 2009.** "Migrant Workers and Vulnerable Employment: A Review of Existing Data". *Project Undertaken by Compas for the TUC Commission on Vulnerable Employment*. Oxford: Centre on Migration, Policy, and Society.
- Jobbins, M. 2008.** "Migration and Development: Poverty Reduction Strategies." Prepared for the Global Forum on Migration and Development, 29-30 October 2008, Manila, Philippines.
- Kabeer, N. 2000.** *The Power to Choose: Bangladeshi Women and Labour Market Decisions in London and Dhaka*. London: Verso.
- Kalita, M. 2009.** "U.S. Deters Hiring of Foreigners as Joblessness Grows." *The Wall Street Journal*, 27 March.
- Kapur, D. 2004.** "Remittances: The New Development Matra?" *G-24 Discussion Paper Series No. 29*. Geneva: United Nations Conference on Trade and Development.
- Karsten, S., C. Felix, G. Ledoux, W. Meijnen, J. Roeleveld and E. Van Schooten. 2006.** "Choosing Segregation or Integration?: The Extent and Effects of Ethnic Segregation in Dutch Cities." *Education and Urban Society* 38 (2): 228-247.
- Kaur, A. 2007.** "International Labour Migration in Southeast Asia: Governance of Migration and Women Domestic Workers." *Intersections: Gender, History and Culture in the Asian Context* (15).
- Kautsky, K. 1899.** *The Agrarian Question*. London: Zwan Publications.
- Kelley, N. and M. Trebilcock. 1998.** *The Making of the Mosaic: A History of Canadian Immigration Policy*. Toronto: University of Toronto Press.
- Khaleej Times. 2009.** "Bahrain Commerce Body Denies Abolition of Sponsorship." *Khaleej Times Online*, 15 June.
- Khoo, S. E., G. Hugo and P. McDonald. 2008.** "Which Skilled Temporary Migrants Become Permanent Residents and Why?" *International Migration Review* 42 (1): 193-226.
- King, R., R. Skeldon and J. Vullnetari. 2008.** "Internal and International Migration: Bridging the Theoretical Divide". Paper presented at Theories of Migration and Social Change Conference, 1-3 July 2008, Oxford University, Oxford, UK.
- King, R. and J. Vullnetari. 2006.** "Orphan Pensioners and Migrating Grandparents: The Impact of Mass Migration on Older People in Rural Albania." *Ageing and Society* 26 (5): 783-816.
- Kireyev, A. 2006.** "The Macroeconomics of Remittances: The Case of Tajikistan". *IMF Working Paper No. 06/2*. Washington D.C.: International Monetary Fund.
- Kleemans, M. and J. Klugman. 2009.** "Public Opinions towards Migration." *Human Development Research Paper No. 53*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Klugman, J. and I. M. Pereira. 2009.** "Assessment of National Migration Policies." *Human Development Research Paper No. 48*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Koettl, J. 2006.** "The Relative Merits of Skilled and Unskilled Migration, Temporary, and Permanent Labor Migration, and Portability of Social Security Benefits". *Working Paper Series No. 38007*. Washington DC: World Bank.
- Koser, K. 2008.** "Why Migrant Smuggling Pays." *International Migration* 46 (2): 3-26.
- Koslowski, R. 2008.** "Global Mobility and the Quest for an International Migration Regime." In J. Chamie and L. Dall'Oglio (Eds.), *International migration and development: Continuing the dialogue: Legal and policy perspectives*: 103-144. Geneva: International Organization for Migration.

- . 2009. "Global Mobility Regimes: A Conceptual Reframing". Paper presented at International Studies Association Meeting, 15 February 2009, New York, US.
- Kremer, M. and S. Watt. 2006.** "The Globalisation of Household Production". *Working Paper No. 2008-0086*. Cambridge: Weatherhead Center for International Affairs, Harvard University.
- Kundu, A. 2009.** "Urbanisation and Migration: An Analysis of Trends, Patterns and Policies in Asia." *Human Development Research Paper No. 16*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Kutnick, B., P. Belser and G. Danailova-Trainor. 2007.** "Methodologies for Global and National Estimation of Human Trafficking Victims: Current and Future Approaches". *Working Paper No. 29*. Geneva: International Labour Organization.
- La Rovere, E. L. and F. E. Mendes. 1999.** "Tucuruí Hydropower Complex Brazil". *Working Paper*. Cape Town: World Commission on Dams.
- Lacroix, T. 2005.** "Les Réseaux Marocains du Développement: Géographie du Transnational et Politiques du Territorial". Paris: Presses de Sciences Po.
- Laczko, F. and G. Danailova-Trainor. 2009.** "Trafficking in Persons and Human Development: Towards a More Integrated Policy Response." *Human Development Research Paper No. 51*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Landau, L. B. 2005.** "Urbanization, Nativism and the Rule of Law in South Africa's 'Forbidden Cities'." *Third World Quarterly* 26 (7): 1115-1134.
- Landau, L. B. and A. Wa Kabwe-Segatti. 2009.** "Human Development Impacts of Migration: South Africa Case Study." *Human Development Research Paper No. 5*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Lawyers for Human Rights. 2008.** "Monitoring Immigration Detention in South Africa". Pretoria: Lawyers for Human Rights.
- Leal-Arcas, R. 2007.** "Bridging the Gap in the Doha Talks: A Look at Services Trade." *Journal of International Commercial Law and Technology* 2 (4): 241-249.
- Lee, R. and T. Miller. 2000.** "Immigration, Social Security, and Broader Fiscal Impacts." *American Economic Review: Papers and Proceedings* 90 (2): 350-354.
- Leon-Ledesma, M. and M. Piracha. 2004.** "International Migration and the Role of Remittances in Eastern Europe." *International Migration* 42 (4): 65-83.
- Levitt, P. 1998.** "Social Remittances: Migration Driven Local-Level Forms of Cultural Diffusion." *International Migration Review* 32 (4): 926-948.
- . 2006. "Social Remittances - Culture as a Development Tool". Unpublished Working Paper. Santo Domingo: United Nations International Research and Training Institute for the Advancement of Women.
- Lewis, W. A. 1954.** "Economic Development with Unlimited Supplies of Labor." *Manchester School of Economic and Social Studies* 22 (2): 139-191.
- Linz, B., F. Balloux, Y. Moodley, A. Manica, H. Liu, P. Roumagnac, D. Falush, C. Stamer, F. Prugnolle, S. W. van der Merwe, Y. Yamaoka, D. Y. Graham, E. Perez-Trallero, T. Wadstrom, S. Suerbaum and M. Achtman. 2007.** "An African Origin for the Intimate Association Between Humans and Helicobacter Pylori." *Nature* 445: 915-918.
- Lipton, M. 1980.** "Migration from Rural Areas of Poor Countries: The Impact on Rural Productivity and Income Distribution." *World Development* 8 (1): 1-24.
- LIS (Luxembourg Income Study). 2009.** "Key Figures." <http://www.lisproject.org/key-figures/key-figures.htm>. Accessed June 2009.
- Local Government Association. 2009.** "The Impact of the Recession on Migrant Labour". London: Local Government Association.
- Longhi, S., P. Nijkamp and J. Poot. 2005.** "A Meta-Analytic Assessment of the Effect of Immigration on Wages." *Journal of Economic Surveys* 19 (3): 451-477.
- Longva, A. N. 1997.** *Walls Built on Sand: Migration, Exclusion and Society in Kuwait*. Boulder: Westview Press.
- Lu, X. and Y. Wang. 2006.** "'Xiang-Cheng' Renkou Qianyi Guimo De Cesuan Yu Fenxi (1979-2003) (Estimation and Analysis on Chinese Rural-Urban Migration Size)." *Xibei Renkou (Northwest Population)* 1: 14-16.
- Lucas, R. E. B. 2004.** "Life Earnings and Rural-Urban Migration." *The Journal of Political Economy* 112 (1): S29-S59.
- Lucas, R. E. B. and L. Chappell. 2009.** "Measuring Migration's Development Impacts: Preliminary Evidence from Jamaica". *Working Paper*. Global Development Network and Institute for Public Policy Research.
- Lucassen, L. 2005.** *The Immigrant Threat: The Integration of Old and New Migrants in Western Europe since 1890*. Champaign: University of Illinois Press.
- Luthria, M. 2009.** "The Importance of Migration to Small Fragile Economies." *Human Development Research Paper No. 55*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Magee, G. B. and A. S. Thompson. 2006.** "Lines of Credit, Debts of Obligation: Migrant Remittances to Britain, C.1875-1913." *Economic History Review* 59 (3): 539-577.
- Maksakova, L. P. 2002.** "Migratsia I Rinok Truda V Stranakh Srednei Azii [Migration and Labor Market in the Middle Asian

- Countries]". Proceedings of the Regional Seminar, 11-12 October 2001, Tashkent, Uzbekistan.
- Malek, A. 2008.** "Training for Overseas Employment". Paper presented at International Labour Organization Symposium on Deployment of Workers Overseas: A Shared Responsibility, 15-16 July 2008, Dhaka, Bangladesh.
- Manacorda, M., A. Manning and J. Wadsworth. 2006.** "The Impact of Immigration on the Structure of Male Wages: Theory and Evidence from Britain". *Discussion Paper Series No. 0608*. London: Centre for Research and Analysis of Migration.
- Mansuri, G. 2006.** "Migration, Sex Bias, and Child Growth in Rural Pakistan". *Policy Research Working Paper No. 3946*. Washington, D.C.: World Bank.
- Marcelli, E. A. and P. M. Ong. 2002.** "2000 Census Coverage of Foreign Born Mexicans in Los Angeles County: Implications for Demographic Analysis". Paper presented at the 2002 Annual Meeting of the Population Association of America, 9-11 May 2002, Atlanta, US.
- Marquette, C. M. 2006.** "Nicaraguan Migrants in Costa Rica." *Poblacion y Salud en Mesoamerica* 4 (1).
- Martin, P. 1993.** *Trade and Migration: NAFTA and Agriculture*. Washington DC: Institute for International Economics.
- . **1994.** "Germany: Reluctant Land of Immigration." In W. Cornelius, P. Martin, and J. Hollifield (Eds.), *Controlling Immigration: A Global Perspective*: 189-225. Stanford: Stanford University Press.
- . **2003.** *Promise Unfulfilled: Unions, Immigration, and Farm Workers*. Ithaca: Cornell University Press.
- . **2005.** "Merchant of Labor: Agents of the Evolving Migration Infrastructure". *Discussion Paper No. 158*. Geneva: International Institute for Labour Studies.
- . **2009a.** "Demographic and Economic Trends: Implications for International Mobility." *Human Development Research Paper No. 17*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- . **2009b.** "Migration in the Asia-Pacific Region: Trends, Factors, Impacts." *Human Development Research Paper No. 32*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Martin, P. and J. E. Taylor. 1996.** "The Anatomy of a Migration Hump." In J. E. Taylor (Ed.), *Development Strategy, Employment, and Migration: Insights from Models*: 43-62. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD).
- Martin, S. F. 2008.** "Policy and Institutional Coherence at the Civil Society Days of the GFMD". Prepared for the Global Forum on Migration and Development, 29-30 October 2008, Manila, Philippines.
- Martin, S. F. and R. Abimourchad. 2008.** "Promoting the Rights of Migrants". Prepared for the Civil Society Days of the Global Forum on Migration and Development, 27-30 October 2008, Manila, Philippines.
- Massey, D. S. 1988.** "International Migration and Economic Development in Comparative Perspective." *Population and Development Review* 14: 383-414.
- . **2003.** "Patterns and Processes of International Migration in the 21st Century". Paper prepared for Conference on African Migration in Comparative Perspective, 4-7 June 2003, Johannesburg, South Africa.
- Massey, D. S., J. Arango, G. Hugo, A. Kouaouci, A. Pellegrino and J. E. Taylor. 1998.** *Worlds in Motion: Understanding International Migration at the End of the Millennium*. New York: Oxford University Press.
- Massey, D. S. and M. Sánchez R. 2009.** "Restrictive Immigration Policies and Latino Immigrant Identity in the United States." *Human Development Research Paper No. 43*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Matsushita, M., T. J. Schoenbaum and P. C. Mavroidis (Eds.) 2006.** *The World Trade Organization: Law, Practice, and Policy*. New York: Oxford University Press.
- Mattoo, A. and M. Orlarrea. 2004.** "Reciprocity across Modes of Supply in the WTO: A Negotiating Formula." *International Trade Journal* 18: 1-24.
- Mazzolari, F. and D. Neumark. 2009.** "The Effects of Immigration on the Scale and Composition of Demand: A Study of California Establishments." *Human Development Research Paper No. 33*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- McKay, L., S. Macintyre and A. Ellaway. 2003.** "Migration and Health: A Review of the International Literature". *Occasional Paper No. 12*. Glasgow: Medical Research Council Social and Public Health Sciences Unit.
- McKenzie, D. 2007.** "Paper Walls are Easier to Tear Down: Passport Costs and Legal Barriers to Emigration." *World Development* 35 (11): 2026-2039.
- McKenzie, D., J. Gibson and S. Stillman. 2006.** "How Important is Selection? Experimental versus Non-Experimental Measures of the Income Gains from Migration". *Policy Research Working Paper Series No. 3906*. Washington DC: World Bank.
- Meng, X. and J. Zhang. 2001.** "The Two-Tier Labor Market in Urban China: Occupational Segregation and Wage Differentials Between Urban Residents and Rural Migrants in Shanghai." *Journal of Comparative Economics* 29 (3): 485-504.
- Mesnard, A. 2004.** "Temporary Migration and Capital Market Imperfections." *Oxford Economic Paper* 56: 242-262.
- Meza, L. and C. Pederzini. 2006.** "Condiciones Laborales Familiares y la Decision de Migracion: El Caso de México".

- Documento de apoyo del Informe sobre Desarrollo Humano México 2006-2007*. Mexico City: Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo.
- Migrant Forum in Asia. 2006.** "Asylum Seekers and Migrants at Risk of Violent Arrest, Overcrowded Detention Centers and Inhumane Deportation." *Migrant Forum in Asia, Urgent Appeal*, 2 November.
- Migration DRC (Development Research Centre). 2007.** "Global Migrant Origin Database (Version 4)." Development Research Centre on Migration, Globalisation and Poverty, University of Sussex.
- Migration Policy Group and British Council. 2007.** "Migrant Integration Policy Index." <http://www.integrationindex.eu/>. Accessed June 2009.
- Miguel, E. and J. Hamory. 2009.** "Individual Ability and Selection into Migration in Kenya." *Human Development Research Paper No. 45*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Mills, M. B. 1997.** "Contesting the Margins of Modernity: Women, Migration, and Consumption in Thailand." *American Ethnologist* 24 (1): 37-61.
- Ministry of Social Welfare and Labour, United Nations Population Fund and Mongolian Population and Development Association. 2005.** *Status and Consequences of Mongolian Citizens Working Abroad*. Ulaanbaatar: Mongolian Population and Development Association.
- Minnesota Population Center. 2008.** "Integrated Public Use Microdata Series - International: Version 4.0." University of Minnesota. <http://www.ipums.umn.edu/>. Accessed July 2009.
- Misago, J. P., L. B. Landau and T. Monson. 2009.** *Towards Tolerance, Law and Dignity: Addressing Violence Against Foreign Nationals in South Africa*. Arcadia: International Organization for Migration, Regional Office for Southern Africa.
- Mitchell, T. 2009.** "An Army Marching to Escape Medieval China." *Financial Times*, 15 April.
- Mobarak, A. M., C. Shyamal and B. Gharad. 2009.** "Migrating away from a Seasonal Famine: A Randomized Intervention in Bangladesh." *Human Development Research Paper No. 41*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Molina, G. G. and E. Yañez. 2009.** "The Moving Middle: Migration, Place Premiums and Human Development in Bolivia." *Human Development Research Paper No. 46*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Montenegro, C. E. and M. L. Hirn. 2008.** "A New Set of Disaggregated Labor Market Indicators Using Standardized Household Surveys from Around the World". *World Development Report Background Paper*. Washington DC: World Bank.
- MOSWL, PTRC and UNDP (Ministry of Labour and Social Welfare, Population Teaching and Research Center, National University of Mongolia and United Nations Development Programme). 2004.** *Urban Poverty and In-Migration Survey Report on Mongolia*. Ulaanbaatar: MOSWL, PTRC and UNDP.
- Mundell, R. A. 1968.** *International Economics*. New York: Macmillan.
- Muñoz de Bustillo, R. and J.-I. Antón. 2009.** "Health Care Utilization and Immigration in Spain". *Munich Personal RePEc Archive Paper No. 12382*. Munich: University Library of Munich.
- Münz, R., T. Straubhaar, F. Vadean and N. Vadean. 2006.** "The Costs and Benefits of European Immigration". *Hamburg Institute of International Economics (HWWI) Policy Report No. 3*. Hamburg: HWWI Research Program.
- Murillo C., A. M. and J. Mena. 2009.** "Informe de las Migraciones Colombianas". *Special Tabulation for the Human Development Report 2009*. New York: Grupo de Investigación en Movilidad Humana, Red Alma Mater.
- Murison, S. 2005.** "Evaluation of DFID Development Assistance: Gender Equality and Women's Empowerment: Phase II Thematic Evaluation: Migration and Development". *Working Paper No. 13*. London: British Government's Department for International Development.
- Myers, N. 2005.** "Environmental Refugees: An Emergent Security Issue". Paper presented at 13th Economic Forum, 23-27 May 2005, Prague, Czech Republic.
- Narayan, D., L. Pritchett and S. Kapoor. 2009.** *Moving Out of Poverty: Success from the Bottom Up (Volume 2)*. New York: Palgrave Macmillan.
- National Statistics Office. 2006.** *Participatory Poverty Assessment in Mongolia*. Ulaanbaatar: National Statistics Office.
- Nava, A. 2006.** "Spousal Control and Intra-Household Decision Making: An Experimental Study in the Philippines". *American Economic Review*. Forthcoming.
- Nazroo, J. Y. 1997.** *Ethnicity and Mental Health: Findings from a National Community Survey*. London: Policy Studies Institute.
- Neumayer, E. 2006.** "Unequal Access to Foreign Spaces: How States Use Visa Restrictions to Regulate Mobility in a Globalized World." *Transactions of the Institute of British Geographers* 31 (1): 72-84.
- Newland, K. 2009.** "Circular Migration and Human Development." *Human Development Research Paper No. 42*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Newland, K. and E. Patrick. 2004.** *Beyond Remittances: The Role of Diaspora in Poverty Reduction in their Countries of Origin*. Washington D.C.: Migration Policy Institute.

- Newman, E. and J. van Selm. 2003.** *Refugees and Forced Displacement: International Security, Human Vulnerability and the State*. Tokyo: United Nations University Press.
- Nordin, M. 2006.** "Ethnic Segregation and Educational Attainment in Sweden". Unpublished Working Paper. Lund: Department of Economics, Lund University.
- Nugent, J. B. and V. Saddi. 2002.** "When and How Do Land Rights Become Effective? Historical Evidence from Brazil". Unpublished paper. Los Angeles: Department of Economics, University of Southern California.
- Nussbaum, M. 1993.** "Non-Relative Virtues: An Aristotelian Approach." In M. Nussbaum and A. Sen (Eds.), *Quality of Life*: 242-269. New York: Oxford University Press.
- . **2000.** *Women and Human Development: The Capabilities Approach*. Cambridge: Cambridge University Press.
- O'Rourke, K. H. and R. Sinnott. 2003.** "Migration Flows: Political Economy of Migration and the Empirical Challenges". *Discussion Paper Series No. 06*. Dublin: Institute for International Integration Studies.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development). 2007.** *PISA 2006: Science Competencies for Tomorrow's World Executive Summary*. Paris: OECD.
- . **2008a.** *A Profile of Immigrant Populations in the 21st Century: Data from OECD Countries*. Paris: OECD Publishing.
- . **2008b.** *International Migration Outlook*. Paris: OECD Publishing.
- . **2009a.** "OECD Database on Immigrants in OECD Countries." <http://stats.oecd.org/index.aspx?lang=en>. Accessed March 2009.
- . **2009b.** "OECD Economic Outlook, Interim Report March 2009". Paris: OECD.
- . **2009c.** "OECD.Stat Extracts database." <http://stats.oecd.org/index.aspx>. Accessed July 2009.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) and Statistics Canada. 2000.** "Literacy in the Information Age: Final Report of the International Adult Literacy Survey". Paris: OECD Publishing.
- . **2005.** *Learning a Living: First Results of the Adult Literacy and Life Skills Survey*. Paris: OECD.
- OECD-DAC (Organisation for Economic Co-operation and Development, Development Assistance Committee). 2009.** "Creditor Reporting System (CRS) Database." <http://www.oecd.org/dataoecd/50/17/5037721.htm>. Accessed July 2009.
- One World Net. 2008.** "South Africans Text No To Xenophobia." <http://us.oneworld.net/places/southern-africa/-/article/south-africans-text-no-xenophobia>. Accessed July 2009.
- Opeskin, B. 2009.** "The Influence of International Law on the International Movement of Persons." *Human Development Research Paper No. 18*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Orozco, M. and R. Rouse. 2007.** "Migrant Hometown Associations and Opportunities for Development: A Global Perspective." *Migration Information Source*, February.
- Ortega, D. 2009.** "The Human Development of Peoples." *Human Development Research Paper No. 49*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Ortega, F. and G. Peri. 2009.** "The Causes and Effects of International Labor Mobility: Evidence from OECD Countries 1980-2005." *Human Development Research Paper No. 6*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Ottaviano, G. I. P. and G. Peri. 2008.** "Immigration and National Wages: Clarifying the Theory and the Empirics". *Working Paper No. 14188*. Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Oxford University Press. 2009.** "Oxford English Dictionary Online." http://dictionary.oed.com/cgi/entry/00312893?query_type=word&queryword=mobility&first=1&max_to_show=10&sort_type=alpha&result_place=1&search_id=ofqh-nRqx50-11785&hlite=00312893. Accessed June 2006.
- Papademetriou, D. 2005.** "The 'Regularization' Option in Managing Illegal Migration More Effectively: A Comparative Perspective". *Policy Brief No. 4*. Washington DC: Migration Policy Institute.
- Passel, J. S. and D. Cohn. 2008.** "Trends in Unauthorized Immigration: Undocumented Inflow Now Trails Legal Inflow". Washington DC: Pew Hispanic Center.
- Peri, G., C. Sparber and O. S. Drive. 2008.** "Task Specialisation, Immigration and Wages." *American Economic Journal: Applied Economics*. Forthcoming.
- Perron, P. 1989.** "The Great Crash, the Oil Price Shock, and the Unit Root Hypothesis." *Econometrica* 57 (6): 1361-1401.
- Perron, P. and T. Wada. 2005.** "Let's Take a Break: Trends and Cycles in US Real GDP". *Working Paper*. Boston: Department of Economics, Boston University.
- Petros, K. 2006.** "Motherhood, Mobility and the Maquiladora in Mexico: Women's Migration from Veracruz to Reynosa". *Summer Funds Research Report*. Austin: Center for Latin American Social Policy, Lozano Long Institute of Latin America Studies, The University of Texas at Austin.
- Pettigrew, T. 1998.** "Intergroup Contact Theory." *Annual Review of Psychology* 49: 65-85.
- Pettigrew, T. and L. Tropp. 2005.** "Allport's Intergroup Contact Hypothesis: Its History and Influence." In J. F. Dovidio, P. Glick, and L. Rudman (Eds.), *On the Nature of Prejudice: Fifty Years after Allport*: 262-277. Oxford: Wiley-Blackwell Publishing.
- PICUM (Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants). 2008a.** "Platform for

- International Cooperation on Undocumented Migrants." <http://www.picum.org/>. Accessed July 2009.
- . **2008b.** *Undocumented Children in Europe: Invisible Victims of Immigration Restrictions*. Belgium: PICUM.
- . **2009.** "Human rights of Undocumented Migrants: Sweden." <http://www.picum.org/?pid=51>. Accessed July 2009.
- Pilon, M. 2003.** "Schooling in West Africa". *Background paper prepared for the UNESCO 2003 Education for All Global Monitoring Report 2003/2004*. Paris: United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.
- Piper, N. 2005.** "Gender and Migration". *Paper presented for the Policy Analysis and Research Programme of the Global Commission on International Migration*. Switzerland: Global Commission on International Migration.
- Plato. 2009.** *The Socratic Dialogues*. New York, NY: Kaplan Publishing.
- Pomp, R. D. 1989.** "The Experience of the Philippines in Taxing its Nonresident Citizens." In J. N. Bahagwati and J. D. Wilson (Eds.), *Income Taxation and International Mobility*: 43-82. Cambridge: MIT Press.
- Population Reference Bureau. 2001.** "Understanding and Using Population Projections". *Measure Communication Policy Brief*. Washington DC: Population Reference Bureau.
- Portes, A. and R. G. Rumbaut. 2001.** *Ethnicities: Children of Immigrants in America*. Berkeley: University of California Press and Russell Sage Foundation.
- Portes, A. and m. Zhou. 2009.** "The New Second Generation: Segmented Assimilation and its Variants." *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 530 (1): 74-96.
- Poverty Task Force. 2003.** "Ninh Thuan Participatory Poverty Assessment". Ha Noi: CRP and World Bank.
- Preston, J. 2009.** "Mexican Data Say Migration to U.S. has Plummeted." *New York Times*, 15 May.
- Pritchett, L. 2006.** *Let the People Come: Breaking the Gridlock on International Labor Mobility*. Washington DC: Center for Global Development.
- Quirk, M. 2008.** "How to Grow a Gang." *The Atlantic Monthly*, May.
- Rahaei, S. 2009.** "Islam, Human Rights and Displacement." *Forced Migration Review Supplement*: 1-12.
- Rajan, S. I. and K. C. Zachariah. 2009.** "Annual Migration Survey 2008: Special Tabulation". Trivandrum: Centre for Development Studies.
- Ramakrishnan, S. and T. J. Espenshade. 2001.** "Immigrant Incorporation and Political Participation in the United States." *International Migration Review* 35 (3): 870-909.
- Ramírez, C., M. G. Domínguez and J. M. Morais. 2005.** "Crossing Borders: Remittances, Gender and Development". *Working paper*. Santo Domingo: United Nations International Training and Research Institute for the Advancement of Women.
- Ranis, G. and F. Stewart. 2000.** "Strategies for Success in Human Development." *Journal of Human Development* 1 (1): 49-70.
- Ratha, D. and S. Mohapatra. 2009a.** "Revised Outlook for Remittance Flows 2009-2011: Remittances Expected to Fall by 5 to 8 Percent in 2009". *Migration and Development Brief 9*. Washington DC: World Bank.
- Ratha, D. and S. Mohapatra. 2009b.** "Revised Outlook for Remittances Flows 2009-2011."
- Ratha, D. and W. Shaw. 2006.** "South-South Migration and Remittances (The Bilateral Remittances Matrix Version 4)". Washington DC: World Bank.
- Rauch, J. E. 1999.** "Networks versus Markets in International Trade." *Journal of International Economics* 48 (1): 7-35.
- Ravenstein, E. G. 1885.** "The Laws of Migration." *Journal of the Statistical Society of London* 48 (2): 167-235.
- Rawls, J. 1971.** *A Theory of Justice*. Cambridge: Harvard University Press.
- Rayhan, I. and U. Grote. 2007.** "1987-94 Dynamics of Rural Poverty in Bangladesh." *Journal of Identity and Migration Studies* 1 (2): 82-98.
- Reitz, J. G. 2005.** "Tapping Immigrants' Skills: New Directions for Canadian Immigration Policy in the Knowledge Economy." *Law and Business Review of the Americas* 11: 409.
- Revkin, A. C. 2008.** "Maldives Considers Buying Dry Land if Seas Rise." *New York Times*, 10 November.
- Reyneri, E. 1998.** "The Role of the Underground Economy in Irregular Migration to Italy: Cause or Effect?" *Journal of Ethnic and Migration Studies* 24 (2): 313-331.
- Richmond, A. 1994.** *Global Apartheid: Refugees, Racism, and the New World Order*. Toronto: Oxford University Press.
- Robinson, C. W. 2003.** "Risks and Rights: The Causes, Consequences, and Challenges of Development-Induced Displacement". *Occasional Paper*. Washington DC: The Brookings Institution-SAIS Project on Internal Displacement.
- Rodríguez, F. and R. Wagner. 2009.** "How Would your Kids Vote if I Open my Doors? Evidence from Venezuela." *Human Development Research Paper No. 40*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Rodrik, D. 2009.** "Let Developing Nations Rule." <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/2885>. Accessed July 2009.
- Rosas, C. 2007.** "¿Migras tú, Migro yo o Migramos Juntos? Los Condicionantes de Género en las Decisiones Migratorias de Parejas Peruanas Destinadas en Buenos Aires". Paper presented at IX Jornadas Argentinas de Estudios de Población (AEPa), 31 October-2 November 2007, Córdoba, Spain.

- Rosenstone, S. J. and J. M. Hansen. 1993.** *Mobilization, Participation, and Democracy in America*. New York: Macmillan.
- Rossi, A. 2008.** "The Impact of Migration on Children Left Beyond in Developing Countries". Paper presented at Building Migration into Development Strategies Conference, 28-29 April 2008, London, UK.
- Rowthorn, R. 2008.** "The Fiscal Impact of Immigration on the Advanced Economies." *Oxford Review of Economic Policy* 24 (3): 560-580.
- Rubenstein, H. 1992.** "Migration, Development and Remittances in Rural Mexico." *International Migration* 30 (2): 127-153.
- Ruhs, M. and P. Martin. 2008.** "Numbers vs Rights: Trade-offs and Guest Worker Programs." *International Migration Review* 42 (1): 249-265.
- Ruhs, M. 2002.** "Temporary Foreign Workers Programmes: Policies, Adverse Consequences, and the Need to Make them Work". *Working Paper No. 56*. San Diego: The Center for Comparative Immigration Studies, University of California, San Diego.
- . **2005.** "The Potential of Temporary Migration Programmes in Future International Migration Policy". *Paper prepared for the Policy Analysis and Research Programme*. Geneva: Global Commission on International Migration.
- . **2009.** "Migrant Rights, Immigration Policy and Human Development." *Human Development Research Paper No. 23*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Ruhunage, L. K. 2006.** "Institutional Monitoring of Migrant Recruitment in Sri Lanka." In C. Kuptsch (Ed.), *Merchants of Labour*: 53-62. Geneva: International Labour Organization.
- Sabates-Wheeler, R. 2009.** "The Impact of Irregular Status on Human Development Outcomes for Migrants." *Human Development Research Paper No. 26*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Sainath, P. 2004.** "The Millions who Cannot Vote." *The Hindu*, 15 March.
- Sanjek, R. 2003.** "Rethinking Migration, Ancient to Future." *Global Networks* 3 (3): 315-336.
- Sarreal, N. 2002.** "A Few Degrees." In J. Son (Ed.), *Risk and Rewards: Stories from the Philippine Migration Trail*: 153. Bangkok: Inter Press Service Asia-Pacific.
- Savage, K. and P. Harvey. 2007.** "Remittance during Crises: Implications for Humanitarian Response". *Briefing Paper No. 26*. London: Overseas Development Institute.
- Savona, E. U., A. Di Nicola and G. Da Col. 1996.** "Dynamics of Migration and Crime in Europe: New Patterns of an Old Nexus". *Working Paper No. 8*. Trento: School of Law, University of Trento.
- Saxenian, A. 2002.** "The Silicon Valley Connection: Transnational Networks and Regional Development in Taiwan, China and India." *Science Technology and Society* 7 (1): 117-149.
- . **2006.** *International Mobility of Engineers and the Rise of Entrepreneurship in the Periphery*. Helsinki: United Nations University - World Institute for Development Economics Research.
- Scheve, K. F. and M. J. Slaughter. 2007.** "A New Deal for Globalization." *Foreign Affairs* 86 (4): 34-46.
- Schiff, M. 1994.** "How Trade, Aid and Remittances Affect International Migration". *Policy Research Working Paper Series No. 1376*. Washington DC: World Bank.
- Sciortino, R. and S. Punpuing. 2009.** *International Migration in Thailand*. Bangkok: International Organization for Migration.
- Seewooruthun, D. C. R. 2008.** "Migration and Development: The Mauritian Perspective". Paper presented at the workshop on Enhancing the Role of Return Migration in Fostering Development, 7-8 July 2008, Geneva, International Organization for Migration.
- Sen, A. 1992.** *Inequality Reexamined*. Oxford: Oxford University Press.
- . **2006.** *Identity and Violence: The Illusion of Destiny*. New York: W.W. Norton and Co.
- Siddiqui, T. 2006.** "Protection of Bangladeshi Migrants through Good Governance." In C. Kuptsch (Ed.), *Merchants of Labour*: 63-90. Geneva: International Labour Organization.
- Sides, J. and J. Citrin. 2007.** "European Opinion About Immigration: The Role of Identities, Interests and Information." *B.J.Pol.S.* 37: 477-504.
- Singapore Government Ministry of Manpower. 2009.** "Work Permit." http://www.mom.gov.sg/publish/momportal/en/communities/work_pass/work_permit.html. Accessed July 2009.
- Skeldon, R. 1999.** "Migration in Asia after the Economic Crisis: Patterns and Issues." *Asia-Pacific Population Journal* 14 (3): 3-24.
- . **2005.** "Globalization, Skilled Migration and Poverty Alleviation: Brain Drains in Context". *Working Paper No. T15*. Sussex: Development Research Centre on Migration, Globalisation and Poverty.
- . **2006.** "Interlinkages between Internal and International Migration and Development in the Asian Region." *Population Space and Place* 12 (1): 15-30.
- Smeeding, T., C. Wing and K. Robson. 2009.** "Differences in Social Transfer Support and Poverty for Immigrant Families with Children: Lessons from the LIS". Unpublished tabulation.
- Smeeding, T. 1997.** "Financial Poverty in Developed Countries: The Evidence from the Luxembourg Income Study".

- Background Paper for UNDP, Human Development Report 1997.* United Nations Development Programme.
- Smith, A., R. N. Lalaonde and S. Johnson. 2004.** "Serial Migration and Its Implications for the Parent-Child Relationship: A Retrospective Analysis of the Experiences of the Children of Caribbean Immigrants." *Cultural Diversity and Ethnic Minority Psychology* 10 (2): 107-122.
- Solomon, M. K. 2009.** "GATS Mode 4 and the Mobility of Labor." In R. Cholewinski, R. Perruchoud, and E. MacDonald (Eds.), *International migration Law: Developing Paradigms and Key Challenges*: 107-128. The Hague: TMC Asser Press.
- Son, G. Y. 2009.** "Where Work is the Only Bonus." *Bangkok Post*, 16 March.
- Spilimbergo, A. 2009.** "Democracy and Foreign Education." *American Economic Review* 99 (1): 528-543.
- Srivastava, R. and S. Sasikumar. 2003.** "An Overview of Migration in India, its Impacts and Key Issues". Paper presented at the Regional Conference on Migration Development and Pro-Poor Policy Choices in Asia, 22-24 June 2003, Dhaka, Bangladesh.
- Stark, O. 1980.** "On the Role of Urban-to-Rural Remittances in Rural Development." *Journal of Development Studies* 16 (3): 369-374.
- . 1991. *The Migration of Labor*. Cambridge: Basil Blackwell.
- Stark, O. and D. Bloom. 1985.** "The New Economics of Labour Migration." *American Economic Review* 75 (2): 173-178.
- Stark, O., C. Helmenstein and A. Prskawetz. 1997.** "A Brain Gain with a Brain Drain." *Economics Letters* 55: 227-234.
- Stark, O., J. E. Taylor and S. Yitzhaki. 1986.** "Remittances and Inequality." *The Economic Journal* 96 (383): 722-740.
- STATEC (Central Service for Statistics and Economic Studies). 2008.** Correspondence on gross enrolment ratio for Luxembourg. May. Luxembourg.
- Steel, Z., D. Silove, T. Chey, A. Bauman and Phan T. 2005.** "Mental Disorders, Disability and Health Service Use Amongst Vietnamese Refugees and the Host Australian Population." *Acta Psychiatrica Scandinavica* 111 (4): 300-309.
- Steinbeck, J. 1939.** *The Grapes of Wrath*. New York: Viking Press-James Lloyd.
- Stillman, S., D. McKenzie and J. Gibson. 2006.** "Migration and Mental Health: Evidence from a Natural Experiment". *Department of Economics Working Paper in Economics*. University of Waikato.
- Suarez-Orozco, C., I. L. G. Todorova and J. Louie. 2002.** "Making Up for Lost Time: The Experience of Separation and Reunification Among Immigrant Families." *Family Process* 41 (4): 625-643.
- Success for All Foundation. 2008.** "About SFAF: Our Approach to Increasing Student Achievement and History." <http://www.successforall.net/>. Accessed June 2009.
- Suen, W. 2002.** *Economics: A Mathematical Analysis*. Boston: McGraw-Hill.
- Sun, M. and C. C. Fan. 2009.** "China's Permanent and Temporary Migrants: Differentials and Changes, 1990-2000". Forthcoming.
- Survival International. 2007.** "Progress Can Kill: How Imposed Development Destroys the Health of Tribal Peoples". London: Survival International.
- Szulkin, R. and J. O. Jonsson. 2007.** "Ethnic Segregation and Educational Outcomes in Swedish Comprehensive Schools". *Working Paper No. 2*. Stockholm: The Stockholm University Linnaeus Centre for Integration Studies.
- Tabar, P. 2009.** "Immigration and Human Development: Evidence from Lebanon." *Human Development Research Paper No. 35*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Taylor, A. M. and J. G. Williamson. 1997.** "Convergence in the Age of Mass Migration." *European Review of Economic History* 1: 27-63.
- Taylor, E. J., J. Arango, G. Hugo, A. Kouaouci, D. S. Massey and A. Pellegrino. 1996.** "International Migration and Community Development." *Population Index* 62 (3): 397-418.
- Taylor, J. E., J. Mora, R. Adams and A. Lopez-Feldman. 2005.** "Remittances, Inequality and Poverty: Evidence from Rural Mexico". *Working paper No. 05-003*. Davis: University of California, Davis.
- Taylor, R. 2009.** "Australia Slashes Immigration as Recession Looms." *Reuters UK*, 16 March.
- Thaindian News. 2009.** "New Law in Saudi Arabia to Benefit Two Mn Bangladeshi Workers." *Thaindian News*, 24 April.
- The Cities Alliance. 2007.** *Liveable Cities: The Benefits of Urban Environmental Planning*. Washington DC: The Cities Alliance.
- The Economist Intelligence Unit. 2008.** "The Global Migration Barometer." <http://www.eiu.com>. Accessed July 2009.
- . 2009. "Economist Intelligence Unit." <http://www.eiu.com>. Accessed July 2009.
- The Institute for ECOSOC Rights. 2008.** "Kebijakan Ilegal Migrasi Buruh Migran dan Mitos Pembaharuan Kebijakan: Antara Malaysia-Singapura" (Migrant Worker Illegal Policy and the Myth of Policy Reform: Between Malaysia and Singapore)". *Research Draft Report*. Jakarta: Institute of ECOSOC Rights.
- The Straits Times. 2009.** "No Visas for 55,000 Workers." *The Straits Times*, 11 March.
- Thomas-Hope, E. (Ed.). 2009.** *Freedom and Constraint in Caribbean: Migration and Diaspora*. Kingston: Ian Randle Publishers.

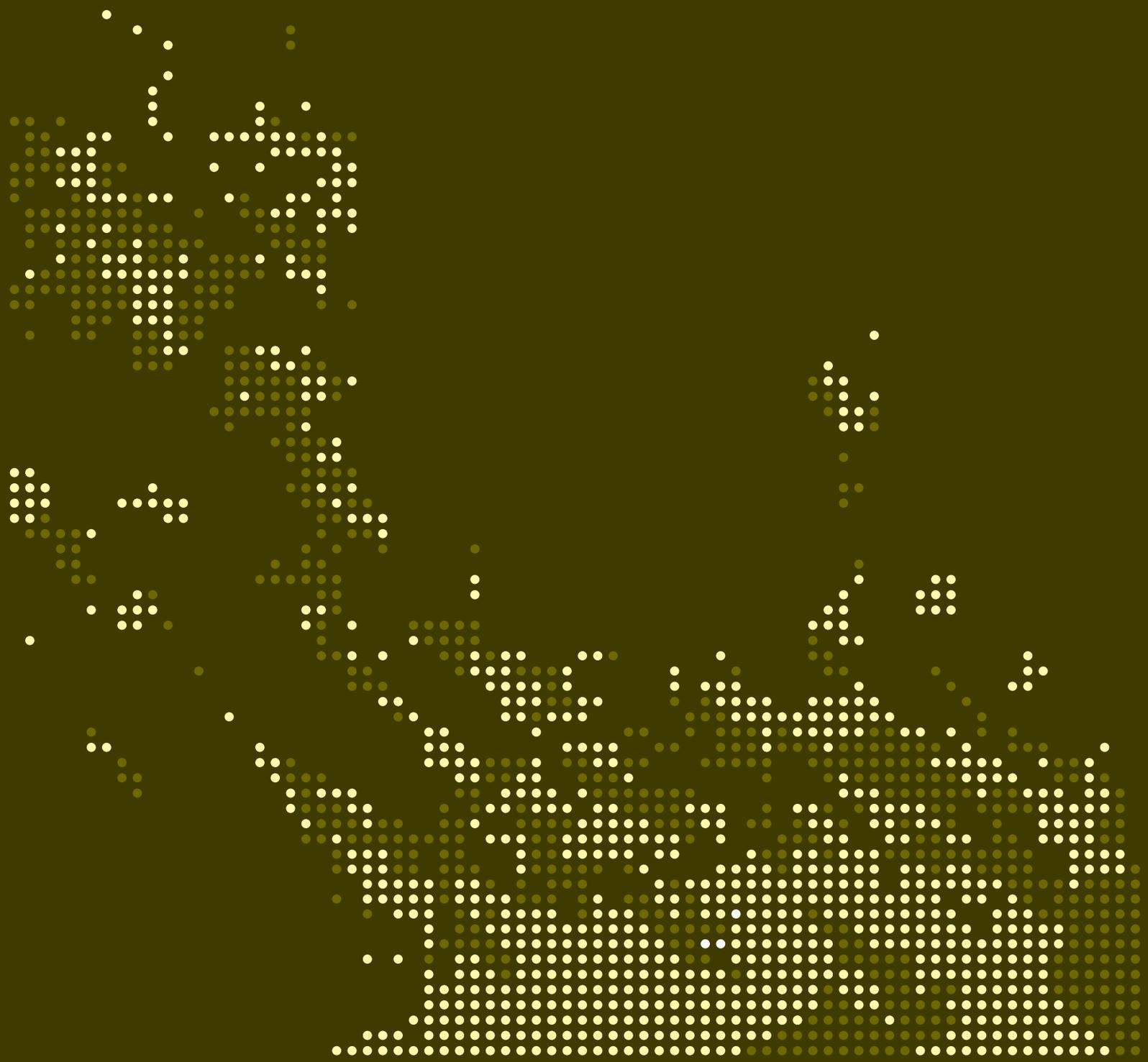
- Timmer, A. and J. G. Williamson. 1998.** "Racism, Xenophobia or Markets? The Political Economy of Immigration Policy Prior to the Thirties." *Population and Development Review* 24 (4): 739-771.
- Tirtosudarmo, R. 2009.** "Mobility and Human Development in Indonesia." *Human Development Research Paper No. 19*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Tiwari, R. 2005.** "Child Labour in Footwear Industry: Possible Occupational Health Hazards." *Indian Journal of Occupational and Environmental Medicine* 9 (1): 7-9.
- Transatlantic Trends. 2008.** *Transatlantic Trends 2008: Immigration*. Brussels: Transatlantic Trends.
- TWC2 (Transient Workers Count Too). 2006.** "Debt, Delays, Deductions: Wage Issues Faced by Foreign Domestic Workers in Singapore". Singapore: TWC2.
- U.S. Citizenship and Immigration Services. 2008.** "Issuance of a Visa and Authorization for Temporary Admission into the United States for Certain Nonimmigrant Aliens Infected with HIV [73 FR 58023] [FR 79-08]." <http://www.uscis.gov/propub/ProPubVAP.jsp?dockey=c56119ee231ea5ba9dac1a0e9b277bc6>. Accessed June 2009.
- Uhlaner, C., B. Cain and R. Kiewiet. 1989.** "Political Participation of the Ethnic Minorities in the 1980s." *Political Behaviour* 11 (3): 195-231.
- UN (United Nations). 1998.** "Recommendations on Statistics of International Migration". *Statistical Paper Series M No. 58*. New York: Department of Economic and Social Affairs.
- . **2002.** "Trends in Total Migrant Stock: The 2001 Revision." New York: Department of Social and Economic Affairs.
- . **2006a.** "Trends in the Total Migrant Stock: The 2005 Revision." New York: Department of Economic and Social Affairs.
- . **2006b.** "World Economic and Social Survey 2006: Diverging Growth and Development". New York: Department of Economic and Social Affairs.
- . **2008a.** *The Millennium Development Goals Report 2008*. New York: Department of Economic and Social Affairs.
- . **2008b.** "World Population Policies: 2007". New York: Department of Social and Economic Affairs.
- . **2008c.** "World Urbanization Prospects: The 2007 Revision CD-ROM Edition". New York: UN.
- . **2009a.** "Millennium Development Goals Indicators Database." <http://mdgs.un.org>. Accessed July 2009.
- . **2009b.** "Multilateral Treaties Deposited with the Secretary-General." <http://untreaty.un.org>. Accessed July 2009.
- . **2009c.** "National Accounts Main Aggregates Database." <http://unstats.un.org/unsd/snaama/SelectionCountry.asp>. Accessed July 2009.
- . **2009d.** "Trends in Total Migrant Stock: The 2008 Revision." New York: Department of Social and Economic Affairs.
- . **2009e.** "World Population Prospects: The 2008 Revision". New York: Department of Social and Economic Affairs.
- UN-HABITAT (United Nations Human Settlements Programme). 2003.** *Global Report on Human Settlements 2003: The Challenge of Slums*. London: Earthscan.
- UNDP (United Nations Development Programme). 1990.** *Human Development Report 1990: Concept and Measurement of Human Development*. New York: Oxford University Press.
- . **1994.** *Human Development Report 1994: New Dimensions of Human Security*. New York: Oxford University Press.
- . **1997.** *Human Development Report 1997: Human Development to Eradicate Poverty*. New York: Oxford University Press.
- . **2000.** *Albania Human Development Report 2000: Economic and Social Insecurity, Emigration and Migration*. Tirana: UNDP.
- . **2004a.** *Côte d'Ivoire Human Development Report 2004: Social Cohesion and National Reconstruction*. Abidjan: UNDP.
- . **2004b.** *Human Development Report 2004: Cultural Liberty in Today's Diverse World*. New York: UNDP.
- . **2005a.** *China Human Development Report 2005: Towards Human Development with Equity*. Beijing: UNDP.
- . **2005b.** *El Salvador Human Development Report 2005: Una Mirada al Nuevo Nosotros, El Impacto de las Migraciones*. San Salvador: UNDP.
- . **2006a.** *Moldova Human Development Report 2006: Quality of Economic Growth and its Impact on Human Development*. Chisinau: UNDP.
- . **2006b.** *Timor-Leste: Human Development Report 2006: The Path Out of Poverty*. Dili: UNDP.
- . **2007a.** *Human Development Report 2007/2008: Fighting Climate Change: Human Solidarity in a Divided World*. New York: Palgrave Macmillan.
- . **2007b.** *Human Trafficking and HIV: Exploring Vulnerabilities and Responses in South Asia*. Colombo: UNDP Regional HIV and Development Programme for Asia Pacific.
- . **2007c.** *Mexico Human Development Report 2006/2007: Migracion y Desarrollo Humano*. Mexico City: UNDP.
- . **2007d.** *National Human Development Report 2007: Social Inclusion in Bosnia and Herzegovina*. Sarajevo: UNDP.
- . **2007e.** *Uganda Human Development Report 2007: Rediscovering Agriculture for Human Development*. Kampala: UNDP.
- . **2008a.** *China Human Development Report 2007/08: Basic Public Services for 1.3 Billion People*. Beijing: UNDP.
- . **2008b.** *Crisis Prevention and Recovery Report 2008: Post-Conflict Economic Recovery, Enabling Local Ingenuity*. New York: UNDP.
- . **2008c.** *Egypt Human Development Report 2008: Egypt's Social Contract; The Role of Civil Society*. Cairo: UNDP.

- . **2008d.** "HIV Vulnerabilities of Migrant Women: From Asia to the Arab States". Colombo: Regional Centre in Colombo.
- . **2008e.** "The Bali Road Map: Key Issues Under Negotiation". New York: Environment and Energy Group.
- UNECA (United Nations Economic Commission for Africa).**
- 2005.** *Africa's Sustainable Development Bulletin 2005: Assessing Sustainable Development in Africa*. Addis Ababa: SDD (The Sustainable Development Division), UNECA The United Nations Economic Commission for Africa.
- UNESCO Institute for Statistics (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization).**
- 1999.** *Statistical Yearbook*. Paris: UNESCO.
- . **2003.** Correspondence on adult and youth literacy rates. March. Montreal.
- . **2007.** Correspondence on gross and net enrolment ratios. April. Montreal.
- . **2008a.** "Data Centre Education Module." UNESCO.
- . **2008b.** "Global Education Digest 2008: Comparing Education Statistics Across the World." UNESCO.
- . **2009a.** Correspondence on adult and youth literacy rates. February. Montreal.
- . **2009b.** Correspondence on education indicators. February. Montreal.
- . **2009c.** "Data Centre Education Module." UNESCO.
- UNFPA (United Nations Population Fund).** **2006.** "State of World Population 2006: A Passage to Hope - Women and International Migration". New York: UNFPA.
- UNHCR (United Nations High Commission for Refugees).**
- 2001.** "The Asylum-Migration Nexus: Refugee Protection and Migration Perspectives from ILO". Paper presented at Global Consultations on International Protection, 28 June 2001, Geneva, Switzerland.
- . **2002.** "Local Integration EC/GC/02/6". Paper presented at Global Consultations on Internal Protection, 25 April, Geneva, Switzerland.
- . **2007.** "1951 Convention Relating to the Status of Refugees, Text of the 1967 Protocol, Relating to the Status of Refugees, Resolution 2198 (XXI) adopted by the United Nations General Assembly." <http://www.unhcr.org/protection/PROTECTION/3b66c2aa10.pdf>.
- . **2008.** *Statistical yearbook 2007: Trends in Displacement, Protection and Solutions*. Geneva: UNHCR.
- . **2009a.** Correspondence on asylum seekers. March. Geneva.
- . **2009b.** Correspondence on refugees. March. Geneva.
- UNICEF (United Nations Children's Fund).** **2004.** *The State of the World's Children 2005*. New York: UNICEF.
- . **2005a.** "The 'Rights' Start to Life: A Statistical Analysis of Birth Registration". New York: UNICEF.
- . **2005b.** *The State of the World's Children 2006*. New York: UNICEF.
- . **2007.** "Birth Registration Day Helps Ensure Basic Human Rights in Bangladesh." http://www.unicef.org/infobycountry/bangladesh_40265.html. Accessed June 2009.
- . **2008.** "The Child Care Transition: Innocenti Report Card 8. A League Table of Early Childhood Education and Care in Economically Advanced Countries". Florence: Innocenti Research Centre, UNICEF.
- United States Bureau of Labor Statistics.** **2009.** "The Employment Situation: May 2009." <http://www.bls.gov/news.release/empsit.nr0.htm>. Accessed June 2009.
- United States Department of State.** **2006.** *2005 Human Rights Report: Democratic Republic of the Congo*. Washington: Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, United States Department of State.
- . **2009a.** "2008 Country Reports on Human Rights Practices". Washington DC: Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, United States Department of State.
- . **2009b.** "2008 Country Reports on Human Rights Practices: Belarus". Washington DC: Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, United States Department of State.
- . **2009c.** "2008 Country Reports on Human Rights Practices: Burma". Washington DC: Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, United States Department of State.
- . **2009d.** "2008 Country Reports on Human Rights Practices: Côte d'Ivoire". Washington DC: Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, United States Department of State.
- . **2009e.** "2008 Country Reports on Human Rights Practices: Gabon". Washington DC: Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, United States Department of State.
- UNODC (United Nations Office of Drugs and Crime).** **2004.** "United Nations Convention against Transnational Organized Crime and the Protocols Thereto." <http://www.unodc.org/documents/treaties/UNTOC/Publications/TOC%20Convention/TOCebook-e.pdf>. Accessed June 2009.
- . **2009.** *Global Report on Trafficking in Persons*. Vienna: UNODC.
- UNRWA (United Nations Relief and Works Agency).**
- 2008.** "UNRWA in Figures." <http://www.un.org/unrwa/publications/pdf/uif-dec08.pdf>. Accessed May 2009.
- UNRWA-ECOSOC (United Nations Relief and Works Agency - United Nations Economic and Social Council).**
- 2008.** "Assistance to the Palestinian People: Report of the Secretary-General". Economic and Social Council Substantive Session of 2008, 30 June - 25 July 2008, New York City.
- USAID (United States Agency for International Development).** **2007.** "Anti-Trafficking in Persons Programs in Africa: A Review". Washington DC: USAID.

- van der Mensbrugge, D. and D. Roland-Holst. 2009.** "Global Economic Prospects for Increasing Developing Country Migration into Developed Countries." *Human Development Research Paper No. 50*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- van Engeland, A. and A. Monsutti. 2005.** *War and Migration: Social Networks and Economic Strategies of the Hazaras of Afghanistan*. London: Routledge.
- van Hear, N. 2003.** "From Durable Solutions to Transnational Relations: Home and Exile Among Refugee Diasporas". *New Issues in Refugee Research Working Paper No. 83*. Geneva: United Nations High Commissioner for Refugees.
- van Hear, N., R. Brubaker and T. Bessa. 2009.** "Managing Mobility for Human Development: The Growing Salience of Mixed Migration." *Human Development Research Paper No. 20*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- van Hear, N., F. Pieke and S. Vertovec. 2004.** "The Contribution of UK-Based Diasporas to Development and Poverty Reduction". Oxford: Centre on Migration, Policy, and Society (COMPAS).
- van Lerberghe, K. and A. Schoors (Eds.). 1995.** *Immigration and Emigration within the Ancient Near East*. Leuven: Peeters Publishers.
- van Thanh, T. 2008.** "Exportation of Migrants as a Development Strategy in Viet Nam". Paper presented at Workshop on Migrants, Migration and Development in the Greater Mekong Subregion, 15-16 July 2008, Vientiane, Laos.
- Vasquez, P., M. Alloza, R. Vegas and S. Bertozzi. 2009.** "Impact of the Rise in Immigrant Unemployment on Public Finances". *Working Paper No. 2009-15*. Madrid: Fundación de Estudios De Economía Aplicada.
- Vijayani, M. 2008.** "No Plans to Disband Rela, Says Syed Hamid." *The Star*, 8 December.
- Vogel, D. and V. Kovacheva. 2009.** "Calculation Table 2005: A Dynamic Aggregate Country Estimate of Irregular Foreign Residents in the EU in 2005." <http://irregular-migration.hwwi.net/Europe.5248.0.html>. Accessed June 2009.
- Wang, F.-L. 2005.** *Organizing Through Division and Exclusion: China's Hukou System*. Stanford: Stanford University Press.
- Whitehead, A., I. Hashim and V. Iversen. 2007.** "Child Migration, Child Agency and Inter-Generational Relations in Africa and South Asia". *Working Paper No. T24*. Brighton: Development Research Centre on Migration, Globalisation and Poverty.
- WHO (World Health Organization). 2009.** "World Health Statistics." <http://www.who.int/whosis/whostat/2009/en/index.html>. Accessed July 2009.
- Williamson, J. G. 1990.** *Coping with City Growth During the British Industrial Revolution*. New York: Cambridge University Press.
- Wilson, M. E. 2003.** "The Traveller and Emerging Infections: Sentinel, Courier, Transmitter." *Journal of Applied Microbiology* 94 (Suppl 1): S1-S11.
- Winters, L. A. and P. Martin. 2004.** "When Comparative Advantage is Not Enough: Business Costs in Small Remote Economies." *World Trade Review* 3 (3): 347-384.
- Winters, L. A., T. L. Walmsley, Z. K. Wang and R. Grynberg. 2003.** "Liberalising the Temporary Movement of Natural Persons: An Agenda for the Development Round." *The World Economy* 26 (8): 1137-1161.
- Wolfinger, R. E. and S. J. Rosenstone. 1980.** *Who Votes?* New Haven: Yale University Press.
- World Bank. 1998.** *Assessing Aid: What Works, What Doesn't, and Why*. New York: Oxford University Press.
- . **2000.** "Voices of the Poor." <http://go.worldbank.org/H1N8746X10>. Accessed June 2009.
- . **2002.** "Governance." In J. Klugman (Ed.), *A Sourcebook for Poverty Reduction Strategies. Volume 1: Core Techniques and Cross-Cutting Issues*: 269-300. Washington DC: World Bank.
- . **2003.** "Participatory Poverty Assessment Niger". Washington DC: World Bank.
- . **2006a.** *At Home and Away: Expanding Job Opportunities for Pacific Islanders Through Labor Mobility*. Washington DC: World Bank.
- . **2006b.** *Global Economic Prospects: Economic Implications of Remittances and Migration 2006*. Washington DC: World Bank.
- . **2009a.** "Crime and Violence in Central America". Washington DC: Central America Unit and Poverty Reduction and Economic Management Unit, World Bank.
- . **2009b.** "Migration and Remittances Factbook 2008: March 2009 Update". Washington DC: World Bank.
- . **2009c.** "Remittance Prices Worldwide." <http://remittanceprices.worldbank.org/>. Accessed June 2009.
- . **2009d.** "World Development Indicators". Washington DC: World Bank.
- . **2009e.** *World Development Report 2009: Reshaping Economic Geography*. Washington DC: World Bank.
- Worster, D. 1979.** *Dust Bowl*. New York: Oxford University Press.
- WVS (World Values Survey). 2006.** "World Values Survey 2005/6." <http://www.worldvaluessurvey.org/>.
- Yang, D. 2006.** "Why Do Migrants Return to Poor Countries? Evidence from Philippine Migrants' Responses to Exchange Rate Shocks." *Review of Economics and Statistics* 88 (4): 715-735.

- . **2008a.** "Coping with Disaster: The Impact of Hurricanes on International Financial Flows, 1970-2002." *The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy* 8 (1 (Advances), Article 13): 1903-1935.
- . **2008b.** "International Migration, Remittances, and Household Investment: Evidence from Philippine Migrants' Exchange Rate Shocks." *The Economic Journal* 118 (528): 591-630.
- . **2009.** "International Migration and Human Development." *Human Development Research Paper No. 29*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Yang, D. and H. Choi. 2007.** "Are Remittances Insurance? Evidence from Rainfall Shocks in the Philippines." *World Bank Economic Review* 21 (2): 219-248.
- Yaqub, S. 2009.** "Independent Child Migrants in Developing Countries: Unexplored Links in Migration and Development". *Working Paper 1*. Florence: Innocenti Research Centre, UNICEF.
- Zamble, F. 2008.** "Politics Côte d'Ivoire: Anti-Xenophobia Law Gets Lukewarm Reception." *Inter Press News Service Agency*, 21 August.
- Zambrano, G. C. and H. B. Kattya. 2005.** "My Life Changed: Female Migration, Perceptions and Impacts". Quito: Centro de Planificación y Estudios Sociales Ecuador and UNIFEM.
- Zamora, R. G. 2007.** "El Programa Tres por uno de Remesas Colectivas en México: Lecciones y Desafíos." *Migraciones Internacionales* 4 (001): 165-172.
- Zhou, M. and J. R. Logan. 1989.** "Returns on Human Capital in Ethnic Enclaves: New York City's Chinatown." *American Sociological Review* 54: 809-820.
- Zhu, N. and X. Luo. 2008.** "The Impact of Remittances on Rural Poverty and Inequality in China". *Policy Research Working Paper Series No. 4637*. World Bank.
- Zimmermann, R. 2009.** "Children in Immigrant Families in Seven Affluent Societies: Overview, Definitions and Issues". *Working Paper, Special Series on Children in Immigrant Families in Affluent Societies*. Florence: Innocenti Research Center, UNICEF.
- Zlotnik, H. 1998.** "International Migration 1965-96: An Overview." *Population and Development Review* 24: 429-468.
- Zucker, L. G. and M. R. Darby. 2008.** "De Facto and De Jure Intellectual Property Rights". *Working Paper No. 14544*. Cambridge: National Bureau of Economic Research.

Statistischer Anhang



Übersicht Tabellen

A	Migration: Momentaufnahmen und Trends	175
B	Internationale Emigranten nach Wohnsitz	179
C	Bildung und Beschäftigung internationaler Migranten in OECD-Ländern (15 Jahre und älter)	183
D	Durch Konflikte und Unsicherheit bedingte Migration	187
E	Internationale Finanzströme: Geldtransfers von Migranten, öffentliche Entwicklungshilfe und ausländische Direktinvestitionen	191
F	Ausgewählte Übereinkommen zu Menschenrechten und Migration (nach Ratifikationsjahr)	195
G	Trends des Indexes für menschliche Entwicklung	199
H	Index für menschliche Entwicklung 2007 mit Einzelkomponenten	203
I1	Menschliche Armut und Einkommensarmut	208
I2	Menschliche Armut und Einkommensarmut: OECD-Länder	212
J	Geschlechtsbezogener Entwicklungsindex mit Einzelkomponenten	213
K	Maß für geschlechtsspezifische Ermächtigung mit Einzelkomponenten	218
L	Demografische Trends	223
M	Wirtschaft und Ungleichheit	227
N	Gesundheit und Bildung	231

Human movement: snapshots and trends

A

HDI rank	International migration										Internal migration		
	Immigration					Emigration					Lifetime internal migration ^b		
	Stock of immigrants (000)			Annual rate of growth (%)	Share of population (%)	Proportion female (%)	Emigration rate (%)	International movement rate (%)	Total migrants (000)	Migration rate (%)			
	1960	1990	2005	2010 ^a	1960-2005	1960	2005	1960	2005	2000-2002	2000-2002	1990-2005	1990-2005
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT													
1 Norway	61.6	195.2	370.6	485.4	4.0	1.7	8.0	54.3	51.1	3.9	11.0
2 Australia	1,698.1	3,581.4	4,335.8	4,711.5	2.1	16.5	21.3	44.3	50.9	2.2	22.5
3 Iceland	3.3	9.6	22.6	37.2	4.3	1.9	7.6	52.3	52.0	10.6	16.4
4 Canada	2,766.3	4,497.5	6,304.0	7,202.3	1.8	15.4	19.5	48.1	52.0	4.0	21.5
5 Ireland	73.0	228.0	617.6	898.6	4.7	2.6	14.8	51.7	49.9	20.0	28.1
6 Netherlands	446.6	1,191.6	1,735.4	1,752.9	3.0	3.9	10.6	58.8	51.6	4.7	14.2
7 Sweden	295.6	777.6	1,112.9	1,306.0	2.9	4.0	12.3	55.1	52.2	3.3	15.0
8 France	3,507.2	5,897.3	6,478.6	6,684.8	1.4	7.7	10.6	44.5	51.0	2.9	13.1
9 Switzerland	714.2	1,376.4	1,659.7	1,762.8	1.9	13.4	22.3	53.3	49.7	5.6	26.0
10 Japan	692.7	1,075.6	1,998.9	2,176.2	2.4	0.7	1.6	46.0	54.0	0.7	1.7
11 Luxembourg	46.4	113.8	156.2	173.2	2.7	14.8	33.7	53.8	50.3	9.5	38.3
12 Finland	32.1	63.3	171.4	225.6	3.7	0.7	3.3	56.3	50.6	6.6	9.0
13 United States	10,825.6	23,251.0	39,266.5	42,813.3	2.9	5.8	13.0	51.1	50.1	0.8	12.4	44,400 ^c	17.8 ^c
14 Austria	806.6	793.2	1,156.3	1,310.2	0.8	11.5	14.0	56.6	51.2	5.5	17.2
15 Spain	210.9	829.7	4,607.9	6,377.5	6.9	0.7	10.7	52.2	47.7	3.2	8.3	8,600 ^c	22.4 ^c
16 Denmark	94.0	235.2	420.8	483.7	3.3	2.1	7.8	64.3	51.9	4.3	10.7
17 Belgium	441.6	891.5	882.1	974.8	1.5	4.8	8.5	45.1	48.9	4.4	14.6
18 Italy	459.6	1,428.2	3,067.7	4,463.4	4.2	0.9	5.2	57.3	53.5	5.4	8.1
19 Liechtenstein	4.1	10.9	11.9	12.5	2.4	24.6	34.2	53.8	48.8	12.6	42.0
20 New Zealand	333.9	523.2	857.6	962.1	2.1	14.1	20.9	47.1	51.9	11.8	27.3
21 United Kingdom	1,661.9	3,716.3	5,837.8	6,451.7	2.8	3.2	9.7	48.7	53.2	6.6	14.3
22 Germany	2,002.9 ^d	5,936.2	10,597.9	10,758.1	3.7	2.8 ^d	12.9	35.1 ^d	46.7	4.7	15.3
23 Singapore	519.2	727.3	1,494.0	1,966.9	2.3	31.8	35.0	44.0	55.8	6.3	19.1
24 Hong Kong, China (SAR)	1,627.5	2,218.5	2,721.1	2,741.8	1.1	52.9	39.5	48.0	56.5	9.5	45.6
25 Greece	52.5	412.1	975.0	1,132.8	6.5	0.6	8.8	46.1	45.1	7.8	17.2
26 Korea (Republic of)	135.6	572.1	551.2	534.8	3.1	0.5	1.2	47.7	51.4	3.1	3.4
27 Israel	1,185.6	1,632.7	2,661.3	2,940.5	1.8	56.1	39.8	49.5	55.9	13.1	40.3
28 Andorra	2.5	38.9	50.3	55.8	6.7	18.7	63.1	44.2	47.4	9.7	79.6
29 Slovenia	..	178.1	167.3	163.9	8.4	..	46.8	5.2	7.6
30 Brunei Darussalam	20.6	73.2	124.2	148.1	4.0	25.1	33.6	42.0	44.8	4.9	33.4
31 Kuwait	90.6	1,585.3	1,869.7	2,097.5	6.7	32.6	69.2	25.6	30.0	16.6	54.5
32 Cyprus	29.6	43.8	116.2	154.3	3.0	5.2	13.9	50.3	57.1	18.4	23.4
33 Qatar	14.4	369.8	712.9	1,305.4	8.7	32.0	80.5	25.8	25.8	2.3	60.7
34 Portugal	38.9	435.8	763.7	918.6	6.6	0.4	7.2	58.4	50.6	16.1	21.4	1,200 ^c	12.8 ^c
35 United Arab Emirates	2.2	1,330.3	2,863.0	3,293.3	15.9	2.4	70.0	15.0	27.7	3.3	55.1
36 Czech Republic	60.1 ^e	424.5	453.3	453.0	4.5	0.4 ^e	4.4	59.5 ^e	53.8	3.5	7.7
37 Barbados	9.8	21.4	26.2	28.1	2.2	4.2	10.4	59.8	60.1	29.8	36.6	90 ^f	31.1 ^f
38 Malta	1.7	5.8	11.7	15.5	4.3	0.5	2.9	59.7	51.6	22.3	24.0
HIGH HUMAN DEVELOPMENT													
39 Bahrain	26.7	173.2	278.2	315.4	5.2	17.1	38.2	27.9	31.9	15.9	47.3
40 Estonia	..	382.0	201.7	182.5	15.0	..	59.6	12.2	28.5
41 Poland	2,424.9	1,127.8	825.4	827.5	-2.4	8.2	2.2	53.9	59.0	5.1	7.1
42 Slovakia	..	41.3	124.4	130.7	2.3	..	56.0	8.2	10.3
43 Hungary	518.1	347.5	333.0	368.1	-1.0	5.2	3.3	53.1	56.1	3.9	6.6
44 Chile	104.8	107.5	231.5	320.4	1.8	1.4	1.4	43.7	52.3	3.3	4.5	3,100 ^c	21.3 ^c
45 Croatia	..	475.4	661.4	699.9	14.9	..	53.0	12.0	23.8	800 ^g	26.6 ^g
46 Lithuania	..	349.3	165.3	128.9	4.8	..	56.6	8.6	13.9
47 Antigua and Barbuda	4.9	12.0	18.2	20.9	2.9	8.9	21.8	50.2	55.1	45.3	56.1	24,000 ^f	28.4 ^f
48 Latvia	..	646.0	379.6	335.0	16.6	..	59.0	9.1	33.0
49 Argentina	2,601.2	1,649.9	1,494.1	1,449.3	-1.2	12.6	3.9	45.4	53.4	1.6	5.6	6,700 ^c	19.9 ^c
50 Uruguay	192.2	98.2	84.1	79.9	-1.8	7.6	2.5	47.8	54.0	7.0	9.5	800 ^f	24.1 ^f
51 Cuba	143.6	34.6	15.3	15.3	-5.0	2.0	0.1	30.6	29.0	8.9	9.6	1,800 ^f	15.2 ^f
52 Bahamas	11.3	26.9	31.6	33.4	2.3	10.3	9.7	43.7	48.5	10.8	19.3
53 Mexico	223.2	701.1	604.7	725.7	2.2	0.6	0.6	46.2	49.4	9.0	9.5	17,800 ^c	18.5 ^c
54 Costa Rica	32.7	417.6	442.6	489.2	5.8	2.5	10.2	44.2	49.8	2.6	9.7	700 ^c	20.0 ^c
55 Libyan Arab Jamahiriya	48.2	457.5	617.5	682.5	5.7	3.6	10.4	49.0	35.5	1.4	11.5
56 Oman	43.7	423.6	666.3	826.1	6.1	7.7	25.5	21.2	20.8	0.7	28.0
57 Seychelles	0.8	3.7	8.4	10.8	5.1	1.9	10.2	35.4	42.5	17.0	21.6
58 Venezuela (Bolivarian Republic of)	509.5	1,023.8	1,011.4	1,007.4	1.5	6.7	3.8	37.9	49.9	1.4	5.3	5,200 ^c	23.8 ^c
59 Saudi Arabia	63.4	4,743.0	6,336.7	7,288.9	10.2	1.6	26.8	36.4	30.1	1.1	24.8

Human movement: snapshots and trends

HDI rank	International migration										Internal migration		
	Immigration					Emigration					Lifetime internal migration ^b		
	Stock of immigrants (000)				Annual rate of growth (%)	Share of population (%)		Proportion female (%)		Emigration rate (%)	International movement rate (%)	Total migrants (000)	Migration rate (%)
	1960	1990	2005	2010 ^a	1960-2005	1960	2005	1960	2005	2000-2002	2000-2002	1990-2005	1990-2005
60 Panama	68.3	61.7	102.2	121.0	0.9	6.1	3.2	42.7	50.2	5.7	8.2	600 ^c	20.6 ^c
61 Bulgaria	20.3	21.5	104.1	107.2	3.6	0.3	1.3	57.9	57.9	10.5	11.6	800 ^a	14.3 ^a
62 Saint Kitts and Nevis	3.5	3.2	4.5	5.0	0.5	6.9	9.2	48.6	46.3	44.3	49.3
63 Romania	330.9	142.8	133.5	132.8	-2.0	1.8	0.6	54.8	52.1	4.6	5.0	2,300 ^a	15.1 ^a
64 Trinidad and Tobago	81.0	50.5	37.8	34.3	-1.7	9.6	2.9	49.8	53.9	20.2	22.8
65 Montenegro ^h	54.6	42.5	8.7	..	60.9	.. ^h	.. ^h
66 Malaysia	56.9	1,014.2	2,029.2	2,357.6	7.9	0.7	7.9	42.2	45.0	3.1	10.1	4,200 ^c	20.7 ^c
67 Serbia	155.4 ^e	99.3	674.6	525.4	3.3	0.9 ^e	6.8	56.9 ^e	56.1	13.6	18.7
68 Belarus	..	1,249.0	1,106.9	1,090.4	11.3	..	54.2	15.2	26.1	900 ^c	10.8 ^c
69 Saint Lucia	2.4	5.3	8.7	10.2	2.8	2.7	5.3	50.1	51.3	24.1	27.9	30 ^f	18.5 ^f
70 Albania	48.9	66.0	82.7	89.1	1.2	3.0	2.7	53.7	53.1	21.0	21.4	500 ^a	24.1 ^a
71 Russian Federation	2,941.7 ^e	11,524.9	12,079.6	12,270.4	3.1	1.4 ^e	8.4	47.9 ^e	57.8	7.7	15.3
72 Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	..	95.1	120.3	129.7	5.9	..	58.3	11.3	12.8
73 Dominica	2.4	2.5	4.5	5.5	1.4	4.0	6.7	50.9	46.2	38.3	41.6
74 Grenada	4.0	4.3	10.8	12.6	2.2	4.5	10.6	51.2	53.3	40.3	45.0
75 Brazil	1,397.1	798.5	686.3	688.0	-1.6	1.9	0.4	44.4	46.4	0.5	0.8	17,000 ^c	10.1 ^c
76 Bosnia and Herzegovina	..	56.0	35.1	27.8	0.9	..	49.8	25.1	27.0	1,400 ^a	52.5 ^a
77 Colombia	58.7	104.3	110.0	110.3	1.4	0.4	0.3	43.9	48.3	3.9	4.1	8,100 ^c	20.3 ^c
78 Peru	66.5	56.0	41.6	37.6	-1.0	0.7	0.1	44.3	52.4	2.7	2.9	6,300 ^f	22.4 ^f
79 Turkey	947.6	1,150.5	1,333.9	1,410.9	0.8	3.4	1.9	48.1	52.0	4.2	6.0
80 Ecuador	24.1	78.7	123.6	393.6	3.6	0.5	0.9	45.5	49.1	5.3	5.9	2,400 ^c	20.2 ^c
81 Mauritius	10.2	8.7	40.8	42.9	3.1	1.6	3.3	39.3	63.3	12.5	13.1
82 Kazakhstan	..	3,619.2	2,973.6	3,079.5	19.6	..	54.0	19.4	35.8	1,000 ^a	9.3 ^a
83 Lebanon	151.4	523.7	721.2	758.2	3.5	8.0	17.7	49.2	49.1	12.9	27.1
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT													
84 Armenia	..	658.8	492.6	324.2	16.1	..	58.9	20.3	28.1	500 ^a	24.5 ^a
85 Ukraine	..	6,892.9	5,390.6	5,257.5	11.5	..	57.2	10.9	23.8
86 Azerbaijan	..	360.6	254.5	263.9	3.0	..	57.0	14.3	15.8	1,900 ^a	33.2 ^a
87 Thailand	484.8	387.5	982.0	1,157.3	1.6	1.8	1.5	36.5	48.4	1.3	2.0
88 Iran (Islamic Republic of)	48.4	4,291.6	2,062.2	2,128.7	8.3	0.2	2.9	50.6	39.7	1.3	4.7
89 Georgia	..	338.3	191.2	167.3	4.3	..	57.0	18.3	22.1
90 Dominican Republic	144.6	291.2	393.0	434.3	2.2	4.3	4.1	25.9	40.1	9.1	10.4	1,700 ^f	17.7 ^f
91 Saint Vincent and the Grenadines	2.5	4.0	7.4	8.6	2.4	3.1	6.8	50.6	51.8	34.4	39.0
92 China	245.7	376.4	590.3	685.8	1.9	0.0	0.0	47.3	50.0	0.5	0.5	73,100 ^c	6.2 ^c
93 Belize	7.6	30.4	40.6	46.8	3.7	8.2	14.4	46.1	50.5	16.5	27.4	40 ^f	14.2 ^f
94 Samoa	3.4	3.2	7.2	9.0	1.6	3.1	4.0	45.9	44.9	37.2	39.4
95 Maldives	1.7	2.7	3.2	3.3	1.4	1.7	1.1	46.3	44.8	0.4	1.5
96 Jordan	385.8	1,146.3	2,345.2	2,973.0	4.0	43.1	42.1	49.2	49.1	11.6	45.3
97 Suriname	22.5	18.0	34.0	39.5	0.9	7.7	6.8	47.4	45.6	36.0	36.9
98 Tunisia	169.2	38.0	34.9	33.6	-3.5	4.0	0.4	51.0	49.5	5.9	6.3
99 Tonga	0.1	3.0	1.2	0.8	5.0	0.2	1.1	45.5	48.7	33.7	34.7
100 Jamaica	21.9	20.8	27.2	30.0	0.5	1.3	1.0	48.4	49.4	26.7	27.0
101 Paraguay	50.0	183.3	168.2	161.3	2.7	2.6	2.8	47.4	48.1	6.9	9.8	1,600 ^f	26.4 ^f
102 Sri Lanka	1,005.3	458.8	366.4	339.9	-2.2	10.0	1.9	46.6	49.8	4.7	6.6
103 Gabon	20.9	127.7	244.6	284.1	5.5	4.3	17.9	42.9	42.9	4.3	22.8
104 Algeria	430.4	274.0	242.4	242.3	-1.3	4.0	0.7	50.1	45.2	6.2	6.9
105 Philippines	219.7	159.4	374.8	435.4	1.2	0.8	0.4	43.9	50.1	4.0	5.6	6,900 ^c	11.7 ^c
106 El Salvador	34.4	47.4	35.9	40.3	0.1	1.2	0.6	72.8	52.8	14.3	14.6	1,200 ^f	16.7 ^f
107 Syrian Arab Republic	276.1	690.3	1,326.4	2,205.8	3.5	6.0	6.9	48.7	48.9	2.4	7.4
108 Fiji	20.1	13.7	17.2	18.5	-0.3	5.1	2.1	37.6	47.9	15.0	16.6
109 Turkmenistan	..	306.5	223.7	207.7	4.6	..	57.0	5.3	9.8
110 Occupied Palestinian Territories	490.3	910.6	1,660.6	1,923.8	2.7	44.5	44.1	49.2	49.1	23.9	61.3
111 Indonesia	1,859.5	465.6	135.6	122.9	-5.8	2.0	0.1	48.0	46.0	0.9	1.0	8,100 ^c	4.1 ^c
112 Honduras	60.0	270.4	26.3	24.3	-1.8	3.0	0.4	45.4	48.6	5.3	5.9	1,200 ^f	17.2 ^f
113 Bolivia	42.7	59.6	114.0	145.8	2.2	1.3	1.2	43.4	48.1	4.3	5.3	1,500 ^f	15.2 ^f
114 Guyana	14.0	4.1	10.0	11.6	-0.8	2.5	1.3	42.2	46.5	33.5	33.6
115 Mongolia	3.7	6.7	9.1	10.0	2.0	0.4	0.4	47.4	54.0	0.3	0.6	200 ^a	9.7 ^a
116 Viet Nam	4.0	29.4	54.5	69.3	5.8	0.0	0.1	46.4	36.6	2.4	2.4	12,700 ^a	21.9 ^a
117 Moldova	..	578.5	440.1	408.3	11.7	..	56.0	14.3	24.6
118 Equatorial Guinea	19.4	2.7	5.8	7.4	-2.7	7.7	1.0	30.2	47.0	14.5	14.7

TABLE

A

HDI rank	International migration										Internal migration		
	Immigration					Emigration					Lifetime internal migration ^b		
	Stock of immigrants (000)				Annual rate of growth (%)	Share of population (%)		Proportion female (%)		Emigration rate (%)	International movement rate (%)	Total migrants (000)	Migration rate (%)
	1960	1990	2005	2010 ^a	1960-2005	1960	2005	1960	2005	2000-2002	2000-2002	1990-2005	1990-2005
119 Uzbekistan	..	1,653.0	1,267.8	1,175.9	4.8	..	57.0	8.5	13.4
120 Kyrgyzstan	..	623.1	288.1	222.7	5.5	..	58.2	10.5	20.6	600 ^g	16.2 ^g
121 Cape Verde	6.6	8.9	11.2	12.1	1.2	3.4	2.3	50.4	50.4	30.5	32.1
122 Guatemala	43.3	264.3	53.4	59.5	0.5	1.0	0.4	48.3	54.4	4.9	5.2	1,500 ^f	11.1 ^f
123 Egypt	212.4	175.6	246.7	244.7	0.3	0.8	0.3	47.8	46.7	2.9	3.1
124 Nicaragua	12.4	40.8	35.0	40.1	2.3	0.7	0.6	46.6	48.8	9.1	9.6	800 ^f	13.3 ^f
125 Botswana	7.2	27.5	80.1	114.8	5.4	1.4	4.4	43.8	44.3	0.9	3.8
126 Vanuatu	2.8	2.2	1.0	0.8	-2.2	4.4	0.5	39.0	46.5	2.0	2.7
127 Tajikistan	..	425.9	306.4	284.3	4.7	..	57.0	11.4	16.1	400 ^g	9.9 ^g
128 Namibia	27.2	112.1	131.6	138.9	3.5	4.5	6.6	36.9	47.3	1.3	8.7
129 South Africa	927.7	1,224.4	1,248.7	1,862.9	0.7	5.3	2.6	29.0	41.4	1.7	3.9	6,700 ^c	15.4 ^c
130 Morocco	394.3	57.6	51.0	49.1	-4.5	3.4	0.2	51.5	49.9	8.1	8.5	6,800 ^g	33.4 ^g
131 Sao Tome and Principe	7.4	5.8	5.4	5.3	-0.7	11.6	3.5	46.4	47.9	13.5	17.9
132 Bhutan	9.7	23.8	37.3	40.2	3.0	4.3	5.7	18.5	18.5	2.2	3.8
133 Lao People's Democratic Republic	19.6	22.9	20.3	18.9	0.1	0.9	0.3	48.9	48.1	5.9	6.2
134 India	9,410.5	7,493.2	5,886.9	5,436.0	-1.0	2.1	0.5	46.0	48.6	0.8	1.4	42,300 ^c	4.1 ^c
135 Solomon Islands	3.7	4.7	6.5	7.0	1.2	3.1	1.4	45.6	44.0	1.0	1.7
136 Congo	26.3	129.6	128.8	143.2	3.5	2.6	3.8	51.6	49.6	14.7	20.0
137 Cambodia	381.3	38.4	303.9	335.8	-0.5	7.0	2.2	48.3	51.3	2.3	3.9	1,300 ^c	11.7 ^c
138 Myanmar	286.6	133.5	93.2	88.7	-2.5	1.4	0.2	44.9	47.7	0.7	0.9
139 Comoros	1.5	14.1	13.7	13.5	4.9	0.8	2.2	46.6	53.1	7.7	10.7
140 Yemen	159.1	343.5	455.2	517.9	2.3	3.0	2.2	38.3	38.3	3.0	4.3
141 Pakistan	6,350.3	6,555.8	3,554.0	4,233.6	-1.3	13.0	2.1	46.4	44.8	2.2	4.8
142 Swaziland	16.9	71.4	38.6	40.4	1.8	4.9	3.4	48.5	47.4	1.1	4.8
143 Angola	122.1	33.5	56.1	65.4	-1.7	2.4	0.3	41.7	51.1	5.5	5.8
144 Nepal	337.6	430.7	818.7	945.9	2.0	3.5	3.0	64.1	69.1	3.9	6.2
145 Madagascar	126.3	46.1	39.7	37.8	-2.6	2.5	0.2	49.2	46.1	0.9	1.3	1,000 ^g	9.3 ^g
146 Bangladesh	661.4	881.6	1,031.9	1,085.3	1.0	1.2	0.7	46.4	13.9	4.5	5.1
147 Kenya	59.3	163.0	790.1	817.7	5.8	0.7	2.2	37.1	50.8	1.4	2.3	3,500 ^c	12.6 ^c
148 Papua New Guinea	20.2	33.1	25.5	24.5	0.5	1.0	0.4	43.3	37.6	0.9	1.3
149 Haiti	14.5	19.1	30.1	35.0	1.6	0.4	0.3	50.5	43.2	7.7	8.0	1,000 ^g	17.5 ^g
150 Sudan	242.0	1,273.1	639.7	753.4	2.2	2.1	1.7	47.2	48.3	1.7	3.8
151 Tanzania (United Republic of)	477.0	576.0	797.7	659.2	1.1	4.7	2.0	45.0	50.2	0.8	3.3
152 Ghana	529.7	716.5	1,669.3	1,851.8	2.6	7.8	7.6	36.4	41.8	4.5	7.3	3,300 ^c	17.8 ^c
153 Cameroon	175.4	265.3	211.9	196.6	0.4	3.2	1.2	44.3	45.6	1.0	1.9
154 Mauritania	12.1	93.9	66.1	99.2	3.8	1.4	2.2	41.1	42.1	4.1	6.3	400 ^g	24.2 ^g
155 Djibouti	11.8	122.2	110.3	114.1	5.0	13.9	13.7	41.8	46.5	2.2	5.8
156 Lesotho	3.2	8.2	6.2	6.3	1.5	0.4	0.3	50.5	45.7	2.6	2.8
157 Uganda	771.7	550.4	652.4	646.5	-0.4	11.4	2.3	41.3	49.9	0.7	2.7	1,300 ^c	5.2 ^c
158 Nigeria	94.1	447.4	972.1	1,127.7	5.2	0.2	0.7	36.2	46.5	0.8	1.4
LOW HUMAN DEVELOPMENT													
159 Togo	101.3	162.6	182.8	185.4	1.3	6.5	3.1	51.8	50.4	3.7	6.8
160 Malawi	297.7	1,156.9	278.8	275.9	-0.1	8.4	2.0	51.2	51.6	1.2	3.4	200 ^g	2.7 ^g
161 Benin	34.0	76.2	187.6	232.0	3.8	1.5	2.4	48.5	46.0	7.5	8.8
162 Timor-Leste	7.1	9.0	11.9	13.8	1.1	1.4	1.2	46.0	52.6	2.6	3.2
163 Côte d'Ivoire	767.0	1,816.4	2,371.3	2,406.7	2.5	22.3	12.3	40.8	45.1	1.0	13.8
164 Zambia	360.8	280.0	287.3	233.1	-0.5	11.9	2.4	47.0	49.4	2.2	5.6
165 Eritrea	7.7	11.8	14.6	16.5	1.4	0.5	0.3	41.9	46.5	12.5	12.8
166 Senegal	168.0	268.6	220.2	210.1	0.6	5.5	2.0	41.7	51.0	4.4	7.0
167 Rwanda	28.5	72.9	435.7	465.5	6.1	1.0	4.8	53.9	53.9	2.7	3.7	800 ^c	10.4 ^c
168 Gambia	31.6	118.1	231.7	290.1	4.4	9.9	15.2	42.7	48.7	3.6	16.4
169 Liberia	28.8	80.8	96.8	96.3	2.7	2.7	2.9	37.8	45.1	2.7	7.8
170 Guinea	11.3	241.1	401.2	394.6	7.9	0.4	4.4	48.0	52.8	6.3	14.3
171 Ethiopia	393.3	1,155.4	554.0	548.0	0.8	1.7	0.7	41.9	47.1	0.4	1.4
172 Mozambique	8.9	121.9	406.1	450.0	8.5	0.1	1.9	43.6	52.1	4.2	6.0	900 ^g	8.1 ^g
173 Guinea-Bissau	11.6	13.9	19.2	19.2	1.1	2.0	1.3	50.0	50.0	8.6	9.9
174 Burundi	126.3	333.1	81.6	60.8	-1.0	4.3	1.1	46.0	53.7	5.4	6.5
175 Chad	55.1	74.3	358.4	388.3	4.2	1.9	3.6	44.0	48.0	3.2	3.7
176 Congo (Democratic Republic of the)	1,006.9	754.2	480.1	444.7	-1.6	6.5	0.8	49.8	52.9	1.5	2.9	8,500 ^g	27.1 ^g
177 Burkina Faso	62.9	344.7	772.8	1,043.0	5.6	1.3	5.6	52.3	51.1	9.8	17.9

Human movement: snapshots and trends

HDI rank	International migration										Internal migration		
	Immigration					Emigration					Lifetime internal migration ^b		
	Stock of immigrants (000)		Annual rate of growth (%)	Share of population (%)		Proportion female (%)		Emigration rate (%)	International movement rate (%)	Total migrants (000)	Migration rate (%)		
	1960	1990	2005	2010 ^a	1960–2005	1960	2005	1960	2005	2000–2002	2000–2002	1990–2005	1990–2005
178 Mali	167.6	165.3	165.4	162.7	0.0	3.3	1.4	50.0	47.8	12.5	12.9
179 Central African Republic	43.1	62.7	75.6	80.5	1.2	2.9	1.8	49.6	46.6	2.7	4.2
180 Sierra Leone	45.9	154.5	152.1	106.8	2.7	2.0	3.0	35.6	45.7	2.0	3.0	600 ^g	19.0 ^g
181 Afghanistan	46.5	57.7	86.5	90.9	1.4	0.5	0.4	43.6	43.6	10.6	10.8
182 Niger	55.0	135.7	183.0	202.2	2.7	1.7	1.4	50.0	53.6	4.0	5.0
OTHER UN MEMBER STATES													
Iraq	87.8	83.6	128.1	83.4	0.8	1.2	0.5	40.9	31.1	4.1	4.6
Kiribati	0.6	2.2	2.0	2.0	2.6	1.8	2.2	38.2	48.8	4.0	6.7
Korea (Democratic People's Rep. of)	25.1	34.1	36.8	37.1	0.9	0.2	0.2	47.3	52.0	2.0	2.2
Marshall Islands	0.8	1.5	1.7	1.7	1.5	5.8	2.9	41.0	41.0	17.7	20.1
Micronesia (Federated States of)	5.8	3.7	2.9	2.7	-1.6	13.1	2.6	40.9	46.4	18.6	21.0	1 ^g	1.2 ^g
Monaco	15.4	20.1	22.6	23.6	0.9	69.5	69.8	57.5	51.3	39.3	82.6
Nauru	0.4	3.9	4.9	5.3	5.5	9.3	48.7	5.1	45.0	9.3	50.4
Palau	0.3	2.9	6.0	5.8	6.5	3.3	30.0	34.9	40.2	39.3	58.7
San Marino	7.5	8.7	11.4	11.7	0.9	48.9	37.7	53.5	53.5	18.1	45.0
Somalia	11.4	633.1	21.3	22.8	1.4	0.4	0.3	41.9	46.5	6.5	6.7
Tuvalu	0.4	0.3	0.2	0.2	-1.6	6.1	1.9	42.2	45.4	15.4	18.2
Zimbabwe	387.2	627.1	391.3	372.3	0.0	10.3	3.1	24.1	37.8	2.3	7.4
Africa	9,175.9 ^f	15,957.6 ^f	17,678.6 ^f	19,191.4 ^f	1.7	3.2	1.9	43.1	47.8	2.9
Asia	28,494.9 ^f	50,875.7 ^f	55,128.5 ^f	61,324.0 ^f	0.7	1.7	1.4	46.6	47.1	1.7
Europe	17,511.7 ^f	49,360.5 ^f	64,330.1 ^f	69,744.5 ^f	2.9	3.0	8.8	49.0	52.9	7.3
Latin America and the Caribbean	6,151.4 ^f	7,130.3 ^f	6,869.4 ^f	7,480.3 ^f	0.2	2.8	1.2	44.6	48.4	5.0
Northern America	13,603.5 ^f	27,773.9 ^f	45,597.1 ^f	50,042.4 ^f	2.8	6.7	13.6	50.8	50.3	1.1
Oceania	2,142.6 ^f	4,365.0 ^f	5,516.3 ^f	6,014.7 ^f	1.7	13.5	16.4	44.3	48.2	4.9
OECD	31,574.9 ^f	61,824.3 ^f	97,622.8 ^f	108,513.7 ^f	2.6	4.1	8.4	48.7	51.1	3.9
European Union (EU27)	13,555.3 ^f	26,660.0 ^f	41,596.8 ^f	46,911.3 ^f	2.8	3.5	8.5	49.1	51.4	5.7
GCC	241.0 ^f	8,625.2 ^f	12,726.6 ^f	15,126.6 ^f	10.2	4.9	37.1	33.5	29.1	3.2
Very high human development	31,114.9 ^f	66,994.9 ^f	107,625.9 ^f	120,395.2 ^f	3.1	4.6	11.1	48.6	50.9	3.4
Very high HD: OECD	27,461.0 ^f	58,456.2 ^f	94,401.4 ^f	105,050.9 ^f	3.1	4.1	10.0	48.6	50.9	3.2
Very high HD: non-OECD	3,653.8 ^f	8,538.7 ^f	13,224.6 ^f	15,344.3 ^f	4.7	41.5	46.5	47.4	50.3	11.6
High human development	13,495.1 ^f	34,670.2 ^f	38,078.0 ^f	40,383.6 ^f	1.1	2.8	3.8	47.2	50.5	6.0
Medium human development	28,204.2 ^f	44,870.0 ^f	40,948.6 ^f	44,206.5 ^f	0.6	1.7	0.8	46.1	46.8	1.9
Low human development	4,265.7 ^f	8,928.0 ^f	8,467.5 ^f	8,812.0 ^f	1.6	3.9	2.3	45.0	48.9	3.9
World (excluding the former Soviet Union and Czechoslovakia)	74,078.1 ^f	125,389.2 ^f	168,780.5 ^f	187,815.1 ^f	1.1	2.7	2.7	46.8	47.8	2.4
World	77,114.7 ^h	155,518.1 ^h	195,245.4 ^h	213,943.8 ^h	1.1	2.6 ⁱ	3.0 ⁱ	47.0 ⁱ	49.2 ⁱ	3.0 ⁱ

NOTES

- a** 2010 projections are based on long-run tendencies and may not accurately predict the effect of unexpected short-term fluctuations such as the 2009 economic crisis. See UN (2009d) for further details.
- b** Due to differences in definition of the underlying data, cross country comparisons should be made with caution. Data are from different censuses and surveys and refer to different time periods and so are not strictly comparable.
- c** Data are estimates based on censuses from Bell and Muhidin (2009). Internal migrants are expressed as a percentage of the total population.
- d** Estimates for 1960 for Germany refer to the former Federal Republic of Germany and the former German Democratic Republic.
- e** Estimates for 1960 for the Czech Republic, the Russian Federation and Serbia refer to the former states of Czechoslovakia, the Soviet Union and Yugoslavia respectively.
- f** Data are estimates based on censuses from ECLAC (2007). Internal migrants are expressed as a percentage of the total population.
- g** Data are estimates based on household surveys from the World Bank (2009e). Internal migrants are expressed as a percentage of the working age population only.
- h** Data for Montenegro are included with those for Serbia.
- i** Data are aggregates from original data source.

SOURCES

- Columns 1–4 and 6–9:** UN (2009d).
- Column 5:** calculated based on data from UN (2009d).
- Column 10:** calculated based on data from Migration DRC 2007 and population data from UN (2009e).
- Column 11:** calculated based on data from Migration DRC (2007).
- Column 12–13:** various (as indicated).

International emigrants by area of residence

B

HDI rank	Areas of residence																
	Continent of residence 2000–2002 (% of total emigrant stocks)						Human development category of countries of residence ^a 2000–2002 (% of total emigrant stocks)				Share of continents' immigrants from country 2000–2002 (% of total immigrant stocks in the continent)						
	Africa	Asia	Europe	Latin America and the Caribbean	Northern America	Oceania	Very high	High	Medium	Low	Africa	Asia	Europe	Latin America and the Caribbean	Northern America	Oceania	
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT																	
1	Norway	1.7	9.3	62.1	1.0	23.3	2.6	87.0	5.1	7.1	0.8	0.02	0.03	0.19	0.03	0.11	0.10
2	Australia	2.5	10.9	46.9	0.9	21.9	17.1	83.4	3.6	12.1	0.9	0.07	0.10	0.35	0.06	0.24	1.47
3	Iceland	1.7	4.3	61.4	0.7	30.3	1.6	92.4	2.7	4.1	0.8	0.00	0.00	0.04	0.00	0.03	0.01
4	Canada	1.3	5.8	15.2	2.2	72.7	2.7	91.6	3.0	4.8	0.7	0.11	0.15	0.34	0.48	2.35	0.70
5	Ireland	1.6	3.4	69.2	0.6	19.4	5.8	93.4	2.6	3.3	0.8	0.10	0.07	1.16	0.10	0.47	1.13
6	Netherlands	2.0	7.1	46.5	2.3	28.6	13.5	88.0	7.0	4.2	0.9	0.10	0.11	0.62	0.30	0.56	2.10
7	Sweden	3.3	6.3	65.5	1.7	20.6	2.6	87.2	6.3	4.7	1.9	0.06	0.04	0.34	0.09	0.15	0.16
8	France	16.0	6.5	54.5	4.6	15.9	2.4	70.4	13.0	9.7	6.9	1.79	0.24	1.67	1.37	0.71	0.85
9	Switzerland	2.5	6.9	68.4	2.7	16.4	3.2	86.8	7.1	5.3	0.9	0.07	0.06	0.50	0.19	0.18	0.27
10	Japan	1.3	12.9	13.4	8.6	59.5	4.3	78.8	10.9	9.7	0.6	0.07	0.23	0.20	1.26	1.30	0.76
11	Luxembourg	1.6	3.2	87.2	0.7	6.9	0.4	92.9	3.3	3.1	0.7	0.00	0.00	0.07	0.01	0.01	0.00
12	Finland	1.8	4.4	80.5	0.7	10.2	2.4	91.2	4.1	4.0	0.8	0.04	0.03	0.50	0.04	0.09	0.17
13	United States	2.7	20.1	28.3	32.2	12.6	4.2	45.7	35.7	17.3	1.4	0.38	0.91	1.08	11.97	0.70	1.89
14	Austria	1.9	9.1	63.0	1.8	19.8	4.4	84.7	8.8	5.7	0.8	0.06	0.09	0.50	0.14	0.23	0.41
15	Spain	1.8	3.4	61.2	23.5	9.1	1.0	70.4	24.8	3.9	0.8	0.15	0.09	1.43	5.34	0.31	0.27
16	Denmark	2.1	6.9	63.8	1.1	21.7	4.4	88.3	5.2	5.8	0.8	0.03	0.03	0.26	0.05	0.13	0.21
17	Belgium	2.0	6.3	75.6	1.6	13.3	1.2	88.4	6.1	4.6	0.9	0.06	0.06	0.61	0.12	0.16	0.11
18	Italy	2.0	3.5	51.1	10.7	26.0	6.7	82.9	12.4	3.9	0.8	0.42	0.23	2.86	5.81	2.12	4.38
19	Liechtenstein	1.5	3.1	92.0	0.6	2.5	0.2	93.1	3.2	3.0	0.7	0.00	0.00	0.01	0.00	0.00	0.00
20	New Zealand	1.1	6.6	16.6	0.3	6.9	68.6	92.1	1.6	5.7	0.5	0.03	0.07	0.15	0.03	0.09	7.17
21	United Kingdom	2.2	9.9	22.1	1.2	34.6	30.0	87.2	3.7	8.1	1.0	0.57	0.84	1.58	0.87	3.60	24.92
22	Germany	2.3	17.0	41.0	1.6	35.2	2.9	75.6	17.2	6.4	0.9	0.59	1.40	2.85	1.07	3.55	2.35
23	Singapore	0.9	51.2	21.9	0.2	12.3	13.5	49.1	34.4	16.0	0.5	0.02	0.29	0.10	0.01	0.09	0.74
24	Hong Kong, China (SAR)	1.0	3.9	20.5	0.4	63.2	11.0	94.8	1.5	3.2	0.5	0.04	0.06	0.25	0.05	1.12	1.55
25	Greece	1.9	14.4	42.6	1.0	27.4	12.7	83.4	10.5	5.3	0.8	0.11	0.27	0.68	0.15	0.63	2.33
26	Korea (Republic of)	0.9	35.7	7.4	1.6	50.3	4.2	86.5	2.4	10.6	0.5	0.09	1.08	0.19	0.38	1.86	1.23
27	Israel	1.0	76.1	6.8	0.7	14.6	0.8	24.8	4.3	70.4	0.4	0.06	1.47	0.11	0.12	0.35	0.14
28	Andorra	10.2	3.2	84.4	0.8	1.2	0.2	84.5	3.1	11.3	1.1	0.00	0.00	0.01	0.00	0.00	0.00
29	Slovenia	1.7	3.4	68.6	0.8	19.1	6.3	72.1	23.9	3.2	0.8	0.01	0.01	0.13	0.01	0.05	0.14
30	Brunei Darussalam	1.4	25.3	31.9	0.2	28.3	12.9	73.3	1.5	24.7	0.4	0.00	0.01	0.01	0.00	0.01	0.05
31	Kuwait	5.0	84.1	3.6	0.2	6.5	0.6	13.4	28.1	58.2	0.3	0.15	0.83	0.03	0.01	0.08	0.06
32	Cyprus	1.0	10.8	68.1	0.2	9.0	10.9	87.6	8.2	3.8	0.5	0.01	0.04	0.21	0.01	0.04	0.39
33	Qatar	7.6	59.3	12.6	0.2	18.4	1.9	35.2	7.3	57.2	0.4	0.01	0.02	0.00	0.00	0.01	0.01
34	Portugal	5.6	3.2	59.6	12.1	18.7	0.8	78.3	13.8	3.3	4.5	0.70	0.13	2.01	3.97	0.92	0.32
35	United Arab Emirates	6.6	71.9	8.3	0.2	11.5	1.5	21.6	6.2	71.6	0.5	0.05	0.18	0.02	0.00	0.04	0.04
36	Czech Republic	2.0	7.1	66.9	0.8	21.0	2.1	69.2	26.0	4.0	0.8	0.05	0.05	0.42	0.05	0.19	0.15
37	Barbados	1.1	3.4	25.6	4.7	64.9	0.4	90.7	5.0	3.7	0.5	0.01	0.01	0.05	0.08	0.17	0.01
38	Malta	1.8	3.4	35.9	0.5	16.5	42.0	93.9	1.9	3.4	0.8	0.01	0.01	0.07	0.01	0.05	0.94
HIGH HUMAN DEVELOPMENT																	
39	Bahrain	4.7	86.1	5.3	0.2	3.1	0.7	11.4	5.4	82.8	0.4	0.04	0.22	0.01	0.00	0.01	0.02
40	Estonia	1.6	6.7	81.1	0.2	9.1	1.4	47.2	42.0	10.1	0.7	0.02	0.03	0.26	0.01	0.04	0.05
41	Poland	1.7	8.9	53.3	1.4	31.8	2.9	74.8	18.0	6.4	0.8	0.22	0.37	1.88	0.46	1.63	1.20
42	Slovakia	1.7	4.7	83.1	0.6	9.2	0.7	84.9	10.7	3.5	0.8	0.05	0.05	0.68	0.05	0.11	0.07
43	Hungary	1.7	6.7	48.6	1.5	35.6	5.9	86.6	8.8	3.8	0.8	0.04	0.05	0.34	0.10	0.36	0.47
44	Chile	1.1	3.6	20.2	50.1	20.6	4.5	45.3	49.5	4.7	0.5	0.04	0.04	0.19	4.49	0.28	0.48
45	Croatia	1.6	3.2	72.2	0.5	13.4	9.0	87.0	9.1	3.2	0.8	0.06	0.04	0.75	0.05	0.20	1.08
46	Lithuania	1.7	8.7	76.4	0.4	11.6	1.2	28.2	62.0	9.0	0.8	0.03	0.06	0.42	0.02	0.09	0.08
47	Antigua and Barbuda	1.0	46.6	8.4	11.4	32.5	0.0	41.1	11.7	46.7	0.5	0.00	0.06	0.01	0.13	0.05	0.00
48	Latvia	1.6	7.8	71.6	0.3	15.7	3.0	35.3	52.2	11.8	0.8	0.02	0.04	0.29	0.01	0.09	0.14
49	Argentina	1.1	10.6	28.6	34.6	23.3	1.8	59.1	21.2	19.1	0.5	0.04	0.13	0.30	3.58	0.36	0.22
50	Uruguay	1.1	3.5	17.2	61.4	13.0	3.8	34.0	60.4	5.1	0.5	0.02	0.02	0.07	2.55	0.08	0.19
51	Cuba	1.1	3.5	9.0	4.2	82.2	0.0	91.3	3.8	4.3	0.5	0.07	0.08	0.17	0.75	2.21	0.01
52	Bahamas	1.1	3.5	8.2	1.9	84.7	0.6	93.7	2.5	3.2	0.5	0.00	0.00	0.01	0.01	0.08	0.00
53	Mexico	1.1	3.9	1.6	0.8	92.5	0.0	94.8	1.2	3.4	0.5	0.68	0.80	0.28	1.39	23.24	0.07
54	Costa Rica	1.1	3.8	6.2	16.7	71.9	0.3	78.8	10.0	10.8	0.5	0.01	0.01	0.01	0.31	0.20	0.01
55	Libyan Arab Jamahiriya	16.3	39.8	26.7	0.4	14.7	2.0	68.1	7.7	18.9	5.3	0.08	0.06	0.04	0.01	0.03	0.03
56	Oman	8.6	60.4	17.6	0.2	10.7	2.5	33.1	8.6	57.9	0.3	0.01	0.02	0.01	0.00	0.00	0.01
57	Seychelles	39.7	2.7	32.1	0.2	10.4	14.9	57.0	1.6	30.7	10.7	0.04	0.00	0.01	0.00	0.00	0.05
58	Venezuela (Bolivarian Republic of)	1.0	3.4	37.1	22.5	35.6	0.4	72.7	21.6	5.2	0.5	0.02	0.02	0.22	1.32	0.31	0.02
59	Saudi Arabia	8.3	66.5	8.0	0.8	15.5	0.8	26.8	10.4	62.3	0.4	0.13	0.33	0.03	0.03	0.09	0.04

International emigrants by area of residence

HDI rank	Areas of residence															
	Continent of residence 2000–2002 (% of total emigrant stocks)						Human development category of countries of residence ^a 2000–2002 (% of total emigrant stocks)				Share of continents' immigrants from country 2000–2002 (% of total immigrant stocks in the continent)					
	Africa	Asia	Europe	Latin America and the Caribbean	Northern America	Oceania	Very high	High	Medium	Low	Africa	Asia	Europe	Latin America and the Caribbean	Northern America	Oceania
60 Panama	1.1	3.5	4.5	10.2	80.6	0.1	85.5	10.0	4.0	0.5	0.01	0.01	0.01	0.31	0.37	0.00
61 Bulgaria	1.5	68.3	24.3	0.6	4.9	0.4	24.2	57.8	17.2	0.7	0.09	1.28	0.38	0.09	0.11	0.07
62 Saint Kitts and Nevis	1.0	3.1	29.1	29.4	37.3	0.1	66.2	30.0	3.3	0.5	0.00	0.00	0.02	0.18	0.03	0.00
63 Romania	1.7	19.7	57.4	1.0	19.0	1.3	74.9	19.2	5.1	0.8	0.11	0.42	1.03	0.17	0.50	0.28
64 Trinidad and Tobago	1.1	3.4	9.7	4.0	81.4	0.4	91.6	3.9	3.9	0.6	0.02	0.02	0.05	0.22	0.67	0.03
65 Montenegro	1.6 ^b	11.3 ^b	72.3 ^b	0.4 ^b	10.8 ^b	3.5 ^b	76.2 ^b	19.0 ^b	4.0 ^b	0.8 ^b	0.17 ^b	0.38 ^b	2.07 ^b	0.12 ^b	0.45 ^b	1.16
66 Malaysia	1.4	66.8	10.7	0.2	9.4	11.6	78.8	1.0	19.6	0.5	0.07	1.06	0.14	0.03	0.18	1.79
67 Serbia	1.6 ^b	11.3 ^b	72.3 ^b	0.4 ^b	10.8 ^b	3.5 ^b	76.2 ^b	19.0 ^b	4.0 ^b	0.8 ^b	0.17 ^b	0.38 ^b	2.07 ^b	0.12 ^b	0.45 ^b	1.16
68 Belarus	1.8	8.6	86.8	0.2	2.6	0.1	7.7	67.4	24.1	0.8	0.20	0.31	2.64	0.05	0.11	0.04
69 Saint Lucia	1.1	3.3	21.3	40.4	33.8	0.1	55.1	38.5	5.8	0.5	0.00	0.00	0.02	0.34	0.04	0.00
70 Albania	1.6	3.9	88.2	0.5	5.6	0.2	89.6	6.2	3.4	0.7	0.08	0.06	1.23	0.06	0.11	0.04
71 Russian Federation	1.9	35.3	58.9	0.3	3.4	0.2	13.0	31.7	54.5	0.8	1.44	8.63	12.14	0.51	1.03	0.45
72 Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	1.6	17.9	52.8	0.4	10.2	17.1	75.7	18.8	4.8	0.8	0.03	0.09	0.23	0.02	0.07	0.87
73 Dominica	1.0	3.6	25.9	23.9	45.5	0.0	71.5	24.3	3.7	0.5	0.00	0.00	0.02	0.17	0.05	0.00
74 Grenada	1.1	3.4	18.4	20.1	56.9	0.2	75.4	20.0	4.0	0.5	0.00	0.00	0.02	0.23	0.10	0.00
75 Brazil	1.0	30.4	23.8	18.9	25.3	0.6	69.3	8.8	21.4	0.5	0.06	0.59	0.39	3.00	0.60	0.11
76 Bosnia and Herzegovina	1.7	3.5	82.7	0.3	10.0	2.0	57.1	38.9	3.2	0.8	0.13	0.09	1.78	0.05	0.31	0.49
77 Colombia	1.1	3.5	18.9	43.3	33.0	0.3	52.2	43.8	3.5	0.5	0.11	0.12	0.53	11.80	1.35	0.09
78 Peru	1.0	9.4	20.0	27.4	41.3	0.8	66.6	26.7	6.2	0.5	0.05	0.14	0.25	3.36	0.76	0.12
79 Turkey	0.9	10.2	84.0	0.2	3.7	1.0	85.4	9.8	4.4	0.5	0.17	0.62	4.32	0.11	0.27	0.61
80 Ecuador	1.0	3.3	41.7	8.5	45.3	0.2	86.7	9.6	3.2	0.5	0.04	0.05	0.50	0.99	0.79	0.03
81 Mauritius	32.8	2.6	49.7	0.2	4.9	9.8	63.7	1.7	24.4	10.2	0.36	0.01	0.15	0.01	0.02	0.34
82 Kazakhstan	1.0	13.6	84.8	0.2	0.4	0.0	6.2	73.6	19.7	0.5	0.22	0.99	5.19	0.11	0.04	0.03
83 Lebanon	10.3	18.6	22.7	4.8	31.2	12.5	67.2	16.7	11.6	4.4	0.37	0.22	0.22	0.46	0.45	1.42
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT																
84 Armenia	1.0	11.3	78.2	0.2	9.2	0.1	17.7	65.4	16.4	0.5	0.05	0.18	1.04	0.03	0.18	0.02
85 Ukraine	1.8	12.1	79.7	0.2	5.9	0.3	14.5	76.6	8.1	0.8	0.65	1.44	7.98	0.21	0.86	0.34
86 Azerbaijan	1.0	23.3	74.3	0.2	1.2	0.0	6.9	67.6	24.9	0.5	0.08	0.65	1.73	0.04	0.04	0.01
87 Thailand	1.0	60.1	13.0	0.2	22.3	3.4	43.7	30.3	25.5	0.5	0.06	1.04	0.19	0.03	0.47	0.57
88 Iran (Islamic Republic of)	5.1	17.9	34.9	0.3	39.6	2.3	82.8	6.6	10.1	0.5	0.30	0.33	0.55	0.04	0.91	0.41
89 Georgia	1.0	15.7	81.8	0.2	1.2	0.1	15.5	63.5	20.5	0.5	0.06	0.33	1.44	0.03	0.03	0.01
90 Dominican Republic	1.1	3.8	10.7	6.4	77.9	0.0	88.8	6.3	4.3	0.5	0.06	0.07	0.17	0.97	1.75	0.00
91 Saint Vincent and the Grenadines	1.1	3.4	16.5	27.1	51.9	0.1	68.5	27.5	3.4	0.5	0.00	0.00	0.02	0.25	0.07	0.00
92 China	1.1	64.0	7.2	0.9	23.3	3.5	79.5	6.5	13.5	0.5	0.41	7.53	0.71	0.89	3.35	3.99
93 Belize	1.1	3.5	4.4	7.6	83.3	0.1	88.1	4.0	7.3	0.5	0.00	0.00	0.00	0.07	0.11	0.00
94 Samoa	0.8	5.4	1.5	0.3	16.6	75.3	76.5	1.1	21.9	0.5	0.01	0.01	0.00	0.00	0.04	1.57
95 Maldives	1.4	38.9	34.5	0.7	4.8	19.8	60.6	3.1	35.8	0.5	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
96 Jordan	5.9	81.3	3.7	0.3	8.2	0.6	15.8	27.5	56.3	0.5	0.25	1.10	0.04	0.03	0.14	0.07
97 Suriname	1.0	3.1	82.2	11.0	2.7	0.0	83.7	3.9	12.0	0.5	0.02	0.02	0.38	0.49	0.02	0.00
98 Tunisia	9.3	9.9	78.3	0.2	2.3	0.1	81.1	6.8	8.7	3.4	0.35	0.12	0.81	0.02	0.03	0.01
99 Tonga	0.8	5.5	2.2	0.9	35.8	54.8	90.2	1.6	7.7	0.5	0.00	0.01	0.00	0.01	0.04	0.55
100 Jamaica	1.1	3.4	19.8	2.6	73.0	0.1	92.9	3.5	3.1	0.5	0.06	0.07	0.32	0.41	1.72	0.02
101 Paraguay	1.1	3.9	2.9	87.4	4.6	0.1	8.2	87.1	4.2	0.5	0.03	0.03	0.02	5.99	0.05	0.01
102 Sri Lanka	0.9	54.1	25.7	0.2	12.7	6.5	46.4	18.0	35.1	0.5	0.05	1.02	0.41	0.03	0.29	1.18
103 Gabon	69.9	2.1	26.1	0.2	1.7	0.0	27.6	1.2	59.8	11.4	0.25	0.00	0.03	0.00	0.00	0.00
104 Algeria	9.5	6.8	81.6	0.2	1.8	0.1	83.7	5.2	7.6	3.5	1.23	0.28	2.88	0.06	0.09	0.02
105 Philippines	0.9	35.4	8.7	0.2	49.9	4.9	66.5	25.4	7.6	0.5	0.20	2.43	0.50	0.14	4.20	3.30
106 El Salvador	1.1	3.5	2.4	5.1	86.8	1.0	90.5	2.9	6.1	0.5	0.07	0.07	0.04	0.84	2.15	0.19
107 Syrian Arab Republic	7.7	49.5	19.5	4.6	17.0	1.7	40.9	38.3	19.8	1.0	0.20	0.42	0.14	0.32	0.18	0.14
108 Fiji	0.8	5.0	4.4	0.3	38.0	51.6	92.5	1.1	5.9	0.5	0.01	0.01	0.01	0.01	0.13	1.46
109 Turkmenistan	1.0	12.1	86.2	0.2	0.5	0.0	10.2	71.7	17.6	0.5	0.02	0.06	0.38	0.01	0.00	0.00
110 Occupied Palestinian Territories	11.1	85.4	2.3	0.3	0.6	0.3	6.4	14.9	78.3	0.4	0.74	1.84	0.04	0.06	0.02	0.06
111 Indonesia	1.0	77.5	13.7	0.2	4.8	2.9	25.5	60.3	13.7	0.5	0.11	2.87	0.43	0.07	0.22	1.04
112 Honduras	1.1	3.6	3.4	10.8	81.1	0.1	84.9	3.7	10.9	0.5	0.02	0.03	0.02	0.65	0.73	0.00
113 Bolivia	1.1	4.9	8.2	70.5	15.1	0.2	24.4	70.7	4.4	0.5	0.03	0.04	0.05	4.56	0.15	0.02
114 Guyana	1.1	3.4	8.8	8.0	78.6	0.2	87.6	7.7	4.2	0.6	0.03	0.03	0.06	0.51	0.74	0.01
115 Mongolia	0.9	21.0	40.7	0.4	35.1	1.8	75.8	17.4	6.3	0.4	0.00	0.00	0.01	0.00	0.01	0.00
116 Viet Nam	0.9	15.1	18.3	0.2	57.4	8.0	85.0	2.7	11.8	0.5	0.12	0.61	0.63	0.07	2.86	3.16
117 Moldova	1.8	7.7	86.7	0.2	3.5	0.1	12.0	50.1	37.1	0.8	0.07	0.10	0.98	0.02	0.06	0.02
118 Equatorial Guinea	77.9	3.0	18.3	0.2	0.6	0.0	18.7	1.1	72.0	8.2	0.46	0.01	0.03	0.00	0.00	0.00

TABLE

HDI rank	Areas of residence															
	Continent of residence 2000–2002 (% of total emigrant stocks)						Human development category of countries of residence ^a 2000–2002 (% of total emigrant stocks)				Share of continents' immigrants from country 2000–2002 (% of total immigrant stocks in the continent)					
	Africa	Asia	Europe	Latin America and the Caribbean	Northern America	Oceania	Very high	High	Medium	Low	Africa	Asia	Europe	Latin America and the Caribbean	Northern America	Oceania
119 Uzbekistan	1.0	39.7	57.9	0.2	1.2	0.0	8.5	49.9	41.1	0.5	0.14	1.88	2.31	0.08	0.07	0.02
120 Kyrgyzstan	1.0	10.4	87.8	0.2	0.6	0.0	6.9	80.7	11.9	0.5	0.04	0.13	0.89	0.02	0.01	0.00
121 Cape Verde	33.8	3.0	49.1	0.2	14.0	0.0	62.3	1.7	10.8	25.2	0.42	0.01	0.17	0.01	0.07	0.00
122 Guatemala	1.1	3.7	3.0	9.1	83.0	0.1	86.4	5.6	7.5	0.5	0.04	0.05	0.03	0.91	1.25	0.01
123 Egypt	10.5	70.5	9.7	0.3	7.4	1.6	21.8	54.5	20.3	3.5	1.43	3.10	0.36	0.11	0.40	0.69
124 Nicaragua	1.1	3.5	2.5	48.4	44.4	0.1	47.3	46.0	6.2	0.5	0.04	0.04	0.02	4.23	0.58	0.02
125 Botswana	60.3	2.7	21.3	0.2	10.8	4.7	36.6	1.3	43.2	18.9	0.06	0.00	0.01	0.00	0.00	0.02
126 Vanuatu	0.8	5.3	25.4	0.3	2.8	65.4	57.2	1.6	40.8	0.4	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.05
127 Tajikistan	1.0	42.8	55.6	0.2	0.4	0.0	6.3	50.3	42.9	0.5	0.05	0.70	0.77	0.03	0.01	0.00
128 Namibia	77.8	2.5	11.3	0.2	5.4	2.7	19.5	1.1	36.6	42.8	0.12	0.00	0.00	0.00	0.00	0.01
129 South Africa	38.6	3.3	30.5	0.3	13.8	13.5	57.5	1.6	12.5	28.4	1.89	0.05	0.41	0.04	0.27	2.09
130 Morocco	9.1	13.2	74.5	0.2	2.8	0.1	82.8	5.8	7.8	3.5	1.48	0.69	3.29	0.09	0.18	0.03
131 Sao Tome and Principe	27.2	3.0	69.0	0.2	0.6	0.0	68.5	2.0	20.1	9.4	0.04	0.00	0.03	0.00	0.00	0.00
132 Bhutan	0.7	89.3	6.4	0.2	2.8	0.5	10.5	0.9	87.9	0.6	0.00	0.02	0.00	0.00	0.00	0.00
133 Lao People's Democratic Republic	0.9	15.6	17.4	0.2	62.9	3.0	84.2	1.3	14.0	0.5	0.02	0.11	0.10	0.01	0.55	0.21
134 India	1.7	72.0	9.7	0.2	15.0	1.3	47.9	20.4	30.7	1.0	0.97	13.18	1.49	0.35	3.37	2.41
135 Solomon Islands	0.9	5.6	11.4	0.3	4.5	77.3	60.4	1.3	37.9	0.4	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.06
136 Congo	80.1	2.1	16.5	0.2	1.1	0.0	17.5	1.1	73.8	7.6	2.74	0.02	0.15	0.02	0.01	0.00
137 Cambodia	0.9	13.1	26.3	0.2	50.5	8.9	86.5	1.5	11.5	0.5	0.02	0.08	0.14	0.01	0.39	0.55
138 Myanmar	0.8	77.6	5.9	0.2	11.8	3.7	23.1	0.9	75.4	0.5	0.02	0.49	0.03	0.01	0.09	0.23
139 Comoros	42.0	4.8	52.4	0.2	0.6	0.0	52.2	4.5	37.8	5.5	0.13	0.00	0.04	0.00	0.00	0.00
140 Yemen	6.1	85.4	4.6	0.2	3.6	0.1	17.5	65.9	16.2	0.4	0.23	1.04	0.05	0.02	0.05	0.01
141 Pakistan	1.4	72.5	16.4	0.2	9.1	0.4	27.7	24.1	47.4	0.9	0.30	5.02	0.96	0.11	0.78	0.28
142 Swaziland	72.5	3.2	14.9	0.2	7.1	2.1	24.0	1.9	25.8	48.4	0.05	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
143 Angola	65.8	3.8	28.6	0.8	1.0	0.0	29.2	2.0	33.7	35.2	3.62	0.07	0.43	0.11	0.02	0.01
144 Nepal	0.7	95.0	2.4	0.2	1.3	0.3	5.6	2.2	91.6	0.6	0.05	1.99	0.04	0.03	0.03	0.07
145 Madagascar	28.2	3.0	65.8	0.5	2.4	0.1	67.2	15.3	8.7	8.9	0.27	0.01	0.17	0.01	0.01	0.00
146 Bangladesh	0.7	92.4	4.7	0.2	1.8	0.2	7.7	8.4	83.2	0.6	0.31	12.76	0.55	0.17	0.30	0.25
147 Kenya	41.5	4.2	37.9	0.2	14.4	1.8	53.6	1.6	39.8	5.0	1.18	0.04	0.29	0.02	0.16	0.16
148 Papua New Guinea	0.8	8.9	4.9	0.3	4.4	80.7	59.1	1.1	39.3	0.5	0.00	0.01	0.00	0.00	0.01	0.81
149 Haiti	1.1	3.4	5.5	25.7	64.3	0.0	70.0	12.1	17.3	0.5	0.05	0.05	0.07	3.19	1.20	0.00
150 Sudan	42.9	45.9	5.7	0.2	4.6	0.8	12.5	38.8	42.0	6.7	1.72	0.60	0.06	0.02	0.07	0.10
151 Tanzania (United Republic of)	67.5	2.8	17.4	0.2	11.4	0.7	29.4	1.3	45.7	23.7	1.21	0.02	0.09	0.01	0.08	0.04
152 Ghana	74.8	3.4	12.2	0.2	9.1	0.2	21.6	1.0	16.5	60.8	4.48	0.07	0.20	0.03	0.22	0.05
153 Cameroon	48.9	3.2	38.8	0.2	8.9	0.1	47.2	1.5	36.7	14.6	0.52	0.01	0.11	0.01	0.04	0.00
154 Mauritania	75.9	4.5	17.1	0.2	2.3	0.0	19.3	3.6	18.9	58.2	0.55	0.01	0.03	0.00	0.01	0.00
155 Djibouti	41.7	5.0	48.0	0.2	4.7	0.5	52.4	4.5	11.5	31.5	0.04	0.00	0.01	0.00	0.00	0.00
156 Lesotho	93.5	2.3	2.8	0.1	1.1	0.2	4.2	0.9	23.6	71.3	0.30	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00
157 Uganda	37.5	3.7	43.9	0.2	13.9	0.9	58.1	1.6	31.8	8.5	0.40	0.01	0.13	0.01	0.06	0.03
158 Nigeria	62.3	4.4	18.1	0.2	14.8	0.2	33.0	2.3	44.5	20.2	4.06	0.09	0.32	0.04	0.38	0.04
LOW HUMAN DEVELOPMENT																
159 Togo	83.8	2.7	11.3	0.2	2.0	0.0	13.2	0.9	51.4	34.5	1.12	0.01	0.04	0.01	0.01	0.00
160 Malawi	83.7	2.5	11.6	0.2	1.7	0.4	13.6	1.1	43.4	41.9	0.79	0.01	0.03	0.00	0.01	0.01
161 Benin	91.6	3.1	4.6	0.2	0.5	0.0	5.2	0.8	43.5	50.4	3.30	0.04	0.05	0.02	0.01	0.00
162 Timor-Leste	0.8	39.5	18.2	0.2	0.2	41.0	59.8	1.2	38.5	0.4	0.00	0.02	0.01	0.00	0.00	0.19
163 Côte d'Ivoire	47.7	3.1	43.4	0.2	5.6	0.1	48.4	1.6	10.4	39.6	0.53	0.01	0.13	0.01	0.02	0.00
164 Zambia	78.3	2.9	13.2	0.2	3.8	1.6	18.5	1.1	53.8	26.5	1.21	0.01	0.06	0.01	0.02	0.08
165 Eritrea	78.2	11.5	5.6	0.2	4.3	0.3	10.4	9.4	13.1	67.1	2.78	0.13	0.05	0.02	0.06	0.03
166 Senegal	55.7	3.0	38.1	0.2	2.9	0.0	40.6	1.5	24.7	33.2	1.67	0.03	0.31	0.02	0.03	0.00
167 Rwanda	85.2	3.2	9.1	0.2	2.3	0.0	11.4	1.0	79.7	8.0	1.28	0.02	0.04	0.01	0.01	0.00
168 Gambia	44.7	2.9	39.7	0.2	12.4	0.1	51.6	1.5	16.5	30.4	0.14	0.00	0.03	0.00	0.02	0.00
169 Liberia	34.9	4.4	11.5	0.2	48.8	0.2	60.4	1.1	24.9	13.6	0.19	0.01	0.02	0.00	0.10	0.00
170 Guinea	90.3	3.0	5.1	0.2	1.4	0.0	6.6	0.8	10.2	82.4	3.29	0.04	0.05	0.02	0.02	0.00
171 Ethiopia	8.6	37.5	21.4	0.2	30.7	1.5	75.1	10.0	10.5	4.4	0.15	0.22	0.10	0.01	0.22	0.08
172 Mozambique	83.8	2.5	12.8	0.3	0.6	0.1	13.3	1.2	50.1	35.4	4.44	0.04	0.18	0.04	0.01	0.01
173 Guinea-Bissau	65.0	2.8	31.3	0.2	0.6	0.0	31.5	1.3	13.1	54.1	0.52	0.01	0.07	0.00	0.00	0.00
174 Burundi	90.8	3.2	4.6	0.2	1.1	0.0	5.8	0.9	84.2	9.1	2.21	0.03	0.03	0.01	0.01	0.00
175 Chad	90.7	5.5	3.1	0.2	0.5	0.0	3.8	3.7	74.3	18.1	1.72	0.03	0.02	0.01	0.00	0.00
176 Congo (Dem. Republic of the)	79.7	2.6	15.3	0.2	2.2	0.0	17.4	1.1	48.6	32.8	4.09	0.04	0.21	0.02	0.04	0.01
177 Burkina Faso	94.0	3.0	2.4	0.2	0.3	0.0	2.9	0.8	8.9	87.5	7.93	0.08	0.06	0.04	0.01	0.00

International emigrants by area of residence

HDI rank	Areas of residence															
	Continent of residence 2000–2002 (% of total emigrant stocks)						Human development category of countries of residence ^a 2000–2002 (% of total emigrant stocks)				Share of continents' immigrants from country 2000–2002 (% of total immigrant stocks in the continent)					
	Africa	Asia	Europe	Latin America and the Caribbean	Northern America	Oceania	Very high	High	Medium	Low	Africa	Asia	Europe	Latin America and the Caribbean	Northern America	Oceania
178 Mali	91.1	3.1	5.1	0.2	0.5	0.0	5.7	0.9	17.5	76.0	8.99	0.10	0.14	0.05	0.02	0.00
179 Central African Republic	84.1	2.1	13.0	0.2	0.6	0.1	13.5	1.0	70.9	14.6	0.58	0.00	0.02	0.00	0.00	0.00
180 Sierra Leone	40.9	3.0	31.5	0.2	24.0	0.5	55.4	1.4	11.1	32.1	0.24	0.01	0.05	0.00	0.06	0.01
181 Afghanistan	0.8	91.4	4.4	0.2	2.7	0.5	11.0	4.6	84.0	0.4	0.14	4.82	0.20	0.08	0.17	0.25
182 Niger	93.3	3.0	3.0	0.2	0.5	0.0	3.6	0.8	20.6	75.0	2.90	0.03	0.02	0.02	0.01	0.00
OTHER UN MEMBER STATES																
Iraq	5.1	59.2	22.1	0.2	10.7	2.7	44.2	6.6	48.7	0.4	0.35	1.33	0.42	0.03	0.29	0.59
Kiribati	0.8	5.5	7.9	0.3	28.6	57.0	62.6	1.2	35.8	0.4	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.04
Korea (Dem. People's Rep. of)	0.9	47.5	2.0	0.9	48.6	0.0	85.9	1.5	12.2	0.5	0.03	0.46	0.02	0.07	0.58	0.00
Marshall Islands	0.8	25.1	3.5	1.0	64.2	5.4	69.1	4.0	26.4	0.5	0.00	0.01	0.00	0.00	0.02	0.01
Micronesia (Federated States of)	0.8	23.1	3.9	1.1	30.4	40.7	35.7	30.2	33.6	0.5	0.00	0.01	0.00	0.00	0.02	0.20
Monaco	2.0	5.9	87.9	0.6	3.4	0.2	90.1	2.9	6.3	0.7	0.00	0.00	0.03	0.00	0.00	0.00
Nauru	0.7	5.6	6.9	4.2	11.1	71.5	86.3	4.7	8.7	0.4	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.01
Palau	0.7	55.3	3.3	1.6	17.6	21.6	22.3	12.7	64.5	0.5	0.00	0.01	0.00	0.00	0.01	0.05
San Marino	1.5	3.1	86.2	1.1	8.0	0.1	92.9	3.4	3.0	0.7	0.00	0.00	0.01	0.00	0.00	0.00
Somalia	50.8	9.6	27.5	0.2	10.8	1.0	39.2	8.2	11.7	41.0	1.71	0.10	0.25	0.02	0.14	0.11
Tuvalu	0.7	5.1	17.0	0.3	1.6	75.3	83.0	4.3	12.3	0.3	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.03
Zimbabwe	61.8	3.0	24.1	0.2	5.7	5.1	34.7	1.5	28.2	35.7	1.12	0.02	0.12	0.01	0.04	0.29
Africa	52.6	12.5	28.9	0.2	4.9	0.9	35.9	8.3	25.7	30.0	82.39 ^T	6.31 ^T	12.34 ^T	0.97 ^T	3.07 ^T	4.41
Asia	1.7	54.7	24.5	0.5	16.4	2.2	41.7	23.2	34.5	0.6	6.83 ^T	72.37 ^T	27.34 ^T	5.62 ^T	26.57 ^T	28.68
Europe	2.5	16.0	59.0	2.5	15.4	4.6	52.6	28.1	18.1	1.2	8.39 ^T	17.25 ^T	53.66 ^T	21.75 ^T	20.39 ^T	48.18
Latin America and the Caribbean	1.1	5.1	10.3	13.4	69.8	0.3	81.7	12.1	5.6	0.5	1.77 ^T	2.73 ^T	4.69 ^T	59.05 ^T	46.01 ^T	1.70
Northern America	2.2	14.7	23.6	21.0	34.9	3.7	62.8	23.5	12.6	1.1	0.49 ^T	1.07 ^T	1.44 ^T	12.46 ^T	3.09 ^T	2.60
Oceania	1.4	8.7	20.1	0.6	22.5	46.7	84.3	2.8	12.3	0.6	0.13 ^T	0.28 ^T	0.54 ^T	0.16 ^T	0.87 ^T	14.44
OECD	2.4	9.0	36.4	4.8	41.2	6.2	83.1	9.7	6.0	1.2	6.84 ^T	8.22 ^T	28.10 ^T	35.99 ^T	46.29 ^T	55.89
European Union (EU27)	3.1	10.7	49.1	4.4	24.6	8.0	77.4	14.9	6.2	1.5	5.47 ^T	6.04 ^T	23.25 ^T	20.41 ^T	16.91 ^T	43.70
GCC	6.1	77.9	5.9	0.3	9.1	0.8	18.0	17.6	63.9	0.4	0.39 ^T	1.60 ^T	0.10 ^T	0.05 ^T	0.23 ^T	0.17
Very high human development	3.0	14.3	39.2	6.3	28.2	9.0	76.7	11.9	9.9	1.4	6.08 ^T	9.43 ^T	21.71 ^T	34.20 ^T	22.75 ^T	57.60
Very high HD: OECD	3.1	10.7	41.4	7.0	28.5	9.3	79.4	12.1	7.0	1.5	5.68 ^T	6.32 ^T	20.60 ^T	33.87 ^T	20.67 ^T	53.47
Very high HD: non-OECD	1.9	46.4	19.6	0.6	25.3	6.3	53.8	10.4	35.3	0.5	0.39 ^T	3.11 ^T	1.11 ^T	0.33 ^T	2.08 ^T	4.14
High human development	1.7	16.5	43.8	4.4	32.4	1.3	56.4	23.9	18.9	0.7	5.53 ^T	17.75 ^T	39.74 ^T	38.67 ^T	42.85 ^T	13.42
Medium human development	7.4	43.3	27.8	2.1	17.6	1.8	42.6	25.3	28.9	3.2	35.37 ^T	66.96 ^T	36.26 ^T	26.71 ^T	33.33 ^T	27.88
Low human development	64.1	21.9	10.2	0.2	3.2	0.4	15.0	2.6	40.8	41.6	53.02 ^T	5.85 ^T	2.29 ^T	0.42 ^T	1.07 ^T	1.10
World (excluding the former Soviet Union and Czechoslovakia)	10.8	29.2	24.8	4.2	27.4	3.5	59.6	13.3	21.1	6.0	96.81 ^T	84.39 ^T	60.44 ^T	98.72 ^T	97.03 ^T	98.57
World	9.1	28.2	33.4	3.4	23.0	2.9	51.1	20.7	23.3	5.0	100.00 ^T	100.00 ^T	100.00 ^T	100.00 ^T	100.00 ^T	100.00

NOTES

a Percentages may not sum to 100% due to movements to areas not classified by human development categories.

b Data refer to Serbia and Montenegro prior to its separation into two independent states in June 2006.

SOURCES

All columns: calculated based on data from Migration DRC (2007).

Education and employment of international migrants in OECD countries (aged 15 years and above)

Economic activity status of international migrants

Unemployment rates of international migrants

By level of educational attainment^a

Low Medium High

less than upper secondary upper secondary or post-secondary non-tertiary tertiary

Tertiary emigration rate Labour force participation rate^b Total unemployment rate^b

(% of all migrants) (% of all migrants) (% of labour force)

(thousands) (% of all migrants) (%) (%) (%)

HDI rank

VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT

HDI rank	Stock of international migrants in OECD countries (thousands)	Educational attainment levels of international migrants ^a			Tertiary emigration rate (%)	Labour force participation rate ^b (% of all migrants)	Total unemployment rate ^b (% of labour force)	Unemployment rates of international migrants By level of educational attainment ^a		
		Low: less than upper secondary	Medium: upper secondary or post-secondary non-tertiary	High: tertiary				Low: less than upper secondary	Medium: upper secondary or post-secondary non-tertiary	High: tertiary
1 Norway	123.3	21.7	38.1	31.7	4.5	45.1	5.7	8.5	6.8	3.8
2 Australia	291.9	16.6	36.1	42.3	2.5	73.4	6.1	10.7	7.5	3.7
3 Iceland	22.7	15.3	39.0	33.5	18.0	65.2	4.8	9.0	4.4	3.9
4 Canada	1,064.1	18.3	40.7	39.4	3.0	58.3	4.1	7.9	5.1	2.5
5 Ireland	788.1	37.8	25.3	22.4	22.1	55.2	5.1	7.7	4.8	3.0
6 Netherlands	583.4	25.9	36.6	31.8	6.2	55.7	4.5	6.8	4.5	3.4
7 Sweden	201.5	18.0	37.5	36.8	4.6	62.4	7.2	15.4	8.8	3.9
8 France	1,135.6	32.0	30.7	32.2	4.2	60.2	7.7	13.2	7.6	4.6
9 Switzerland	427.2	34.6	40.0	24.0	9.8	60.3	10.4	14.8	9.9	6.3
10 Japan	565.4	10.4	38.9	49.0	1.1	57.7	4.4	8.5	5.3	3.2
11 Luxembourg	31.3	39.0	32.4	23.7	..	50.4	8.8	13.2	8.9	4.8
12 Finland	257.2	30.4	42.5	23.5	6.1	53.6	4.7	5.8	5.0	3.3
13 United States	840.6	19.6	29.3	46.6	0.4	60.3	5.7	9.6	7.8	3.9
14 Austria	383.1	23.4	45.0	27.3	9.8	55.3	3.2	5.1	3.0	2.3
15 Spain	757.6	51.7	26.8	17.6	2.4	52.7	7.5	9.4	7.6	4.7
16 Denmark	159.5	20.3	38.3	33.3	6.3	54.2	5.0	7.8	5.5	3.7
17 Belgium	350.8	34.5	32.4	30.8	5.8	54.7	8.7	14.4	9.8	4.6
18 Italy	2,357.1	57.5	26.3	11.5	3.8	48.4	8.0	11.0	6.5	3.6
19 Liechtenstein	3.5	27.5	46.9	19.5	..	59.6	3.7	5.1	3.4	2.8
20 New Zealand	413.1	30.6	34.7	26.5	8.2	76.4	6.9	10.4	6.5	3.7
21 United Kingdom	3,241.3	25.7	36.7	33.1	10.3	59.7	5.4	9.5	5.6	3.3
22 Germany	3,122.5	26.6	43.0	27.4	7.1	57.2	7.9	14.2	7.9	4.6
23 Singapore	106.6	19.7	32.2	43.5	12.9	63.9	5.9	7.0	7.4	4.4
24 Hong Kong, China (SAR)	388.4	27.9	31.4	37.9	16.8	61.7	6.8	7.1	9.0	5.4
25 Greece	685.8	55.3	26.0	15.1	7.9	49.6	6.3	8.8	3.9	4.6
26 Korea (Republic of)	975.3	16.4	39.3	43.6	..	58.8	5.5	8.8	6.1	4.3
27 Israel	162.7	18.3	37.0	42.7	5.4	65.6	6.2	11.2	7.4	4.0
28 Andorra	3.4	46.3	27.2	25.6	..	47.7	11.9	12.8	11.9	10.8
29 Slovenia	78.4	47.3	39.1	11.4	..	39.1	6.3	7.4	6.2	4.5
30 Brunei Darussalam	8.9	19.1	41.1	37.7	..	63.3	6.3	5.8	9.2	4.3
31 Kuwait	37.1	16.7	36.9	44.2	6.5	53.8	9.6	18.9	12.3	6.3
32 Cyprus	140.5	41.0	28.4	23.0	24.8	54.4	6.8	8.9	7.0	4.7
33 Qatar	3.3	16.1	37.0	43.9	..	45.7	10.7	14.5	15.8	6.9
34 Portugal	1,260.2	67.2	23.4	6.2	6.3	71.0	7.7	8.5	6.7	5.3
35 United Arab Emirates	14.4	21.0	50.2	24.2	..	40.8	14.9	18.8	17.1	10.6
36 Czech Republic	242.5	22.6	51.6	23.7	..	55.9	11.0	30.5	10.9	3.6
37 Barbados	88.4	30.0	40.2	26.3	47.3	66.0	6.3	9.2	6.5	4.0
38 Malta	98.0	53.2	24.5	13.5	..	54.0	4.9	5.8	4.6	3.2

HIGH HUMAN DEVELOPMENT

39 Bahrain	7.2	15.8	40.6	40.2	5.3	61.7	7.9	6.1	10.1	6.7
40 Estonia	36.0	26.6	36.6	30.6	..	37.2	11.4	15.4	13.8	7.5
41 Poland	2,112.6	30.6	46.2	21.1	12.3	59.5	10.7	15.8	11.1	6.1
42 Slovakia	361.5	40.7	45.5	12.9	..	48.8	15.7	34.8	10.8	3.9
43 Hungary	331.5	25.6	44.1	27.4	8.4	46.6	6.5	11.1	6.2	5.0
44 Chile	207.9	25.1	41.8	29.9	3.8	65.8	8.8	12.6	9.2	6.1
45 Croatia	488.9	45.7	39.4	12.4	..	56.7	8.4	15.9	3.6	3.6
46 Lithuania	134.4	35.8	39.6	21.8	..	28.9	11.6	19.3	13.6	6.1
47 Antigua and Barbuda	24.3	29.7	41.4	26.6	..	68.0	8.1	12.8	8.9	3.9
48 Latvia	54.8	19.5	36.1	35.8	..	39.7	6.5	11.0	7.3	5.2
49 Argentina	322.3	31.1	34.8	32.6	2.0	62.8	9.9	13.6	9.8	7.6
50 Uruguay	74.4	34.7	37.0	26.3	5.1	67.3	9.5	12.5	9.4	6.6
51 Cuba	924.6	40.8	35.1	23.9	..	52.5	8.0	12.0	7.5	5.2
52 Bahamas	30.1	23.3	46.9	29.4	..	63.8	9.7	16.8	11.2	4.6
53 Mexico	8,327.9	69.6	24.7	5.7	6.5	60.1	9.4	10.6	7.7	5.2
54 Costa Rica	75.7	31.5	43.7	24.4	3.9	64.8	6.6	10.4	6.1	3.8
55 Libyan Arab Jamahiriya	64.8	44.3	30.6	23.6	..	51.2	7.6	8.0	6.9	7.4
56 Oman	2.6	13.6	44.6	37.5	..	34.4	7.7	7.5	10.4	6.1
57 Seychelles	8.1	42.6	31.5	17.3	..	60.3	9.7	12.6	8.4	7.4
58 Venezuela (Bolivarian Republic of)	233.3	27.0	35.8	36.7	3.8	64.3	11.3	15.0	12.7	8.1
59 Saudi Arabia	34.1	22.8	38.8	35.8	..	43.5	11.8	18.4	13.2	8.2

Education and employment of international migrants in OECD countries (aged 15 years and above)

HDI rank	Stock of international migrants in OECD countries (thousands)	Educational attainment levels of international migrants ^a			Tertiary emigration rate (%)	Labour force participation rate ^b (both sexes) (% of all migrants)	Economic activity status of international migrants				
		less than upper secondary	upper secondary or post-secondary non-tertiary	High tertiary			Unemployment rates of international migrants				
							By level of educational attainment ^a				
							Low less than upper secondary	Medium upper secondary or post-secondary non-tertiary	High tertiary		
	(% of all migrants)				(% of labour force)						
60	Panama	139.8	16.9	50.0	32.9	11.1	65.5	6.1	13.3	6.8	3.3
61	Bulgaria	604.4	51.0	31.3	13.0	..	59.2	9.3	8.9	10.1	8.7
62	Saint Kitts and Nevis	20.0	33.0	35.5	26.6	..	66.8	6.6	10.5	6.1	4.2
63	Romania	1,004.6	32.7	43.9	22.3	..	59.8	8.8	12.1	8.8	5.9
64	Trinidad and Tobago	274.2	23.3	46.2	29.7	66.4	70.2	7.1	11.5	7.6	4.1
65	Montenegro	.. ^c	52.1 ^d	30.2 ^d	10.6 ^d	..	55.9 ^d	13.6 ^d	16.3 ^d	12.2 ^d	7.8 ^d
66	Malaysia	214.3	18.4	28.8	47.6	11.3	65.7	6.2	8.3	9.0	4.3
67	Serbia	1,044.4	52.1 ^d	30.2 ^d	10.6 ^d	..	55.9 ^d	13.6 ^d	16.3 ^d	12.2 ^d	7.8 ^d
68	Belarus	151.1	37.1	37.3	25.0	..	29.1	10.4	14.7	13.9	6.4
69	Saint Lucia	24.5	37.9	37.0	20.3	..	65.6	9.0	12.6	8.4	5.5
70	Albania	524.1	54.0	34.6	8.7	..	68.8	10.0	10.3	9.3	10.6
71	Russian Federation	1,524.4	33.9	37.9	27.1	..	58.0	15.7	19.6	15.7	13.0
72	Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	175.7	57.1	24.4	7.4	..	59.6	10.0	11.0	8.1	8.0
73	Dominica	25.7	40.4	34.0	21.7	..	64.3	9.9	13.1	9.9	6.4
74	Grenada	46.4	34.2	39.6	23.3	..	69.0	8.3	12.3	7.9	4.7
75	Brazil	544.1	30.6	38.8	25.9	1.6	70.9	6.8	9.0	6.2	5.7
76	Bosnia and Herzegovina	569.9	44.3	42.0	9.6	..	68.3	11.0	14.2	9.0	7.8
77	Colombia	691.7	33.9	40.5	24.8	5.8	63.9	11.5	16.3	10.2	8.3
78	Peru	415.1	24.7	44.8	28.6	3.0	67.7	8.4	12.0	8.0	6.8
79	Turkey	2,085.5	69.0	21.6	6.7	3.2	58.1	19.6	23.2	15.9	5.2
80	Ecuador	503.7	48.8	35.8	15.0	5.8	69.8	10.9	12.6	9.9	8.1
81	Mauritius	91.4	42.9	27.9	24.4	48.5	69.3	11.7	16.2	12.6	4.8
82	Kazakhstan	415.7	35.1	48.0	16.6	..	60.0	13.0	17.9	12.4	8.9
83	Lebanon	335.5	33.8	31.6	30.9	..	56.9	10.4	15.3	11.0	6.9
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT											
84	Armenia	79.4	27.3	41.5	30.3	..	56.6	14.4	21.4	13.8	11.4
85	Ukraine	773.0	36.8	34.8	27.0	..	36.1	9.8	12.3	10.9	7.9
86	Azerbaijan	30.1	25.2	33.0	39.8	..	57.1	16.9	21.2	16.8	14.8
87	Thailand	269.7	34.8	31.9	27.6	1.5	58.7	9.0	13.5	8.5	5.3
88	Iran (Islamic Republic of)	616.0	17.2	34.4	45.9	8.3	62.5	8.6	19.4	9.5	6.2
89	Georgia	84.7	35.8	35.4	24.8	..	58.6	16.9	19.6	16.1	15.1
90	Dominican Republic	695.3	53.2	34.2	12.3	9.8	56.7	13.3	17.1	11.3	7.2
91	Saint Vincent and the Grenadines	34.8	34.4	38.6	24.5	..	68.1	8.9	11.8	9.5	5.5
92	China	2,068.2	31.0	25.1	39.4	3.0	58.5	6.1	7.8	6.9	4.9
93	Belize	42.6	30.5	48.7	20.4	..	66.0	8.4	11.2	8.5	5.7
94	Samoa	71.5	31.1	44.1	8.7	..	62.0	13.5	15.9	12.6	7.8
95	Maldives	0.4	25.8	40.5	30.0	..	30.0	13.1	18.2	4.7	14.5
96	Jordan	63.9	20.0	37.8	41.0	4.6	61.9	7.9	12.0	8.5	6.2
97	Suriname	7.1	23.9	43.2	30.9	..	61.0	6.9	15.6	6.2	3.5
98	Tunisia	427.5	55.5	27.8	15.9	14.3	57.0	20.6	26.4	18.8	10.3
99	Tonga	40.9	34.6	44.8	9.5	..	62.0	11.3	14.1	9.9	6.5
100	Jamaica	789.7	33.1	39.6	24.2	72.6	68.9	7.9	11.9	7.9	4.3
101	Paraguay	20.1	37.1	37.5	23.9	1.9	69.3	6.9	7.5	6.9	6.3
102	Sri Lanka	316.9	32.7	34.4	26.4	19.4	67.8	10.5	13.5	10.9	7.0
103	Gabon	10.8	29.9	33.1	35.9	..	49.7	23.1	32.6	24.3	17.2
104	Algeria	1,313.3	55.4	27.8	16.4	15.4	53.0	21.9	29.0	20.3	11.7
105	Philippines	1,930.3	17.4	35.1	45.9	7.4	68.7	4.9	8.9	5.6	3.5
106	El Salvador	835.6	62.9	29.2	7.7	14.1	64.7	8.4	9.6	6.9	5.7
107	Syrian Arab Republic	130.2	33.0	30.3	33.3	3.8	55.3	10.5	13.7	10.5	8.6
108	Fiji	119.0	30.8	41.5	21.4	38.3	69.9	7.5	9.6	7.4	5.3
109	Turkmenistan	4.9	25.4	48.4	24.8	..	45.8	16.3	17.3	17.0	14.6
110	Occupied Palestinian Territories	15.5	23.5	28.2	40.5	..	46.7	12.1	13.9	13.6	10.9
111	Indonesia	339.4	24.8	38.3	34.5	1.8	48.8	4.4	3.4	4.4	4.5
112	Honduras	275.6	57.2	32.2	10.6	12.0	63.7	10.0	12.0	8.5	5.5
113	Bolivia	76.8	24.9	44.1	29.4	3.3	66.6	8.5	11.0	8.9	6.3
114	Guyana	303.6	31.0	42.9	25.0	76.9	68.6	6.6	10.2	6.4	4.0
115	Mongolia	4.3	16.5	35.1	45.7	..	58.6	9.7	9.2	7.6	11.3
116	Viet Nam	1,518.1	40.7	34.8	22.9	..	64.6	7.7	10.5	7.2	4.7
117	Moldova	41.4	26.8	37.4	34.6	..	63.7	12.3	16.9	11.4	10.3
118	Equatorial Guinea	12.1	52.0	25.5	22.4	..	63.3	22.3	26.9	20.9	15.0

TABLE

HDI rank	Economic activity status of international migrants									
	Educational attainment levels of international migrants ^a					Unemployment rates of international migrants				
	Stock of international migrants in OECD countries (thousands)	By level of educational attainment ^a			Tertiary emigration rate (%)	Labour force participation rate ^b (both sexes) (% of all migrants)	Total unemployment rate ^b (both sexes)	By level of educational attainment ^a		
		Low	Medium	High				Low	Medium	High
		less than upper secondary	upper secondary or post-secondary non-tertiary	tertiary				less than upper secondary	upper secondary or post-secondary non-tertiary	tertiary
	(% of all migrants)						(% of labour force)			
119 Uzbekistan	45.2	25.0	40.0	33.9	..	59.0	12.5	16.0	12.7	10.5
120 Kyrgyzstan	34.1	33.5	47.9	18.4	..	58.8	12.8	17.3	12.3	9.7
121 Cape Verde	87.9	73.7	19.1	5.9	..	70.5	9.4	9.7	9.7	5.1
122 Guatemala	485.3	63.6	27.9	8.4	11.2	63.5	8.2	9.1	7.4	5.4
123 Egypt	308.7	18.8	30.7	47.3	3.7	59.9	8.3	12.9	9.7	6.5
124 Nicaragua	221.0	40.7	41.1	18.1	14.3	61.6	8.7	12.0	8.0	5.2
125 Botswana	4.1	12.3	46.3	37.1	4.2	45.3	14.3	10.6	17.6	10.6
126 Vanuatu	1.7	27.8	39.1	27.2	..	63.4	12.6	16.6	10.1	12.1
127 Tajikistan	8.9	30.4	45.1	24.1	..	57.5	12.4	18.0	12.3	8.5
128 Namibia	3.1	15.3	34.8	45.9	..	70.3	6.0	10.6	6.1	4.8
129 South Africa	351.7	14.6	34.6	44.8	6.8	74.2	5.5	10.1	6.6	3.7
130 Morocco	1,505.0	61.1	23.1	13.9	..	60.9	19.8	22.6	19.0	12.2
131 Sao Tome and Principe	11.6	72.2	16.9	10.7	..	73.7	9.3	9.8	9.9	5.8
132 Bhutan	0.7	39.1	30.6	23.7	..	57.4	14.1	13.4	12.7	14.1
133 Lao People's Democratic Republic	264.2	49.5	35.7	14.2	..	63.0	9.6	12.4	8.4	6.0
134 India	1,952.0	25.5	19.5	51.2	3.5	66.6	5.9	9.8	7.0	4.3
135 Solomon Islands	1.8	25.3	29.5	36.8	..	63.5	10.8	18.3	15.0	5.7
136 Congo	68.7	27.1	34.2	34.9	25.7	72.4	26.4	37.4	28.3	18.5
137 Cambodia	239.1	52.4	30.8	15.2	..	62.2	11.2	14.6	9.5	6.4
138 Myanmar	61.2	25.0	26.2	40.9	2.5	61.7	5.8	8.2	6.5	4.5
139 Comoros	17.6	63.6	25.6	10.7	..	66.8	40.8	45.4	36.1	25.7
140 Yemen	31.9	47.0	30.2	19.3	..	56.3	9.1	8.8	10.6	6.8
141 Pakistan	669.0	43.6	21.4	30.3	9.8	55.2	10.9	15.1	10.6	7.3
142 Swaziland	1.8	19.8	32.9	42.9	3.2	69.6	7.4	12.2	6.6	6.1
143 Angola	196.2	52.9	26.5	19.5	..	77.0	9.7	11.4	10.2	4.9
144 Nepal	23.9	21.3	33.0	39.2	3.0	72.0	6.3	6.2	7.2	5.8
145 Madagascar	76.6	33.3	34.6	31.7	..	67.2	17.7	25.0	18.3	11.9
146 Bangladesh	285.7	46.2	22.3	27.2	3.2	54.8	12.5	17.9	12.0	7.5
147 Kenya	198.1	26.0	32.7	36.9	27.2	73.6	6.1	8.2	7.0	4.1
148 Papua New Guinea	25.9	28.0	33.8	31.2	15.1	70.3	8.7	13.2	9.5	4.9
149 Haiti	462.9	39.3	40.6	20.0	67.5	66.2	11.3	15.2	10.8	6.6
150 Sudan	42.1	23.4	32.9	39.7	4.6	59.4	16.2	25.1	14.8	13.9
151 Tanzania (United Republic of)	70.2	25.1	30.4	40.7	15.6	69.9	5.9	8.1	7.4	4.2
152 Ghana	165.6	26.5	38.4	31.3	33.7	75.7	9.6	14.2	9.7	6.4
153 Cameroon	58.5	23.3	32.3	41.9	12.5	68.9	21.8	32.6	24.5	15.9
154 Mauritania	15.2	63.1	19.1	17.2	..	72.0	22.2	23.1	24.8	15.8
155 Djibouti	5.4	34.1	34.7	29.7	..	56.5	24.9	37.4	23.2	16.8
156 Lesotho	0.9	18.3	31.6	45.8	3.8	62.5	6.0	..	9.9	3.8
157 Uganda	82.1	27.4	29.0	39.0	24.2	72.9	6.9	9.0	8.1	5.0
158 Nigeria	261.0	15.5	28.4	53.1	..	75.4	11.2	20.7	13.9	7.9
LOW HUMAN DEVELOPMENT										
159 Togo	18.4	27.9	34.1	35.8	11.8	71.9	21.3	28.0	22.2	16.2
160 Malawi	14.9	32.5	28.5	34.8	15.5	70.4	7.2	10.2	7.7	4.7
161 Benin	14.4	25.8	30.5	42.2	11.3	70.9	19.7	26.9	22.8	14.3
162 Timor-Leste	11.1	57.1	23.4	12.4	..	62.6	12.1	14.8	11.6	4.5
163 Côte d'Ivoire	62.6	38.1	34.2	26.4	..	70.7	22.7	28.0	22.9	16.1
164 Zambia	34.9	14.2	34.4	47.9	15.5	77.1	6.3	11.9	7.7	4.1
165 Eritrea	48.0	36.0	39.3	20.7	..	65.2	11.3	14.8	10.3	7.8
166 Senegal	133.2	56.6	23.6	19.1	18.6	74.8	18.5	20.4	19.2	12.3
167 Rwanda	14.8	25.4	32.6	34.9	20.8	59.0	26.4	37.4	27.3	21.5
168 Gambia	20.9	47.9	30.9	16.5	44.6	67.9	15.0	20.3	12.1	7.5
169 Liberia	41.0	20.6	44.8	33.5	24.7	73.7	9.3	20.8	9.2	5.0
170 Guinea	21.3	49.6	25.4	22.4	..	68.2	24.6	31.6	20.2	15.7
171 Ethiopia	124.4	24.3	43.6	29.2	..	68.4	9.5	14.9	8.9	7.0
172 Mozambique	85.7	44.2	28.8	26.4	53.6	77.9	6.7	8.9	7.0	3.5
173 Guinea-Bissau	30.0	66.3	20.5	12.8	71.5	76.5	16.7	18.0	16.3	11.2
174 Burundi	10.6	24.3	28.7	38.0	..	60.5	24.5	37.0	26.5	18.1
175 Chad	5.8	22.7	33.1	42.2	..	73.5	20.5	30.6	20.6	16.5
176 Congo (Democratic Republic of the)	100.7	25.0	32.5	35.5	9.6	66.5	21.8	31.9	24.4	15.1
177 Burkina Faso	8.3	46.9	22.6	28.5	..	72.3	15.3	16.8	13.9	13.8

Education and employment of international migrants in OECD countries (aged 15 years and above)

HDI rank	Stock of international migrants in OECD countries (thousands)	Educational attainment levels of international migrants ^a			Tertiary emigration rate (%)	Labour force participation rate ^b (both sexes) (% of all migrants)	Economic activity status of international migrants				
		Low less than upper secondary	Medium upper secondary or post-secondary non-tertiary	High tertiary			Unemployment rates of international migrants				
							By level of educational attainment ^a				
							Low less than upper secondary	Medium upper secondary or post-secondary non-tertiary	High tertiary		
	(% of all migrants)				(% of labour force)						
178 Mali	45.2	68.3	18.7	12.6	14.6	74.9	24.9	27.1	24.4	14.4	
179 Central African Republic	9.8	33.4	33.1	32.7	9.1	69.1	24.2	35.6	23.6	17.8	
180 Sierra Leone	40.2	23.5	37.4	33.7	34.5	71.8	10.7	19.1	10.5	6.5	
181 Afghanistan	141.2	44.7	28.9	19.4	6.4	47.3	13.6	13.9	13.1	12.5	
182 Niger	4.8	26.6	34.3	37.5	5.8	68.1	18.5	27.8	17.8	14.1	
OTHER UN MEMBER STATES											
Iraq	335.5	38.9	26.9	26.6	8.4	49.5	17.8	27.4	12.5	12.6	
Kiribati	1.7	38.3	33.9	20.2	..	57.5	8.4	7.7	11.6	4.8	
Korea (Democratic People's Rep. of)	1.2	21.7	32.1	38.6	..	58.3	6.5	8.3	4.7	6.7	
Marshall Islands	5.3	34.9	54.1	10.9	..	58.1	19.9	27.9	20.5	4.8	
Micronesia (Federated States of)	6.5	26.9	59.7	13.3	..	68.9	11.5	17.9	11.1	4.6	
Monaco	12.3	41.4	35.1	23.0	..	50.8	11.1	16.4	12.3	5.7	
Nauru	0.5	35.3	34.7	21.6	..	62.4	8.2	22.2	6.0	2.4	
Palau	2.1	12.7	58.9	28.3	..	71.5	8.1	12.1	9.2	5.1	
San Marino	2.8	61.6	25.7	12.4	..	44.3	4.3	6.2	2.7	3.6	
Somalia	125.1	44.0	30.6	12.5	..	42.0	28.2	37.0	24.0	18.9	
Tuvalu	0.9	38.9	27.2	6.2	..	57.2	16.1	19.2	13.0	6.8	
Zimbabwe	77.4	14.9	39.9	40.6	9.4	73.4	7.0	11.0	8.6	4.4	
Africa	6,555.3 ^T	44.6	28.6	24.5	9.3	63.4	16.5	22.8	15.7	9.0	
Asia	17,522.0 ^T	33.0	29.8	34.3	3.6	60.9	9.0	14.6	8.6	5.0	
Europe	27,318.1 ^T	38.6	35.7	21.6	7.0	56.5	8.8	12.6	8.5	5.3	
Latin America and the Caribbean	18,623.0 ^T	53.8	31.9	13.8	6.0	61.4	9.4	11.6	8.3	5.7	
Northern America	1,923.8 ^T	18.8	35.8	42.5	0.7	59.3	4.8	8.6	6.1	3.2	
Oceania	1,098.2 ^T	26.6	38.7	27.4	4.0	71.4	7.8	11.8	7.9	4.2	
OECD	33,500.2 ^T	44.5	32.3	20.3	2.9	58.3	8.5	12.2	7.7	4.1	
European Union (EU27)	20,514.2 ^T	37.1	35.9	23.0	7.0	56.7	7.6	11.5	7.6	4.3	
GCC	98.6 ^T	19.2	40.0	37.9	6.3	48.1	11.0	17.6	13.4	7.3	
Very high human development	21,480.5 ^T	33.4	34.5	27.9	2.7	57.9	6.6	10.4	6.7	3.9	
Very high HD: OECD	20,281.1 ^T	33.5	34.6	27.6	2.6	57.8	6.6	10.5	6.6	3.8	
Very high HD: non-OECD	1,199.3 ^T	30.6	33.2	32.2	12.2	59.3	6.6	8.2	7.9	4.8	
High human development	28,213.0 ^T	49.4	33.2	15.7	5.1	59.3	10.9	14.0	9.8	6.6	
Medium human development	22,102.2 ^T	37.8	30.4	29.2	5.2	61.8	10.3	15.2	9.9	6.0	
Low human development	1,244.8 ^T	37.7	32.1	25.8	12.8	65.9	16.1	21.5	15.2	10.4	
World (excluding the former Soviet Union and Czechoslovakia)	69,018.3 ^T	41.4	32.3	23.5	3.7	60.3	9.3	13.3	8.7	5.2	
World	75,715.9 ^{Ta}	41.0	32.7	23.5	3.7	59.7	9.5	13.6	9.0	5.5	

NOTES

- a. Percentages may not sum to 100% as those whose educational attainment levels are unknown are excluded.
- b. Persons whose economic activity status is unknown are excluded.
- c. Data for Montenegro are included with those from Serbia.
- d. Data refer to Serbia and Montenegro prior to its separation into two independent states in June 2006.
- e. Data are aggregates from original data source.

SOURCES

Columns 1–4 and 8–10: OECD (2009a).
 Columns 5: OECD (2008a).
 Columns 6 and 7: calculated based on data from OECD (2009a).

Conflict and insecurity-induced movement

D

HDI rank	By country of origin						By country of asylum					
	International			Internal			International			Internal		
	Stock of refugees		People in refugee-like situations	Stock of asylum seekers (pending cases)		Internally displaced people ^d	Stock of refugees		People in refugee-like situations	Stock of asylum seekers (pending cases)		
	Total (thousands) 2007	Share of international emigrant stock (%)		Total (thousands) 2007	Total (thousands) 2007		Total (thousands) 2007	Total (thousands) 2007		Share of international immigrant stock (%)	Total (thousands) 2007	Total (thousands) 2007
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT												
1 Norway	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	34.5	9.3	0.2	0.0	6.7	
2 Australia	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	..	22.2	0.5	0.2	0.0	1.5	
3 Iceland	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	
4 Canada	0.5	0.0	0.0	0.0	0.1	..	175.7	2.8	1.2	0.0	37.5	
5 Ireland	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	9.3	1.5	0.1	0.0	4.4	
6 Netherlands	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	86.6	5.0	0.6	0.0	5.8	
7 Sweden	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	75.1	6.7	0.5	0.0	27.7	
8 France	0.1	0.0	0.0	0.0	0.1	..	151.8	2.3	1.1	0.0	31.1	
9 Switzerland	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	45.7	2.8	0.3	0.0	10.7	
10 Japan	0.5	0.1	0.0	0.0	0.0	..	1.8	0.1	0.0	0.0	1.5	
11 Luxembourg	0.0	0.0	0.0	0.0	2.7	1.8	0.0	0.0	0.0	
12 Finland	0.0	0.0	0.0	0.0	6.2	3.6	0.0	0.0	0.7	
13 United States	2.2	0.1	0.0	0.0	1.1	..	281.2	0.7	2.0	0.0	83.9	
14 Austria	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	30.8	2.7	0.2	0.0	38.4	
15 Spain	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	5.1	0.1	0.0	0.0	0.0	
16 Denmark	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	26.8	6.4	0.2	0.0	0.6	
17 Belgium	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	..	17.6	2.0	0.1	0.0	15.2	
18 Italy	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	..	38.1	1.2	0.3	0.0	1.5	
19 Liechtenstein	0.0	0.0	0.0	0.0	0.3	2.4	0.0	0.0	0.0	
20 New Zealand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	2.7	0.3	0.0	0.0	0.2	
21 United Kingdom	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	..	299.7	5.1	2.1	0.0	10.9	
22 Germany	0.1	0.0	0.0	0.0	0.1	..	578.9	5.5	4.0	0.0	34.1	
23 Singapore	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
24 Hong Kong, China (SAR)	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	0.1	0.0	0.0	0.0	1.9	
25 Greece	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	..	2.2	0.2	0.0	0.0	28.5	
26 Korea (Republic of)	1.2	0.1	0.0	0.0	0.4	..	0.1	0.0	0.0	0.0	1.2	
27 Israel	1.5	0.2	0.0	0.0	0.9	150–420 ^b	1.2	0.0	0.0	0.0	5.8	
28 Andorra	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	
29 Slovenia	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	..	0.3	0.2	0.0	0.0	0.1	
30 Brunei Darussalam	0.0	0.0	0.0	0.0	
31 Kuwait	0.7	0.2	0.0	0.0	0.1	..	0.2	0.0	0.0	38.0	0.7	
32 Cyprus	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	1.2	1.0	0.0	0.0	11.9	
33 Qatar	0.1	0.4	0.0	0.0	0.0	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
34 Portugal	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	
35 United Arab Emirates	0.3	0.2	0.0	0.0	0.0	..	0.2	0.0	0.0	0.0	0.1	
36 Czech Republic	1.4	0.4	0.0	0.0	0.1	..	2.0	0.4	0.0	0.0	2.2	
37 Barbados	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
38 Malta	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	3.0	25.7	0.0	0.0	0.9	
HIGH HUMAN DEVELOPMENT												
39 Bahrain	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
40 Estonia	0.3	0.1	0.0	0.0	0.1	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
41 Poland	2.9	0.1	0.0	0.0	0.2	..	9.8	1.2	0.1	0.0	5.9	
42 Slovakia	0.3	0.1	0.0	0.0	0.1	..	0.3	0.2	0.0	0.0	0.6	
43 Hungary	3.4	0.8	0.0	0.0	0.1	..	8.1	2.4	0.1	0.0	1.6	
44 Chile	1.0	0.2	0.0	0.0	0.1	..	1.4	0.6	0.0	0.0	0.5	
45 Croatia	100.4	16.5	0.7	0.0	0.1	3 ^c	1.6	0.2	0.0	0.0	0.1	
46 Lithuania	0.5	0.1	0.0	0.0	0.1	..	0.7	0.4	0.0	0.0	0.0	
47 Antigua and Barbuda	0.0	0.0	0.0	0.0	
48 Latvia	0.7	0.3	0.0	0.0	0.0	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
49 Argentina	1.2	0.2	0.0	0.0	0.1	..	3.3	0.2	0.0	0.0	1.1	
50 Uruguay	0.2	0.1	0.0	0.0	0.0	..	0.1	0.2	0.0	0.0	0.0	
51 Cuba	7.1	0.7	0.0	0.4	1.1	..	0.6	4.0	0.0	0.0	0.0	
52 Bahamas	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
53 Mexico	5.6	0.1	0.0	0.0	14.8	6	1.6	0.3	0.0	0.0	0.0	
54 Costa Rica	0.4	0.3	0.0	0.0	0.1	..	11.6	2.6	0.1	5.6	0.5	
55 Libyan Arab Jamahiriya	2.0	2.5	0.0	0.0	0.6	..	4.1	0.7	0.0	0.0	2.8	
56 Oman	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
57 Seychelles	0.1	0.3	0.0	0.0	0.0	
58 Venezuela (Bolivarian Republic of)	5.1	1.4	0.0	0.0	1.8	..	0.9	0.1	0.0	200.0	9.6	
59 Saudi Arabia	0.8	0.3	0.0	0.0	0.0	..	240.7	3.8	1.7	0.0	0.3	

Conflict and insecurity-induced movement

HDI rank	By country of origin						By country of asylum				
	International			Internal			International			Internal	
	Stock of refugees		People in refugee-like situations	Stock of asylum seekers (pending cases)		Internally displaced people ^d	Stock of refugees		People in refugee-like situations	Stock of asylum seekers (pending cases)	
	Total (thousands) 2007	Share of international emigrant stock (%)		Total (thousands) 2007	Total (thousands) 2007		Total (thousands) 2007	Share of international immigrant stock (%)		Total (thousands) 2007	Total (thousands) 2007
		Share of world refugees (%) 2007									
60 Panama	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	..	1.9	1.8	0.0	15.0	0.5
61 Bulgaria	3.3	0.4	0.0	0.0	0.4	..	4.8	4.6	0.0	0.0	1.0
62 Saint Kitts and Nevis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
63 Romania	5.3	0.5	0.0	0.0	0.6	..	1.8	1.3	0.0	0.0	0.2
64 Trinidad and Tobago	0.2	0.1	0.0	0.0	0.2	..	0.0	0.1	0.0	0.0	0.1
65 Montenegro	0.6	..	0.0	0.0	0.3	..	8.5	15.6	0.1	0.0	0.0
66 Malaysia	0.6	0.1	0.0	0.0	0.1	..	32.2	1.6	0.2	0.4	6.9
67 Serbia	165.6	9.8	1.2	0.1	14.2	248 ^d	98.0	14.5	0.7	0.0	0.0
68 Belarus	5.0	0.3	0.0	0.0	1.2	..	0.6	0.1	0.0	0.0	0.0
69 Saint Lucia	0.2	0.4	0.0	0.0	0.2	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
70 Albania	15.3	1.9	0.1	0.0	1.6	..	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0
71 Russian Federation	92.9	0.8	0.6	0.0	17.6	18–137 ^e	1.7	0.0	0.0	0.0	3.1
72 Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	8.1	3.1	0.1	0.0	1.1	1	1.2	1.0	0.0	0.1	0.2
73 Dominica	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0
74 Grenada	0.3	0.4	0.0	0.0	0.1
75 Brazil	1.6	0.2	0.0	0.0	0.3	..	3.8	0.6	0.0	17.0	0.4
76 Bosnia and Herzegovina	78.3	6.2	0.5	0.0	1.1	125	7.4	21.0	0.1	0.0	0.6
77 Colombia	70.1	4.3	0.5	481.6	43.1	2,650–4,360 ^e	0.2	0.2	0.0	0.0	0.1
78 Peru	7.7	1.0	0.1	0.0	3.1	150 ^e	1.0	2.4	0.0	0.0	0.5
79 Turkey	221.9	7.4	1.6	0.0	9.2	954–1,200	7.0	0.5	0.0	0.0	5.2
80 Ecuador	1.3	0.2	0.0	0.0	0.3	..	14.9	12.1	0.1	250.0	27.4
81 Mauritius	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
82 Kazakhstan	5.2	0.1	0.0	0.0	0.5	..	4.3	0.1	0.0	0.0	0.1
83 Lebanon	13.1	2.3	0.1	0.0	2.6	90–390 ^f	466.9 ^g	64.7 ^g	3.3 ^g	0.1	0.6
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT											
84 Armenia	15.4	2.0	0.1	0.0	4.0	8 ^e	4.6	0.9	0.0	0.0	0.1
85 Ukraine	26.0	0.4	0.2	0.0	2.4	..	2.3	0.0	0.0	5.0	1.3
86 Azerbaijan	15.9	1.2	0.1	0.0	1.9	573 ^b	2.4	0.9	0.0	0.0	0.1
87 Thailand	2.3	0.3	0.0	0.0	0.4	..	125.6	12.8	0.9	0.0	13.5
88 Iran (Islamic Republic of)	68.4	7.4	0.5	0.0	10.4	..	963.5	46.7	6.7	0.0	1.2
89 Georgia	6.8	0.7	0.0	5.0	4.1	0 ^f	1.0	0.5	0.0	0.0	0.0
90 Dominican Republic	0.4	0.0	0.0	0.0	0.1
91 Saint Vincent and the Grenadines	0.6	1.1	0.0	0.0	0.5
92 China	149.1	2.6	1.0	0.0	15.5	..	301.1	51.0	2.1	0.0	0.1
93 Belize	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	0.4	0.9	0.0	0.0	0.0
94 Samoa	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
95 Maldives	0.0	1.6	0.0	0.0	0.0
96 Jordan	1.8	0.3	0.0	0.0	0.7	..	2,431.0 ^g	..	17.0 ^g	0.0	0.4
97 Suriname	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
98 Tunisia	2.5	0.4	0.0	0.0	0.3	..	0.1	0.3	0.0	0.0	0.1
99 Tonga	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
100 Jamaica	0.8	0.1	0.0	0.0	0.2
101 Paraguay	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	..	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
102 Sri Lanka	134.9	14.5	0.9	0.0	6.0	500	0.2	0.0	0.0	0.0	0.2
103 Gabon	0.1	0.2	0.0	0.0	0.0	..	8.8	3.6	0.1	0.0	4.3
104 Algeria	10.6	0.5	0.1	0.0	1.4	.. ^j	94.1	38.8	0.7	0.0	1.6
105 Philippines	1.5	0.0	0.0	0.0	0.8	314 ^k	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
106 El Salvador	6.0	0.6	0.0	0.0	18.6	..	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0
107 Syrian Arab Republic	13.7	3.2	0.1	0.0	6.9	433	1,960.8 ^g	..	13.7 ^g	0.0	5.9
108 Fiji	1.8	1.3	0.0	0.0	0.2	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
109 Turkmenistan	0.7	0.3	0.0	0.0	0.1	..	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0
110 Occupied Palestinian Territories	4,953.4 ^g	..	34.6 ^g	6.0	2.4	25–115 ^{cl}	1,813.8 ^g	..	12.7 ^g	0.0	0.0
111 Indonesia	20.2	1.1	0.1	0.3	2.4	150–250 ^e	0.3	0.2	0.0	0.0	0.2
112 Honduras	1.2	0.3	0.0	0.0	0.7	..	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0
113 Bolivia	0.4	0.1	0.0	0.0	0.4	..	0.6	0.6	0.0	0.0	0.2
114 Guyana	0.7	0.2	0.0	0.0	0.2
115 Mongolia	1.1	14.5	0.0	0.0	2.0	..	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0
116 Viet Nam	327.8	16.3	2.3	0.0	1.8	..	2.4	4.3	0.0	0.0	0.0
117 Moldova	4.9	0.7	0.0	0.0	0.9	..	0.2	0.0	0.0	0.0	0.1
118 Equatorial Guinea	0.4	0.4	0.0	0.0	0.0	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

TABLE

HDI rank	By country of origin						By country of asylum					
	International					Internal	International					
	Stock of refugees			People in refugee-like situations	Stock of asylum seekers (pending cases)	Internally displaced people ^d	Stock of refugees			People in refugee-like situations	Stock of asylum seekers (pending cases)	
	Total (thousands) 2007	Share of international emigrant stock (%)	Share of world refugees (%) 2007				Total (thousands) 2007	Total (thousands) 2007	Total (thousands) 2008			Total (thousands) 2007
119 Uzbekistan	5.7	0.2	0.0	0.0	1.8	3	1.1	0.1	0.0	0.0	0.0	
120 Kyrgyzstan	2.3	0.4	0.0	0.0	0.4	..	0.4	0.1	0.0	0.4	0.7	
121 Cape Verde	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
122 Guatemala	6.2	1.0	0.0	0.0	15.0	..	0.4	0.7	0.0	0.0	0.0	
123 Egypt	6.8	0.3	0.0	0.0	1.6	..	97.6	39.5	0.7	0.0	14.9	
124 Nicaragua	1.9	0.4	0.0	0.0	0.8	..	0.2	0.5	0.0	0.0	0.0	
125 Botswana	0.0	0.1	0.0	0.0	0.1	..	2.5	3.1	0.0	0.0	0.0	
126 Vanuatu	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	
127 Tajikistan	0.5	0.1	0.0	0.4	0.1	..	1.1	0.4	0.0	0.0	0.1	
128 Namibia	1.1	4.6	0.0	0.0	0.0	..	6.5	5.0	0.0	0.0	1.2	
129 South Africa	0.5	0.1	0.0	0.0	0.1	..	36.7	2.9	0.3	0.0	170.9	
130 Morocco	4.0	0.2	0.0	0.0	0.5	..	0.8	1.5	0.0	0.0	0.7	
131 Sao Tome and Principe	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
132 Bhutan	108.1	..	0.8	2.5	1.6	
133 Lao People's Democratic Republic	10.0	2.8	0.1	0.0	0.2	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
134 India	20.5	0.2	0.1	0.0	7.1	500 ^k	161.5	2.7	1.1	0.0	2.4	
135 Solomon Islands	0.0	1.1	0.0	0.0	0.0	
136 Congo	19.7	3.6	0.1	0.0	6.1	8 ^e	38.5	29.9	0.3	0.0	4.8	
137 Cambodia	17.7	5.7	0.1	0.0	0.4	..	0.2	0.1	0.0	0.0	0.2	
138 Myanmar	191.3	60.8	1.3	0.1	19.0	503 ^m	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
139 Comoros	0.1	0.2	0.0	0.0	0.0	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
140 Yemen	1.6	0.3	0.0	0.0	0.3	25–35	117.4	25.8	0.8	0.0	0.7	
141 Pakistan	31.9	0.9	0.2	0.0	8.6	.. ⁿ	887.3	25.0	6.2	1,147.8	3.1	
142 Swaziland	0.0	0.2	0.0	0.0	0.1	..	0.8	2.0	0.0	0.0	0.3	
143 Angola	186.2	21.2	1.3	0.0	0.8	20 ^{oo}	12.1	21.5	0.1	0.0	2.9	
144 Nepal	3.4	0.3	0.0	0.0	2.1	50–70	128.2	15.7	0.9	2.5	1.6	
145 Madagascar	0.3	0.2	0.0	0.0	0.0	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
146 Bangladesh	10.2	0.1	0.1	0.0	7.3	500 ^e	27.6	2.7	0.2	0.0	0.1	
147 Kenya	7.5	1.7	0.1	0.0	1.7	400 ^p	265.7	33.6	1.9	0.0	5.8	
148 Papua New Guinea	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	..	10.0	39.2	0.1	0.0	0.0	
149 Haiti	22.3	3.0	0.2	0.0	10.3	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
150 Sudan	523.0	81.4	3.7	0.0	19.4	6,000 ^q	222.7	34.8	1.6	0.0	7.3	
151 Tanzania (United Republic of)	1.3	0.4	0.0	0.0	2.9	..	435.6	54.6	3.0	0.0	0.3	
152 Ghana	5.1	0.5	0.0	0.0	1.7	..	35.0	2.1	0.2	0.0	0.4	
153 Cameroon	11.5	6.8	0.1	0.0	3.0	..	60.1	28.4	0.4	0.0	2.2	
154 Mauritania	33.1	28.3	0.2	0.0	1.0	..	1.0	1.5	0.0	29.5	0.0	
155 Djibouti	0.6	3.8	0.0	0.0	0.0	..	6.7	6.0	0.0	0.0	0.5	
156 Lesotho	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	..	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
157 Uganda	21.3	12.5	0.1	0.0	3.2	869 ^r	229.0	35.1	1.6	0.0	5.8	
158 Nigeria	13.9	1.3	0.1	0.0	9.7	..	8.5	0.9	0.1	0.0	0.7	
LOW HUMAN DEVELOPMENT												
159 Togo	22.5	10.5	0.2	0.0	1.3	2 ^e	1.3	0.7	0.0	0.0	0.1	
160 Malawi	0.1	0.1	0.0	0.0	8.2	..	2.9	1.1	0.0	0.0	6.8	
161 Benin	0.3	0.0	0.0	0.0	0.2	..	7.6	4.1	0.1	0.0	0.5	
162 Timor-Leste	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	30	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
163 Côte d'Ivoire	22.2	12.6	0.2	0.0	7.4	621	24.6	1.0	0.2	0.0	1.8	
164 Zambia	0.2	0.1	0.0	0.0	0.5	..	112.9	39.3	0.8	0.0	0.0	
165 Eritrea	208.7	36.7	1.5	0.0	12.2	32 ^e	5.0	34.4	0.0	0.0	2.0	
166 Senegal	15.9	3.3	0.1	0.0	0.9	10–70	20.4	9.3	0.1	0.0	2.5	
167 Rwanda	81.0	33.7	0.6	0.0	8.2	..	53.6	12.3	0.4	0.0	0.7	
168 Gambia	1.3	2.5	0.0	0.0	1.0	..	14.9	6.4	0.1	0.0	0.0	
169 Liberia	91.5	..	0.6	0.0	3.5	..	10.5	10.8	0.1	0.0	0.1	
170 Guinea	8.3	1.4	0.1	0.0	1.9	..	25.2	6.3	0.2	0.0	4.0	
171 Ethiopia	59.8	21.0	0.4	0.0	29.5	200 ^e	85.2	15.4	0.6	0.0	0.2	
172 Mozambique	0.2	0.0	0.0	0.0	0.7	..	2.8	0.7	0.0	0.0	4.2	
173 Guinea-Bissau	1.0	0.8	0.0	0.0	0.3	..	7.9	40.9	0.1	0.0	0.3	
174 Burundi	375.7	96.7	2.6	0.0	7.1	100	24.5	30.0	0.2	0.0	7.5	
175 Chad	55.7	18.4	0.4	0.0	2.7	186	294.0	82.0	2.1	0.0	0.0	
176 Congo (Democratic Republic of the)	370.4	45.1	2.6	0.0	36.3	1,400 ^s	177.4	36.9	1.2	0.0	0.1	
177 Burkina Faso	0.6	0.0	0.0	0.0	0.3	..	0.5	0.1	0.0	0.0	0.6	

Conflict and insecurity-induced movement

HDI rank	By country of origin						By country of asylum				
	International			Internal			International				
	Stock of refugees		People in refugee-like situations	Stock of asylum seekers (pending cases)		Internally displaced people ^d	Stock of refugees		People in refugee-like situations	Stock of asylum seekers (pending cases)	
	Total (thousands) 2007	Share of international migrant stock (%)	Share of world refugees (%) 2007	Total (thousands) 2007	Total (thousands) 2007	Total (thousands) 2008	Total (thousands) 2007	Share of international immigrant stock (%)	Share of world refugees (%) 2007	Total (thousands) 2007	Total (thousands) 2007
	178 Mali	1.0	0.1	0.0	3.5	0.6	..	9.2	5.6	0.1	0.0
179 Central African Republic	98.1	89.5	0.7	0.0	1.3	108	7.5	10.0	0.1	0.0	2.0
180 Sierra Leone	32.1	34.0	0.2	0.0	4.7	..	8.8	5.8	0.1	0.0	0.2
181 Afghanistan	1,909.9	73.2	13.4	1,147.8	16.1	200 ^t	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
182 Niger	0.8	0.2	0.0	0.0	0.3	..	0.3	0.2	0.0	0.0	0.0
OTHER UN MEMBER STATES											
Iraq	2,279.2	..	15.9	30.0	27.7	2,842 [*]	42.4	33.1	0.3	0.0	2.4
Kiribati	0.0	1.0	0.0	0.0
Korea (Democratic People's Rep. of)	0.6	0.1	0.0	0.0	0.2
Marshall Islands	0.0	0.0	0.0	0.0
Micronesia (Federated States of)	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0
Monaco	0.0	0.0	0.0	0.0
Nauru	0.0	0.3	0.0	0.0	0.0
Palau	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
San Marino	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Somalia	455.4	84.5	3.2	2.0	16.4	1,100	0.9	4.2	0.0	0.0	8.7
Tuvalu	0.0	0.1	0.0	0.0
Zimbabwe	14.4	5.0	0.1	0.0	34.3	880–960	4.0	1.0	0.0	0.0	0.5
Africa	2,859.7 ^t	11.4	20.0 ^t	31.6 ^t	234.2 ^t	..	2,468.8 ^t	14.0	17.3 ^t	29.5 ^t	272.3 ^t
Asia	10,552.2 ^t	16.1	73.8 ^t	1,192.1 ^t	166.4 ^t	..	9,729.8 ^t	17.6	68.1 ^t	1,189.1 ^t	69.3 ^t
Europe	516.0 ^t	0.9	3.6 ^t	0.1 ^t	42.7 ^t	..	1,564.1 ^t	2.4	10.9 ^t	5.1 ^t	234.2 ^t
Latin America and the Caribbean	142.9 ^t	0.5	1.0 ^t	482.0 ^t	112.2 ^t	..	43.0 ^t	0.6	0.3 ^t	487.6 ^t	41.2 ^t
Northern America	2.7 ^t	0.1	0.0 ^t	0.0 ^t	1.2 ^t	..	457.0 ^t	1.0	3.2 ^t	0.0 ^t	121.4 ^t
Oceania	2.0 ^t	0.1	0.0 ^t	0.0 ^t	0.3 ^t	..	34.9 ^t	0.6	0.2 ^t	0.0 ^t	1.7 ^t
OECD	240.9 ^t	0.5	1.7 ^t	0.0 ^t	26.4 ^t	..	1,924.1 ^t	2.0	13.5 ^t	0.0 ^t	357.7 ^t
European Union (EU27)	19.0 ^t	0.1	0.1 ^t	0.0 ^t	2.0 ^t	..	1,363.3 ^t	3.3	9.5 ^t	0.0 ^t	223.3 ^t
GCC	2.0 ^t	0.2	0.0 ^t	0.0 ^t	0.2 ^t	..	241.1 ^t	1.9	1.7 ^t	38.0 ^t	1.2 ^t
Very high human development	9.7 ^t	0.0	0.1 ^t	0.0 ^t	3.2 ^t	..	1,903.7 ^t	1.8	13.3 ^t	38.0 ^t	365.7 ^t
Very high HD: OECD	6.8 ^t	0.0	0.0 ^t	0.0 ^t	2.0 ^t	..	1,897.3 ^t	2.0	13.3 ^t	0.0 ^t	344.4 ^t
Very high HD: non-OECD	2.9 ^t	0.1	0.0 ^t	0.0 ^t	1.2 ^t	..	6.4 ^t	0.0	0.0 ^t	38.0 ^t	21.3 ^t
High human development	828.8 ^t	1.5	5.8 ^t	482.1 ^t	117.2 ^t	..	941.1 ^t	2.5	6.6 ^t	488.1 ^t	70.1 ^t
Medium human development	9,410.0 ^t	12.3	65.8 ^t	70.3 ^t	240.6 ^t	..	10,550.7 ^t	25.8	73.8 ^t	1,185.1 ^t	259.2 ^t
Low human development	3,827.1 ^t	28.9	26.8 ^t	1,153.3 ^t	195.9 ^t	..	902.1 ^t	10.7	6.3 ^t	0.0 ^t	45.0 ^t
World (excluding the former Soviet Union and Czechoslovakia)	13,891.2 ^t	9.6	97.2 ^t	1,700.3 ^t	521.4 ^t	..	14,274.8 ^t	8.5	99.8 ^t	1,705.9 ^t	731.6 ^t
World	14,297.5 ^t	7.3	100.0 ^t	1,711.3 ^{tu}	740.0 ^{tu}	26,000 ^{tu}	14,297.5 ^t	7.3	100.0 ^t	1,711.3 ^{tu}	740.0 ^{tu}

NOTES

- a** Estimates maintained by the IDMC are based on various sources and are associated with high levels of uncertainty.
- b** Higher figure includes an estimate of internally displaced Bedouin.
- c** Data refer to a year or period other than that specified.
- d** Figure includes 206,000 registered IDPs in Serbia plus an estimated 20,000 unregistered Roma displaced in Serbia and 21,000 IDPs in Kosovo.
- e** Figure includes forced migrants registered in Ingushetia and Chechnya.
- f** Figure includes 32,000 Palestinian refugees displaced as a result of fighting between Lebanese forces and Fatah al Islam in May–August 2007.
- g** Including Palestinian refugees under the responsibility of UNRWA (2008).

- h** Figure refers to those displaced from Nagorno Karabakh and seven occupied territories.
- i** Some 59,000 people displaced since the August 2008 crisis have not been able to return. There are some 221,597 IDPs based on the result of a survey conducted by UNHCR and the government but these are yet to be endorsed.
- j** There are no reliable estimates but in 2002, the EU estimated the number to be 100,000.
- k** Figures are suspected to be underestimate.
- l** Lower figure relates to IDPs evicted by home demolitions in Gaza between 2000 and 2004 whilst higher figure is cumulative since 1967.
- m** Figure relates to the eastern border areas only.
- n** Exact IDP numbers are unknown but conflict induced displacement has taken place in the North-West Frontier province, Baluchistan and Waziristan.

- o** Figure refers to IDPs in Cabinda region only.
- p** Figure takes into account the government's return programme which claims that some 172,000 displaced due to the post-election violence returned in May 2008.
- q** Figures are based on separate estimates for Darfur, Khartoum and Southern Sudan.
- r** Excludes IDPs in urban areas.
- s** Figure includes an estimated 250,000 civilians who fled their homes in North Kivu due to fighting between the national army and CNDP rebels.
- t** It is believed that there are more than 200,000 IDPs.
- u** Data are aggregates from the original data source.
- v** Figure is cumulative since 2001 and includes 1.5 million people displaced due to a rise in inter-communal violence since February 2006.

SOURCES

- Columns 1, 3, 4, 7, 9 and 10:** UNHCR (2009b).
- Column 2:** calculated based on data from UNHCR (2009b) and Migration DRC (2007).
- Columns 5 and 11:** UNHCR (2009a).
- Column 6:** IDMC (2009a).
- Column 8:** calculated based on UNHCR (2009b) and UN (2009d).

International financial flows: remittances, official development assistance and foreign direct investment

E

HDI rank	Remittances			Relative size of remittance inflows					Remittance inflows by continent of origin						
	Inflows total (US\$ millions)	Outflows total (US\$ millions)	Outflows per migrant (US\$)	ODA received (net disbursements)		as % of net ODA receipts	as % of GDP	ratio of remittances to FDI	Africa	Asia	Europe	Latin American and the Caribbean	Northern America	Oceania	
				per capita (US\$)	per capita (US\$)										2007 (% of total remittance inflows)
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT															
1	Norway	613	3,642	10,588	..	130	..	0.2	0.2	0.0	4.2	66.2	0.7	26.3	2.7
2	Australia	3,862	3,559	869	..	186	..	0.4	0.1	0.7	6.7	49.3	0.8	25.7	16.8
3	Iceland	41	100	4,333	..	137	..	0.2	0.0	0.0	0.5	63.4	0.3	34.1	1.6
4	Canada
5	Ireland	580	2,554	4,363	..	135	..	0.2	0.0	0.0	0.2	70.6	0.1	22.9	6.1
6	Netherlands	2,548	7,830	4,780	..	155	..	0.3	0.0	0.0	3.4	51.5	1.8	30.4	12.9
7	Sweden	775	1,142	1,022	..	85	..	0.2	0.1	0.6	3.2	69.4	1.4	22.9	2.6
8	France	13,746	4,380	677	..	223	..	0.5	0.1	13.5	3.8	58.8	4.7	16.8	2.3
9	Switzerland	2,035	16,273	9,805	..	272	..	0.4	0.0	0.1	3.2	75.4	2.3	16.2	2.8
10	Japan	1,577	4,037	1,971	..	12	..	0.0	0.1	0.1	8.8	15.8	9.0	62.3	4.0
11	Luxembourg	1,565	9,281	53,446	..	3,355	..	3.3	0.0	0.0	0.2	90.7	0.2	8.5	0.4
12	Finland	772	391	2,506	..	146	..	0.3	0.1	0.2	1.0	83.7	0.2	12.3	2.6
13	United States	2,972	45,643	1,190	..	10	..	0.0	0.0	0.7	12.0	31.2	38.2	13.4	4.5
14	Austria	2,945	2,985	2,420	..	352	..	0.8	0.1	0.0	3.7	73.6	1.2	17.9	3.5
15	Spain	10,687	14,728	3,075	..	241	..	0.7	0.2	0.1	0.3	63.8	24.2	10.8	1.0
16	Denmark	989	2,958	7,612	..	182	..	0.3	0.1	0.3	2.6	67.4	0.7	24.6	4.5
17	Belgium	8,562	3,192	4,438	..	819	..	1.9	0.1	0.2	2.4	79.7	1.3	15.3	1.2
18	Italy	3,165	11,287	4,481	..	54	..	0.2	0.1	0.1	0.2	56.2	9.8	27.4	6.3
19	Liechtenstein
20	New Zealand	650	1,207	1,880	..	155	..	0.5	0.2	0.1	2.1	16.5	0.1	8.2	73.0
21	United Kingdom	8,234	5,048	933	..	135	..	0.3	0.0	0.3	4.4	26.2	0.7	38.4	29.9
22	Germany	8,570	13,860	1,366	..	104	..	0.3	0.2	0.2	12.1	44.3	1.5	39.1	2.8
23	Singapore
24	Hong Kong, China (SAR)	348	380	127	..	48	..	0.2	0.0	0.0	2.5	17.7	0.2	68.9	10.8
25	Greece	2,484	1,460	1,499	..	223	..	0.7	1.3	0.0	8.2	58.1	0.4	23.6	9.7
26	Korea (Republic of)	1,128	4,070	7,384	..	23	..	0.1	0.7	0.0	36.1	6.9	1.3	52.0	3.7
27	Israel	1,041	2,770	1,041	..	150	..	0.6	0.1	0.0	70.0	7.8	0.8	20.5	0.9
28	Andorra
29	Slovenia	284	207	1,236	..	142	..	0.7	0.2	0.0	0.1	77.0	0.5	17.1	5.2
30	Brunei Darussalam	..	405	3,263
31	Kuwait	..	3,824	2,291
32	Cyprus	172	371	3,195	..	201	0.1	0.0	6.3	69.8	0.0	11.5	12.4
33	Qatar
34	Portugal	3,945	1,311	1,717	..	371	..	1.8	0.7	3.1	0.3	62.4	12.1	21.2	0.8
35	United Arab Emirates
36	Czech Republic	1,332	2,625	5,790	..	131	..	0.8	0.1	0.0	4.1	70.2	0.4	23.3	2.0
37	Barbados	140	40	1,534	46	476	1,025.6
38	Malta	40	54	5,011	..	99	0.0	0.0	0.1	36.1	0.0	19.3	44.5
HIGH HUMAN DEVELOPMENT															
39	Bahrain	..	1,483	5,018
40	Estonia	426	96	474	..	319	..	2.3	0.2	0.0	4.5	81.5	0.1	12.3	1.6
41	Poland	10,496	1,278	1,818	..	276	..	2.6	0.5	0.0	5.5	54.2	1.0	36.4	2.9
42	Slovakia	1,483	73	588	..	275	..	2.0	0.4	0.0	1.8	85.4	0.1	12.0	0.7
43	Hungary	413	235	742	..	41	..	0.3	0.0	0.0	3.4	52.4	0.9	37.8	5.5
44	Chile	3	6	25	7	0	2.1	0.0	0.0	0.0	0.0	25.7	42.0	27.2	5.1
45	Croatia	1,394	86	129	36	306	850.8	2.9	0.3	0.0	0.0	77.8	0.3	13.7	8.1
46	Lithuania	1,427	566	3,424	..	421	..	3.8	0.7	0.0	6.8	74.2	0.3	17.2	1.5
47	Antigua and Barbuda	24	2	113	49	276	560.9	2.0	0.1	0.0	14.2	11.7	10.6	63.3	0.1
48	Latvia	552	45	100	..	242	..	2.1	0.2	0.0	5.9	67.4	0.2	22.7	3.7
49	Argentina	604	472	315	2	15	737.0	0.2	0.1	0.0	6.5	41.1	24.5	26.2	1.7
50	Uruguay	97	4	42	10	29	285.6	0.4	0.1	0.0	0.1	29.2	48.4	17.9	4.5
51	Cuba	8
52	Bahamas	..	171	5,397
53	Mexico	27,144	1	255	22,416.0	3.0	1.1	0.0	0.0	0.8	0.3	98.9	0.0
54	Costa Rica	635	271	616	12	142	1,205.1	2.3	0.3	0.0	0.2	6.5	11.8	81.2	0.3
55	Libyan Arab Jamahiriya	16	762	1,234	3	3	84.1	..	0.0	14.3	34.0	32.1	0.1	17.4	2.0
56	Oman	39	3,670	5,847	..	15	..	0.1	0.0
57	Seychelles	11	21	4,309	32	129	402.5	1.9	0.0	7.6	0.2	51.2	0.0	17.7	23.3
58	Venezuela (Bolivarian Republic of)	136	598	592	3	5	191.0	0.1	0.2	0.0	0.1	47.1	14.7	37.8	0.3
59	Saudi Arabia	..	16,068	2,526

International financial flows: remittances, official development assistance and foreign direct investment

HDI rank	Remittances				Relative size of remittance inflows				Remittance inflows by continent of origin					
	Inflows total (US\$ millions)	Outflows total (US\$ millions)	Outflows per migrant (US\$)	ODA received (net disbursements)	per capita (US\$)	as % of net ODA receipts	as % of GDP	ratio of remittances to FDI	Africa	Asia	Europe	Latin American and the Caribbean	Northern America	Oceania
				per capita (US\$)										
	2007													
	(% of total remittance inflows)													
60 Panama	180	151	1,476	..	54	..	0.8	0.1	0.0	0.1	3.9	8.1	87.8	0.1
61 Bulgaria	2,086	86	822	..	273	..	5.7	0.2	0.0	53.8	37.2	0.1	8.5	0.5
62 Saint Kitts and Nevis	37	6	1,352	57	739	1,289.0
63 Romania	8,533	351	2,630	..	398	..	5.6	0.9	0.0	15.0	61.3	0.4	22.0	1.3
64 Trinidad and Tobago	92	14	69	503.0	0.4	..	0.0	0.0	8.0	2.0	89.6	0.4
65 Montenegro	177
66 Malaysia	1,700	6,385	3,895	8	64	851.4	1.0	0.2	0.0	80.3	6.0	0.0	6.7	7.0
67 Serbia	85
68 Belarus	354	109	92	9	37	425.4	0.8	0.2	0.0	6.1	88.4	0.0	5.4	0.1
69 Saint Lucia	31	4	488	143	188	131.5	3.5	0.1
70 Albania	1,071	7	85	96	336	350.9	10.1	2.2	0.0	0.4	91.2	0.0	8.2	0.2
71 Russian Federation	4,100	17,716	1,467	..	29	..	0.3	0.1	0.0	31.3	61.8	0.1	6.5	0.2
72 Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	267	18	147	105	131	124.9	3.6	0.8	0.0	6.1	71.0	0.1	9.5	13.3
73 Dominica	26	0	37	288	385	133.8	8.0	0.6	0.0	0.3	27.5	13.3	58.9	0.0
74 Grenada	55	4	329	215	524	244.3	..	0.4	0.0	0.0	17.6	12.6	69.6	0.2
75 Brazil	4,382	896	1,396	2	23	1,475.0	0.3	0.1	0.0	31.9	27.3	11.2	29.1	0.5
76 Bosnia and Herzegovina	2,520	65	1,601	113	640	568.6	..	1.2	0.0	0.1	85.1	0.1	12.7	2.0
77 Colombia	4,523	95	775	16	98	618.9	3.0	0.5	0.0	0.2	29.1	26.7	43.7	0.3
78 Peru	2,131	137	3,294	9	76	810.2	1.9	0.4	0.0	7.5	26.7	16.4	48.7	0.8
79 Turkey	1,209	106	80	11	16	151.7	0.2	0.1	0.0	3.7	92.4	0.0	3.2	0.7
80 Ecuador	3,094	83	726	16	232	1,436.6	6.9	16.9	0.0	0.0	52.7	3.9	43.3	0.2
81 Mauritius	215	12	557	59	170	288.3	2.9	0.6	1.0	0.2	75.1	0.0	8.2	15.5
82 Kazakhstan	223	4,303	1,720	13	14	110.1	0.2	0.0	0.0	9.6	89.6	0.0	0.8	0.0
83 Lebanon	5,769	2,845	4,332	229	1,407	614.1	24.4	2.0	2.1	11.0	33.1	4.0	36.9	12.9
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT														
84 Armenia	846	176	749	117	282	240.6	9.0	1.2	0.0	6.2	72.7	0.0	20.9	0.2
85 Ukraine	4,503	42	6	9	97	1,111.1	3.9	0.5	0.0	9.1	77.0	0.1	13.4	0.5
86 Azerbaijan	1,287	435	2,395	27	152	571.4	4.4	..	0.0	16.3	80.1	0.0	3.5	0.0
87 Thailand	1,635	26	..	0.7	0.2	0.0	32.4	25.3	0.0	37.8	4.5
88 Iran (Islamic Republic of)	1,115	1	16	1,094.5	0.5	1.5	0.0	9.5	40.1	0.1	48.1	2.2
89 Georgia	696	28	148	87	158	182.0	6.8	0.4	0.0	10.4	86.3	0.0	3.2	0.1
90 Dominican Republic	3,414	28	180	13	350	2,674.2	9.3	2.0	0.0	0.1	12.7	2.9	84.4	0.0
91 Saint Vincent and the Grenadines	31	7	702	545	254	46.6	6.7	0.3
92 China	32,833	4,372	7,340	1	25	2,282.3	1.1	0.2	0.1	61.9	7.4	0.4	27.3	3.0
93 Belize	75	22	555	81	260	319.4	5.3	0.7	0.0	0.0	2.8	4.9	92.2	0.1
94 Samoa	120	13	1,422	197	640	324.3	..	48.1	0.0	0.0	0.0	0.0	26.9	73.1
95 Maldives	3	103	30,601	122	10	8.0	..	0.2	0.0	37.5	38.5	0.4	5.3	18.4
96 Jordan	3,434	479	215	85	580	680.8	22.7	1.9	0.0	74.2	7.6	0.1	17.1	0.9
97 Suriname	140	65	12,233	329	305	92.7	0.0	0.0	89.0	7.3	3.8	0.0
98 Tunisia	1,716	15	402	30	166	553.2	5.0	1.1	8.9	4.3	84.0	0.0	2.6	0.1
99 Tonga	100	12	10,525	304	992	326.8	..	3.6	0.0	0.2	1.3	0.5	48.0	50.0
100 Jamaica	2,144	454	25,724	10	790	8,231.9	19.4	2.5	0.0	0.0	17.3	1.3	81.3	0.1
101 Paraguay	469	18	77	434.1	3.2	2.4	0.0	1.1	4.6	82.9	11.3	0.2
102 Sri Lanka	2,527	314	853	31	131	429.1	8.1	4.2	0.0	26.2	45.7	0.0	19.4	8.6
103 Gabon	11	110	451	36	8	22.8	0.1	0.0	33.5	0.0	61.5	0.0	4.8	0.2
104 Algeria	2,120	12	63	543.9	1.6	1.3	0.7	2.3	94.7	0.0	2.2	0.1
105 Philippines	16,291	35	93	7	185	2,567.7	11.6	5.6	0.0	20.1	9.6	0.0	66.2	4.1
106 El Salvador	3,711	29	1,213	13	541	4,211.6	18.4	2.4	0.0	0.0	1.1	2.7	95.3	0.9
107 Syrian Arab Republic	824	235	259	4	41	1,099.7	2.2	..	4.7	33.0	31.9	2.7	25.7	2.0
108 Fiji	165	32	1,836	69	197	287.9	5.0	0.6	0.0	0.3	3.5	0.0	46.2	50.0
109 Turkmenistan	6
110 Occupied Palestinian Territories	598	16	9	465	149	32.0
111 Indonesia	6,174	1,654	10,356	3	27	776.1	1.5	0.9	0.0	65.1	20.3	0.0	9.9	4.6
112 Honduras	2,625	2	94	65	369	565.4	24.5	3.2	0.0	0.1	2.6	4.3	93.0	0.0
113 Bolivia	927	72	621	50	97	194.4	6.6	4.5	0.0	2.0	16.7	49.3	31.7	0.3
114 Guyana	278	61	54,887	168	377	224.6	23.5	1.8	0.0	0.0	7.0	2.9	90.0	0.1
115 Mongolia	194	77	8,443	87	74	85.1	..	0.6	0.0	11.0	63.2	0.1	24.8	1.0
116 Viet Nam	5,500	29	63	220.3	7.9	0.8	0.0	4.1	17.9	0.0	70.6	7.5
117 Moldova	1,498	87	197	71	395	556.6	38.3	3.0	0.0	6.4	83.2	0.0	10.2	0.2
118 Equatorial Guinea	62

TABLE

E

HDI rank	Remittances			Relative size of remittance inflows					Remittance inflows by continent of origin					
	Inflows total (US\$ millions)	Outflows total (US\$ millions)	Outflows per migrant (US\$)	ODA received (net disbursements)		as % of net ODA receipts	as % of GDP	ratio of remittances to FDI	Africa	Asia	Europe	Latin American and the Caribbean	Northern America	Oceania
				per capita (US\$)	per capita (US\$)									
119 Uzbekistan	6
120 Kyrgyzstan	715	220	763	51	134	261.1	19.0	3.4	0.0	8.6	89.2	0.0	2.0	0.1
121 Cape Verde	139	6	537	308	262	85.0	9.2	1.1	12.7	0.0	62.0	0.0	25.2	0.0
122 Guatemala	4,254	18	347	34	319	945.6	10.6	5.9	0.0	0.0	1.9	5.1	92.9	0.0
123 Egypt	7,656	180	1,082	14	101	706.6	6.0	0.7	12.5	58.6	13.3	0.1	13.1	2.3
124 Nicaragua	740	149	132	88.7	12.1	1.9	0.0	0.0	1.7	32.5	65.6	0.2
125 Botswana	141	120	1,495	56	75	135.2	1.2	..	76.2	0.1	12.9	0.0	7.8	2.9
126 Vanuatu	5	18	17,274	251	22	8.8	1.2	0.1	0.0	0.2	39.6	0.0	5.6	54.6
127 Tajikistan	1,691	184	600	33	251	764.0	45.5	4.7	0.0	28.6	69.2	0.0	2.1	0.0
128 Namibia	17	16	112	99	8	8.2	0.2	0.1	48.9	0.0	29.9	0.1	14.9	6.2
129 South Africa	834	1,186	1,072	16	17	105.0	0.3	0.1	23.6	0.6	38.3	0.1	20.4	17.0
130 Morocco	6,730	52	394	35	216	617.8	9.0	2.4	0.2	8.0	88.4	0.0	3.3	0.1
131 Sao Tome and Principe	2	1	92	228	13	5.6	..	0.1	8.4	0.0	90.5	0.0	1.1	0.0
132 Bhutan	135
133 Lao People's Democratic Republic	1	1	20	68	0	0.3	0.0	0.0	0.0	6.3	12.5	0.0	79.2	2.1
134 India	35,262	1,580	277	1	30	2,716.2	3.1	1.5	0.3	58.2	12.8	0.0	26.9	1.8
135 Solomon Islands	20	3	854	500	41	8.2	..	0.5	0.0	0.5	16.2	0.0	8.9	74.3
136 Congo	15	102	355	34	4	11.7	0.2	0.0	25.8	0.4	67.7	0.0	6.1	0.1
137 Cambodia	353	157	517	46	24	52.5	4.2	0.4	0.0	4.6	22.7	0.0	64.4	8.3
138 Myanmar	125	32	270	4	3	65.9	..	0.3
139 Comoros	12	53	14	27.0	2.6	15.0	10.8	0.1	88.1	0.0	0.9	0.1
140 Yemen	1,283	120	455	10	57	569.1	6.1	1.4	0.2	84.7	6.5	0.0	8.5	0.1
141 Pakistan	5,998	3	1	13	37	271.1	4.2	1.1	0.2	45.2	32.2	0.0	21.6	0.7
142 Swaziland	99	8	180	55	86	156.9	3.5	2.6	94.3	0.1	3.2	0.0	1.9	0.5
143 Angola	..	603	10,695	14
144 Nepal	1,734	4	5	21	61	289.8	15.5	302.1	0.0	75.3	10.2	0.0	12.4	2.1
145 Madagascar	11	21	338	45	1	1.2	0.1	0.0	5.8	0.1	90.3	0.1	3.7	0.1
146 Bangladesh	6,562	3	3	9	41	436.9	9.5	10.1	0.0	69.7	18.4	0.0	11.2	0.7
147 Kenya	1,588	16	47	34	42	124.5	5.4	2.2	8.8	0.4	61.0	0.0	27.2	2.6
148 Papua New Guinea	13	135	5,301	50	2	4.2	0.2	0.1	0.0	0.7	6.1	0.0	8.5	84.7
149 Haiti	1,222	96	3,208	73	127	174.3	20.0	16.4	0.0	0.0	4.1	6.1	89.7	0.0
150 Sudan	1,769	2	3	55	46	84.1	3.7	0.7	16.7	55.5	12.5	0.0	13.3	2.0
151 Tanzania (United Republic of)	14	46	59	69	0	0.5	0.1	0.0	11.0	0.5	49.3	0.0	37.3	1.9
152 Ghana	117	6	4	49	5	10.2	0.8	0.1	29.7	0.7	38.8	0.0	30.2	0.6
153 Cameroon	167	103	750	104	9	8.7	0.8	0.4	30.0	0.1	56.1	0.0	13.8	0.0
154 Mauritania	2	116	1	0.5	0.1	0.0	37.1	0.5	54.3	0.0	8.1	0.0
155 Djibouti	28	5	233	135	34	25.3	..	0.1
156 Lesotho	443	21	3,567	65	221	342.3	28.7	3.4	98.3	0.0	1.0	0.0	0.6	0.1
157 Uganda	849	364	702	56	27	49.1	7.2	1.8	4.3	0.5	69.0	0.0	25.0	1.3
158 Nigeria	9,221	103	106	14	62	451.5	6.7	1.5	15.2	2.0	42.9	0.0	39.5	0.4
LOW HUMAN DEVELOPMENT														
159 Togo	229	35	193	18	35	189.4	8.4	3.3	38.1	0.0	54.8	0.0	7.0	0.0
160 Malawi	1	1	4	53	0	0.1	0.0	0.0	28.0	0.0	59.1	0.0	10.8	2.2
161 Benin	224	67	383	52	25	47.7	4.1	4.7	81.2	0.0	17.0	0.0	1.8	0.0
162 Timor-Leste	241
163 Côte d'Ivoire	179	19	8	9	9	108.7	0.9	0.4	13.9	0.1	74.1	0.0	11.7	0.1
164 Zambia	59	124	451	88	5	5.7	0.5	0.1
165 Eritrea	32
166 Senegal	925	96	296	68	75	109.8	8.5	11.9	20.0	0.1	73.5	0.0	6.2	0.1
167 Rwanda	51	68	562	73	5	7.2	1.9	0.8	40.6	0.1	43.8	0.0	15.2	0.2
168 Gambia	47	12	52	42	28	65.4	6.9	0.7	5.4	0.0	73.1	0.0	21.4	0.1
169 Liberia	65	0	5	186	17	9.3	..	0.5
170 Guinea	151	119	294	24	16	67.2	3.0	1.4	65.8	0.2	25.8	0.0	8.2	0.0
171 Ethiopia	359	15	26	29	4	14.8	2.0	1.6	4.7	24.1	28.7	0.0	41.0	1.5
172 Mozambique	99	45	111	83	5	5.6	1.3	0.2	63.7	0.0	34.0	0.2	1.8	0.3
173 Guinea-Bissau	29	5	280	73	17	23.5	8.3	4.1	17.7	0.0	80.5	0.0	1.8	0.0
174 Burundi	0	0	2	55	0	0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
175 Chad	33
176 Congo (Democratic Republic of the)	19
177 Burkina Faso	50	44	57	63	3	5.4	0.7	0.1	91.6	0.0	7.8	0.0	0.7	0.0

International financial flows: remittances, official development assistance and foreign direct investment

HDI rank	Remittances				Relative size of remittance inflows				Remittance inflows by continent of origin						
	Inflows total (US\$ millions)	Outflows total (US\$ millions)	Outflows per migrant (US\$)	ODA received (net disbursements) per capita (US\$)	per capita (US\$)	as % of net ODA receipts	as % of GDP	ratio of remittances to FDI	Africa	Asia	Europe	Latin American and the Caribbean	Northern America	Oceania	
															2007
														(% of total remittance inflows)	
178	Mali	212	57	1,234	82	17	20.8	3.3	0.6	74.1	0.0	23.8	0.0	2.0	0.0
179	Central African Republic	41
180	Sierra Leone	148	136	1,140	91	25	27.7	9.4	1.6	1.5	0.0	55.1	0.0	42.9	0.5
181	Afghanistan	146
182	Niger	78	29	237	38	5	14.4	1.9	2.9	82.7	0.0	14.3	0.0	3.0	0.0
OTHER UN MEMBER STATES															
..	Iraq	..	781	27,538	314
..	Kiribati	7	285	74	25.9	0.0	0.3	34.0	0.0	34.0	31.6
..	Korea (Democratic People's Rep. of)	4
..	Marshall Islands	879
..	Micronesia (Federated States of)	1,034
..	Monaco
..	Nauru	2,518
..	Palau	1,100
..	San Marino
..	Somalia	44
..	Tuvalu	1,115
..	Zimbabwe	35
Regional aggregates															
Africa		36,850 ^T	4,754 ^T	324	36	44	12.2	16.4	57.4	0.0	12.5	1.5
Asia		141,398 ^T	62,220 ^T	1,448	9	36	0.3	45.8	17.3	0.5	32.8	3.4
Europe		119,945 ^T	126,169 ^T	1,990	..	160	2.2	6.3	62.0	4.2	20.4	4.8
Latin America and the Caribbean		63,408 ^T	3,947 ^T	798	10	114	0.0	2.7	9.7	6.2	81.2	0.2
Northern America		2,972 ^T	45,643 ^T
Oceania		6,193 ^T	5,090 ^T
OECD															
OECD		124,520 ^T	165,254 ^T	1,884	..	108	2.0	3.6	44.1	5.2	39.5	5.6
European Union (EU27)		96,811 ^T	88,391 ^T	2,208	..	196	2.7	5.9	58.5	5.1	22.5	5.4
GCC		39 ^T	25,044 ^T	2,797
Human Development Indicators															
Very high human development		86,313 ^T	172,112 ^T	1,845	..	92	2.7	5.0	55.3	6.8	22.8	7.5
Very high HD: OECD		83,776 ^T	163,562 ^T	1,919	..	91	2.8	4.6	55.5	6.9	22.7	7.5
Very high HD: non-OECD		2,537 ^T	8,550 ^T
High human development		92,453 ^T	59,434 ^T	1,705	9	101	0.2	9.1	35.8	3.4	49.4	2.2
Medium human development		189,093 ^T	15,403 ^T	446	12	44	1.6	37.8	21.3	1.0	35.9	2.3
Low human development		2,907 ^T	874 ^T	133	51	11	34.7	2.5	53.0	0.0	9.6	0.2
World (excluding the former Soviet Union and Czechoslovakia)															
World		349,632 ^T	221,119 ^T	1,540	14	57	1.8	21.4	33.2	3.4	36.4	3.8
World		370,765 ^{Ta}	248,283 ^{Ta}	1,464	14	58	1.8	21.1	34.7	3.2	35.4	3.7

NOTES

a Data are aggregates from original data source.

SOURCES

Columns 1, 2 and 7: World Bank (2009b).

Column 3: calculated based on data on remittances and stocks of migrants from World Bank (2009b).

Column 4: calculated based on data on ODA from OECD-DAC (2009) and population data from UN (2009e).

Column 5: calculated based on data on remittances from World Bank (2009b) and population data from UN (2009e).

Column 6: calculated based on data on remittances from World Bank (2009b) and on ODA from OECD-DAC (2009).

Column 8: calculated based on data on remittances and FDI from World Bank (2009b).

Columns 9–14: calculated based on data from Ratha and Shaw (2006).

Selected conventions related to human rights and migration (by year of ratification)

F

HDI rank	International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of their Families 1990	Protocol to Prevent, Suppress and Punish Trafficking in Persons, Especially Women and Children, supplementing the UN Convention against Transnational Organized Crime 2000	Convention relating to the Status of Refugees 1951	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination 1966	International Covenant on Civil and Political Rights 1966	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights 1966	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women 1979	Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment 1984	Convention on the Rights of the Child 1989
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT									
1 Norway	..	2003	1953	1970	1972	1972	1981	1986	1991
2 Australia	..	2005	1954	1975	1980	1975	1983	1989	1990
3 Iceland	..	2000	1955	1967	1979	1979	1985	1996	1992
4 Canada	..	2002	1969	1970	1976	1976	1981	1987	1991
5 Ireland	..	2000	1956	2000	1989	1989	1985	2002	1992
6 Netherlands	..	2005	1956	1971	1978	1978	1991	1988	1995
7 Sweden	..	2004	1954	1971	1971	1971	1980	1986	1990
8 France	..	2002	1954	1971	1980	1980	1983	1986	1990
9 Switzerland	..	2006	1955	1994	1992	1992	1997	1986	1997
10 Japan	..	2002	1981	1995	1979	1979	1985	1999	1994
11 Luxembourg	..	2009	1953	1978	1983	1983	1989	1987	1994
12 Finland	..	2006	1968	1970	1975	1975	1986	1989	1991
13 United States	..	2005	..	1994	1992	1977	1980	1994	1995
14 Austria	..	2005	1954	1972	1978	1978	1982	1987	1992
15 Spain	..	2002	1978	1968	1977	1977	1984	1987	1990
16 Denmark	..	2003	1952	1971	1972	1972	1983	1987	1991
17 Belgium	..	2004	1953	1975	1983	1983	1985	1999	1991
18 Italy	..	2006	1954	1976	1978	1978	1985	1989	1991
19 Liechtenstein	..	2008	1957	2000	1998	1998	1995	1990	1995
20 New Zealand	..	2002	1960	1972	1978	1978	1985	1989	1993
21 United Kingdom	..	2006	1954	1969	1976	1976	1986	1988	1991
22 Germany	..	2006	1953	1969	1973	1973	1985	1990	1992
23 Singapore	1995	..	1995
24 Hong Kong, China (SAR)
25 Greece	..	2000	1960	1970	1997	1985	1983	1988	1993
26 Korea (Republic of)	..	2000	1992	1978	1990	1990	1984	1995	1991
27 Israel	..	2008	1954	1979	1991	1991	1991	1991	1991
28 Andorra	2006	2006	..	1997	2006	1996
29 Slovenia	..	2004	1992	1992	1992	1992	1992	1993	1992
30 Brunei Darussalam	2006	..	1995
31 Kuwait	..	2006	..	1968	1996	1996	1994	1996	1991
32 Cyprus	..	2003	1963	1967	1969	1969	1985	1991	1991
33 Qatar	..	2009	..	1976	2009	2000	1995
34 Portugal	..	2004	1960	1982	1978	1978	1980	1989	1990
35 United Arab Emirates	..	2009	..	1974	2004	..	1997
36 Czech Republic	..	2002	1993	1993	1993	1993	1993	1993	1993
37 Barbados	..	2001	..	1972	1973	1973	1980	..	1990
38 Malta	..	2003	1971	1971	1990	1990	1991	1990	1990
HIGH HUMAN DEVELOPMENT									
39 Bahrain	..	2004	..	1990	2006	2007	2002	1998	1992
40 Estonia	..	2004	1997	1991	1991	1991	1991	1991	1991
41 Poland	..	2003	1991	1968	1977	1977	1980	1989	1991
42 Slovakia	..	2004	1993	1993	1993	1993	1993	1993	1993
43 Hungary	..	2006	1989	1967	1974	1974	1980	1987	1991
44 Chile	2005	2004	1972	1971	1972	1972	1989	1988	1990
45 Croatia	..	2003	1992	1992	1992	1992	1992	1992	1992
46 Lithuania	..	2003	1997	1998	1991	1991	1994	1996	1992
47 Antigua and Barbuda	1995	1988	1989	1993	1993
48 Latvia	..	2004	1997	1992	1992	1992	1992	1992	1992
49 Argentina	2007	2002	1961	1968	1986	1986	1985	1986	1990
50 Uruguay	2001	2005	1970	1968	1970	1970	1981	1986	1990
51 Cuba	1972	2008	2008	1980	1995	1991
52 Bahamas	..	2008	1993	1975	2008	2008	1993	2008	1991
53 Mexico	1999	2003	2000	1975	1981	1981	1981	1986	1990
54 Costa Rica	..	2003	1978	1967	1968	1968	1986	1993	1990
55 Libyan Arab Jamahiriya	2004	2004	..	1968	1970	1970	1989	1989	1993
56 Oman	..	2005	..	2003	2006	..	1996
57 Seychelles	1994	2004	1980	1978	1992	1992	1992	1992	1990
58 Venezuela (Bolivarian Republic of)	..	2002	..	1967	1978	1978	1983	1991	1990
59 Saudi Arabia	..	2007	..	1997	2000	1997	1996

Selected conventions related to human rights and migration (by year of ratification)

HDI rank	International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of their Families 1990	Protocol to Prevent, Suppress and Punish Trafficking in Persons, Especially Women and Children, supplementing the UN Convention against Transnational Organized Crime 2000	Convention relating to the Status of Refugees 1951	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination 1966	International Covenant on Civil and Political Rights 1966	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights 1966	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women 1979	Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment 1984	Convention on the Rights of the Child 1989	
60	Panama	..	2004	1978	1967	1977	1977	1981	1987	1990
61	Bulgaria	..	2001	1993	1966	1970	1970	1982	1986	1991
62	Saint Kitts and Nevis	..	2004	2002	2006	1985	..	1990
63	Romania	..	2002	1991	1970	1974	1974	1982	1990	1990
64	Trinidad and Tobago	..	2007	2000	1973	1978	1978	1990	..	1991
65	Montenegro	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006
66	Malaysia	..	2009	1995	..	1995
67	Serbia	2004	2001	2001	2001	..	2001
68	Belarus	..	2003	2001	1969	1973	1973	1981	1987	1990
69	Saint Lucia	1990	1982	..	1993
70	Albania	2007	2002	1992	1994	1991	1991	1994	1994	1992
71	Russian Federation	..	2004	1993	1969	1973	1973	1981	1987	1990
72	Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	..	2005	1994	1994	1994	1994	1994	1994	1993
73	Dominica	1994	..	1993	1993	1980	..	1991
74	Grenada	..	2004	..	1981	1991	1991	1990	..	1990
75	Brazil	..	2004	1960	1968	1992	1992	1984	1989	1990
76	Bosnia and Herzegovina	1996	2002	1993	1993	1993	1993	1993	1993	1993
77	Colombia	1995	2004	1961	1981	1969	1969	1982	1987	1991
78	Peru	2005	2002	1964	1971	1978	1978	1982	1988	1990
79	Turkey	2004	2003	1962	2002	2003	2003	1985	1988	1995
80	Ecuador	2002	2002	1955	1966	1969	1969	1981	1988	1990
81	Mauritius	..	2003	..	1972	1973	1973	1984	1992	1990
82	Kazakhstan	..	2008	1999	1998	2006	2006	1998	1998	1994
83	Lebanon	..	2005	..	1971	1972	1972	1997	2000	1991
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT										
84	Armenia	..	2003	1993	1993	1993	1993	1993	1993	1993
85	Ukraine	..	2004	2002	1969	1973	1973	1981	1987	1991
86	Azerbaijan	1999	2003	1993	1996	1992	1992	1995	1996	1992
87	Thailand	..	2001	..	2003	1996	1999	1985	2007	1992
88	Iran (Islamic Republic of)	1976	1968	1975	1975	1994
89	Georgia	..	2006	1999	1999	1994	1994	1994	1994	1994
90	Dominican Republic	..	2008	1978	1983	1978	1978	1982	1985	1991
91	Saint Vincent and the Grenadines	..	2002	1993	1981	1981	1981	1981	2001	1993
92	China	1982	1981	1998	2001	1980	1988	1992
93	Belize	2001	2003	1990	2001	1996	2000	1990	1986	1990
94	Samoa	1988	..	2008	..	1992	..	1994
95	Maldives	1984	2006	2006	1993	2004	1991
96	Jordan	1974	1975	1975	1992	1991	1991
97	Suriname	..	2007	1978	1984	1976	1976	1993	..	1993
98	Tunisia	..	2003	1957	1967	1969	1969	1985	1988	1992
99	Tonga	1972	1995
100	Jamaica	2008	2003	1964	1971	1975	1975	1984	..	1991
101	Paraguay	2008	2004	1970	2003	1992	1992	1987	1990	1990
102	Sri Lanka	1996	2000	..	1982	1980	1980	1981	1994	1991
103	Gabon	2004	..	1964	1980	1983	1983	1983	2000	1994
104	Algeria	2005	2004	1963	1972	1989	1989	1996	1989	1993
105	Philippines	1995	2002	1981	1967	1986	1974	1981	1986	1990
106	El Salvador	2003	2004	1983	1979	1979	1979	1981	1996	1990
107	Syrian Arab Republic	2005	2000	..	1969	1969	1969	2003	2004	1993
108	Fiji	1972	1973	1995	..	1993
109	Turkmenistan	..	2005	1998	1994	1997	1997	1997	1999	1993
110	Occupied Palestinian Territories
111	Indonesia	2004	2000	..	1999	2006	2006	1984	1998	1990
112	Honduras	2005	2008	1992	2002	1997	1981	1983	1996	1990
113	Bolivia	2000	2006	1982	1970	1982	1982	1990	1999	1990
114	Guyana	2005	2004	..	1977	1977	1977	1980	1988	1991
115	Mongolia	..	2008	..	1969	1974	1974	1981	2002	1990
116	Viet Nam	1982	1982	1982	1982	..	1990
117	Moldova	..	2005	2002	1993	1993	1993	1994	1995	1993
118	Equatorial Guinea	..	2003	1986	2002	1987	1987	1984	2002	1992

TABLE

HDI rank	International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of their Families	Protocol to Prevent, Suppress and Punish Trafficking in Persons, Especially Women and Children, supplementing the UN Convention against Transnational Organized Crime	Convention relating to the Status of Refugees	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination	International Covenant on Civil and Political Rights	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women	Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment	Convention on the Rights of the Child	
	1990	2000	1951	1966	1966	1966	1979	1984	1989	
119	Uzbekistan	..	2008	..	1995	1995	1995	1995	1995	1994
120	Kyrgyzstan	2003	2003	1996	1997	1994	1994	1997	1997	1994
121	Cape Verde	1997	2004	..	1979	1993	1993	1980	1992	1992
122	Guatemala	2003	2004	1983	1983	1992	1988	1982	1990	1990
123	Egypt	1993	2004	1981	1967	1982	1982	1981	1986	1990
124	Nicaragua	2005	2004	1980	1978	1980	1980	1981	2005	1990
125	Botswana	..	2002	1969	1974	2000	..	1996	2000	1995
126	Vanuatu	2008	..	1995	..	1993
127	Tajikistan	2002	2002	1993	1995	1999	1999	1993	1995	1993
128	Namibia	..	2002	1995	1982	1994	1994	1992	1994	1990
129	South Africa	..	2004	1996	1998	1998	1994	1995	1998	1995
130	Morocco	1993	..	1956	1970	1979	1979	1993	1993	1993
131	Sao Tome and Principe	2000	2006	1978	2000	1995	1995	2003	2000	1991
132	Bhutan	1973	1981	..	1990
133	Lao People's Democratic Republic	..	2003	..	1974	2000	2007	1981	..	1991
134	India	..	2002	..	1968	1979	1979	1993	1997	1992
135	Solomon Islands	1995	1982	..	1982	2002	..	1995
136	Congo	2008	2000	1962	1988	1983	1983	1982	2003	1993
137	Cambodia	2004	2007	1992	1983	1992	1992	1992	1992	1992
138	Myanmar	..	2004	1997	..	1991
139	Comoros	2000	2004	2008	2008	1994	2000	1993
140	Yemen	1980	1972	1987	1987	1984	1991	1991
141	Pakistan	1966	2008	2008	1996	2008	1990
142	Swaziland	..	2001	2000	1969	2004	2004	2004	2004	1995
143	Angola	1981	..	1992	1992	1986	..	1990
144	Nepal	1971	1991	1991	1991	1991	1990
145	Madagascar	..	2005	1967	1969	1971	1971	1989	2005	1991
146	Bangladesh	1998	1979	2000	1998	1984	1998	1990
147	Kenya	..	2005	1966	2001	1972	1972	1984	1997	1990
148	Papua New Guinea	1986	1982	2008	2008	1995	..	1993
149	Haiti	..	2000	1984	1972	1991	..	1981	..	1995
150	Sudan	1974	1977	1986	1986	..	1986	1990
151	Tanzania (United Republic of)	..	2006	1964	1972	1976	1976	1985	..	1991
152	Ghana	2000	..	1963	1966	2000	2000	1986	2000	1990
153	Cameroon	..	2006	1961	1971	1984	1984	1994	1986	1993
154	Mauritania	2007	2005	1987	1988	2004	2004	2001	2004	1991
155	Djibouti	..	2005	1977	2006	2002	2002	1998	2002	1990
156	Lesotho	2005	2003	1981	1971	1992	1992	1995	2001	1992
157	Uganda	1995	2000	1976	1980	1995	1987	1985	1986	1990
158	Nigeria	..	2001	1967	1967	1993	1993	1985	2001	1991
LOW HUMAN DEVELOPMENT										
159	Togo	2001	2009	1962	1972	1984	1984	1983	1987	1990
160	Malawi	..	2005	1987	1996	1993	1993	1987	1996	1991
161	Benin	2005	2004	1962	2001	1992	1992	1992	1992	1990
162	Timor-Leste	2004	..	2003	2003	2003	2003	2003	2003	2003
163	Côte d'Ivoire	1961	1973	1992	1992	1995	1995	1991
164	Zambia	..	2005	1969	1972	1984	1984	1985	1998	1991
165	Eritrea	2001	2002	2001	1995	..	1994
166	Senegal	1999	2003	1963	1972	1978	1978	1985	1986	1990
167	Rwanda	2008	2003	1980	1975	1975	1975	1981	2008	1991
168	Gambia	..	2003	1966	1978	1979	1978	1993	1985	1990
169	Liberia	2004	2004	1964	1976	2004	2004	1984	2004	1993
170	Guinea	2000	2004	1965	1977	1978	1978	1982	1989	1990
171	Ethiopia	1969	1976	1993	1993	1981	1994	1991
172	Mozambique	..	2006	1983	1983	1993	..	1997	1999	1994
173	Guinea-Bissau	2000	2007	1976	2000	2000	1992	1985	2000	1990
174	Burundi	..	2000	1963	1977	1990	1990	1992	1993	1990
175	Chad	1981	1977	1995	1995	1995	1995	1990
176	Congo (Democratic Republic of the)	..	2005	1965	1976	1976	1976	1986	1996	1990
177	Burkina Faso	2003	2002	1980	1974	1999	1999	1987	1999	1990

Selected conventions related to human rights and migration (by year of ratification)

HDI rank	International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of their Families	Protocol to Prevent, Suppress and Punish Trafficking in Persons, Especially Women and Children, supplementing the UN Convention against Transnational Organized Crime	Convention relating to the Status of Refugees	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination	International Covenant on Civil and Political Rights	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women	Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment	Convention on the Rights of the Child
	1990	2000	1951	1966	1966	1966	1979	1984	1989
178 Mali	2003	2002	1973	1974	1974	1974	1985	1999	1990
179 Central African Republic	..	2006	1962	1971	1981	1981	1991	..	1992
180 Sierra Leone	2000	2001	1981	1967	1996	1996	1988	2001	1990
181 Afghanistan	2005	1983	1983	1983	2003	1987	1994
182 Niger	2009	2004	1961	1967	1986	1986	1999	1998	1990
OTHER UN MEMBER STATES									
Iraq	..	2009	..	1970	1971	1971	1986	..	1994
Kiribati	..	2005	2004	..	1995
Korea (Democratic People's Rep. of)	1981	1981	2001	..	1990
Marshall Islands	2006	..	1993
Micronesia (Federated States of)	2004	..	1993
Monaco	..	2001	1954	1995	1997	1997	2005	1991	1993
Nauru	..	2001	..	2001	2001	2001	1994
Palau	1995
San Marino	..	2000	..	2002	1985	1985	2003	2006	1991
Somalia	1978	1975	1990	1990	..	1990	2002
Tuvalu	1986	1999	..	1995
Zimbabwe	1981	1991	1991	1991	1991	..	1990
Total state parties	● 41	129	144	173	164	160	186	146	193
Treaties signed, not yet ratified	○ 15	21	0	6	8	6	1	10	2
Africa	● 16 ○ 9	36 5	48 0	49 3	50 3	48 3	51 0	43 5	52 1
Asia	● 8 ○ 3	25 6	19 0	41 1	35 3	38 0	45 0	33 2	47 0
Europe	● 2 ○ 2	37 5	42 0	44 0	43 0	42 0	43 0	44 0	44 0
Latin America and the Caribbean	● 15 ○ 1	26 3	27 0	31 1	29 1	27 2	33 0	22 2	33 0
Northern America	● 0 ○ 0	2 0	1 0	2 0	2 0	1 1	1 1	2 0	1 1
Oceania	● 0 ○ 0	3 1	7 0	6 1	5 1	4 0	12 0	2 1	16 0
Very high human development	● 0 ○ 0	26 8	31 0	37 0	34 0	32 1	36 1	36 0	38 1
High human development	● 12 ○ 2	41 1	34 0	43 1	39 1	39 1	47 0	37 1	47 0
Medium human development	● 22 ○ 8	44 11	54 0	68 4	66 6	64 4	77 0	52 7	83 0
Low human development	● 7 ○ 5	15 3	25 0	25 1	25 1	25 0	25 0	21 2	25 1

NOTES

Data refer to the year of ratification, accession or succession unless otherwise specified. All these stages have the same legal effect. **Bold** signifies signature not yet followed by ratification. Data are as of June 2009.

- Total state parties
- Treaties signed, but not yet ratified.

SOURCES

All columns: UN (2009b).

Human development index trends

G

HDI rank									Average annual growth rates (%)				
									Rank	Change in rank	Long term	Medium term	Short term
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007					
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT													
1 Norway	0.900	0.912	0.924	0.948	0.961	0.968	0.970	0.971	1	0	0.28	0.29	0.16
2 Australia	0.871	0.883	0.902	0.938	0.954	0.967	0.968	0.970	2	0	0.40	0.43	0.24
3 Iceland	0.886	0.894	0.913	0.918	0.943	0.965	0.967	0.969	3	0	0.33	0.35	0.39
4 Canada	0.890	0.913	0.933	0.938	0.948	0.963	0.965	0.966	4	0	0.31	0.21	0.27
5 Ireland	0.840	0.855	0.879	0.903	0.936	0.961	0.964	0.965	5	0	0.52	0.55	0.44
6 Netherlands	0.889	0.903	0.917	0.938	0.950	0.958	0.961	0.964	7	1	0.30	0.30	0.21
7 Sweden	0.885	0.895	0.906	0.937	0.954	0.960	0.961	0.963	6	-1	0.32	0.36	0.14
8 France	0.876	0.888	0.909	0.927	0.941	0.956	0.958	0.961	11	3	0.34	0.32	0.30
9 Switzerland	0.899	0.906	0.920	0.931	0.948	0.957	0.959	0.960	9	0	0.25	0.25	0.19
10 Japan	0.887	0.902	0.918	0.931	0.943	0.956	0.958	0.960	10	0	0.29	0.26	0.25
11 Luxembourg	0.956	0.959	0.960	8	-3
12 Finland	0.865	0.882	0.904	0.916	0.938	0.952	0.955	0.959	13	1	0.38	0.35	0.32
13 United States	0.894	0.909	0.923	0.939	0.949	0.955	0.955	0.956	12	-1	0.25	0.21	0.11
14 Austria	0.865	0.878	0.899	0.920	0.940	0.949	0.952	0.955	16	2	0.37	0.35	0.23
15 Spain	0.855	0.869	0.896	0.914	0.931	0.949	0.952	0.955	15	0	0.41	0.37	0.36
16 Denmark	0.882	0.891	0.899	0.917	0.936	0.950	0.953	0.955	14	-2	0.29	0.36	0.28
17 Belgium	0.871	0.885	0.904	0.933	0.945	0.947	0.951	0.953	17	0	0.34	0.31	0.13
18 Italy	0.857	0.866	0.889	0.906	0.927	0.947	0.950	0.951	19	1	0.39	0.40	0.36
19 Liechtenstein	0.950	0.951	18	-1
20 New Zealand	0.863	0.874	0.884	0.911	0.930	0.946	0.948	0.950	20	0	0.36	0.42	0.30
21 United Kingdom	0.861	0.870	0.891	0.929	0.932	0.947	0.945	0.947	21	0	0.35	0.36	0.24
22 Germany	0.869	0.877	0.896	0.919	..	0.942	0.945	0.947	22	0	0.32	0.33	..
23 Singapore	0.785	0.805	0.851	0.884	0.942	0.944	24	1	0.68	0.61	..
24 Hong Kong, China (SAR)	0.939	0.943	0.944	23	-1
25 Greece	0.844	0.857	0.872	0.874	0.895	0.935	0.938	0.942	25	0	0.41	0.45	0.73
26 Korea (Republic of)	0.722	0.760	0.802	0.837	0.869	0.927	0.933	0.937	26	0	0.97	0.92	1.08
27 Israel	0.829	0.853	0.868	0.883	0.908	0.929	0.932	0.935	28	1	0.44	0.44	0.42
28 Andorra	0.933	0.934	27	-1
29 Slovenia	0.853	0.861	0.892	0.918	0.924	0.929	29	0	..	0.51	0.58
30 Brunei Darussalam	0.827	0.843	0.876	0.889	0.905	0.917	0.919	0.920	30	0	0.39	0.29	0.22
31 Kuwait	0.812	0.826	..	0.851	0.874	0.915	0.912	0.916	31	0	0.44	..	0.67
32 Cyprus	0.849	0.866	0.897	0.908	0.911	0.914	32	0	..	0.43	0.26
33 Qatar	0.870	0.903	0.905	0.910	34	1	0.64
34 Portugal	0.768	0.789	0.833	0.870	0.895	0.904	0.907	0.909	33	-1	0.63	0.52	0.23
35 United Arab Emirates	0.743	0.806	0.834	0.845	0.848	0.896	0.896	0.903	37	2	0.72	0.47	0.91
36 Czech Republic	0.847	0.857	0.868	0.894	0.899	0.903	36	0	..	0.38	0.56
37 Barbados	0.890	0.891	0.903	39	2
38 Malta	..	0.809	0.836	0.856	0.874	0.897	0.899	0.902	35	-3	0.50 ^a	0.45	0.45
HIGH HUMAN DEVELOPMENT													
39 Bahrain	0.761	0.784	0.829	0.850	0.864	0.888	0.894	0.895	38	-1	0.60	0.45	0.50
40 Estonia	0.817	0.796	0.835	0.872	0.878	0.883	40	0	..	0.46	0.80
41 Poland	0.806	0.823	0.853	0.871	0.876	0.880	42	1	..	0.52	0.45
42 Slovakia	0.827	0.840	0.867	0.873	0.880	44	2	0.66
43 Hungary	0.802	0.813	0.812	0.816	0.844	0.874	0.878	0.879	41	-2	0.34	0.47	0.58
44 Chile	0.748	0.762	0.795	0.822	0.849	0.872	0.874	0.878	43	-1	0.59	0.58	0.48
45 Croatia	0.817	0.811	0.837	0.862	0.867	0.871	45	0	..	0.38	0.58
46 Lithuania	0.828	0.791	0.830	0.862	0.865	0.870	46	0	..	0.29	0.68
47 Antigua and Barbuda	0.860	0.868	48	1
48 Latvia	0.803	0.765	0.810	0.852	0.859	0.866	50	2	..	0.44	0.96
49 Argentina	0.793	0.797	0.804	0.824	..	0.855	0.861	0.866	47	-2	0.33	0.44	..
50 Uruguay	0.776	0.783	0.802	0.817	0.837	0.855	0.860	0.865	49	-1	0.40	0.45	0.47
51 Cuba	0.839	0.856	0.863	51	0
52 Bahamas	0.852	0.854	0.856	52	0
53 Mexico	0.756	0.768	0.782	0.794	0.825	0.844	0.849	0.854	54	1	0.45	0.52	0.50
54 Costa Rica	0.763	0.770	0.791	0.807	0.825	0.844	0.849	0.854	53	-1	0.42	0.45	0.48
55 Libyan Arab Jamahiriya	0.821	0.837	0.842	0.847	56	1	0.44
56 Oman	0.836	0.843	0.846	55	-1
57 Seychelles	0.841	0.838	0.841	0.845	57	0	0.06
58 Venezuela (Bolivarian Republic of)	0.765	0.765	0.790	0.793	0.802	0.822	0.833	0.844	62	4	0.37	0.39	0.74
59 Saudi Arabia	0.744	0.765	..	0.837	0.840	0.843	58	-1	..	0.74	..

Human development index trends

HDI rank	HDI rank								Average annual growth rates (%)				
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	Rank	Change in rank	Long term	Medium term	Short term
									2006	2006-2007	1980-2007	1990-2007	2000-2007
60 Panama	0.759	0.769	0.765	0.784	0.811	0.829	0.834	0.840	61	1	0.38	0.55	0.50
61 Bulgaria	0.803	0.829	0.835	0.840	59	-2	0.65
62 Saint Kitts and Nevis	0.831	0.835	0.838	60	-2
63 Romania	0.786	0.780	0.788	0.824	0.832	0.837	64	1	..	0.37	0.87
64 Trinidad and Tobago	0.794	0.791	0.796	0.797	0.806	0.825	0.832	0.837	63	-1	0.19	0.30	0.53
65 Montenegro	0.815	0.823	0.828	0.834	65	0	0.34
66 Malaysia	0.666	0.689	0.737	0.767	0.797	0.821	0.825	0.829	66	0	0.81	0.69	0.56
67 Serbia	0.797	0.817	0.821	0.826	67	0	0.51
68 Belarus	0.795	0.760	0.786	0.812	0.819	0.826	69	1	..	0.22	0.70
69 Saint Lucia	0.817	0.821	0.821	68	-1
70 Albania	0.784	0.811	0.814	0.818	70	0	0.61
71 Russian Federation	0.821	0.777	..	0.804	0.811	0.817	73	2	..	-0.03	..
72 Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	0.782	0.800	0.810	0.813	0.817	72	0	0.30
73 Dominica	0.814	0.814	0.814	71	-2
74 Grenada	0.812	0.810	0.813	74	0
75 Brazil	0.685	0.694	0.710	0.734	0.790	0.805	0.808	0.813	75	0	0.63	0.79	0.41
76 Bosnia and Herzegovina	0.803	0.807	0.812	76	0
77 Colombia	0.688	0.698	0.715	0.757	0.772	0.795	0.800	0.807	82	5	0.59	0.71	0.63
78 Peru	0.687	0.703	0.708	0.744	0.771	0.791	0.799	0.806	83	5	0.59	0.76	0.63
79 Turkey	0.628	0.674	0.705	0.730	0.758	0.796	0.802	0.806	78	-1	0.93	0.79	0.87
80 Ecuador	0.709	0.723	0.744	0.758	0.805	0.806	77	-3	0.48	0.47	..
81 Mauritius	0.718	0.735	0.770	0.797	0.801	0.804	79	-2	..	0.67	0.63
82 Kazakhstan	0.778	0.730	0.747	0.794	0.800	0.804	81	-1	..	0.20	1.05
83 Lebanon	0.800	0.800	0.803	80	-3
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT													
84 Armenia	0.731	0.693	0.738	0.777	0.787	0.798	85	1	..	0.51	1.12
85 Ukraine	0.754	0.783	0.789	0.796	84	-1	0.76
86 Azerbaijan	0.755	0.773	0.787	88	2
87 Thailand	0.658	0.684	0.706	0.727	0.753	0.777	0.780	0.783	86	-1	0.64	0.61	0.57
88 Iran (Islamic Republic of)	0.561	0.620	0.672	0.712	0.738	0.773	0.777	0.782	87	-1	1.23	0.89	0.83
89 Georgia	0.739	0.765	0.768	0.778	91	2	0.73
90 Dominican Republic	0.640	0.659	0.667	0.686	0.748	0.765	0.771	0.777	89	-1	0.72	0.90	0.54
91 Saint Vincent and the Grenadines	0.763	0.767	0.772	93	2
92 China	0.533	0.556	0.608	0.657	0.719	0.756	0.763	0.772	99	7	1.37	1.40	1.00
93 Belize	0.705	0.723	0.735	0.770	0.770	0.772	90	-3	..	0.54	0.70
94 Samoa	..	0.686	0.697	0.716	0.742	0.764	0.766	0.771	96	2	0.53 ^a	0.59	0.55
95 Maldives	0.683	0.730	0.755	0.765	0.771	97	2	0.78
96 Jordan	0.631	0.638	0.666	0.656	0.691	0.764	0.767	0.770	95	-1	0.73	0.85	1.55
97 Suriname	0.759	0.765	0.769	98	1
98 Tunisia	..	0.605	0.627	0.654	0.678	0.758	0.763	0.769	100	2	1.09 ^a	1.20	1.79
99 Tonga	0.759	0.765	0.767	0.768	94	-5	0.16
100 Jamaica	0.750	0.765	0.768	0.766	92	-8	0.29
101 Paraguay	0.677	0.677	0.711	0.726	0.737	0.754	0.757	0.761	101	0	0.43	0.40	0.45
102 Sri Lanka	0.649	0.670	0.683	0.696	0.729	0.752	0.755	0.759	102	0	0.58	0.62	0.57
103 Gabon	0.748	0.735	0.747	0.750	0.755	103	0	0.39
104 Algeria	..	0.628	0.647	0.653	0.713	0.746	0.749	0.754	104	0	0.83 ^a	0.90	0.79
105 Philippines	0.652	0.651	0.697	0.713	0.726	0.744	0.747	0.751	105	0	0.53	0.44	0.49
106 El Salvador	0.573	0.585	0.660	0.691	0.704	0.743	0.746	0.747	106	0	0.99	0.73	0.85
107 Syrian Arab Republic	0.603	0.625	0.626	0.649	0.715	0.733	0.738	0.742	109	2	0.77	1.00	0.53
108 Fiji	0.744	0.744	0.741	107	-1
109 Turkmenistan	0.739	0.739	108	-1
110 Occupied Palestinian Territories	0.736	0.737	0.737	110	0
111 Indonesia	0.522	0.562	0.624	0.658	0.673	0.723	0.729	0.734	111	0	1.26	0.95	1.25
112 Honduras	0.567	0.593	0.608	0.623	0.690	0.725	0.729	0.732	112	0	0.94	1.09	0.84
113 Bolivia	0.560	0.577	0.629	0.653	0.699	0.723	0.726	0.729	113	0	0.98	0.87	0.62
114 Guyana	0.722	0.721	0.729	114	0
115 Mongolia	0.676	0.713	0.720	0.727	116	1	1.02
116 Viet Nam	..	0.561	0.599	0.647	0.690	0.715	0.720	0.725	115	-1	1.16 ^a	1.13	0.71
117 Moldova	0.735	0.682	0.683	0.712	0.718	0.720	117	0	..	-0.12	0.77
118 Equatorial Guinea	0.655	0.715	0.712	0.719	118	0	1.33

TABLE

HDI rank	HDI								Average annual growth rates (%)				
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	Rank	Change in rank	Long term	Medium term	Short term
									2006	2006-2007	1980-2007	1990-2007	2000-2007
119 Uzbekistan	0.687	0.703	0.706	0.710	119	0	0.48
120 Kyrgyzstan	0.687	0.702	0.705	0.710	120	0	0.46
121 Cape Verde	0.589	0.641	0.674	0.692	0.704	0.708	121	0	..	1.08	0.71
122 Guatemala	0.531	0.538	0.555	0.621	0.664	0.691	0.696	0.704	123	1	1.05	1.40	0.85
123 Egypt	0.496	0.552	0.580	0.631	0.665	0.696	0.700	0.703	122	-1	1.30	1.13	0.81
124 Nicaragua	0.565	0.569	0.573	0.597	0.667	0.691	0.696	0.699	124	0	0.79	1.17	0.67
125 Botswana	0.539	0.579	0.682	0.665	0.632	0.673	0.683	0.694	126	1	0.94	0.10	1.34
126 Vanuatu	0.663	0.681	0.688	0.693	125	-1	0.62
127 Tajikistan	0.707	0.636	0.641	0.677	0.683	0.688	127	0	..	-0.16	1.03
128 Namibia	0.657	0.675	0.661	0.672	0.678	0.686	129	1	..	0.26	0.53
129 South Africa	0.658	0.680	0.698	..	0.688	0.678	0.680	0.683	128	-1	0.14	-0.13	-0.10
130 Morocco	0.473	0.499	0.518	0.562	0.583	0.640	0.648	0.654	130	0	1.20	1.37	1.63
131 Sao Tome and Principe	0.639	0.645	0.651	131	0
132 Bhutan	0.602	0.608	0.619	133	1
133 Lao People's Democratic Republic	0.518	0.566	0.607	0.613	0.619	132	-1	1.26
134 India	0.427	0.453	0.489	0.511	0.556	0.596	0.604	0.612	134	0	1.33	1.32	1.36
135 Solomon Islands	0.599	0.604	0.610	135	0
136 Congo	0.597	0.575	0.536	0.600	0.603	0.601	136	0	..	0.04	1.65
137 Cambodia	0.515	0.575	0.584	0.593	137	0	2.01
138 Myanmar	..	0.492	0.487	0.506	..	0.583	0.584	0.586	138	0	0.79 ^a	1.08	..
139 Comoros	0.447	0.461	0.489	0.513	0.540	0.570	0.573	0.576	139	0	0.94	0.96	0.92
140 Yemen	0.486	0.522	0.562	0.568	0.575	141	1	1.36
141 Pakistan	0.402	0.423	0.449	0.469	..	0.555	0.568	0.572	142	1	1.30	1.42	..
142 Swaziland	0.535	0.587	0.619	0.626	0.598	0.567	0.569	0.572	140	-2	0.24	-0.47	-0.63
143 Angola	0.541	0.552	0.564	143	0
144 Nepal	0.309	0.342	0.407	0.436	0.500	0.537	0.547	0.553	144	0	2.16	1.81	1.46
145 Madagascar	0.501	0.532	0.537	0.543	145	0	1.14
146 Bangladesh	0.328	0.351	0.389	0.415	0.493	0.527	0.535	0.543	148	2	1.86	1.96	1.39
147 Kenya	0.522	0.530	0.535	0.541	147	0	0.51
148 Papua New Guinea	0.418	0.427	0.432	0.461	..	0.532	0.536	0.541	146	-2	0.95	1.32	..
149 Haiti	0.433	0.442	0.462	0.483	0.526	0.532	149	0	0.77	0.83	..
150 Sudan	0.491	0.515	0.526	0.531	150	0	1.12
151 Tanzania (United Republic of)	0.436	0.425	0.458	0.510	0.519	0.530	151	0	..	1.15	2.09
152 Ghana	0.495	0.512	0.518	0.526	154	2	0.88
153 Cameroon	0.460	0.498	0.485	0.457	0.513	0.520	0.519	0.523	152	-1	0.48	0.44	0.26
154 Mauritania	0.495	0.511	0.519	0.520	153	-1	0.71
155 Djibouti	0.513	0.517	0.520	155	0
156 Lesotho	0.533	0.508	0.511	0.514	156	0	-0.52
157 Uganda	0.392	0.389	0.460	0.494	0.505	0.514	158	1	..	1.59	1.57
158 Nigeria	0.438	0.450	0.466	0.499	0.506	0.511	157	-1	..	0.91	1.31
LOW HUMAN DEVELOPMENT													
159 Togo	0.404	0.387	0.391	0.404	..	0.495	0.498	0.499	159	0	0.78	1.44	..
160 Malawi	..	0.379	0.390	0.453	0.478	0.476	0.484	0.493	161	1	1.20 ^a	1.38	0.44
161 Benin	0.351	0.364	0.384	0.411	0.447	0.481	0.487	0.492	160	-1	1.25	1.46	1.37
162 Timor-Leste	0.488	0.484	0.489	162	0
163 Côte d'Ivoire	0.463	0.456	0.481	0.480	0.482	0.484	163	0	..	0.26	0.08
164 Zambia	0.495	0.454	0.431	0.466	0.473	0.481	164	0	..	-0.17	1.57
165 Eritrea	0.431	0.466	0.467	0.472	165	0	1.29
166 Senegal	0.390	0.399	0.436	0.460	0.462	0.464	166	0	..	1.02	0.88
167 Rwanda	0.357	0.361	0.325	0.306	0.402	0.449	0.455	0.460	167	0	0.94	2.04	1.90
168 Gambia	0.450	0.453	0.456	168	0
169 Liberia	0.365	0.370	0.325	0.280	0.419	0.427	0.434	0.442	169	0	0.71	1.81	0.77
170 Guinea	0.426	0.433	0.435	170	0
171 Ethiopia	0.308	0.332	0.391	0.402	0.414	171	0	3.13
172 Mozambique	0.280	0.258	0.273	0.310	0.350	0.390	0.397	0.402	172	0	1.34	2.28	1.97
173 Guinea-Bissau	0.256	0.278	0.320	0.349	0.370	0.386	0.391	0.396	174	1	1.62	1.25	0.99
174 Burundi	0.268	0.292	0.327	0.299	0.358	0.375	0.387	0.394	175	1	1.43	1.10	1.38
175 Chad	0.324	0.350	0.394	0.393	0.392	173	-2	1.61
176 Congo (Democratic Republic of the)	0.353	0.370	0.371	0.389	177	1	1.41
177 Burkina Faso	0.248	0.264	0.285	0.297	0.319	0.367	0.384	0.389	176	-1	1.67	1.82	2.85

Human development index trends

HDI rank	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2006	2006–2007	Average annual growth rates (%)				
											Rank	Change in rank	Long term	Medium term	Short term
													1980–2007	1990–2007	2000–2007
178 Mali	0.245	0.239	0.254	0.267	0.316	0.361	0.366	0.371	179	1	1.53	2.23	2.30		
179 Central African Republic	0.335	0.344	0.362	0.347	0.378	0.364	0.367	0.369	178	-1	0.36	0.12	-0.33		
180 Sierra Leone	0.350	0.357	0.365	180	0		
181 Afghanistan	0.347	0.350	0.352	181	0		
182 Niger	0.258	0.330	0.335	0.340	182	0	3.92		

NOTES

The human development index values in this table were calculated using a consistent methodology and data series. They are not strictly comparable with those published in earlier Human Development Reports. See the Reader's guide for more details.

a Average annual growth rate between 1985 and 2007.

SOURCES

Columns 1–8: calculated based on data on life expectancy from UN (2009e); data on adult literacy rates from UNESCO Institute for Statistics (2003) and (2009a); data on combined gross enrolment ratios from UNESCO Institute for Statistics (1999) and (2009b); and data on GDP per capita (2007 PPP US\$) from World Bank (2009d).

Column 9: calculated based on revised HDI values for 2006 in column 7.

Column 10: calculated based on revised HDI ranks for 2006 and new HDI ranks for 2007.

Column 11: calculated based on the HDI values for 1980 and 2007.

Column 12: calculated based on the HDI values for 1990 and 2007.

Column 13: calculated based on the HDI values for 2000 and 2007.

Human development index 2007 and its components

H

HDI rank	Human development index value	Life expectancy at birth (years)	Adult literacy rate (% aged 15 and above)	Combined gross enrolment ratio in education (%)	GDP per capita (PPP US\$)	Life expectancy index	Education index	GDP index	GDP per capita rank minus HDI rank ^b	
	2007	2007	1999–2007 ^a	2007	2007	2007	2007	2007	2007	
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT										
1	Norway	0.971	80.5	.. ^c	98.6 ^d	53,433 ^e	0.925	0.989	1.000	4
2	Australia	0.970	81.4	.. ^c	114.2 ^{df}	34,923	0.940	0.993	0.977	20
3	Iceland	0.969	81.7	.. ^c	96.0 ^d	35,742	0.946	0.980	0.981	16
4	Canada	0.966	80.6	.. ^c	99.3 ^{dg}	35,812	0.927	0.991	0.982	14
5	Ireland	0.965	79.7	.. ^c	97.6 ^d	44,613 ^e	0.911	0.985	1.000	5
6	Netherlands	0.964	79.8	.. ^c	97.5 ^d	38,694	0.914	0.985	0.994	8
7	Sweden	0.963	80.8	.. ^c	94.3 ^d	36,712	0.930	0.974	0.986	9
8	France	0.961	81.0	.. ^c	95.4 ^d	33,674	0.933	0.978	0.971	17
9	Switzerland	0.960	81.7	.. ^c	82.7 ^d	40,658	0.945	0.936	1.000	4
10	Japan	0.960	82.7	.. ^c	86.6 ^d	33,632	0.961	0.949	0.971	16
11	Luxembourg	0.960	79.4	.. ^c	94.4 ^h	79,485 ^e	0.906	0.975	1.000	-9
12	Finland	0.959	79.5	.. ^c	101.4 ^{df}	34,526	0.908	0.993	0.975	11
13	United States	0.956	79.1	.. ^c	92.4 ^d	45,592 ^e	0.902	0.968	1.000	-4
14	Austria	0.955	79.9	.. ^c	90.5 ^d	37,370	0.915	0.962	0.989	1
15	Spain	0.955	80.7	97.9 ⁱ	96.5 ^d	31,560	0.929	0.975	0.960	12
16	Denmark	0.955	78.2	.. ^c	101.3 ^{df}	36,130	0.887	0.993	0.983	1
17	Belgium	0.953	79.5	.. ^c	94.3 ^d	34,935	0.908	0.974	0.977	4
18	Italy	0.951	81.1	98.9 ^j	91.8 ^d	30,353	0.935	0.965	0.954	11
19	Liechtenstein	0.951	.. ^k	.. ^c	86.8 ^{dl}	85,382 ^{em}	0.903	0.949	1.000	-18
20	New Zealand	0.950	80.1	.. ^c	107.5 ^{df}	27,336	0.919	0.993	0.936	12
21	United Kingdom	0.947	79.3	.. ^c	89.2 ^{dg}	35,130	0.906	0.957	0.978	-1
22	Germany	0.947	79.8	.. ^c	88.1 ^{dg}	34,401	0.913	0.954	0.975	2
23	Singapore	0.944	80.2	94.4 ^j	.. ⁿ	49,704 ^e	0.920	0.913	1.000	-16
24	Hong Kong, China (SAR)	0.944	82.2	.. ^o	74.4 ^d	42,306	0.953	0.879	1.000	-13
25	Greece	0.942	79.1	97.1 ^j	101.6 ^{df}	28,517	0.902	0.981	0.944	6
26	Korea (Republic of)	0.937	79.2	.. ^c	98.5 ^d	24,801	0.904	0.988	0.920	9
27	Israel	0.935	80.7	97.1 ^j	89.9 ^d	26,315	0.928	0.947	0.930	7
28	Andorra	0.934	.. ^k	.. ^c	65.1 ^{dl}	41,235 ^{ep}	0.925	0.877	1.000	-16
29	Slovenia	0.929	78.2	99.7 ^{cj}	92.8 ^d	26,753	0.886	0.969	0.933	4
30	Brunei Darussalam	0.920	77.0	94.9 ^j	77.7	50,200 ^e	0.867	0.891	1.000	-24
31	Kuwait	0.916	77.5	94.5 ^j	72.6 ^d	47,812 ^{de}	0.875	0.872	1.000	-23
32	Cyprus	0.914	79.6	97.7 ^j	77.6 ^{dl}	24,789	0.910	0.910	0.920	4
33	Qatar	0.910	75.5	93.1 ⁱ	80.4	74,882 ^{de}	0.841	0.888	1.000	-30
34	Portugal	0.909	78.6	94.9 ^j	88.8 ^d	22,765	0.893	0.929	0.906	8
35	United Arab Emirates	0.903	77.3	90.0 ^j	71.4	54,626 ^{deq}	0.872	0.838	1.000	-31
36	Czech Republic	0.903	76.4	.. ^c	83.4 ^d	24,144	0.856	0.938	0.916	1
37	Barbados	0.903	77.0	.. ^{co}	92.9	17,956 ^{dq}	0.867	0.975	0.866	11
38	Malta	0.902	79.6	92.4 ^r	81.3 ^d	23,080	0.910	0.887	0.908	1
HIGH HUMAN DEVELOPMENT										
39	Bahrain	0.895	75.6	88.8 ^j	90.4 ^{dg}	29,723 ^d	0.843	0.893	0.950	-9
40	Estonia	0.883	72.9	99.8 ^{cj}	91.2 ^d	20,361	0.799	0.964	0.887	3
41	Poland	0.880	75.5	99.3 ^{cj}	87.7 ^d	15,987	0.842	0.952	0.847	12
42	Slovakia	0.880	74.6	.. ^c	80.5 ^d	20,076	0.827	0.928	0.885	3
43	Hungary	0.879	73.3	98.9 ^j	90.2 ^d	18,755	0.805	0.960	0.874	3
44	Chile	0.878	78.5	96.5 ^j	82.5 ^d	13,880	0.891	0.919	0.823	15
45	Croatia	0.871	76.0	98.7 ^j	77.2 ^d	16,027	0.850	0.916	0.847	7
46	Lithuania	0.870	71.8	99.7 ^{cj}	92.3 ^d	17,575	0.780	0.968	0.863	3
47	Antigua and Barbuda	0.868	.. ^k	99.0 ^r	.. ⁿ	18,691 ^q	0.786	0.945	0.873	0
48	Latvia	0.866	72.3	99.8 ^{cj}	90.2 ^d	16,377	0.788	0.961	0.851	3
49	Argentina	0.866	75.2	97.6 ^j	88.6 ^d	13,238	0.836	0.946	0.815	13
50	Uruguay	0.865	76.1	97.9 ^j	90.9 ^d	11,216	0.852	0.955	0.788	20
51	Cuba	0.863	78.5	99.8 ^{cj}	100.8	6,876 ^{ds}	0.891	0.993	0.706	44
52	Bahamas	0.856	73.2	.. ^o	71.8 ^{dg}	20,253 ^{ds}	0.804	0.878	0.886	-8
53	Mexico	0.854	76.0	92.8 ⁱ	80.2 ^d	14,104	0.850	0.886	0.826	5
54	Costa Rica	0.854	78.7	95.9 ^j	73.0 ^{dg}	10,842 ^q	0.896	0.883	0.782	19
55	Libyan Arab Jamahiriya	0.847	73.8	86.8 ^j	95.8 ^{dg}	14,364 ^q	0.814	0.898	0.829	2
56	Oman	0.846	75.5	84.4 ^j	68.2	22,816 ^d	0.841	0.790	0.906	-15
57	Seychelles	0.845	.. ^k	91.8 ^r	82.2 ^{dl}	16,394 ^q	0.797	0.886	0.851	-7
58	Venezuela (Bolivarian Republic of)	0.844	73.6	95.2 ^j	85.9 ^j	12,156	0.811	0.921	0.801	7
59	Saudi Arabia	0.843	72.7	85.0 ^j	78.5 ^{dl}	22,935	0.794	0.828	0.907	-19

Human development index 2007 and its components

HDI rank	Human development index value	Life expectancy at birth (years)	Adult literacy rate (% aged 15 and above)	Combined gross enrolment ratio in education (%)	GDP per capita (PPP US\$)	Life expectancy index	Education index	GDP index	GDP per capita rank minus HDI rank ^b	
	2007	2007	1999–2007 ^a	2007	2007	2007	2007	2007	2007	
60	Panama	0.840	75.5	93.4 ^j	79.7 ^d	11,391 ^q	0.842	0.888	0.790	7
61	Bulgaria	0.840	73.1	98.3 ^j	82.4 ^d	11,222	0.802	0.930	0.788	8
62	Saint Kitts and Nevis	0.838	.. ^k	97.8 ^t	73.1 ^{d,g}	14,481 ^q	0.787	0.896	0.830	-6
63	Romania	0.837	72.5	97.6 ^j	79.2 ^d	12,369	0.792	0.915	0.804	1
64	Trinidad and Tobago	0.837	69.2	98.7 ^j	61.1 ^{d,g}	23,507 ^q	0.737	0.861	0.911	-26
65	Montenegro	0.834	74.0	96.4 ^{ru}	74.5 ^{d,u,v}	11,699	0.817	0.891	0.795	1
66	Malaysia	0.829	74.1	91.9 ^j	71.5 ^d	13,518	0.819	0.851	0.819	-5
67	Serbia	0.826	73.9	96.4 ^{ru}	74.5 ^{d,u,v}	10,248 ^w	0.816	0.891	0.773	8
68	Belarus	0.826	69.0	99.7 ^{cj}	90.4	90.4	0.733	0.961	0.782	6
69	Saint Lucia	0.821	73.6	94.8 ^x	77.2	9,786 ^q	0.810	0.889	0.765	8
70	Albania	0.818	76.5	99.0 ^{cj}	67.8 ^d	7,041	0.858	0.886	0.710	23
71	Russian Federation	0.817	66.2	99.5 ^{cj}	81.9 ^d	14,690	0.686	0.933	0.833	-16
72	Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	0.817	74.1	97.0 ^j	70.1 ^d	9,096	0.819	0.880	0.753	8
73	Dominica	0.814	.. ^k	88.0 ^x	78.5 ^{d,g}	7,893 ^q	0.865	0.848	0.729	10
74	Grenada	0.813	75.3	96.0 ^x	73.1 ^{d,g}	7,344 ^q	0.838	0.884	0.717	18
75	Brazil	0.813	72.2	90.0 ⁱ	87.2 ^d	9,567	0.787	0.891	0.761	4
76	Bosnia and Herzegovina	0.812	75.1	96.7 ^y	69.0 ^{d,z}	7,764	0.834	0.874	0.726	11
77	Colombia	0.807	72.7	92.7 ⁱ	79.0	8,587	0.795	0.881	0.743	4
78	Peru	0.806	73.0	89.6 ⁱ	88.1 ^{d,g}	7,836	0.800	0.891	0.728	7
79	Turkey	0.806	71.7	88.7 ⁱ	71.1 ^{d,g}	12,955	0.779	0.828	0.812	-16
80	Ecuador	0.806	75.0	91.0 ^r	.. ⁿ	7,449	0.833	0.866	0.719	11
81	Mauritius	0.804	72.1	87.4 ⁱ	76.9 ^{d,g}	11,296	0.785	0.839	0.789	-13
82	Kazakhstan	0.804	64.9	99.6 ^{cj}	91.4	10,863	0.666	0.965	0.782	-10
83	Lebanon	0.803	71.9	89.6 ⁱ	78.0	10,109	0.781	0.857	0.770	-7
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT										
84	Armenia	0.798	73.6	99.5 ^{cj}	74.6	5,693	0.810	0.909	0.675	16
85	Ukraine	0.796	68.2	99.7 ^{cj}	90.0	6,914	0.720	0.960	0.707	9
86	Azerbaijan	0.787	70.0	99.5 ^{cj}	66.2 ^{d,aa}	7,851	0.751	0.881	0.728	-2
87	Thailand	0.783	68.7	94.1 ⁱ	78.0 ^{d,g}	8,135	0.728	0.888	0.734	-5
88	Iran (Islamic Republic of)	0.782	71.2	82.3 ⁱ	73.2 ^{d,g}	10,955	0.769	0.793	0.784	-17
89	Georgia	0.778	71.6	100.0 ^{c,ab}	76.7	4,662	0.777	0.916	0.641	21
90	Dominican Republic	0.777	72.4	89.1 ^j	73.5 ^{d,g}	6,706 ^q	0.790	0.839	0.702	7
91	Saint Vincent and the Grenadines	0.772	71.4	88.1 ^x	68.9 ^d	7,691 ^q	0.774	0.817	0.725	-2
92	China	0.772	72.9	93.3 ^j	68.7 ^d	5,383	0.799	0.851	0.665	10
93	Belize	0.772	76.0	75.1 ^x	78.3 ^{d,g}	6,734 ^q	0.851	0.762	0.703	3
94	Samoa	0.771	71.4	98.7 ^j	74.1 ^{d,g}	4,467 ^q	0.773	0.905	0.634	19
95	Maldives	0.771	71.1	97.0 ^j	71.3 ^{d,g}	5,196	0.768	0.885	0.659	9
96	Jordan	0.770	72.4	91.1 ⁱ	78.7 ^d	4,901	0.790	0.870	0.650	11
97	Suriname	0.769	68.8	90.4 ^j	74.3 ^{d,g}	7,813 ^q	0.729	0.850	0.727	-11
98	Tunisia	0.769	73.8	77.7 ^j	76.2 ^d	7,520	0.813	0.772	0.721	-8
99	Tonga	0.768	71.7	99.2 ^{cj}	78.0 ^{d,g}	3,748 ^q	0.778	0.920	0.605	21
100	Jamaica	0.766	71.7	86.0 ^j	78.1 ^{d,g}	6,079 ^q	0.778	0.834	0.686	-2
101	Paraguay	0.761	71.7	94.6 ⁱ	72.1 ^{d,g}	4,433	0.778	0.871	0.633	13
102	Sri Lanka	0.759	74.0	90.8 ⁱ	68.7 ^{d,g}	4,243	0.816	0.834	0.626	14
103	Gabon	0.755	60.1	86.2 ^j	80.7 ^{d,g}	15,167	0.584	0.843	0.838	-49
104	Algeria	0.754	72.2	75.4 ^j	73.6 ^{d,g}	7,740 ^q	0.787	0.748	0.726	-16
105	Philippines	0.751	71.6	93.4 ^j	79.6 ^d	3,406	0.777	0.888	0.589	19
106	El Salvador	0.747	71.3	82.0 ^r	74.0	5,804 ^q	0.771	0.794	0.678	-7
107	Syrian Arab Republic	0.742	74.1	83.1 ^j	65.7 ^{d,g}	4,511	0.818	0.773	0.636	5
108	Fiji	0.741	68.7	.. ^o	71.5 ^{d,g}	4,304	0.728	0.868	0.628	7
109	Turkmenistan	0.739	64.6	99.5 ^{cj}	.. ⁿ	4,953 ^{d,a}	0.661	0.906	0.651	-3
110	Occupied Palestinian Territories	0.737	73.3	93.8 ⁱ	78.3	.. ^{d,ac}	0.806	0.886	0.519	
111	Indonesia	0.734	70.5	92.0 ⁱ	68.2 ^d	3,712	0.758	0.840	0.603	10
112	Honduras	0.732	72.0	83.6 ⁱ	74.8 ^{d,g}	3,796 ^q	0.783	0.806	0.607	7
113	Bolivia	0.729	65.4	90.7 ⁱ	86.0 ^{d,g}	4,206	0.673	0.892	0.624	4
114	Guyana	0.729	66.5	.. ^o	83.9	2,782 ^q	0.691	0.939	0.555	13
115	Mongolia	0.727	66.2	97.3 ^j	79.2	3,236	0.687	0.913	0.580	10
116	Viet Nam	0.725	74.3	90.3 ^r	62.3 ^{d,g}	2,600	0.821	0.810	0.544	13
117	Moldova	0.720	68.3	99.2 ^{cj}	71.6	2,551	0.722	0.899	0.541	14
118	Equatorial Guinea	0.719	49.9	87.0 ^y	62.0 ^{d,g}	30,627	0.415	0.787	0.955	-90

HDI rank	Human development index value	Life expectancy at birth (years)	Adult literacy rate (% aged 15 and above)	Combined gross enrolment ratio in education (%)	GDP per capita (PPP US\$)	Life expectancy index	Education index	GDP index	GDP per capita rank minus HDI rank ^b	
	2007	2007	1999–2007 ^a	2007	2007	2007	2007	2007	2007	
119	Uzbekistan	0.710	67.6	96.9 ^y	72.7	2,425 ^q	0.711	0.888	0.532	14
120	Kyrgyzstan	0.710	67.6	99.3 ^{cj}	77.3	2,006	0.710	0.918	0.500	20
121	Cape Verde	0.708	71.1	83.8 ^j	68.1	3,041	0.769	0.786	0.570	5
122	Guatemala	0.704	70.1	73.2 ⁱ	70.5	4,562	0.752	0.723	0.638	-11
123	Egypt	0.703	69.9	66.4 ^r	76.4 ^{dg}	5,349	0.749	0.697	0.664	-20
124	Nicaragua	0.699	72.7	78.0 ^r	72.1 ^{dg}	2,570 ^q	0.795	0.760	0.542	6
125	Botswana	0.694	53.4	82.9 ^j	70.6 ^{dg}	13,604	0.473	0.788	0.820	-65
126	Vanuatu	0.693	69.9	78.1 ^j	62.3 ^{dg}	3,666 ^q	0.748	0.728	0.601	-4
127	Tajikistan	0.688	66.4	99.6 ^{cj}	70.9	1,753	0.691	0.896	0.478	17
128	Namibia	0.686	60.4	88.0 ^j	67.2 ^d	5,155	0.590	0.811	0.658	-23
129	South Africa	0.683	51.5	88.0 ^j	76.8 ^d	9,757	0.442	0.843	0.765	-51
130	Morocco	0.654	71.0	55.6 ^j	61.0	4,108	0.767	0.574	0.620	-12
131	Sao Tome and Principe	0.651	65.4	87.9 ^j	68.1	1,638	0.673	0.813	0.467	17
132	Bhutan	0.619	65.7	52.8 ^r	54.1 ^{dg}	4,837	0.678	0.533	0.647	-24
133	Lao People's Democratic Republic	0.619	64.6	72.7 ^r	59.6 ^d	2,165	0.659	0.683	0.513	2
134	India	0.612	63.4	66.0 ^j	61.0 ^d	2,753	0.639	0.643	0.553	-6
135	Solomon Islands	0.610	65.8	76.6 ⁱ	49.7 ^d	1,725 ^q	0.680	0.676	0.475	10
136	Congo	0.601	53.5	81.1 ^j	58.6 ^{dg}	3,511	0.474	0.736	0.594	-13
137	Cambodia	0.593	60.6	76.3 ^j	58.5	1,802	0.593	0.704	0.483	6
138	Myanmar	0.586	61.2	89.9 ^y	56.3 ^{dg,aa}	904 ^{dq}	0.603	0.787	0.368	29
139	Comoros	0.576	64.9	75.1 ^j	46.4 ^{dg}	1,143	0.666	0.655	0.407	20
140	Yemen	0.575	62.5	58.9 ^j	54.4 ^d	2,335	0.624	0.574	0.526	-6
141	Pakistan	0.572	66.2	54.2 ⁱ	39.3 ^d	2,496	0.687	0.492	0.537	-9
142	Swaziland	0.572	45.3	79.6 ^y	60.1 ^d	4,789	0.339	0.731	0.646	-33
143	Angola	0.564	46.5	67.4 ^y	65.3 ^d	5,385	0.359	0.667	0.665	-42
144	Nepal	0.553	66.3	56.5 ^j	60.8 ^{dg}	1,049	0.688	0.579	0.392	21
145	Madagascar	0.543	59.9	70.7 ^y	61.3	932	0.582	0.676	0.373	21
146	Bangladesh	0.543	65.7	53.5 ^j	52.1 ^d	1,241	0.678	0.530	0.420	9
147	Kenya	0.541	53.6	73.6 ^y	59.6 ^{dg}	1,542	0.477	0.690	0.457	2
148	Papua New Guinea	0.541	60.7	57.8 ^j	40.7 ^{dv}	2,084 ^q	0.594	0.521	0.507	-10
149	Haiti	0.532	61.0	62.1 ^j	.. ⁿ	1,155 ^q	0.600	0.588	0.408	9
150	Sudan	0.531	57.9	60.9 ^{y,ad}	39.9 ^{dg}	2,086	0.548	0.539	0.507	-13
151	Tanzania (United Republic of)	0.530	55.0	72.3 ^j	57.3	1,208	0.500	0.673	0.416	6
152	Ghana	0.526	56.5	65.0 ^j	56.5	1,334	0.525	0.622	0.432	1
153	Cameroon	0.523	50.9	67.9 ^j	52.3	2,128	0.431	0.627	0.510	-17
154	Mauritania	0.520	56.6	55.8 ^j	50.6 ^{dj}	1,927	0.526	0.541	0.494	-12
155	Djibouti	0.520	55.1	.. ^o	25.5 ^d	2,061	0.501	0.554	0.505	-16
156	Lesotho	0.514	44.9	82.2 ⁱ	61.5 ^{dg}	1,541	0.332	0.753	0.457	-6
157	Uganda	0.514	51.9	73.6 ^j	62.3 ^{dg}	1,059	0.449	0.698	0.394	6
158	Nigeria	0.511	47.7	72.0 ^j	53.0 ^{dg}	1,969	0.378	0.657	0.497	-17
LOW HUMAN DEVELOPMENT										
159	Togo	0.499	62.2	53.2 ^y	53.9	788	0.620	0.534	0.345	11
160	Malawi	0.493	52.4	71.8 ^j	61.9 ^{dg}	761	0.456	0.685	0.339	12
161	Benin	0.492	61.0	40.5 ^j	52.4 ^{dg}	1,312	0.601	0.445	0.430	-7
162	Timor-Leste	0.489	60.7	50.1 ^{ab}	63.2 ^{dg}	717 ^q	0.595	0.545	0.329	11
163	Côte d'Ivoire	0.484	56.8	48.7 ^y	37.5 ^{dg}	1,690	0.531	0.450	0.472	-17
164	Zambia	0.481	44.5	70.6 ^j	63.3 ^{dg}	1,358	0.326	0.682	0.435	-12
165	Eritrea	0.472	59.2	64.2 ^j	33.3 ^{dg}	626 ^q	0.570	0.539	0.306	12
166	Senegal	0.464	55.4	41.9 ^j	41.2 ^{dg}	1,666	0.506	0.417	0.469	-19
167	Rwanda	0.460	49.7	64.9 ^y	52.2 ^{dg}	866	0.412	0.607	0.360	1
168	Gambia	0.456	55.7	.. ^o	46.8 ^{dg}	1,225	0.511	0.439	0.418	-12
169	Liberia	0.442	57.9	55.5 ^j	57.6 ^d	362	0.548	0.562	0.215	10
170	Guinea	0.435	57.3	29.5 ^y	49.3 ^d	1,140	0.538	0.361	0.406	-10
171	Ethiopia	0.414	54.7	35.9 ^j	49.0	779	0.496	0.403	0.343	0
172	Mozambique	0.402	47.8	44.4 ^j	54.8 ^{dg}	802	0.380	0.478	0.348	-3
173	Guinea-Bissau	0.396	47.5	64.6 ^j	36.6 ^{dg}	477	0.375	0.552	0.261	5
174	Burundi	0.394	50.1	59.3 ^y	49.0	341	0.418	0.559	0.205	6
175	Chad	0.392	48.6	31.8 ^j	36.5 ^{dg}	1,477	0.393	0.334	0.449	-24
176	Congo (Democratic Republic of the)	0.389	47.6	67.2 ^y	48.2	298	0.377	0.608	0.182	5
177	Burkina Faso	0.389	52.7	28.7 ^j	32.8	1,124	0.462	0.301	0.404	-16

Human development index 2007 and its components

HDI rank	Human development index value	Life expectancy at birth (years)	Adult literacy rate (% aged 15 and above)	Combined gross enrolment ratio in education (%)	GDP per capita (PPP US\$)	Life expectancy index	Education index	GDP index	GDP per capita rank minus HDI rank ^b	
	2007	2007	1999–2007 ^a	2007	2007	2007	2007	2007	2007	
178	Mali	0.371	48.1	26.2 ⁱ	46.9	1,083	0.385	0.331	0.398	-16
179	Central African Republic	0.369	46.7	48.6 ^y	28.6 ^{d,g}	713	0.361	0.419	0.328	-5
180	Sierra Leone	0.365	47.3	38.1 ^j	44.6 ^d	679	0.371	0.403	0.320	-5
181	Afghanistan	0.352	43.6	28.0 ^y	50.1 ^{d,g}	1,054 ^{d,ag}	0.310	0.354	0.393	-17
182	Niger	0.340	50.8	28.7 ⁱ	27.2	627	0.431	0.282	0.307	-6
OTHER UN MEMBER STATES										
..	Iraq	..	67.8	74.1 ^y	60.5 ^{d,g}	..	0.714	0.695
..	Kiribati ^k	..	75.8 ^{d,g}	1,295 ^q	0.699	..	0.427	..
..	Korea (Democratic People's Rep. of)	..	67.1	0.702
..	Marshall Islands ^k	..	71.1 ^{d,g}	..	0.758
..	Micronesia (Federated States of)	..	68.4	2,802 ^q	0.724	..	0.556	..
..	Monaco ^k	.. ^c	0.948
..	Nauru ^k	..	55.0 ^{d,g}	..	0.906
..	Palau ^k	91.9 ^{d,r}	96.9 ^{d,g}	..	0.758	0.936
..	San Marino ^k	.. ^c	0.940
..	Somalia	..	49.7	0.412
..	Tuvalu ^k	..	69.2 ^{d,g}	..	0.683
..	Zimbabwe	..	43.4	91.2 ^j	54.4 ^{d,g}	..	0.306	0.789
0.719	Arab States	68.5	71.2	66.2	8,202	0.726	0.695	0.736	..	
0.821	Central and Eastern Europe and the CIS	69.7	97.6	79.5	12,185	0.745	0.916	0.802	..	
0.770	East Asia and the Pacific	72.2	92.7	69.3	5,733	0.786	0.849	0.676	..	
0.821	Latin America and the Caribbean	73.4	91.2	83.4	10,077	0.806	0.886	0.770	..	
0.612	South Asia	64.1	64.2	58.0	2,905	0.651	0.621	0.562	..	
0.514	Sub-Saharan Africa	51.5	62.9	53.5	2,031	0.441	0.597	0.503	..	
0.932	OECD	79.0	..	89.1	32,647	0.900	..	0.966	..	
0.937	European Union (EU27)	79.0	..	91.0	29,956	0.899	..	0.952	..	
0.868	GCC	74.0	86.8	77.0	30,415	0.816	0.835	0.954	..	
0.955	Very high human development	80.1	..	92.5	37,272	0.918	..	0.988	..	
..	Very high HD: OECD	80.1	..	92.9	37,122	0.919	..	0.988	..	
..	Very high HD: non-OECD	79.7	41,887	0.912	..	1.000	..	
0.833	High human development	72.4	94.1	82.4	12,569	0.790	0.902	0.807	..	
0.686	Medium human development	66.9	80.0	63.3	3,963	0.698	0.744	0.614	..	
0.423	Low human development	51.0	47.7	47.6	862	0.434	0.477	0.359	..	
0.753	World	67.5 ^{af}	83.9 ^{af}	67.5	9,972	0.708	0.784	0.768	..	

NOTES

- a** Data refer to national literacy estimates from censuses or surveys conducted between 1999 and 2007, unless otherwise specified. Due to differences in methodology and timeliness of underlying data, comparisons across countries and over time should be made with caution. For more details, see <http://www.uis.unesco.org/>.
- b** A positive figure indicates that the HDI rank is higher than the GDP per capita (PPP US\$) rank; a negative figure, the opposite.
- c** For the purposes of calculating the HDI, a value of 99.0% was applied.
- d** Data refer to a year other than that specified.
- e** For the purposes of calculating the HDI, a value of 40,000 (PPP US\$) was applied.
- f** For the purposes of calculating the HDI, a value of 100% was applied.
- g** UNESCO Institute for Statistics estimate.
- h** Stated (2008). Data refer to nationals enrolled both in the country and abroad and thus differ from the standard definition.
- i** Data are from a national household survey.
- j** UNESCO Institute for Statistics estimates based on its Global Age-specific Literacy Projections model, April 2009.
- k** For the purposes of calculating the HDI unpublished estimates from UN (2009e) were used: Andorra 80.5, Antigua and Barbuda 72.2, Dominica 76.9, Liechtenstein 79.2, Saint Kitts and Nevis 72.2 and the Seychelles 72.8.
- l** National estimate.
- m** HDRO estimate based on GDP from UN (2009c) and the PPP exchange rate for Switzerland from World Bank (2009d).
- n** Because the combined gross enrolment ratio was unavailable, the following HDRO estimates were used: Antigua and Barbuda 85.6, Ecuador 77.8, Haiti 52.1, Singapore 85.0 and Turkmenistan 73.9.
- o** In the absence of recent data, estimates for 2005 from UNESCO Institute for Statistics (2003), based on outdated census or survey information, were used and should be interpreted with caution: the Bahamas 95.8, Barbados 99.7, Djibouti 70.3, Fiji 94.4, the Gambia 42.5, Guyana 99.0 and Hong Kong, China (SAR) 94.6.
- p** HDRO estimate based on GDP from UN (2009c).
- q** World Bank estimate based on regression.
- r** Data are from a national census of population.
- s** Heston, Summers and Aten (2006). Data differ from the standard definition.
- t** Data are from the Secretariat of the Organization of Eastern Caribbean States, based on national sources.
- u** Data refer to Serbia and Montenegro prior to its separation into two independent states in June 2006. Data exclude Kosovo.
- v** UNESCO Institute for Statistics (2007).
- w** Data exclude Kosovo.
- x** Data are from the Secretariat of the Caribbean Community, based on national sources.
- y** Data are from UNICEF's Multiple Indicator Cluster Survey.
- z** UNDP (2007d).
- aa** UNESCO Institute for Statistics (2008a).
- ab** UNICEF (2004).
- ac** In the absence of an estimate of GDP per capita (PPP US\$), an HDRO estimate of 2,243 (PPP US\$) was used, derived from the value of GDP for 2005 in US\$ and the weighted average ratio of PPP US\$ to US\$ in the Arab States. The value is expressed in 2007 prices.
- ad** Data refer to North Sudan only.
- ae** UNDP (2006b).
- af** Data are aggregates provided by original data source.
- ag** Calculated on the basis of GDP in PPP US\$ for 2006 from World Bank (2009d) and total population for the same year from UN (2009e).

SOURCES

- Column 1:** calculated based on data in columns 6–8.
- Column 2:** UN (2009e).
- Column 3:** UNESCO Institute for Statistics (2009a).
- Column 4:** UNESCO Institute for Statistics (2009b).
- Column 5:** World Bank (2009d).
- Column 6:** calculated based on data in column 2.
- Column 7:** calculated based on data in columns 3 and 4.
- Column 8:** calculated based on data in column 5.
- Column 9:** calculated based on data in columns 1 and 5.

Human and income poverty

1

HDI rank	Human poverty index (HPI-1)		Probability of not surviving to age 40 ^{a,t}	Adult illiteracy rate ^{b,t}	Population not using an improved water source ^t	Children under weight for age	Population below income poverty line (%)			HPI-1 rank minus income poverty rank ^d	
	Rank	Value (%)	(% of cohort) 2005–2010	(% aged 15 and above) 1999–2007	(%) 2006	(% aged under 5) 2000–2006 ^c	\$1.25 a day 2000–2007 ^c	\$2 a day 2000–2007 ^c	National poverty line 2000–2006 ^c		
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT											
23	Singapore	14	3.9	1.6	5.6 ⁱ	0 ^f	3
24	Hong Kong, China (SAR)	1.4	.. ^k
26	Korea (Republic of)	1.9	.. ^e	8 ^j	..	<2 ^{fg}	<2 ^{fg}
27	Israel	1.9	2.9 ⁱ	0
29	Slovenia	1.9	0.3 ^{ej}	<2	<2
30	Brunei Darussalam	2.6	5.1 ⁱ
31	Kuwait	2.5	5.5 ^h	..	10 ^g
32	Cyprus	2.1	2.3 ⁱ	0
33	Qatar	19	5.0	3.0	6.9 ^h	0	6 ^g
35	United Arab Emirates	35	7.7	2.3	10.0 ^h	0	14 ^g
36	Czech Republic	1	1.5	2.0	.. ^e	0	1 ^g	<2 ^g	<2 ^g	..	0
37	Barbados	4	2.6	3.0	.. ^{ek}	0	6 ^{g,m}
38	Malta	1.9	7.6 ⁿ	0
HIGH HUMAN DEVELOPMENT											
39	Bahrain	39	8.0	2.9	11.2 ⁱ	0 ^f	9 ^g
40	Estonia	5.2	0.2 ^{ej}	0	..	<2	<2	8.9 ^g	..
41	Poland	2.9	0.7 ^{ej}	0 ^f	..	<2	<2	14.8	..
42	Slovakia	2.7	.. ^e	0	..	<2 ^g	<2 ^g
43	Hungary	3	2.2	3.1	1.1 ⁱ	0	2 ^{g,m}	<2	<2	17.3 ^g	2
44	Chile	10	3.2	3.1	3.5 ⁱ	5	1	<2	2.4	17.0 ^g	6
45	Croatia	2	1.9	2.6	1.3 ⁱ	1	1 ^g	<2	<2	..	1
46	Lithuania	5.7	0.3 ^{ej}	<2	<2
47	Antigua and Barbuda	1.1 ⁿ	9 ^j	10 ^{g,m}
48	Latvia	4.8	0.2 ^{ej}	1	..	<2	<2	5.9	..
49	Argentina	13	3.7	4.4	2.4 ⁱ	4	4	4.5 ^f	11.3 ^f	..	-18
50	Uruguay	6	3.0	3.8	2.1 ^h	0	5	<2 ^f	4.2 ^f	..	4
51	Cuba	17	4.6	2.6	0.2 ^{ej}	9	4
52	Bahamas	7.3	.. ^k	3 ^j
53	Mexico	23	5.9	5.0	7.2 ^h	5	5	<2	4.8	17.6	16
54	Costa Rica	11	3.7	3.3	4.1 ⁱ	2	5 ^g	2.4	8.6	23.9	-13
55	Libyan Arab Jamahiriya	60	13.4	4.0	13.2 ⁱ	29 ^j	5 ^g
56	Oman	64	14.7	3.0	15.6 ⁱ	18 ^j	18 ^g
57	Seychelles	8.2 ⁿ	13 ^j	6 ^{g,m}
58	Venezuela (Bolivarian Republic of)	28	6.6	6.7	4.8 ^h	10 ^j	5	3.5	10.2	..	-5
59	Saudi Arabia	53	12.1	4.7	15.0 ⁱ	10 ^j	14 ^g
60	Panama	30	6.7	5.9	6.6 ⁱ	8	7 ^g	9.5	17.8	37.3 ^g	-15
61	Bulgaria	3.8	1.7 ⁱ	1	..	<2	2.4	12.8	..
62	Saint Kitts and Nevis	2.2 ^o	1
63	Romania	20	5.6	4.3	2.4 ⁱ	12	3	<2	3.4	28.9	13
64	Trinidad and Tobago	27	6.4	8.4	1.3 ⁱ	6	6	4.2 ^g	13.5 ^g	21.0 ^g	-7
65	Montenegro	8	3.1	3.0	3.6 ^{n,p}	2	3
66	Malaysia	25	6.1	3.7	8.1 ⁱ	1	8	<2	7.8	..	17
67	Serbia	7	3.1	3.3	3.6 ^{n,p}	1	2
68	Belarus	16	4.3	6.2	0.3 ^{ej}	0	1	<2	<2	18.5	11
69	Saint Lucia	26	6.3	4.6	5.2 ^q	2	14 ^{g,m}	20.9 ^g	40.6 ^g	..	-35
70	Albania	15	4.0	3.6	1.0 ^{ej}	3	8	<2	7.8	25.4	10
71	Russian Federation	32	7.4	10.6	0.5 ^{ej}	3	3 ^g	<2	<2	19.6	24
72	Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	9	3.2	3.4	3.0 ⁱ	0	6 ^g	<2	3.2	21.7	5
73	Dominica	12.0 ^q	3 ^j	5 ^{g,m}
74	Grenada	3.2	4.0 ^q	6 ^j
75	Brazil	43	8.6	8.2	10.0 ^h	9	6 ^g	5.2	12.7	21.5	1
76	Bosnia and Herzegovina	5	2.8	3.0	3.3 ^r	1	2	<2	<2	19.5	3
77	Colombia	34	7.6	8.3	7.3 ^h	7	7	16.0	27.9	64.0 ^g	-21
78	Peru	47	10.2	7.4	10.4 ^h	16	8	7.9	18.5	53.1	0
79	Turkey	40	8.3	5.7	11.3 ^h	3	4	2.7	9.0	27.0	6
80	Ecuador	38	7.9	7.3	9.0 ⁿ	5	9	4.7	12.8	46.0 ^g	0
81	Mauritius	45	9.5	5.8	12.6 ⁱ	0	15 ^g
82	Kazakhstan	37	7.9	11.2	0.4 ^{ej}	4	4	3.1	17.2	15.4	3
83	Lebanon	33	7.6	5.5	10.4 ^h	0	4

TABLE

HDI rank	Human poverty index (HPI-1)		Probability of not surviving to age 40 ^{a,t}	Adult illiteracy rate ^{b,t}	Population not using an improved water source ^t	Children under weight for age	Population below income poverty line (%)			HPI-1 rank minus income poverty rank ^d	
	Rank	Value (%)	(% of cohort 2005–2010)	(% aged 15 and above) 1999–2007	(% aged 15 and above) 1999–2007	(% aged under 5) 2000–2006 ^c	\$1.25 a day 2000–2007 ^c	\$2 a day 2000–2007 ^c	National poverty line 2000–2006 ^c		
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT											
84	Armenia	12	3.7	5.0	0.5 ^{e,i}	2	4	10.6	43.4	50.9	-30
85	Ukraine	21	5.8	8.4	0.3 ^{e,i}	3	1	<2	<2	19.5	14
86	Azerbaijan	50	10.7	8.6	0.5 ^{e,h}	22	7	<2	<2	49.6	38
87	Thailand	41	8.5	11.3	5.9 ⁱ	2	9	<2	11.5	13.6 ^g	30
88	Iran (Islamic Republic of)	59	12.8	6.1	17.7 ^h	6 ^j	11 ^g	<2	8.0	..	44
89	Georgia	18	4.7	6.7	0.0 ^{e,s}	1	3 ^g	13.4	30.4	54.5	-29
90	Dominican Republic	44	9.1	9.4	10.9 ⁱ	5	5	5.0	15.1	42.2	3
91	Saint Vincent and the Grenadines	5.8	11.9 ^g
92	China	36	7.7	6.2	6.7 ⁱ	12	7	15.9 ^t	36.3 ^t	2.8	-19
93	Belize	73	17.5	5.6	24.9 ^g	9 ⁱ	7
94	Samoa	5.6	1.3 ⁱ	12
95	Maldives	66	16.5	6.0	3.0 ⁱ	17	30
96	Jordan	29	6.6	5.3	8.9 ^h	2	4	<2	3.5	14.2	21
97	Suriname	46	10.1	10.0	9.6 ⁱ	8	13	15.5 ^g	27.2 ^g	..	-9
98	Tunisia	65	15.6	4.1	22.3 ⁱ	6	4	2.6	12.8	7.6 ^g	26
99	Tonga	5.4	0.8 ^{e,i}	0
100	Jamaica	51	10.9	9.9	14.0 ⁱ	7	4	<2	5.8	18.7	39
101	Paraguay	49	10.5	8.9	5.4 ^h	23	5	6.5	14.2	..	5
102	Sri Lanka	67	16.8	5.5	9.2 ^h	18	29	14.0	39.7	22.7	7
103	Gabon	72	17.5	22.6	13.8 ⁱ	13	12	4.8	19.6	..	24
104	Algeria	71	17.5	6.4	24.6 ⁱ	15	4	6.8 ^g	23.6 ^g	22.6 ^g	19
105	Philippines	54	12.4	5.7	6.6 ⁱ	7	28	22.6	45.0	25.1 ^g	-19
106	El Salvador	63	14.6	10.7	18.0 ^h	16	10	11.0	20.5	37.2	8
107	Syrian Arab Republic	56	12.6	3.9	16.9 ⁱ	11	10
108	Fiji	79	21.2	6.2	.. ^k	53	8 ^g
109	Turkmenistan	13.0	0.5 ^{e,i}	..	11	24.8 ^g	49.6 ^g
110	Occupied Palestinian Territories	24	6.0	4.3	6.2 ^h	11	3
111	Indonesia	69	17.0	6.7	8.0 ^h	20	28	16.7	..
112	Honduras	61	13.7	9.3	16.4 ^h	16	11	18.2	29.7	50.7	-3
113	Bolivia	52	11.6	13.9	9.3 ^h	14	8	19.6	30.3	65.2	-10
114	Guyana	48	10.2	12.8	.. ^k	7	14	7.7 ^g	16.8 ^g	35.0 ^g	2
115	Mongolia	58	12.7	10.3	2.7 ⁱ	28	6	22.4	49.0	36.1	-15
116	Viet Nam	55	12.4	5.8	9.7 ^h	8	25	21.5	48.4	28.9	-13
117	Moldova	22	5.9	6.2	0.8 ^{e,i}	10	4	8.1	28.9	48.5	-21
118	Equatorial Guinea	98	31.9	34.5	13.0 ^t	57	19
119	Uzbekistan	42	8.5	10.7	3.1 ^t	12	5	46.3	76.7	27.5	-46
120	Kyrgyzstan	31	7.3	9.2	0.7 ^{e,i}	11	3	21.8	51.9	43.1	-34
121	Cape Verde	62	14.5	6.4	16.2 ⁱ	20 ^j	14 ^g	20.6	40.2	..	-6
122	Guatemala	76	19.7	11.2	26.8 ⁱ	4	23	11.7	24.3	56.2	15
123	Egypt	82	23.4	7.2	33.6 ^h	2	6	<2	18.4	16.7	58
124	Nicaragua	68	17.0	7.9	22.0 ^h	21	10	15.8	31.8	47.9 ^g	6
125	Botswana	81	22.9	31.2	17.1 ⁱ	4	13	31.2 ^g	49.4 ^g	..	-8
126	Vanuatu	83	23.6	7.1	21.9 ⁱ	41 ^j	20 ^{g,m}
127	Tajikistan	74	18.2	12.5	0.4 ^{e,i}	33	17	21.5	50.8	44.4	-2
128	Namibia	70	17.1	21.2	12.0 ⁱ	7	24	49.1 ^g	62.2 ^g	..	-29
129	South Africa	85	25.4	36.1	12.0 ⁱ	7	12 ^g	26.2	42.9	..	-2
130	Morocco	96	31.1	6.6	44.4 ⁱ	17	10	2.5	14.0	..	50
131	Sao Tome and Principe	57	12.6	13.9	12.1 ⁱ	14	9
132	Bhutan	102	33.7	14.2	47.2 ^h	19	19 ^g	26.2	49.5	..	13
133	Lao People's Democratic Republic	94	30.7	13.1	27.3 ^h	40	40	44.0	76.8	33.0	-6
134	India	88	28.0	15.5	34.0 ⁱ	11	46	41.6 ^t	75.6 ^t	28.6	-10
135	Solomon Islands	80	21.8	11.6	23.4 ⁱ	30	21 ^{g,m}
136	Congo	84	24.3	29.7	18.9 ⁱ	29	14	54.1	74.4	..	-27
137	Cambodia	87	27.7	18.5	23.7 ⁱ	35	36	40.2	68.2	35.0	-10
138	Myanmar	77	20.4	19.1	10.1 ^t	20	32
139	Comoros	78	20.4	12.6	24.9 ⁱ	15	25	46.1	65.0	..	-20
140	Yemen	111	35.7	15.6	41.1 ⁱ	34	46	17.5	46.6	41.8 ^g	35
141	Pakistan	101	33.4	12.6	45.8 ^h	10	38	22.6	60.3	32.6 ^g	16
142	Swaziland	108	35.1	47.2	20.4 ^t	40	10	62.9	81.0	69.2	-15
143	Angola	118	37.2	38.5	32.6 ^t	49	31	54.3	70.2	..	2

Human and income poverty

HDI rank	Human poverty index (HPI-1)		Probability of not surviving to age 40 ^{a,t}	Adult illiteracy rate ^{b,t}	Population not using an improved water source ^t	Children under weight for age	Population below income poverty line (%)			HPI-1 rank minus income poverty rank ^d	
	Rank	Value (%)	(% of cohort) 2005–2010	(% aged 15 and above) 1999–2007	(%) 2006	(% aged under 5) 2000–2006 ^c	\$1.25 a day 2000–2007 ^c	\$2 a day 2000–2007 ^c	National poverty line 2000–2006 ^c		
144	Nepal	99	32.1	11.0	43.5 ^t	11	39	55.1 ^t	77.6 ^t	30.9	-16
145	Madagascar	113	36.1	20.8	29.3 ^t	53	42	67.8	89.6	71.3 ^g	-14
146	Bangladesh	112	36.1	11.6	46.5 ^t	20 ^u	48	49.6 ^v	81.3 ^v	40.0	2
147	Kenya	92	29.5	30.3	26.4 ^t	43	20	19.7	39.9	52.0 ^g	16
148	Papua New Guinea	121	39.6	15.9	42.2 ^t	60	35 ^{a,m}	35.8 ^g	57.4 ^g	37.5 ^g	23
149	Haiti	97	31.5	18.5	37.9 ^{h,n}	42	22	54.9	72.1	..	-16
150	Sudan	104	34.0	23.9	39.1 ^{h,w}	30	41
151	Tanzania (United Republic of)	93	30.0	28.2	27.7 ^t	45	22	88.5	96.6	35.7	-37
152	Ghana	89	28.1	25.8	35.0 ^t	20	18	30.0	53.6	28.5	0
153	Cameroon	95	30.8	34.2	32.1 ^h	30	19	32.8	57.7	40.2	4
154	Mauritania	115	36.2	21.6	44.2 ^t	40	32	21.2	44.1	46.3	32
155	Djibouti	86	25.6	26.2	.. ^k	8	29	18.8	41.2	..	12
156	Lesotho	106	34.3	47.4	17.8 ^h	22	20	43.4	62.2	68.0 ^g	3
157	Uganda	91	28.8	31.4	26.4 ^t	36	20	51.5	75.6	37.7	-17
158	Nigeria	114	36.2	37.4	28.0 ^t	53	29	64.4	83.9	34.1 ^g	-11
LOW HUMAN DEVELOPMENT											
159	Togo	117	36.6	18.6	46.8 ^t	41	26	38.7	69.3	..	18
160	Malawi	90	28.2	32.6	28.2 ^t	24	19	73.9	90.4	65.3 ^g	-35
161	Benin	126	43.2	19.2	59.5 ^t	35	23	47.3	75.3	29.0 ^g	19
162	Timor-Leste	122	40.8	18.0	49.9 ^s	38	46	52.9	77.5	..	9
163	Côte d'Ivoire	119	37.4	24.6	51.3 ^t	19	20	23.3	46.8	..	29
164	Zambia	110	35.5	42.9	29.4 ^t	42	20	64.3	81.5	68.0	-14
165	Eritrea	103	33.7	18.2	35.8 ^t	40	40	53.0 ^g	..
166	Senegal	124	41.6	22.4	58.1 ^h	23	17	33.5	60.3	33.4 ^g	28
167	Rwanda	100	32.9	34.2	35.1 ^t	35	23	76.6	90.3	60.3	-28
168	Gambia	123	40.9	21.8	.. ^k	14	20	34.3	56.7	61.3	26
169	Liberia	109	35.2	23.2	44.5 ^t	36	26 ^g	83.7	94.8	..	-24
170	Guinea	129	50.5	23.7	70.5 ^t	30	26	70.1	87.2	40.0 ^g	1
171	Ethiopia	130	50.9	27.7	64.1 ^h	58	38	39.0	77.5	44.2	30
172	Mozambique	127	46.8	40.6	55.6 ^t	58	24	74.7	90.0	54.1	-3
173	Guinea-Bissau	107	34.9	37.4	35.4 ^t	43	19	48.8	77.9	65.7	-1
174	Burundi	116	36.4	33.7	40.7 ^t	29	39	81.3	93.4	68.0 ^g	-16
175	Chad	132	53.1	35.7	68.2 ^t	52	37	61.9	83.3	64.0 ^g	11
176	Congo (Democratic Republic of the)	120	38.0	37.3	32.8 ^t	54	31	59.2	79.5	..	0
177	Burkina Faso	131	51.8	26.9	71.3 ^h	28	37	56.5	81.2	46.4	12
178	Mali	133	54.5	32.5	73.8 ^h	40	33	51.4	77.1	63.8 ^g	22
179	Central African Republic	125	42.4	39.6	51.4 ^t	34	29	62.4	81.9	..	3
180	Sierra Leone	128	47.7	31.0	61.9 ^t	47	30	53.4	76.1	70.2	14
181	Afghanistan	135	59.8	40.7	72.0 ^t	78	39
182	Niger	134	55.8	29.0	71.3 ^h	58	44	65.9	85.6	63.0 ^g	8
OTHER UN MEMBER STATES											
..	Iraq	75	19.4	10.0	25.9 ^t	23	8
..	Kiribati	35	13 ^g
..	Korea (Democratic People's Rep. of)	10.0	..	0	23
..	Marshall Islands	12 ^l
..	Micronesia (Federated States of)	8.8	..	6	15 ^g
..	Nauru
..	Palau	8.1 ^{h,n}	11
..	Somalia	34.1	..	71	36
..	Tuvalu	7
..	Zimbabwe	105	34.0	48.1	8.8 ⁱ	19	17	34.9 ^g	..

NOTES

- † Denotes indicators used to calculate the human poverty index (HPI-1). For further details, see Technical note 1: www.hdr.undp.org/en/statistics/tn1
- a** Data refer to the probability at birth of not surviving to age 40, multiplied by 100.
- b** Data refer to national illiteracy estimates from censuses or surveys conducted between 1999 and 2007, unless otherwise specified. Due to differences in methodology and timeliness of underlying data, comparisons across countries and over time should be made with caution. For more details, see <http://www.uis.unesco.org/>.
- c** Data refer to the most recent year available during the period specified.
- d** Income poverty refers to the share of the population living on less than \$1.25 a day. All countries with an income poverty rate of less than 2% were given equal rank. The rankings are based on countries for which data are available for both indicators. A positive figure indicates that the country performs better in income poverty than in human poverty, a negative the opposite.
- e** For the purposes of calculating the HPI-1 a value of 1% was assumed.
- f** Estimates cover urban areas only.
- g** Data refer to an earlier year outside the range of years specified.
- h** Data are from a national household survey.
- i** UNESCO Institute for Statistics estimates based on its Global Age-specific Literacy Projections model, April 2009.
- j** Data refer to an earlier year than that specified.
- k** In the absence of recent data, estimates for 2005 from UNESCO Institute for Statistics (2003), based on outdated census or survey information, were used and should be interpreted with caution: Bahamas 4.2, Barbados 0.3, Djibouti 29.7, Fiji 5.6, Gambia 57.5, Guyana 1.0 and Hong Kong, China (SAR) 5.4.
- l** National estimate.
- m** UNICEF (2005b).
- n** Data are from a national census of population.
- o** Data are from the Secretariat of the Organization of Eastern Caribbean States, based on national sources.
- p** Data refer to Serbia and Montenegro prior to its separation into two independent states in June 2006. Data exclude Kosovo.
- q** Data are from the Secretariat of the Caribbean Community, based on national sources.
- r** Data are from UNICEF's Multiple Indicator Cluster Survey.
- s** UNICEF (2004).
- t** Estimates are weighted averages of urban and rural values.
- u** Estimates have been adjusted for arsenic contamination levels based on national surveys conducted and approved by the government.
- v** Estimates are adjusted by spatial consumer price index information.
- w** Data refer to North Sudan only.
- x** UNDP (2006b).

SOURCES

- Column 1:** determined on the basis of HPI-1 values.
- Column 2:** calculated on the basis of data in columns 3–6.
- Column 3:** UN (2009e).
- Column 4:** UNESCO Institute for Statistics (2009a).
- Columns 5 and 6:** UN (2009a) based on a joint effort by UNICEF and WHO.
- Columns 7–9:** World Bank (2009d).
- Column 10:** calculated based on HPI-1 values and the income poverty measures.

HPI-1 RANKS FOR 135 COUNTRIES AND AREAS

1 Czech Republic	36 China	71 Algeria	106 Lesotho
2 Croatia	37 Kazakhstan	72 Gabon	107 Guinea-Bissau
3 Hungary	38 Ecuador	73 Belize	108 Swaziland
4 Barbados	39 Bahrain	74 Tajikistan	109 Liberia
5 Bosnia and Herzegovina	40 Turkey	75 Iraq	110 Zambia
6 Uruguay	41 Thailand	76 Guatemala	111 Yemen
7 Serbia	42 Uzbekistan	77 Myanmar	112 Bangladesh
8 Montenegro	43 Brazil	78 Comoros	113 Madagascar
9 Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	44 Dominican Republic	79 Fiji	114 Nigeria
10 Chile	45 Mauritius	80 Solomon Islands	115 Mauritania
11 Costa Rica	46 Suriname	81 Botswana	116 Burundi
12 Armenia	47 Peru	82 Egypt	117 Togo
13 Argentina	48 Guyana	83 Vanuatu	118 Angola
14 Singapore	49 Paraguay	84 Congo	119 Côte d'Ivoire
15 Albania	50 Azerbaijan	85 South Africa	120 Congo (Democratic Republic of the)
16 Belarus	51 Jamaica	86 Djibouti	121 Papua New Guinea
17 Cuba	52 Bolivia	87 Cambodia	122 Timor-Leste
18 Georgia	53 Saudi Arabia	88 India	123 Gambia
19 Qatar	54 Philippines	89 Ghana	124 Senegal
20 Romania	55 Viet Nam	90 Malawi	125 Central African Republic
21 Ukraine	56 Syrian Arab Republic	91 Uganda	126 Benin
22 Moldova	57 Sao Tome and Principe	92 Kenya	127 Mozambique
23 Mexico	58 Mongolia	93 Tanzania (United Republic of)	128 Sierra Leone
24 Occupied Palestinian Territories	59 Iran (Islamic Republic of)	94 Lao People's Democratic Republic	129 Guinea
25 Malaysia	60 Libyan Arab Jamahiriya	95 Cameroon	130 Ethiopia
26 Saint Lucia	61 Honduras	96 Morocco	131 Burkina Faso
27 Trinidad and Tobago	62 Cape Verde	97 Haiti	132 Chad
28 Venezuela (Bolivarian Republic of)	63 El Salvador	98 Equatorial Guinea	133 Mali
29 Jordan	64 Oman	99 Nepal	134 Niger
30 Panama	65 Tunisia	100 Rwanda	135 Afghanistan
31 Kyrgyzstan	66 Maldives	101 Pakistan	
32 Russian Federation	67 Sri Lanka	102 Bhutan	
33 Lebanon	68 Nicaragua	103 Eritrea	
34 Colombia	69 Indonesia	104 Sudan	
35 United Arab Emirates	70 Namibia	105 Zimbabwe	

Human and income poverty: OECD countries

12

HDI rank	Human poverty index (HPI-2)		Probability at birth of not surviving to age 60 ^{a†} (% of cohort) 2005–2010	People lacking functional literacy skills ^{b†} (% aged 16–65) 1994–2003	Long-term unemployment ^{c†} (% of labour force) 2007	Population living below 50% of median income ^{d†} 2000–2005 ^e	HPI-2 rank minus income poverty rank ^d
	Rank	Value (%)					
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT							
1 Norway	2	6.6	6.6	7.9	0.2	7.1	-6
2 Australia	14	12.0	6.4	17.0 ^e	0.7	12.2	-4
3 Iceland	5.4	..	0.1
4 Canada	12	11.2	7.3	14.6	0.4	13.0	-8
5 Ireland	23	15.9	6.9	22.6 ^e	1.4	16.2	0
6 Netherlands	3	7.4	7.1	10.5 ^e	1.3	4.9 ^f	1
7 Sweden	1	6.0	6.3	7.5 ^e	0.7	5.6	-3
8 France	8	11.0	7.7	.. ^g	3.1	7.3	-1
9 Switzerland	7	10.6	6.4	15.9	1.5	7.6	-3
10 Japan	13	11.6	6.2	.. ^g	1.2	11.8 ^h	-4
11 Luxembourg	10	11.2	7.8	.. ^g	1.3	8.8	-4
12 Finland	5	7.9	8.2	10.4 ^e	1.5	6.5	-1
13 United States	22	15.2	9.7	20.0	0.5	17.3	-2
14 Austria	9	11.0	7.6	.. ^g	1.2	7.7	-2
15 Spain	17	12.4	7.1	.. ^g	2.0	14.2	-4
16 Denmark	4	7.7	9.2	9.6 ^e	0.7	5.6	1
17 Belgium	15	12.2	8.0	18.4 ^{e,i}	3.8	8.1	3
18 Italy	25	29.8	6.8	47.0	2.8	12.8	6
20 New Zealand	7.6	18.4 ^e	0.2
21 United Kingdom	21	14.6	7.8	21.8 ^e	1.3	11.6	5
22 Germany	6	10.1	7.6	14.4 ^e	4.8	8.4	-7
25 Greece	18	12.5	7.0	.. ^g	4.1	14.3	-4
26 Korea (Republic of)	8.1	..	0.0
34 Portugal	8.7	..	3.7
36 Czech Republic	11	11.2	10.2	.. ^g	2.8	4.9 ^f	10
HIGH HUMAN DEVELOPMENT							
41 Poland	19	12.8	13.2	.. ^g	4.4	11.5	4
42 Slovakia	16	12.4	13.3	.. ^g	7.8	7.0 ^f	9
43 Hungary	20	13.2	16.4	.. ^g	3.5	6.4 ^f	15
53 Mexico	24	28.1	13.0	43.2 ^j	0.1	18.4	-1
79 Turkey	14.9	..	3.1

NOTES

- † Denotes indicators used to calculate the HPI-2. For further details see Technical note 1.
- a** Data refer to the probability at birth of not surviving to age 60, multiplied by 100.
- b** Based on scoring at level 1 on the prose literacy scale of the IALS. Data refer to the most recent year available during the period specified.
- c** Data refer to the most recent year available during the period specified.
- d** Income poverty refers to the share of the population living on less than 50% of the median adjusted disposable household income. A positive figure indicates that the country performs better in income poverty than in human poverty, a negative the opposite.
- e** OECD and Statistics Canada (2000).
- f** Data refer to an earlier year than the period specified.
- g** For calculating HPI-2 an estimate of 16.4%, the unweighted average of countries with available data, was applied.
- h** Smeeding (1997).
- i** Data refer to Flanders only.
- j** Data refer to the state of Nuevo Leon only.

SOURCES

- Column 1:** Determined on the basis of HPI-2 values in column 2.
- Column 2:** calculated based on data in columns 3–6.
- Column 3:** UN (2009e).
- Column 4:** OECD and Statistics Canada (2005), unless otherwise specified.
- Column 5:** calculated on the basis of data on long-term unemployment and labour force from OECD (2009c).
- Column 6:** LIS (2009).
- Column 7:** calculated based on data in columns 1 and 6.

Gender-related development index and its components

J

HDI rank	Gender-related development index (GDI) 2007			Life expectancy at birth (years) 2007		Adult literacy rate ^a (% aged 15 and above) 1999–2007		Combined gross enrolment ratio in education ^b (%) 2007		Estimated earned income ^c (PPP US\$) 2007		HDI rank minus GDI rank ^d	
	Rank	Value	as a % of HDI value	Female	Male	Female	Male	Female	Male	Female	Male		
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT													
1	Norway	2	0.961	98.9	82.7	78.2	.. ^e	.. ^e	102.7 ^{fg}	94.7 ^{fg}	46,576 ^g	60,394 ^g	-1
2	Australia	1	0.966	99.6	83.7	79.1	.. ^e	.. ^e	115.7 ^{fg}	112.8 ^{fg}	28,759 ^g	41,153 ^g	1
3	Iceland	3	0.959	99.0	83.3	80.2	.. ^e	.. ^e	102.1 ^{fg}	90.1 ^{fg}	27,460 ^g	43,959 ^g	0
4	Canada	4	0.959	99.2	82.9	78.2	.. ^e	.. ^e	101.0 ^{fg,h}	97.6 ^{fg,h}	28,315 ^{g,i}	43,456 ^{g,i}	0
5	Ireland	10	0.948	98.2	82.0	77.3	.. ^e	.. ^e	99.1 ^f	96.2 ^f	31,978 ^{g,i}	57,320 ^{g,i}	-5
6	Netherlands	7	0.954	98.9	81.9	77.6	.. ^e	.. ^e	97.1 ^f	97.9 ^f	31,048	46,509	-1
7	Sweden	5	0.956	99.3	83.0	78.6	.. ^e	.. ^e	99.0 ^f	89.8 ^f	29,476 ^{g,i}	44,071 ^{g,i}	2
8	France	6	0.956	99.4	84.5	77.4	.. ^e	.. ^e	97.4 ^f	93.5 ^f	25,677 ^g	42,091 ^g	2
9	Switzerland	13	0.946	98.5	84.1	79.2	.. ^e	.. ^e	81.4 ^f	84.0 ^f	21,442 ^g	50,346 ^g	-4
10	Japan	14	0.945	98.4	86.2	79.0	.. ^e	.. ^e	85.4 ^f	87.7 ^f	21,143 ^g	46,706 ^g	-4
11	Luxembourg	16	0.943	98.2	82.0	76.5	.. ^e	.. ^e	94.7 ^f	94.0 ^f	57,676 ^{g,i}	101,855 ^{g,i}	-5
12	Finland	8	0.954	99.5	82.8	76.0	.. ^e	.. ^e	105.1 ^{fg}	97.9 ^{fg}	29,160 ^g	40,126 ^g	4
13	United States	19	0.942	98.5	81.3	76.7	.. ^e	.. ^e	96.9 ^f	88.1 ^f	34,996 ^{g,i}	56,536 ^{g,i}	-6
14	Austria	23	0.930	97.4	82.5	77.0	.. ^e	.. ^e	92.1 ^f	89.0 ^f	21,380 ^g	54,037 ^g	-9
15	Spain	9	0.949	99.4	84.0	77.5	97.3	98.6	99.9 ^f	93.3 ^f	21,817 ^{g,i}	41,597 ^{g,i}	6
16	Denmark	12	0.947	99.2	80.5	75.9	.. ^e	.. ^e	105.3 ^{fg}	97.6 ^{fg}	30,745 ^g	41,630 ^g	4
17	Belgium	11	0.948	99.4	82.4	76.5	.. ^e	.. ^e	95.9 ^f	92.8 ^f	27,333 ^g	42,866 ^g	6
18	Italy	15	0.945	99.3	84.0	78.1	98.6	99.1	94.7 ^f	89.1 ^f	20,152 ^{g,i}	41,158 ^{g,i}	3
19	Liechtenstein ^k	.. ^k	.. ^e	.. ^e	79.6 ^{fg}	94.0 ^{fg}
20	New Zealand	18	0.943	99.3	82.1	78.1	.. ^e	.. ^e	113.4 ^{fg}	102.0 ^{fg}	22,456	32,375	1
21	United Kingdom	17	0.943	99.5	81.5	77.1	.. ^e	.. ^e	92.8 ^{fg}	85.9 ^{fg}	28,421 ^g	42,133 ^g	3
22	Germany	20	0.939	99.2	82.3	77.0	.. ^e	.. ^e	87.5	88.6	25,691 ^{g,i}	43,515 ^{g,i}	1
23	Singapore	82.6	77.8	91.6	97.3	34,554 ^{g,i}	64,656 ^{g,i}	..
24	Hong Kong, China (SAR)	22	0.934	98.9	85.1	79.3	.. ^m	.. ^m	73.4 ^f	75.4 ^f	35,827 ^g	49,324 ^g	0
25	Greece	21	0.936	99.4	81.3	76.9	96.0	98.2	103.2 ^{fg}	100.1 ^{fg}	19,218 ⁱ	38,002 ⁱ	2
26	Korea (Republic of)	25	0.926	98.8	82.4	75.8	.. ^e	.. ^e	90.6 ^{fg}	105.8 ^{fg}	16,931 ⁱ	32,668 ⁱ	-1
27	Israel	26	0.921	98.5	82.7	78.5	88.7 ^f	95.0 ^f	92.1 ^f	87.8 ^f	20,599 ⁱ	32,148 ⁱ	-1
28	Andorra ^k	.. ^k	.. ^e	.. ^e	66.3 ^{gh}	64.0 ^{fg}
29	Slovenia	24	0.927	99.7	81.7	74.4	99.6	99.7	98.1 ^f	87.7 ^f	20,427 ⁱ	33,398 ⁱ	2
30	Brunei Darussalam	29	0.906	98.5	79.6	74.9	93.1	96.5	79.1	76.5	36,838 ^{g,i}	62,631 ^{g,i}	-2
31	Kuwait	34	0.892	97.4	79.8	76.0	93.1	95.2	77.8 ^f	67.8 ^f	24,722 ^{g,i}	68,673 ^{g,i}	-6
32	Cyprus	27	0.911	99.7	81.9	77.3	96.6	99.0	77.8 ^{fg}	77.3 ^{fg}	18,307	31,625	2
33	Qatar	35	0.891	97.9	76.8	74.8	90.4	93.8	87.7	74.2	24,584 ^{g,i}	88,264 ^{g,i}	-5
34	Portugal	28	0.907	99.7	81.8	75.3	93.3	96.6	91.6 ^f	86.2 ^f	17,154	28,762	3
35	United Arab Emirates	38	0.878	97.2	78.7	76.6	91.5	89.5	78.7 ^h	65.4 ^h	18,361 ^{g,i}	67,556 ^{g,i}	-6
36	Czech Republic	31	0.900	99.7	79.4	73.2	.. ^e	.. ^e	85.1 ^f	81.9 ^f	17,706 ⁱ	30,909 ⁱ	2
37	Barbados	30	0.900	99.7	79.7	74.0	.. ^{g,m}	.. ^{g,m}	100.2 ^g	85.8 ^g	14,735 ^{fg}	22,830 ^{fg}	4
38	Malta	32	0.895	99.3	81.3	77.7	93.5 ^f	91.2 ^f	81.7 ^f	81.0 ^f	14,458	31,812	3
HIGH HUMAN DEVELOPMENT													
39	Bahrain	33	0.895	99.9	77.4	74.2	86.4	90.4	95.3 ^{gh}	85.8 ^{gh}	19,873 ^f	39,060 ^f	3
40	Estonia	36	0.882	99.8	78.3	67.3	99.8 ^g	99.8 ^g	98.2 ^f	84.6 ^f	16,256 ⁱ	25,169 ⁱ	1
41	Poland	39	0.877	99.6	79.7	71.3	99.0	99.6	91.4 ^f	84.2 ^f	11,957 ⁱ	20,292 ⁱ	-1
42	Slovakia	40	0.877	99.7	78.5	70.7	.. ^e	.. ^e	83.1 ^f	77.9 ^f	14,790 ⁱ	25,684 ⁱ	-1
43	Hungary	37	0.879	99.9	77.3	69.2	98.8	99.0	94.0 ^f	86.6 ^f	16,143	21,625	3
44	Chile	41	0.871	99.2	81.6	75.5	96.5	96.6	82.0 ^{gh}	83.0 ^{gh}	8,188 ⁱ	19,694 ⁱ	0
45	Croatia	43	0.869	99.7	79.4	72.6	98.0	99.5	79.4 ^f	75.2 ^f	12,934	19,360	-1
46	Lithuania	42	0.869	99.9	77.7	65.9	99.7	99.7	97.6 ^f	87.2 ^f	14,633	20,944	1
47	Antigua and Barbuda ^k	.. ^k	99.4	98.4
48	Latvia	44	0.865	99.8	77.1	67.1	99.8 ^g	99.8 ^g	97.5 ^f	83.2 ^f	13,403	19,860	0
49	Argentina	46	0.862	99.5	79.0	71.5	97.7	97.6	93.3 ^f	84.0 ^f	8,958 ⁱ	17,710 ⁱ	-1
50	Uruguay	45	0.862	99.7	79.8	72.6	98.2	97.4	96.3 ^f	85.6 ^f	7,994 ⁱ	14,668 ⁱ	1
51	Cuba	49	0.844	97.7	80.6	76.5	99.8	99.8	110.7 ^g	91.5 ^g	4,132 ^{fg,n}	8,442 ^{fg,n}	-2
52	Bahamas	76.0	70.4	.. ^m	.. ^m	72.2 ^{gh}	71.4 ^{gh}
53	Mexico	48	0.847	99.2	78.5	73.6	91.4	94.4	79.0 ^f	81.5 ^f	8,375 ⁱ	20,107 ⁱ	0
54	Costa Rica	47	0.848	99.4	81.3	76.4	96.2	95.7	74.4 ^{gh}	71.6 ^{gh}	6,788	14,763	2
55	Libyan Arab Jamahiriya	54	0.830	98.0	76.8	71.6	78.4	94.5	98.5 ^{gh}	93.1 ^{gh}	5,590 ⁱ	22,505 ⁱ	-4
56	Oman	56	0.826	97.7	77.3	74.1	77.5	89.4	68.3	68.1	7,697 ⁱ	32,797 ⁱ	-5
57	Seychelles ^k	.. ^k	92.3	91.4	83.6 ^{fg}	80.9 ^{fg}
58	Venezuela (Bolivarian Republic of)	55	0.827	97.9	76.7	70.7	94.9	95.4	75.7 ^f	72.7 ^f	7,924 ⁱ	16,344 ⁱ	-3
59	Saudi Arabia	60	0.816	96.7	75.1	70.8	79.4	89.1	78.0 ^f	79.1 ^f	5,987 ⁱ	36,662 ⁱ	-7

Gender-related development index and its components

HDI rank	Gender-related development index (GDI) 2007			Life expectancy at birth (years) 2007		Adult literacy rate ^a (% aged 15 and above) 1999–2007		Combined gross enrolment ratio in education ^b (%) 2007		Estimated earned income ^c (PPP US\$) 2007		HDI rank minus GDI rank ^d	
	Rank	Value	as a % of HDI value	Female	Male	Female	Male	Female	Male	Female	Male		
60	Panama	51	0.838	99.7	78.2	73.0	92.8	94.0	83.5 ^f	76.1 ^f	8,331	14,397	3
61	Bulgaria	50	0.839	99.9	76.7	69.6	97.9	98.6	82.9 ^f	81.8 ^f	9,132	13,439	5
62	Saint Kitts and Nevis ^k	.. ^k	74.1 ^f	72.1 ^f
63	Romania	52	0.836	99.9	76.1	69.0	96.9	98.3	81.7 ^f	76.7 ^f	10,053	14,808	4
64	Trinidad and Tobago	53	0.833	99.5	72.8	65.6	98.3	99.1	62.2 ^{fh}	59.9 ^{fh}	16,686 ⁱ	30,554 ⁱ	4
65	Montenegro	76.5	71.6	94.1 ^{fo}	98.9 ^{fo}	8,611 ^{hp}	14,951 ^{hp}	..
66	Malaysia	58	0.823	99.2	76.6	71.9	89.6	94.2	73.1 ^f	69.8 ^f	7,972 ⁱ	18,886 ⁱ	0
67	Serbia	76.3	71.6	94.1 ^{fo}	98.9 ^{fo}	7,654 ^{hp}	12,900 ^{hp}	..
68	Belarus	57	0.824	99.8	75.2	63.1	99.7 ^g	99.8 ^g	93.8	87.1	8,482	13,543	2
69	Saint Lucia	75.5	71.7	80.6	73.8	6,599 ⁱ	13,084 ⁱ	..
70	Albania	61	0.814	99.5	79.8	73.4	98.8 ^g	99.3 ^g	67.6 ^f	68.0 ^f	4,954 ⁱ	9,143 ⁱ	-1
71	Russian Federation	59	0.816	99.9	72.9	59.9	99.4	99.7	86.1 ^f	78.0 ^f	11,675 ⁱ	18,171 ⁱ	2
72	Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	62	0.812	99.4	76.5	71.7	95.4	98.6	71.1 ^f	69.1 ^f	5,956 ⁱ	12,247 ⁱ	0
73	Dominica ^k	.. ^k	82.7 ^{fh}	74.5 ^{fh}
74	Grenada	76.7	73.7	73.8 ^{fh}	72.4 ^{fh}
75	Brazil	63	0.810	99.7	75.9	68.6	90.2	89.8	89.4 ^f	85.1 ^f	7,190	12,006	0
76	Bosnia and Herzegovina	77.7	72.4	94.4	99.0	5,910 ⁱ	9,721 ⁱ	..
77	Colombia	64	0.806	99.9	76.5	69.1	92.8	92.4	80.9	77.2	7,138	10,080	0
78	Peru	65	0.804	99.7	75.8	70.4	84.6	94.9	89.9 ^{fh}	86.4 ^{fh}	5,828 ⁱ	9,835 ⁱ	0
79	Turkey	70	0.788	97.7	74.2	69.4	81.3	96.2	66.3 ^{fh}	75.7 ^{fh}	5,352 ⁱ	20,441 ⁱ	-4
80	Ecuador	78.0	72.1	89.7	92.3	4,996 ⁱ	9,888 ⁱ	..
81	Mauritius	67	0.797	99.1	75.7	68.5	84.7	90.2	75.7 ^{fh}	78.0 ^{fh}	6,686 ⁱ	15,972 ⁱ	0
82	Kazakhstan	66	0.803	99.8	71.2	59.1	99.5	99.8	95.1	87.8	8,831 ⁱ	13,080 ⁱ	2
83	Lebanon	71	0.784	97.7	74.1	69.8	86.0	93.4	80.3	75.7	4,062 ⁱ	16,404 ⁱ	-2
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT													
84	Armenia	68	0.794	99.5	76.7	70.1	99.3	99.7	77.8	71.6	4,215	7,386	2
85	Ukraine	69	0.793	99.7	73.8	62.7	99.6	99.8	93.2 ⁱ	87.0 ⁱ	5,249	8,854	2
86	Azerbaijan	73	0.779	99.0	72.3	67.6	99.2 ^g	99.8 ^g	4,836	11,037	-1
87	Thailand	72	0.782	99.8	72.1	65.4	92.6	95.9	79.6 ^{fh}	76.6 ^{fh}	6,341 ⁱ	10,018 ⁱ	1
88	Iran (Islamic Republic of)	76	0.770	98.4	72.5	69.9	77.2	87.3	73.0 ^{fh}	73.4 ^{fh}	5,304 ⁱ	16,449 ⁱ	-2
89	Georgia	75.0	68.1	77.7 ^h	75.8 ^h	2,639	6,921	..
90	Dominican Republic	74	0.775	99.7	75.2	69.8	89.5	88.8	76.7 ^f	70.4 ^f	4,985 ⁱ	8,416 ⁱ	1
91	Saint Vincent and the Grenadines	73.6	69.4	70.3 ^f	67.6 ^f	5,180 ⁱ	10,219 ⁱ	..
92	China	75	0.770	99.8	74.7	71.3	90.0	96.5	68.5 ^h	68.9 ^h	4,323 ⁱ	6,375 ⁱ	1
93	Belize	78.0	74.2	79.2 ^{fh}	77.4 ^{fh}	4,021	9,398	..
94	Samoa	80	0.763	99.0	74.7	68.4	98.4	98.9	76.3 ^{fh}	72.0 ^{fh}	2,525 ⁱ	6,258 ⁱ	-3
95	Maldives	77	0.767	99.5	72.7	69.7	97.1	97.0	71.4 ^{fh}	71.3 ^{fh}	3,597 ⁱ	6,714 ⁱ	1
96	Jordan	87	0.743	96.5	74.3	70.7	87.0	95.2	79.9 ^f	77.5 ^f	1,543	8,065	-8
97	Suriname	79	0.763	99.3	72.5	65.3	88.1	92.7	79.3 ^{fh}	69.4 ^{fh}	4,794 ⁱ	10,825 ⁱ	1
98	Tunisia	84	0.752	97.8	76.0	71.8	69.0	86.4	78.9 ^{fh}	73.6 ^{fh}	3,249 ⁱ	11,731 ⁱ	-3
99	Tonga	78	0.765	99.6	74.6	69.0	99.3	99.2	78.8 ^{fh}	77.2 ^{fh}	2,705 ⁱ	4,752 ⁱ	4
100	Jamaica	81	0.762	99.5	75.1	68.3	91.1	80.5	82.0 ^{fh}	74.3 ^{fh}	4,469 ⁱ	7,734 ⁱ	2
101	Paraguay	82	0.759	99.8	73.8	69.6	93.5	95.7	72.2 ^{fh}	72.1 ^{fh}	3,439 ⁱ	5,405 ⁱ	2
102	Sri Lanka	83	0.756	99.6	77.9	70.3	89.1	92.7	69.9 ^{fh}	67.5 ^{fh}	3,064	5,450	2
103	Gabon	85	0.748	99.1	61.5	58.7	82.2	90.2	75.0 ^f	79.8 ^f	11,221 ⁱ	19,124 ⁱ	1
104	Algeria	88	0.742	98.4	73.6	70.8	66.4	84.3	74.5 ^{fh}	72.8 ^{fh}	4,081 ⁱ	11,331 ⁱ	-1
105	Philippines	86	0.748	99.6	73.9	69.4	93.7	93.1	81.6 ^f	77.8 ^f	2,506 ⁱ	4,293 ⁱ	2
106	El Salvador	89	0.740	99.0	75.9	66.4	79.7	84.9	74.8	73.3	3,675 ⁱ	8,016 ⁱ	0
107	Syrian Arab Republic	98	0.715	96.4	76.0	72.2	76.5	89.7	63.9 ^{fh}	67.5 ^{fh}	1,512 ⁱ	7,452 ⁱ	-8
108	Fiji	90	0.732	98.7	71.0	66.5	.. ^m	.. ^m	73.2 ^{fh}	70.0 ^{fh}	2,349 ⁱ	6,200 ⁱ	1
109	Turkmenistan	68.8	60.6	99.3	99.7	3,594 ⁱ	5,545 ⁱ	..
110	Occupied Palestinian Territories	74.9	71.7	90.3	97.2	80.8	75.9
111	Indonesia	93	0.726	99.0	72.5	68.5	88.8	95.2	66.8 ^{fh}	69.5 ^{fh}	2,263 ⁱ	5,163 ⁱ	-1
112	Honduras	95	0.721	98.4	74.4	69.6	83.5	83.7	78.3 ^{fh}	71.3 ^{fh}	1,951 ⁱ	5,668 ⁱ	-2
113	Bolivia	91	0.728	99.8	67.5	63.3	86.0	96.0	83.6 ^f	89.7 ^f	3,198 ⁱ	5,222 ⁱ	3
114	Guyana	96	0.721	98.9	69.6	63.7	.. ^{g,m}	.. ^{g,m}	83.0	84.7	1,607 ⁱ	3,919 ⁱ	-1
115	Mongolia	92	0.727	100.0	69.6	63.0	97.7	96.8	84.9	73.7	3,019	3,454	4
116	Viet Nam	94	0.723	99.7	76.1	72.3	86.9	93.9	60.7 ^{fh}	63.9 ^{fh}	2,131 ⁱ	3,069 ⁱ	3
117	Moldova	97	0.719	99.8	72.1	64.5	98.9	99.6	74.6 ^f	68.6 ^f	2,173 ⁱ	2,964 ⁱ	1
118	Equatorial Guinea	102	0.700	97.3	51.1	48.7	80.5	93.4	55.8 ^f	68.2 ^f	16,161 ⁱ	45,418 ⁱ	-3

TABLE

HDI rank	Gender-related development index (GDI) 2007			Life expectancy at birth (years) 2007		Adult literacy rate ^a (% aged 15 and above) 1999–2007		Combined gross enrolment ratio in education ^b (%) 2007		Estimated earned income ^c (PPP US\$) 2007		HDI rank minus GDI rank ^d	
	Rank	Value	as a % of HDI value	Female	Male	Female	Male	Female	Male	Female	Male		
119	Uzbekistan	99	0.708	99.7	70.9	64.5	95.8	98.0	71.4	74.0	1,891 ⁱ	2,964 ⁱ	1
120	Kyrgyzstan	100	0.705	99.4	71.4	63.9	99.1	99.5	79.7	74.9	1,428 ⁱ	2,600 ⁱ	1
121	Cape Verde	101	0.701	98.9	73.5	68.2	78.8	89.4	69.7	66.6	2,015 ⁱ	4,152 ⁱ	1
122	Guatemala	103	0.696	98.9	73.7	66.7	68.0	79.0	67.8	73.2	2,735 ⁱ	6,479 ⁱ	0
123	Egypt	71.7	68.2	57.8	74.6	2,286	8,401	..
124	Nicaragua	106	0.686	98.2	75.9	69.8	77.9	78.1	72.7 th	71.5 th	1,293 ⁱ	3,854 ⁱ	-2
125	Botswana	105	0.689	99.3	53.3	53.2	82.9	82.8	71.3 th	70.0 th	9,961 ⁱ	17,307 ⁱ	0
126	Vanuatu	104	0.692	99.9	72.0	68.1	76.1	80.0	60.3 th	64.2 th	2,970 ⁱ	4,332 ⁱ	2
127	Tajikistan	107	0.686	99.6	69.3	63.7	99.5	99.8	64.6	77.2	1,385 ⁱ	2,126 ⁱ	0
128	Namibia	108	0.683	99.5	61.2	59.3	87.4	88.6	68.2 ^f	66.3 ^f	4,006 ⁱ	6,339 ⁱ	0
129	South Africa	109	0.680	99.6	53.2	49.8	87.2	88.9	77.3 ^f	76.3 ^f	7,328 ⁱ	12,273 ⁱ	0
130	Morocco	111	0.625	95.7	73.3	68.8	43.2	68.7	55.1 th	64.0 th	1,603 ⁱ	6,694 ⁱ	-1
131	Sao Tome and Principe	110	0.643	98.8	67.3	63.5	82.7	93.4	68.6	67.7	1,044 ⁱ	2,243 ⁱ	1
132	Bhutan	113	0.605	97.7	67.6	64.0	38.7	65.0	53.7 th	54.6 th	2,636 ⁱ	6,817 ⁱ	-1
133	Lao People's Democratic Republic	112	0.614	99.3	65.9	63.2	63.2	82.5	54.3 ^f	64.8 ^f	1,877 ⁱ	2,455 ⁱ	1
134	India	114	0.594	97.1	64.9	62.0	54.5	76.9	57.4 ^f	64.3 ^f	1,304 ⁱ	4,102 ⁱ	0
135	Solomon Islands	66.7	64.9	47.8 ^f	51.4 ^f	1,146 ⁱ	2,264 ⁱ	..
136	Congo	115	0.594	98.8	54.4	52.5	71.8 ^f	90.6 ^f	55.2 th	62.0 th	2,385 ⁱ	4,658 ⁱ	0
137	Cambodia	116	0.588	99.2	62.3	58.6	67.7	85.8	54.8 ^h	62.1 ^h	1,465 ⁱ	2,158 ⁱ	0
138	Myanmar	63.4	59.0	86.4	93.9	640 ⁱ	1,043 ⁱ	..
139	Comoros	117	0.571	99.2	67.2	62.8	69.8	80.3	42.3 th	50.4 th	839 ⁱ	1,446 ⁱ	0
140	Yemen	122	0.538	93.6	64.1	60.9	40.5	77.0	42.3 ^f	65.9 ^f	921 ⁱ	3,715 ⁱ	-4
141	Pakistan	124	0.532	93.0	66.5	65.9	39.6	67.7	34.4 ^f	43.9 ^f	760 ⁱ	4,135 ⁱ	-5
142	Swaziland	118	0.568	99.3	44.8	45.7	78.3	80.9	58.4 ^f	61.8 ^f	3,994 ⁱ	5,642 ⁱ	2
143	Angola	48.5	44.6	54.2	82.9	4,212 ⁱ	6,592 ⁱ	..
144	Nepal	119	0.545	98.4	66.9	65.6	43.6	70.3	58.1 th	63.4 th	794 ⁱ	1,309 ⁱ	2
145	Madagascar	120	0.541	99.6	61.5	58.3	65.3	76.5	60.2	62.5	774	1,093	2
146	Bangladesh	123	0.536	98.7	66.7	64.7	48.0	58.7	52.5 ^f	51.8 ^f	830 ⁱ	1,633 ⁱ	0
147	Kenya	121	0.538	99.4	54.0	53.2	70.2	77.7	58.2 th	61.0 th	1,213 ⁱ	1,874 ⁱ	3
148	Papua New Guinea	63.0	58.7	53.4	62.1	1,775 ⁱ	2,383 ⁱ	..
149	Haiti	62.9	59.1	64.0 ^f	60.1 ^f	626 ⁱ	1,695 ⁱ	..
150	Sudan	127	0.516	97.0	59.4	56.3	51.8	71.1	37.6 th	42.2 th	1,036 ⁱ	3,119 ⁱ	-2
151	Tanzania (United Republic of)	125	0.527	99.4	55.8	54.2	65.9	79.0	56.2 ^h	58.4 ^h	1,025 ⁱ	1,394 ⁱ	1
152	Ghana	126	0.524	99.5	57.4	55.6	58.3	71.7	54.5 ^h	58.3 ^h	1,133 ⁱ	1,531 ⁱ	1
153	Cameroon	129	0.515	98.6	51.4	50.3	59.8	77.0	47.7 ^f	56.7 ^f	1,467 ⁱ	2,791 ⁱ	-1
154	Mauritania	128	0.516	99.1	58.5	54.7	48.3	63.3	50.5 ^{fi}	50.7 ^{fi}	1,405 ⁱ	2,439 ⁱ	1
155	Djibouti	130	0.514	98.8	56.5	53.7	.. ^m	.. ^m	21.9 ^f	29.0 ^f	1,496 ⁱ	2,627 ⁱ	0
156	Lesotho	132	0.509	99.1	45.5	43.9	90.3	73.7	62.3 th	60.6 th	1,315 ⁱ	1,797 ⁱ	-1
157	Uganda	131	0.509	99.2	52.4	51.4	65.5	81.8	61.6 th	62.9 th	861 ⁱ	1,256 ⁱ	1
158	Nigeria	133	0.499	97.7	48.2	47.2	64.1	80.1	48.1 th	57.9 th	1,163 ⁱ	2,777 ⁱ	0
LOW HUMAN DEVELOPMENT													
159	Togo	63.9	60.4	38.5	68.7	494 ⁱ	1,088 ⁱ	..
160	Malawi	134	0.490	99.4	53.4	51.3	64.6	79.2	61.7 th	62.1 th	646 ⁱ	877 ⁱ	0
161	Benin	135	0.477	97.0	62.1	59.8	27.9	53.1	44.5 th	60.1 th	892	1,726	0
162	Timor-Leste	61.5	59.8	62.1 th	64.2 th	493 ⁱ	934 ⁱ	..
163	Côte d'Ivoire	137	0.468	96.6	58.3	55.7	38.6	60.8	31.3 th	43.7 th	852 ⁱ	2,500 ⁱ	-1
164	Zambia	136	0.473	98.3	45.0	44.0	60.7	80.8	60.7 th	66.0 th	980 ⁱ	1,740 ⁱ	1
165	Eritrea	138	0.459	97.3	61.4	56.8	53.0	76.2	27.6 th	39.1 th	422 ⁱ	839 ⁱ	0
166	Senegal	140	0.457	98.5	56.9	53.9	33.0	52.3	39.0 th	43.3 th	1,178 ⁱ	2,157 ⁱ	-1
167	Rwanda	139	0.459	99.8	51.4	47.9	59.8	71.4	52.4 ^f	52.0 ^f	770 ⁱ	970 ⁱ	1
168	Gambia	141	0.452	99.1	57.3	54.1	.. ^m	.. ^m	47.2 th	46.4 th	951 ⁱ	1,499 ⁱ	0
169	Liberia	142	0.430	97.3	59.3	56.5	50.9	60.2	48.6 ^f	66.5 ^f	240 ⁱ	484 ⁱ	0
170	Guinea	143	0.425	97.7	59.3	55.3	18.1	42.6	41.5 ^f	56.9 ^f	919 ⁱ	1,356 ⁱ	0
171	Ethiopia	144	0.403	97.3	56.2	53.3	22.8	50.0	44.0 ^h	54.0 ^h	624 ⁱ	936 ⁱ	0
172	Mozambique	145	0.395	98.3	48.7	46.9	33.0	57.2	50.2 th	59.4 th	759 ⁱ	848 ⁱ	0
173	Guinea-Bissau	148	0.381	96.2	49.1	46.0	54.4	75.1	28.8 th	44.5 th	301 ⁱ	658 ⁱ	-2
174	Burundi	146	0.390	99.1	51.4	48.6	52.2	67.3	46.2 ^h	51.8 ^h	296 ⁱ	387 ⁱ	1
175	Chad	149	0.380	96.8	49.9	47.3	20.8	43.0	27.5 th	45.5 th	1,219 ⁱ	1,739 ⁱ	-1
176	Congo (Democratic Republic of the)	150	0.370	95.1	49.2	46.1	54.1	80.9	40.5 ^f	55.9 ^f	189 ⁱ	410 ⁱ	-1
177	Burkina Faso	147	0.383	98.4	54.0	51.4	21.6	36.7	29.2	36.3	895 ⁱ	1,354 ⁱ	3

Gender-related development index and its components

HDI rank	Gender-related development index (GDI) 2007			Life expectancy at birth (years) 2007		Adult literacy rate ^a (% aged 15 and above) 1999–2007		Combined gross enrolment ratio in education ^b (%) 2007		Estimated earned income ^c (PPP US\$) 2007		HDI rank minus GDI rank ^d	
	Rank	Value	as a % of HDI value	Female	Male	Female	Male	Female	Male	Female	Male		
178	Mali	153	0.353	95.2	48.8	47.4	18.2	34.9	37.5 th	51.0 th	672 ¹	1,517 ¹	-2
179	Central African Republic	151	0.354	95.8	48.2	45.1	33.5	64.8	22.9 th	34.4 th	535 ¹	900 ¹	1
180	Sierra Leone	152	0.354	97.1	48.5	46.0	26.8	50.0	37.6 th	51.7 th	577 ¹	783 ¹	1
181	Afghanistan	154	0.310	88.0	43.5	43.6	12.6	43.1	35.4 th	63.6 th	442 ^{1a}	1,845 ^{1a}	0
182	Niger	155	0.308	90.8	51.7	50.0	15.1	42.9	22.1	32.3	318 ¹	929 ¹	0

OTHER UN MEMBER STATES

..	Iraq	71.8	64.2	64.2	84.1	52.1 th	68.5 th
..	Kiribati ^k	.. ^k	77.9 th	73.8 th
..	Korea (Democratic People's Rep. of)	69.1	64.9
..	Marshall Islands ^k	.. ^k	71.2 th	71.1 th
..	Micronesia (Federated States of)	69.2	67.6
..	Monaco ^k	.. ^k
..	Nauru ^k	.. ^k	56.1 th	54.0 th
..	Palau ^k	.. ^k	90.5 ^f	93.3 ^f	91.2 th	82.4 th
..	San Marino ^k	.. ^k	.. ^e	.. ^e
..	Somalia	51.2	48.3
..	Tuvalu ^k	.. ^k	70.8 th	67.8 th
..	Zimbabwe	43.6	42.6	88.3	94.1	53.4 th	55.5 th

NOTES

a Data refer to national literacy estimates from censuses or surveys conducted between 1999 and 2007, unless otherwise specified. Due to differences in methodology and timeliness of underlying data, comparisons across countries and over time should be made with caution. For more details, see <http://www.uis.unesco.org/>.

b Data for some countries may refer to national or UNESCO Institute for Statistics estimates. For details, see <http://www.uis.unesco.org/>.

c Because of the lack of gender-disaggregated income data, female and male earned income are crudely estimated on the basis of data on the ratio of the female nonagricultural wage to the male nonagricultural wage, the female and male shares of the economically active population, the total female and male population and GDP per capita in PPP US\$ (see <http://hdr.undp.org/en/statistics/t1>). The wage ratios used in this calculation are based on data for the most recent year available between 1999 and 2007.

d The HDI ranks used in this calculation are recalculated for the countries with a GDI value. A positive figure indicates that the GDI rank is higher than the HDI rank; a negative figure, the opposite.

e For the purposes of calculating the HDI, a value of 99.0% was applied.

f Data refer to an earlier year than that specified.

g For the purpose of calculating the GDI, the female and male values appearing in this table were scaled downward to reflect the maximum values for adult literacy (99%), gross enrolment ratios (100%), and GDP per capita (40,000 PPP US\$). For more details, see <http://hdr.undp.org/en/statistics/t1>.

h UNESCO Institute for Statistics estimate.

i No wage data are available. For the purposes of calculating the estimated female and male earned income, a value of 0.75 was used for the ratio of the female nonagricultural wage to the male nonagricultural wage.

j Statec (2008). Data refer to nationals enrolled both in the country and abroad and thus differ from the standard definition.

k For the purposes of calculating the HDI unpublished estimates from UN (2009e) were used: Andorra 84.3 (for females) and 77.5 (for males), Antigua and Barbuda 74.6 and 69.7, Dominica 80.3 and 73.7, Liechtenstein 82.4 and 76.0, Saint Kitts and Nevis 74.6 and 69.8 and the Seychelles 77.7 and 68.4.

l National estimate from the UNESCO Institute for Statistics.

m In the absence of recent data, estimates for 2005 from UNESCO Institute for Statistics (2003), based on outdated census or survey information, were used and should be interpreted with caution: the Bahamas 96.7 (for females) and 95.0 (for males), Barbados 99.8 and 99.7, Djibouti 61.4 and 79.9, Fiji 92.9 and 95.9, the Gambia 35.4 and 49.9, Guyana 98.7 and 99.2 and Hong Kong, China (SAR) 91.4 and 97.3.

n Heston, Summers and Aten (2006). Data differ from the standard definition.

o Data refer to Serbia and Montenegro prior to its separation into two independent states in June 2006. Data exclude Kosovo.

p Earned income is estimated using data on the economic activity rate for Serbia and Montenegro prior to its separation into two independent states in June 2006.

q Calculated on the basis of GDP in PPP US\$ for 2006 from World Bank (2009d) and total population for the same year from UN (2009e).

SOURCES

Column 1: determined on the basis of the GDI values.

Column 2: calculated based on data in columns 4–11.

Column 3: calculated based on GDI and HDI values.

Columns 4 and 5: UN (2009e).

Columns 6 and 7: UNESCO Institute for Statistics (2009a).

Columns 8 and 9: UNESCO Institute for Statistics (2009b).

Columns 10 and 11: calculated based on data on GDP (in PPP US\$) and population from the World Bank (2009d), data on wages and economically active population from ILO (2009b).

Column 12: calculated based on recalculated HDI ranks and GDI ranks in column 1.

GDI RANKS FOR 155 COUNTRIES AND AREAS

1 Australia	41 Chile	81 Jamaica	121 Kenya
2 Norway	42 Lithuania	82 Paraguay	122 Yemen
3 Iceland	43 Croatia	83 Sri Lanka	123 Bangladesh
4 Canada	44 Latvia	84 Tunisia	124 Pakistan
5 Sweden	45 Uruguay	85 Gabon	125 Tanzania (United Republic of)
6 France	46 Argentina	86 Philippines	126 Ghana
7 Netherlands	47 Costa Rica	87 Jordan	127 Sudan
8 Finland	48 Mexico	88 Algeria	128 Mauritania
9 Spain	49 Cuba	89 El Salvador	129 Cameroon
10 Ireland	50 Bulgaria	90 Fiji	130 Djibouti
11 Belgium	51 Panama	91 Bolivia	131 Uganda
12 Denmark	52 Romania	92 Mongolia	132 Lesotho
13 Switzerland	53 Trinidad and Tobago	93 Indonesia	133 Nigeria
14 Japan	54 Libyan Arab Jamahiriya	94 Viet Nam	134 Malawi
15 Italy	55 Venezuela (Bolivarian Republic of)	95 Honduras	135 Benin
16 Luxembourg	56 Oman	96 Guyana	136 Zambia
17 United Kingdom	57 Belarus	97 Moldova	137 Côte d'Ivoire
18 New Zealand	58 Malaysia	98 Syrian Arab Republic	138 Eritrea
19 United States	59 Russian Federation	99 Uzbekistan	139 Rwanda
20 Germany	60 Saudi Arabia	100 Kyrgyzstan	140 Senegal
21 Greece	61 Albania	101 Cape Verde	141 Gambia
22 Hong Kong, China (SAR)	62 Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	102 Equatorial Guinea	142 Liberia
23 Austria	63 Brazil	103 Guatemala	143 Guinea
24 Slovenia	64 Colombia	104 Vanuatu	144 Ethiopia
25 Korea (Republic of)	65 Peru	105 Botswana	145 Mozambique
26 Israel	66 Kazakhstan	106 Nicaragua	146 Burundi
27 Cyprus	67 Mauritius	107 Tajikistan	147 Burkina Faso
28 Portugal	68 Armenia	108 Namibia	148 Guinea-Bissau
29 Brunei Darussalam	69 Ukraine	109 South Africa	149 Chad
30 Barbados	70 Turkey	110 Sao Tome and Principe	150 Congo (Democratic Republic of the)
31 Czech Republic	71 Lebanon	111 Morocco	151 Central African Republic
32 Malta	72 Thailand	112 Lao People's Democratic Republic	152 Sierra Leone
33 Bahrain	73 Azerbaijan	113 Bhutan	153 Mali
34 Kuwait	74 Dominican Republic	114 India	154 Afghanistan
35 Qatar	75 China	115 Congo	155 Niger
36 Estonia	76 Iran (Islamic Republic of)	116 Cambodia	
37 Hungary	77 Maldives	117 Comoros	
38 United Arab Emirates	78 Tonga	118 Swaziland	
39 Poland	79 Suriname	119 Nepal	
40 Slovakia	80 Samoa	120 Madagascar	

Gender empowerment measure and its components

TABLE

K

HDI rank	Gender empowerment measure (GEM)		Seats in parliament held by women ^a (% of total)	Female legislators, senior officials and managers ^b (% of total)	Female professional and technical workers ^b (% of total)	Ratio of estimated female to male earned income ^c	Year women received right to ^d		Year a woman became Presiding Officer of parliament or of one of its houses for the first time ^e	Women in ministerial positions ^f (% of total)	
	Rank	Value					vote	stand for election			
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT											
1	Norway	2	0.906	36 ^g	31	51	0.77	1913	1907, 1913	1993	56
2	Australia	7	0.870	30 ^g	37	57	0.70	1902, 1962	1902, 1962	1987	24
3	Iceland	8	0.859	33 ^g	30	56	0.62	1915, 1920	1915, 1920	1974	36
4	Canada	12	0.830	25 ^g	37	56	0.65	1917, 1960	1920, 1960	1972	16
5	Ireland	22	0.722	15 ^g	31	53	0.56	1918, 1928	1918, 1928	1982	21
6	Netherlands	5	0.882	39 ^g	28	50	0.67	1919	1917	1998	33
7	Sweden	1	0.909	47 ^g	32	51	0.67	1919, 1921	1919, 1921	1991	48
8	France	17	0.779	20 ^g	38	48	0.61	1944	1944	..	47
9	Switzerland	13	0.822	27 ^g	30	46	0.62	1971	1971	1977	43
10	Japan	57	0.567	12	9 ^h	46 ^h	0.45	1945, 1947	1945, 1947	1993	12
11	Luxembourg	23 ^g	0.57	1919	1919	1989	14
12	Finland	3	0.902	42	29	55	0.73	1906	1906	1991	58
13	United States	18	0.767	17 ^g	43	56	0.62	1920, 1965	1788 ⁱ	2007	24
14	Austria	20	0.744	27 ^g	27	48	0.40	1918	1918	1927	38
15	Spain	11	0.835	34 ^g	32	49	0.52	1931	1931	1999	44
16	Denmark	4	0.896	38 ^g	28	52	0.74	1915	1915	1950	37
17	Belgium	6	0.874	36 ^g	32	49	0.64	1919, 1948	1921	2004	23
18	Italy	21	0.741	20 ^g	34	47	0.49	1945	1945	1979	24
19	Liechtenstein	24	1984	1984	..	20
20	New Zealand	10	0.841	34	40	54	0.69	1893	1919	2005	32
21	United Kingdom	15	0.790	20 ^g	34	47	0.67	1918, 1928	1918, 1928	1992	23
22	Germany	9	0.852	31 ^g	38	50	0.59	1918	1918	1972	33
23	Singapore	16	0.786	24	31	45	0.53	1947	1947	..	0
24	Hong Kong, China (SAR)	30	42	0.73
25	Greece	28	0.677	15 ^g	28	49	0.51	1952	1952	2004	12
26	Korea (Republic of)	61	0.554	14 ^g	9	40	0.52	1948	1948	..	5
27	Israel	23	0.705	18 ^g	30	52	0.64	1948	1948	2006	12
28	Andorra	25	1970	1973	..	38
29	Slovenia	34	0.641	10 ^g	34	56	0.61	1946	1946	..	18
30	Brunei Darussalam	35 ^h	37 ^h	0.59	—	—	..	7
31	Kuwait	3	0.36	2005	2005	..	7
32	Cyprus	48	0.603	14 ^g	15	48	0.58	1960	1960	..	18
33	Qatar	88	0.445	0	7	25	0.28	2003 ^k	2003	..	8
34	Portugal	19	0.753	28 ^g	32	51	0.60	1931, 1976	1931, 1976	..	13
35	United Arab Emirates	25	0.691	23	10	21	0.27	2006 ^l	2006 ^l	..	8
36	Czech Republic	31	0.664	16 ^g	29	53	0.57	1920	1920	1998	13
37	Barbados	37	0.632	14	43	52	0.65	1950	1950	..	28
38	Malta	74	0.531	9 ^g	19	41	0.45	1947	1947	1996	15
HIGH HUMAN DEVELOPMENT											
39	Bahrain	46	0.605	14	13 ^h	19 ^h	0.51	1973, 2002	1973, 2002	..	4
40	Estonia	30	0.665	21	34	69	0.65	1918	1918	2003	23
41	Poland	38	0.631	18 ^g	36	60	0.59	1918	1918	1997	26
42	Slovakia	32	0.663	19 ^g	31	58	0.58	1920	1920	..	13
43	Hungary	52	0.590	11 ^g	35	60	0.75	1918, 1945	1918, 1945	1963	21
44	Chile	75	0.526	13 ^g	23 ^h	50 ^h	0.42	1949	1949	2002	41
45	Croatia	44	0.618	21 ^g	21	51	0.67	1945	1945	1993	24
46	Lithuania	40	0.628	18 ^g	38	70	0.70	1919	1919	..	23
47	Antigua and Barbuda	17	45	55	..	1951	1951	1994	9
48	Latvia	33	0.648	20	41	66	0.67	1918	1918	1995	22
49	Argentina	24	0.699	40 ^g	23	54	0.51	1947	1947	1973	23
50	Uruguay	63	0.551	12 ^g	40	53	0.55	1932	1932	1963	29
51	Cuba	29	0.676	43	31 ^h	60 ^h	0.49	1934	1934	..	19
52	Bahamas	25	43	63	..	1961, 1964	1961, 1964	1997	8
53	Mexico	39	0.629	22 ^g	31	42	0.42	1947	1947	1953	16
54	Costa Rica	27	0.685	37 ^g	27	43	0.46	1949	1949	1986	29
55	Libyan Arab Jamahiriya	8	0.25	1964	1964	..	0
56	Oman	87	0.453	9	9	33	0.23	1994, 2003	1994, 2003	..	9
57	Seychelles	24	1948	1948	..	20
58	Venezuela (Bolivarian Republic of)	55	0.581	19 ^g	27 ^h	61 ^h	0.48	1946	1946	1998	21
59	Saudi Arabia	106	0.299	0	10	29	0.16	—	—	..	0

HDI rank	Gender empowerment measure (GEM)		Seats in parliament held by women ^a (% of total)	Female legislators, senior officials and managers ^b (% of total)	Female professional and technical workers ^b (% of total)	Ratio of estimated female to male earned income ^c	Year women received right to ^d		Year a woman became Presiding Officer of parliament or of one of its houses for the first time ^e	Women in ministerial positions ^f (% of total)
	Rank	Value					vote	stand for election		
60 Panama	47	0.604	17 ^a	44	52	0.58	1941, 1946	1941, 1946	1994	23
61 Bulgaria	45	0.613	22	31	61	0.68	1937, 1945	1945	..	24
62 Saint Kitts and Nevis	7	1951	1951	2004	..
63 Romania	77	0.512	10 ^g	28	56	0.68	1929, 1946	1929, 1946	2008	0
64 Trinidad and Tobago	14	0.801	33 ^a	43	53	0.55	1946	1946	1991	36
65 Montenegro	84	0.485	11	20	60	0.58	1946 ^m	1946 ^m	..	6
66 Malaysia	68	0.542	15	23	41	0.42	1957	1957	..	9
67 Serbia	42	0.621	22 ^a	35	55	0.59	1946 ^m	1946 ^m	2008	17
68 Belarus	33	0.63	1918	1918	..	6
69 Saint Lucia	51	0.591	17	52	56	0.50	1951	1951	2007	..
70 Albania	7 ^a	0.54	1920	1920	2005	7
71 Russian Federation	60	0.556	11	39	64	0.64	1918	1918	..	10
72 Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	35	0.641	28 ^a	29	53	0.49	1946	1946	..	14
73 Dominica	19	48	55	..	1951	1951	1980	21
74 Grenada	21	49	53	..	1951	1951	1990	50
75 Brazil	82	0.504	9 ^a	35	53	0.60	1932	1932	..	11
76 Bosnia and Herzegovina	12 ^a	0.61	1946	1946	2009	0
77 Colombia	80	0.508	10 ^a	38 ^h	50 ^h	0.71	1954	1954	..	23
78 Peru	36	0.640	29 ^a	29	47	0.59	1955	1955	1995	29
79 Turkey	101	0.379	9	8	33	0.26	1930	1930	..	4
80 Ecuador	41	0.622	28 ^{a,m}	28	49	0.51	1929	1929	..	35
81 Mauritius	71	0.538	17	20	45	0.42	1956	1956	..	10
82 Kazakhstan	73	0.532	12 ^a	38	67	0.68	1924, 1993	1924, 1993	..	6
83 Lebanon	5 ^a	0.25	1952	1952	..	5
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT										
84 Armenia	93	0.412	8 ^a	24	65	0.57	1918	1918	..	6
85 Ukraine	86	0.461	8	39	64	0.59	1919	1919	..	4
86 Azerbaijan	100	0.385	11	5	53	0.44	1918	1918	..	7
87 Thailand	76	0.514	13 ^a	30	53	0.63	1932	1932	..	10
88 Iran (Islamic Republic of)	103	0.331	3	13	34	0.32	1963	1963	..	3
89 Georgia	95	0.408	6	34	62	0.38	1918, 1921	1918, 1921	2001	18
90 Dominican Republic	64	0.550	17 ^a	31	51	0.59	1942	1942	1999	14
91 Saint Vincent and the Grenadines	18	0.51	1951	1951	..	21
92 China	72	0.533	21 ^a	17	52	0.68	1949	1949	..	9
93 Belize	81	0.507	11	41	50	0.43	1954	1954	1984	18
94 Samoa	89	0.431	8	29	39	0.40	1948, 1990	1948, 1990	..	23
95 Maldives	90	0.429	12	14	49	0.54	1932	1932	..	14
96 Jordan	8 ^a	0.19	1974	1974	..	15
97 Suriname	58	0.560	25	28 ^h	23	0.44	1948	1948	1997	17
98 Tunisia	20 ^a	0.28	1959	1959	..	7
99 Tonga	102	0.363	3 ^a	27	43	0.57	1960	1960
100 Jamaica	14	0.58	1944	1944	1984	11
101 Paraguay	79	0.510	14 ^a	35	50	0.64	1961	1961	..	19
102 Sri Lanka	98	0.389	6 ^a	24	46	0.56	1931	1931	..	6
103 Gabon	17	0.59	1956	1956	2009	17
104 Algeria	105	0.315	6 ^a	5	35	0.36	1962	1962	..	11
105 Philippines	59	0.560	20 ^a	57	63	0.58	1937	1937	..	9
106 El Salvador	70	0.539	19 ^a	29	48	0.46	1939	1961	1994	39
107 Syrian Arab Republic	12	..	40 ^h	0.20	1949, 1953	1953	..	6
108 Fiji ^p	51 ^h	9	0.38	1963	1963	..	8
109 Turkmenistan	0.65	1927	1927	2006	7
110 Occupied Palestinian Territories ^g	10	34
111 Indonesia	96	0.408	12 ^a	14 ^h	48 ^h	0.44	1945, 2003	1945	..	11
112 Honduras	54	0.589	23 ^a	41 ^h	52 ^h	0.34	1955	1955
113 Bolivia	78	0.511	15 ^a	36	40	0.61	1938, 1952	1938, 1952	1979	24
114 Guyana	53	0.590	30 ^a	25	59	0.41	1953	1945	..	26
115 Mongolia	94	0.410	4	48	54	0.87	1924	1924	..	20
116 Viet Nam	62	0.554	26	22	51	0.69	1946	1946	..	4
117 Moldova	66	0.547	22 ^a	40	68	0.73	1924, 1993	1924, 1993	2001	11
118 Equatorial Guinea	6 ^a	0.36	1963	1963	..	14

Gender empowerment measure and its components

HDI rank	Gender empowerment measure (GEM)		Seats in parliament held by women ^a (% of total)	Female legislators, senior officials and managers ^b (% of total)	Female professional and technical workers ^b (% of total)	Ratio of estimated female to male earned income ^c	Year women received right to ^d		Year a woman became Presiding Officer of parliament or of one of its houses for the first time ^e	Women in ministerial positions ^f (% of total)
	Rank	Value					vote	stand for election		
119 Uzbekistan	16 ^g	0.64	1938	1938	2008	5
120 Kyrgyzstan	56	0.575	26 ^g	35	62	0.55	1918	1918	..	19
121 Cape Verde	18	0.49	1975	1975	..	36
122 Guatemala	12 ^g	0.42	1946	1946, 1965	1991	7
123 Egypt	107	0.287	4 ^g	11	32	0.27	1956	1956	..	6
124 Nicaragua	67	0.542	18 ^g	41	51	0.34	1950	1955	1990	33
125 Botswana	65	0.550	11 ^g	33	51	0.58	1965	1965	..	28
126 Vanuatu	4	0.69	1975, 1980	1975, 1980	..	8
127 Tajikistan	20	0.65	1924	1924	..	6
128 Namibia	43	0.620	27 ^g	36	52	0.63	1989	1989	..	25
129 South Africa	26	0.687	34 ^{g,a}	34	55	0.60	1930, 1994	1930, 1994	1994	45
130 Morocco	104	0.318	6 ^g	12	35	0.24	1959	1963	..	19
131 Sao Tome and Principe	7	0.47	1975	1975	1980	25
132 Bhutan	14	0.39	1953	1953	..	0
133 Lao People's Democratic Republic	25	0.76	1958	1958	..	11
134 India	9 ^g	0.32	1935, 1950	1935, 1950	2009	10
135 Solomon Islands	0	0.51	1974	1974	..	0
136 Congo	9	0.51	1947, 1961	1963	..	13
137 Cambodia	91	0.427	16	14	41	0.68	1955	1955	..	7
138 Myanmar ^r	0.61	1935	1946	..	0
139 Comoros	3	0.58	1956	1956
140 Yemen	109	0.135	1	4	15	0.25	1967, 1970	1967, 1970	..	6
141 Pakistan	99	0.386	21 ^g	3	25	0.18	1956	1956	2008	4
142 Swaziland	22	0.71	1968	1968	2006	19
143 Angola	37 ^g	0.64	1975	1975	..	6
144 Nepal	83	0.486	33 ^g	14	20	0.61	1951	1951	..	20
145 Madagascar	97	0.398	9	22	43	0.71	1959	1959	..	13
146 Bangladesh	108	0.264	6 ^{g,s}	10 ^h	22 ^h	0.51	1935, 1972	1935, 1972	..	8
147 Kenya	10 ^g	0.65	1919, 1963	1919, 1963
148 Papua New Guinea	1	0.74	1964	1963	..	4
149 Haiti	5 ^g	0.37	1957	1957	..	11
150 Sudan	17 ^g	0.33	1964	1964	..	6
151 Tanzania (United Republic of)	69	0.539	30 ^g	16	38	0.74	1959	1959	..	21
152 Ghana	8 ^g	0.74	1954	1954	2009	16
153 Cameroon	14 ^g	0.53	1946	1946	..	12
154 Mauritania	20 ^g	0.58	1961	1961	..	12
155 Djibouti	14 ^g	0.57	1946	1986	..	9
156 Lesotho	50	0.591	26 ^g	52	58	0.73	1965	1965	2000	32
157 Uganda	49	0.591	31 ^g	33	35	0.69	1962	1962	..	28
158 Nigeria	7	0.42	1958	1958	2007	23
LOW HUMAN DEVELOPMENT										
159 Togo	11	0.45	1945	1945	..	10
160 Malawi	13 ^g	0.74	1961	1961	..	24
161 Benin	11	0.52	1956	1956	..	22
162 Timor-Leste	29 ^g	0.53	25
163 Côte d'Ivoire	9 ^g	0.34	1952	1952	..	13
164 Zambia	92	0.426	15	19 ^h	31 ^h	0.56	1962	1962	..	17
165 Eritrea	22 ^g	0.50	1955 ^t	1955 ^t	..	18
166 Senegal	29 ^g	0.55	1945	1945	..	18
167 Rwanda	51 ^g	0.79	1961	1961	2008	17
168 Gambia	9	0.63	1960	1960	2006	28
169 Liberia	14 ^g	0.50	1946	1946	2003	20
170 Guinea ^u	0.68	1958	1958	..	16
171 Ethiopia	85	0.464	21 ^g	16	33	0.67	1955	1955	1995	10
172 Mozambique	35 ^g	0.90	1975	1975	..	26
173 Guinea-Bissau	10	0.46	1977	1977	..	25
174 Burundi	32 ^g	0.77	1961	1961	2005	30
175 Chad	5	0.70	1958	1958	..	17
176 Congo (Democratic Republic of the)	8	0.46	1967	1970	..	12
177 Burkina Faso	15 ^g	0.66	1958	1958	..	14

HDI rank	Gender empowerment measure (GEM)		Seats in parliament held by women ^a (% of total)	Female legislators, senior officials and managers ^b (% of total)	Female professional and technical workers ^b (% of total)	Ratio of estimated female to male earned income ^c	Year women received right to ^d		Year a woman became Presiding Officer of parliament or of one of its houses for the first time ^e	Women in ministerial positions ^f (% of total)
	Rank	Value					vote	stand for election		
178 Mali	10 ^g	0.44	1956	1956	..	23
179 Central African Republic	10	0.59	1986	1986	..	13
180 Sierra Leone	13 ^g	0.74	1961	1961	..	14
181 Afghanistan	26 ^g	0.24	1963	1963	..	4
182 Niger	12 ^g	0.34	1948	1948	..	26

OTHER UN MEMBER STATES

Iraq	25 ^g	1980	1980	..	10
Kiribati	4	27 ^h	44 ^h	..	1967	1967	..	8
Korea (Democratic People's Rep. of)	20 ^g	1946	1946	..	0
Marshall Islands	3	19 ^h	36 ^h	..	1979	1979	..	10
Micronesia (Federated States of)	0	1979	1979	..	14
Monaco	25	1962	1962	..	0
Nauru	0	1968	1968	..	0
Palau	7	36 ^h	44 ^h	..	1979	1979	..	0
San Marino	15	19	52	..	1959	1973	1981	20
Somalia ^g	1956	1956
Tuvalu	0	25	50	..	1967	1967	..	0
Zimbabwe	18 ^g	1919, 1957	1919, 1978	2005	16

NOTES

- a** Data are as of 28 February 2009, unless otherwise specified. Where there are lower and upper houses, data refer to the weighted average of women's shares of seats in both houses.
- b** Data refer to the most recent year available between 1999 and 2007. Estimates for countries that have implemented the International Standard Classification of Occupations (ISCO-88) are not strictly comparable with those for countries using the previous classification (ISCO-68).
- c** Calculated on the basis of data in columns 10 and 11 in Table J. Estimates are based on data for the most recent year available between 1996 and 2007. Following the methodology implemented in the calculation of the GDI, the income component of the GEM has been scaled downward for countries whose income exceeds the maximum goalpost GDP per capita value of 40,000 (PPP US\$). For more details, for more details see <http://hdr.undp.org/en/statistics/tn1>
- d** Data refer to the year in which the right to vote or stand for national election on a universal and equal basis was recognized. Where two years are shown, the first refers to the first partial recognition of the right to vote or stand for election. In some countries, women were granted the right to vote or stand at local elections before obtaining these rights for national elections; however, data on local election rights are not included in this table.

- e** Date at which, for the first time in the country's parliamentary history, a woman became speaker/presiding officer of parliament or of one of its houses. As of May 2009, women occupy only 12.6% of the total number of 269 posts of Presiding Officers of parliament or of one of its houses.
- f** Data are as of January 2008. The total includes deputy prime ministers and ministers. Prime ministers were also included when they held ministerial portfolios. Vice-presidents and heads of governmental or public agencies are not included.
- g** Countries with established quota systems for women. Quota systems aim at ensuring that women constitute at least a 'critical minority' of 30 or 40 percent. Today women constitute 16 percent of the members of parliaments around the world.
- h** Data follow the ISCO-68 classification.
- i** The total refers to all voting members of the House.
- j** No information is available on the year all women received the right to stand for election. As the country's constitution does not mention gender with regard to this right.
- k** According to the new constitution approved in 2003, women are granted suffrage. To date, no legislative elections have been held.
- l** In December 2006, the Federal National Council was renewed. Men and women were entitled to vote, under similar conditions. One woman was elected to the Council and 7 subsequently appointed.

- m** Serbia and Montenegro separated into two independent states in June 2006. Women received the right to vote and to stand for elections in 1946, when Serbia and Montenegro were part of the former Yugoslavia.
- n** The 2008 Constitution provides that the National Congress shall be replaced by a 124-member National Assembly. Elections to that body are due to take place on 26 April 2009. During the transitional period, a Legislative and Oversight Commission, comprising the members of the Constituent Assembly, assumes the legislative and oversight functions. The date refers to the date when the Commission held its first session.
- o** No woman candidate was elected in the 2008 elections. One woman was appointed to the cabinet. As cabinet ministers also sit in parliament, there was one woman out of a total of 32 members in October 2008.
- p** The parliament was dissolved following a coup d'état in December 2006.
- q** The figures on the distribution of seats do not include the 36 special rotating delegates appointed on an ad hoc basis, and all percentages given are therefore calculated on the basis of the 54 permanent seats.
- r** The parliament elected in 1990 has never been convened nor authorized to sit, and many of its members were detained or forced into exile.
- s** Forty five seats reserved for women are yet to be filled.
- t** In November 1955, Eritrea was part of Ethiopia. The Constitution of sovereign Eritrea adopted on 23 May 1997 stipulates that "All Eritrean citizens, of eighteen years of age or more, shall have the right to vote".
- u** The parliament was dissolved following a coup d'état in December 2008.

SOURCES

- Column 1:** determined on the basis of GEM values in column 2.
- Column 2:** calculated on the basis of data in columns 3–6; see Technical note 1 for details (<http://hdr.undp.org/en/statistics/tn1>).
- Column 3:** calculated on the basis of data on parliamentary seats from IPU (2009).
- Columns 4 and 5:** calculated on the basis of occupational data from ILO (2009b).
- Column 6:** calculated on the basis of data in columns 10 and 11 of table J.
- Columns 7–10:** IPU (2009).

GEM RANKS FOR 109 COUNTRIES OR AREAS

1 Sweden	29 Cuba	57 Japan	85 Ethiopia
2 Norway	30 Estonia	58 Suriname	86 Ukraine
3 Finland	31 Czech Republic	59 Philippines	87 Oman
4 Denmark	32 Slovakia	60 Russian Federation	88 Qatar
5 Netherlands	33 Latvia	61 Korea (Republic of)	89 Samoa
6 Belgium	34 Slovenia	62 Viet Nam	90 Maldives
7 Australia	35 Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	63 Uruguay	91 Cambodia
8 Iceland	36 Peru	64 Dominican Republic	92 Zambia
9 Germany	37 Barbados	65 Botswana	93 Armenia
10 New Zealand	38 Poland	66 Moldova	94 Mongolia
11 Spain	39 Mexico	67 Nicaragua	95 Georgia
12 Canada	40 Lithuania	68 Malaysia	96 Indonesia
13 Switzerland	41 Ecuador	69 Tanzania (United Republic of)	97 Madagascar
14 Trinidad and Tobago	42 Serbia	70 El Salvador	98 Sri Lanka
15 United Kingdom	43 Namibia	71 Mauritius	99 Pakistan
16 Singapore	44 Croatia	72 China	100 Azerbaijan
17 France	45 Bulgaria	73 Kazakhstan	101 Turkey
18 United States	46 Bahrain	74 Malta	102 Tonga
19 Portugal	47 Panama	75 Chile	103 Iran (Islamic Republic of)
20 Austria	48 Cyprus	76 Thailand	104 Morocco
21 Italy	49 Uganda	77 Romania	105 Algeria
22 Ireland	50 Lesotho	78 Bolivia	106 Saudi Arabia
23 Israel	51 Saint Lucia	79 Paraguay	107 Egypt
24 Argentina	52 Hungary	80 Colombia	108 Bangladesh
25 United Arab Emirates	53 Guyana	81 Belize	109 Yemen
26 South Africa	54 Honduras	82 Brazil	
27 Costa Rica	55 Venezuela (Bolivarian Republic of)	83 Nepal	
28 Greece	56 Kyrgyzstan	84 Montenegro	

Demographic trends

HDI rank	Total population (millions)			Rate of natural increase (%)		Net international migration rate (%)		Urban population ^a (% of total)		Child dependency ratio		Old age dependency ratio		Total fertility rate (births per woman)		
	1990	2007	2020 ^b	1990 to 1995	2005 to 2010	1990 to 1995	2005 to 2010	1990	2010	1990	2010	1990	2010	1990	2005 to 2010	
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT																
1	Norway	4.2	4.7	5.2	0.4	0.4	0.2	0.6	72.0	77.6	29.3	28.4	25.2	22.7	1.9	1.9
2	Australia	17.1	20.9	23.7	0.7	0.6	0.4	0.5	85.4	89.1	32.9	28.1	16.8	20.7	1.9	1.8
3	Iceland	0.3	0.3	0.4	1.1	0.9	-0.1	1.3	90.8	92.3	38.7	29.8	16.5	17.4	2.2	2.1
4	Canada	27.7	32.9	37.1	0.7	0.3	0.5	0.6	76.6	80.6	30.4	23.5	16.6	20.3	1.7	1.6
5	Ireland	3.5	4.4	5.1	0.5	0.9	0.0	0.9	56.9	61.9	44.6	30.6	18.5	16.7	2.0	2.0
6	Netherlands	15.0	16.5	17.1	0.4	0.3	0.3	0.1	68.7	82.9	26.5	26.3	18.6	22.9	1.6	1.7
7	Sweden	8.6	9.2	9.7	0.3	0.2	0.3	0.3	83.1	84.7	27.9	25.3	27.7	28.1	2.0	1.9
8	France	56.8	61.7	64.9	0.3	0.4	0.1	0.2	74.1	77.8	30.5	28.4	21.6	26.2	1.7	1.9
9	Switzerland	6.7	7.5	7.9	0.3	0.1	0.7	0.3	73.2	73.6	24.9	22.4	21.3	25.5	1.5	1.5
10	Japan	123.2	127.4	123.7	0.3	-0.1	0.1	0.0	63.1	66.8	26.3	20.5	17.2	35.1	1.5	1.3
11	Luxembourg	0.4	0.5	0.5	0.3	0.3	1.1	0.8	80.9	82.2	25.1	25.7	19.4	20.5	1.7	1.7
12	Finland	5.0	5.3	5.5	0.3	0.2	0.2	0.2	61.4	63.9	28.7	25.0	19.9	25.9	1.8	1.8
13	United States	254.9	308.7	346.2	0.7	0.6	0.5	0.3	75.3	82.3	33.0	30.3	18.7	19.4	2.0	2.1
14	Austria	7.7	8.3	8.5	0.1	0.0	0.6	0.4	65.8	67.6	25.8	21.8	22.1	25.9	1.5	1.4
15	Spain	38.8	44.1	48.6	0.1	0.2	0.2	0.8	75.4	77.4	29.8	22.0	20.5	25.3	1.3	1.4
16	Denmark	5.1	5.4	5.6	0.1	0.1	0.2	0.1	84.8	87.2	25.3	27.6	23.2	25.6	1.7	1.8
17	Belgium	9.9	10.5	11.0	0.1	0.2	0.2	0.4	96.4	97.4	27.0	25.4	22.3	26.4	1.6	1.8
18	Italy	57.0	59.3	60.4	0.0	-0.1	0.1	0.6	66.7	68.4	24.0	21.7	22.2	31.3	1.3	1.4
19	Liechtenstein	0.0	0.0	0.0	16.9	14.2
20	New Zealand	3.4	4.2	4.7	0.9	0.7	0.8	0.2	84.7	86.8	35.1	30.3	16.9	19.4	2.1	2.0
21	United Kingdom	57.2	60.9	65.1	0.2	0.2	0.1	0.3	88.7	90.1	29.1	26.3	24.1	25.1	1.8	1.8
22	Germany	79.4	82.3	80.4	-0.1	-0.2	0.7	0.1	73.1	73.8	23.3	20.2	21.7	30.9	1.3	1.3
23	Singapore	3.0	4.5	5.2	1.3	0.3	1.5	2.2	100.0	100.0	29.4	21.0	7.7	13.8	1.8	1.3
24	Hong Kong, China (SAR)	5.7	6.9	7.7	0.7	0.2	1.0	0.3	99.5	100.0	30.7	15.3	12.1	17.0	1.3	1.0
25	Greece	10.2	11.1	11.3	0.1	-0.1	0.9	0.3	58.8	61.4	28.7	21.1	20.4	27.2	1.4	1.4
26	Korea (Republic of)	43.0	48.0	49.5	1.0	0.4	-0.3	0.0	73.8	81.9	36.9	22.3	7.2	15.2	1.7	1.2
27	Israel	4.5	6.9	8.3	1.5	1.5	2.0	0.2	90.4	91.7	52.5	44.4	15.2	16.4	2.9	2.8
28	Andorra	0.1	0.1	0.1	94.7	88.0
29	Slovenia	1.9	2.0	2.1	0.0	0.0	0.4	0.2	50.4	48.0	30.9	19.8	16.3	23.5	1.4	1.4
30	Brunei Darussalam	0.3	0.4	0.5	2.5	1.7	0.3	0.2	65.8	75.7	54.9	37.5	4.3	4.9	3.1	2.1
31	Kuwait	2.1	2.9	3.7	1.9	1.6	-6.2	0.8	98.0	98.4	58.9	31.3	1.9	3.2	3.2	2.2
32	Cyprus	0.7	0.9	1.0	1.0	0.4	0.4	0.6	66.8	70.3	40.8	25.2	17.3	19.0	2.4	1.5
33	Qatar	0.5	1.1	1.7	1.8	1.0	0.6	9.4	92.2	95.8	38.9	19.2	1.6	1.3	4.1	2.4
34	Portugal	10.0	10.6	10.8	0.1	0.0	0.0	0.4	47.9	60.7	30.8	22.7	20.3	26.7	1.5	1.4
35	United Arab Emirates	1.9	4.4	5.7	2.1	1.3	3.2	1.6	79.1	78.0	43.4	24.0	1.8	1.3	3.9	1.9
36	Czech Republic	10.3	10.3	10.6	0.0	0.0	0.0	0.4	75.2	73.5	32.4	19.9	19.0	21.6	1.7	1.4
37	Barbados	0.3	0.3	0.3	0.6	0.4	-0.8	-0.1	32.7	40.8	36.4	23.5	15.1	14.4	1.6	1.5
38	Malta	0.4	0.4	0.4	0.7	0.1	0.3	0.2	90.4	94.7	35.5	21.7	15.8	21.2	2.0	1.3
HIGH HUMAN DEVELOPMENT																
39	Bahrain	0.5	0.8	1.0	2.3	1.6	0.9	0.5	88.1	88.6	47.5	36.2	3.4	3.1	3.4	2.3
40	Estonia	1.6	1.3	1.3	-0.3	-0.1	-1.4	0.0	71.1	69.5	33.5	22.7	17.5	25.2	1.6	1.6
41	Poland	38.1	38.1	37.5	0.3	0.0	0.0	-0.1	61.3	61.2	38.8	20.6	15.5	18.8	1.9	1.3
42	Slovakia	5.3	5.4	5.4	0.4	0.0	0.0	0.1	56.5	56.8	39.2	20.9	16.0	16.9	1.9	1.3
43	Hungary	10.4	10.0	9.8	-0.3	-0.4	0.2	0.1	65.8	68.3	30.5	21.4	20.1	23.8	1.7	1.4
44	Chile	13.2	16.6	18.6	1.6	1.0	0.1	0.0	83.3	89.0	46.7	32.5	9.6	13.5	2.6	1.9
45	Croatia	4.5	4.4	4.3	0.0	-0.2	0.7	0.0	54.0	57.8	30.1	22.1	16.6	25.6	1.5	1.4
46	Lithuania	3.7	3.4	3.1	0.2	-0.4	-0.5	-0.6	67.6	67.2	33.9	21.2	16.4	23.7	1.8	1.3
47	Antigua and Barbuda	0.1	0.1	0.1	35.4	30.3
48	Latvia	2.7	2.3	2.2	-0.3	-0.4	-1.0	-0.1	69.3	68.2	32.1	20.1	17.7	25.4	1.6	1.4
49	Argentina	32.5	39.5	44.3	1.3	1.0	0.1	0.0	87.0	92.4	50.2	38.6	15.3	16.6	2.9	2.3
50	Uruguay	3.1	3.3	3.5	0.8	0.6	-0.1	-0.3	89.0	92.5	41.7	35.4	18.7	21.8	2.5	2.1
51	Cuba	10.6	11.2	11.2	0.8	0.4	-0.2	-0.3	73.4	75.7	32.8	24.6	12.7	17.5	1.7	1.5
52	Bahamas	0.3	0.3	0.4	1.8	1.1	0.1	0.1	79.8	84.1	51.9	36.8	7.0	10.3	2.6	2.0
53	Mexico	83.4	107.5	119.7	2.2	1.4	-0.3	-0.5	71.4	77.8	67.4	42.7	7.6	10.0	3.2	2.2
54	Costa Rica	3.1	4.5	5.2	2.1	1.3	0.4	0.1	50.7	64.3	60.6	37.1	8.4	9.5	2.9	2.0
55	Libyan Arab Jamahiriya	4.4	6.2	7.7	2.0	1.9	0.0	0.1	75.7	77.9	79.7	45.9	4.7	6.6	4.1	2.7
56	Oman	1.8	2.7	3.5	3.1	1.9	0.2	0.1	66.1	71.7	81.8	46.8	3.6	4.7	6.3	3.1
57	Seychelles	0.1	0.1	0.1	49.3	55.3
58	Venezuela (Bolivarian Republic of)	19.7	27.7	33.4	2.2	1.6	0.0	0.0	84.3	94.0	65.3	45.4	6.4	8.7	3.3	2.5
59	Saudi Arabia	16.3	24.7	31.6	2.9	2.0	-0.6	0.1	76.6	82.1	75.1	49.1	4.1	4.6	5.4	3.2

Demographic trends

HDI rank	Total population (millions)			Rate of natural increase (%)		Net international migration rate (%)		Urban population ^a (% of total)		Child dependency ratio		Old age dependency ratio		Total fertility rate (births per woman)		
	1990	2007	2020 ^b	1990 to 1995	2005 to 2010	1990 to 1995	2005 to 2010	1990	2010	1990	2010	1990	2010	1990 to 1995	2005 to 2010	
	60	Panama	2.4	3.3	4.0	2.0	1.6	0.1	0.1	53.9	74.8	58.8	45.0	8.4	10.4	2.9
61	Bulgaria	8.8	7.6	7.0	-0.3	-0.5	-0.8	-0.1	66.4	71.7	30.5	19.6	19.7	25.5	1.5	1.4
62	Saint Kitts and Nevis	0.0	0.1	0.1	34.6	32.4
63	Romania	23.2	21.5	20.4	0.0	-0.2	-0.5	-0.2	53.2	54.6	35.7	21.8	15.8	21.3	1.5	1.3
64	Trinidad and Tobago	1.2	1.3	1.4	1.1	0.7	-0.4	-0.3	8.5	13.9	56.8	28.3	9.2	9.5	2.1	1.6
65	Montenegro	0.6	0.6	0.6	0.7	0.2	0.5	-0.2	48.0	59.5	40.2	28.3	12.7	18.8	1.8	1.6
66	Malaysia	18.1	26.6	32.0	2.3	1.6	0.3	0.1	49.8	72.2	63.5	44.0	6.2	7.3	3.5	2.6
67	Serbia	9.6	9.8	9.8	0.4	0.0	0.9	0.0	50.4	52.4	34.6	25.9	14.3	21.1	2.0	1.6
68	Belarus	10.3	9.7	9.1	0.0	-0.5	0.0	0.0	66.0	74.3	34.8	20.4	16.1	18.6	1.7	1.3
69	Saint Lucia	0.1	0.2	0.2	1.8	1.1	-0.6	-0.1	29.3	28.0	65.4	38.3	13.4	10.1	3.2	2.0
70	Albania	3.3	3.1	3.3	1.7	0.9	-2.6	-0.5	36.4	48.0	53.0	34.0	8.6	14.4	2.8	1.9
71	Russian Federation	148.1	141.9	135.4	-0.2	-0.4	0.3	0.0	73.4	72.8	34.3	20.8	15.1	17.9	1.5	1.4
72	Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	1.9	2.0	2.0	0.8	0.2	-0.3	-0.1	57.8	67.9	39.4	25.0	11.2	16.9	2.1	1.4
73	Dominica	0.1	0.1	0.1	67.7	74.6
74	Grenada	0.1	0.1	0.1	1.7	1.3	-0.9	-1.0	32.2	31.0	73.2	41.9	14.8	10.6	3.5	2.3
75	Brazil	149.6	190.1	209.1	1.6	1.0	0.0	0.0	74.8	86.5	58.5	37.7	7.4	10.2	2.6	1.9
76	Bosnia and Herzegovina	4.3	3.8	3.7	0.3	-0.1	-5.4	-0.1	39.2	48.6	34.7	21.4	8.8	19.6	1.5	1.2
77	Colombia	33.2	44.4	52.3	2.0	1.5	-0.1	-0.1	68.3	75.1	61.8	43.8	7.2	8.6	3.0	2.5
78	Peru	21.8	28.5	32.9	2.2	1.6	-0.3	-0.4	68.9	71.6	66.3	46.7	6.9	9.3	3.6	2.6
79	Turkey	56.1	73.0	83.9	1.8	1.2	0.0	0.0	59.2	69.6	60.5	39.0	6.8	8.8	2.9	2.1
80	Ecuador	10.3	13.3	15.4	2.2	1.6	-0.1	-0.5	55.1	66.9	68.5	48.8	7.4	10.6	3.4	2.6
81	Mauritius	1.1	1.3	1.4	1.5	0.7	-0.1	0.0	43.9	42.6	43.7	31.5	7.1	10.7	2.3	1.8
82	Kazakhstan	16.5	15.4	16.7	1.1	0.9	-1.9	-0.1	56.3	58.5	50.2	34.5	9.3	10.0	2.6	2.3
83	Lebanon	3.0	4.2	4.6	1.8	0.9	1.4	-0.1	83.1	87.2	60.5	36.4	8.8	10.8	3.0	1.9
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT																
84	Armenia	3.5	3.1	3.2	1.1	0.7	-3.0	-0.5	67.5	63.7	47.4	29.4	8.8	16.1	2.4	1.7
85	Ukraine	51.6	46.3	42.9	-0.2	-0.6	0.0	0.0	66.8	68.1	32.3	19.7	18.3	22.1	1.6	1.3
86	Azerbaijan	7.2	8.6	9.8	1.8	1.2	-0.3	-0.1	53.7	52.2	55.7	34.4	6.9	9.5	2.9	2.2
87	Thailand	56.7	67.0	71.4	1.2	0.6	0.0	0.1	29.4	34.0	45.9	30.3	7.1	10.9	2.1	1.8
88	Iran (Islamic Republic of)	56.7	72.4	83.7	2.2	1.3	-0.4	-0.1	56.3	69.5	86.7	33.4	6.2	6.8	4.0	1.8
89	Georgia	5.5	4.4	4.0	0.6	0.0	-2.1	-1.2	55.1	52.9	37.2	24.2	14.1	20.7	2.1	1.6
90	Dominican Republic	7.4	9.8	11.5	2.3	1.7	-0.3	-0.3	55.2	70.5	66.6	49.5	6.6	9.8	3.3	2.7
91	Saint Vincent and the Grenadines	0.1	0.1	0.1	1.7	1.0	-1.5	-0.9	40.6	47.8	67.9	39.7	11.0	10.0	2.9	2.1
92	China	1,142.1 ^c	1,329.1 ^c	1,431.2 ^c	1.2	0.7	0.0	0.0	27.4	44.9	42.9	27.7	8.3	11.4	2.0	1.8
93	Belize	0.2	0.3	0.4	3.1	2.1	-0.1	-0.1	47.5	52.7	82.6	56.3	7.4	6.7	4.3	2.9
94	Samoa	0.2	0.2	0.2	2.4	1.8	-1.6	-1.8	21.2	23.4	74.0	68.6	7.1	8.6	4.7	4.0
95	Maldives	0.2	0.3	0.4	2.8	1.4	0.0	0.0	25.8	40.5	94.0	39.6	5.2	6.4	5.3	2.1
96	Jordan	3.3	5.9	7.5	2.9	2.2	2.7	0.8	72.2	78.5	93.6	54.4	6.3	5.9	5.1	3.1
97	Suriname	0.4	0.5	0.6	1.5	1.2	-0.2	-0.2	68.3	75.6	53.7	44.0	7.6	9.9	2.6	2.4
98	Tunisia	8.2	10.1	11.4	1.8	1.0	-0.1	0.0	57.9	67.3	66.5	32.4	8.0	9.6	3.1	1.9
99	Tonga	0.1	0.1	0.1	2.4	2.2	-1.8	-1.7	22.7	25.3	70.1	66.0	8.0	10.3	4.5	4.0
100	Jamaica	2.4	2.7	2.8	1.8	1.2	-0.9	-0.7	49.4	53.7	61.2	45.7	12.5	12.2	2.8	2.4
101	Paraguay	4.2	6.1	7.5	2.6	1.9	-0.1	-0.1	48.7	61.5	75.9	54.7	7.4	8.4	4.3	3.1
102	Sri Lanka	17.3	19.9	21.7	1.4	1.2	-0.3	-0.3	17.2	15.1	51.1	35.7	8.9	11.4	2.5	2.3
103	Gabon	0.9	1.4	1.8	2.7	1.8	0.4	0.1	69.1	86.0	77.9	59.2	10.6	7.2	5.1	3.4
104	Algeria	25.3	33.9	40.6	2.3	1.6	0.0	-0.1	52.1	66.5	80.6	39.5	6.8	6.8	4.1	2.4
105	Philippines	62.4	88.7	109.7	2.5	2.0	-0.3	-0.2	48.8	66.4	72.6	53.8	5.8	6.9	4.1	3.1
106	El Salvador	5.3	6.1	6.6	2.3	1.4	-0.9	-0.9	49.2	61.3	75.0	51.5	8.6	12.0	3.7	2.3
107	Syrian Arab Republic	12.7	20.5	26.5	2.9	2.5	-0.1	0.8	48.9	54.9	98.9	56.1	5.4	5.2	4.9	3.3
108	Fiji	0.7	0.8	0.9	2.1	1.5	-0.9	-0.8	41.6	53.4	64.1	48.2	5.3	7.7	3.4	2.8
109	Turkmenistan	3.7	5.0	5.8	2.4	1.4	0.3	-0.1	45.1	49.5	72.6	43.4	6.8	6.2	4.0	2.5
110	Occupied Palestinian Territories	2.2	4.0	5.8	3.9	3.2	0.0	0.0	67.9	72.1	93.6	84.6	6.8	5.5	6.5	5.1
111	Indonesia	177.4	224.7	254.2	1.6	1.2	-0.1	-0.1	30.6	53.7	59.3	39.7	6.3	9.0	2.9	2.2
112	Honduras	4.9	7.2	9.1	3.1	2.3	-0.5	-0.3	40.3	48.8	88.9	62.5	6.6	7.3	4.9	3.3
113	Bolivia	6.7	9.5	11.6	2.6	2.0	-0.3	-0.2	55.6	66.5	74.0	60.2	6.8	8.0	4.8	3.5
114	Guyana	0.7	0.8	0.7	1.6	1.0	-1.3	-1.0	29.5	28.5	62.1	45.0	7.8	9.5	2.6	2.3
115	Mongolia	2.2	2.6	3.0	2.0	1.2	-1.5	-0.1	57.0	57.5	76.8	36.4	7.4	5.8	3.5	2.0
116	Viet Nam	66.2	86.1	98.0	2.2	1.2	-0.2	0.0	20.3	28.8	70.6	36.6	8.4	9.3	3.3	2.1
117	Moldova	4.4	3.7	3.4	0.4	-0.1	-0.6	-0.9	46.8	41.2	43.8	23.0	13.0	15.4	2.1	1.5
118	Equatorial Guinea	0.4	0.6	0.9	2.8	2.3	0.7	0.3	34.7	39.7	68.4	72.2	7.6	5.1	5.9	5.4

TABLE

HDI rank	Total population (millions)			Rate of natural increase (%)		Net international migration rate (%)		Urban population ^a (% of total)		Child dependency ratio		Old age dependency ratio		Total fertility rate (births per woman)	
	1990	2007	2020 ^b	1990 to 1995	2005 to 2010	1990 to 1995	2005 to 2010	1990	2010	1990	2010	1990	2010	1990 to 1995	2005 to 2010
	119 Uzbekistan	20.5	26.9	31.2	2.5	1.4	-0.3	-0.3	40.1	36.9	74.3	42.7	7.3	6.6	3.9
120 Kyrgyzstan	4.4	5.3	6.2	2.1	1.5	-1.2	-0.3	37.8	36.6	65.4	44.1	8.7	7.7	3.6	2.6
121 Cape Verde	0.4	0.5	0.6	2.9	1.9	-0.5	-0.5	44.1	61.1	97.8	58.7	9.0	6.8	4.9	2.8
122 Guatemala	8.9	13.4	18.1	3.1	2.8	-0.8	-0.3	41.1	49.5	88.5	76.8	6.6	8.2	5.5	4.2
123 Egypt	57.8	80.1	98.6	2.2	1.9	-0.2	-0.1	43.5	42.8	78.4	50.8	6.9	7.3	3.9	2.9
124 Nicaragua	4.1	5.6	6.7	2.9	2.0	-0.5	-0.7	52.3	57.3	90.4	56.6	6.2	7.5	4.5	2.8
125 Botswana	1.4	1.9	2.2	2.5	1.3	0.2	0.2	41.9	61.1	85.9	52.1	5.0	6.1	4.3	2.9
126 Vanuatu	0.1	0.2	0.3	2.9	2.5	-0.1	0.0	18.7	25.6	83.7	65.4	6.8	5.7	4.8	4.0
127 Tajikistan	5.3	6.7	8.4	2.8	2.2	-1.1	-0.6	31.7	26.5	81.4	60.6	7.2	6.0	4.9	3.5
128 Namibia	1.4	2.1	2.6	2.9	1.9	-0.2	0.0	27.7	38.0	82.6	60.7	6.3	6.1	4.9	3.4
129 South Africa	36.7	49.2	52.7	1.9	0.7	0.5	0.3	52.0	61.7	67.2	46.6	5.5	7.1	3.3	2.6
130 Morocco	24.8	31.2	36.2	2.0	1.5	-0.3	-0.3	48.4	56.7	70.6	42.1	6.8	8.1	3.7	2.4
131 Sao Tome and Principe	0.1	0.2	0.2	2.8	2.5	-0.8	-0.9	43.6	62.2	95.2	72.2	8.9	6.9	5.2	3.9
132 Bhutan	0.5	0.7	0.8	2.3	1.4	-3.8	0.3	16.4	36.8	79.2	45.8	6.1	7.5	5.4	2.7
133 Lao People's Democratic Republic	4.2	6.1	7.7	2.8	2.1	-0.1	-0.2	15.4	33.2	82.7	61.9	6.7	6.1	5.8	3.5
134 India	862.2	1,164.7	1,367.2	2.0	1.4	0.0	0.0	25.5	30.1	64.9	47.9	6.6	7.7	3.9	2.8
135 Solomon Islands	0.3	0.5	0.7	2.9	2.5	0.0	0.0	13.7	18.6	87.6	66.4	5.8	5.4	5.5	3.9
136 Congo	2.4	3.6	4.7	2.7	2.2	-0.1	-0.3	54.3	62.1	84.1	71.8	7.2	6.8	5.2	4.4
137 Cambodia	9.7	14.3	17.7	2.9	1.6	0.3	0.0	12.6	22.8	84.8	51.0	5.2	5.6	5.5	3.0
138 Myanmar	40.8	49.1	55.5	1.5	1.1	-0.1	-0.2	24.9	33.9	62.6	39.1	8.4	8.1	3.1	2.3
139 Comoros	0.4	0.6	0.8	2.5	2.6	-0.1	-0.3	27.9	28.2	91.1	64.7	5.9	5.2	5.1	4.0
140 Yemen	12.3	22.3	31.6	3.7	3.0	0.9	-0.1	20.9	31.8	111.8	79.8	4.2	4.4	7.7	5.3
141 Pakistan	115.8	173.2	226.2	2.8	2.3	-0.4	-0.2	30.6	37.0	82.1	61.7	7.0	6.9	5.7	4.0
142 Swaziland	0.9	1.2	1.4	3.1	1.4	-0.8	-0.1	22.9	25.5	97.8	67.1	5.5	5.9	5.3	3.6
143 Angola	10.7	17.6	24.5	3.0	2.6	0.2	0.1	37.1	58.5	95.3	84.5	5.2	4.7	7.1	5.8
144 Nepal	19.1	28.3	35.3	2.6	1.9	-0.1	-0.1	8.9	18.2	78.1	59.8	5.9	6.8	4.9	2.9
145 Madagascar	11.3	18.6	25.7	3.0	2.7	0.0	0.0	23.6	30.2	85.7	78.0	6.1	5.6	6.1	4.8
146 Bangladesh	115.6	157.8	185.6	2.1	1.5	-0.1	-0.1	19.8	28.1	79.8	47.4	5.6	6.1	4.0	2.4
147 Kenya	23.4	37.8	52.0	3.0	2.7	0.2	-0.1	18.2	22.2	101.2	78.5	5.6	4.8	5.6	5.0
148 Papua New Guinea	4.1	6.4	8.5	2.6	2.4	0.0	0.0	15.0	12.5	74.4	68.0	3.9	4.3	4.7	4.1
149 Haiti	7.1	9.7	11.7	2.4	1.9	-0.4	-0.3	28.5	49.6	81.3	60.2	7.2	7.3	5.2	3.5
150 Sudan	27.1	40.4	52.3	2.7	2.1	-0.1	0.1	26.6	45.2	83.1	67.0	5.7	6.4	5.8	4.2
151 Tanzania (United Republic of)	25.5	41.3	59.6	2.8	3.0	0.4	-0.1	18.9	26.4	89.5	85.8	5.2	6.0	6.1	5.6
152 Ghana	15.0	22.9	29.6	2.8	2.1	0.0	0.0	36.4	51.5	83.4	65.5	5.7	6.3	5.3	4.3
153 Cameroon	12.2	18.7	24.3	2.8	2.3	0.0	0.0	40.7	58.4	88.7	73.2	7.0	6.4	5.7	4.7
154 Mauritania	2.0	3.1	4.1	2.8	2.3	-0.1	0.1	39.7	41.4	84.5	67.5	5.2	4.6	5.7	4.5
155 Djibouti	0.6	0.8	1.0	2.7	1.8	-0.5	0.0	75.7	88.1	82.1	58.2	4.5	5.4	5.9	3.9
156 Lesotho	1.6	2.0	2.2	2.5	1.2	-1.0	-0.4	14.0	26.9	88.6	67.9	8.5	8.4	4.7	3.4
157 Uganda	17.7	30.6	46.3	3.2	3.3	0.1	-0.1	11.1	13.3	97.7	99.9	5.5	5.2	7.1	6.4
158 Nigeria	97.3	147.7	193.3	2.5	2.4	0.0	0.0	35.3	49.8	89.2	77.7	5.7	5.8	6.4	5.3
LOW HUMAN DEVELOPMENT															
159 Togo	3.9	6.3	8.4	3.0	2.5	-0.6	0.0	30.1	43.4	90.2	69.5	6.1	6.3	6.0	4.3
160 Malawi	9.5	14.4	20.5	3.3	2.8	-1.9	0.0	11.6	19.8	92.4	90.1	5.3	6.1	6.8	5.6
161 Benin	4.8	8.4	12.2	3.1	3.0	0.4	0.1	34.5	42.0	89.4	79.7	7.0	6.1	6.6	5.5
162 Timor-Leste	0.7	1.1	1.6	2.7	3.1	0.0	0.2	20.8	28.1	68.7	85.4	3.5	5.8	5.7	6.5
163 Côte d'Ivoire	12.6	20.1	27.0	2.9	2.4	0.5	-0.1	39.7	50.1	85.1	72.6	5.2	7.0	5.9	4.6
164 Zambia	7.9	12.3	16.9	2.8	2.6	0.0	-0.1	39.4	35.7	88.6	91.0	5.4	6.0	6.3	5.9
165 Eritrea	3.2	4.8	6.7	2.6	2.9	-2.3	0.2	15.8	21.6	90.7	74.1	5.1	4.5	6.1	4.7
166 Senegal	7.5	11.9	16.2	3.0	2.8	-0.2	-0.2	39.0	42.9	92.3	79.8	4.9	4.4	6.5	5.0
167 Rwanda	7.2	9.5	13.2	-0.1	2.6	-5.3	0.0	5.4	18.9	102.1	76.8	5.4	4.5	6.2	5.4
168 Gambia	0.9	1.6	2.2	2.9	2.6	0.9	0.2	38.3	58.1	79.0	76.4	5.0	5.2	6.0	5.1
169 Liberia	2.2	3.6	5.3	2.9	2.8	-5.1	1.3	45.3	61.5	87.0	78.2	5.7	5.7	6.4	5.1
170 Guinea	6.1	9.6	13.5	2.9	2.9	1.0	-0.6	28.0	35.4	85.4	78.8	6.2	6.1	6.6	5.5
171 Ethiopia	48.3	78.6	108.0	3.0	2.7	0.3	-0.1	12.6	17.6	86.5	80.5	5.5	6.0	7.0	5.4
172 Mozambique	13.5	21.9	28.5	2.4	2.3	0.9	0.0	21.1	38.4	92.7	83.0	6.4	6.2	6.1	5.1
173 Guinea-Bissau	1.0	1.5	2.1	2.3	2.4	0.4	-0.2	28.1	30.0	74.7	79.0	6.5	6.4	5.9	5.7
174 Burundi	5.7	7.8	10.3	2.5	2.1	-0.8	0.8	6.3	11.0	87.9	63.9	6.0	4.7	6.5	4.7
175 Chad	6.1	10.6	14.9	3.1	2.9	0.0	-0.1	20.8	27.6	90.7	88.4	6.7	5.5	6.6	6.2
176 Congo (Democratic Republic of the)	37.0	62.5	87.6	3.3	2.8	0.6	0.0	27.8	35.2	94.1	91.0	5.5	5.2	7.1	6.1
177 Burkina Faso	8.8	14.7	21.9	3.0	3.5	-0.3	-0.1	13.8	20.4	94.6	90.0	5.1	3.9	6.7	5.9

Demographic trends

HDI rank	Total population (millions)			Rate of natural increase (%)		Net international migration rate (%)		Urban population ^a (% of total)		Child dependency ratio		Old age dependency ratio		Total fertility rate (births per woman)	
	1990	2007	2020 ^b	1990 to 1995	2005 to 2010	1990 to 1995	2005 to 2010	1990	2010	1990	2010	1990	2010	1990	2005 to 2010
	178 Mali	8.7	12.4	16.8	2.5	2.7	-0.6	-0.3	23.3	33.3	86.2	82.2	5.4	4.3	6.3
179 Central African Republic	2.9	4.3	5.3	2.4	1.9	0.2	0.0	36.8	38.9	81.4	72.3	7.5	6.9	5.7	4.8
180 Sierra Leone	4.1	5.4	7.3	1.8	2.4	-2.2	0.2	32.9	38.4	77.2	79.5	5.1	3.4	5.5	5.2
181 Afghanistan	12.6	26.3	39.6	2.9	2.7	4.3	0.7	18.3	24.8	89.5	88.5	4.5	4.3	8.0	6.6
182 Niger	7.9	14.1	22.9	3.3	3.9	0.0	0.0	15.4	16.7	100.7	104.7	4.1	4.1	7.8	7.1
OTHER UN MEMBER STATES															
Iraq	18.1	29.5	40.2	3.1	2.6	-0.2	-0.4	69.7	66.4	89.0	72.5	6.6	5.8	5.8	4.1
Kiribati	0.1	0.1	0.1	35.0	44.0
Korea (Democratic People's Rep. of)	20.1	23.7	24.8	1.5	0.4	0.0	0.0	58.4	63.4	37.9	30.6	6.8	14.2	2.4	1.9
Marshall Islands	0.0	0.1	0.1	65.1	71.8
Micronesia (Federated States of)	0.1	0.1	0.1	2.6	1.9	-0.4	-1.6	25.8	22.7	84.3	61.2	6.8	6.1	4.8	3.6
Monaco	0.0	0.0	0.0	100.0	100.0
Nauru	0.0	0.0	0.0	100.0	100.0
Palau	0.0	0.0	0.0	69.6	82.7
San Marino	0.0	0.0	0.0	90.4	94.3
Somalia	6.6	8.7	12.2	2.5	2.8	-2.7	-0.6	29.7	37.4	84.5	85.7	5.6	5.2	6.5	6.4
Tuvalu	0.0	0.0	0.0	40.7	50.4
Zimbabwe	10.5	12.4	15.6	2.6	1.4	-0.3	-1.1	29.0	38.3	90.3	70.0	5.8	7.3	4.8	3.5
Arab States	638.6 ^T	964.5 ^T	1,276.1 ^T	2.6 ^d	2.3 ^d	-0.1 ^d	-0.1 ^d	4.6	4.6	85.5 ^d	71.5 ^d	5.9 ^d	6.1 ^d	5.6 ^d	4.6 ^d
Central and Eastern Europe and the CIS	3,178.8 ^T	4,029.3 ^T	4,596.3 ^T	1.7 ^d	1.2 ^d	0.0 ^d	0.0 ^d	2.4	2.4	55.2 ^d	39.0 ^d	7.8 ^d	10.0 ^d	3.0 ^d	2.4 ^d
East Asia and the Pacific	720.8 ^T	730.7 ^T	732.8 ^T	0.0 ^d	-0.1 ^d	0.1 ^d	0.2 ^d	1.5	1.5	30.7 ^d	22.5 ^d	19.1 ^d	23.8 ^d	1.6 ^d	1.5 ^d
Latin America and the Caribbean	442.3 ^T	569.7 ^T	645.5 ^T	1.9 ^d	1.3 ^d	-0.1 ^d	-0.2 ^d	2.3	2.3	61.4 ^d	42.3 ^d	8.3 ^d	10.6 ^d	3.0 ^d	2.3 ^d
South Asia	282.7 ^T	341.7 ^T	383.4 ^T	0.7 ^d	0.6 ^d	0.5 ^d	0.4 ^d	2.0	2.0	32.7 ^d	29.6 ^d	18.5 ^d	19.5 ^d	2.0 ^d	2.0 ^d
Sub-Saharan Africa	26.9 ^T	34.5 ^T	40.3 ^T	1.2 ^d	1.0 ^d	0.3 ^d	0.3 ^d	2.4	2.4	41.4 ^d	37.2 ^d	14.3 ^d	16.6 ^d	2.5 ^d	2.4 ^d
OECD	1,048.6 ^T	1,189.0 ^T	1,269.7 ^T	0.6	0.4	0.2	0.2	71.8	76.8	34.6	27.7	17.5	22.1	1.9	1.8
European Union (EU27)	471.6 ^T	493.2 ^T	505.3 ^T	0.1	0.0	0.2	0.3	71.5	74.0	29.1	23.2	20.8	26.2	1.6	1.5
GCC	23.1 ^T	36.5 ^T	47.1 ^T	2.7	1.8	-0.5	0.7	78.5	82.8	70.2	43.1	3.6	3.9	5.1	2.9
Very high human development	877.3 ^T	986.5 ^T	1,051.0 ^T	0.4	0.3	0.3	0.3	73.7	78.4	29.8	25.5	19.0	24.3	1.7	1.7
Very high HD: OECD	855.4 ^T	954.9 ^T	1,013.4 ^T	0.4	0.3	0.3	0.3	73.3	78.0	29.6	25.5	19.2	24.7	1.7	1.7
Very high HD: non-OECD	22.0 ^T	31.6 ^T	37.6 ^T	1.2	0.8	0.9	1.2	88.5	89.7	40.1	26.4	10.5	12.4	2.2	1.8
High human development	784.2 ^T	918.4 ^T	996.0 ^T	1.2	0.8	-0.1	-0.1	69.4	76.5	51.4	35.0	10.6	12.7	2.5	2.0
Medium human development	3,388.5 ^T	4,380.5 ^T	5,090.6 ^T	1.8	1.3	-0.1	-0.1	30.3	41.1	61.0	44.3	7.3	8.8	3.3	2.6
Low human development	240.2 ^T	385.1 ^T	536.8 ^T	2.9	2.7	0.1	0.0	22.7	29.7	89.9	83.6	5.5	5.5	6.7	5.6
World	5,290.5 ^{Td}	6,670.8 ^{Td}	7,674.3 ^{Td}	1.5 ^d	1.2 ^d	0.0 ^d	0.0 ^d	2.6	2.6	53.8 ^d	41.2 ^d	10.0 ^d	11.6 ^d	3.1 ^d	2.6 ^d

NOTES

a Because data are based on national definitions of what constitutes a city or metropolitan area, cross-country comparisons should be made with caution.

b Data refer to medium variant projections.

c Population estimates include Taiwan, Province of China.

d Data are aggregates provided by original data source.

SOURCES

Columns 1-7 and 10-15: UN (2009e).

Columns 8 and 9: UN (2008c).

Economy and inequality

M

HDI rank	GDP		GDP per capita				Average annual change in consumer price index (%)		Share of income or expenditure ^a		Inequality measures		
	US\$ billions 2007	PPP US\$ billions 2007	US\$ 2007	Annual growth rate at constant prices (%) 1990–2007	Highest value in the period 1980–2007 2007 PPP US\$ ^a	Year of highest value	1990–2007	2006–2007	Poorest 10%	Richest 10%	Richest 10% to poorest 10% ^c	Gini index ^d	
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT													
1	Norway	388.4	251.6	82,480	2.6	53,433	2007	2.1	0.7	3.9 ^e	23.4 ^e	6.1	25.8
2	Australia	821.0	733.9	39,066	2.4	34,923	2007	2.5	2.3	2.0 ^e	25.4 ^e	12.5	35.2
3	Iceland	20.0	11.1	64,190	2.5	35,742	2007	3.5	5.1
4	Canada	1,329.9	1,180.9	40,329	2.2	35,812	2007	2.0	2.1	2.6 ^e	24.8 ^e	9.4	32.6
5	Ireland	259.0	194.8	59,324	5.8	44,613	2007	3.0	4.9	2.9 ^e	27.2 ^e	9.4	34.3
6	Netherlands	765.8	633.9	46,750	2.1	38,694	2007	2.4	1.6	2.5 ^e	22.9 ^e	9.2	30.9
7	Sweden	454.3	335.8	49,662	2.3	36,712	2007	1.5	2.2	3.6 ^e	22.2 ^e	6.2	25.0
8	France	2,589.8	2,078.0	41,970	1.6	33,674	2007	1.6	1.5	2.8 ^e	25.1 ^e	9.1	32.7
9	Switzerland	424.4	307.0	56,207	0.8	40,658	2007	1.2	0.7	2.9 ^e	25.9 ^e	9.0	33.7
10	Japan	4,384.3	4,297.2	34,313	1.0	33,632	2007	0.2	0.1	4.8 ^e	21.7 ^e	4.5	24.9
11	Luxembourg	49.5	38.2	103,042	3.3	79,485	2007	2.1	2.3	3.5 ^e	23.8 ^e	6.8	30.8
12	Finland	244.7	182.6	46,261	2.8	34,526	2007	1.5	2.5	4.0 ^e	22.6 ^e	5.6	26.9
13	United States	13,751.4	13,751.4	45,592	2.0	45,592	2007	2.6	2.9	1.9 ^e	29.9 ^e	15.9	40.8
14	Austria	373.2	310.7	44,879	1.8	37,370	2007	2.0	2.2	3.3 ^e	23.0 ^e	6.9	29.1
15	Spain	1,436.9	1,416.4	32,017	2.4	31,560	2007	3.4	2.8	2.6 ^e	26.6 ^e	10.3	34.7
16	Denmark	311.6	197.3	57,051	1.9	36,130	2007	2.1	1.7	2.6 ^e	21.3 ^e	8.1	24.7
17	Belgium	452.8	371.2	42,609	1.8	34,935	2007	1.9	1.8	3.4 ^e	28.1 ^e	8.2	33.0
18	Italy	2,101.6	1,802.2	35,396	1.2	30,353	2007	2.9	1.8	2.3 ^e	26.8 ^e	11.6	36.0
19	Liechtenstein
20	New Zealand	135.7	115.6	32,086	2.1	27,336	2007	2.0	2.4	2.2 ^e	27.8 ^e	12.5	36.2
21	United Kingdom	2,772.0	2,143.0	45,442	2.4	35,130	2007	2.7	4.3	2.1 ^e	28.5 ^e	13.8	36.0
22	Germany	3,317.4	2,830.1	40,324	1.4	34,401	2007	1.7	2.1	3.2 ^e	22.1 ^e	6.9	28.3
23	Singapore	161.3	228.1	35,163	3.8	49,704	2007	1.2	2.1	1.9 ^e	32.8 ^e	17.7	42.5
24	Hong Kong, China (SAR)	207.2	293.0	29,912	2.4	42,306	2007	2.0	2.0	2.0 ^e	34.9 ^e	17.8	43.4
25	Greece	313.4	319.2	27,995	2.7	28,517	2007	5.9	2.9	2.5 ^e	26.0 ^e	10.2	34.3
26	Korea (Republic of)	969.8	1,201.8	20,014	4.5	24,801	2007	4.0	2.5	2.9 ^e	22.5 ^e	7.8	31.6
27	Israel	164.0	188.9	22,835	1.7	26,315	2007	5.7	0.5	2.1 ^e	28.8 ^e	13.4	39.2
28	Andorra
29	Slovenia	47.2	54.0	23,379	3.5	26,753 ^f	2007	8.2	3.6	3.4 ^g	24.6 ^g	7.3	31.2
30	Brunei Darussalam	11.5 ^h	19.5	30,032 ^h	-0.3	83,688	1980	1.2 ^f	0.1 ^h
31	Kuwait	112.1	121.1 ^h	42,102	1.8	47,812 ^f	2006	2.0	5.5
32	Cyprus	21.3	21.2	24,895	2.5	24,789	2007	3.2	2.4
33	Qatar	52.7	56.3	64,193 ^h	3.4	13.8
34	Portugal	222.8	241.5	20,998	1.9	22,765	2007	3.6	2.8	2.0 ^e	29.8 ^e	15.0	38.5
35	United Arab Emirates	163.3	226.1	38,436 ^h	-0.1	101,057 ^f	1980
36	Czech Republic	175.0	249.5	16,934	2.4	24,144 ^f	2007	4.6	2.9	4.3 ^e	22.7 ^e	5.3	25.8
37	Barbados	3.0 ^h	5.0 ^h	10,427 ^h	2.5	4.0
38	Malta	7.4	9.4	18,203	2.6	23,080	2007	2.7	1.3
HIGH HUMAN DEVELOPMENT													
39	Bahrain	15.8 ^h	20.3 ^h	21,421 ^h	2.4	29,723 ^f	2005	0.5	-5.5
40	Estonia	20.9	27.3	15,578	5.3	20,361	2007	10.3	6.6	2.7 ^g	27.7 ^g	10.4	36.0
41	Poland	422.1	609.4	11,072	4.4	15,987 ^f	2007	13.6	2.4	3.0 ^g	27.2 ^g	9.0	34.9
42	Slovakia	75.0	108.4	13,891	3.4	20,076 ^f	2007	7.3	2.8	3.1 ^e	20.8 ^e	6.8	25.8
43	Hungary	138.4	188.6	13,766	3.3	18,755	2007	13.4	7.9	3.5 ^g	24.1 ^g	6.8	30.0
44	Chile	163.9	230.3	9,878	3.7	13,880	2007	5.7	4.4	1.6 ^e	41.7 ^e	26.2	52.0
45	Croatia	51.3	71.1	11,559	3.0	16,027 ^f	2007	32.4	2.9	3.6 ^g	23.1 ^g	6.4	29.0
46	Lithuania	38.3	59.3	11,356	3.0	17,575 ^f	2007	11.8	5.7	2.7 ^g	27.4 ^g	10.3	35.8
47	Antigua and Barbuda	1.0 ^h	1.6 ^h	11,664 ^h	1.8	19,085	2006
48	Latvia	27.2	37.3	11,930	4.7	16,377	2007	13.3	10.1	2.7 ^g	27.4 ^g	10.3	35.7
49	Argentina	262.5	522.9	6,644	1.5	13,238	2007	7.3	8.8	1.2 ^e	37.3 ^e	31.6	50.0
50	Uruguay	23.1	37.3	6,960	1.5	11,216	2007	19.7	8.1	1.7 ^e	34.8 ^e	20.1	46.2
51	Cuba
52	Bahamas	6.6	..	19,844	1.9	2.5
53	Mexico	1,022.8	1,484.9	9,715	1.6	14,104	2007	13.2	4.0	1.8 ^g	37.9 ^g	21.0	48.1
54	Costa Rica	26.3	48.4	5,887	2.6	10,842	2007	13.1	9.4	1.5 ^e	35.5 ^e	23.4	47.2
55	Libyan Arab Jamahiriya	58.3	88.4	9,475	1.2 ^f	3.4 ^h
56	Oman	35.7	56.6	14,031 ^h	2.3	22,816 ^f	2006	..	6.0
57	Seychelles	0.7	1.4	8,560	1.4	16,771	2000	2.5	5.3
58	Venezuela (Bolivarian Republic of)	228.1	334.1	8,299	-0.2	12,233	1980	34.3	18.7	1.7 ^e	32.7 ^e	18.8	43.4
59	Saudi Arabia	381.7	554.1	15,800	0.3	36,637	1980	0.5	4.2

Economy and inequality

HDI rank	GDP		GDP per capita				Average annual change in consumer price index (%)		Share of income or expenditure ^a		Inequality measures	
	US\$ billions 2007	PPP US\$ billions 2007	US\$ 2007	Annual growth rate at constant prices (%) 1990–2007	Highest value in the period 1980–2007 2007 PPP US\$ ^a	Year of highest value	1990–2007	2006–2007	Poorest 10%	Richest 10%	Richest 10% to poorest 10% ^c	Gini index ^d
60 Panama	19.5	38.1	5,833	2.6	11,391	2007	1.1	4.2	0.8 ^e	41.4 ^e	49.9	54.9
61 Bulgaria	39.5	86.0	5,163	2.3	11,222	2007	55.7	8.4	3.5 ^g	23.8 ^g	6.9	29.2
62 Saint Kitts and Nevis	0.5	0.7	10,795	2.8	14,481	2007	3.2	4.4
63 Romania	166.0	266.5	7,703	2.3	12,369	2007	56.4	4.8	3.3 ^g	25.3 ^g	7.6	31.5
64 Trinidad and Tobago	20.9	31.3	15,668	5.0	23,507	2007	5.2	7.9	2.1 ^e	29.9 ^e	14.4	40.3
65 Montenegro	3.5	7.0	5,804	3.8	11,699 ^f	2007
66 Malaysia	186.7	358.9	7,033	3.4	13,518	2007	2.8	2.0	2.6 ^e	28.5 ^e	11.0	37.9
67 Serbia	40.1	75.6	5,435	0.0	13,137 ^f	1990	36.4	6.4
68 Belarus	44.8	105.2	4,615	3.4	10,841 ^f	2007	114.2	8.4	3.6 ^g	22.0 ^g	6.1	27.9
69 Saint Lucia	1.0	1.6	5,834	1.3	9,786	2007	2.6	2.5	2.0 ^e	32.5 ^e	16.2	42.6
70 Albania	10.8	22.4	3,405	5.2	7,041	2007	13.0	2.9	3.2 ^g	25.9 ^g	8.0	33.0
71 Russian Federation	1,290.1	2,087.4	9,079	1.2	14,690 ^f	2007	44.4	9.0	2.6 ^g	28.4 ^g	11.0	37.5
72 Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	7.7	18.5	3,767	0.4	9,096 ^f	2007	4.8	3.5	2.4 ^g	29.5 ^g	12.4	39.0
73 Dominica	0.3 ^h	0.6 ^h	..	1.4	7,893 ^f	2006	1.6	3.1
74 Grenada	0.6	0.8	5,724	2.4	7,557	2005	2.1	4.2
75 Brazil	1,313.4	1,833.0	6,855	1.2	9,567	2007	67.6	3.6	1.1 ^e	43.0 ^e	40.6	55.0
76 Bosnia and Herzegovina	15.1	29.3	4,014	11.2	7,764 ^f	2007	2.8	27.4 ^g	9.9	35.8
77 Colombia	207.8	377.7	4,724	1.2	8,587	2007	13.6	5.4	0.8	45.9 ^e	60.4	58.5
78 Peru	107.3	218.6	3,846	2.7	7,836	2007	12.5	1.8	1.5	37.9 ^e	26.1	49.6
79 Turkey	655.9	957.2	8,877	2.2	12,955	2007	56.5	8.8	1.9	33.2 ^g	17.4	43.2
80 Ecuador	44.5	99.4	3,335	1.2	7,449	2007	30.1	2.3	1.2	43.3 ^e	35.2	54.4
81 Mauritius	6.8	14.2	5,383	3.7	11,296	2007	6.2	8.8
82 Kazakhstan	104.9	168.2	6,772	3.2	10,863 ^f	2007	24.3	10.8	3.1	25.9 ^g	8.5	33.9
83 Lebanon	24.4	41.4	5,944	2.4	10,137 ^f	2004
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT												
84 Armenia	9.2	17.1	3,059	5.8	5,693 ^f	2007	21.1	4.4	3.7	28.9 ^g	7.9	33.8
85 Ukraine	141.2	321.5	3,035	-0.7	9,137 ^f	1989	50.6	12.8	3.8	22.5 ^g	6.0	28.2
86 Azerbaijan	31.2	67.2	3,652	2.9	7,851 ^f	2007	52.1	16.7	6.1	17.5 ^g	2.9	36.5
87 Thailand	245.4	519.2	3,844	2.9	8,135	2007	3.6	2.2	2.6	33.7 ^g	13.1	42.5
88 Iran (Islamic Republic of)	286.1	778.0	4,028	2.5	10,955	2007	20.1	17.2	2.6	29.6 ^g	11.6	38.3
89 Georgia	10.2	20.5	2,313	1.8	7,604	1985	11.4	9.2	1.9	30.6 ^g	15.9	40.8
90 Dominican Republic	36.7	65.2	3,772	3.8	6,706	2007	11.0	6.1	1.5	38.7 ^e	25.3	50.0
91 Saint Vincent and the Grenadines	0.6	0.9	4,596	3.0	7,691	2007	1.9	7.0
92 China	3,205.5	7,096.7	2,432	8.9	5,383	2007	4.4	4.8	2.4	31.4 ^g	13.2	41.5
93 Belize	1.3	2.0	4,200	2.3	6,796	2006	1.9	2.3
94 Samoa	0.5	0.8	2,894	2.9	4,467 ^f	2007	4.1	5.6
95 Maldives	1.1	1.6	3,456	5.1	5,196 ^f	2007	..	7.4
96 Jordan	15.8	28.0	2,769	2.0	4,901	2007	2.9	5.4	3.0	30.7 ^g	10.2	37.7
97 Suriname	2.2	3.6	4,896	1.8	7,813	2007	50.4	6.7	1.0	40.0 ^e	40.4	52.9
98 Tunisia	35.0	76.9	3,425	3.4	7,520	2007	3.5	3.1	2.4	31.6 ^g	13.3	40.8
99 Tonga	0.3	0.4	2,474	1.7	3,772 ^f	2006	5.7	5.9
100 Jamaica	11.4	16.3	4,272	0.6	6,587	2006	15.4	9.3	2.1	35.6 ^g	17.0	45.5
101 Paraguay	12.2	27.1	1,997	-0.3	4,631	1981	10.7	8.1	1.1	42.3 ^e	38.8	53.2
102 Sri Lanka	32.3	84.9	1,616	3.9	4,243	2007	9.6	15.8	2.9	33.3 ^g	11.7	41.1
103 Gabon	11.6	20.2	8,696	-0.7	18,600	1984	2.7	5.0	2.5	32.7 ^g	13.3	41.5
104 Algeria	135.3	262.0	3,996	1.4	7,740	2007	9.2	3.5	2.8	26.9 ^g	9.6	35.3
105 Philippines	144.1	299.4	1,639	1.7	3,406	2007	6.4	2.8	2.4	33.9 ^g	14.1	44.0
106 El Salvador	20.4	39.8	2,973	1.8	5,804	2007	5.5	4.6	1.0	37.0 ^e	38.6	49.7
107 Syrian Arab Republic	37.7	89.7	1,898	1.5	4,511	2007	4.1	3.9
108 Fiji	3.4	3.6	4,113	1.6	4,632	2006	3.0	4.8
109 Turkmenistan	12.9	22.6	2,606	2.5	31.8 ^g	12.9	40.8
110 Occupied Palestinian Territories	4.0	..	1,160 ^h	4.1 ^f	3.5
111 Indonesia	432.8	837.6	1,918	2.3	3,712	2007	12.8	6.4	3.0	32.3 ^g	10.8	39.4
112 Honduras	12.2	27.0	1,722	1.5	3,796	2007	16.2	6.9	0.7	42.2 ^e	59.4	55.3
113 Bolivia	13.1	40.0	1,379	1.3	4,206	2007	5.9	8.7	0.5	44.1 ^g	93.9	58.2
114 Guyana	1.1	2.1	1,462	2.9	2,782	2007	5.8	12.3	1.3	34.0 ^e	25.5	44.6
115 Mongolia	3.9	8.4	1,507	2.2	3,236 ^f	2007	17.2	9.0	2.9	24.9 ^g	8.6	33.0
116 Viet Nam	68.6	221.4	806	6.0	2,600 ^f	2007	4.1	8.9	3.1	29.8 ^g	9.7	37.8
117 Moldova	4.4	9.7	1,156	-1.3	4,208	1989	15.6	12.4	3.0	28.2 ^g	9.4	35.6
118 Equatorial Guinea	9.9	15.5	19,552	21.1	30,627 ^f	2007	7.6

HDI rank	GDP		GDP per capita				Average annual change in consumer price index (%)		Share of income or expenditure ^a		Inequality measures	
	US\$ billions 2007	PPP US\$ billions 2007	US\$ 2007	Annual growth rate at constant prices (%) 1990–2007	Highest value in the period 1980–2007 2007 PPP US\$ ^a	Year of highest value	1990–2007	2006–2007	Poorest 10%	Richest 10%	Richest 10% to poorest 10% ^c	Gini index ^d
119 Uzbekistan	22.3	65.1	830	1.2	2,425 ^f	2007	2.9	29.5 ^g	10.3	36.7
120 Kyrgyzstan	3.7	10.5	715	-0.4	2,652 ^f	1990	11.3	10.2	3.6	25.9 ^g	7.3	32.9
121 Cape Verde	1.4	1.6	2,705	3.3	3,041 ^f	2007	3.5	4.4	1.9	40.6 ^g	21.6	50.5
122 Guatemala	33.9	60.9	2,536	1.4	4,562	2007	8.3	6.5	1.3	42.4 ^e	33.9	53.7
123 Egypt	130.5	403.7	1,729	2.5	5,349	2007	6.5	9.3	3.9	27.6 ^g	7.2	32.1
124 Nicaragua	5.7	14.4	1,022	1.9	2,955	1981	..	11.1	1.4	41.8 ^e	31.0	52.3
125 Botswana	12.3	25.6	6,544	4.3	13,604	2007	9.1	7.1	1.3	51.2 ^g	40.0	61.0
126 Vanuatu	0.5	0.8	2,001	-0.4	3,877	1998	2.5	4.0
127 Tajikistan	3.7	11.8	551	-2.2	3,685 ^f	1988	..	13.1	3.2	26.4 ^g	8.2	33.6
128 Namibia	7.0	10.7	3,372	1.8	5,155	2007	..	6.7	0.6	65.0 ^e	106.6	74.3
129 South Africa	283.0	466.9	5,914	1.0	9,757	2007	7.0	7.1	1.3	44.9 ^g	35.1	57.8
130 Morocco	75.1	126.8	2,434	2.0	4,108	2007	2.6	2.0	2.7	33.2 ^g	12.5	40.9
131 Sao Tome and Principe	0.1	0.3	916
132 Bhutan	1.1	3.2	1,668	5.2	4,837	2007	6.6	5.2	2.3	37.6 ^g	16.3	46.8
133 Lao People's Democratic Republic	4.1	12.7	701	4.2	2,165 ^f	2007	25.7	4.5	3.7	27.0 ^g	7.3	32.6
134 India	1,176.9	3,096.9	1,046	4.5	2,753	2007	6.8	6.4	3.6	31.1 ^g	8.6	36.8
135 Solomon Islands	0.4	0.9	784	-1.5	2,149	1995	9.5	7.7
136 Congo	7.6	13.2	2,030	-0.2	4,496	1984	5.9	2.7	2.1	37.1 ^g	17.8	47.3
137 Cambodia	8.3	26.0	578	6.2	1,802 ^f	2007	3.9	5.9	3.0	34.2 ^g	11.5	40.7
138 Myanmar	..	41.0	..	6.8	904 ^f	2005	24.6	35.0
139 Comoros	0.4	0.7	714	-0.4	1,361	1984	0.9	55.2 ^g	60.6	64.3
140 Yemen	22.5	52.3	1,006	1.6	2,335 ^f	2007	17.6	10.0	2.9	30.8 ^g	10.6	37.7
141 Pakistan	142.9	405.6	879	1.6	2,496	2007	7.3	7.6	3.9	26.5 ^g	6.7	31.2
142 Swaziland	2.9	5.5	2,521	0.9	4,789	2007	8.5 ^f	5.3	1.8	40.8 ^g	22.4	50.7
143 Angola	61.4	91.3	3,623	2.9	5,385 ^f	2007	308.1	12.2	0.6	44.7 ^g	74.6	58.6
144 Nepal	10.3	29.5	367	1.9	1,049	2007	6.5	6.1	2.7	40.4 ^g	14.8	47.3
145 Madagascar	7.4	18.3	375	-0.4	1,297	1980	14.0	10.3	2.6	41.5 ^g	15.9	47.2
146 Bangladesh	68.4	196.7	431	3.1	1,241	2007	5.4	9.1	4.3	26.6 ^g	6.2	31.0
147 Kenya	24.2	57.9	645	0.0	1,542	2007	11.2	9.8	1.8	37.8 ^g	21.3	47.7
148 Papua New Guinea	6.3	13.2	990	-0.6	2,551	1994	9.4	0.9	1.9	40.9 ^g	21.5	50.9
149 Haiti	6.7	11.1	699	-2.1	2,258	1980	19.1	8.5	0.9	47.8 ^e	54.4	59.5
150 Sudan	46.2	80.4	1,199	3.6	2,086	2007	35.5	8.0
151 Tanzania (United Republic of)	16.2	48.8	400	1.8	1,208 ^f	2007	12.6	7.0	3.1	27.0 ^g	8.9	34.6
152 Ghana	15.1	31.3	646	2.1	1,334	2007	24.0	10.7	2.0	32.8 ^g	16.1	42.8
153 Cameroon	20.7	39.4	1,116	0.6	2,979	1986	4.3	0.9	2.4	35.5 ^g	15.0	44.6
154 Mauritania	2.6	6.0	847	0.6	1,940	2006	6.0	7.3	2.5 ^g	29.6 ^g	11.6	39.0
155 Djibouti	0.8	1.7	997	-2.1	2,906 ^f	1990	2.4 ^g	30.9 ^g	12.8	40.0
156 Lesotho	1.6	3.1	798	2.4	1,541	2007	8.2	8.0	1.0 ^g	39.4 ^g	39.8	52.5
157 Uganda	11.8	32.7	381	3.5	1,059 ^f	2007	6.7	6.1	2.6 ^g	34.1 ^g	13.2	42.6
158 Nigeria	165.5	291.4	1,118	1.1	1,969	2007	21.3	5.4	2.0 ^g	32.4 ^g	16.3	42.9
LOW HUMAN DEVELOPMENT												
159 Togo	2.5	5.2	380	-0.2	1,147	1980	5.1	1.0	3.3 ^g	27.1 ^g	8.3	34.4
160 Malawi	3.6	10.6	256	0.4	800	1980	26.1	8.0	3.0 ^g	31.9 ^g	10.5	39.0
161 Benin	5.4	11.8	601	1.3	1,312	2007	5.0	1.3	2.9 ^g	31.0 ^g	10.8	38.6
162 Timor-Leste	0.4	0.8	373	10.3	2.9 ^g	31.3 ^g	10.8	39.5
163 Côte d'Ivoire	19.8	32.6	1,027	-0.7	2,827	1980	4.9	1.9	2.0 ^g	39.6 ^g	20.2	48.4
164 Zambia	11.4	16.2	953	0.1	1,660	1981	35.5	10.7	1.3 ^g	38.9 ^g	29.5	50.7
165 Eritrea	1.4	3.0	284	-0.7	900 ^f	1997
166 Senegal	11.2	20.7	900	1.1	1,666	2007	3.3	5.9	2.5 ^g	30.1 ^g	11.9	39.2
167 Rwanda	3.3	8.4	343	1.1	872	1983	10.5	9.1	2.1 ^g	37.8 ^g	18.1	46.7
168 Gambia	0.6	2.1	377	0.3	1,225	2007	5.2 ^f	2.1 ^h	2.0 ^g	36.9 ^g	18.9	47.3
169 Liberia	0.7	1.3	198	1.9	1,910	1980	2.4 ^g	30.1 ^g	12.8	52.6
170 Guinea	4.6	10.7	487	1.3	1,147	2006	2.4 ^g	34.4 ^g	14.4	43.3
171 Ethiopia	19.4	61.6	245	1.9	779 ^f	2007	4.8	17.2	4.1 ^g	25.6 ^g	6.3	29.8
172 Mozambique	7.8	17.1	364	4.2	802	2007	20.0	8.2	2.1 ^g	39.2 ^g	18.5	47.1
173 Guinea-Bissau	0.4	0.8	211	-2.6	753	1997	17.0	4.6	2.9 ^g	28.0 ^g	9.5	35.5
174 Burundi	1.0	2.9	115	-2.7	525	1991	12.8	8.3	4.1 ^g	28.0 ^g	6.8	33.3
175 Chad	7.1	15.9	658	2.4	1,555	2005	4.8	-9.0	2.6 ^g	30.8 ^g	11.8	39.8
176 Congo (Democratic Republic of the)	9.0	18.6	143	-4.3	794	1980	318.3	16.9	2.3 ^g	34.7 ^g	15.1	44.4
177 Burkina Faso	6.8	16.6	458	2.5	1,124	2007	3.8	-0.2	3.0 ^g	32.4 ^g	10.8	39.6

Economy and inequality

HDI rank	GDP		GDP per capita				Average annual change in consumer price index (%)		Share of income or expenditure ^g (%)		Inequality measures	
	US\$ billions 2007	PPP US\$ billions 2007	US\$ 2007	Annual growth rate at constant prices (%) 1990–2007	Highest value in the period 1980–2007 2007 PPP US\$ ^a	Year of highest value	1990–2007	2006–2007	Poorest 10%	Richest 10%	Richest 10% to poorest 10% ^c	Gini index ^d
178 Mali	6.9	13.4	556	2.2	1,086	2006	3.4	1.4	2.7 ^g	30.5 ^g	11.2	39.0
179 Central African Republic	1.7	3.1	394	-0.8	990	1982	3.7	..	2.1 ^g	33.0 ^g	15.7	43.6
180 Sierra Leone	1.7	4.0	284	-0.3	855	1982	17.8	11.7	2.6 ^g	33.6 ^g	12.8	42.5
181 Afghanistan	8.4 ^h	26.1 ^h	17.0
182 Niger	4.2	8.9	294	-0.6	980	1980	4.0	0.1	2.3 ^g	35.7 ^g	15.3	43.9
OTHER UN MEMBER STATES												
Iraq
Kiribati	0.1	0.1	817	2.1	1,520	2002
Korea (Democratic People's Rep. of)
Marshall Islands	0.1	..	2,559
Micronesia (Federated States of)	0.2	0.3	2,126	-0.4	3,279 ^f	1993
Monaco
Nauru
Palau	0.2	..	8,148
San Marino	1.7	..	55,681
Somalia
Tuvalu
Zimbabwe	3.4	..	261 ^h	105.6	..	1.8 ^g	40.3 ^g	22.0	50.1
Arab States	1,347.1 ^T	2,285.8
Central and Eastern Europe and the CIS	3,641.3 ^T	5,805.0
East Asia and the Pacific	5,661.6 ^T	11,184.6
Latin America and the Caribbean	3,610.5 ^T	5,576.6
South Asia	1,727.5 ^T	4,622.5
Sub-Saharan Africa	804.0 ^T	1,481.7
OECD	40,378.6 ^T	38,543.3
European Union (EU27)	16,843.0 ^T	14,811.7
GCC	761.4 ^T	1,034.4
Very high human development	39,078.8 ^{Ti}	36,438.4	39,821 ⁱ	1.8 ⁱ
Very high HD: OECD	.. ^T	35,194.8
Very high HD: non-OECD	.. ^T	1,243.6
High human development	7,929.2 ^{Ti}	11,321.4	8,470 ⁱ	2.1 ⁱ
Medium human development	7,516.8 ^{Ti}	16,837.5	1,746 ⁱ	4.8 ⁱ
Low human development	147.4 ^{Ti}	312.4	380 ⁱ	0.0 ⁱ
World	54,583.8 ^{Ti}	64,909.7	8,257 ⁱ	1.6 ⁱ

NOTES

- a** Expressed in 2007 constant prices.
- b** Because the underlying household surveys differ in method and type of data collected, cross-country comparisons should be made with caution as the the distribution data are not strictly comparable across countries.
- c** Data show the ratio of the income or expenditure share of the richest group to that of the poorest.
- d** The Gini index lies between 0 and 100. A value of 0 represents absolute equality and 100 absolute inequality.
- e** Data refer to income shares by percentiles of the population, ranked by per capita income.
- f** Data refer to a period shorter than that specified.
- g** Data refer to expenditure shares by percentiles of the population, ranked by per capita expenditure.
- h** Data refer to an earlier year than that specified.
- i** Aggregates calculated for HDRO by the World Bank.

SOURCES

- Columns 1–3 and 9–12:** World Bank (2009d).
- Column 4:** calculated for HDRO by the World Bank based on World Bank (2009d) using the least squares method.
- Columns 5 and 6:** calculated based on GDP per capita (PPP US\$) time series from World Bank (2009d).
- Columns 7 and 8:** calculated based on consumer price index data from World Bank (2009d).

Health and education

N

HDI rank	Public expenditure on health		Public expenditure on education		Aid allocated to social sectors ^a	Educational attainment levels ^b (% of the population aged 25 and above)			Under-five mortality rate (per 1,000 live births)				Healthy life expectancy at birth ^c (years)	Unhealthy life expectancy as a % of total life expectancy ^d
	per capita PPP US\$	as % of total government expenditure	per pupil in primary education PPP US\$	as % of total government expenditure		as % of total aid	Low less than upper secondary	Medium upper secondary or post-secondary non-tertiary	High tertiary	Wealth quintile		Educational level of mother		
					lowest					highest	lowest (no education)	highest (secondary or higher)		
	2006	2006	2003–2006	2000–2007	2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2007	2007
VERY HIGH HUMAN DEVELOPMENT														
1 Norway	3,780	17.9	7,072	16.7	..	14.5	53.8	31.7	74	8
2 Australia	2,097	17.2	5,181	13.3	75	8
3 Iceland	2,758	18.1	7,788	18.0	..	37.4	30.3	27.6	75	8
4 Canada	2,585	17.9	..	12.5	..	23.7	38.1	38.2	75	7
5 Ireland	2,413	17.3	5,100	13.9	..	40.0	31.2	26.4	74	7
6 Netherlands	2,768	16.4	5,572	11.5	..	34.8	38.6	26.0	74	7
7 Sweden	2,533	13.4	8,415	12.9	..	20.7	51.1	27.0	75	7
8 France	2,833	16.7	5,224	10.6	..	42.6	35.9	19.8	76	6
9 Switzerland	2,598	19.6	7,811	13.0	..	21.4	52.3	26.2	76	7
10 Japan	2,067	17.7	..	9.5	..	26.1	43.9	30.0	78	6
11 Luxembourg	5,233	16.8	9,953	39.0	39.7	21.3	75	5
12 Finland	1,940	12.1	5,373	12.5	..	30.9	38.8	30.3	75	6
13 United States	3,074	19.1	..	13.7	..	14.8	49.0	36.2	72	9
14 Austria	2,729	15.5	7,596	10.9	..	26.2	57.9	15.9	74	7
15 Spain	1,732	15.3	4,800	11.0	..	58.6	17.8	23.6	76	6
16 Denmark	2,812	15.6	7,949	15.5	..	25.8	43.7	30.3	73	7
17 Belgium	2,264	13.9	6,303	12.1	..	42.3	31.0	26.8	74	7
18 Italy	2,022	14.2	6,347	9.2	..	59.5	30.4	10.1	76	6
19 Liechtenstein
20 New Zealand	1,905	18.6	4,831	15.5	..	28.7	40.1	25.9	74	8
21 United Kingdom	2,434	16.5	5,596	12.5	73	8
22 Germany	2,548	17.6	4,837	9.7	..	21.5	57.1	21.4	75	6
23 Singapore	413	5.4	41.2	39.2	19.6	75	6
24 Hong Kong, China (SAR)	23.2	..	45.9	38.9	15.2
25 Greece	1,317	11.5	3,562	9.2	..	51.0	25.7	23.3	74	6
26 Korea (Republic of)	819	11.9	3,379	15.3	..	36.2	40.4	23.4	74	7
27 Israel	1,477	11.1	5,135	13.7	..	23.9	33.1	39.7	74	8
28 Andorra	2,054	22.7	48.0	34.8	16.1	76	..
29 Slovenia	1,507	13.5	5,206	12.7	..	26.4	55.5	18.1	74	5
30 Brunei Darussalam	314	5.1	..	9.1	67	13
31 Kuwait	422	4.9	2,204	12.9	..	74.4	17.3	8.3	69	11
32 Cyprus	759	6.4	..	14.5	..	41.3	33.8	24.9	71	11
33 Qatar	1,115	9.7	..	19.6	..	59.0	20.1	20.9	66	13
34 Portugal	1,494	15.5	4,908	11.3	..	77.4	11.4	11.2	73	7
35 United Arab Emirates	491	8.7	1,636	28.3	68	12
36 Czech Republic	1,309	13.6	2,242	9.5	..	14.5	73.0	12.5	72	6
37 Barbados	722	11.9	..	16.4	94.8	75.7	23.1	1.1	69	10
38 Malta	1,419	14.7	2,549	10.5	..	77.2	12.0	10.8	74	7
HIGH HUMAN DEVELOPMENT														
39 Bahrain	669	9.5	50.3	38.4	11.2	66	13
40 Estonia	734	11.3	2,511	14.6	..	27.9	42.3	27.5	71	3
41 Poland	636	9.9	3,155	12.7	70	7
42 Slovakia	913	13.8	2,149	10.8	..	19.2	67.6	13.2	70	6
43 Hungary	978	10.4	4,479	10.9	..	36.5	48.9	14.7	69	6
44 Chile	367	14.1	1,287	16.0	34.0	72	8
45 Croatia	869	13.9	2,197	10.0	72.3	40.2	45.4	13.9	70	8
46 Lithuania	728	13.3	2,166	14.7	..	23.5	50.8	25.7	68	5
47 Antigua and Barbuda	439	11.3	91.3	66	..
48 Latvia	615	10.2	..	14.2	..	19.7	60.0	20.3	68	6
49 Argentina	758	14.2	1,703	13.1	54.7	65.7	23.2	11.1	69	8
50 Uruguay	430	9.2	..	11.6	51.4	75.3	15.1	9.6	70	8
51 Cuba	329	10.8	..	14.2	77.5	59.6	31.0	9.4	71	10
52 Bahamas	775	13.9	..	19.7	..	28.9	70.2	0.3	68	7
53 Mexico	327	11.0	1,604	25.6	67.7	69.7	15.3	14.9	69	9
54 Costa Rica	565	21.5	1,623	20.6	26.2	64.7	18.5	15.0	71	10
55 Libyan Arab Jamahiriya	189	6.5	51.6	66	11
56 Oman	321	5.4	..	31.1	22.8	67	11
57 Seychelles	602	8.8	2,399	12.6	39.4	51.8	36.8	7.4	65	..
58 Venezuela (Bolivarian Republic of)	196	9.3	583	..	71.0	63.9	21.7	12.8	68	8
59 Saudi Arabia	468	8.7	..	27.6	78.8	65.8	19.2	14.9	64	12

Health and education

HDI rank	Public expenditure on health		Public expenditure on education		Aid allocated to social sectors ^a	Educational attainment levels ^b (% of the population aged 25 and above)			Under-five mortality rate (per 1,000 live births)				Healthy life expectancy at birth ^c (years)	Unhealthy life expectancy as a % of total life expectancy ^d
	per capita PPP US\$	as % of total government expenditure	per pupil in primary education PPP US\$	as % of total government expenditure		as % of total aid	Low less than upper secondary	Medium upper secondary or post-secondary non-tertiary	High tertiary	Wealth quintile		Educational level of mother		
					lowest					highest	lowest (no education)	highest (secondary or higher)		
	2006	2006	2003–2006	2000–2007	2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2007	2007
60 Panama	495	11.5	..	8.9	47.1	66.0	23.1	10.4	68	10
61 Bulgaria	443	11.9	2,045	6.2	..	40.4	41.3	18.0	69	6
62 Saint Kitts and Nevis	403	9.5	..	12.7	58.7	67	..
63 Romania	433	12.4	941	8.6	..	47.3	43.6	9.0	68	6
64 Trinidad and Tobago	438	6.9	..	13.4	69.9	64	8
65 Montenegro	93	20.1	50.8	22.6	61.4	16.1	66	11
66 Malaysia	226	7.0	1,324	25.2	30.9	61.3	27.1	8.0	66	11
67 Serbia	373	14.3	60.6	66	11
68 Belarus	428	10.2	1,196	9.3	85.4	66	4
69 Saint Lucia	237	10.2	949	19.1	14.7	69	6
70 Albania	127	11.3	..	8.4	67.2	63.0	29.6	7.4	64	16
71 Russian Federation	404	10.8	..	12.9	65	2
72 Macedonia (the Former Yugoslav Rep. of)	446	16.5	..	15.6	57.4	52.2	35.6	12.2	66	11
73 Dominica	311	9.2	4.9	88.8	5.7	5.0	67	..
74 Grenada	387	9.5	766	12.9	18.4	62	18
75 Brazil	367	7.2	1,005	14.5	46.3	70.4	21.2	8.1	99*	33*	119*	37*	66	9
76 Bosnia and Herzegovina	454	14.0	73.2	68	9
77 Colombia	534	17.0	1,257	14.2	61.6	64.7	25.4	9.7	39	16	51	20	69	5
78 Peru	171	13.1	446	15.4	38.5	53.7	26.0	16.3	67	8
79 Turkey	461	16.5	1,059	..	49.9	76.8	14.7	8.5	67	7
80 Ecuador	130	7.3	..	8.0	65.4	66	12
81 Mauritius	292	9.2	1,205	12.7	43.8	79.2	17.7	2.6	65	10
82 Kazakhstan	214	10.4	..	12.1	32.8	29.5	56.1	14.4	60	8
83 Lebanon	285	11.3	402	9.6	33.8	64	11
MEDIUM HUMAN DEVELOPMENT														
84 Armenia	112	9.7	..	15.0	54.6	18.4	61.2	20.4	52	23	63	14
85 Ukraine	298	8.8	..	19.3	64.0	25.6	36.0	38.0	64	6
86 Azerbaijan	67	3.6	356	17.4	45.7	16.5	70.2	13.3	68	58	60	14
87 Thailand	223	11.3	..	25.0	36.5	65	5
88 Iran (Islamic Republic of)	406	9.2	927	19.5	71.7	62	13
89 Georgia	76	5.6	..	9.3	40.7	16.3	57.8	25.8	67	6
90 Dominican Republic	140	9.5	644	16.8	57.7	53	28	57	29	64	12
91 Saint Vincent and the Grenadines	289	9.3	1,227	16.1	9.3	66	8
92 China	144	9.9	56.4	68	7
93 Belize	254	10.9	846	18.1	32.6	74.2	13.6	10.9	63	17
94 Samoa	188	10.5	..	13.7	70.8	63	12
95 Maldives	742	14.0	..	15.0	29.7	64	10
96 Jordan	257	9.5	695	..	67.0	30	27	64	12
97 Suriname	151	8.0	15.1	64	7
98 Tunisia	214	6.5	1,581	20.8	52.2	67	9
99 Tonga	218	11.1	..	13.5	51.7	25.9	66.2	7.9	62	14
100 Jamaica	127	4.2	547	8.8	26.6	66	8
101 Paraguay	131	13.2	518	10.0	37.0	72.6	23.6	3.7	57*	20*	78*	29*	66	8
102 Sri Lanka	105	8.3	27.5	65	12
103 Gabon	198	13.9	49.6	93	55	112	87	53	12
104 Algeria	146	9.5	692	..	56.1	92.1	7.6	63	13
105 Philippines	88	6.4	418	15.2	23.1	62.6	26.4	8.4	66	21	105	29	64	11
106 El Salvador	227	15.6	478	20.0	53.6	75.6	13.8	10.6	63	12
107 Syrian Arab Republic	52	5.9	611	..	79.6	89.6	5.1	5.3	22	20	65	12
108 Fiji	199	9.1	1,143	20.0	72.5	64	7
109 Turkmenistan	172	14.9	79.9	106	70	133	88	57	12
110 Occupied Palestinian Territories	58.4	68.8	12.8	18.4
111 Indonesia	44	5.3	..	17.2	33.6	77	22	90	37	61	13
112 Honduras	116	15.0	47.4	50	20	55	20	64	11
113 Bolivia	128	11.6	435	18.1	57.3	61.6	23.8	14.0	105	32	145	48	59	10
114 Guyana	223	8.3	752	15.5	67.7	55	17
115 Mongolia	124	11.0	261	..	56.8	46.6	41.1	12.2	62	6
116 Viet Nam	86	6.8	34.9	53	16	66	29	66	11
117 Moldova	107	11.8	..	19.8	52.5	29	17	63	8
118 Equatorial Guinea	219	7.0	..	4.0	84.5	46	8

TABLE

HDI rank	Public expenditure on health		Public expenditure on education		Aid allocated to social sectors ^a	Educational attainment levels ^b (% of the population aged 25 and above)			Under-five mortality rate (per 1,000 live births)				Healthy life expectancy at birth ^c (years)	Unhealthy life expectancy as a % of total life expectancy ^d
	per capita PPP US\$	as % of total government expenditure	per pupil in primary education PPP US\$	as % of total government expenditure		as % of total aid	Low less than upper secondary	Medium upper secondary or post-secondary non-tertiary	High tertiary	Wealth quintile		Educational level of mother		
					lowest					highest	lowest (no education)	highest (secondary or higher)		
	2006	2006	2003–2006	2000–2007	2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2007	2007
119 Uzbekistan	89	8.0	69.4	72	42	60	11
120 Kyrgyzstan	55	8.7	..	18.6	54.4	23.0	62.1	14.9	59	13
121 Cape Verde	227	13.2	1,052	16.4	44.7	64	10
122 Guatemala	98	14.7	390	..	38.6	84.8	11.2	3.7	78 ^e	39 ^e	79 ^e	42 ^e	62	12
123 Egypt	129	7.3	..	12.6	28.1	75	25	68	31	62	11
124 Nicaragua	137	16.0	331	15.0	46.1	64	19	72	25	66	9
125 Botswana	487	17.8	1,158	21.0	72.2	48	10
126 Vanuatu	90	10.9	..	26.7	54.5	62	11
127 Tajikistan	16	5.5	106	18.2	53.4	21.0	68.3	10.6	57	14
128 Namibia	218	10.1	944	21.0	68.9	92	29	53	12
129 South Africa	364	9.9	1,383	17.4	62.8	73.0	18.1	8.9	48	7
130 Morocco	98	5.5	1,005	26.1	54.2	78	26	63	27	63	11
131 Sao Tome and Principe	120	12.2	49.0	54	17
132 Bhutan	73	7.3	..	17.2	46.8	56	15
133 Lao People's Democratic Republic	18	4.1	61	14.0	41.8	54	16
134 India	21	3.4	..	10.7	46.6	101	34	57	10
135 Solomon Islands	99	12.6	84.2	60	9
136 Congo	13	4.0	39	8.1	39.5	135	85	202	101	49	8
137 Cambodia	43	10.7	..	12.4	59.1	127	43	136	53	55	9
138 Myanmar	7	1.8	..	18.1	57.9	52	15
139 Comoros	19	8.0	..	24.1	68.8	129 ^e	87 ^e	121 ^e	75 ^e	58	11
140 Yemen	38	5.6	..	32.8	77.4	118	37	55	12
141 Pakistan	8	1.3	..	11.2	53.0	76.7	17.1	6.3	121	60	102	62	55	17
142 Swaziland	219	9.4	484	..	56.8	118	101	150	95	42	7
143 Angola	61	5.0	78.4	47	..
144 Nepal	24	9.2	119	14.9	51.8	98	47	93	32	55	17
145 Madagascar	21	9.2	57	16.4	28.6	142	49	149	65	53	12
146 Bangladesh	26	7.4	115	14.2	50.0	82.9	12.9	4.2	121	72	114	68	55	16
147 Kenya	51	6.1	237	17.9	54.0	149	91	127	63	48	10
148 Papua New Guinea	111	7.3	58.9	57	6
149 Haiti	65	29.8	56.0	125	55	123	65	55	10
150 Sudan	23	6.3	24.1 ^e	.. ^e	152 ^e	84 ^e	50	14
151 Tanzania (United Republic of)	27	13.3	31.0	98.4	0.7	0.9	137	93	160	76	45	18
152 Ghana	36	6.8	300	..	45.6	128	88	125	85	50	12
153 Cameroon	23	8.6	107	17.0	11.5	189	88	186	93	45	12
154 Mauritania	31	5.3	224	10.1	37.8	98	79	111	86	52	8
155 Djibouti	75	13.4	..	22.4	46.5	50	9
156 Lesotho	88	7.8	663	29.8	64.0	114	82	161	82	41	9
157 Uganda	39	10.0	110	18.3	50.8	93.5	1.6	4.8	172	108	164	91	44	15
158 Nigeria	15	3.5	38.9	257	79	269	107	42	12
LOW HUMAN DEVELOPMENT														
159 Togo	20	6.9	..	13.6	75.9	150	62	145	64	52	16
160 Malawi	51	18.0	90	..	48.4	94.8	4.7	0.5	183	111	181	86	44	16
161 Benin	25	13.1	120	17.1	51.6	85.6	12.2	2.2	151	83	143	78	50	18
162 Timor-Leste	150	16.4	72.2	55	9
163 Côte d'Ivoire	15	4.1	..	21.5	55.3	48	16
164 Zambia	29	10.8	55	14.8	57.5	192	92	198	121	40	10
165 Eritrea	10	4.2	99	..	56.1	100	65	121	59	56	5
166 Senegal	23	6.7	299	26.3	52.0	183	64	152	60	52	6
167 Rwanda	134	27.3	109	19.0	53.9	211	122	210	95	44	11
168 Gambia	33	8.7	..	8.9	72.5	158	72	140	66	53	5
169 Liberia	25	16.4	43.9	138	117	151	119	49	15
170 Guinea	14	4.7	..	25.6	53.8	217	113	194	92	48	16
171 Ethiopia	13	10.6	130	23.3	53.9	130	92	139	54	51	7
172 Mozambique	39	12.6	156	21.0	46.2	196	108	201	86	42	12
173 Guinea-Bissau	10	4.0	34.8	43	9
174 Burundi	4	2.3	132	17.7	30.8	43	14
175 Chad	14	9.5	54	10.1	26.1	176	187	200	143	40	18
176 Congo (Democratic Republic of the)	7	7.2	38.4	184	97	209	112	46	3
177 Burkina Faso	50	15.8	328	15.4	35.1	206	144	198	108	43	18

Health and education

HDI rank	Public expenditure on health		Public expenditure on education		Aid allocated to social sectors ^a	Educational attainment levels ^b (% of the population aged 25 and above)			Under-five mortality rate (per 1,000 live births)				Healthy life expectancy at birth ^c (years)	Unhealthy life expectancy as a % of total life expectancy ^d	
	per capita PPP US\$	as % of total government expenditure	per pupil in primary education PPP US\$	as % of total government expenditure		as % of total aid	Low less than upper secondary	Medium upper secondary or post-secondary non-tertiary	High tertiary	Wealth quintile		Educational level of mother			
					lowest					highest	lowest (no education)	highest (secondary or higher)			
	2006	2006	2003–2006	2000–2007	2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2000–2007	2007	2007	
178	Mali	34	12.2	183	16.8	39.6	233	124	223	102	43	11
179	Central African Republic	20	10.9	88	..	22.5	223	112	187	107	42	10
180	Sierra Leone	20	7.8	28.7	279	164	37	22
181	Afghanistan	8	4.4	49.0	36	17
182	Niger	14	10.6	178	17.6	37.4	206	157	222	92	45	11
OTHER UN MEMBER STATES															
	Iraq	90	3.4	22.7	49	37	58	15
	Kiribati	268	13.0	41.7	60	..
	Korea (Democratic People's Rep. of)	42	6.0	19.0	61	9
	Marshall Islands	589	15.1	..	15.8	42.4	53	..
	Micronesia (Federated States of)	444	18.9	42.5	62	9
	Monaco	5,309	15.6	76	..
	Nauru	444	25.0	48.5	57	..
	Palau	1,003	16.4	11.0	67	..
	San Marino	2,765	13.3	76	..
	Somalia	8	4.2	23.8	46	7
	Tuvalu	189	16.1	60.1	58	..
	Zimbabwe	77	8.9	50.7	89.5	8.8	1.5	72	57	69	68	38	12

NOTES

- a** Refers to allocation of aid to social infrastructure and services including health, education, water and sanitation, government and civil society and other services. Out of the total, an estimated 50% is allocated to health and education. Differences in allocation of funds exist between countries.
- b** Percentages may not sum to 100% as those whose educational attainment levels are unknown are excluded.
- c** Average number of years that a person can expect to live in 'full health' by taking into account years lived in less than full health due to disease and/or injury.
- d** Refers to the difference between life expectancy and healthy life expectancy, expressed in percentage terms.
- e** Data refer to a year other than that specified.

SOURCES

- Columns 1–2 and 9–13:** WHO (2009).
- Columns 3 and 4:** UNESCO Institute for Statistics (2009c).
- Column 5:** OECD-DAC (2009).
- Columns 6–8:** UNESCO Institute for Statistics. (2008b).
- Column 14:** calculated based on data on healthy life expectancy from WHO (2009) and data on life expectancy from UN (2009e).

Anleitung für den Leser

Indikatoren der menschlichen Entwicklung

Die Indikatoren der menschlichen Entwicklung stellen eine Gesamtbewertung der Errungenschaften eines Landes in verschiedenen Bereichen der menschlichen Entwicklung dar. Soweit möglich enthalten die Tabellen Daten zu 192 UN-Mitgliedstaaten sowie zur Sonderverwaltungsregion Hongkong der VR China und den besetzten palästinensischen Gebieten.

In den Tabellen werden Länder und Gebiete nach dem für sie ermittelten Wert des Index für menschliche Entwicklung (HDI) eingestuft. Der *Länderschlüssel* auf der Auffaltseite des Covers dieses Berichts in dem Länder alphabetisch mit ihren HDI-Rängen aufgeführt sind, erleichtert das Auffinden einzelner Länder in diesen Tabellen. Die meisten Daten in den Tabellen beziehen sich auf das Jahr 2007. Es sind, soweit nicht anders angegeben, diejenigen Daten, die dem Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung (HDRO) zum 10. Juni 2009 zugänglich waren.

Der Statistische Anhang beginnt in diesem Jahr mit einer Reihe von Tabellen zur Migration, dem Hauptthema des Berichts. Sie sind mit A-F bezeichnet. Die Tabellen G-K enthalten die zusammengesetzten Indizes für menschliche Entwicklung: den HDI und die HDI-Trends, den Geschlechtsbezogenen Entwicklungsindex (GDI), den Index für menschliche Armut (HPI) und das Maß für geschlechtsspezifische Ermächtigung (GEM). Es folgen die drei Tabellen L-N über Demographische Trends, Wirtschaft und Ungleichheit sowie Bildung und Gesundheit. Weitere ausgewählte Indikatoren der menschlichen Entwicklung – einschließlich Zeitreihendaten und zusammenfassender regionaler Werte – können unter <http://hdr.undp.org/en/statistics> abgerufen werden.

Alle in den Tabellen veröffentlichten Indikatoren stehen elektronisch und kostenlos in verschiedenen Formaten zur Verfügung: einzeln in vordefinierten Tabellen oder mittels eines Suchwerkzeugs, das dem Nutzer die Erstellung eigener Tabellen ermöglicht. Ebenfalls verfügbar sind interaktive Medien, unter anderem Karten, die alle Indizes für

menschliche Entwicklung und viele Migrationsdaten zeigen, sowie ausgewählte Animationen. Auch beschreibende Materialien wie Länderdatenblätter und weitere technische Details zur Berechnung der Indizes werden bereitgestellt. Alle diese Materialien stehen in drei Sprachen zur Verfügung: Englisch (unter <http://hdr.undp.org/en/statistics>), Französisch (unter <http://hdr.undp.org/fr/statistiques>) und Spanisch (unter <http://hdr.undp.org/es/estadisticas>)

Quellen und Definitionen

Das HDR-Büro erhebt weniger Statistiken als dass es diese verarbeitet. Es ist deshalb auf internationale Datenorganisationen angewiesen, die über das Mandat, die Ressourcen und das Fachwissen verfügen, um auf internationaler Ebene Daten in Bezug auf spezifische statistische Indikatoren sammeln und erfassen zu können. Die Quellen aller für die Erstellung der Indikatortabellen benutzten Daten werden am Ende jeder Tabelle angegeben. Die Angaben entsprechen den vollständigen Angaben im Abschnitt *Bibliografie*. Die Quellenangaben enthalten außerdem die originalen Datenbestandteile, die in allen Berechnungen des HDR-Büros zum Einsatz kamen, damit diese nachvollzogen werden können. Indikatoren, die knapp und sinnvoll definiert werden können, sind unter *Definitionen statistischer Begriffe und Indikatoren* aufgeführt. Andere sachdienliche Informationen sind den Fußnoten am Ende jeder Tabelle zu entnehmen. Ausführlichere technische Informationen zu diesen Indikatoren finden sich auf den entsprechenden Webseiten der als Datenquellen herangezogenen Organisationen; die Links dazu können unter <http://hdr.undp.org/en/statistics> abgerufen werden.

Zeitübergreifende Vergleiche und Vergleiche zwischen verschiedenen Ausgaben dieses Berichts

Der HDI ist ein wichtiges Instrument zur Beobachtung langfristiger Trends der menschlichen Entwicklung. Um eine länderübergreifende Trendanalyse zu erleichtern, wird der HDI für den Zeitraum 1980-2007 in Fünfjahres-Abständen berechnet. Diese Schätzungen, die in Tabelle G

vorgelegt werden, basieren auf einer durchgängigen Methodik unter Heranziehung der Daten, die zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts verfügbar waren.

Da internationale Datenorganisationen ihre Datenreihen laufend verbessern und dabei auch historische Daten regelmäßig aktualisieren, weisen die Schwankungen in den HDI-Werten und -Rangfolgen, die sich Jahr um Jahr bei den verschiedenen Ausgaben des Berichts über die menschliche Entwicklung ergeben, eher darauf hin, dass das Datenmaterial, länderspezifisch und im Verhältnis zu anderen Ländern, überarbeitet wurde, als dass wirklich Veränderungen in einem Land stattgefunden haben. Hinzu kommt, dass sich gelegentliche Änderungen in der Zahl der erfassten Länder ebenfalls auf die HDI-Einstufung eines Landes auswirken können. So könnte beispielsweise der HDI eines Landes von einem Bericht zum nächsten erheblich abfallen, aber dann von der Rangfolge und dem Wert her eine Verbesserung aufweisen, wenn vergleichsfähige, überarbeitete Daten genutzt werden können, um den HDI für vergangene Jahre zu rekonstruieren.

Aus den genannten Gründen sollten HDI-Trendanalysen nicht auf Datenmaterial gestützt werden, das aus unterschiedlichen Ausgaben des Berichts stammt. Tabelle G liefert die aktuellsten HDI-Trends, die auf in sich schlüssigen Zeitreihendaten und einer durchgängigen Methodik beruhen.

Diskrepanzen zwischen nationalen und internationalen Schätzungen

Bei der Erarbeitung internationaler Datenreihen wenden internationale Datenorganisationen weltweit anerkannte Normen und Harmonisierungsverfahren auf nationale Daten an, um die länderübergreifende Vergleichbarkeit zu verbessern. Wenn Daten für ein bestimmtes Land fehlen, wird die betreffende internationale Organisation möglicherweise eine Schätzung erstellen, falls andere relevante Informationen zur Verfügung stehen. Es kann vorkommen, dass internationale Datenreihen nicht die allerneuesten nationalen Daten enthalten. Auf Grund dieser ganzen Faktoren können nationale und internationale Schätzungen erheblich voneinander abweichen.

Wenn Abweichungen bei den Daten vorkamen, half das HDR-Büro mit, den Kontakt zwischen nationalen und internationalen

Datenbehörden herzustellen, um diese Diskrepanzen auszuräumen. In vielen Fällen hat dies dazu geführt, dass für den Bericht bessere Statistiken verfügbar wurden. Das HDR-Büro setzt sich weiterhin für Verbesserungen bei den internationalen Daten ein und wirkt bei der Unterstützung der Bemühungen um die Verbesserung der Datenqualität aktiv mit. Es arbeitet mit nationalen Stellen und internationalen Organisationen zusammen, um durch eine Systematisierung der Berichtsverfahren und die Überwachung der Datenqualität die Übereinstimmung der Daten zu verbessern.

Länderklassifizierungen und zusammenfassende Werte

Zusätzlich zu den Daten für einzelne Länder enthalten die Tabellen auch eine Reihe zusammenfassender Werte. Es handelt sich in der Regel um gewichtete Durchschnittswerte, die für die unten beschriebenen Ländergruppen berechnet werden. Im Allgemeinen wird für eine Ländergruppe nur dann ein zusammenfassender Wert angegeben, wenn Daten für mindestens die Hälfte ihrer Länder verfügbar sind und mindestens zwei Drittel des verfügbaren Gewichts in dieser Kategorie repräsentieren. Das HDR-Büro ergänzt keine fehlenden Daten, um zusammenfassende Werte vorlegen zu können. Deshalb repräsentieren die zusammenfassenden Werte für jede Kategorie, sofern nicht anders angegeben, nur die Länder, für die Daten verfügbar sind. Gelegentlich sind die zusammenfassenden Werte keine gewichteten Durchschnittswerte, sondern gelten für die gesamte Kategorie (durch das Symbol T gekennzeichnet).

Die einzelnen Länder werden nach folgenden Kategorien klassifiziert: nach dem Stand der menschlichen Entwicklung (sehr hoch, hoch, mittel, niedrig), nach globalen Hauptgruppen und nach mindestens einer geografischen Kategorie – entweder nach Kontinenten (in den Migrationstabellen) oder nach den UNDP-Regionalbüros (in den übrigen Tabellen).

Klassifizierung in Bezug auf die menschliche Entwicklung. Alle Länder oder Gebiete, die in den HDI einbezogen sind, werden nach ihrer Leistung auf dem Gebiet der menschlichen Entwicklung in vier Kategorien eingeteilt. Wir haben erstmals eine neue Kategorie eingeführt: Länder mit sehr hoher menschlicher

Entwicklung (HDI-Wert von 0,900 oder höher). Sie werden im Bericht durchgehend als „entwickelte Länder“ bezeichnet. Die übrigen Länder werden als „Entwicklungsländer“ bezeichnet und in drei Gruppen unterteilt: Länder mit hoher menschlicher Entwicklung (HDI-Wert von 0,800-0,899), Länder mit mittlerer menschlicher Entwicklung (0,500 bis 0,799) und Länder mit niedriger menschlicher Entwicklung (weniger als 0,500). Siehe Kasten 1.3.

Kontinente. Um die Analyse von Migrationsbewegungen zu erleichtern, wird im diesjährigen HDR die Welt in sechs Kontinente eingeteilt: Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika und Karibik, Nordamerika und Ozeanien. Grundlage dafür ist die *Composition of Macro Geographical Regions*, die von der Statistikabteilung der UN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten erstellt wurde und unter <http://unstats.un.org/unsd/methods/m49/m49regin.htm> abgerufen werden kann.

UNDP-Regionalbüros. Wie in den früheren Berichten verwenden wir für die Mehrheit unserer Tabellen die geografischen Gruppen, die den UNDP-Regionalbüros entsprechen: Arabische Staaten, Mittel- und Osteuropa und Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Ostasien und Pazifik, Lateinamerika und Karibik, Südasien sowie Afrika südlich der Sahara.

Hinweise zu den Ländern

Sofern nicht anders angegeben, sind die Sonderverwaltungsregion Hongkong der VR China, die Sonderverwaltungsregion Macau der VR China und Taiwan (Provinz von China) nicht in den Daten für China enthalten. Die Daten für den Sudan beruhen häufig auf Informationen, die nur im Nordteil des Landes gesammelt wurden. Aus dem Staat Serbien und Montenegro wurden zwar im Juni 2006 zwei unabhängige Staaten, jedoch wurden immer dann, wenn keine aufgeschlüsselten Daten für die unabhängigen Staaten vorlagen, Daten aus der früheren Staatenunion verwendet. Auf solche Fälle wird in einer entsprechenden Anmerkung hingewiesen. In den Migrationstabellen beziehen sich Daten aus der Zeit vor 1990 für die Tschechische Republik auf die ehemalige Tschechoslowakei, für die Russische Föderation auf die ehemalige Sowjetunion und für Serbien auf die ehemalige Republik Jugoslawien.

Symbole

Wenn nicht anders angegeben, zeigt ein Bindestrich zwischen zwei Jahren (zum Beispiel 2005-2010) an, dass die vorgelegten Daten Schätzungen für den gesamten Zeitraum sind. Bei Wachstumsraten handelt es sich in der Regel um durchschnittliche jährliche Wachstumsraten zwischen dem ersten und letzten Jahr des angegebenen Zeitraums.

In den Tabellen werden folgende Symbole verwendet:

..	Keine Daten verfügbar
0 oder 0.0	Null oder vernachlässigbar
—	Nicht zutreffend
<	Weniger als
T	Gesamt

Wichtige internationale Datenquellen

Lebenserwartung bei der Geburt. Die Schätzungen bezüglich der Lebenserwartung stammen aus der Publikation *World Population Prospects 1950-2050: The 2008 Revision* (UN 2009e), der offiziellen Quelle der UN-Bevölkerungsschätzungen und -prognosen. Sie werden alle zwei Jahre auf Grund der Daten aus Personenstands-Registrierungssystemen, Volkszählungen und Erhebungen in den einzelnen Ländern von der Bevölkerungsabteilung der UN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten erstellt.

In der Ausgabe *2008 Revision* werden Länder, in denen die HIV-Prävalenz in der Altersgruppe 15 bis 49 Jahre im Zeitraum 1980-2007 durchgehend über einem Prozent lag, als von der HIV-Epidemie betroffene Länder betrachtet. Durch Modellierung des Epidemieverlaufs und Hochrechnung der jährlichen HIV-Infektionsrate wird eine Prognose der Sterblichkeit in diesen Ländern erstellt. Zu den betroffenen Ländern werden auch diejenigen gezählt, in denen die HIV-Prävalenz immer unter einem Prozent lag, deren Bevölkerungszahl jedoch so hoch ist, dass 2007 mehr als 500.000 Menschen mit HIV lebten. Dazu gehören Brasilien, China, Indien, die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten. Die Anzahl der Länder, die als von der

HIV-Epidemie betroffen gelten, erhöht sich somit auf 58.

Weitere Einzelheiten zu *World Population Prospects 1950-2050: The 2008 Revision* können unter www.un.org/esa/population/unpop.htm abgerufen werden.

Alphabetisierungsgrad bei Erwachsenen. Dieser Bericht verwendet Daten über den Alphabetisierungsgrad bei Erwachsenen, die das Institut für Statistik (UIS) der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) bereitgestellt hat (UNESCO Institute for Statistics 2009a). Dabei werden direkte nationale Schätzungen mit neueren Schätzungen auf Grund ihres 2007 entwickelten Modells für weltweite altersspezifische Alphabetisierungsprognosen kombiniert. Die nationalen Schätzungen, die auf Grund gezielter Bemühungen des UIS um aktuelle Alphabetisierungsdaten aus den Ländern zur Verfügung gestellt wurden, basieren auf zwischen 1995 und 2007 in den einzelnen Ländern durchgeführten Volkszählungen oder Erhebungen. Wenn keine neueren Schätzungen zur Verfügung standen, wurden stattdessen ältere UIS-Schätzungen verwendet.

Zahlreiche entwickelte Länder, die einen hohen Alphabetisierungsgrad erreicht haben, erheben keine Basisalphabetisierungsstatistiken mehr und sind daher in den UIS-Daten nicht enthalten. Bei der Berechnung des HDI wird für diese Länder ein Alphabetisierungsgrad von 99,0 Prozent angenommen, falls sie keine Informationen zur Alphabetisierung Erwachsener übermitteln.

Viele Länder stellen auf der Grundlage eigener Angaben der Befragten Schätzungen über die Zahl der Menschen an, die lesen und schreiben können. Manche Länder ziehen ersatzweise Daten über den schulischen Erfolg heran, wobei die Maßstäbe, die an Schulbesuch oder Erreichen des Klassenziels angelegt werden, variieren können. Weil also die Definitionen und Erhebungsmethoden in den einzelnen Ländern voneinander abweichen können, sollte man mit Schätzungen über den Alphabetisierungsgrad vorsichtig umgehen.

In Zusammenarbeit mit weiteren Partnerorganisationen bemüht sich UIS aktiv um eine alternative Methodik für die Erstellung zuverlässigerer Alphabetisierungsschätzungen, das Programm zur Bewertung und Überwachung des Alphabetisierungsgrads (LAMP). Mit

LAMP soll die gegenwärtig benutzte vereinfachte Einteilung in „Menschen, die lesen und schreiben können“ und „Menschen, die nicht lesen und schreiben können“ verfeinert werden, indem Informationen über ein Kontinuum von Lese- und Schreibfähigkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Kombinierte Bruttoeinschulungsquote im Primar-, Sekundar- und Tertiärbildungsbereich. Bruttoeinschulungsquoten werden vom UIS (UNESCO Institute for Statistics 2009b) erstellt. Dabei dienen die Daten zum Schulbesuch, die von nationalen Regierungen erhoben werden (üblicherweise aus administrativen Quellen) und die Bevölkerungsdaten aus der Publikation *World Population Prospects 1950-2050: The 2006 Revision* (UN 2007) als Grundlage. Die Berechnung der Quoten erfolgt über die Ermittlung des Anteils der Schüler im Primar-, Sekundar- und Tertiärbildungsbereich an der Gesamtbevölkerung in der theoretischen Altersgruppe, die diesen Stufen entspricht. Als theoretische Altersgruppe für die Tertiärbildung wird die fünfjährige Altersgruppe angenommen, die in allen Ländern unmittelbar auf den Abschluss der Sekundarstufe II folgt.

Die kombinierte Bruttoeinschulungsquote spiegelt nicht die Qualität von Bildungsergebnissen wider. Selbst wenn sie dazu genutzt wird, den Zugang zu Bildungschancen zu erfassen, kommen in der Quote die beträchtlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern nicht genau zum Ausdruck, da die Zuordnung von Altersgruppen und Schulstufen sowie die Dauer der Bildungsprogramme voneinander abweichen. Durch Faktoren wie Klassenwiederholungen und Schulabbruch können weitere Verzerrungen entstehen.

So wie sie derzeit definiert ist, misst die kombinierte Bruttoeinschulungsquote den Hochschulbesuch in dem jeweiligen Studienland. Daher werden Studenten, die im Ausland studieren, in der Einschulungsquote ihres Heimatlands nicht erfasst. Für viele kleinere Länder, in denen die Absolvierung einer tertiären Ausbildung im Ausland gängige Praxis ist, könnte dies bedeuten, dass der Zugang zu Bildung oder die Errungenschaften der Bevölkerung im Bildungswesen unterschätzt werden.

Pro-Kopf-BIP (PPP US\$). Die Daten zum Pro-Kopf-BIP werden von der Weltbank zur

Verfügung gestellt und in ihrer Datenbank World Development Indicators veröffentlicht. Um einen länderübergreifenden Vergleich des Lebensstandards zu ermöglichen, müssen Wirtschaftsstatistiken entsprechend der Kaufkraftparität (PPP) umgerechnet werden, durch die Unterschiede im Preisniveau der einzelnen Länder aufgehoben werden. Die aktuellen Schätzungen stützen sich hinsichtlich der Preise auf Daten aus der letzten Erhebungsrunde des Internationalen Vergleichsprogramms (ICP), die 2005 durchgeführt wurde und 146 Länder und Gebiete umfasst. Bei zahlreichen Ländern, die nicht in die ICP-Erhebungen einbezogen sind, führt die Weltbank Schätzungen mittels ökonomischer Regression durch. Bei Ländern, die nicht von der Weltbank erfasst werden, kommen PPP-Schätzungen zur Anwendung, die den Penn World Tables der University of Pennsylvania (Heston, Summers und Aten 2006) entnommen werden.

Die neuen PPP-Schätzungen wurden erstmalig im Lauf des Jahres 2008 veröffentlicht. Der Vergleich mit den im HDR 2007 und in früheren Berichten verwendeten PPP-Schätzungen, die auf einen Anfang der 1990er Jahre in nur 118 Ländern durchgeführten Runde der ICP-Erhebungen basierten, zeigte, dass Daten in erheblichem Umfang überarbeitet wurden. Aus den neuen Daten ging hervor, dass das Preisniveau in zahlreichen Ländern (insbesondere Entwicklungsländern) höher war als zuvor angenommen. Für 70 Länder wurde das Pro-Kopf-Einkommen um mindestens fünf Prozent nach unten korrigiert. Viele dieser Länder liegen in Afrika südlich der Sahara, darunter sieben der acht Länder mit einer Absenkung um mindestens 50 Prozent. Andererseits wurde für rund 60 Länder das Pro-Kopf-Einkommen um mindestens fünf Prozent nach oben korrigiert, darunter viele Öl produzierende Länder mit Anhebungen um über 30 Prozent und vier Länder, deren Werte sich verdoppelten. Derart massive Veränderungen der Daten des Pro-Kopf-BIP wirken sich spürbar auf die HDI-Werte und die Einstufungen in der HDI-Rangliste aus. Eine Halbierung (oder Verdoppelung) des Pro-Kopf-BIP verändert den HDI-Wert um 0,039 Punkte.

Deshalb haben wir Ende 2008 einen kurzen Bericht mit dem Titel *Human Development Indicators: A statistical update 2008* (Indizes für menschliche Entwicklung: Statistische Aktualisierung

2008) veröffentlicht, in dem die Gründe für diese Überarbeitung und ihre Auswirkungen auf den HDI und unsere anderen zusammengesetzten Indizes dargelegt werden. Ausführlichere Informationen können unter <http://hdr.undp.org/en/statistics/data/hdi2008> abgerufen werden. Einzelheiten zum ICP und zur PPP-Methodik finden sich auf der ICP-Webseite unter www.worldbank.org/data/icp.

Migrationsdaten. Für die in diesem Bericht verwendeten Migrationsdaten wurden verschiedene Organisationen als Datenquellen herangezogen.

Hauptquelle für Trends in Bezug auf die Zahl internationaler Migranten ist die Bevölkerungsabteilung der UN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten. Die Daten sind der Publikation *Trends in Total Migrant Stocks: The 2008 Revision* (UN 2009d) entnommen, sie basieren auf Daten aus Volkszählungen, die zwischen 1955 und 2008 durchgeführt wurden. Diese Quelle liefert umfassende, unter anderem nach Geschlecht und Kategorie aufgeschlüsselte Langzeitdaten über Migranten auf der Grundlage von Angaben ihrer Zielländer.

So weit wie möglich werden internationale Migranten definiert als im Ausland geborene Personen. In Ländern, in denen keine Daten über Geburtsorte zur Verfügung standen, wurde die Staatsbürgerschaft als Grundlage für die Identifikation internationaler Migranten herangezogen.

Daten zu Herkunftsländern (sowie Zielländern) internationaler Migranten stammen aus der Global Migrant Origin Database (version 4), einer Datenbank, die vom Development Research Centre on Migration, Globalisation and Poverty der Universität Sussex (England) geführt wird (Migration DRC 2007). Die Schätzungen betreffen den Zeitraum 2000-2002; sie basieren auf Volkszählungen, die während der Zensusrunde von 2000 durchgeführt wurden. Ein wichtiger Hinweis ist, dass die Datenbank Daten über die Gesamtzahl der Migranten nach Herkunfts- und nach Zielländern vorlegt, und nicht über die jährlichen (oder periodischen) Ströme von Migranten zwischen Ländern. Diese Angabe beruht auf der kumulativen Wirkung von Wanderungsbewegungen über einen wesentlich längeren Zeitraum als ein Jahr, er ist daher sehr viel höher, als es die Migrantenströme in den einzelnen Jahren wären. Einzelheiten dazu

können unter http://www.migrationdrc.org/research/typesofmigration/global_migrant_origin_database.html abgerufen werden.

Ausführlichere Angaben über die *Merkmale internationaler Migranten* haben wir der OECD-Datenbank über Einwanderer in OECD-Ländern (OECD 2009b) entnommen. Diese Datenbank wurde erstellt anhand von Daten, die während der Zensusrunde von 2000 erhoben wurden, in einigen Fällen ergänzt durch Arbeitskräfteerhebungen. Nach Möglichkeit werden internationale Migranten als im Ausland geborene Personen definiert, wenn auch bei einigen Zielländern leichte Abweichungen gegenüber den von der UN-Bevölkerungsabteilung verwendeten Definitionen auftreten können. Wir haben uns dazu entschlossen, die Ergebnisse entsprechend den Angaben der Herkunftsländer zu präsentieren, daher ist ein direkter Vergleich mit den Schätzungen aus den anderen beiden Quellen nicht möglich. Auf der Grundlage von Angaben der Herkunftsländer von Migranten in OECD-Ländern (15 Jahre und älter) haben wir Daten über Bildungsniveau und Erwerbstätigkeit der Migranten sowie über Emigrationsquoten hochqualifizierter Akademiker vorgelegt.

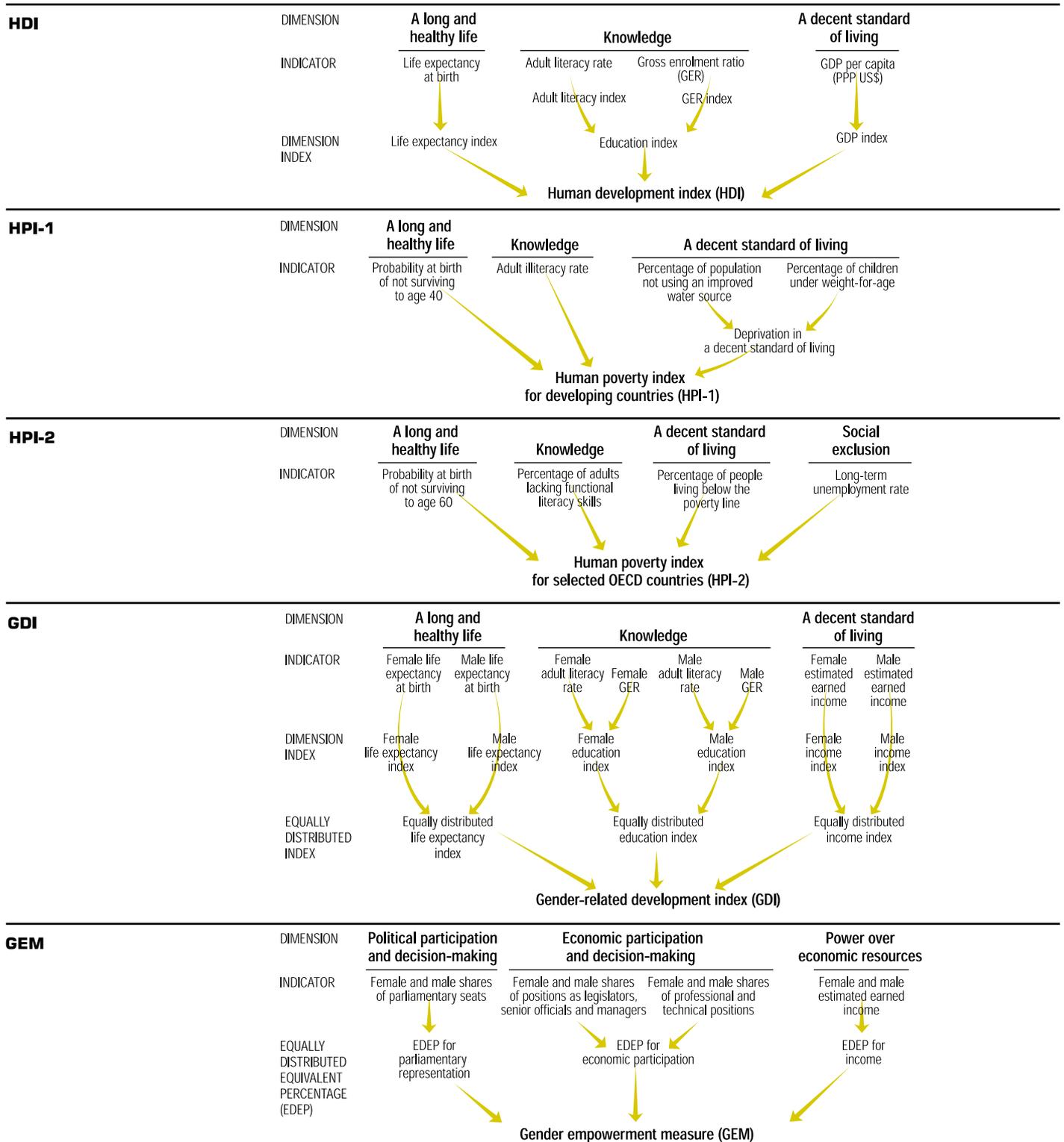
Länderübergreifend vergleichsfähige Daten über *Binnenmigranten* (d.h. Personen, die innerhalb der Grenzen eines Landes an andere Orte ziehen) stehen kaum zur Verfügung. Aus diesem Grund haben wir während der Erstellung dieses Berichts Analysen in Auftrag gegeben (Bell und Muhudin 2009), die auf Volkszählungen basieren. Sie ergaben für 24 Länder vergleichsfähige Schätzungen des Anteils der Binnenmigranten an der Gesamtbevölkerung. Diese Daten wurden ergänzt durch Schätzungen, die die UN-Statistikabteilung (UNSD) in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC 2007) ebenfalls auf der Grundlage von Volkszählungen und Daten zur Gesamtbevölkerung erstellte, sowie durch Daten der Weltbank auf der Grundlage von Erhebungen zu Haushalten und zur Erwerbsbevölkerung (World Bank 2009e). Da sich die Definitionen aller drei Quellen unterscheiden, ist bei Vergleichen Vorsicht geboten. Wenn für ein Land Schätzungen aus mehr als einer Quelle vorlagen, erhielten die Schätzungen von Bell und Muhudin den Vorrang vor den anderen beiden Quellen.

Die Daten über *konfliktbedingte Migration* stammen aus verschiedenen Quellen, je nach dem, um welche Art von Migranten es sich handelt: um Flüchtlinge und Asylsuchende, die internationale Grenzen überquert haben, oder um Binnenvertriebene, die innerhalb eines Landes an einen anderen Ort zogen. Die Daten über Flüchtlinge wurden vom Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR 2009b) bereitgestellt, mit Ausnahme der Daten über Flüchtlinge aus Palästina, die im Wesentlichen unter das Mandat des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten fallen. Die Daten werden aus verschiedenen Quellen zusammengestellt, einschließlich nationaler Volkszählungen und Erhebungen. Die Hauptquelle für Flüchtlingsdaten ist jedoch ihre routinemäßige Registrierung, die die Grundlage für die rechtliche und administrative Erfassung, die Regelung von Anspruchsberechtigungen und die Bereitstellung von Diensten bildet. Das UNHCR liefert auch Schätzungen für 27 entwickelte Länder, die nicht über entsprechende Registrierungssysteme verfügen. Diese Schätzungen basieren auf der Anerkennung von Asylbewerbern und geschätzten Einbürgerungsraten über einen Zeitraum von zehn Jahren. Die wichtigsten Probleme, die diese Schätzmethode aufwirft, sind zum einen die zugrunde gelegte Annahme, dass alle anerkannten Asylbewerber tatsächlich Flüchtlinge sind, und zum anderen die Anwendung einer einheitlichen Zehnjahresfrist. Das betrifft vor allem „traditionelle“ Einwanderungsländer, in denen Migranten – einschließlich Flüchtlingen – in weniger als zehn Jahren die Staatsbürgerschaft erhalten können. Die Daten über *Binnenvertriebene* lieferte das Internally Displaced Monitoring Centre (IDMC 2009a). Dieses stützt sich auf verschiedene Quellen, darunter das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), Schätzungen des UNHCR und nationale Regierungen. Da die Erfassung von Binnenvertriebenen schwierig ist, sind die Schätzungen mit hoher Unsicherheit behaftet und sollten mit Vorsicht interpretiert werden.

Calculating the human development indices

The diagrams here summarize how the five human development indices are constructed, highlighting both their similarities and their differences.

Full details of the methods of calculation can be found at: www.hdr.undp.org/en/statistics/tn1



Definition of statistical terms and indicators

- Asylum** The grant, by a state, of protection on its territory to individuals or groups of people from another state fleeing persecution or serious danger.
- Asylum seekers** Individuals or groups of people who apply for *asylum* in a country other than their own. They retain the status of asylum-seeker until their applications are considered and adjudicated.
- Child dependency ratio** The population aged under 15 years expressed as a percentage of the population of working age (15–64 years of age).
- Conflict-induced movement** Human movement resulting in a change of usual place of residence in response to an ongoing or imminent violent or armed conflict that threatens lives or livelihoods.
- Consumer price index, average annual change in** Reflects changes in the cost to the average consumer of acquiring a standard or fixed basket of goods and services.
- Country of origin** The country from which an international migrant originally moves to another country, with the intention of settling temporarily or indefinitely.
- Country of destination** The country to which an international migrant moves, from another country, with the intention of settling temporarily or indefinitely.
- Earned income (PPP US\$), estimated** Derived on the basis of the ratio of the female non-agricultural wage to the male non-agricultural wage, the female and male shares of the economically active population, total female and male population and total GDP (in purchasing power parity terms in US dollars; see *PPP (purchasing power parity)*). The estimated earned income is used in the calculation of both the *Gender-related Development Index* and the *Gender Empowerment Measure*. For details of this estimation, see <http://hdr.undp.org/en/technicalnote1.pdf>.
- Earned income, ratio of estimated female to male** The ratio of estimated female earned income to estimated male earned income. See *Earned income (PPP US\$), estimated*.
- Economically active population** (or the *labour force*) All persons aged 15 years and above who, during a given reference period, were either employed or did not have a job but were actively looking for one. See *Labour force*.
- Education expenditure per pupil in primary education** Public current expenditure on primary education in PPP US\$ at constant 2005 prices divided by the total number of pupils enrolled in primary education.
- Education expenditure as percentage of total government expenditure** Total public expenditure on the education sector expressed as a percentage of total public expenditure by all levels of government.
- Education index** One of the three indices on which the human development index is built. It is based on the adult literacy rate and the combined gross enrolment ratio for primary, secondary and tertiary schools. See *Literacy rate, adult*, and *Enrolment ratio, gross combined, for primary, secondary and tertiary schools*.
- Education levels** Categorized as pre-primary (ISCED 0), primary (ISCED 1), secondary (ISCED 2 and 3), post-secondary (ISCED 4) and tertiary (ISCED 5 and 6) in accordance with the International Standard Classification of Education (ISCED).
- Educational attainment** Percentage distribution of population of a given age group according to the highest level of education attained or completed, with reference to education levels defined by ISCED. Typically expressed as high (ISCED 5 and 6), medium (ISCED 2, 3 and 4) and low (less than ISCED 2) levels of attainment. It is calculated by expressing the number of persons in the given age group with a particular highest level of attainment as a percentage of the total population of the same age group.
- Emigrant** An individual from a given country of origin (or birth) who has changed their usual country of residence to another country.
- Emigration rate** The stock of emigrants from a country at a particular point in time expressed as a percentage of the sum of the resident population in the country of origin and the emigrant population.
- Enrolment ratio, gross combined, for primary, secondary and tertiary education** The number of students enrolled in primary, secondary and tertiary levels of education, regardless of age, expressed as a percentage of the population of theoretical school age for the three levels. See *Education levels*.
- Fertility rate, total** The number of children that would be born to each woman if she were to live to the end of her child-bearing years and bear children at each age in accordance with prevailing age-specific fertility rates in a given year/period, for a given country, territory or geographical area.
- Foreign direct investment, net inflows of** Net inflows of investment to acquire a lasting management interest (10%

or more of voting stock) in an enterprise operating in an economy other than that of the investor. It is the sum of equity capital, reinvestment of earnings, other long-term capital and short-term capital.

GDP (gross domestic product) The sum of value added by all resident producers in the economy plus any product taxes (less subsidies) not included in the valuation of output. It is calculated without making deductions for depreciation of fabricated capital assets or for depletion and degradation of natural resources. 'Value added' is the net output of an industry after adding up all outputs and subtracting intermediate inputs.

GDP (US\$) Gross domestic product converted to US dollars using the average official exchange rate reported by the International Monetary Fund. An alternative conversion factor is applied if the official exchange rate is judged to diverge by an exceptionally large margin from the rate effectively applied to transactions in foreign currencies and traded products. See *GDP (gross domestic product)*.

GDP index One of the three indices on which the human development index is built. It is based on gross domestic product per capita (in purchasing power parity terms in US dollars; see *PPP*).

GDP per capita (PPP US\$) Gross domestic product (in purchasing power parity terms in US dollars) divided by mid-year population. See *GDP (gross domestic product)*, *PPP (purchasing power parity)* and *Population, total*.

GDP per capita (US\$) Gross domestic product in US dollar terms divided by mid-year population. See *GDP (US\$)* and *Population, total*.

GDP per capita annual growth rate Least squares annual growth rate, calculated from constant price GDP per capita in local currency units.

Gender empowerment measure (GEM) A composite index measuring gender inequality in three basic dimensions of empowerment—economic participation and decision-making, political participation, and decision-making and power over economic resources.

Gender-related development index (GDI) A composite index measuring average achievement in the three basic dimensions captured in the human development index—a long and healthy life, knowledge and a decent standard of living—adjusted to account for inequalities between men and women.

Gini index Measures the extent to which the distribution of income (or consumption) among individuals or households within a country deviates from a perfectly equal distribution. A Lorenz curve plots the cumulative percentages of total income received against the cumulative number of recipients, starting with the poorest individual or household. The Gini index measures the area between the Lorenz curve and a hypothetical line

of absolute equality, expressed as a percentage of the maximum area under the line. A value of 0 represents absolute equality, a value of 100 absolute inequality.

Health expenditure per capita (PPP US\$) Public expenditure on health by all levels of government (in purchasing power parity US dollars), divided by the mid-year population. Health expenditure includes the provision of health services (preventive and curative), family planning activities, nutrition activities and emergency aid designated for health, but excludes the provision of water and sanitation.

Health expenditure, public as percentage of total government expenditure Public expenditure on health by all levels of government expressed as a percentage of total government spending.

Healthy life expectancy at birth Average number of years that a person can expect to live in 'full health' by taking into account years lived in less than full health due to disease and/or injury.

Human development index (HDI) A composite index measuring average achievement in three basic dimensions of human development—a long and healthy life, access to knowledge and a decent standard of living.

Human poverty index (HPI-1) A composite index measuring deprivations in the three basic dimensions captured in the human development index—a long and healthy life, access to knowledge and a decent standard of living.

Human poverty index for OECD countries (HPI-2) A composite index measuring deprivations in the three basic dimensions captured in the human development index—a long and healthy life, access to knowledge and a decent standard of living—and also capturing social exclusion.

Illiteracy rate, adult Calculated as 100 minus the adult literacy rate. See *Literacy rate, adult*.

Immigrant An individual residing in a given host country (*country of destination*) that is not their country of origin (or birth).

Income or expenditure, shares of The shares of income or expenditure (consumption) accruing to subgroups of population, based on national household surveys covering various years. Expenditure or consumption surveys produce results showing lower levels of inequality between poor and rich than do income surveys, as poor people generally consume a greater share of their income. Because data come from surveys covering different years and using different methodologies, comparisons between countries must be made with caution.

Income poverty line, population below The percentage of the population living below the specified poverty line: *US\$1.25 a day and US\$2 a day*—at 2005 international prices adjusted for purchasing power parity; *National poverty line*—the poverty line deemed appropriate for a country by its authorities. National estimates that are

based on population-weighted subgroup estimates from household surveys;

50% of median income—50% of the median adjusted disposable household income.

Internal migration Human movement within the borders of a country usually measured across regional, district or municipality boundaries resulting in a change of usual place of residence.

Internally Displaced Persons (IDPs) Individuals or groups of people who have been forced to leave their homes or places of usual residence, in particular as a result of or in order to avoid the effects of armed conflict, situations of generalized violence, violations of human rights or natural or human-made disasters, and who have not crossed an international border.

International migration Human movement across international borders resulting in a change of country of usual residence.

International migrants as a percentage of the population Estimated number of international migrants expressed as a percentage of the total population.

International movement rate The sum of total stock of immigrants into and emigrants from a particular country, expressed as a percentage of the sum of that country's resident population and its emigrant population.

Labour force All people employed (including people above a specified age who, during the reference period, were in paid employment, either at work, self-employed or with a job but not at work) and unemployed (including people above a specified age who, during the reference period, were without work, currently available for work and actively seeking work). See *Economically active population*.

Labour force participation rate A measure of the proportion of a country's working-age population that engages actively in the labour market, either by working or actively looking for work. It is calculated by expressing the number of persons in the labour force as a percentage of the working-age population. The working-age population is the population above 15 years of age (as used in this Report). See *Labour force* and *Economically active population*.

Legislators, senior officials and managers, female Women's share of positions defined according to the International Standard Classification of Occupations (ISCO-88) to include legislators, senior government officials, traditional chiefs and heads of villages, senior officials of special-interest organizations, corporate managers, directors and chief executives, production and operations department managers and other department and general managers.

Life expectancy at birth The number of years a newborn infant could expect to live if prevailing patterns of age-

specific mortality rates at the time of birth were to stay the same throughout the child's life.

Life expectancy index One of the three indices on which the human development index is built.

Literacy rate, adult The proportion of the adult population aged 15 years and older which is literate, expressed as a percentage of the corresponding population (total or for a given sex) in a given country, territory, or geographic area, at a specific point in time, usually mid-year. For statistical purposes, a person is literate who can, with understanding, both read and write a short simple statement on their everyday life.

Medium-variant projection Population projections by the United Nations Population Division assuming medium-fertility path, normal mortality and normal international migration. Each assumption implies projected trends in fertility, mortality and net migration levels, depending on the specific demographic characteristics and relevant policies of each country or group of countries. In addition, for the countries highly affected by the HIV epidemic, the impact of HIV is included in the projection. The United Nations Population Division also publishes low- and high-variant projections. For more information, see <http://esa.un.org/unpp/assumptions.html>.

Migrant An individual who has changed their usual place of residence, either by crossing an international border or moving within their country of origin to another region, district or municipality.

Migrant stock, annual rate of growth Estimated average exponential growth rate of the international migrant stock over each period indicated, expressed in percentage terms.

Migrant stock as a share of population Estimated number of international migrants, expressed as a percentage of the total population.

Mortality rate, under-five The probability of dying between birth and exactly five years of age, expressed per 1,000 live births.

Natural increase, annual rate of The portion of population growth (or decline) determined exclusively by births and deaths.

Net international migration rate The total number of immigrants to a country minus the number of emigrants over a period, divided by the person-years lived by the population of the receiving country over that period. It is expressed as net number of migrants per 1,000 population or as a percentage.

Official development assistance (ODA), net Disbursements of loans made on concessional terms (net of repayments of principal) and grants by official agencies of the members of the Development Assistance Committee (DAC), by multilateral institutions and by non-DAC countries to promote economic development and welfare in countries

and territories in Part I of the DAC List of Aid Recipients.

For more details see www.oecd.org/dac/stats/daclist.

Official development assistance (ODA) allocated to basic social services Aid funds allocated to social infrastructure and services (including health, education, water and sanitation, government and civil society and other services) expressed as a percentage of total official development assistance (ODA).

Old age dependency ratio The population aged 65 years and above expressed as a percentage of the population of working age (15–64 years of age).

Population, annual growth rate The average annual exponential growth rate of the population for the period indicated. See *Population, total*.

Population, total The *de facto* population in a country, area or region as of 1 July of the year indicated. The *de facto* population includes those who are usually present, including visitors but excluding residents, who are temporarily absent from the country, area or region.

Population, urban The *de facto* population living in areas classified as urban according to the criteria used by each area or country. Data refer to 1 July of the year indicated. See *Population, total*.

PPP (purchasing power parity) A rate of exchange that accounts for price differences across countries, allowing international comparisons of real output and incomes. At the PPP US\$ rate (as used in this Report), PPP US\$1 has the same purchasing power in the domestic economy as US\$1 has in the United States.

Probability at birth of not surviving to a specified age Calculated as 100 minus the probability (expressed as a percentage) of surviving to a specified age for a given cohort. See *Probability at birth of surviving to a specified age*.

Probability at birth of surviving to a specified age The probability of a newborn infant surviving to a specified age if subject to prevailing patterns of age-specific mortality rates, expressed as a percentage.

Professional and technical workers, female Women's share of positions defined according to the International Standard Classification of Occupations (ISCO-88) to include physical, mathematical and engineering science professionals (and associate professionals), life science and health professionals (and associate professionals), teaching professionals (and associate professionals) and other professionals and associate professionals.

Refugees Individuals or groups of people who have fled their country of origin because of a well-founded fear of being persecuted for reasons of race, religion, nationality, political opinion or membership of a particular social group and who cannot or do not want to return.

Remittances are earnings and material resources transferred by international migrants or refugees to recipients in their country of origin or countries in which the migrant formerly resided.

Seats in parliament held by women Seats held by women in a lower or single house and, where relevant, in an upper house or senate.

Tertiary emigration rate Total number of emigrants aged 15 years and older from a particular country with tertiary education, expressed as a percentage of the sum of all persons of the same age with tertiary education in the origin country and the emigrants population with tertiary education.

Treaties, ratification of In order to enact an international treaty, a country must ratify it, often with the approval of its legislature. Ratification implies not only an expression of interest as indicated by the signature, but also the transformation of the treaty's principles and obligations into national law.

Unemployed All people above a specified age who are not in paid employment or self-employed, but who are available for work and have taken specific steps to seek paid employment or self-employment.

Unemployment, long-term rate People above a specified age who have been unemployed for at least 12 months, expressed as a percentage of the labour force (those employed plus the unemployed). See *Unemployed* and *Labour force*.

Unemployment rate The unemployed, expressed as a percentage of the labour force (those employed plus the unemployed). See *Unemployed* and *Labour force*.

Water source, improved, population not using Calculated as 100 minus the percentage of the population using an improved water source. Improved sources include household connections, public standpipes, boreholes, protected dug wells, protected springs, and rainwater collection.

Women in government at ministerial level Includes deputy prime ministers and ministers. Prime ministers are included if they hold ministerial portfolios. Vice-presidents and heads of ministerial-level departments or agencies are also included if they exercise a ministerial function in the government structure.

Kategorien menschlicher Entwicklung

Sehr hohe menschliche Entwicklung

(HDI 0,900 und höher)

Andorra
 Australien
 Barbados
 Belgien
 Brunei Darussalam
 Dänemark
 Deutschland
 Finnland
 Frankreich
 Griechenland
 Großbritannien
 Hongkong, China (SAR)
 Irland
 Island
 Israel
 Italien
 Japan
 Kanada
 Katar
 Korea, Republik
 Kuwait
 Liechtenstein
 Luxemburg
 Malta
 Neuseeland
 Niederlande
 Norwegen
 Österreich
 Portugal
 Schweden
 Schweiz
 Singapur
 Slowenien
 Spanien
 Tschechische Republik
 Vereinigte Arabische Emirate
 Vereinigte Staaten
 Zypern
 (38 Länder oder Gebiete)

Hohe menschliche Entwicklung

(HDI 0,800-0,899)

Albanien
 Antigua und Barbuda

Argentinien
 Bahamas
 Bahrain
 Belarus
 Bosnien und Herzegowina
 Brasilien
 Bulgarien
 Chile
 Costa Rica
 Dominica
 Ecuador
 Estland
 Grenada
 Kasachstan
 Kolumbien
 Kroatien
 Kuba
 Lettland
 Libanon
 Libyen
 Litauen
 Malaysia
 Mauritius
 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik
 Mexiko
 Montenegro
 Oman
 Panama
 Peru
 Polen
 Rumänien
 Russische Föderation
 Saudi-Arabien
 Serbien
 Seychellen
 Slowakei
 St. Kitts und Nevis
 St. Lucia
 Trinidad und Tobago
 Türkei
 Ungarn
 Uruguay
 Venezuela, Bolivarische Republik
 (45 Länder oder Gebiete)

Mittlere menschliche Entwicklung

(HDI 0,500-0,799)

Ägypten
 Algerien
 Angola

Äquatorialguinea
 Armenien
 Aserbaidschan
 Bangladesch
 Belize
 Besetzte palästinensische Gebiete
 Bhutan
 Bolivien
 Botsuana
 China
 Dominikanische Republik
 Dschibuti
 El Salvador
 Fidschi
 Gabun
 Georgien
 Ghana
 Guatemala
 Guayana
 Haiti
 Honduras
 Indien
 Indonesien
 Iran, Islamische Republik
 Jamaika
 Jemen
 Jordanien
 Kambodscha
 Kamerun
 Kap Verde
 Kenia
 Kirgistan
 Komoren
 Kongo
 Laos, Demokratische Volksrepublik
 Lesotho
 Madagaskar
 Malediven
 Marokko
 Mauretanien
 Moldau
 Mongolei
 Myanmar
 Namibia
 Nepal
 Nicaragua
 Nigeria
 Pakistan
 Papua-Neuguinea
 Paraguay
 Philippinen

Salomonen
 Samoa
 São Tomé und Príncipe
 Sri Lanka
 St. Vincent und die Grenadinen
 Südafrika
 Sudan
 Suriname
 Swasiland
 Syrische Arabische Republik
 Tadschikistan
 Tansania, Vereinigte Republik
 Thailand
 Tonga
 Tunesien
 Turkmenistan
 Uganda
 Ukraine
 Usbekistan
 Vanuatu
 Vietnam
 (75 Länder oder Gebiete)

Niedrige menschliche Entwicklung

(HDI unter 0,500)

Afghanistan
 Äthiopien
 Benin
 Burkina Faso
 Burundi
 Côte d'Ivoire
 Eritrea
 Gambia
 Guinea
 Guinea-Bissau
 Kongo, Demokratische Republik
 Liberia
 Malawi
 Mali
 Mosambik
 Niger
 Ruanda
 Sambia
 Senegal
 Sierra Leone
 Timor-Leste
 Togo
 Tschad
 Zentralafrikanische Republik
 (24 Länder oder Gebiete)

Kontinente

Afrika

Ägypten
Algerien
Angola
Äquatorialguinea
Äthiopien
Benin
Botsuana
Burkina Faso
Burundi
Côte d'Ivoire
Dschibuti
Eritrea
Gabun
Gambia
Ghana
Guinea
Guinea-Bissau
Kamerun
Kap Verde
Kenia
Komoren
Kongo
Kongo, Demokratische Republik
Lesotho
Liberia
Libyen
Madagaskar
Malawi
Mali
Marokko
Mauretanien
Mauritius
Mosambik
Namibia
Niger
Nigeria
Réunion
Ruanda
Sambia
São Tomé und Príncipe
Senegal
Seychellen
Sierra Leone
Simbabwe
Somalia
St. Helena
Südafrika
Sudan

Swasiland
Tansania, Vereinigte Republik
Togo
Tschad
Tunesien
Uganda
Westsahara
Zentralafrikanische Republik
(56 Länder oder Gebiete)

Asien

Afghanistan
Armenien
Aserbaidschan
Bahrain
Bangladesch
Besetzte palästinensische Gebiete
Bhutan
Brunei Darussalam
China
Georgien
Hongkong, China (SAR)
Indien
Indonesien
Irak
Iran, Islamische Republik
Israel
Japan
Jemen
Jordanien
Kambodscha
Kasachstan
Katar
Kirgistan
Korea, Demokratische Volksrepublik
Korea, Republik
Kuwait
Laos, Demokratische Volksrepublik
Libanon
Macau, China (SAR)
Malaysia
Malediven
Mongolei
Myanmar
Nepal
Oman
Pakistan
Philippinen
Saudi-Arabien
Singapur
Sri Lanka

Syrische Arabische Republik
Tadschikistan
Taiwan, Provinz von China
Thailand
Timor-Leste
Türkei
Turkmenistan
Usbekistan
Vereinigte Arabische Emirate
Vietnam
Zypern
(51 Länder oder Gebiete)

Europa

Albanien
Andorra
Belarus
Belgien
Bosnien und Herzegowina
Bulgarien
Dänemark
Deutschland
Estland
Färöer
Finnland
Frankreich
Gibraltar
Griechenland
Großbritannien
Heiliger Stuhl
Irland
Island
Isle of Man
Italien
Kroatien
Lettland
Liechtenstein
Litauen
Luxemburg
Malta
Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik
Moldau
Monaco
Montenegro
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Rumänien
Russische Föderation

San Marino
Schweden
Schweiz
Serbien
Slowakei
Slowenien
Spanien
Svalbard und Jan Mayen-Inseln
Tschechische Republik
Ukraine
Ungarn
(49 Länder oder Gebiete)

Lateinamerika und Karibik

Antigua und Barbuda
Argentinien
Bahamas
Barbados
Belize
Bolivien
Brasilien
Chile
Costa Rica
Dominica
Dominikanische Republik
Ecuador
El Salvador
Grenada
Guatemala
Guayana
Haiti
Honduras
Jamaika
Kolumbien
Kuba
Mexiko
Nicaragua
Panama
Paraguay
Peru
St. Kitts und Nevis
St. Lucia
St. Vincent und die Grenadinen
Suriname
Trinidad und Tobago
Uruguay
Venezuela, Bolivarische Republik
(33 Länder oder Gebiete)

Nordamerika

Kanada
Vereinigte Staaten
(2 Länder oder Gebiete)

Ozeanien

Australien
Fidschi
Kiribati
Marschallinseln
Mikronesien, Föderierte Staaten von
Nauru
Neuseeland
Palau
Papua-Neuguinea
Salomonen
Samoa
Tonga
Tuvalu
Vanuatu
(14 Länder oder Gebiete)

UNDP- Regionalbüros

Arabische Staaten

Ägypten
Algerien
Bahrain
Besetzte palästinensische Gebiete
Dschibuti
Irak
Jemen
Jordanien
Katar
Kuwait
Libanon
Libyen
Marokko
Oman
Saudi-Arabien
Somalia
Sudan
Syrische Arabische Republik
Tunesien
Vereinigte Arabische Emirate
(20 Länder oder Gebiete)

Mittel- und Osteuropa und Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Albanien
Armenien
Aserbaidschan
Belarus
Bosnien und Herzegowina
Bulgarien
Estland
Georgien
Kasachstan
Kirgistan
Kroatien
Lettland
Litauen
Malta
Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik
Moldau
Montenegro
Polen
Rumänien
Russische Föderation
Serbien

Slowakei
Slowenien
Tadschikistan
Tschechische Republik
Türkei
Turkmenistan
Ukraine
Ungarn
Usbekistan
Zypern
(31 Länder oder Gebiete)

Ostasien und Pazifik

Brunei Darussalam
China
Fidschi
Hongkong, China (SAR)
Indonesien
Kambodscha
Kiribati
Korea, Demokratische Volksrepublik
Korea, Republik
Laos, Demokratische Volksrepublik
Malaysia
Marschallinseln
Mikronesien, Föderierte Staaten von
Mongolei
Myanmar
Nauru
Palau
Papua-Neuguinea
Philippinen
Salomonen
Samoa
Singapur
Thailand
Timor-Leste
Tonga
Tuvalu
Vanuatu
Vietnam
(28 Länder oder Gebiete)

Lateinamerika und Karibik

Antigua und Barbuda
Argentinien
Bahamas
Barbados
Belize
Bolivien

Brasilien
Chile
Costa Rica
Dominica
Dominikanische Republik
Ecuador
El Salvador
Grenada
Guatemala
Guyana
Haiti
Honduras
Jamaika
Kolumbien
Kuba
Mexiko
Nicaragua
Panama
Paraguay
Peru
St. Kitts und Nevis
St. Lucia
St. Vincent und die Grenadinen
Suriname
Trinidad und Tobago
Uruguay
Venezuela, Bolivarische Republik
(33 Länder oder Gebiete)

Afrika südlich der Sahara

Angola
Äquatorialguinea
Äthiopien
Benin
Botsuana
Burkina Faso
Burundi
Côte d'Ivoire
Eritrea
Gabun
Gambia
Ghana
Guinea
Guinea-Bissau
Kamerun
Kap Verde
Kenia
Komoren
Kongo
Kongo, Demokratische Republik

Lesotho
Liberia
Madagaskar
Malawi
Mali
Mauretanien
Mauritius
Mosambik
Namibia
Niger
Nigeria
Ruanda
Sambia
São Tomé und Príncipe
Senegal
Seychellen
Sierra Leone
Simbabwe
Südafrika
Swasiland
Tansania, Vereinigte Republik
Togo
Tschad
Uganda
Zentralafrikanische Republik
(45 Länder oder Gebiete)

Südasien

Afghanistan
Bangladesch
Bhutan
Indien
Iran, Islamische Republik
Malediven
Nepal
Pakistan
Sri Lanka
(9 Länder oder Gebiete)

Andere Ländergruppen

Golfkooperationsrat (GCC)

Bahrain
Katar
Kuwait
Oman
Saudi-Arabien
Vereinigte Arabische Emirate
(6 Länder oder Gebiete)

Europäische Union (EU27)

Belgien
Bulgarien
Dänemark
Deutschland
Estland
Finnland
Frankreich
Griechenland
Großbritannien
Irland
Italien
Lettland
Litauen
Luxemburg
Malta
Niederlande
Österreich
Polen
Portugal
Rumänien
Schweden
Slowakei
Slowenien
Spanien
Tschechische Republik
Ungarn
Zypern
(27 Länder oder Gebiete)

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Australien
Belgien
Dänemark
Deutschland
Finnland
Frankreich
Griechenland
Großbritannien
Irland
Island
Italien
Japan
Kanada
Korea, Republik
Luxemburg
Mexiko
Neuseeland
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Schweden
Schweiz
Slowakei
Spanien
Tschechische Republik
Türkei
Ungarn
Vereinigte Staaten
(30 Länder oder Gebiete)

Globaler Bericht über die menschliche Entwicklung 2009

Materialien zu diesem Bericht finden sich unter <http://hdr.undp.org>, namentlich Volltexte (in den offiziellen UN-Amtssprachen) und Zusammenfassungen des Berichts, Zusammenfassungen der Konsultationen, Seminare und Netzwerk-Diskussionen, die 'Human Development Research Paper Series' sowie Presseunterlagen. Alle statistischen Indikatoren und Daten-Tools, interaktiven Karten, Länder-Datenblätter und mehr sind auf der Website kostenlos zugänglich.

Nationale, Subnationale und Regionale Human Development Reports

Der erste nationale *Human Development Report (HDR)* erschien 1992. Seither haben Arbeitsgruppen in über 130 Ländern mit Unterstützung des UNDP mehr als 630 nationale und subnationale *Human Development Reports* sowie 35 Regionalberichte erstellt. Als Orientierungshilfe für politische Handlungskonzepte führen diese Berichte das Konzept der menschlichen Entwicklung in den nationalen Dialog ein, im Rahmen von Konsultations-, Forschungs- und Berichterstellungsprozessen, die von den Ländern selbst gesteuert und selbst bestimmt sind. Die Daten, die häufig nach Geschlecht, ethnischer Gruppe oder nach ländlichen/städtischen Gebieten aufgeschlüsselt sind, tragen dazu bei, Ungleichheit zu ermitteln, Fortschritte zu erfassen und früh vor möglichen Konflikten zu warnen. Da diese Berichte unter einer örtlichen Perspektive verfasst werden, können sie die nationalen Strategien beeinflussen, namentlich die auf die Millenniums-Entwicklungsziele und andere Schwerpunktbereiche der menschlichen Entwicklung gerichteten politischen Handlungskonzepte.

Weitere Informationen, darunter sämtliche Berichte, einen Leitfaden zu den Messmethoden, Schulungsmaterialien und anderes, finden Sie im Internet unter <http://hdr.undp.org/en/nhdr/>

Journal of Human Development and Capabilities: A Multi-Disciplinary Journal for People-Centered Development

Das UNDP-Büro des Berichts über die menschliche Entwicklung und die 'Human Development Capability Association' bieten mit dieser Publikation ein Forum für einen offenen Gedankenaustausch zwischen einem breiten Spektrum von Entscheidungsträgern und Fachleuten im politischen, wirtschaftlichen und akademischen Bereich. Das *Journal of Human Development and Capabilities* ist eine von Fachleuten begutachtete Zeitschrift, die dreimal im Jahr (März, Juli und November) bei Routledge Journals, einem Imprint von Taylor and Francis Group Ltd., erscheint.

Abonnementbestellung unter <http://www.tandf.co.uk/journals>

Human Development Report, englische Ausgaben

2007/2008 Fighting climate change: Human solidarity in a divided world

2006 Beyond Scarcity: Power, Poverty and the Global Water Crisis

2005 International Cooperation at a Crossroads: Aid, Trade and Security in an Unequal World

2004 Cultural Liberty in Today's Diverse World

2003 Millennium Development Goals: A Compact Among Nations to End Human Poverty (vergriffen)

2002 Deepening Democracy in a Fragmented World

2001 Making New Technologies Work for Human Development (vergriffen)

2000 Human Rights and Human Development (vergriffen)

1999 Globalization with a Human Face

1998 Consumption for Human Development

1997 Human Development to Eradicate Poverty (vergriffen)

1996 Economic Growth and Human Development (vergriffen)

1995 Gender and Human Development (vergriffen)

1994 New Dimensions of Human Security (vergriffen)

1993 People's Participation (vergriffen)

1992 Global Dimensions of Human Development (vergriffen)

1991 Financing Human Development (vergriffen)

1990 Concept and Measurement of Human Development (vergriffen)

Bericht über die menschliche Entwicklung, deutsche Ausgaben

2007/2008 Den Klimawandel bekämpfen: Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt	ISBN 978-3-923904-64-8
2006 Nicht nur eine Frage der Knappheit: Macht, Armut und die globale Wasserkrise	ISBN 978-3-923904-63-1
2005 Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt: Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt	ISBN 978-3-923904-61-7
2004 Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt	ISBN 978-3-923904-57-0
2003 Millenniums-Entwicklungsziele: Ein Pakt zwischen Nationen zur Beseitigung menschlicher Armut	ISBN 978-3-923904-54-9
2002 Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt	ISBN 978-3-923904-50-1
2001 Neue Technologien im Dienste der menschlichen Entwicklung	ISBN 978-3-923904-48-8
2000 Menschenrechte und menschliche Entwicklung	ISBN 978-3-923904-46-4
1999 Globalisierung mit menschlichem Antlitz	ISBN 978-3-923904-45-7
1998 Konsum und menschliche Entwicklung	ISBN 978-3-923904-42-6
1997 Armut und menschliche Entwicklung	ISBN 978-3-923904-37-2
1996 Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung	ISBN 978-3-923904-34-1
1995 Gleichstellung der Geschlechter und menschliche Entwicklung	ISBN 978-3-923904-30-3
1994 Neue Dimensionen menschlicher Sicherheit (<i>vergriffen</i>)	ISBN 978-3-923904-27-0

Länderschlüssel:

Index für menschliche Entwicklung (Human Development Index – HDI)

Rang 2007 und Rangveränderung 2006-2007

Hinweis: ↑ Anzahl der Plätze, um die sich der HDI-Rang zwischen 2006 und 2007 verbessert hat

↓ Anzahl der Plätze, um die der HDI-Rang zwischen 2006 und 2007 zurückgefallen ist

Ohne Angabe: Keine Veränderung des HDI-Rangs zwischen 2006 und 2007

Afghanistan	181	Frankreich	8 ↑ 3	Liberia	169	Saudi-Arabien	59 ↓ 1
Ägypten	123 ↓ 1	Gabun	103	Libyen	55 ↑ 1	Schweden	7 ↓ 1
Albanien	70	Gambia	168	Liechtenstein	19 ↓ 1	Schweiz	9
Algerien	104	Georgien	89 ↑ 2	Litauen	46	Senegal	166
Andorra	28 ↑ 1	Ghana	152 ↑ 2	Luxemburg	11 ↓ 3	Serbien	67
Angola	143	Grenada	74	Madagaskar	145	Seychellen	57
Antigua und Barbuda	47 ↑ 1	Griechenland	25	Malawi	160 ↑ 1	Sierra Leone	180
Äquatorialguinea	118	Großbritannien	21	Malaysia	66	Singapur	23 ↑ 1
Argentinien	49 ↓ 2	Guatemala	122 ↑ 1	Malediven	95 ↑ 2	Slowakei	42 ↑ 2
Armenien	84 ↑ 1	Guinea	170	Mali	178 ↑ 1	Slowenien	29
Aserbaidschan	86 ↑ 2	Guinea-Bissau	173 ↑ 1	Malta	38 ↓ 3	Spanien	15
Äthiopien	171	Guyana	114	Marokko	130	Sri Lanka	102
Australien	2	Haiti	149	Mauretanien	154 ↓ 1	St. Kitts und Nevis	62 ↓ 2
Bahamas	52	Honduras	112	Mauritius	81 ↓ 2	St. Lucia	69 ↓ 1
Bahrain	39 ↓ 1	Hongkong, China (SAR)	24 ↓ 1	Mazedonien, ehem. jugoslaw. Rep.	72	St. Vincent und die Grenadinen	91 ↑ 2
Bangladesch	146 ↑ 2	Indien	134	Mexiko	53 ↑ 1	Südafrika	129 ↓ 1
Barbados	37 ↑ 2	Indonesien	111	Moldau	117	Sudan	150
Belarus	68 ↑ 1	Iran, Islamische Republik	88 ↓ 1	Mongolei	115 ↑ 1	Suriname	97 ↑ 1
Belgien	17	Irland	5	Montenegro	65	Swasiland	142 ↓ 2
Belize	93 ↓ 3	Island	3	Mosambik	172	Syrische Arabische Republik	107 ↑ 2
Benin	161 ↓ 1	Israel	27 ↑ 1	Myanmar	138	Tadschikistan	127
Besetzte palästinensische Gebiete	110	Italien	18 ↑ 1	Namibia	128 ↑ 1	Tansania, Vereinigte Republik	151
Bhutan	132 ↑ 1	Jamaika	100 ↓ 8	Nepal	144	Thailand	87 ↓ 1
Bolivien	113	Japan	10	Neuseeland	20	Timor-Leste	162
Bosnien und Herzegowina	76	Jemen	140 ↑ 1	Nicaragua	124	Togo	159
Botsuana	125 ↑ 1	Jordanien	96 ↓ 1	Niederlande	6 ↑ 1	Tonga	99 ↓ 5
Brasilien	75	Kambodscha	137	Niger	182	Trinidad und Tobago	64 ↓ 1
Brunei Darussalam	30	Kamerun	153 ↓ 1	Nigeria	158 ↓ 1	Tschad	175 ↓ 2
Bulgarien	61 ↓ 2	Kanada	4	Norwegen	1	Tschechische Republik	36
Burkina Faso	177 ↓ 1	Kap Verde	121	Oman	56 ↓ 1	Tunesien	98 ↑ 2
Burundi	174 ↑ 1	Kasachstan	82 ↓ 1	Österreich	14 ↑ 2	Türkei	79 ↓ 1
Chile	44 ↓ 1	Katar	33 ↑ 1	Pakistan	141 ↑ 1	Turkmenistan	109 ↓ 1
China	92 ↑ 7	Kenia	147	Panama	60 ↑ 1	Uganda	157 ↑ 1
Costa Rica	54 ↓ 1	Kirgistan	120	Papua-Neuguinea	148 ↓ 2	Ukraine	85 ↓ 1
Côte d'Ivoire	163	Kolumbien	77 ↑ 5	Paraguay	101	Ungarn	43 ↓ 2
Dänemark	16 ↓ 2	Komoren	139	Peru	78 ↑ 5	Uruguay	50 ↓ 1
Deutschland	22	Kongo	136	Philippinen	105	Usbekistan	119
Dominica	73 ↓ 2	Kongo, Demokratische Republik	176 ↑ 1	Polen	41 ↑ 1	Vanuatu	126 ↓ 1
Dominikanische Republik	90 ↓ 1	Korea, Republik	26	Portugal	34 ↓ 1	Venezuela, Bolivarische Republik	58 ↑ 4
Dschibuti	155	Kroatien	45	Ruanda	167	Vereinigte Arabische Emirate	35 ↑ 2
Ecuador	80 ↓ 3	Kuba	51	Rumänien	63 ↑ 1	Vereinigte Staaten	13 ↓ 1
El Salvador	106	Kuwait	31	Russische Föderation	71 ↑ 2	Vietnam	116 ↓ 1
Eritrea	165	Laos, Demokratische Volksrepublik	133 ↓ 1	Salomonen	135	Zentralafrikanische Republik	179 ↓ 1
Estland	40	Lesotho	156	Sambia	164	Zypern	32
Fidschi	108 ↓ 1	Lettland	48 ↑ 2	Samoa	94 ↑ 2		
Finnland	12 ↑ 1	Libanon	83 ↓ 3	Sao Tome und Principe	131		



UNDP-Internetseite zum Bericht:

<http://hdr.undp.org>



www.dgvn.de

ISBN: 978-3-923904-65-5

Bericht über die menschliche Entwicklung 2009

Unsere Welt ist sehr ungleich. Für viele Menschen rund um die Welt kann das Verlassen ihres Heimatorts die beste – und manchmal einzige – Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lebenschancen sein. Menschen, die migrieren, können auf sehr effektive Weise ihr Einkommen und das ihrer Familien erhöhen, ihre Bildung und Partizipation verbessern sowie ihren Kindern eine bessere Zukunft eröffnen. Aber Migration bedeutet noch viel mehr: Die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, wo man leben will, ist ein wesentliches Element menschlicher Freiheit.

Die Migranten, die es überall auf der Welt gibt, haben kein einheitliches Profil. Ob Obstpflücker, Krankenschwestern, politische Flüchtlinge, Bauarbeiter, Wissenschaftler oder EDV-Programmierer – sie alle sind Teil jener knappen Milliarde Menschen, die innerhalb ihrer Länder oder im Ausland unterwegs sind. Wenn sich Menschen zur Migration entschließen, begeben sie sich auf eine Reise voller Hoffnung und Unsicherheit, egal ob sie im eigenen Land bleiben oder internationale Grenzen überschreiten. In den meisten Fällen sind sie auf der Suche nach neuen Lebenschancen. Sie hoffen, ihre Fähigkeiten anderswo möglichst gut einbringen zu können, zum Nutzen für sich selbst und ihre engste Familie, die sie häufig begleitet oder ihnen nachfolgt. Auch für die Kommunen und die Gesellschaften insgesamt bringt Migration Vorteile – in den Herkunfts- ebenso wie in den Zielländern. Die große Vielfalt der Migranten und der Faktoren, die Migration beeinflussen, machen diese zu einem der komplexesten Probleme, mit denen die Welt von heute konfrontiert ist, vor allem mitten in einer weltweiten Rezession.

Dieser Bericht mit dem Titel *Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung* untersucht, wie eine bessere Migrationspolitik die menschliche Entwicklung stärken kann. Er umreißt zunächst die Wanderungsbewegungen – wer wandert warum, wann und wohin – und analysiert dann ihre weitreichenden Auswirkungen auf Migrantinnen und Migranten und ihre Familien sowie auf die Herkunfts- und Zielorte. Er plädiert dafür, dass Regierungen die Beschränkungen von Binnen- und grenzüberschreitender Wanderung abbauen, um so die Wahlmöglichkeiten und Freiheiten der Menschen zu erweitern. Er befürwortet praktische Maßnahmen, die die Bedingungen für ankommende Zuwanderer verbessern, zum Vorteil sowohl der sie aufnehmenden Kommunen als auch der Heimatorte. Diese Reformempfehlungen richten sich nicht nur an die Regierungen der Zielländer, sondern auch an die der Herkunftsländer sowie an andere wichtige Akteure – insbesondere an den Privatsektor, an Gewerkschaften und an nichtstaatliche Organisationen – und nicht zuletzt an die einzelnen Migranten selbst.

Der *Bericht über die menschliche Entwicklung 2009* verankert die menschliche Entwicklung auf der Agenda politischer Entscheidungsträger, die angesichts der zunehmend komplexen Muster weltweiter Wanderungsbewegungen optimale Ergebnisse erreichen wollen.

